Willy Klages
Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1946 bis 1951
in zwei Bänden
Band 7/2

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Offene Fragen der Geschichte
Chronik von 1948 bis 1951
Band 7/2

Inhaltsverzeichnis Band 7/2	**Seite**
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1948 bis 1951	2-343
Anstatt eines Schlußwortes	344-353
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	354-360

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte von 1948 bis 1951

1948

Das Letzte, das man verliert, ist die Hoffnung.
Pietro Metastasio, eigentlich Antonio Trapassi (1698-1782, italienischer Dichter)

01.01.1948

WBZ: In Dachau wird am 1. Januar 1948 der letzte Kriegsverbrecherprozeß des US-Militärgerichtes beendet. Der Dachauer US-Militärgerichtshof verurteilt insgesamt 1.648 Angeklagte, davon 417 Angeklagte zum Tode. 196 Angeklagte erhalten eine lebenslängliche Freiheitsstrafe (x112/429).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 1. Januar 1948 über die Absicht der westlichen Siegermächte, einen westdeutschen Staat zu gründen (x112/429): >>... Nur auf ein solches Kerndeutschland, das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre, ließe sich ein politischer Wille richten, der das Recht nicht preis gibt.
Und wo könnte es gelegen sein?
Dort und nur dort, wo die größten Möglichkeiten deutsch zu sein, gegeben wären.<<

Der "Rheinische Merkur" berichtet am 1. Januar 1948 über das geteilte Deutschland (x112/-429): >>So wie Deutschland in seiner Gesamtheit eine Funktion des europäischen Schicksals geworden ist, so auch in seinen Teilen.
Es gibt für das westelbische Deutschland keinen anderen Trost, als daß es im Machtbereich von Staaten belassen ist, mit denen es seine geistige Tradition, seine Ansichten von Freiheit und Recht, von Demokratie und Selbstverwaltung gemeinsam hat. Ihm ist trotz aller räumlichen Begrenzung die Aussicht geblieben, seine geschichtliche Linie fortsetzen zu können. ...<<

02.01.1948

WBZ: Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof beginnt am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß".
Angeklagt sind folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Küchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...
Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so

dankbar dafür.
Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<

03.01.1948

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 3. Januar 1948 über die damalige Lage der deutschen Literatur (x112/431): >>Läßt man Revue passieren, was an Büchern allenthalben erscheint, so wird dieser Eindruck bestätigt.
Es sind überwiegend die alten Schätze, wahllos dargeboten, ausgeplündertes Kapital. Neben dem Rückgriff auf die alten Bestände unserer und der ausländischen Literatur machen sich in starkem Maße Übersetzungen bemerkbar, die keineswegs immer die repräsentative Literatur anderer Völker oder unserer eigenen Emigranten, auf deren Kenntnis wir sehnsüchtig warten und die wir dringend brauchen, uns vermitteln.
Aus rein merkantilen Gesichtspunkten, die nicht allein mit finanztechnischen Schwierigkeiten "begründet" werden können, werden statt dessen abgestandene Schmöker und Belanglosigkeiten in entsprechend schlechten Übertragungen nochmals ins Geschäft geworfen.
Die Förderung unserer jungen Literatur durch offizielle Instanzen, die ja meistens noch fehlen, oder durch private mäzenatische Initiative läßt auf sich warten.
Die Unmasse an Zeitschriften – ein zeitbedingtes Leidenskapital für sich – absorbiert einen hohen Prozentsatz der schöpferischen Kräfte, teils aus der Notwendigkeit, schnell das Existenzminimum zu sichern.
So ist das, was sich darbietet, ein getreues Abbild unserer katastrophenhaften Epoche. Aber wir können die Hoffnung hegen, daß in diesem Trümmerfeld, wie in jedem Chaos, auch jede Möglichkeit für künftiges beschlossen liegt. ...<<

04.01.1948

WBZ: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärt am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.
Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.
"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...
Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

05.01.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

06.01.1948

WBZ: Der Regierungspräsident von Münster erteilt am 6. Januar 1948 die Weisung, "entnazi-

fizierte Lehrer" wieder einzustellen (x117/81): >>Im Jahre 1945 habe ich veranlaßt, daß alle Schulleiter, die Mitglieder der NSDAP waren, die Leitung der Schule an Nichtparteigenossen abgegeben haben. Ich hatte damals bereit in Aussicht gestellt, daß nach einer gewissen Bewährungszeit auf die wertvollen Kräfte zurückgegriffen werden solle. ...
Ich beabsichtige nunmehr, entsprechend einer Anregung, die der Herr Innenminister in Verbindung mit dem Herrn Kultusminister gegeben hat, bewährte Schulleiter, die nur nominelle Mitglieder der NSDAP waren und politisch nicht hervorgetreten sind, dem Herrn Kultusminister für die Wiederübernahme ihres früheren Amtes namhaft zu machen.
Die mit der Wahrnehmung der Schulleitergeschäfte inzwischen beauftragten Lehrpersonen genügen nicht allerorts den in der heutigen Zeit in besonderem Maße an sie zu stellenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen. ...<<

09.01.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.
Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

10.01.1948

USA: Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren kann.

12.01.1948

WBZ: Die Betriebsräte der Stadt und des Kreises Peine demonstrieren am 12. Januar 1948 wegen der unzureichenden Ernährungslage (x112/435): >>Wir können den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht mehr zumuten, bei den jetzigen Hungerrationen weiter zu arbeiten, und uns der lange gärenden Unzufriedenheit in der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung und den daraus eventuell entspringenden Aktionen weder verschließen noch widersetzen. ...<<

14.01.1948

WBZ: Im Ruhrgebiet fordern die streikenden Gewerkschaftsführer am 14. Januar 1948 (x112/436): >>... Zwangsabgabe von Fleisch und Fett von Selbstversorgern, Kohlenlieferungen nur noch an solche deutschen Länder, die mit ihren Lebensmittellieferungen nach Nordrhein-Westfalen nicht in Verzug sind, Freigabe zusätzlicher Kohlenmengen aus Haldenbeständen durch die Militärregierung, um damit Lebensmittelkäufe in Holland und Belgien zu tätigen.
Stärkung der Exekutivgewalt der Zweizonenbehörden.<<

15.01.1948

Berlin: In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 heftige Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

WBZ: Die Ernährungsminister der Bizone beschließen am 15. Januar 1948 ein 8-Punkte-Hilfsprogramm für Nordrhein-Westfalen (x112/437):
>>1. Nordrhein-Westfalen muß allen übrigen Ländern in der Ernährung gleichgestellt werden.
2. Alle übrigen 7 Länder verzichten für Januar auf die halbe Fettration (75 g), um die Fettrückstände in Nordrhein-Westfalen abzudecken.
3. Dieses Land erhält ferner als Fettersatz Zucker.
4. Alle Einsparungen werden dem Land zur Verfügung gestellt.
5. Die 7 anderen Länder verzichten im Februar auf eine Fettzuteilung zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen.

6. Die Selbstversorgerration an Butter wird für zwei Wochen nicht ausgegeben und den Städten der Bizone zur Verfügung gestellt.
7. Die Erfassung von Geräten und Maschinen für die Landwirtschaft soll verbessert werden.
8. Das engere Ruhrgebiet soll eine Priorität in der Belieferung erhalten.<<

16.01.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 16. Januar 1948 während einer Pressekonferenz (x112/438): >>Amerika ist in der Lage eines Riesen, der einer kleinen Gipsfigur gegenübersteht.
Die prahlerische sowjetische Stärke gleicht einer Strohpuppe und Moskau muß wissen, daß die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, an irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben.
Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen könnte, wegen Frankfurt die USA aus Berlin herauszudrängen, ist nicht ernst zu nehmen.
Falls die Sowjets die Bahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, werden die Amerikaner den Nachschub für ihre Truppen und deren Angehörige auf dem Luftweg nach Berlin bringen und die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor den Sowjets überlassen. ...<<

WBZ: General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärt am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.
Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

19.01.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.
Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann.
Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

Der Duisburger Stadtdirektor informiert das Landesernährungsamt am 19. Januar 1948 über die Schulspeisung (x117/102): >>Nach 1 ¾ Jahre langer Ausgabe von immer gleichbleibender Kost wurde die Neueinführung verschiedener Mahlzeiten von den Schulspeisungsteilnehmern besonders begrüßt.
Die abwechslungsreiche Kost, die von allen Kindern sehr gelobt wird, findet im Vergleich zur alten Speisung regeren Zuspruch. Es ist nicht nur eine Erhöhung der Speisungsteilnehmer zu verzeichnen gewesen, sondern auch der Schulbesuch wurde wesentlich regelmäßiger. ...<<

20.01.1948

Großbritannien: In England werden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).

23.01.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 23. Januar 1948 (x114/2.183): >>... Es besteht Aussicht, daß bis zum Jahre 2000 der Wiederaufbau Münchens sehr fortgeschritten, wenn nicht gar beendet ist, meinte vor einigen Wochen ein hoffnungsvoller Wiederaufbaubaureferent.
Die Stadt ist Behüterin einer Schuttmasse von 5 Millionen Kubikmetern, von denen immerhin schon 2 Millionen beseitigt wurden. Wegen Benzinmangel wird im Augenblick und bis auf weiteres kein Schutt mehr geräumt.
1.500 Architekten und 3.000 Maurer, also im harmonischen Verhältnis 1:2, sind für weitere

Aufbautaten gerüstet. Sollte das Verhältnis sich zugunsten der Architekten verschieben und auf einen Maurer ein Architekt kommen, werden die Architekten Sonderkurse im Brotzeitholen für die Herren Maurer absolvieren müssen. ...<<

24.01.1948

WBZ: Der Schriftsteller Hermann Kesten (1900-1996) schreibt am 24. Januar 1948 über die schwierige politische Weltlage (x112/442): >>... Wir tummeln uns, mitten im Jahr 1948, zwischen den wildesten Kriegsreden und Gerüchten seit 1939.

Eine optimistische Dame erklärte mir heute nachmittag, vor September 1948 käme es bestimmt nicht zum Krieg.<<

Polen: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Arthur Liebehenschel wird am 24. Januar 1948 in Krakau hingerichtet.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über Arthur Liebehenschel (x051/353-354): >>Liebehenschel, Arthur, geboren in Posen 25.11.1901, gestorben in Krakau 24.1.1948 (hingerichtet); SS-Obersturmbannführer (30.1.41); Besuch der Heeresfachschule für Verwaltung und Wirtschaft, danach bei der Eisenbahn und der Reichswehr (Oktober 31 Entlassung als Oberfeldwebel); 1.2.32 Eintritt in NSDAP und SS.

Am 4.8.34 kam Liebehenschel zu den Totenkopfverbänden, wurde Adjutant bei den KZ-Kommandanturen Columbia und Lichtenburg und am 5.7.37 Abteilungsleiter im Stab des Führers der Totenkopfverbände/KZ.

Er stieg weiter auf zum Stabsführer in der Inspektion der KZ (1.5.40) und zum Amtschef im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Am 10.11.43 wurde Liebehenschel Kommandant des KZ Auschwitz (I), und am 19.5.44 übernahm er in gleicher Funktion das KZ Maidanek. Bei Kriegsende war er Stabsführer im SS-Personalhauptamt.

Von den Amerikanern an Polen ausgeliefert, wurde Liebehenschel am 22.12.47 vom Obersten Volkstribunal zum Tod verurteilt.<<

25.01.1948

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 25. Januar 1948 in Düsseldorf (x112/442): >>... Die Partei wird weiterhin Berlin als die natürliche Hauptstadt Deutschlands verlangen, und dies bedeutet das Verlangen nach Ostdeutschland.<<

Rumänien: In der Rumänischen Volksrepublik finden am 25. Januar 1948 allgemeine Volkszählungen statt (x007/118E-119E).

Bei dieser Zählung geben 343.913 (2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung) Deutsch als ihre Muttersprache an (x007/119E): Siebenbürgen (157.105 Personen), Banat (171.022), Sathmar (3.939), Süd-Bukowina (4.189), Dobrudscha (462) und Alt-Rumänien (7.196).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Familienzusammenführung, Wiederverleihung der Staatsangehörigkeit und die allgemeine Situation der zurückgebliebenen Rumänien-Deutschen (x007/114E-119E): >>In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten die zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen, politische Verfolgung und der Wunsch, den schon vorher evakuierten oder geflohenen Verwandten zu folgen, zahlreiche Volksdeutsche zum Verlassen der rumänischen Heimat getrieben.

In vielfach abenteuerlicher Flucht gelang es ihnen, zum Teil mit Hilfe bestochener Grenzwachen, die rumänisch-ungarische Grenze zu überschreiten und sich durch Ungarn und die sowjetisch besetzte Zone Österreichs nach Westen durchzuschlagen.

Nicht wenige wurden schon an der Grenze gefaßt und strafweise in rumänische Arbeitslager, nach Großwardein und später in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal eingewiesen.

Im Jahre 1947 wurde, ähnlich wie bei den Rückkehrern in Dobrudscha und Bukowina, auch den Banater-Deutschen zum Teil Gelegenheit geboten, sich auf Antrag von den rumänischen Behörden ausweisen zu lassen, so daß es in vereinzelten Fällen zur legalen Abwanderung in größeren Gruppen kam.

Die Festigung des kommunistischen Regimes, in Rumänien wie im benachbarten Ungarn bewirkte in den Jahren 1948/49 einen deutlichen Rückgang des illegalen Grenzverkehrs, da die Grenzen hinfort sehr viel schärfer bewacht wurden.
Die veränderte Haltung des rumänischen Staates gegenüber den Volksdeutschen bewirkte zugleich eine leichte Besserung der allgemeinen, insbesondere auch wirtschaftlichen Lage, wenn auch das städtische Bürgertum gerade in diesen Jahren seiner Existenzgrundlage beraubt wurde.
Ungelöst blieb in jedem Fall das Problem der auseinandergerissenen volksdeutschen Familien, das durch die Kriegsereignisse, die nur teilweise durchgeführte Evakuierung der Banater Schwaben und die Rückführung der in Niederösterreich überrollten Flüchtlinge entstanden war. Zehntausende von Kriegsgefangenen und Verschleppten, die oft gegen ihren Willen nach Ost- und Westdeutschland entlassen wurden, hatten die Zahl der Getrennten weiter erhöht.
In beschränktem Umfang waren 1949/50, teils auf unmittelbaren Antrag bei den rumänischen Behörden, teils durch Vermittlung des französischen Konsulats in Bukarest, Ausreisegenehmigungen erteilt worden, wobei die Antragsteller freilich in den meisten Fällen jahrelang auf die Erledigung ihrer Gesuche warten mußten.
Zu einer systematischeren Zusammenführungsaktion kam es in den Jahren 1950/51 durch Vermittlung der Bukarester Vertretung der sog. Deutschen Demokratischen Republik, die mit den bisher tätigen französischen Stellen zusammenarbeitete. In 8 Transporten wurde im Herbst 1950 und in den Monaten Mai bis Dezember 1951 etwas mehr als 1.000 Volksdeutschen, deren Angehörige in Deutschland lebten, das Verlassen Rumäniens ermöglicht, wobei die in diesen Transporten Ausreisenden im Rahmen der Ausfuhrbestimmungen ihre gesamte bewegliche Habe mitführen konnten.
Die Betreuung durch die sowjetzonalen Dienststellen war - offensichtlich aus politischen Gründen - betont sorgfältig, obwohl die überwiegende Mehrzahl der Antragsteller zu Angehörigen in Westdeutschland fuhren. Die Weiterleitung in die Bundesrepublik verlief, nach kurzen Quarantäneaufenthalten in den Lagern Oelsnitz/Vogtland oder Bischofswerda ohne Schwierigkeiten.
Schon im Jahre 1952 fanden derartige Transporte nicht mehr statt. In den Jahren 1952 bis 1956 passierten insgesamt nur 269 Rumänien-Deutsche die Grenzdurchgangslager der Bundesrepublik. Die Gesamtzahl der Volksdeutschen, die Rumänien in diesem Zeitraum mit Einzelreisegenehmigungen verlassen konnten, dürfte kaum höher sein.
Das Gesamtproblem der Familienzusammenführung ist - das bleibt ausdrücklich festzustellen - noch immer ungelöst. Im Herbst 1956 lagen mehr als 10.000 Anträge auf Ausreise zu Verwandten in der Bundesrepublik vor. Die Ungeklärtheit der Situation und das Ausbleiben einer Entscheidung über diese Anträge gab umgekehrt der im Sommer 1955 eingeleiteten Repatriierungsaktion der rumänischen Regierung auch bei den Volksdeutschen gewisse Erfolgsaussichten.
Neben dem Wunsch, die Kritik der Emigration im westlichen Ausland auszuschalten, wird diese Aktion vor allem durch den im Lande nicht mehr zu deckenden Bedarf an Arbeitskräften veranlaßt worden sein. Ein im Juni 1955 veröffentlichtes Dekret sicherte allen Rückkehrern völlige Straffreiheit zu. Unter Hinzuziehung prominenter Politiker der ehemaligen Parteien ... wurde wenig später ein "Nationales Repatriierungskomitee" gebildet. ...
Rundfunk- und Presseaufrufe, ein eigenes Presseorgan ("Stimme des Vaterlandes"), Auslandsdienststellen und Delegationen forderten alle Flüchtlinge und Emigranten zur Rückkehr nach Rumänien auf. Selbst die Evangelische Landeskirche mußte die ausgegebenen Parolen übernehmen.
Das Echo unter den Auslandsrumänen wie unter den volksdeutschen Flüchtlingen war schwach. Schätzungen von 3.000 Volksdeutschen, die bis zum Jahresende 1956 nach Rumä-

nien zurückgekehrt sein sollen, dürften bereits zu hoch greifen; andere sprechen von 450 schwäbischen Rückkehrern im rumänischen Banat. Daß sich trotz allem eine gewisse Zahl zur Rückkehr in die Heimat, auch unter kommunistischer Herrschaft, entschloß, kann nicht als Zustimmung zum Regime gedeutet werden, sondern zeigt nur den noch völlig ungebrochenen Zusammenhalt der volksdeutschen Familien- und Gemeindeverbände, der 10 und mehr Jahre der Trennung überdauert hat.

Stalins Tod und die allmähliche Auflockerung seines Systems begannen sich seit 1954 auch in Rumänien auszuwirken. Das Tempo der Zwangskollektivierung wurde wesentlich verlangsamt. Die sog. administrativen oder Verwaltungsstrafen wurden abgeschafft, die Mehrzahl der in den vorhergehenden Jahren ohne Haftbefehl und Urteil Inhaftierten wurde freigelassen. Die berüchtigten Zwangsarbeitslager am Donau-Schwarzmeer-Kanal wurden im allgemeinen noch 1954 aufgelöst, die Arbeiten am Kanal suspendiert. –

Die 1949 in Angriff genommenen Arbeiten an dem Riesenprojekt des Kanals, der zwischen Cernavoda und Poarta-Alba nördlich Konstanza eine wesentlich verkürzende Schiffahrtsstraße schaffen sollte, wurde fast ausschließlich durch den Einsatz von Zwangsarbeitern vorangetrieben. –

Nach einer durchgreifenden Reorganisation der Staatssicherheitspolizei (Securitate) kam es schließlich im Herbst 1955 zur Verkündung einer umfassenden Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, die die überlebenden Insassen der Lager und Gefängnisse auf freien Fuß setzte.

Befanden sich schon unter den 1954/55 entlassenen Häftlingen zahlreiche Deutsche, so wirkten sich andere Erleichterungen in noch stärkerem Maße gerade auf die Volksdeutschen aus. Die 1952 aus den Industriestädten Siebenbürgens evakuierten Familien konnten, soweit sie Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten fanden, 1954/55 in ihre Heimatstädte zurückkehren. Im Winter 1955/56 wurde den Zwangsumsiedlern in der Baragan-Steppe die Genehmigung zur Rückkehr ins Banat erteilt, wenn viele auch nicht in der Lage waren, die kostspielige Rückreise zu finanzieren.

Philipp Geltz wurde 1955 zum Minister für Kommunalwirtschaft und örtliche Industrie ernannt und zugleich mit der "Wiedergutmachung der dem Deutschtum infolge der vorangegangenen staatsbürgerlichen Diskriminierung zugefügten Schäden" betraut, während Anton Breitenhofer ins Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei gewählt wurde.

Die Tätigkeit des Ministeriums Geltz, das Zehntausende von Beschwerden bearbeitete, führte ... im Sommer 1956 zum Erlaß eines Dekrets über die Rückgabe von Wohnhäusern und Höfen an enteignete volksdeutsche Besitzer, auf Grund dessen bis zum Jahresende 1956 22.000 Volksdeutsche ihre Höfe und Häuser zurückerhalten haben sollen. –

Nach Pressemitteilungen verfügte das in den ersten Junitagen 1956 veröffentlichte Dekret, daß rumänische Staatsangehörige ungarischer und deutscher Nationalität ihre verstaatlichten Häuser und Hausgrundstücke oder gleichwertige Anwesen zurückerhalten sollten; wo eine Rückgabe nicht möglich wäre, sollten Entschädigungen gezahlt, langfristige Kredite und Bauzuschüsse gewährt sowie gegebenenfalls Baugrundstücke aus staatlichem Besitz zugewiesen werden. –

Rund 1.500 Deutsche waren im Dezember 1956 als Deputierte in den Volksräten des Landes tätig, und in den allgemeinen Wahlen vom 3. Februar 1957 wurde neben Geltz und Breitenhofer auch Bischof Friedrich Müller zum Mitglied der Großen Nationalversammlung gewählt.

Freilich waren die Neuerungen für die Deutschen nicht immer vorteilhaft. Die Vergünstigungen, die den mit ihrem Landbesitz in die Kolchose eingetretenen rumänischen Bauern im Jahre 1956 gewährt werden mußten, verschlechterten die Lage der zum Zeitpunkt ihres Eintritts landlosen deutschen Mitglieder.

Auch die Rückgabe der Häuser war mit Schwierigkeiten verbunden, da die deutschen Besitzer

die aufgelaufenen Steuerlasten begleichen, die Häuser renovieren und sich überdies vielfach weiter mit dem einsitzenden rumänischen Kolonisten abfinden mußten. Alles in allem ist die rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Stellung der Volksdeutschen in Rumänien jedoch heute zweifellos besser als die der deutschen Gruppen in den anderen Oststaaten.
Die verhältnismäßig günstige Position der Deutschen Rumäniens darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das rumänische Deutschtum in seinen Grundfesten erschüttert und bedroht ist. Die erreichte Gleichberechtigung beruht auf der wenigstens äußerlichen Einordnung der Deutschen in den kommunistischen Staat. Deutsche Vereinigungen, deutsches Kulturleben sind nur unter den politischen Vorzeichen der herrschenden Ideologie möglich.
Der Kommunismus bedient sich der nationalen Formen, um das nationale Bewußtsein als Grundlage einer oppositionellen Haltung auszuschalten. Noch ist die politische Beeinflussung nur wenig unter die Oberfläche gedrungen. Noch ist es auch, trotz Zerstörung der deutschen Dorfgemeinschaft und des geschlossenen Bürgertums der Städte, zu einer Vermischung mit anderen Nationalitäten in größerem Umfang nicht gekommen. Dennoch erscheint die Zukunft des rumänischen Deutschtums mehr denn je gefährdet.
Die Zahl der heute noch in Rumänien lebenden Volksdeutschen ist verhältnismäßig genau zu bestimmen. Am 25. Januar 1948 und am 21. Februar 1956 fanden in der Rumänischen Volksrepublik allgemeine Volkszählungen statt, deren veröffentlichte Ergebnisse auch die Nationalitätenverhältnisse berücksichtigten. ...
In der Zählung von 1948 gaben in Rumänien 343.913 Personen – 2,2 % der gezählten Gesamtbevölkerung von 15,9 Millionen - Deutsch als ihre Muttersprache an. ...<<

26.01.1948

USA: Die "United-Press" berichtet am 26. Januar 1948 über den "Palästina-Krieg" (x043/-340): >>Nach 8 Wochen Krieg zwischen Juden und Arabern in Palästina beträgt die Gesamtzahl der Toten 1.160 und die der Verwundeten 2.040 Personen. ...
Seit Beginn der Kämpfe, Anfang Dezember, (wurden) 721 Araber, 408 Juden, 19 weitere Zivilisten und 12 britische Polizisten getötet. ...<<

29.01.1948

Luxemburg: Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärt der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

30.01.1948

Indien: Mahatma Gandhi (1869-1948, Führer einer indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpft seit dem Ersten Weltkrieg für die Unabhängigkeit Indiens, tritt für die Methode des gewaltlosen Widerstands ein) wird am 30. Januar 1948 während einer Abendandacht durch einen Hindu-Nationalisten erschossen (x175/439).

02.02.1948

Jugoslawien: Ein Arbeitsvertrag vom 2. Februar 1948 zwischen dem "Bergwerk Radljevo" und einem Volksdeutschen lautet wie folgt (x006/263E-264E): >>Vertrag über die Arbeit und die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Bergwerk und J. B. ...
7. Die normale Arbeitszeit für J. B. beträgt 8 Stunden täglich, mit der Maßgabe, daß nach Bedarf Überstunden angeordnet werden können zu den gleichen Bedingungen wie auch bei den übrigen Arbeitern.
8. Dieser Vertrag wird auf 3 Jahre abgeschlossen. ... 10. Dem freigelassenen J. B. wird in gewissem Maße die Bewegungsfreiheit eingeschränkt, bzw. er kann sich nicht außerhalb des Geländes des Bergwerkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Bergwerksdirektion begeben. ...<<

USA: Das "Time-Magazine" kommentiert am 2. Februar 1948 Stalins Beziehungen zu Hitler (x043/341): >>... Letzte Woche veröffentlichte das US-Außenministerium (State Department)

erstmals ... 357 Seiten erbeuteter deutscher Dokumente über Stalins Beziehung zu Hitler. ...
Im August 1939, nach der Unterschrift des Nichtangriffspakts, der Hitler für den Angriff im Westen freimachte, brachte Stalin auf Hitler folgenden Toast aus: "Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; deshalb möchte ich auf seine Gesundheit trinken."
Am 18. Juni 1940, nach dem Fall Hollands, Belgiens und Frankreichs, berichtet der deutsche Botschafter in Moskau: "Molotow ... brachte die herzlichsten Glückwünsche zu dem großartigen Erfolg der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck."
Im November 1940 kam es zu den schicksalhaften Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsbeute.
Das State Department verbreitet zur Zeit über alle Sender der "Stimme Amerikas" die Dokumente über den Pakt. Natürlich ist das Propaganda, aber eine Propaganda, die auf lauterer Wahrheit basiert.<<

04.02.1948

CSR: In der tschechoslowakischen Kriegsgefangenschaft werden am 4. Februar 1948 noch 6.350 Deutsche festgehalten (x112/447).
In der Tschechoslowakei wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ca. 25.000 deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter festgehalten, die man größtenteils im Bergbau einsetzte. Etwa 25 % überlebten diese Gefangenschaft nicht (x151/7).

06.02.1948

SBZ: Auf dem jüdischen Friedhof in Leipzig werden am 6. Februar 1948 Grabsteine umgeworfen und zerstört.
WBZ: Die britische und die US-Militärregierung veröffentlichen am 6. Februar 1948 die Proklamation Nr. 8 über die Einführung eines Obergerichtes (x112/448): >>Es wird hiermit ein Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet mit Sitz in Köln errichtet. ...
Der Präsident, der Vizepräsident, die Obergerichtsräte sowie der Generalanwalt und die stellvertretenden Generalanwälte werden von den Militärgouverneuren der amerikanischen und britischen Zone ernannt. ...
Das Obergericht ist für die Verhandlung und Entscheidung der folgenden Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz ausschließlich zuständig:
1. Streitigkeiten zwischen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und einem Lande oder zwischen zwei oder mehreren Ländern, wenn es sich um die Anwendung und Auslegung von Gesetzen der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes oder die Gültigkeit, die Anwendung oder Auslegung von dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, einschließlich der dazu von einem der Länder erlassenen Ausführungsbestimmungen handelt.
2. Klagen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gegen ein Land, die sich darauf stützen, daß die Gesetzgebung eines Landes oder die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen mit einem Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen unvereinbar sind oder daß sie im Hinblick auf die der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zustehenden Befugnisse die Zuständigkeit der Länder überschreiten.<<
Generalfeldmarschall List erklärt am 6. Februar 1948 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x112/448): >>Wir dienten nicht der Partei. Wir taten unsere soldatische Pflicht für unser Vaterland, für Deutschland, so, wie wir sie Jahrzehnte hindurch getan hatten ...
Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben die Kämpfe ... (während des Balkanfeldzuges) und ihre Folgeerscheinungen nicht ausgelöst. Sie wurden uns aufgezwungen. Wir handelten ... zum Schutze der uns anvertrauten Soldaten, zum Schutze der ganzen deutschen Kampffront. ...<<

09.02.1948

WBZ: Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands)

kritisiert am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Lebensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezählt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhsam an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können

Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

11.02.1948

SBZ: Ein britischer Militärzug wird am 11. Februar 1948 an der Zonengrenze daran gehindert, nach Berlin zu fahren. Danach beginnen vielerorts sowjetische Schikanen.

WBZ: Der Bremer Senator Gustav W. Harmssen veröffentlicht am 11. Februar 1948 eine Denkschrift über die geleisteten Reparationen und beziffert die bisherigen Leistungen zugunsten der Alliierten mit 177,75 Milliarden RM (x112/451).

USA: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand.

Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über den US-Raubzug im Deutschen Reich (x373/25-27): >>**Der größte Raub aller Zeiten**

_ von *Stephanie Eckhardt*

Die USA stahlen nach Kriegsende hunderttausende deutsche Patente, ohne die ihr Aufstieg zur Weltmacht kaum möglich gewesen wäre - und entführten unsere besten Erfinder. Besonders einer von ihnen schrieb amerikanische Geschichte.
Wissenschaftliche Höchstleistungen und technische Erfindungen, die die Welt veränderten: Um das Genie der Deutschen wußten auch die Amerikaner und landeten 1945 einen der größten Coups ihrer Geschichte, indem sie geistiges Eigentum aus dem Land der Dichter und Denker raubten.
Das Deutsche Reich war in Wissenschaft und Technik allen anderen Nationen haushoch überlegen, mit 47 Nobelpreisen zwischen 1900 und 1945, die meisten in Physik, Chemie und Medizin (darunter Max Planck, Werner Heisenberg, Robert Koch und Wilhelm Conrad Röntgen) sowie einer unglaublichen Fülle an neuartigen Forschungen und industriellen Verfahrensweisen.

Bei Nacht und Nebel

Dezember 1943: In der Dunkelheit und bei Schneeregen halfen Wehrmachtssoldaten dem Reichspatentamt, geheime Akten im hessischen Heringen zu verstecken. Sie lagerten die Dokumente in dem über 500 Meter tiefen Schacht eines Salzbergwerks ein und türmten zahlreiche Kanister mit Chemikalien darüber. Mindestens 250.000, wenn nicht 320.000 Erfindungen umfaßte dieser Schatz, weitere 180.000 Dokumente verbrachten die Männer nach Niederschlesien, ins Kloster von Striegau und in die Stadt Jauer.
April 1945: Tausende amerikanische Soldaten und US-Spezialisten durchforsteten deutsche Betriebe nach Maschinen und technischen Erfindungen und beschlagnahmten in Heringen die Schätze. Eine US-Mannschaft nahm die Patente sicherheitshalber auf Mikrofilm auf: Das Papier hätte sich auflösen können, und es waren hunderttausende Seiten, die nicht so schnell transportiert werden konnten.
Danach verluden sie die Akten in Güterwaggons und verschifften diese weiter nach Amerika, dazu kamen über 145.000 noch nicht vollständig bearbeitete Patentakten aus der Berliner Zentralbehörde. Menschenraub inklusive: Die Amerikaner nahmen tausende deutsche Techniker und Wissenschaftler mit über den Großen Teich: zur Bedienung der drüben meist unbekannten Maschinen und zur Umsetzung ihrer Forschungsarbeit.
Dieser Raubzug umfaßte auch militärische Entwicklungen der Deutschen wie Nuklearwaffen, Raketen, Düsenjets oder U-Boote. Gipfel der Dreistigkeit: US-Präsident Truman schmückte sich mit fremden Federn: "Wir haben die Atombombe erfunden", log er in einer Fernsehansage nach dem Nukleareinsatz von Hiroshima und Nagasaki - und verschwieg die Grundlagenarbeiten von Otto Hahn. Der Nobelpreisträger des Jahres 1944 wurde "Vater der Kernchemie" genannt und ist einer der bedeutendsten Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts.

Fette Beute

Die US-Räuber durchstöberten hunderttausende wertvolle Geheimdokumente, hier einige Beispiele:
Vakuum-Röhren aus sogenanntem schwerem Porzellan, anders als die Ami-Funzeln unzerstörbar und tausend Watt stark.
Bänder aus Kunststoff und mit Eisenoxyd metallisiert, die in Deutschland Magnetofon bereits die Schallplatten verdrängt hatten.
Infrarotsichtgeräte, mit denen Autos in der Dunkelheit mit jeder Geschwindigkeit fahren konnten. Sie erkannten auf zweihundert Meter jedes Hindernis, Panzer konnten weit entfernte Ziele ausmachen, Scharfschützen in absoluter Dunkelheit zielen.
Modernste elektrische Kondensatoren, millionenfach benötigt von der Radar- und Radio-Industrie: Die Deutschen hatten sie aus Papier mit vaporisiertem Zink überzogen hergestellt, damit waren sie 40 Prozent kleiner und 20 Prozent billiger als die der Konkurrenz sowie nahezu unverwüstlich. Ging einer kaputt, vaporisierte der Überzug und das Papier isolierte - so

brachte sich der Kondensator von selbst wieder in Ordnung und arbeitete auch bei Störungen mit 50 Prozent höherer Voltzahl als alle anderen Geräte auf dem Weltmarkt. Den amerikanischen Fachleuten kam allein diese deutsche Erfindung vor wie Magie.
Eine lange Reihe chemischer Verfahren zur Herstellung von synthetischem Treibstoff, Gummi, Textilien und Kunstleder oder auch ein revolutionäres Verfahren zur Metallverarbeitung, der sogenannte Kalt-Ausstoß-Prozeß, verwendet beispielsweise für Radiorahmen. Die Amerikaner mußten diese bislang in mehreren Arbeitsgängen mit einer Schneidemaschine herstellen, Löcher stanzen und anpassen, während die Deutschen auf einer einzigen Presse die Herstellungszeit tausendfach verkürzten. Allein dieses kleine Verfahrensgeheimnis revolutionierte die metallverarbeitenden Industrien der USA.
Eine Vielzahl von Präzisionsgeräten und Patenten in den Segmenten Chemie, Physik und Elektronik trieben den Amis Dollarzeichen in die Augen wie bei Dagobert Duck - nie zuvor und danach sahen sie eine solche Sammlung geheimer Herstellungsanleitungen für flüssige und feste Brennstoffe, Metallurgie, Chemikalien, Kunststoffe und Farben.
Nicht weniger revolutionär waren die Funde im Bereich Medizin und Nahrungsmittel. So hatten die Deutschen bereits eine fortgeschrittene Konservierungs- und Gefriertechnik für die Versorgung ihrer Mannschaften in den U-Booten entwickelt, die der Lebensmittelindustrie Billionen Umsatz bringen sollte. Auch die Geheimnisse deutscher Pharmakologen und Mediziner zur Herstellung von synthetischem Blut-Plasma und neuer Medikamente nahmen die US-Räuber mit.
Amerikanische Geschäftsleute stürzten sich auf die Patente wie die Geier, nachdem sie von Präsident Truman der Öffentlichkeit preisgegeben wurden. So bekam die Bendix Corporation in Indiana den automatischen Schallplattenwechsler, Pillsbury riß alles über deutsche Mehl- und Brotherstellung an sich, die Kendall Manufacturing Company war scharf auf unsere Insektizide, und eine Pioneer Hi-Bred Corn Company aus Iowa wollte alles, was Forscher der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim herausgefunden hatten.
Die Pacific Mills verlangten das Produkt der IG-Farben, mit dem Kunstseide wasserdicht und knitterfest gemacht werden kann, und die Polaroid Company übernahm die Erfindungen von Zeiss. Fazit: Die deutschen Erfindungen brachten US-Fabrikanten unermeßliche Profite. Dagegen läßt sich der riesige Schaden für Deutschland bis heute nicht mehr beziffern.

Der Mond ist ein Deutscher

Am brennendsten interessierten sich Trumans Diebe jedoch für die deutsche Luftfahrt- und Raketentechnik, vor allem deren Leiter Wernher von Braun. "Die V2-Rakete, mit der London bombardiert wurde", so eine Veröffentlichung der Army Air Force, "war nur ein Spielzeug verglichen mit dem, was die Deutschen noch in der Hinterhand hatten".
Bei Kriegsende hatten Deutschland 138 Raketen-Typen im Entwicklungs- und Herstellungsstadium. Wernher von Brauns A-4-Geschoß, das zur Massenproduktion kommen sollte, war 14 Meter lang, wog über zwölf Tonnen, stieg auf 100 Kilometer Höhe und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von über 5.000 Kilometern pro Stunde. Sein Geheimnis war ein Triebwerk auf Basis von flüssigem Sauerstoff. Ein Fernbomber also, der binnen 40 Minuten von Deutschland nach New York geflogen wäre - und künftig der Air Force Angriffe auf Moskau ermöglichen sollte.
Mai 1945: Die deutschen Experten wurden in Garmisch-Partenkirchen von den Amerikanern verhört - dabei interessierten diese sich ausschließlich für Raketentechnik, nicht für deren NS-Vergangenheit. Wernher von Braun selbst kam jedoch nicht nach Oberbayern und wurde statt dessen im Juni 1945 ins nordhessische Witzenhausen gebracht, wohin die Amerikaner auch die Raketeningenieure aus Thüringen holten, bevor dieser Gau, wie in der Konferenz von Jalta vereinbart, der sowjetischen Besatzungszone zufiel.
Von Braun blieb mit Walter Dornberger und weiteren Ingenieuren unter strenger Bewachung,

bis alle zusammen von den Yankees im September 1945 in die USA geflogen wurden (bekannt als Operation Overcast).
In Texas standen sie unter Aufsicht der US Army. Bis Anfang 1946 wurden über hundert weitere Raketentechniker eingeflogen, um den Amis ihr Wissen zu vermitteln. Als Wernher von Braun 1947 seine Familie in Deutschland besuchen und dort seine Verlobte heiraten wollte, stand er die ganze Zeit unter militärischer Bewachung. Im März 1947 heiratete er in seiner Heimat, doch anschließend mußten er und seine Ehefrau zurück über den Großen Teich.
Von Braun blieb in Amerika, es gab kein Zurück mehr. Er brachte die amerikanische Raumfahrt und Raketentechnik mächtig nach vorn, war 1953 für mehr als 1.000 Mitarbeiter verantwortlich und erhielt 1955 die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er entwickelte weitere Raketen wie die Mittelstreckenrakete Jupiter mit präzisionsgelenkter Munition und einer auf 2.410 km vergrößerten Reichweite.
Im Juli 1958 wurde die Luft- und Raumfahrtbehörde NASA gegründet, die von Braun und seine Mannschaft leiteten - sie ermöglichten den USA erstmals den Flug eines Astronauten in den Weltraum. Wernher von Braun überzeugte US-Präsident John F. Kennedy, auf eine Mondlandung hinzuarbeiten, und baute ihm mit der Saturn V die Trägerrakete dafür. Im Juli 1969 flogen mit der Mission Apollo 11 die ersten Menschen zum Mond. "Der Mond ist ein Ami", titelte *Bild* damals. Es ist jedoch ein Deutscher!

Unsere Genies

Aus der gigantischen Fülle deutscher Erfindungen im Folgenden einige Glanzpunkte: der Buchdruck von Johannes Gutenberg, das Gleitflugzeug von Otto Lilienthal und das Düsentriebwerk für Flugzeuge von Hans von Ohain, der Hubschrauber von Henrich Focke, Auto und Motorrad von Carl Friedrich Benz und Gottlieb Daimler, der Dieselmotor von Rudolf Diesel und der Ottomotor von Nicolaus August Otto mit Zündkerzen von Robert Bosch, die Elektronik von Werner von Siemens, der Computer von Konrad Zuse, die Kamera von Oskar Barnack, die Kernspaltung von Otto Hahn, Raumfahrttechnik und Raketen von Wernher von Braun, der Fernseher von Manfred von Ardenne, Röntgenstrahlen von Wilhelm Conrad Röntgen, Justus Liebigs Erfindungen gegen den Welthunger wie Backpulver, Lebensmittelextrakte und Mineraldünger, das Telefon von Johann Philipp Reis, die Glühbirne von Heinrich Göbel, das Tonband von Fritz Pfleumer, der Elektromotor von Hermann Jacobi - um die Wichtigsten zu nennen.<<

12.02.1948

SBZ: Die Länder- und Kommunalverwaltungen der SBZ werden am 12. Februar 1948 zu Ausführungsorganen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) herabgestuft.
Am 12. Februar 1948 wird der DWK das Recht eingeräumt (x009/358): >>... gemäß von der SMAD festgelegten Ordnung, Verfügungen und Instruktionen zu beschließen und zu erlassen, die für alle deutschen Organe auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone obligatorisch sind, und ihre Erfüllung zu überprüfen.
Damit wurden auch de jure (von Rechts wegen) die Länder- und Kommunalverwaltungen in der SBZ zu bloßen Ausführungsorganen des Zentralapparates degradiert.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>... Erst durch SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten erweitert, "um die deutschen demokratischen Organe zu einer aktiven Teilnahme am Wiederaufbau und an der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone heranzuziehen".
... Das Sekretariat der DWK wurde zum Vollzugsorgan erklärt. Die SMAD verfügte, daß Entscheidungen der Plenarsitzungen und des Sekretariats der DWK als für die SBZ verpflichtende Verordnungen, Anweisungen des Vorsitzenden der DWK und seiner Stellvertreter als für den Apparat der DWK verpflichtende Anordnungen zu gelten hatten.

Die Hauptaufgabe der DWK war zunächst die Sicherstellung der Reparationen aus der laufenden Produktion. Ausdrücklich wurde im Befehl 32 betont: "Die Wirtschaftskommission wird ihre Tätigkeit unter der Kontrolle der SMAD ausüben." ...
Das Sekretariat der DWK war nicht nur praktisch, sondern auch formell (auf Grund der ihm zugebilligten Vollmachten) die erste Regierung der SBZ.<<

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 12. Februar 1948 einen Artikel des Politologen Eugen Kogon über "Die Rolle des Publizisten" (x115/276): >>Was haben wir als politische Publizisten konkret zu tun?
Die Wirklichkeit zu beobachten und darzustellen, die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die Richtung durch unser Wort mitzubestimmen – ein Wort, das dem Verstand sowohl wie dem Herzen gilt. ...
Es ist ein begrenzter Beitrag, freilich ein wichtiger; denn er klärt, er ordnet, er säubert das öffentliche Bewußtsein, er bringt es in Verbindung mit den Erkenntnissen der Wissenschaft, er steht für die großen Überlieferungen, die es wert sind, weiterzuwirken, er hilft mit, die moralischen Kräfte zu wecken, er zeigt die zumutbaren Ziele auf. ...
Die Verantwortung ist ungeheuerlich. ... Wieder befinden wir uns mitten in einem großen Abenteuer der europäischen Geschichte, die wahrlich an Totalkrisen nicht arm ist, und wieder geht es ums Ganze, diesmal in einem noch umfassenderen Sinn als je. ...<<

13.02.1948

WBZ: Die "Hamburger Volkszeitung" (KPD) wird am 13. Februar 1948 wegen "Verfälschung von Agenturmeldungen" von der britischen Militärregierung verboten.

Die evangelische Kirche der britischen Zone fordert am 13. Februar 1948 eine Amnestie für politische Straftaten (x112/453): >>... Nur diejenigen, die persönliche Schuld auf sich geladen haben, dürfen bestraft werden.
Es ist weder Recht noch christlich, daß Deutsche einander klassifizieren und über des anderen politische Gesinnung richten.<<

Die Stuttgarter "Wirtschafts-Zeitung" berichtet am 13. Februar 1948 über das Leseverhalten der Deutschen (x112/453): >>Im Antiquariat sind fast alle Klassiker zu haben ... Viel angeboten werden historische Bücher über Friedrich den Großen und aus der Wilhelminischen Zeit. Doch hat die starke Propaganda der letzten 2 Jahre bewirkt, daß sie nicht "gehen". Ähnliches gilt von leichten Unterhaltungsromanen früherer Jahre, die selbst von den einfachen Lesern abgelehnt werden, obwohl unter den Neuerscheinungen für ihren Bedarf überhaupt nicht gesorgt ist.
Antiquarisch besonders gesucht sind Autoren wie Hermann Hesse, Wiechert, Edschmid und alle modernen amerikanischen und englischen Romane. ...
Französische Romane sind weniger gefragt, werden auch in der Neuproduktion weniger oft übersetzt.
Die Einnahme Berlins und einiges, was auf sie folgte, scheint manchen Berlinern soviel von ihrer Objektivität geraubt zu haben, daß Dostojewski, Tolstoi, Gogol von Leserschichten abgelehnt werden, die früher für russische Autoren Verständnis, wenn nicht gar eine Vorliebe gehabt haben.
Genauso unverkäuflich wie zur Nazizeit bleibt in Bahnhofskiosken sowie in den Buchläden die Flut der politischen und weltanschaulichen Broschüren, obwohl sie heute unter umgekehrten Vorzeichen stehen ... Das Publikum ist "escapist" (realitätsfern); es will nichts über die 12 Jahre lesen, aber auch nicht an die heutige Lage erinnert werden. Deshalb sind Gefängnismemoiren und KZ-Bücher mit einigen Ausnahmen (wie Isa Vermehren und Eugen Kogon) geradezu unverkäuflich. ...<<

19.02.1948

Berlin: Im französischen Sektor verbietet der Militärgouverneur am 19. Februar 1948 die Zei-

tungen "Vorwärts", "Neues Deutschland" und "Berliner Zeitung" wegen Beleidigung der Besatzungsmacht.
WBZ: Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilt am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).
Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.
Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.
Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

Strafen nur für die Verlierer

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.
Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.
Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.
Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.
Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.
Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).
Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten

die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrekken versetzt hätte. Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen.

General Katukow stellt später fest (x025/110): >>Bevor wir in deutsches Gebiet einmarschierten, rief der Kriegsrat die Truppen auf, sich auf gegnerischem Territorium würdig zu verhalten.

Der Haß, den unsere Menschen gegen die Faschisten hegten, machte diesen Appell notwendig. ... Doch dieser Haß durfte sich nicht gegen die deutsche Zivilbevölkerung richten. ...

Unsere Erziehungsarbeit war erfolgreich: Der Kriegsrat brauchte sich nicht mit unwürdigem Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen. ...<<

Nach Kriegsende berichtet Marschall Sokolowskij (ab 1944 Stabschef der 1. Ukrainischen Front) vor westeuropäischen Pressekorrespondenten (x025/110-111): >>Gewiß, es sind eine Menge häßliche Dinge passiert. Aber haben Sie etwas anderes erwartet?

Sie wissen, was die Deutschen mit unseren Kriegsgefangenen anstellten. Wie sie unser Land verwüsteten, wie sie mordeten, raubten und plünderten. Haben sie Majdanek oder Auschwitz gesehen?

Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses Herrenvolkes zeigen konnten.

Aber das ist jetzt vorbei. Wir haben diese Dinge weitgehend abgestellt. Im übrigen ist es auch nicht gerade so, daß die meisten deutschen Frauen keusche Jungfrauen wären. Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd., heißt es (x010/24-25): >>Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit in der Armee war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter den faschistischen Okkupanten gelitten.

... Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie auf die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen trafen oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren. ...

Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. ... Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten ...

Bei der 2. und 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. ... Die Leiter der Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die Streitkräfte der UdSSR (x047/107,277): >>... Der Organisator und Inspirator des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg war die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfstab - dem

Zentralkomitee. Während des Krieges nahm die Autorität der Partei unermeßlich zu. ...
Außerordentlich große Aufmerksamkeit widmete die Partei den sowjetischen Streitkräften. Ihr Sieg war der Sieg der Militärpolitik der Partei. Die Politorgane von Armee und Flotte leisteten eine enorme parteipolitische Arbeit zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes und zur Erziehung der Armeeangehörigen. ...
Zur Festigung der Führung der Parteikräfte durch die Partei entsandte die KPdSU 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Front. Sie zementierten die Truppenteile und waren im Gefecht eine zuverlässige Stütze der Kommandeure. Die Reihen der Partei wurden ununterbrochen aufgefüllt. Während des Krieges traten 5.319.000 Werktätige in die Partei ein. Mehr als 3,0 Millionen Kommunisten fielen an den Fronten des Krieges. ...<<
>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ...
Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7,0 Millionen Armeeangehörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen. ...<<
In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die "Befreiungsmission" der sowjetischen Streitkräfte im "Großen Vaterländischen Krieg" (x047/5,39):
>>... Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende, von wo diese ausgegangen war – in der faschistischen Befehlszentrale Berlin. Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten, die der Sowjetstaat als Verbündeter der Antihitlerkoalition übernommen hatte. ...
Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen. Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR ...
Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiertat der Sowjetstreitkräfte ...<<
>>... Die Ziele der Befreiungsmission wurden vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gleich zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges festgelegt.
Es war vorgesehen, den Völkern Europas bei ihrer Befreiung von den faschistischen Eroberern Hilfe zu leisten und sie bei der Wiedererrichtung ihrer unabhängigen Nationalstaaten zu unterstützen sowie ihnen völlige Freiheit bei der Lösung der Frage des Staatsaufbaus und der sozialen Ordnung zu gewähren. 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1,0 Millionen sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ...
Die Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen

und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten.

Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinnigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...

Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.

... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrechen (x046/314-315): >>... Durch die auf deutschem Boden begangenen Völkerrechtsverletzungen hatten große Teile der Roten Armee sich außerhalb der Traditionen herkömmlichen Soldatentums gestellt. Straftaten gegen Wehrlose ... als Massenerscheinung und nach Anstiftung und unter Beteiligung der militärischen Führer waren in den Armeen anderer europäischer Staaten selbst im Zweiten Weltkrieg unbekannt und wären von den Kommandostellen auch niemals geduldet worden.

Und die deutsche Wehrmacht machte hiervon keine Ausnahme. Raub und Plünderung, ganz zu schweigen von Mord und Notzuchtverbrechen, waren nach zwingenden Vorschriften des Militärgesetzbuches mit schweren Strafen bedroht. Die Kriegsgerichte haben auch in den sowjetischen Gebieten zur Wahrung der militärischen Disziplin Vergehen und Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung in der Regel mit harten Strafen geahndet und oft nicht gezögert, selbst die Todesstrafe zu verhängen.

Fragt man daher nach den Verantwortlichen für die in den deutschen Ostprovinzen begangenen Kriegsverbrechen, so würde es sich, folgte man dem alten militärischen Grundsatz, daß die Vorgesetzten in jedem Fall für die Handlungen ihrer Untergebenen verantwortlich sind, bei der Mehrzahl der dort eingesetzten Befehlshaber und Truppenführer und bei vielen Angehörigen des mittleren und unteren Führerbestandes auch im Sinne des Nürnberger Statutes um "Kriegsverbrecher" gehandelt haben. ...<<

25.02.1948

CSR: Staatspräsident Benesch wird nach einem Staatsstreich der Kommunistischen Partei

(Gleichschaltung von Polizei, Presse, Rundfunk und Verwaltung) am 25. Februar 1948 zum Rücktritt gezwungen. KP-Chef Klement Gottwald gründet nach der gewaltsamen Machtübernahme die "Volksrepublik Tschechoslowakei" und bildet in der CSR eine kommunistische Regierung (x004/68).

26.02.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 35 vom 26. Februar 1948 werden die Enteignungskommissionen aufgelöst und die allgemeine Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone beendet.

Die Verfolgung von "Kriegs- und faschistischen Verbrechern" wird danach den deutschen Gerichten übertragen.

WBZ: In Hameln werden am 26. Februar 1948 vierzehn ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tod verurteilt hatte (x130/253).

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

Frankreich: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

27.02.1948

SBZ: Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 27. Februar 1948 über den kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei (x112/462): >>... Das tschechoslowakische Volk hat für die Sache der Demokratie einen großen Sieg errungen.<<

01.03.1948

SBZ: Die Zeitschrift "Einheit" berichtet am 1. März 1948 über die hochschulpolitischen Grundsätze der SED (x112/466): >>Die Gelegenheit zur Schaffung einer neuen werktätigen Intelligenz gilt es voll auszunutzen. ...

Die besonderen ökonomischen und politischen Verhältnisse, unter denen wir in der Ostzone leben, bedingen die besonderen Formen des Klassenkampfes. So sind die Universitäten und das gesamte Bildungswesen in unserer Zone zu Brennpunkten des Klassenkampfes geworden. ...<<

Berlin: Nach offiziellen Angaben des Viermächtekomitees in Berlin sind bis zum 1. März 1948 erst 252.395 deutsche Wehrmachtssoldaten aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/641).

CSR: Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzt Anfang März 1948 nochmals ein "Abschub" von Sudetendeutschen ein.

Tausende schafft man auf Lastkraftwagen ins Grenzgebiet und schiebt sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab (x004/126). Die Tschechen führen den illegalen Abschub der Sudetendeutschen grundsätzlich an weniger gut bewachten Grenzstellen durch, denn die deutschen Grenzwachen haben strikte Anweisungen der US-Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden.

Vatikan: Papst Pius XII. schreibt am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>... Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.

Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.

Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.
War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?
Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...
Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>...
Ein "vergessener" Papst-Brief ...
Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:
"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."
Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, fuhren die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:
"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen genannt".
- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschullehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie nicht vergeblich im Schweiße ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.
Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vorausgegangene Vertreibung der bisherigen Landbearbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.
Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuauflage" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitular-Vikare zum Opfer gefallen sind.
Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien. Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."
- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich da-

mit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber.
Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind.
Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsopfer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.
Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:
"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst."
"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

06.03.1948

Großbritannien: Während einer Konferenz in London beraten die Westmächte am 6. März 1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

08.03.1948

Frankreich: Der Dichter Paul Claudel fordert am 8. März 1948 in der französischen Zeitschrift "Documents" (x115/274): >>Wir müssen dem deutschen Volk vor allem das unschätzbare Gut zurückgeben, das keinem christlichen Volk vorenthalten werden sollte: das Recht auf eine Perspektive, das Recht auf Hoffnung ...<<

10.03.1948

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 angeklagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "RuSHA-Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).
Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.
Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.
Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersu-

chungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".
Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.
Greifelt starb während der Strafhaft.
Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<
Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichen am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.
Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<<
CSR: Der parteilose Außenminister Jan Masaryk kommt am 10. März 1948 unter mysteriösen Umständen ums Leben (x058/155).
2 Wochen nach der kommunistischen Machtübernahme wird offiziell mitgeteilt, daß der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk am 10. März 1948 nach dem Sturz aus einem Fenster des Prager Außenministeriums (wahrscheinlich durch Selbstmord) gestorben sei (x063/245).

15.03.1948

WBZ: Das "Frankfurter Börsenblatt" berichtet am 15. März 1948 über die Probleme des Deutschen Buchhandels (x112/472): >>Die Papiernot erlaubt keine höheren Auflagen als 5.000 Stück für jeden Titel. Das zwingt nicht nur heute, sondern auch vermutlich auf lange Zeit die Verleger zum Zuteilungsverfahren. ...
Auflagen von 5.000 sind gar nicht so gering, wie sie im Augenblick scheinen, es war früher die Normalauflage eines guten Romans oder eines anderen Buches und die Verleger waren glücklich und froh, wenn sie solche Auflagen verkauften.
Erst die Zeit nach dem Währungsschnitt wird klarstellen, wo echter Bedarf vorhanden ist.<<
Jugoslawien: Nach den Ergebnissen der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948, die zweifellos nicht alle in Jugoslawien zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Volksdeutschen erfaßt, werden 22.209 männliche und 33.119 weibliche Volksdeutsche gezählt (x006/-129E).
Die Jugoslawien-Deutschen befinden sich in folgenden Provinzen: Serbien (41.463), Kroatien (10.144), Slowenien (1.824), Bosnien und Herzegowina (1.163), Mazedonien (359) und Montenegro (375).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über das Schicksal der Jugoslawien-Deutschen (x006/116E-118E): >>... Seit der Begründung der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich die meisten der zurückgebliebenen Jugoslawien-Deutschen um eine Ausreisegenehmigung.
Manchen von denen, die es abgelehnt hatten, die Staatsbürgerschaft zu beantragen, gelang es, relativ frühzeitig über Triest in einigen Sammeltransporten das Land zu verlassen. Für die Mehrheit der Ausreisewilligen aber konnten erst nach dem Übergang der Paßhoheit von den alliierten auf deutsche Dienststellen im Oktober 1951 die rechtlichen Voraussetzungen für ihre Überführung in das Bundesgebiet geschaffen werden. Allerdings waren mit Hilfe des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes schon seit dem April 1950 vorläufige Vereinbarungen zustande gekommen. Seit diesem Zeitpunkt wurde versucht, in erster Linie getrennt lebende Familien nach "Dringlichkeitsstufen" zusammenzuführen.
Die jugoslawischen Behörden zögerten zuerst, solche Anträge zu bewilligen und machten geltend, die ausreisenden Volksdeutschen würden bei einem solchen Verfahren ihre jugoslawische Staatsangehörigkeit verlieren, ohne vorher eine andere Staatsangehörigkeit erworben zu haben; dies könne Jugoslawien als Signatarstaat der "Allgemeinen Deklaration der Menschen-

rechte" nicht zulassen. Hinter solchen Vorwänden mag sich die Absicht verborgen haben, nicht eine zu große Anzahl billiger Arbeitskräfte zu verlieren.
Nach erneuten Verhandlungen zwischen Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes in Genf und der jugoslawischen Rot-Kreuz-Organisation im Jahre 1952 begnügten sich die jugoslawischen Stellen schließlich mit der Erklärung, daß die ausreisenden Volksdeutschen in der Bundesrepublik nicht als Staatenlose, sondern wie Bundesbürger behandelt werden sollten.
Darauf konnte das Ausreiseprogramm auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Die Jugoslawiendeutschen mußten die Zuzugsgenehmigung eines Landes der Bundesrepublik vorweisen und sich gegen eine Gebühr die Entlassung aus dem jugoslawischen Staatsverband bestätigen lassen, in den sie manchmal erst vor kurzem aufgenommen worden waren.
Der Preis für den Verzicht auf die jugoslawische Staatsangehörigkeit betrug am Anfang 1.500 Dinar pro Person, stieg aber sehr bald auf 12.000 Dinar, d.h. auf die Höhe eines 3- bis 4fachen durchschnittlichen Monatsgehaltes an und erreichte damit eine für viele zunächst unerschwingliche Höhe, lag doch die Internierungszeit und der Neubeginn eigener Einkünfte nach völliger Mittellosigkeit erst 2, 3 Jahre zurück. Dennoch gelang es im Laufe der folgenden Jahre den meisten, die sich zur Ausreise entschlossen hatten und die erforderlichen Unterlagen beibringen konnten, Gebühren, Rechtsanwaltsspesen und Fahrkosten aufzubringen.
Allmählich wurde dann das Programm der Familienzusammenführung ergänzt. Anträge von Volksdeutschen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Wehrmacht oder den Aufenthalt in einem Internierungslager glaubhaft nachweisen vermochten, wurden jetzt von deutscher Seite berücksichtigt.
Seit 1956 war das Verfahren soweit erleichtert, daß es für die Überführung in die Bundesrepublik genügte, für die deutschen Behörden den Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit (§ 6 des Bundesvertriebenengesetzes vom 13.5.1953) und für Jugoslawien die Bestätigung des künftigen Rechtsstatus von deutscher Seite durch eine Gleichstellungsbescheinigung zu erbringen. Daraufhin wurden die Antragsteller aus dem jugoslawischen Staatsverband entlassen.
Von 1952 bis 1955 stieg die Anzahl der in die Bundesrepublik Deutschland übernommenen sog. "deutschen Aussiedler" aus der FVR Jugoslawien auf 11.839 im Jahre 1955 an und sank dann langsam ab. Im Jahre 1960 war sie ungefähr wieder auf den Stand von 1952 zurückgegangen.
Die statistisch erfaßte Gesamtzahl der Aussiedler für die Jahre 1950 bis 1960 beträgt ... 62.314. ...
Im Gegensatz zu Rumänien und zu Ungarn haben Evakuierung, Flucht, Massenverluste in der Internierungszeit, verschleierter Abschub und schließlich der seit 1950 im Gange befindliche "Transfer" dazu geführt, daß das Deutschtum in der FVR Jugoslawien so gut wie vollständig aus dem Lande verschwunden ist.
Präzise Angaben über die noch in Jugoslawien in der Zerstreuung lebenden Deutschen lassen sich nicht machen. Sie wohnen seit der Arbeitsverpflichtung im Jahre 1948 auf Staatsgütern und in Industriebetrieben jeweils dort, wo sie im System der staatlichen Verwaltungswirtschaft ihren Platz angewiesen erhielten.
Die Rückkehr in die von Neusiedlern besetzten Heimatdörfer ist so gut wie ausgeschlossen, auch die ganz wenigen Deutschen, die zunächst, z.B. wegen partisanenfreundlicher Einstellung, noch in den ehemals donauschwäbischen Siedlungen geduldet wurden, sind im Laufe der Zeit verdrängt worden. Die völlige Entwurzelung und Heimatlosigkeit im Lande ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Volksdeutschen unter Ausnutzung aller Möglichkeiten dem Leben in Jugoslawien zu entrinnen suchen.
Unter diesen Bedingungen kann von einer deutschen Volksgruppe keine Rede mehr sein. Die Deutschen sind auch keine staatsrechtlich anerkannte Minderheit, wie z.B. die Madjaren, Al-

baner, Slowaken, Rumänen und Skipetaren, so daß sie auch nicht im System der kommunistischen Nationalitätenpolitik ihre nationalkulturelle Eigenart bewahren können.
Einige Nachrichten deuten zwar daraufhin, daß ihnen gelegentlich gewisse kulturelle Rechte gewährt werden. So soll an einigen Schulen der Woiwodina 1952 wieder Deutschunterricht eingeführt worden sein, den 17 Volksdeutsche, am Seminar in Subotica ausgebildete Lehrer erteilten. Da aber seither nahezu 85 % der 1953 gezählten Volksdeutschen in die Bundesrepublik überführt worden sind, ist es fraglich, ob solche Einrichtungen noch bestehen oder wie lange noch bestehen werden.
Im öffentlichen Leben der FVR Jugoslawien spielen die Deutschen keine Rolle mehr und entbehren im Alltag häufig der vollen tatsächlichen Gleichstellung mit den andersnationalen Staatsbürgern. Da unter solchen Umständen die Ausreise in die Bundesrepublik das Ziel für die meisten der noch in Jugoslawien lebenden Volksdeutschen bleibt, läßt sich der Zeitpunkt absehen, wo es ein Deutschtum in Jugoslawien nicht mehr geben wird.<<

18.03.1948

SBZ: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 anläßlich des 100. Jahrestages des 18. März 1848 im US-Radiosender "RIAS" (x112/474): >>Die deutsche Märzrevolution von 1848 ist eines der großen wichtigen Ereignisse unserer Vergangenheit, die wir verstehen und begreifen müssen, wenn wir die Gegenwart meistern, unserer heutigen Nöte Herr werden und den Grund für ein Durchkommen zu besseren Zeiten legen wollen. ...
Besiegt wurde die Revolution, weil es dem deutschen Volke bei aller Begabung, die sich in glänzenden Rednern der Paulskirche zeigte, an realer politischer Erfahrung fehlte. Zu lange waren die Deutschen obrigkeitlichen Regimen unterworfen, als daß sie sofort imstande gewesen wären, sich der entscheidenden Machtzentren zu bemächtigen.
Es fehlte an politischer Organisation, an klarem politischen Machtwillen, an durchgreifender Führung und an der Härte des Gestaltungswillens, ohne die große historische Leistungen nun einmal nicht zu schaffen sind. ...<<
Die West-Berliner Parteien erinnern während einer gemeinsamen öffentlichen Kundgebung an den 18. März 1848 (x112/474): >>... 1848-1948, das sind hundert Jahre Kampf um die Freiheit.
Dieser Kampf muß entschlossen fortgesetzt werden, wenn Leben und Zukunft gesichert werden sollen. Jeder entscheide sich klar für eine freiheitlich und demokratisch geordnete Gesellschaft, gegen Willkür, Rechtlosigkeit und totalitäre Machtansprüche. Bekennt Euch erneut zu Frieden, Freiheit, Demokratie!
Gebt diesem Willen Ausdruck am 18. März, 16.00 Uhr, auf dem Platz der Republik.<<
Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 18. März 1948 während dieser Kundgebung der demokratischen Parteien vor dem Berliner Reichstagsgebäude (x112/474): >>... Bang fragte sich die Welt: Was wird kommen? Prag, Finnland – wer kommt dann dran? –
Berlin wird nicht drankommen! An unserem eisernen Willen wird sich die Flut brechen. ...
Einmal wieder werden wir miteinander singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!
Und heute wollen wir uns zusammenschließen in unserem alten, ewig neuen, ewig jungen, unveräußerlichen Gelöbnis: Freiheit! Freiheit! Freiheit!<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet damals über die getrennten Berliner Kundgebungen zum Jahrhunderttag der Revolution von 1848 (x112/474): >>"Freiheit, Friede, Demokratie", rufen 50.000 Demonstranten auf dem

Platz der Republik im westlichen Sektor.
Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge. "Wir wollen keine zweite Diktatur! Wir fordern unsere Verschleppten zurück", schreit Franz Neumann, Vorsitzender der Berliner SPD und schüttelt seine Fäuste gegen den östlichen Sektor. "Freiheit – Freiheit – Freiheit" ...
"Freiheit, Friede, Einheit", rufen 50.000 Demonstranten zwischen Gendarmenmarkt und Friedrichshain im östlichen Sektor. Regen strömt auf sie herab. Wind reißt den Rednern die Worte von den Lippen und trägt sie zerflatternd über die wogende Menge.
Revolutionäre Lieder klingen auf.
"Kriegsanstifter, Nazis, Reaktionäre, Spalter", schreit der Redner und schüttelt seine Fäuste gegen den westlichen Sektor. "Einheit – Einheit – Einheit", applaudiert ihm die Menge.<<
Auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Ortsteil Friedrichshain wird am 18. März 1948 offiziell ein Gedenkstein enthüllt (x112/475): >>Den Toten 1848/1918
Das Denkmal habt Ihr selber Euch errichtet - Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein / Dass unser Volk niemals darauf verzichtet, wofür Ihr starbt - Einig und frei zu sein.<<
WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 18. März 1948 unter der Überschrift "1848-1948" (x112/474): >>... Aus unserer ganzen Geschichte seit 1848 können wir das eine lernen, daß die Freiheit noch höher steht als die Einheit. Das hat schon für die alte Freiheit gegolten, und es gilt erst recht für eine neue Freiheit, die sich mit der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden hätte.
Wir besitzen sie bisher nirgends, ... aber sie läßt sich nur im Westen Deutschlands gewinnen.<<

19.03.1948

Belgien: Die interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

20.03.1948

Berlin: Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hält, und die westlichen Alliierten nicht bereit sind, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärfen sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und West.
Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.
Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.
Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung. Er zwingt die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wird. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas werden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.
Während des "Kalten Krieges" erlahmen die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigt jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.
US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtet später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109):

>>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."
Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<
>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<
Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schreibt später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>... Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...
Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.
Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.
Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<
Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über die sowjetische Deutschlandpolitik (x128/195): >>Das Nebeneinander gegensätzlicher und einander sich ausschließender Äußerungen und Haltungen sowjetischer Funktionäre, vornehmlich Stalins, zur Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung, erschwert nicht nur die Charakterisierung und Festlegung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es macht zweifelsfreie Feststellungen über die tatsächlichen Absichten der Sowjetunion in Deutschland unmöglich. Möglich sind nur begründete Mutmaßungen. Erkennbar sind heute drei Richtungen:
1. Stalin verstand die Besetzung eines Teiles Deutschlands als Möglichkeit der Westverlagerung Polens und als Mittel zur Stärkung der Sowjetunion.
2. Die Gruppe um den 1948 verstorbenen sowjetischen Spitzenfunktionär Andrej A, Shdanow, der im Zweiten Weltkrieg die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt Leningrad leitete und als Nachfolger Stalins galt, betrachtete die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als ein "Sprungbrett, von dem aus sich die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach ganz Westeuropas organisieren lasse.".

3. Stalins langjähriger Innenminister Berija soll, wie N. S. Chruschtschow im März 1953 mitteilte, vor allem nach dem Tode Stalins im Sommer 1953 willens gewesen sein, das Regime von Pankow zu liquidieren. Er soll einem Arrangement mit Deutschland den Vorzug vor der Behauptung eines Teiles von Deutschland gegeben haben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...

Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.

Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.

Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:

1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.

Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

23.03.1948

SBZ: Der Landtag von Sachsen beschließt am 23. März 1948 ein "Gesetz zur Wahrung der kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte der sorbischen Bevölkerung" (x112/478): >>... Die personelle Besetzung erfolgt auf Vorschlag der zugelassenen antifaschistischen sorbischen Organisation. ... Die Behörden ... haben die Pflicht, die sorbischen Kulturinteressen in jeder Weise zu fördern. ... In den sorbisch-deutschen Gebieten sind, der zahlenmäßigen Stärke der sorbischen Bevölkerung entsprechend, antifaschistisch-demokratische Sorben zur Verwaltung heranzuziehen.<<

24.03.1948

Jugoslawien: Am 24. März 1948 werden die letzten Internierungslager für Volksdeutsche aufgelöst (x025/26).

Die noch arbeitsfähigen Volksdeutschen weist man Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zu, wo sie meistens für zunächst 3 Jahre in ein sog. vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehören weiterhin zum Alltag der entlassenen Volksdeutschen (x006/114E).

26.03.1948

Jugoslawien: Eine Bescheinigung vom 26. März 1948 über die Entlassung aus dem Internierungslager Rudolfsgnad lautet wie folgt (x006/263E): >>Bescheinigung für K. W., ... die mit den Mitgliedern ihrer Familie ... von der Arbeitssiedlung entlassen und auf Arbeit zum Arbeitgeber P. ... (Landwirtschaftliches Gut des Gebietes) nach Mihajlovo eingewiesen wird, mit dem sie einen Arbeitsvertrag auf die Dauer von 3 Jahren schließen wird.

Der angeführte Ort wird zugleich als ständiger Aufenthaltsort bestimmt, welchen sie ohne Erlaubnis der Abteilung für innere Angelegenheiten weder verlassen noch ändern kann.

Nach der Ankunft in dem zugewiesenen Ort hat sie sich in der Anmeldestelle bzw. beim Ortsvolksausschuß zu melden.

Diese Bescheinigung dient nicht als Grundlage zur Erlangung eines ständigen Personalausweises.<<

USA: Die US-Regierung sendet am 26. März 1948 eine Protestnote an die Sowjetunion (x112/479): >>... Nicht die Westmächte und die Schaffung der Frankfurter Verwaltung sind Anlaß für die politische Teilung Europas, sondern das systematische einseitige Vorgehen der Sowjetregierung in ihrer Besatzungszone und das Verhalten der osteuropäischen Staaten.<<

März 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.

01.04.1948

SBZ: Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) werden am 1. April 1948 nochmals verschärft.

WBZ: Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 1. April 1948 in seinem Tagebuch über die drohende Blockade Berlins (x112/485): >>Die Russen gehen nun daran, die anderen Besatzungsmächte aus Berlin herauszudrängen.

Das kostet Nerven. Man weiß nicht recht, wie die Amerikaner nach den vielen Beteuerungen, daß sie in Berlin bleiben würden, ohne einen erheblichen Prestigeverlust davonkommen sollen. Denn schließlich müssen zwei Millionen Berliner ernährt werden.

Man darf gespannt sein, was jetzt kommt.<<

UdSSR: Die "Prawda" kommentiert am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485): >>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden. ...<<

02.04.1948

WBZ: Die Presse berichtet am 2. April 1948 über das Ergebnis einer Besucherbefragung anläßlich der Ausstellung "Das neue Buch" in Opladen (x112/488): >>... Allen Gruppen gemeinsam ist das Motiv für den Bücherwunsch: Bildungsstreben.

Der Wunsch nach reiner Unterhaltungslektüre tritt zurück. Auffallend ist in allen Gruppen das geringe Interesse für literarische Novitäten. Es scheint jede intellektuelle Neugier nach neuen Strömungen in der Literatur zu fehlen.

Man hält sich dagegen an bewährte Namen oder an Werke, die Belehrung versprechen. Ungewöhnlich stark ist die Nachfrage nach den bekannten Dichtern des 19. Jahrhunderts, gleichgültig, welcher Schule. Vor allem die Jugend verlangt so gut wie ausschließlich nach ihnen.

Unter den Kopfarbeitern ist durchaus ein Gefühl für literarisches Preciosentum vorhanden, worauf die starke Nachfrage nach der Produktion des Insel Verlages hinweist. In dieser Gruppe wurde ebenso wie bei den Schülern auch Philosophie viel gefragt. Im allgemeinen überwiegt der Wunsch nach Autoren, die beschauliche Betrachtung versprechen. Der Geschmack des Publikums ist ausgesprochen konservativ.<<

03.04.1948

WBZ: Die "Rheinische Post" berichtet am 3. April 1948 über die Möglichkeit einer getrennten Staatenbildung in Deutschland (x112/488): >>Es gibt, wenn denn eines Tages der Westen tatsächlich ohne den Rest unseres Landes als souveräner Staat vor die Rampe der Weltbühne tritt, keine wirkliche Trennung, sondern nur eine vorläufige Hinderung.

Sowenig Europa kulturell an der Elbe endet, sowenig kann dieser Strom auf längere Zeit, geschweige denn auf Dauer, die deutsche Ostgrenze sein.

Wir werden den deutschen Osten in unseren Gedanken und Herzen bewahren bei jedem Schritt, den wir in den nächsten Wochen nach Westen tun. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...

Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...

Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft

genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...
Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<

USA: Das europäische Wiederaufbauprogramm wird am 3. April 1948 verabschiedet.
Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).
John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) schreibt später über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden.
Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann man Deutschland wieder zusammenbekommen.
Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

05.04.1948

USA: Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß man die sowjetische Behauptung zurückgewiesen hat, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

07.04.1948

CSR: Nach dem Staatsstreich verschärft sich der antijüdische Kurs der Kommunisten. Die am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes schließt sämtliche Wiedergutmachungsverpflichtungen aus, wenn sie gegen das öffentliche Interesse verstoßen (x004/-103).

10.04.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.
Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

WBZ: In Nürnberg werden am 10. April 1948 im sog. "Einsatzgruppen-Prozeß" (Fall IX) 22 ehemalige SS-Führer verurteilt. 14 Angeklagte werden zum Tod durch den Strang verurteilt (x112/492).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Ohlen-

dorf-Prozeß" (x051/427): >>Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen-Prozeß), Verfahren des Militärgerichtshofs II der USA in Nürnberg gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf, und 23 andere frühere Angehörige der Einsatzgruppen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 9).
Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Hunderttausende von Menschen aufgrund eines Führerbefehls allein wegen ihres Glaubens und ebenso viele Menschen, die man als "politisch verseucht und als rassisch sowie geistig minderwertige Elemente" bezeichnete, ermordet zu haben.
Das Verfahren wurde seinerzeit von der Presse als der größte Mordprozeß der Geschichte bezeichnet. Nach Anklageerhebung verübte ein Angeklagter Selbstmord und während der Hauptverhandlung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe C, Otto Rasch, wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt. Rasch starb am 1.11.48.
Durch Urteil vom 10.4.48 wurden Ohlendorf und 13 weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei Angeklagte erhielten lebenslänglich und fünf zeitige Freiheitsstrafen von drei bis 20 Jahren.
Der zum Tod verurteilte frühere Chef der Einsatzgruppe A, Eduard Strauch, wurde an Belgien ausgeliefert und dort noch einmal zum Tod verurteilt. Er starb in der Haft.
Vier Todesurteile wurden bestätigt, u.a. das gegen Ohlendorf; die Restlichen wandelte der US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg in lebenslängliche Freiheitsstrafen um. Zugleich setzte er alle weiteren Strafen herab.<<

11.04.1948

Frankreich: Der französische Philosoph Raymond Aron (1905-1983) schreibt am 11. April 1948 in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" über die Verdrängung der kommunistischen Verbrechen (x087/128): >>Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie. ...<<

12.04.1948

SBZ: Der SMAD-Befehl Nr. 60 vom 12. April 1948 regelt die "Transporte und die Sicherung der Reparations- und Export-Importgüter" in der sowjetischen Zone (x112/492-493): >>Die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung für die Unversehrtheit der Güter ... wird auferlegt:
a) bis zur Übernahme des Gutes durch die Eisenbahn von der Firma und den Unternehmen der Aktiengesellschaften – diesen Firmen und Unternehmen,
b) während des Transportes der Güter auf der Eisenbahn und den Wasserverkehrswegen ... der deutschen Verkehrsverwaltung,
c) für Güter, die durch die Aktiengesellschaft "Derutra" ... angenommen wurden – der Aktiengesellschaft "Derutra". ...
Der Personalbestand der Eisenbahnpolizei ist ... auf 7.400 Mann zu erhöhen<<

13.04.1948

CSR: Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 13. April 1948 ein Gesetz über Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher und madjarischer Nationalität (x004/308-309): >>... § 3 (1) Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft darf nur einem Gesuchsteller wieder verliehen werden, der die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, keine andere Staatsangehörigkeit erworben und seinen ständigen Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik hat.
(2) Ein Gesuchsteller, der das 14. Lebensjahr erreicht hat oder es spätestens am letzten Tage der für die Einbringung der Gesuche gesetzten Frist erreicht, muß darüber hinaus eine seinen

Verhältnissen angemessene Kenntnis der tschechischen oder der slowakischen Sprache nachweisen. ...
§ 7 Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft, es wird vom Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Mitgliedern der Regierung durchgeführt.<<

15.04.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 15. April 1948 einen Text des Schriftstellers Wolfgang Borchert (1921-1947), der auf die Orientierungslosigkeit der Kriegsheimkehrer hinweist (x115/101-102): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund.
Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.
Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten.
Aber sie gaben uns keinen Gott mit, der unser Herz hätte halten können, wenn die Winde dieser Welt es umwirbelten. So sind wir die Generation ohne Gott, denn wir sind die Generation ohne Bindung, ohne Vergangenheit, ohne Anerkennung.
Und die Winde der Welt, die unsere Füße und unsere Herzen zu Zigeunern auf ihren heißbrennenden und mannshoch verschneiten Straßen gemacht haben, machten uns zu einer Generation ohne Abschied.
Wir sind die Generation ohne Abschied. Wir können keinen Abschied leben, wir dürfen es nicht, denn unserm zigeunernden Herzen geschehen auf den Irrfahrten unserer Füße unendliche Abschiede.
Oder soll sich unser Herz binden für eine Nacht, die doch einen Morgen zum Morgen hat? Ertrügen wir den Abschied?
Und wollten wir die Abschiede leben wir ihr, die anders sind als wir und den Abschied auskosteten mit allen Sekunden, dann könnte es geschehen, daß unsere Tränen zu einer Flut ansteigen, der keine Dämme und wenn sie von Urvätern gebaut wären, widerstehen.
... Wir sind eine Generation ohne Heimkehr, denn wir haben nichts, zu dem wir heimkehren könnten und wir haben keinen, bei dem unser Herz aufgehoben wäre – so sind wir eine Generation ohne Abschied geworden und ohne Heimkehr. ... <<

16.04.1948

SBZ: In der SBZ und in Ost-Berlin dürfen keine westlichen Zeitungen mehr verkauft werden.
Walter Ulbricht hält am 16. April 1948 vor den Studenten der "Parteihochschule Karl Marx" in Ost-Berlin ein Instruktionsreferat.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals an dieser Veranstaltung in Ost-Berlin teilnimmt, berichtet später (x156/64): >>... Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht ein 5stündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um uns auf bevorstehende Veränderungen hinzuweisen. Ulbricht sprach offen über Dinge, die teilweise erst ein halbes Jahr später "offiziell" wurden. Die wichtigsten Feststellungen seines Instruktionsreferates waren folgende:
In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen.
1947 waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Groß-

bauern zu schaffen.
Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. "Wir haben jetzt die Möglichkeit unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen.
Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern." Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt.
Die "Blockpolitik" hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der "Überprüfung" unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.
Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. "Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen", meinte Olbricht sarkastisch lächelnd.
Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde 2 Monate später die Gründung der "National-Demokratischen Partei" und der "Demokratischen Bauernpartei" bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplittern.
Durch dieses Instruktionsreferat von Ulbricht wurden wir auf der Parteihochschule bereits Mitte April auf jenen politischen Kurswechsel vorbereitet, der im Sommer und Herbst 1948 das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte.<<

23.04.1948

SBZ: Der Eisenbahngüter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin wird am 23. April 1948 vorübergehend unterbrochen.
Der SMAD-Befehl Nr. 76 vom 23. April 1948 ordnet eine weitere Konzentration der Wirtschaft in der sowjetischen Zone an (x112/500): >>Es werden "Vereinigungen volkseigener Betriebe" auf der Grundlage betriebsfachlicher Gliederung geschaffen.
Für die Leitung der volkseigenen industriellen Betriebe, zwecks ihrer Entwicklung und zur Kontrolle ihrer Tätigkeit, werden bei der Deutschen Wirtschaftskommission entsprechende Hauptverwaltungen geschaffen. Die allgemeine Richtung und Koordinierung der Tätigkeit der volkseigenen Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird durch die Deutsche Wirtschaftskommission durchgeführt. ...
Die in den Ländern bestehenden Hauptverwaltungen der volkseigenen Betriebe werden ... dem Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission unmittelbar unterstellt. ... Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zur finanziellen Neuordnung der bisherigen Organisation der volkseigenen Betriebe in den Ländern.<<

29.04.1948

WBZ: Der deutsche Arzt und Schriftsteller Paul Lüth (1921-1986) schreibt am 29. April 1948 über die Diskussionen um die Hauptstadt Berlin (x112/502): >>Traurig, daß uns eine Hauptstadt fehlt. Berlin liegt zu exponiert, wer weiß, wie lange sie noch "Hauptstadt" sein kann.
Gewiß ist noch alles andere, was es an Städten gibt, gegen Berlin Provinz. Aber selbst der große Becher (gemeint ist Johannes R. Becher) meinte, wenn die Amerikaner fortgingen, würde die lebendige geistige Bewegung dort bald ermatten.<<

April 1948

Polen: Albert Forster (1902 in Fürth geboren, ehemaliger NS-Reichsstatthalter des Reichsgaues Danzig-Westpreußen) wird im April 1948 in Warschau wegen Verbrechen gegen die

Menschlichkeit zum Tod verurteilt.
Das Todesurteil wird später nach Gnadengesuchen mehrfach aufgeschoben. Forster wird schließlich im Jahre 1952 in Warschau hingerichtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Albert Forster (x051/181): >>Forster, Albert, geboren in Fürth 26.7.1902, gestorben in Polen 28.4.1948? (hingerichtet), deutscher Politiker; Bankkaufmann, 1923 NSDAP-Beitritt.
Forster machte in seiner fränkischen Heimat als Redner und aktiver SA-Führer Streicher auf sich aufmerksam, wurde 1930 als dessen Protegé in den Reichstag gewählt und zum Gauleiter von Danzig ernannt, wo er die in Auflösung befindliche Partei zu reorganisieren hatte; trotz Übernahme zusätzlicher Aufgaben nach der Machtergreifung im Reich (u.a. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten in der DAF) betrieb Forster vorrangig die "schleichende nationalsozialistische Machtergreifung" in Danzig mit dem Ziel der Wiedereingliederung der seit 1920 Freien Stadt ins Deutsche Reich.
Mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit (28.5.33) konnte Forster die Regierung stellen und die freistaatliche Verwaltung der Stadt quasi "von oben" unterwandern. Am 23.9.39, eine Woche vor Ausbruch des Krieges mit Polen, der unter dem Vorwand der Danzigfrage geführt wurde, ließ sich Forster vom Senat der Stadt zum Staatsoberhaupt wählen, um das Reich offiziell um Schutz ersuchen zu können. Nach dem Sieg über Polen wurde Forster zum Reichsstatthalter von Danzig und Gauleiter von Danzig-Westpreußen ernannt, 1940 zum Reichskriegskommissar.
Wegen der von ihm verantworteten Kriegsverbrechen während der Besatzungszeit verurteilte ihn ein polnisches Gericht 1947 zum Tod.<<
Jugoslawien: Das Internierungslager Karlsdorf entwickelt sich seit April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenheim für Volksdeutsche.
Tausende von Arbeitsunfähigen werden aus den großen und kleineren Ortslagern nach Karlsdorf transportiert (x006/115E).

01.05.1948

WBZ: Der Berliner "Tagesspiegel" berichtet am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149-151): >>... Über jene ersten Siedler, die aus den engen Dörfern und Städten Europas auswanderten, über den Atlantik fuhren, um drüben in Amerika den Wald zu roden, Neuland zu bebauen, seßhaft zu werden, haben ganze Generationen von Schriftstellern schon die Gloriole von Courage und Zähigkeit gebreitet.
Ich glaube es ist noch kein Buch geschrieben und kein Film gedreht worden, der geschildert hätte, wie die deutschen Glas- und Bijouterie-Arbeiter aus der Stadt Gablonz im Sudetenland auswanderten.
Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.
Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. Zum Teil kamen sie später, auf Umwegen und aus Kriegsgefangenenlagern, nachgewandert.
Die Neusiedler von 1946 hatten nicht die Gewißheit, daß jeder Tag härtester Arbeit, jeder Meter Land, auf dem sie Kartoffeln anbauten, jeder Nagel, den sie in eine Barackenwand schlugen, und jedes Stück Arbeitsgerät, das sie sich primitiv zusammensetzten, ihnen zugute kommen oder ihnen gehören würde. Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat,

sondern neue Unsicherheit. Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. Die Furcht, die hinter ihrem Auszug aus der Stadt am Isergebirge stand, verließ sie nie mehr ganz. Sie kamen nicht in einen weiten, neuen, an Möglichkeiten unbeschränkten und unentdeckten Kontinent.
Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.
In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren, einem kleinen, mittelalterlich weltfernen Städtchen am Rande der Allgäuer Berge, buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt.
Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. Sie haben rund 500 Glas- und Schmuckwarenbetriebe aufgebaut, die im Monat mindestens viereinhalb Millionen Mark umsetzen. Sie haben das, was sie erreichten, einzig und allein sich selbst, der Privatinitiative jedes einzelnen zu verdanken.
Unweit von Kaufbeuren, umgeben von Wald, liegt das Gelände der einstigen Dynamit AG, die zu den IG Farbenwerken gehörte. Während des Krieges wurde hier in mächtigen Betonbunkern Sprengstoff hergestellt. In dem Barackenlager neben der Fabrik hatte man die Fremdarbeiter untergebracht. Das Fabrikgelände war nach Kriegsende von Trümmern, leeren getarnten Betonklötzen, einer Fahrstraße und zahlreichen Industriegeleisen durchzogen. Es verfügte über Bahnanschluß, Wasser, Elektrizität. Die meisten Gebäude der Pulverfabrik waren gesprengt, der Rest ausgeplündert. Anna S. wohnte mit ihrem Mann im einstigen Fremdarbeiter-Barackenlager, das sich rasch mit Flüchtlingen füllte.
Als sie zum erstenmal über das einstige Gelände der Pulverfabrik ging, sah Anna ein paar Dutzend Menschen, entlassene Kriegsgefangene, hart und schmal gewordene Frauen und alte Männer, arbeiten; sie räumten Schutt, reihten Steine aneinander, sammelten sorgfältig jedes Stück Draht, jedes Stück Eisen. Sie wohnten zwischen der Verwüstung, in den klaffenden, aufgerissenen Betonklötzen, auf deren Dächer die Tarnsträucher wuchsen. Sie hatten weder Bett noch Tisch.
Doch da und dort standen zwischen dem Schutt Maschinen – viele verrostet, zerstört, aber immerhin Maschinen -, Stanzen, Drehbänke, Elektromotoren, Pressen, ein Pumpwerk, eine Transformatorenanlage. Auf jede Maschine waren mit weißer Farbe ein R und eine Nummer gezeichnet. "Gehören die euch?" fragte damals Anna atemlos.
"Gepachtet sind sie", 25 Jahre gepachtet, wie das ganze Gelände, aber gepachtet mit täglicher Kündigung. Jede Maschine steht auf der Reparationsliste."
Anna hörte diese Einschränkungen kaum. Wo Maschinen waren, Stanzen, Pressen, Drehbänke, da konnte man schon wieder weitersehen und so war sie unter denen, die in Kaufbeuren-Hart das Kaufbeuren-Gablonz aufzubauen begannen. Das einzige größere Gebäude, das noch ganze Mauern hatte, wurde von Männern, deren Namen in Gablonz einmal guten Klang gehabt hatten, zum Büro und Verwaltungshaus der neuen "Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft" gemacht.
Das, was man hier plante, waren nicht ein paar Baracken, die heute oder morgen wieder leerstehen würden, sondern es sollte der Grund gelegt werden für eine neue Industriestadt. Männer und Frauen arbeiteten manchmal mit Werkzeugen wie aus der Steinzeit. Sie hobelten zuerst die Werkstische und dann erst den primitivsten Hausrat. Sie befreiten die Maschinen ... vom Rost. Als die erste wirkliche Zange herumgereicht wurde, hielten sie alle mit der Arbeit inne: es war wie ein Festtag! ...
Dann entstanden beinahe wie von selbst die ersten Nadeln, Kettchen und Knöpfe. In den Städten und Dörfern rundum riß man sie ihnen aus den Händen. Die erste Lieferung des benötigten

Stangenglases traf ein. Es kam aus der Regenhütte im Bayerischen Wald bei Zwiesel, die ebenfalls ein Ausgesiedelter leitet. Rohglas! Grundelement ihrer Arbeit. Von da an arbeiteten sie systematisch: die ersten Drucköfen, die erste selbstgebaute Glashütte begann zu produzieren.
Aus dem überfüllten Flüchtlingslager Riederloh, aus dem Städtchen Kaufbeuren, aus Dörfern und Marktflecken ringsum, von überallher, wo Gablonzer in Schulsälen, Scheunen, Bauernhäusern Notquartiere bewohnten, kamen sie nach Kaufbeuren-Hart, die Werkzeugschlosser und Graveure, Estampeure, Gürtler, Glasschleifer und Heimarbeiter, Männer und Frauen, gewohnt, Glas und Metall kunstvoll zu verbinden und zu hundertfachem Wert zu veredeln. Doch ihrem Willen, mit der Arbeit voranzukommen, stellten sich Hindernisse entgegen. Ganz unüberwindlich erschien zuerst die Wohnungsnot. Ein Bezirk, in dem unter 100 Einwohnern 68 Flüchtlinge waren, konnte einfach keine neuen mehr aufnehmen. ...
... Von ihren Werktischen weg gingen die Hart-Leute in die Ziegeleien, in die Trümmerstätten Münchens und Ulms, um Baustoffe heranzubringen. Aber da von staatlicher Seite weder finanziell, noch steuerlich, noch in der Materialbelieferung nennenswerte Unterstützung kam, ging es nur langsam voran. Die anderen Hindernisse, Rohstoffmangel, Facharbeitermangel, zu wenig Kohle, zu wenig Baumaterial, zu wenig Werkzeuge, Schwerfälligkeit.
Dann kam die gefährliche Klippe: eines Tages erschien eine Kommission jugoslawischer, polnischer, belgischer Offiziere.
Was sie befürchteten, traf ein: die Demontageorder. Sie mußten und sie müssen nun ohne die R-Maschinen fertig werden. Eine harte Belastung. Aber auch daran scheitern sie nicht. Mit einigen primitiven, oft selbstgebauten Maschinen, da und dort mit neu kompensierten Maschinen wird produziert. ... Die alten Kunden aus England, aus Nord- und Südamerika, Frankreich, Indien und Ägypten haben sich schon gemeldet. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die enorme Leistungsbereitschaft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/471-472): >>... Die Vertriebenen brachten nicht nur ihre Mägen mit, wie Churchill es ausgedrückt hatte, sondern auch ihre Arbeitskraft.
Die Polen und Tschechen hatten ihnen ihre Höfe, ihre Häuser, ihre Wohnungen rauben und sie bis aufs Hemd ausplündern können, aber sie hatten ihnen nicht ihre geistigen Fähigkeiten, ihr handwerkliches und bäuerliches Geschick nehmen können.
Sie waren entwurzelt worden, aber ihre Kraft war ihnen geblieben. Sie waren auf eine der untersten Stufen menschlichen Daseins herabgedrückt worden, doch um so stärker wuchs ihre Entschlossenheit, wieder nach oben zu kommen.
In den Baracken und Trümmern der westlichen Besatzungszonen sammelte sich in jenen Tagen der Armut, des Hungers, der Abgerissenheit wie in einem Staubecken jene Schwungkraft, die Jahre später den Wiederaufbau Westdeutschlands zum sogenannten deutschen Wunder werden ließ. Die außerordentliche Lage trieb die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, zu außerordentlichen Leistungen. ...<<

04.05.1948

Niederlande: In Den Haag wird am 4. Mai 1948 der ehemalige österreichische SS-Obergruppenführer Hanns Rauter (1895-1949, Chef der deutschen Polizei in den Niederlanden) zum Tod verurteilt.

06.05.1948

CSR: Die Verfassunggebende Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 6. Mai 1948 ein Gesetz über die Liquidierung der Rechtsverhältnisse der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien (x004/310-311): >>... § 1 Die Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien hat am 4. Mai 1945 aufgehört zu bestehen. ...

§ 3 (1) Das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte, das bis zum 4. Mai 1945 im Eigentum der Kirchengemeinden (der Pfarr- oder Kreisgemeinden oder allgemeinen Gemeinden) der Kirche oder ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds stand, geht in das Eigentum des Tschechoslowakischen Staates über. ...
§ 5 (1) Durch dieses Gesetz wird die Gültigkeit von Handlungen, die bei der Führung der kirchlichen Matrikeln (Personenstandsregister) vorgenommen wurden, sowie die Gültigkeit der Ehen, die vor den Seelsorgern der Kirche bis zu dem Tage geschlossen wurden, an dem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, nicht berührt. ...
§ 6 Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft, es wird von den Ministern für Schulwesen und Kultur und des Innern durchgeführt.<<

Frankreich: Der französische Jurist und sozialistische Politiker Leon Blum (1872-1950) schreibt am 6. Mai 1948 im "Populaire" (x112/508): >>... Auch Frankreich sollte sich einer kleinen Gewissensprüfung unterziehen; ist es nicht gerade Frankreich, das, um Gebietsabtrennung vom Westen zu erzwingen, monatelang jedes Vorgehen des Kontrollrates in Berlin gelähmt hat?
Hat nicht gerade Frankreich die Schaffung einer Zentralverwaltung, die sich über alle vier Zonen erstreckt hätte ... Widerstand entgegengesetzt?
Angesichts der gegenwärtigen Lage scheint es mir schwer, die Trennung als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinzunehmen, sie aufrechtzuerhalten und daraus ein für allemal die Konsequenzen zu ziehen.<<

08.05.1948

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Mai 1948 über die Frage "Weststaat oder Provisorium?" (x112/509): >>... Man stünde vor der auf geschichtlich absehbare Zeit definitiven Teilung Deutschlands.
Kein frommer Wunsch kann die grausame Tatsache des vorläufigen Endes der gesamtdeutschen Geschichte, die damit gegeben wäre, und die weitere Tatsache aus der Welt schaffen, daß wir dann statt ein drittes, die beiden Rivalen auseinanderhaltendes Element zwischen Osten und Westen zu werden, nur noch das strategisch sehr entscheidende Kampffeld zwischen beiden wären.<<

10.05.1948

SBZ: Die evangelischen Bischöfe der SBZ verwahren sich am 10. Mai 1948 dagegen, daß die SMAD kirchliche Einrichtungen für politische Maßnahmen nutzt.

11.05.1948

WBZ: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.

14.05.1948

Israel: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.
In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".
Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.
Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Ge-

schlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...
Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...
Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...
Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.
Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<
Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.
Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schreibt später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...
Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.
Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erschei-

nen. ...
Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert.
Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 26.07.2008) über die israelische Staatsgründung: >>**Churchill - ein Zionist?**
Von Benny Morris
Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.
Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.
Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.
In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.
Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.
Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.
Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben,

doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ...(denen) man ins Auge sehen muß ...
Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."
Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).
In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)
Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.
Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.
Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.
Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."
Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.
Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu ge-

ben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinett durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.
In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.
Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.
Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern.
Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.
Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."
Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<
Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schreiben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.
(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<
>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.
Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge ent-

standen. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.
Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.
Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.
Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<

15.05.1948

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 15. Mai 1948 über den damaligen Stand des deutschen Literaturwesens (x112/513): >>... Daß wir auf die unanzweifelbaren Meisterwerke unserer Zeit, in Sonderheit auf solche, die uns das tausendjährige Reich zwölf Jahre vorenthielt (und jeder von uns wüßte aus dem Handgelenk drei Dutzend zu nennen), noch heute meist vergeblich warten müssen, angesichts einer Inflation von Zeitschriften, jüngster Lyrik und Machwerken, die als Eintagsfliegen zu bezeichnen ihnen schon zuviel Ehre antun heißt, ist eine Tatsache, die allen, die mit Planung und Lenkung des Schrifttums zu tun haben, täglich und stündlich vor Augen stehen müßte.
Die deutsche Buchproduktion steckt im Sumpfe einer peinlichen Mittelmäßigkeit, und die besten Pferde müssen heran, sie da herauszuziehen.<<

16.05.1948

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius fordert am 16. Mai 1948 zum "zivilen Ungehorsam" auf (x112/513): >>Es geht in den heutigen Tagen vor allem um das eine, die Freiheit zu behalten, wahrhaftig zu bleiben, was auch immer geschieht. ...
Man muß den Kampf aufnehmen gegen jeglichen Druck auf Überzeugung und Gewissen. Wo es darum geht, eine Überzeugung zu bekunden, bei Wahlen, Kundgebungen, Entscheidungen für eine Partei, Volksabstimmungen und ähnlichen Gelegenheiten, da gilt kein Gehorsam, sondern die eigene gewissenhafte Überzeugung. ...<<

18.05.1948

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister erinnert am 18. Mai 1948 an die erste deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vor 100 Jahren (x112/514): >>... In unseren Straßen wehen, wie vor 100 Jahren, schwarz-rot-goldene Fahnen, und in der alten demokratischen Stadt Frankfurt versammeln sich, wie anno 1848, viele hundert Abgesandte aus ganz Deutschland. In feierlichem Zuge, mit hochgestimmten Herzen, werden sie wie ihre Väter von den altehrwürdigen Römerhallen zur Paulskirche hinübergehen. Die Glocken unserer Stadt tragen dann weit in deutsche Lande hinein die Kunde: Unser Volk versammelt sich zu hoher nationaler Feierstunde.<<

19.05.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 19. Mai 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Bad Meinberg/Lippe (x112/515): >>Die weltanschauliche Grundlage der Partei

muß unbedingt erhalten bleiben. Nirgendwo ist eine Verteidigung der christlichen Weltanschauung nach wie vor so notwendig wie bei uns in Deutschland. ...
Die Forderung auf Rückgabe der Ostgebiete müssen wir nach wie vor nachdrücklich stellen und aufrechterhalten, weil ohne die Ostgebiete das übrige Deutschland, abgesehen von der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlich derart gelagert ist, daß es sowohl für die Deutschen selbst, aber auch für das übrige Westeuropa kaum tragbar ist. ...
So sehr wir den Marshallplan und die Hilfe begrüßen, so glaube ich doch, daß der Marshallplan nur eine Ankurbelung ist, die nicht ewig weiterlaufen wird. Wir Deutschen werden selbst die Hauptarbeit tragen müssen, um unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. ...
Den Gedanken einer europäischen Föderation kann man nicht ernst genug nehmen und die Bedeutung schlechterdings nicht unterschätzen. Eine solche europäische Föderation würde ein Gefühl der Sicherheit geben, auch den westlichen Nachbarn Deutschlands, den Franzosen, Holländern, Belgiern und Luxemburgern, in denen immer noch eine große Angst vor den Deutschen herrscht. Man befürchtet mit Recht, wenn Westdeutschland der Kopf Rußlands werden würde, dann wäre es um Westeuropa geschehen. ...
Wenn man sich dieses Zukunftsbild einer westeuropäischen Föderation vor Augen hält, bestehend aus England, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten und Westdeutschland, mit den kolonialen Hilfsquellen Afrikas, Indonesiens, Niederländisch-Indiens usw., dann wird man zugeben, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, daß eine dritte Macht auf der Erde entsteht, die zwar den ganz großen Mächten wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Sowjetrußland nicht gleichwertig ist, aber doch immerhin so stark und so groß ist, daß jeder von den beiden, wenn sie in einen Kampf miteinander geraten sollten, daran denken müßte, wie wird sich diese dritte Macht verhalten. ...<<
Die deutsche Schriftstellerin Irmgard Keun (1905-1982) schreibt am 19. Mai 1948 über das eigenartige Nationalbewußtsein der Deutschen (x112/515): >>Ich hab' nur so eine Abneigung gegen alles, was geeignet ist, das Nationalgefühl zu stärken, dieses dümmste und verderblichste aller Gefühle. Daß es nur ein künstliches und vorgebildetes Gefühl ist, macht es nicht milder und harmloser. Wie künstlich es in Deutschland ist, konnte man hier gerade während und nach dem Kriege sehen. ...
Neulich hatte die Straßenbahn hier (sc. in Köln) mal einen bayerisch sprechenden Schaffner eingestellt – er ist einmal gefahren und nicht wieder. ...<<

23.05.1948

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 23. Mai 1948 über die Großaktion der SED, Unterschriften für das "Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden" im Osten Berlins und in der sowjetischen Zone zu sammeln (x112/517): >>Man muß es zugeben, der Schein der moralischen Rechtfertigung liegt auf seiten der Sowjetunion. Sie fordert, was wir wollen müßten. Einheit, gemeinsame Währungsreform, Abzug der Besatzungstruppen und einen raschen Frieden mit Deutschland. Warum sträuben wir uns dagegen? – Weil wir uns fürchten. ...
Zu deutlich für unser Mißtrauen tönt aus der neuen Friedensschalmei die fatale Zukunftsmusik des Anschlusses. Es schmeckt nach Schloß und Riegel. Eingeschlossen ist der winzige Punkt Berlin in der riesigen Sowjetzone. Abgeschlossen von der westlichen Welt sind seit 1947 alle Länder, die unter sowjetischem Einfluß stehen.
Und hinter Kerkerschlössern verschwindet jeder, der in jenen Ländern anderen Willens ist, als seine Machthaber es wünschen. 200.000 Menschen wurden nach mutmaßlicher Schätzung seit 1945 aus der Ostzone nach Rußland transportiert. ...<<

WBZ: Die westlichen Militärregierungen einigen sich 23. Mai 1948 über eine gleichzeitige Durchführung der Währungsreform in den Westzonen.
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals über die

geplante Währungsreform in den Westzonen (x112/517): >>Die Währungsreform hebt sich immer dunkler am Horizont ab wie eine schwarze aufsteigende Gewitterwand.
Die Schlauen haben sich hinter Sachwerten gesichert, die Fleißigen hoffen auf gerechte Entlohnung, auch wenn sie noch die letzten Vermögensreste verlieren sollten. Die Armen und Arbeitsunfähigen können ohne Gruseln gar nicht daran denken, daß sie radikal vor dem Nichts stehen sollen. ...<<

28.05.1948

WBZ: Im "Telegraf" vom 28. Mai 1948 kritisiert Arno Scholz die SED (x116/24): >>Die SED bringt das deutsche Volk in die gleiche Situation, in die es nach dem ersten Weltkrieg kam.
Auch damals mußten sich alle Kräfte gegen den Kommunismus wehren. ... Sie waren es, die den demokratischen und sozialistischen Kräften in den Rücken fielen, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligten und den Regierungen durch Aufstände und andere politische Aktionen ständig Schwierigkeiten machten. ...<<

02.06.1948

WBZ: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt.
Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).

Großbritannien: Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.
Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...
Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.
Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindesterfordernissen der Besetzung und Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen.
Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine ge-

meinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.
Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.
Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.
Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.
Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist. ...<<
Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt später über die Hintergründe dieser "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.
Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich.
Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.
Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

03.06.1948

SBZ: Die SMAD läßt am 3. Juni 1948 Ausbildungseinheiten für die spätere "Kasernierte Volkspolizei" aufstellen.

09.06.1948

Ostdeutschland: Der polnische Starost (Landrat) von Neidenburg/Ostpreußen erklärt am 9. Juni 1948 in einer amtlichen Mitteilung zur Option für Polen (x002/206): >>In Verbindung mit Ihrem ungeklärten Verhältnis zum polnischen Volk und Staat fordere ich Sie auf, sich innerhalb von 2 Wochen ... zu erklären, ob sie die polnische Staatsangehörigkeit dadurch zu erwerben wünschen, daß Sie die Treueerklärung dem polnischen Volk und Staat gegenüber bekunden und unterzeichnen.
Für den Fall, daß Sie sich in der oben erwähnten Frist nicht erklären, bemerke ich, daß Ihre Wirtschaft ... vom Staat übernommen wird. ...<<

10.06.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.
Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauer und den Föderalismus: >>**Mein Gott - was soll aus Deutschland werden?**
Adenauer war in den zwanziger Jahren Föderalist gewesen. Das entsprach dem Programm seiner Partei, des katholischen Zentrums. Das entsprach seinen persönlichen Interessen als eines katholischen Politikers im vorwiegend protestantischen Reich. Das entsprach aber auch seinen Auffassungen von der europäischen Politik. Er meinte, daß Deutschland "friedensfreundlicher" gemacht werden könne, indem der preußische Zentralismus in Deutschland gebrochen und durch eine föderalistische Struktur des Reiches ersetzt werde.
Höchster Orientierungspunkt des Adenauerschen Föderalismus war also ein freundlicheres Verhältnis zu den westlichen Nachbarn gewesen. Diesen Gedanken hatte Adenauer 1919 ausgesprochen, als er in den rheinischen Separatismus-Wirren, die dem Ersten Weltkrieg folgten, den Plan eines westdeutschen Bundesstaates innerhalb des Reiches propagierte.
Ein gutes Vierteljahrhundert später - als Adenauer ein zweites Mal Gelegenheit erhielt, an der inneren Gestaltung eines neuen deutschen Staates mitzuwirken - war der höchste Orientierungspunkt seines Vorgehens immer noch der des Jahres 1919: die Gestaltung eines friedlichen Europa.
Die Frage blieb jedoch offen, ob - gemessen an jenem Orientierungspunkt - immer noch die Föderalisierung Deutschlands ein unbedingtes Erfordernis sei.
Das Hauptziel, das Adenauer 1919 verfolgt hatte, wurde 1945 durch die Siegermächte erzwungen: Preußen wurde von ihnen zerschlagen. Die Gründung der westdeutschen Länder in den Jahren 1945 und 1946 - vor allem die Gründung Nordrhein-Westfalens - bedeutete das Ende Preußens.
Der "Berliner Zentralismus", der für Bismarck-Staat und Weimarer Republik kennzeichnend gewesen war, hatte damit sein Ende genommen. Zu entscheiden war nun nur noch, durch welche Art von Staatskonstruktion der Berliner Zentralismus" ersetzt werden sollte - ob
- durch einen wiederum zentralistischen Staat, nun freilich nicht mit Berlin, sondern mit einer westdeutschen Stadt als Metropole, oder
- durch ein föderalistisches Deutschland, dessen Mittelpunkt eine neue Hauptstadt - zum Beispiel Frankfurt - bilden sollte.
Die allgemeine Voraussetzung, von der die westdeutschen Politiker bei den 1945 noch sehr vagen Spekulationen über dieses Thema ausgingen, war die, daß der neue deutsche Staat zumindest das Gebiet zwischen Oder und Mosel umfassen werde. Unter dieser Voraussetzung war Adenauer - so hat es jedenfalls den Anschein - auch nach 1945 noch Föderalist. Noch im Mai 1946 propagierte der "Rheinische Merkur", der damals vielfach als ein Organ Adenauers angesehen wurde, "eine deutsche Föderation mit einer westdeutschen Stadt - möglicherweise Frankfurt - als Hauptstadt".
Schwankend in seiner föderalistischen Haltung wurde Adenauer erst, nachdem sich abzuzeichnen begann, daß für die Gründung eines neuen demokratischen deutschen Staates nur noch die drei westdeutschen Zonen, nicht aber mehr die mitteldeutschen Länder zur Verfügung standen
Von Mitte 1946 an begannen die Militärgouverneure Englands und Amerikas für die Gründung einer west- und süddeutschen "Tri-Zone" einzutreten. Erst mit dieser Initiative kam jene

Wirklichkeit in Sicht, auf deren Boden auch die Frage "Zentralismus oder Föderalismus" fortan zu entscheiden war.
Vor dieser neuen Wirklichkeit aber stand Adenauer in Sachen "Föderalismus" ohne Konzept da, noch nicht Zentralist, nicht mehr Föderalist - und es war schließlich nicht er, der den "Bonner Zentralismus", sofern man von einem solchen sprechen kann, durchsetzte, sondern Kurt Schumacher.
Diese Tatsache hat inzwischen eine ironische Pointe erhalten. Heute ist es die SPD, die - entgegen ihren Traditionen, aber aus wohlerwogenem Eigeninteresse - föderalistische Grundsätze verteidigt, während Adenauer die föderalistischen Elemente des Bonner Grundgesetzes beklagt.
Im letzten Wahlkampf erklärte Adenauer vor Würzburger Studenten, die Besatzungsmächte hätten in den Jahren 1948 und 1949 "uns den föderativen Gedanken aufgezwungen. Die Amerikaner und die Franzosen haben die Entwicklung beeinflußt. Die Länder sollten sehr stark sein, die Zentralregierung sehr schwach."
Der SPD-Pressedienst versuchte nach Adenauers Würzburger Rede, mit Hilfe einer Dokumentation aus den Debatten des Parlamentarischen Rates nachzuweisen, daß Adenauer 1948/49 ein eifriger Föderalist gewesen sei.
In Wirklichkeit jedoch war Adenauer in jener Zeit weder Föderalist noch Zentralist, hatte vielmehr überhaupt keine feste Ansicht in dieser Frage und wechselte damals seinen Standpunkt zum Föderalismus-Thema nicht weniger als dreimal - und zwar jedesmal so, wie nach seiner Meinung der Wind im Lager der westlichen Besatzer stand.
Diese Haltung führte auf dem Höhepunkt des Föderalismus-Streites zu einem Satyr-Spiel, dessen nicht eben glücklich aussehende Hauptfigur Adenauer selbst war.
In der Tat erklärte sich Adenauers Unentschiedenheit im Föderalismus-Konflikt letztlich daraus, daß sein eigentlicher Orientierungspunkt - nämlich die Absicht, den neuen deutschen Staat für Westeuropa akzeptabel zu machen - in der Situation von 1948/49 keine Anweisung zu politischem Handeln bot.
War es klar gewesen, daß die westlichen Alliierten ein von Preußen her zentralistisch geleitetes Gesamtdeutschland nicht akzeptieren würden, so war damals keineswegs eindeutig vorauszusehen, ob ein vielleicht von Frankfurt her zentralistisch geleiteter westdeutscher Teilstaat für den Westen, namentlich für die Angelsachsen, nicht doch annehmbar sein würde
Genau auf diesen Punkt hin sollte sich der Streit zuspitzen, der 1948/49 einmal innerhalb des Parlamentarischen Rates und zum anderen zwischen Parlamentarischem Rat und den Westalliierten entbrannte.
Am 10. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure Englands, Amerikas und Frankreichs den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder die sogenannten "Londoner Dokumente", in denen die drei westlichen Besatzungsmächte vorschlugen, ihre drei Zonen zu einem deutschen Staat "föderalistischen Typs" zu vereinen.
Am 1. September 1948 trat daraufhin eine verfassunggebende Versammlung zusammen: der sogenannte Parlamentarische Rat. Er umfaßte 65 Abgeordnete, die von den Länderparlamenten ernannt worden waren. 27 Abgeordnete gehörten der SPD, 27 der CDU/CSU, fünf der FDP, je zwei dem Zentrum, der Deutschen Partei und der KPD an.
In den Debatten des Parlamentarischen Rates darüber, ob das Grundgesetz der geplanten Bundesrepublik "föderalistischen" oder "zentralistischen" Charakter haben solle, schälten sich schließlich zwei Hauptprobleme heraus, nämlich
- einmal die Frage, ob neben dem vom ganzen Volke gewählten Bundestag der von den Länderregierungen zu wählende Bundesrat eine gleichberechtigte gesetzgebende Gewalt ausüben solle, und
- zum anderen die Frage der Finanzhoheit.

In der ersten Frage nahm die CDU/CSU zunächst den "föderalistischen" Standpunkt ein, das hieß: Sie forderte die Gleichberechtigung der Bundesländer als gesetzgebende Gewalt neben dem Bundestag. Praktisch lief diese Ansicht darauf hinaus, daß die gesetzgebende Gewalt des neuen deutschen Staates zu gleichen Teilen auf zwei Institutionen verteilt werden sollte:
- auf den Bundestag als die gewählte Repräsentation des gesamten Staatsvolkes und auf eine "zweite Kammer" (später "Bundesrat" genannt), welche die Länder-Interessen, also das föderalistische Element, repräsentieren sollte.
Der bedeutendste Sprecher der CDU/CSU in dieser Sache war der katholische Jurist Dr. Adolf Süsterhenn. Die Abgeordneten der CDU/CSU verträten, sagte er im Parlamentarischen Rat, "grundsätzlich das machtverteilende Prinzip. Wir wollen eine pluralistische Staatsgestaltung haben ... Diesen Gedanken der Machtverteilung glauben wir unter anderem am besten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß neben dem Volksparlament, das aus der Volkswahl hervorgegangen ist (Bundestag), völlig gleichberechtigt in der Legislative eine andere Körperschaft in Gestalt der sogenannten zweiten Kammer (Bundesrat) steht".
Der Standpunkt Süsterhenns war jedenfalls zu Anfang auch der offizielle der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat. Hätte dieser Standpunkt sich durchgesetzt, so wäre die gesamte Gesetzgebung der Bundesrepublik einschließlich der Außenpolitik zu einem großen Teil in den Landeshauptstädten bestimmt worden.
Dem späteren sogenannten "Bonner Zentralismus" wären von vornherein in radikaler Weise die Flügel beschnitten worden, und die Außenpolitik der Bundesrepublik hätte zweifellos einen völlig anderen Verlauf genommen, als sie ihn unter der einsamen Führung Adenauers tatsächlich genommen hat.
Vor allem die süddeutschen Föderalisten suchten einen "Bonner Zentralismus" zu verhindern. Aus ihren Kreisen kamen Äußerungen, wonach das Land "Nordrhein-Westfalen" drohe, "das Preußen der Bundesrepublik zu werden".
Der von Süsterhenn propagierte Plan scheiterte schließlich an Kurt Schumacher. Im Verein mit der FDP brachte der SPD-Führer den Plan eines "gleichberechtigten" Bundesrates zu Fall. In dem mit dem Problem befaßten Ausschuß stimmten zwölf Abgeordnete gegen den Süsterhenn-Plan, neun dafür.
Erst nachdem dies geschehen war, schaltete sich Adenauer in die Debatte ein - nun zwar immer noch nicht mit prinzipiellen Deklarationen, sondern mit taktischen Manipulationen, die darauf hinausliefen, den traditionellen Föderalismus der Christdemokratie fallenzulassen. Ihm gelang, die eifrigsten Föderalisten der CDU/CSU, den Rheinländer Süsterhenn und den Bayern Dr. Anton Pfeiffer, die bis dahin in der "Föderalismus-Frage" Sprecher der CDU/CSU gewesen waren, durch den nachgiebigen Brentano und durch Theophil Kaufmann ersetzen zu lassen. Unter deren Einfluß kam schließlich der Artikel 50 des Grundgesetzes zustande: "Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit."
Im übrigen ist - vornehmlich dank der Initiative des SPD-Führers Kurt Schumacher - im Grundgesetz eine Verteilung der Rechte von Bund und Ländern vorgenommen worden, die sich später auf vielen Gebieten als praktikabel und vernünftig erwiesen hat.
Daß dieses System nicht immer reibungslos funktionieren würde, war freilich von vornherein klar. Tatsächlich kam es 1952/53 zu einer aufsehenerregenden Kollision zwischen Bund und Ländern - und zwar im engen Zusammenhang mit der Frage der deutschen Wiederbewaffnung.
Im Mai 1952 hatte Bundeskanzler Adenauer vier Verträge mit den Westalliierten unterzeichnet. Das waren
- der sogenannte Deutschland-Vertrag, durch den die Bundesrepublik ihre Souveränität gewann (mit gewissen noch heute bestehenden Einschränkungen),

- der "Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG), in dem sich die Bundesrepublik zur Aufstellung von bewaffneten Streitkräften und zu deren Einbau in eine EVG-Armee verpflichtete, und
- zwei Nebenverträge, in denen rechtliche und finanzielle Fragen geregelt wurden.

Im Bundestag war den Verträgen eine einfache Mehrheit sicher. Strittig war lediglich, ob der EVG-Vertrag, weil er die im Grundgesetz nicht vorgesehene Aufstellung von "bewaffneten Streitkräften" vorsah, verfassungsändernd sei und mithin einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedürfe. In dieser Frage erklärte sich das Bundesverfassungsgericht nach einem langen juristischen Streit 1953 für unzuständig.

Danach stand der SPD nur noch der Weg offen, über die SPD-Landesregierungen von Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen im Bundesrat einen Beschluß herbeizuführen, wonach der Bundesrat gegen den EVG-Vertrag Einspruch erheben sollte.

Von den 38 stimmberechtigten Sitzen des Bundesrates nahmen die SPD-Landesregierungen 15 ein. Die von der CDU/CSU beherrschten Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern hatten zusammen 18 Sitze.

Ausschlaggebende Bedeutung hatten angesichts dieser Gewichtsverteilung die fünf Stimmen Baden-Württembergs. Ministerpräsident war der Liberale Reinhold Maier, aber zu seiner Regierungskoalition gehörten auch Sozialdemokraten. Es gab also einigen Grund zu der Annahme, daß Maier mit Rücksicht auf seine sozialdemokratischen Ministerkollegen die fünf Stimmen Baden-Württembergs für einen Bundesrats-Einspruch gegen die EVG zur Verfügung stellen werde. Staatsrechtlich hätte das den Versuch der Bundesländer bedeutet einen bestimmenden Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen.

Maier rang sich jedoch nach einiger Zeit zu der Ansicht durch, daß die Länder keine Legitimation besäßen, eine Initiative auf dem Gebiet der Außenpolitik zu ergreifen. Der Bundesrat beschloß mit 23 gegen 15 Stimmen, also mit den fünf Stimmen Baden-Württembergs, keinen Einspruch gegen EVG-Vertrag und Deutschland-Vertrag zu erheben. Der EVG-Vertrag wurde damit Gesetz, erlangte allerdings gleichwohl keine Rechtskraft, weil das französische Parlament im August 1954 die Ratifizierung ablehnte

Der Verzicht Maiers auf Einspruch gegen den EVG-Vertrag wurde seinerzeit vielfach als eine Niederlage des deutschen Föderalismus ausgegeben. Wie die Hamburger "Welt" damals schrieb, hatte man in Maier eine Zeitlang den Mann gesehen, der - gestützt auf den Länder-Föderalismus - "es dem Kanzler schon zeigen" und dessen Integrations-Politik zu Fall bringen werde.

Diese Erwartungen erwiesen sich als falsch, wenn auch der Verlauf des EVG-Konflikts innerhalb des Bundesrates demonstriert hatte, daß jedenfalls theoretisch den Bundesländern Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sogar auf außenpolitischem Gebiet dem Bundestag und der Bundesregierung zumindest hinderlich zu sein.

Im übrigen hatte der Konflikt im Bundesrat zum ersten Mal deutlich gezeigt, in welcher Weise die SPD einerseits und die CDU/CSU andererseits in der Föderalismus-Frage die Fronten gewechselt hatten. Kurt Schumachers Partei, die im Parlamentarischen Rat energisch und erfolgreich für eine zentralistische Struktur der Bundesrepublik gekämpft hatte, mußte 1953 im Streit um die EVG auf die Waffen des Föderalismus zurückgreifen. Dagegen konnte sich Adenauer bei der Abwehr der SPD-Angriffe eben der Waffe bedienen, die ihm sein Gegner Schumacher geschmiedet hatte.

Hatte Adenauer in der Frage der Gleichberechtigung von Bundesrat und Bundestag schließlich wenigstens durch taktische Manipulationen im zentralistischen Sinne Stellung bezogen, so verhielt er sich in der Frage der "Finanzhoheit" im Grunde völlig richtungslos. Charakteristisch für seine Haltung in dieser Frage ist eine Äußerung, wonach ihm die ganze Sache "zum Halse heraushänge".

Bei dem Streit um die Finanzhoheit ging es, pauschal gesehen, darum, ob das Schwergewicht der Finanzhoheit beim Bund oder bei den Ländern liegen sollte. SPD, FDP und KPD vertraten den zentralistischen Standpunkt, wonach der Bund Vorrang haben müsse; die CDU/CSU hingegen forderte die Vormachtstellung der Länder. Nach monatelangem Streit spitzte sich der Konflikt vor allem auf die Frage des sogenannten Finanzausgleichs zu. Die SPD verlangte für den Bund das Recht, Steuergelder reicher Bundesländer durch zentralen Bundesentscheid steuerarmen Bundesländern zuschreiben zu dürfen.
Mitte Februar 1949 setzte sich die SPD mit ihrem Standpunkt im Parlamentarischen Rat durch. Der "Finanzausgleich" wurde daraufhin im Prinzip auch von der CDU/CSU angenommen - und zwar offenkundig unter Adenauers Einfluß. Der "Föderalist" Adenauer hatte damit seine erste Wendung - und zwar diesmal zum "Zentralismus" - vollzogen.
Bei diesem Stand der Dinge aber erhoben die Alliierten Einspruch. Sie erklärten am 2. März 1949, daß der Finanzausgleich mit ihrer Forderung nach einem Staat "föderalistischen Typs" nicht vereinbar sei.
Mit der alliierten Erklärung aber hatte die Debatte ein Stadium erreicht, in dem der einzige Orientierungspunkt Adenauers in dem ganzen Föderalismus-Streit sichtbar wurde: sein Standpunkt nämlich, daß der neue Staat auch seiner inneren Struktur nach für den Westen akzeptabel sein müsse.
Von diesem Standpunkt her aber war es durchaus logisch, daß Adenauer - kaum war das alliierte Veto gegen den "Finanzausgleich" ausgesprochen - auch seinerseits vom Finanzausgleich abrückte. Unter dem - vermeintlich unerbittlichen - Druck der Westmächte, verwandelte sich Adenauer wieder in einen "Föderalisten", und er war sich sehr wohl klar darüber, daß er damit vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit das Odium eines Schwächlings und Konzessions-Politikers auf sich nahm.
Kurt Schumacher war nicht der Mann, der eine solche Gelegenheit ausließ. Er arbeitete die nationale Pointe, die dem Föderalismus-Streit innewohnte, scharf heraus. "Man kann", sagte er, "nur deutscher Patriot sein und nicht Patriot von elf deutschen Ländern. Das ist der ganze Gegensatz zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union."
Am 20. April 1949 pflanzte Kurt Schumacher - nach einer zweitägigen Parteivorstandssitzung - in Hannover die Fahne des zentralistischen Nationalismus auf: Die SPD lehnte den Einspruch der Besatzungsmächte gegen den Finanzausgleich und alle sonstigen föderalistischen Forderungen der Alliierten entschieden und bedingungslos ab. "Entweder", sagte Schumacher, "gibt es eine deutsche Mitarbeit" (am deutschen Grundgesetz) "oder ein auf Grund der Macht gesetztes fremdes Recht für Deutschland."
Zwei Tage später traten daraufhin die Besatzungsmächte den Rückzug an und akzeptierten - nachdem sie anderthalb Monate lang scheinbar unerbittlich auf ihrem föderalistischen Standpunkt verharrt hatten - den Finanzausgleich.
Es war ein triumphaler Sieg des zentralistischen Nationalisten Kurt Schumacher und seinem Gegner Adenauer blieb - nachdem er in der Frage des Finanzausgleichs schon zweimal die Position gewechselt hatte - nichts anderes übrig, als sie ein drittes Mal zu wechseln: Die CDU/CSU akzeptierte unter Adenauers Leitung den Finanzausgleich.
Adenauer hat später versucht, das nationale Verdienst Schumachers in der Finanzhoheits-Frage zu schmälern. Er behauptete, Schumacher habe am 20. April, als er in Hannover in so herausfordernder Weise den Besatzungsmächten den Fehdehandschuh hinwarf, Kenntnis von einem Brief der Besatzungsmächte gehabt, der - obwohl vom 10. April datiert - im Panzerschrank des amerikanischen Generals Clay lag.
Dieser Brief sei von den Besatzungsmächten für den Fall entworfen worden, daß der Parlamentarische Rat den alliierten Einspruch gegen den Finanzausgleich entschieden ablehnte,

und habe die Rücknahme des alliierten Einspruchs enthalten. Schumacher aber habe - unterrichtet durch britische Freunde - von diesem Brief gewußt.
Indes, selbst wenn diese Behauptung Adenauers richtig sein sollte, bleibt doch zumindest die Tatsache bestehen, daß Schumacher entschiedener und einfallsreicher als Adenauer die Position der Besatzungsmächte in der Finanzausgleichs-Frage auf ihre Festigkeit hin geprüft hat. Sein Verdienst, an einem entscheidenden Punkt für eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes gesorgt zu haben, bleibt vor der Geschichte bestehen.
Das Verdienst Schumachers um eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes ist um so höher zu bewerten, als das Grundgesetz - trotz Finanzausgleichs und trotz Vorrangstellung des Bundestages vor dem Bundesrat - immer noch einen stark föderalistischen Charakter behalten hat.
Wenn sich gleichwohl nach Billigung des Grundgesetzes durch Parlamentarischen Rat und Besatzungsmächte im Herbst 1949 eine Art von "Bonner Zentralismus" herausbildete, so war dieser weitgehend persönlicher und nicht so sehr institutioneller Art.
Tatsächlich ist die Besorgnis weit verbreitet, daß der De-facto-Zentralismus, den Adenauer während seiner Regierungszeit entwickelt hat, institutionelle (föderalistische) Schwächen des Grundgesetzes verbirgt, die erst nach seinem Ausscheiden sichtbar werden könnten. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 10. Juni 1948 über die Gründung eines westlichen Staates (x112/525): >>... Können und sollen die Deutschen der Westzone den entscheidenden Schritt der Bildung einer eigenen Westregierung als Weg zu einer späteren Regierung für ganz Deutschland fordern und fördern?
Wir meinen ja.<<
Rumänien: Der 2. Kongreß des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei beschließt am 10. Juni 1948 eine Änderung der Nationalitätenpolitik (x007/101E): >>... (um) das Problem der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und dem Banat auf demokratische Weise zu lösen. ... Nach "Ausmerzung des Einflusses, den der Hitlerismus in den Reihen der deutschen Bevölkerung in der Volksrepublik Rumänien gehabt hat", sollte, so wollte es die Resolution, mit Hilfe des Zentralkomitees "eine Arbeiterpartei der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage der Klassendifferenzierung" geschaffen werden.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die allgemeinen Lebensbedingungen der Rumänien-Deutschen (x007/91E-93E,100E-106E): >>Daß das rumänische Deutschtum die ersten Nachkriegsjahre überhaupt überstehen, daß es eine gewisse Position, besonders im kulturellen Leben halten oder zurückgewinnen konnte, ist vor allem dem Wirken der Kirchen zu danken ...
Ausschließlich der Kirche war es zu danken, wenn - besonders in Siebenbürgen - in vielen Orten schon kurz nach dem Kriegsende neben der deutschen Predigt auch wieder deutscher Schulunterricht erteilt werden konnte. ... Trotz aller Schwierigkeiten wurde ... zum Teil in Kirchenräumen, Pfarrhäusern und Privatwohnungen, zum Teil in zur Mitbenutzung freigegebenen rumänischen Schulen, deutscher Unterricht abgehalten.
... Bis zum 1. September 1947 sollten in allen deutschen Gemeinden deutschsprachige Schulen mit deutschen Lehrern eröffnet werden. Das Programm konnte nicht voll verwirklicht werden. In vielen Gemeinden wurden nur vierklassige deutsche Sprachzüge innerhalb der rumänischen Volksschulen geschaffen, die überdies zahlreiche rumänische Pflichtstunden zu absolvieren hatten, zum Teil auch von rumänischen Lehrkräften unterrichtet wurden. Dennoch konnte man gerade im deutschen Schulwesen gegen Ende 1947 - unter den besonderen Bedingungen des Regimes - durchaus von einer Konsolidierung reden. ...<<
>>... Nachdem sich die tragenden Kräfte des neuen volksdemokratischen Rumänien nach Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Einheitspartei, der "Rumänischen Arbeiterpartei", in der am 27. Februar 1948 proklamierten "Demokratischen Volksfront" neu organisiert hat-

ten, kam es am 13. April 1948 zur Verabschiedung der ersten "Verfassung der Volksrepublik Rumäniens". ...
Die Nationalitätenpolitik der seit dem Sturz des Königtums unumschränkt herrschenden rumänischen Kommunisten blieb bestimmt von dem Bestreben, die Nationalitäten für den kommunistischen Staat zu gewinnen, getreu dem Lehrsatz Stalins, daß der "Sieg des Proletariats ohne die Befreiung der nicht vollberechtigten Nationen und der Kolonien vom Joch des Imperialismus nicht von Dauer sein kann." ...
Noch im Juni 1948 kam es an verschiedenen Orten des Landes zu organisierten deutsch-rumänischen Verbrüderungsfeiern. Im Dezember nahm eine Entschließung der Partei zur nationalen Frage die Thesen der Juni-Resolution wieder auf. Man sprach von ideologischer Umerziehung der deutschen Bevölkerung, von der Bedeutung der "deutschen werktätigen Massen" als eines aktiven Faktors beim sozialistischen Aufbau Rumäniens. ...
Durch einen im Dezember 1948 ergangenen Erlaß wurden die rechtlichen Bestimmungen des Nationalitätenstatus und die entsprechenden Klauseln der Verfassung ausdrücklich auch auf die deutsche Bevölkerung ausgedehnt, die bis dahin faktisch unter Ausnahmerecht gestanden hatte. ...
Schon seit 1949 unterlagen die Volksdeutschen wieder der rumänischen allgemeinen Wehrpflicht, wenn sie auch im allgemeinen Arbeitsbataillionen, nicht der eigentlichen Truppe zugeteilt wurden. - Die dem Innenministerium unterstellten Arbeitsbataillone wurden an staatlichen Bauprojekten eingesetzt, vielfach aber auch volkseigenen oder privaten Betrieben zur Verfügung gestellt, die die Löhnung an den Staat abführten, ein System, das in Rumänien in ähnlicher Form schon vor dem Krieg geübt wurde.
Bald konnte auch die deutsche Sprache wieder ungehindert in der Öffentlichkeit gebraucht werden ...
Die im Zuge der Bolschewisierung des Wirtschaftslebens in den Jahren 1948 und 1950 verfügten Enteignungen und Verstaatlichungen richteten sich gleichermaßen gegen rumänische, deutsche und madjarische "Kapitalisten". Auch die in den nächsten Jahren immer häufiger werdenden Verhaftungen von "Saboteuren", "Verrätern" und "Staatsfeinden", die willkürlich, vielfach nur durch administrative Verfügungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und in den Lagern am Donau-Schwarzmeer-Kanal zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, betrafen die gesamte Bevölkerung des Landes.
Hans Otto Roth, Rudolf Brandsch, Franz Kräuter, Rudolf Spek und andere wurden weniger als Deutsche, denn als führende Persönlichkeiten des demokratisch-bürgerlichen Lagers verhaftet und ausgeschaltet.
Mit Bischof Pacha und seinen deutschen Mitarbeitern wurden Hunderte von rumänischen Geistlichen der römisch-katholischen Kirche inhaftiert und verurteilt. Mittelbar richteten sich freilich all diese Maßnahmen gegen die geistige Selbständigkeit des Deutschtums, die der völligen Einfügung in das System des kommunistischen Staates im Wege stand. Die Umsiedlungen innerhalb Rumäniens in den Jahren 1951/52 zeigen zwar die noch herrschende Rechtsunsicherheit, sind jedoch kaum als primär "antideutsche" Aktionen zu werten.
Sehr viel klarer konnte das kommunistische Grundkonzept der neuen rumänischen Nationalitätenpolitik auf kulturellem Gebiet realisiert werden. Der volksdemokratische Staat gewährleistet – nach den Worten der neuen rumänischen Verfassung vom 24. September 1952 – "die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind".
Um "die Erziehung der Jugend im Geiste der Volksdemokratie" sicherzustellen, hatte schon das Schulreform-Dekret vom 2. August 1948 die Verstaatlichung "aller konfessionellen oder privaten Schulen" verfügt. Noch immer waren es rund 260 deutsche Schulen, die mit dem gesamten zu ihrer Unterhaltung dienenden "Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Pri-

vatvermögen" verstaatlicht wurden.
Die Verbindung von Kirche und Schule, die sich besonders im deutschen Schulwesen Siebenbürgens seit Jahrhunderten bewährt hatte, war damit endgültig zerstört. Der formale Protest der Kirchen hatte keine Bedeutung. Selbst die Evangelische Landeskirche wäre allerdings nach den Verstaatlichungen in allen Zweigen der Wirtschaft kaum in der Lage gewesen, ihre Schulen weiterhin aus eigener Kraft zu erhalten.
... Die alten deutschen Lehrer mußten sich, soweit sie überhaupt im Amt blieben, kommunistischen Schulungskursen unterziehen.
Im Lichte einer kommunistischen Durchdringung, unter dem Deckmantel nationaler Volkstumspflege, muß auch die von Staat und Partei geförderte Entwicklung des allgemeinen volksdeutschen Kulturlebens in den folgenden Jahren gesehen werden, das dem Einfluß der Kirchen fast völlig entzogen wurde.
Ende 1952 gab es in Rumänien 285 deutsche Kulturheime, 287 volksdeutsche Chöre, 157 Laienspiel- und Theatergruppen, 200 Musik- und 235 Trachten- und Tanzgruppen. Der Errichtung einer deutschen Sektion des Bukarester Staatstheaters in Hermannstadt im Jahre 1950 folgte 1953 die Eröffnung eines deutschen Theaters in Temeschburg. ...
Im Jahre 1951 allein erschienen, zum großen Teil staatlich subventioniert, 206 deutschsprachige Bücher mit einer Gesamtauflage von 550.000 auf dem rumänischen Büchermarkt. Zahlreiche deutsche Schriftsteller und Künstler erhalten staatliche "Pensionen".
Die Tendenz dieses "Kulturbetriebes" ist offenkundig. Sächsische Trachtengruppen nehmen an den Umzügen zum 1. Mai und zum Tag der Roten Armee, an den politischen Demonstrationen gegen Tito teil. Vom Staat geforderte Gemeinschaftsveranstaltungen der verschiedenen Nationalitätengruppen sollen nach außen demonstrieren, daß "die marxistisch-leninistische Nationalitätenpolitik ... in Rumänien einen neuen welthistorischen Sieg errungen" hat. ...<<

11.06.1948

Rumänien: Die Große Nationalversammlung genehmigt am 11. Juni 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen (x007/165E-175E): >>**Das Industrie-Verstaatlichungsgesetz.**
Dekret-Gesetz Nr. 119/1948 über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen.
Kapitel I.
Gegenstand der Verstaatlichung.
Art. 1. Es werden verstaatlicht alle Bodenschätze, die bei Inkrafttreten der Verfassung der Rumänischen Volksrepublik nicht Eigentum des Staates waren, wie auch die Privatbetriebe, Gesellschaften jeder Art und Einzelverbände der Industrie, des Bank-, Hütten-, Transport- und Telekommunikations-Wesen, die im folgenden nach den für die jeweilige Kategorie angegebenen Grundsätzen zusammengestellt worden sind:
1. Alle Betriebe für Stahlverarbeitung, der nichteisenverarbeitenden Metallurgie und des Gießereiwesens, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. I.
2. Alle Betriebe im Bereich der verarbeitenden Metallurgie mit über 100 Beschäftigten.
3. Betriebe für Metallverarbeitung, Werften, Produktionsbetriebe für Präzisionsinstrumente und elektrotechnisches Material, Garagen und Autoreparaturwerkstätten, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. II.
4. Alle Betriebe, die Elektrizität erzeugen, leiten oder verteilen, mit Ausnahme der Werke, die der örtlichen Verwaltung unterstehen und derjenigen, die Eigentum unverstaatlichter Betriebe sind und zum größten Teil dem Eigenbedarf dieser Werke dienen.
5. Alle Scheideanstalten und Verarbeitungsbetriebe für Eisen, Gold, Silber und sonstige nicht eisenhaltige Erze.
6. Betriebe der Kohlenindustrie sowie Steinbrüche, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. III.

7. Betriebe der Öl- und Erdgasindustrie, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IV.
8. Alle Produktionsbetriebe für Zement.
9. Produktionsbetriebe für Baumaterial, und zwar: Kalk, keramisches Grob- und Feinmaterial, Bausteine, Steinprodukte, Zementprodukte, thermisches Isoliermaterial, Dachpappe, gemäß der beigefügten Liste Nr. V.
10. Alle Produktionsbetriebe für optisches Material.
11. Alle Produktionsbetriebe für Glasscheiben.
12. Produktionsbetriebe für Glas und Kristallglas für Spiegel, gemäß der beigefügten Liste Nr. VI.
13. Baubetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VII.
14. Alle Sägewerke mit mindestens einem mechanischen Gatter und einer Kraftanlage von mindestens 50 PS.
15. Alle Produktionsbetriebe für Kunsttischlerei und Fachwerk, für Tischlereierzeugnisse, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS, die mindestens 5 Werkzeugmaschinen, wie z.B. Bandsäge, Abrichtmaschine, Kreissäge, Fräsmaschine, Dicktenmaschine, Kettenfräsmaschine, Bohrmaschine, Drehbank, Nut- und Federmaschine oder Maschinen entsprechender Bedeutung antreibt.
16. Alle Produktionsbetriebe für Plakatierung, Täfelung, Furniere, Parkett und Holzfräserei, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
17. Alle Produktionsbetriebe für Zubehör für die Textilindustrie, für Schuhleisten und Holznägel, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 100 PS.
18. Alle Produktionsbetriebe für Bleistifte, Schulartikel aus Holz, Metermaße aus Holz, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
19. Alle Produktionsbetriebe für Rohre und Fässer, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
20. Alle Produktionsbetriebe für Sägereierzeugnisse, Karren, Spielzeuge, Bürsten und Pinsel, Rouleaus und Jalousien, Kühler und andere Holzartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VIII.
21. Alle Produktionsbetriebe für Papier, Karton und Pappe.
22. Alle Betriebe der graphischen Kunst, der Papier- und Kartonagenverarbeitung wie auch die zu anderen Betrieben gehörenden Unterabteilungen für graphische Kunst und Kartonagen, die mindestens eine Rotationsmaschine oder eine Motorkraftanlage von mindestens 30 PS besitzen.
23. Alle Produktionsbetriebe für Papprohre, die von der Textilindustrie benötigt werden, wie auch Produktionsbetriebe für Glaspapier und andere Papierartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IX.
24. Alle Baumwollkämmereien.
25. Alle Baumwollwebereien mit mindestens 30 Webstühlen.
26. Alle baumwollverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotagefabriken, Produktionsbetriebe für Zwirn, Produktionsbetriebe für Watte wie auch Betriebe zur Baumwollveredelung, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. X.
27. Alle Seidenkämmereien.
28. Alle Seidenwebereien mit mindestens 20 Webstühlen.
29. Alle seideverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotage-, Flecht-, Band- und Strumpffabriken, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XI.
30. Färbereien, Appretur- und Konfektionsbetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XII.
31. Alle Wollkämmereien und -Webereien mit mindestens 150 Spindeln oder mindestens 4 Cordwebstühlen.

32. Produktionsbetriebe für Wolle, und zwar: für Trikotagen, Schneiderwatte, Filze, Hüte und sonstige technische Artikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIII.
33. Verarbeitungsbetriebe für Flachs, Hanf und Jute, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIV.
34. Alle Textilbetriebe mit gemischter Produktion, jedoch mit mindestens 30 Webstühlen.
35. Alle ganz oder teilweise zum Verband der Lederindustrie gehörenden Betriebe mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
36. Alle Gerbereien mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
37. Alle Schuhfabriken mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
38. Verarbeitungsbetriebe für Pelze, Produktionsbetriebe für Handschuhe und sonstige Lederartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XV.
39. Betriebe der chemischen Grundindustrie, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVI.
40. Produktionsbetriebe für Gummiartikel, mit einer Motorkraft von mindestens 80 PS.
41. Produktions- und Verarbeitungsbetriebe für plastisches Material, mit einer Motorkraft von mindestens 20 PS.
42. Alle Verarbeitungsbetriebe für Fette: Seife, Stearin, Olein (Ölsäure) und Kerzen, mit einer Motorkraft von mindestens 50 PS, sowie alle Fabriken, die Glyzerin produzieren.
43. Alle Produktionsbetriebe für Farben, Lacke, Anstreichfarben, Metalloxyde, Farbstoffe, Ultramarin, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 40 PS.
44. Produktionsbetriebe für Schreibmaschinenfarbbänder, Kohlepapier, Indigo, Pasten und Tinten für Vervielfältigungsmaschinen und Tinten allgemein, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
45. Produktionsbetriebe für Ruße, Tier- und Pflanzenkohle, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVII.
46. Produktionsbetriebe für Chemikalien für die Textilindustrie und Gerbereien, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
47. Produktionsbetriebe für Sauerstoff, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS.
48. Produktionsbetriebe für diverse Chemieerzeugnisse, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XVIII.
49. Produktionsbetriebe für Parfüm und kosmetische Artikel, Lösungsmaterial, Essenzen und ätherische Öle wie auch pharmazeutische Laboratorien, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIX.
50. Alle Mühlenbetriebe mit mindestens einer Doppelwalze für Weizen oder Mais mit einer theoretischen Mahlkapazität von mindestens l Waggon Getreide oder Mais pro 24 Stunden.
51. Alle Bierfabriken mit einer Produktionskapazität von mindestens l00.000 Liter pro Jahr.
52. Alle Spritbrennereien mit einer Jahresproduktion von mindestens 100 Tonnen pro Jahr.
53. Produktionsbetriebe für alkoholische Getränke, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. XX.
54. Produktionsbetriebe für Glukose, Dextrin, Amidon und komprimierte Hefe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXI.
55. Produktionsbetriebe für Öle, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXII.
56. Alle mechanischen Ölpressen, die Besitzern von Mühlen gehören, die durch dieses Gesetz verstaatlicht werden, ebenso diejenigen, die - gleich wer ihr Eigentümer ist - mit einer verstaatlichten Mühle zusammenarbeiten, wie auch diejenigen, deren Produktionskapazität mindestens 500 kg Öl in 24 Stunden beträgt.
57. Alle Produktionsbetriebe für Kunsteis sowie alle Kühlhäuser.
58. Alle Produktionsbetriebe für Zucker.
59. Alle Produktionsbetriebe für Zuckererzeugnisse (Bonbons, Schokolade, Alwa, Marmelade usw.) mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.

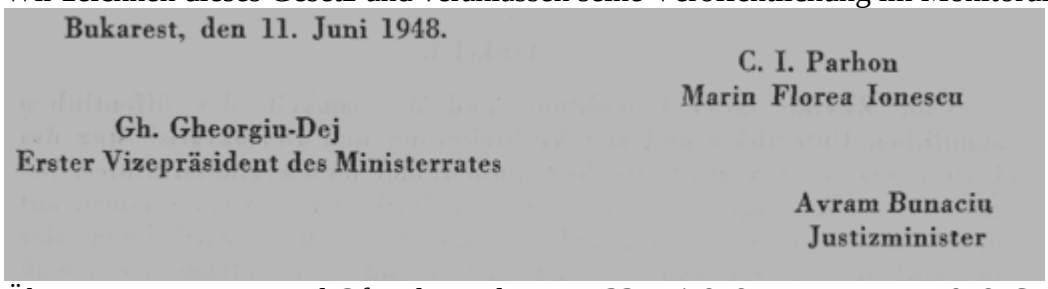
60. Alle Produktionsbetriebe für Konserven aller Art, die über Anlagen zur Herstellung von Konserven in Blechbehältern oder hermetisch abgeschlossenen Gläsern verfügen; alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden, wie auch alle Produktionsbetriebe für Räucherwaren und Fleischerzeugnisse, mit einer Produktionskapazität von mindestens 500 Tonnen Produkten pro Jahr.
61. Betriebe für Trockenfrüchte, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIII.
62. Betriebe für geschältes Getreide (Reis, Graupen, Haferflocken) mit einer Produktionskapazität von mindestens 1,5 Tonnen pro 8 Stunden.
63. Alle Produktionsbetriebe für Mehlpasten.
64. Alle Bäckereien, die über mechanische Einrichtungen für Teigverarbeitung verfügen.
65. Produktionsbetriebe für Butter, Käse, pasteurisierte Milch, mit einer Verarbeitungskapazität von mindestens 2.000 Liter Milch täglich.
66. Alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.
67. Alle in Privatbesitz befindlichen Schlachthäuser mit einer täglichen Schlachtkapazität von mindestens 100 Rindern und 150 Schweinen.
68. Eisenbahnen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIV.
69. Alle privaten Betriebsgesellschaften für Straßenbahnen, wenn sie nicht schon zusammen mit Industriebetrieben verstaatlicht werden.
70. Unternehmen zum Betrieb von Tankwagen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXV.
71. Alle Leitungen zum Transport von flüssigen oder gasförmigen Produkten, soweit sie nicht mit Wirkung dieses Gesetzes zusammen mit entsprechenden Industriegesellschaften verstaatlicht werden.
72. Schiffahrtsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVI.
73. Alle Fluß- und Seeschiffe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVII, wie auch alle unter rumänischer Flagge fahrenden Schiffe, die in rumänischen oder fremden Territorialgewässern versenkt wurden.
74. Versicherungsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVIII.
75. Die Allgemeine Rumänische Telefongesellschaft.
76. Die Rumänische Rundfunkgesellschaft.
77. Die Nationale Industrie-Kredit-Gesellschaft.
Soweit Betriebe durch Sonderabkommen zwischen einem fremden Staat und dem rumänischen Staat begründet wurden, wird alles, was nicht diesen beiden Staaten gehört, verstaatlicht.
Die in der Anlage beigefügten Listen sind Bestandteil dieses Gesetzes.
Ein Betrieb fällt unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes dann, wenn die für die jeweilige Kategorie in Frage kommenden Voraussetzungen zu irgendeinem Zeitpunkt des Zeitraumes zwischen dem 1. Januar 1938 und dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gegeben waren.
Die in den beigefügten Listen aufgezählten Betriebe sind auch dann als verstaatlicht anzusehen, wenn die Bezeichnung oder ihre Anschrift in diesen Listen nur zum Teil oder ungenau angegeben sind; ebenso wenn ihre Bezeichnung oder ihre Anschrift geändert wurden.
Die Betriebe sind ebenfalls als verstaatlicht anzusehen, wenn sie unter dem Namen einer physischen oder juristischen Person, die sie unter irgendeinem Titel (Pacht usw.) im Besitz hatte, geführt wurden.
Mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gehen die Aktien und Sonderanteile der unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallenden Gesellschaften und Verbände frei von allen Lasten als volkseigene Güter in das Eigentum des Staates über, verwaltet vom Ministeri-

um der Finanzen.
Die mit Wirkung dieses Gesetzes verstaatlichen Güter werden von den Ministerien verwaltet, in deren Zuständigkeitsbereich der verstaatlichte Betrieb fällt.
Die in den Bereich des Art. l dieses Gesetzes fallenden Bäckereien, Schlachthäuser, Mühlen, mechanischen Ölpressen sind durch die Organe der örtlichen Bürgermeistereien zu übernehmen und zu verwalten, mit Ausnahmen derjenigen, für die vom zuständigen Ministerium Direktoren ernannt worden sind oder ernannt werden.
Die Bürgermeistereien haben binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieses Gesetzes über die entsprechende Kreis-Verstaatlichungskommission sowohl dem Ministerrat wie auch dem Ministerium des Innern die Listen derartiger industrieller Einheiten vorzulegen, damit diese durch einen Entscheid in die Verwaltung der Bürgermeistereien überschrieben werden können.
Die Verwaltungsräte der verstaatlichten Betriebe werden mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes aufgelöst.
Art. 2. Zugleich mit den Hauptbetrieben werden sämtliche Nebenbetriebe verstaatlicht.
Verstaatlicht werden zugleich die Anlagen, die zur ständigen Inbetriebhaltung eines verstaatlichten Betriebes gehören, auch wenn diese Anlagen einen anderen Eigentümer als den des verstaatlichten Betriebes haben.
Art. 3. Gesellschaften jeglicher Art, die aus mehreren Einheiten bestehen, werden im ganzen verstaatlicht, auch wenn nur eine dieser Einheiten unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fällt.
Art. 4. Vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes darf kein Betrieb ohne vorherige Genehmigung des Fachministeriums ganz oder teilweise veräußert, noch seine Produktion verändert oder seine Einrichtung verkauft werden, auch wenn er nicht unter die Voraussetzungen des vorliegenden Gesetzes fällt.
Ohne Beachtung der angeführten Bestimmungen durchgeführte Veräußerungen sind nichtig; diese Nichtigkeitserklärung geschieht auf öffentliche Anordnung und kann von jedem beantragt werden.
Die Eigentümer oder ihre gesetzlichen Vertreter bzw. Beauftragten der noch im Bau befindlichen Betriebe oder derjenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht in Betrieb genommen wurden, wie auch derjenigen Betriebe, die ihre Tätigkeit beendet oder unterbrochen haben, sind verpflichtet, binnen 15 Tagen nach Gesetzesveröffentlichung der Generaldirektion für Wirtschaftskontrolle und in der Provinz den Kreisdienststellen für Wirtschaftskontrolle eine gemäß dem unter Nr. XXIX diesem Gesetz beigefügten Formblatt abgefaßte Erklärung abzugeben.
Art. 5. Unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fallen nicht und werden nicht verstaatlicht diejenigen Betriebe oder diejenigen Kapitalanteile dieser Betriebe, die Eigentum eines den Vereinten Nationen angehörenden Staates sind, welcher diese Güter infolge des Friedensvertrages oder als Ausgleich für im Kriege entstandene Entschädigungsverpflichtungen erhalten hat.
Kapitel II.
Auswirkungen der Verstaatlichung.
Art. 6. Durch die erfolgte Verstaatlichung gehen die Betriebe mit dem Handelsfonds und sämtlichen zum Zwecke der Ausbeutung eingegangenen Verpflichtungen in das Eigentum des Staates über; Betriebe in Form von Gesellschaften oder Verbänden behalten ihr Gut in der Form, wie aus der zum Zwecke der Übergabe an die neue vom Staat bestimmte Leitung abgeschlossenen Bilanz nach der Verstaatlichung zu ersehen ist; in die Aktiva und Passiva sämtlicher verstaatlichten Betriebe werden aufgenommen:
a) Zu den Aktiva sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, körperlicher und unkör-

perlicher Natur, wie Grundstücke, Bauten, Einrichtungen, Patentrechte, Lizenzen, Verträge, Vollmachten, eingetragene Warenzeichen, Wertpapiere, Wechsel, Hinterlegungsbelege, Bargeld, dem Betrieb geschuldete Beträge, Zubehöre, Rohmaterialien, Halb- oder Fertigfabrikate und anderes dergleichen;
b) zu den Passiva die gesamten Verpflichtungen des Betriebes.
Das vorliegende Gesetz bewirkt, daß die verstaatlichten Betriebe in alle Rechte und Pflichten der alten Betriebe eintreten.
Art. 7. Die neue Leitung des verstaatlichten Betriebes kann binnen 6 Monaten nach Veröffentlichung dieses Gesetzes verlangen, daß die vor der Verstaatlichung durch den alten Betrieb eingegangenen Verpflichtungen und Transaktionen, soweit sie sichtlich zum Zwecke der Schädigung des Betriebes, zum persönlichen Vorteil des Vertragschließenden, zum persönlichen Vorteil einer fremden physischen oder juristischen Person abgeschlossen wurden, für null und nichtig erklärt werden.
Zur Beurteilung derartiger Gesuche wird bei den Gerichten vom Justizministerium je eine aus drei Richtern bestehende Kommission ernannt. Diese Kommission fällt die Entscheidung zum ersten Termin auf Grund der ihr durch die interessierten Parteien vorgelegten Denkschriften, und zwar 15 Tage vor dem endgültigen Gerichtstermin.
Die Entscheidung dieser Kommission unterliegt weder einem ordentlichen noch außerordentlichen Gegenverfahren.
Kapitel III.
Verstaatlichungsprozedur.
Art. 8. Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ernennen die zuständigen Ministerien Direktoren, deren Aufgabe es ist, von den Eigentümern, deren Vertretern oder Beauftragten die Leitung der verstaatlichten Betriebe auf 'Grund der summarischen vorhandenen Sachlage zu übernehmen.
Die neuen Direktoren üben die Befugnisse der alten Leitungsorgane aus.
In Abwesenheit der Eigentümer, ihrer Vertreter oder Bevollmächtigten wird der Betrieb, in Stadtgemeinden in Anwesenheit der Polizeiorgane oder, in Landgemeinden, der Gemeindeorgane übernommen.
Art. 9. Bis zur Übernahme der Betriebe durch die neue Leitung steht die alte Leitung der neuen für jegliche Erläuterungen, die das Inventar und die dafür abgeschlossene Bilanz betreffen, zur Verfügung und ist für festgestellte Mängel, mit Ausnahme der Mängel und Schäden, die aus Handlungen der neuen Leitung stammen, verantwortlich.
Art. 10. Bei Übergabe der Betriebe ist ein in dreifacher Ausfertigung abzuschließendes Protokoll, dem die Kopien des Inventars und der Bilanz beizufügen sind, aufzustellen. Ein Exemplar des Protokolls wird dem bisherigen Eigentümer ausgehändigt, ein anderes vom Betrieb aufbewahrt, das letzte an das zuständige Ministerium abgegeben.
Kapitel IV.
Entschädigungen.
Art. 11. Seitens des Staates können an die Eigentümer und Aktionäre der verstaatlichten Betriebe Entschädigungen gewährt werden.
Zu diesem Zweck wird der "Fonds der verstaatlichten Industrie" als autonome juristische Person des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Bukarest gegründet.
Für die geschuldeten Beträge stellt der Fonds der verstaatlichten Industrie Schuldscheine aus, die aus dem Nettoeinkommen der verstaatlichten Betriebe erlöst werden.
Art. 12. Die Organisation und Funktionsweise des Fonds der verstaatlichten Industrie werden durch Beschluß des Ministerrats festgelegt.
Die Tätigkeit des Fonds der verstaatlichten Industrie ist der Kontrolle des Ministeriums für Finanzen unterstellt.

Art. 13. Die den Eigentümern zustehenden Entschädigungen werden durch die den Gerichten angeschlossenen Kommissionen, die aus drei vom Justizministerium ernannten Richtern bestehen, festgestellt.
Die Entscheidungen dieser Kommission sind nicht anfechtbar.
Art. 14. Von den berechtigten Entschädigungsbeträgen werden die unter den Passiva nicht angeführten Schulden der Betriebe wie auch diejenigen, die durch Hintergehung des Fiskus oder andere gesetzwidrige Operationen und durch schlechte Verwaltung der Betriebe vor der Verstaatlichung hervorgerufen wurden, in Abzug gebracht.
Art. 15. Entschädigungen werden nicht gewährt:
a) denjenigen, die sich - im Dienste des Staates, der Kreise oder Gemeinden stehend - durch unerlaubte, gerichtlich festgestellte Taten während ihrer Dienstzeit bereichert haben;
b) denjenigen, die das Land auf geheime oder betrügerische Art verlassen haben, wie auch denjenigen, die nach Ablauf des Gültigkeitsvermerks der durch rumänische Behörden ausgestellten Reisepässe nicht fristgemäß ins Land zurückgekehrt sind.
Kapitel V.
Konzessionen. Gründung neuer Betriebe.
Art. 16. In den Betriebszweigen, die der Verstaatlichung verfallen sind, fällt das Recht, neue Betriebe zu gründen, dem Staat zu.
Art. 17. Auf dem Ausnahmewege kann der Staat physischen oder juristischen Personen auf Vorschlag des zuständigen Ministeriums und durch Beschluß des Ministerrates Konzessionen zur Gründung neuer Betriebe erteilen.
Kapitel VI.
Sanktionen.
Art. 18. Mit 5-10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug werden diejenigen bestraft, die, ohne Rücksicht auf die angewandten Mittel, mit Absicht die durch das vorliegende Gesetz vorgesehene Verstaatlichung zunichte machen oder zu vereiteln versuchen; die einen Teil des Betriebsgutes verheimlichen oder beschädigen, es vernichten, veräußern, verlagern, exportieren oder durch irgendwelche anderen Mittel die der Verstaatlichung unterworfenen Güter oder Anlagen vermindern.
Die gleiche Strafe erhalten auch diejenigen, die versuchen, den staatlichen Organen ungenaue oder unvollständige Angaben über die in Frage kommenden Güter zu geben.
Art. 19. Mit Gefängnis von 4-10 Jahren und Geldstrafen von 50.000 bis 500.000 Lei werden Staatsbeamte oder im Rahmen dieses Gesetzes beauftragte Personen bestraft, die die ihnen gemäß Gesetzesbestimmung auferlegten Obliegenheiten nicht durchführen bzw. ihre Durchführung zu vereiteln suchen.
Art. 20. Die Vergehen gegen das vorliegende Gesetz werden festgestellt, verfolgt und gerichtet gemäß Gesetz Nr. 351 zur Unterdrückung der ungesetzlichen Spekulationen und der wirtschaftlichen Sabotage vom 3. Mai 1945 und Gesetz Nr. 252 über die Einrichtung der wirtschaftlichen Kontrollen vom 15. Juli 1947.
Kapitel VII.
Schlußbestimmungen.
Art. 21. Mit der Durchführung der Verstaatlichung und mit der Lösung der Probleme und Konflikte, die sich aus ihrer Anwendung ergeben, wird der Ministerrat beauftragt. Der Ministerrat ist berechtigt, zur operativen Leitung des Vorgehens eine aus seinen Reihen ernannte Kommission einzusetzen, die als Außenorgan in jedem Kreis je eine Kreis-Verstaatlichungskommission bildet.
Art. 22. Die verstaatlichten Betriebe können auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates den örtlichen Verwaltungen in Eigentum oder zur Nutzung gegeben werden.
Art. 23. Bei Auflösung eines verstaatlichten Betriebes geht das nach der Liquidation verblei-

bende Netto der Aktiva in Staatseigentum über.
Art. 24. Die bei diesen Betrieben vorhandenen Kreditkonten der Inhaber der verstaatlichten Betriebe werden, gleich ob diese Konten auf ihren Namen oder auf den Namen von Zwischenpersonen eröffnet wurden, als Kapitalzuwachs des entsprechenden Betriebes gemäß einer gerichtlichen Feststellung angesehen und stellen keine Schuldforderung gegen diesen Betrieb dar.
Art. 25. Mitglieder der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden industriellen kooperativen Gesellschaften können bei Austritt aus der Gesellschaft von ihrer Beteiligung höchstens 50.000 Lei in bar zurückziehen, wobei der Rest der Gesellschaft verfällt.
Die Bestimmungen des obigen Absatzes sind nicht anzuwenden auf die kooperativen Gesellschaften, welche nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gegründet werden.
Art. 26. Ohne Genehmigung des zuständigen Ministeriums kann binnen 3 Monaten nach der Verstaatlichung das Verwaltungspersonal vom Abteilungschef aufwärts, wie auch das technische Personal (Ingenieure, Subingenieure, Zeichner, Konstrukteure, Meister usw.) weder aus dem Betrieb ausscheiden noch von diesem beurlaubt werden.
Art. 27. Die im Laufe eines Monats nach der Verstaatlichung fälligen Wechsel der verstaatlichten Betriebe können nicht zu Protest gegeben werden und erhalten eine dem Fälligkeitstermin entsprechende Verlängerung von 30 Tagen.
Art. 28. Die den neuen Direktoren mit der Ernennung erteilten Vollmachten berechtigen sie zur gültigen Unterschrift, sogar vor Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des Veröffentlichungsverfahrens im Monitorul Oficial.
Art. 29. Die nichtverstaatlichten Betriebe setzen ihre Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze fort.
Art. 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Datum seiner Veröffentlichung im Monitorul Oficial in Kraft.
Art. 31. Sämtliche Bestimmungen, die diesem Gesetz widersprechen, werden aufgehoben.
Dieses Gesetz ist durch die Große Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 11. Juni 1948 abgestimmt und mit Stimmeneinheit von 400 Stimmen genehmigt worden.
Präsident G. Agiu Sekretär Stelian Moraru
Wir zeichnen dieses Gesetz und veranlassen seine Veröffentlichung im Monitorul Oficial.


Bukarest, den 11. Juni 1948.

C. I. Parhon
Marin Florea Ionescu

Gh. Gheorgiu-Dej
Erster Vizepräsident des Ministerrates

Avram Bunaciu
Justizminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I, Nr. 133 11/1948 vom 11. Juni 1948, S. 5.047 ff.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Bolschewisierung und Kollektivierung des Wirtschaftslebens in Rumänien (x007/-106E-110E): >>Im wirtschaftlichen Bereich hatten sich die rumänischen Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren mit der Durchführung der anfangs auch von den Nationaltarantisten befürworteten Bodenreform begnügt.
Als dann bis zum Ende des Jahres 1947 die demokratischen Oppositionsparteien endgültig ausgeschaltet waren und das Königtum beseitigt war, war der Weg frei für eine systematische Umgestaltung und Neuordnung des gesamten rumänischen Wirtschaftslebens im bolschewistischen Sinne.
Als erste einschneidende Maßnahme in dieser Richtung muß - nach der Verstaatlichung Rumäniens Nationalbank Ende Dezember 1946 - die Währungsreform vom 15. August 1947 an-

gesehen werden, die einerseits der herrschenden Inflation Halt gebot, gleichzeitig aber die Privatwirtschaft ihrer flüssigen Betriebskapitalien beraubte, um sie damit von der staatlichen Kreditpolitik abhängig zu machen.
Unerfüllbare Steuerforderungen führten in der Folgezeit zur Liquidierung zahlreicher Unternehmen, deren Besitzer als "Saboteure" verhaftet und verurteilt wurden. Andere "Kapitalisten" wurden wegen angeblicher Hintergehung der Ablieferungsbedingungen für Gold und Devisen inhaftiert und aus ihren Betrieben verdrängt.
Nachdem die noch im April 1948 verabschiedete Verfassung ein Privateigentum auch im industriellen Bereich grundsätzlich anerkannt hatte, beschloß die Große Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik am 11. Juni 1948 ein Gesetz "über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen", auf Grund dessen bis Mitte 1950 (bereits) 1.609 Betriebe der verschiedenen Produktionszweige, im allgemeinen entschädigungslos, enteignet und in Staatseigentum übergeführt wurden. Ende 1952 befanden sich 96,5 % aller industriellen Produktionsbetriebe in staatlicher Hand.
Fast gleichzeitig mit der Verstaatlichung der Industrie, die auch die größeren mechanisierten Handwerksbetriebe mit einbezog, begann die Sozialisierung des Groß- und Einzelhandels, der sich ebenfalls nur wenige kleinere Geschäfte entziehen konnten.
Ein besonderes Dekret verfügte am 2. April 1949 die Nationalisierung aller Apotheken, Drogerien und Laboratorien. ...
Den Schlußstein in dieser Politik der Zerstörung des bürgerlichen Privateigentums bildete das Immobilien-Enteignungsdekret vom 19. April 1950, das neben Mietshäusern, - "Immobilien, die den Ausbeutern des Wohnraumes gehörten" - auch die Häuser der enteigneten Industriellen, Gutsbesitzer, Bankiers, Großhändler und "aller anderen Elementen der Großbourgeoisie" verstaatlichte, "um den Ausbeutern ein wichtiges Mittel der Ausbeutung aus der Hand zu nehmen".
In zahlreichen Fällen waren die Besitzer freilich schon lange vorher aus ihren Häusern und Wohnungen verdrängt worden. Das Verfügungsrecht der Haus- und Wohnungsinhaber war bereits im Februar 1949 durch das Gesetz über die Wohnraumbeschränkung erheblich eingeengt worden.
Die gesamten Verstaatlichungsmaßnahmen der Jahre 1947 bis 1950 kannten keinen Unterschied der Nationalität. Sie betrafen Deutsche und Rumänen gleichermaßen, wenn auch der Anteil der Volksdeutschen in einzelnen Produktionszweigen, wie etwa unter den Apothekeninhabern, unverhältnismäßig hoch war. Den entschädigungslos enteigneten Fabrikanten und Geschäftsleuten wurde nur in wenigen Fällen Gelegenheit geboten, als Techniker, Berater und Angestellte in ihren alten Berufszweigen Verwendung zu finden. ...
Schon 1949 wurde zur Erweiterung des "sozialistischen Sektors" die Zusammenfassung der nicht enteigneten kleineren Handwerksbetriebe zu Produktionsgenossenschaften in Angriff genommen. Auch von diesen Bestrebungen wurden zahlreiche deutsche Handwerker betroffen, doch haben sich die Handwerkskollektive, die 1951, bei insgesamt rund 30.000 Mitgliedern, über 3.380 Geschäfte und Werkstätten verfügten, nur bedingt bewährt, so daß sie vielfach nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden.
Nachhaltiger konnten sich die Kollektivierungsbestrebungen der Kommunisten in der rumänischen Landwirtschaft auswirken.
Schon bei der Neuverteilung des 1945 enteigneten Bodens blieb ein Teil des Landes dem Staat vorbehalten, der seinen Grundbesitz Anfang März 1948 durch die Übernahme der Kronländereien, nach dem 1. März 1949 durch die Enteignung der von der Bodenreform verschonten Mustergüter sowie der 50-ha-Restbetriebe weiter vergrößerte. Aus dieser Staatsreserve wurden in verstärktem Maße nach 1948, Staatsgüter geschaffen, deren Zahl sich im Frühjahr 1949 auf 692 mit einer Gesamtbodenfläche von 662.000 ha belief.

Weiteres Land suchte man durch die allmähliche Verdrängung der nicht enteigneten Großbauern zu gewinnen, die unter schärfsten Abgaben- und Steuerdruck gesetzt wurden, um der Sabotage beschuldigt und enteignet zu werden, wenn sie ihr Soll nicht erfüllten.
Durch entsprechende Zwangsmaßnahmen suchte die Regierung seit 1949 auch die Klein- und Mittelbauern, einschließlich der neubegüterten Kolonisten, zum Eintritt in die abgabenmäßig bevorzugten Produktionsgenossenschaften zu bewegen, die in immer größerer Zahl errichtet wurden.
... Nachdem das geschlossene deutsche Bauerndorf als Wirtschafts- und Lebensform schon durch die Bodenreform zerstört worden war, haben die späteren Bolschewisierungsmaßnahmen auch die traditionellen Lebensgrundlagen des deutschen Bürgertums, damit zugleich aber den deutschen Charakter seiner Städte vernichtet. ...<<

14.06.1948

WBZ: Die Militärgouverneure Clay und Robertson sprechen am 14. Juni 1948 mit Vertretern der Zweizonenwirtschaftsverwaltungen über Fragen der Währungs- und Steuerreform.
Der Wirtschaftsrat der Bizone verabschiedet am 14. Juni 1948 in einer nicht öffentlichen Sitzung einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU/DP, SPD, FDP und des Zentrums an die Militärregierungen (x112/527): >>Der Wirtschaftsrat hat davon Kenntnis genommen, daß die Geldreform unter Verantwortung der Militärregierungen durch Proklamation erfolgen soll und unmittelbar bevorsteht.
Nachdem diese Entscheidung gefallen ist, hält sich der Wirtschaftsrat im Interesse des Gelingens der Reform für verpflichtet, in letzter Stunde folgende Auffassung zum Ausdruck zu bringen:
1. Der Wirtschaftsrat hält es für notwendig, daß der Reformakt an einem Tage und in einer einzigen Proklamation vollzogen wird.
2. Der Wirtschaftsrat hält es für unerläßlich, daß den obersten verantwortlichen Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes noch heute der volle Wortlaut der beabsichtigten Proklamation zur Verfügung gestellt wird.
3. Der Wirtschaftsrat sieht es als eine wesentliche psychologische Voraussetzung für das Gelingen der Geldreform an, daß die neuen Steuergesetze in unmittelbarem Zusammenhang mit der Geldreform verkündet werden. Der Wirtschaftsrat hält grundsätzlich an der Forderung deutscher Zuständigkeit für die Steuergesetzgebung fest, erwartet aber, daß zumindest der materielle Inhalt der Steuergesetze den deutschen Vorschlägen entspricht. Der Wirtschaftsrat vertritt diese Auffassung auch dann, wenn die Gültigkeit der Steuergesetze sich zunächst nur auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet erstrecken kann.
4. Der Wirtschaftsrat hält seine Auffassung für um so berechtigter, als der Lastenausgleich durch deutsche Gesetzgebung erfolgen soll.
5. Der Wirtschaftsrat ist der Auffassung, daß beschleunigt Vorbereitungen getroffen werden müssen, um erforderlichenfalls die Einbeziehung der Stadt Berlin in die Geldreform zu ermöglichen.<<

16.06.1948

WBZ: Das Kabarett "Die Mausefalle" (Leitung: Werner Finck) beginnt am 16. Juni 1948 mit dem neuen Programm "Wir sind wieder soweit!"

17.06.1948

WBZ: Im Verlauf der 18. Vollversammlung des Wirtschaftsrates der Bizone erklärt Ludwig Erhard am 17. Juni 1948 während der ersten Lesung des Gesetzes über die "Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" (x112/529): >>... Ich glaube, hier ... dartun zu können, daß der Markt die einzige wohltätige Einrichtung ist, um eine gerechte, eine maximale Verteilung zu schaffen. ...
Wir müssen ... glauben, daß diese Währungsreform gelingt. Wir müssen überzeugt sein, daß

wir auf dieser gesunden Grundlage aus unserer eigenen Kraft heraus auch wieder mählich gesunden können.
Dann ist dieses Gesetz kein Ermächtigungsgesetz für den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, sondern es ist ein Gesetz zum Schutze der deutschen Währung, ein Gesetz zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheit und Grundrechte, ein Gesetz des sozialen Schutzes und ein Gesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.
Ich bin überzeugt, Sie sind nicht alle meiner Meinung. Aber ich bitte Sie, wenigstens überzeugt zu sein, daß das, was ich Ihnen sagte, aus ehrlicher Gesinnung und aus dem ehrlichen Willen heraus geschieht, mit liberalen Methoden unverrückbar dem Ziel einer sozialen Wirtschaftspolitik zu dienen. ...
(Der SPD-Abgeordnete Kreyssig entgegnet danach:) Die Situation wird in wenigen Tagen schon beweisen, wie gefährlich so eine Konzeption ist. Wir werden sehr dahinterher sein müssen, für tausende und Millionen Menschen das Schicksal zu klären. ...<<
In München, Erlangen und Heidelberg demonstrieren am 17. Juni 1948 wieder Tausende von Studenten gegen die schlechte Ernährungslage.
Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) darf am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.

18.06.1948

SBZ: Die SMAD gibt am 18. Juni 1948 bekannt, daß der Personenverkehr von und nach den Westzonen völlig gesperrt wird.
WBZ: Die westlichen Militärregierungen verkünden am 18. Juni 1948 im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.
Jack Bennett (oberster Finanzberater der US-Regierung) informiert über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 18. Juni 1948 über die schon am Vortag angekündigte Rundfunkmeldung zur Währungsreform (x112/529): >>Wir kleben am Radio. Auf der Straße rennen Menschen. Fast kein Geschäft ist mehr geöffnet. Fünfzehn Minuten, zehn Minuten ... Stille! Nach dem Sturm – oder vor dem Sturm. – Wer weiß! Jetzt kommt es!
Der Ansager räuspert sich. Wir hören ihn atmen und ein Konzeptpapier knistern.
Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft.
Abwertung 10:1.
Die neue Währung heißt Deutsche Mark.
Das alte Geld wird am 21. Juni aus dem Verkehr gezogen. Münzen und Noten mit einem Nennwert von höchstens einer Mark sowie Briefmarken bleiben zum Zehntel ihres Nennwertes vorläufig gültig.<<
Das "Frankfurter Börsenblatt" veröffentlicht am 18. Juni 1948 einen Aufruf des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (x112/530): >>Die deutsche Bürokratie, ohne die der Hitlerismus nie sich hätte durchsetzen können, hat dessen Macht geerbt und setzt den Kampf gegen den Geist – wenn auch mit anderen Mitteln – fort.
Den geistig Schaffenden, den Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, wird die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung versagt. Sie werden rücksichtslos bei der Zuteilung von Lebensmitteln, Arbeitsraum und Arbeitsmaterial benachteiligt. Man läßt sie frieren und hungern – mehr frieren und hungern als alle anderen Angehörigen anderer Berufe.
Wir wenden uns an den PEN-Club und die internationale Liga für Menschenrechte, ihren Einfluß dahin wirken zu lassen, daß die deutschen Regierungen den geistig Schaffenden endlich die Gleichberechtigung zugestehen.<<

19.06.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay lehnt am 19. Juni 1948 den Antrag von evangelischen Bischöfen ab, eine Berufungsinstanz für die Nürnberger Verfahren zu errichten (x112/531).

Die westlichen Alliierten verkünden am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbietet am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnet die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 19. Juni 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Währungsreform (x112/531): >>... An ihren Erfolg zu glauben, besteht aller Anlaß; gerade weil wir plötzlich so arm an Mitteln geworden sind, sind wir so reich an Aussichten, es wird sich die Währungsreform als einmaliger Schnitt und endgültiger Schritt zur Besserung herausstellen.

Der zunächst im Umlauf zu setzenden Summe von 1,66 Milliarden neuen Geldes stehen nämlich gemeldete Warenmengen in beträchtlich höherer Preissumme gegenüber. ... Der Schwarzhandel wird, da seinen Nutznießern das Kapital fehlt, von heute auf morgen, wie man annehmen kann, seine Farbe verlieren.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 19. Juni 1948 über die Währungsreform in den Westzonen (x112/531): >>Die Währungsreform ist da. Endlich, denn die Wirtschaft kam zum Stillstand aus Angst, mehr zu verdienen, als unbedingt erforderlich wäre.

Die Kaufleute drückten sich um die Warenabgabe, die Geldbesitzer kauften, was irgendwie erreichbar. Nun kommt eine Zeit echter Geldnot, hoffentlich auch zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit, zu arbeiten und zu sparen. ...<<

20.06.1948

WBZ: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

Der Geschäftsbericht der Westfalia Aktiengesellschaft, Maschinenfabriken, Bochum, berichtet später über die Währungsreform (x112/532): >>Die Produktion hat nach der Währungsreform eine Erhöhung um mehr als 100 % erfahren ...

Wir sind in der Lage und darauf eingerichtet, die bereits erreichte Höhe der Produktion zu erhalten und noch zu vergrößern. ...<<

21.06.1948

WBZ: In den drei Westzonen wird die Deutsche Mark (DM) am 21. Juni 1948 gesetzliches

Zahlungsmittel.
Die Unternehmen werden am 21. Juni 1948 zur Erstellung einer DM-Eröffnungsbilanz verpflichtet.
Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 21. Juni 1948 während einer Rundfunkansprache (x112/533): >>Ich appelliere an den gesunden Sinn, die Einsicht und die Erkenntniskraft von Ihnen allen, wenn ich Ihnen vor Augen führe, daß eine Gefahr für die Stabilität des neuen Geldes nicht bestehen kann, wenn wir uns nur einer geordneten öffentlichen Haushaltsführung befleißigen und durch eine ebenso geordnete Geld- und Kreditpolitik dafür Sorge tragen, daß die Übereinstimmung von Güterproduktion und Kaufkraftbildung gewahrt bleibt. ...<<
Die in Mainz erscheinende "Allgemeinen Zeitung" berichtet am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>Die Ärzte, die den deutschen Michel kurieren wollen, haben sich zu einer Behandlungsweise entschlossen, die seinem Kräftezustand Rechnung tragen soll: Die Medizin, die ihm helfen soll, ist so stark und schmeckt so bitter, daß sie der Meinung sind, es müsse zwischen jedem Löffel voll eine gewisse Pause liegen. Das deutsche Volk ist nicht der gleichen Meinung, aber es ist entschlossen, die Medizin im Vertrauen auf ihre Heilwirkung mit Selbstüberwindung hinunterzuschlucken. ...<<
Großbritannien: Die englische Zeitung "News Chronicle" berichtet am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>An diesem Wochenende ist die stabilste Währung in Europa zerstört worden. Es ist die Währung der Zigarette. ...<<
23.06.1948
SBZ: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkupons, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.
Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.
Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Verhältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.
Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahresraten getilgt wird.
Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolicen im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungspolitik" in der SBZ (x009/474): >>Die kommunistischen Machthaber der SBZ verkünden zwar

lautstark, daß eine Inflation in ihrem Herrschaftsbereich nicht möglich sei, jedoch sind sie seit Schaffung der DM Ost bemüht, die permanente Inflation zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.
Diese permanente Inflation äußert sich in einer ständigen Unterversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern, die sich von Zeit zu Zeit zu Versorgungskrisen ausweitet.
Gründe hierfür sind eine Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie wegen Devisenhandels, Zwangsexporte hochwertiger Verbrauchsgüter und die Unmöglichkeit, Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu importieren, Materialmangel, Fehlplanungen und Nichterfüllung der Produktionspläne einerseits und eine ständige außerplanmäßige Überziehung des Lohnfonds andererseits. Diese Tatsachen führen zu einem Kaufkraftüberhang. ...<<
Berlin: In West-Berlin wird am 23. Juni 1948 die DM eingeführt.
Aufgrund der Einführung der West-DM läßt die SMAD am 23. Juni 1948 den Personen- und Güterverkehr nach Berlin stoppen sowie die Stromlieferungen aus dem Osten Berlins in die Westsektoren wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten einstellen.
US-Militärgouverneur Clay telefoniert in der Nacht zum 24. Juni 1948 mit General Curtis Lemay (1906-1990, Chef des US-Luftwaffenkommandos in Frankfurt) wegen der sowjetischen Blockade Berlins (x112/535): >>Haben Sie Maschinen, die Kohlen transportieren können?
(Lemay:) Was transportieren?
(Clay:) Kohlen.
(Lemay:) Ich kann so schlecht verstehen. Es klingt nur, als ob Sie nach Flugzeugen fragen, die Kohlen transportieren können.
(Clay:) Genau, das meine ich.
(Lemay:) Die Luftwaffe transportiert alles. ...<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 23. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/534-535): >>Es ist also soweit.
Statt einer neuen Währung haben wir zwei. Und zu dem Eisernen Vorhang an der Elbe gesellt sich ab übermorgen der Eiserne Vorhang quer durch Berlin.
Gefährlich brodelt es in allen Kesseln. ...<<

24.06.1948

Berlin: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.
General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).
Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 24. Juni 1948 vor etwa 80.000 Berlinern auf dem Herthasportplatz (x116/240): >>... Als eine Viermächtestadt ist unser Berlin das geblieben, was es immer war; nicht eine Provinzstadt mit Provinzcharakter, sondern eine Weststadt. ...
Heute weiß die ganze Welt, daß wir nicht die heimliche, sondern die wirkliche Hauptstadt Deutschlands sind.
Heute weiß die ganze Welt, daß hier das Herz der neuen deutschen Demokratie schlägt.<<
Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 24. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/535): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) und Ecke Potsdamer und Kurfürstenstraße, der früheren Schwarzmarktzentrale für Weißbrot und Brötchen, handelt man bereits ganze Bogen Couponmarken gegen Reichsmark mit 50 % Aufschlag.

Die Tausender springen aus den Taschen. Jeder sein eigener Neugeldfabrikant. Zehn Schritt aus der Menge – und hinter der nächsten Ruinenwand beklebt man sich selbst den Rest seiner Reichsmarkhabe. Das Geschäft fordert Eile. Lecken – kleben, lecken – kleben. Als Coupongeldkapitalist entsteigt man den Trümmern.
"Achtung, Razzia!" – um die Ecke fegt ein vollbeladenes Polizeiauto.
Alles spritzt auseinander. Wie Mäuse jagen die fliegenden Schwarzbankiers in die umliegenden Löcher.
Noch ehe die Polizisten Zeit fanden, sich umzusehen, liegt die Straße verödet. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...
Um die Position der Westmächte in Berlin unmöglich zu machen, sollten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die Blockade vom 24.6.1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von Berlin West nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) ... von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden. Die SMAD und SED vertraten plötzlich die Auffassung, Berlin sei ein Teil der SBZ.
Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8.000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommunistischen Niederlage.
Berlin hatte durch die Währungsreform vom 23.6.1948 (Ostsektor 24.6.) zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderung nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Blockade Berlins (x283/-235): >>Mit der Blockade Berlins 1948/49 versuchte Stalin einerseits (erfolglos), die vom Bürgermeister Ernst Reuter geforderte und erreichte Anbindung der Stadt an das Währungsgebiet der Deutschen Mark zu verhindern, und andererseits (erfolgreich) abzulenken von seinen Atombombenversuchen, die dann den Dualismus mit den USA begründeten.
Die Entscheidung Trumans für die Versorgung der Stadt über eine Luftbrücke wollte das Risiko des von General Clay vorgesehenen gewaltsamen Durchbruchs auf dem Landweg vermeiden, stand aber unter dem Wagnis, daß der erste Rosinenbomber abgeschossen würde. Das hätte dann einen Gegenschlag des Pentagons zur Folge haben können, der den kalten Krieg in einen heißen verwandelt hätte. ...<<
Polen: Die Außenminister der Ostblockstaaten kritisieren die Londoner Empfehlungen der sechs Westmächte und beschließen am 24. Juni 1948 in Warschau eine gemeinsame Erklärung (x028/188): >>Die Politik der Besatzungsmächte in den westlichen Zonen von Deutschland ermuntert die deutschen revisionistischen Elemente, die eine Kampagne führen gegen die von den Konferenzen in Jalta und Potsdam geschlossenen Abkommen über den demokratischen Wiederaufbau und die Entmilitarisierung Deutschlands, sowie über seine Verpflichtung zur Entschädigung für die Schäden, die durch die deutsche Aggression verursacht worden sind. ...
Im Besonderen bekämpfen die deutschen revisionistischen Elemente die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der westlichen Neiße, die eine unverletzliche Grenze ist, eine Friedensgrenze. ...<<

26.06.1948

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Juni 1948 über den "Neuen Duden" (x112/536): >>Die deutsche Sprache ist das festeste Band, das uns Deutsche zu einer Einheit verbindet.

Der Neue Duden wird das Seine dazu beitragen, das Bewußtsein der geistigen Einheit zu stärken. ...<<

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtet später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Großbritannien: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) erklärt am 26. Juni 1948 vor der Presse, daß nur eine feste und entschiedene Haltung gegenüber der Sowjetunion einen dritten Weltkrieg vermeiden könnte (x112/536).

27.06.1948

WBZ: Die Präambel des dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) kündigt am 27. Juni 1948 einen drakonischen Geldschnitt an (x112/537): >>Im allgemeinen wird das Altgeld im Verhältnis von 10:1 gegen neue Deutsche Mark eingetauscht. Das heißt, je 10 Mark Altgeld werden auf eine Deutsche Mark zusammengelegt.

Die eine Hälfte dieses Neugeldes kommt auf ein sogenanntes Freikonto, die andere wird einem sogenannten Festkonto gutgeschrieben, das heißt, sie wird blockiert. Über diese blockierten fünf Prozent des Altgeldes wird innerhalb von 90 Tagen entschieden.

Die Entscheidung hierüber hängt von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft ab, das heißt, von der Entwicklung der Güterdeckung, die groß genug sein muß, um die Freigabe weiterer Gelder zu erlauben. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtet am 27. Juni 1948 über die ersten Wirkungen der Währungsreform: "Eine Woche neues Geld. Vom Tag X bis zum Tag X plus 6" (x112/537): >>Wohin man auch blickte, neue Herrlichkeiten bei durchschnittlichen Preisen!

Dreiteilige Herde 70 DM, Gaskocher 50 DM, Vier-Röhren-Rundfunkgeräte 475 DM, Volksempfänger 120 DM, Taschenlampenbatterien 0,40 DM, Nähmaschinen 250 DM, Fahrräder 80 DM, Damenstrümpfe 4 DM, Fahrradschläuche 2 DM, Lederkoffer ab 8 DM, Herrenanzüge 90 DM, Tennisschläger 60 DM, Schnürsenkel 0,30 DM, Handschuhe 6 DM, Krawatten 2,50 DM, Einweckgläser 1 DM, Junghans-Armbanduhren (15 Steine) 80 DM, Wecker und Schreibtischuhren 18 DM, Gummihosenträger 4 DM, Meißner Porzellanservice 500 DM, Opel-Olympia 5.900 DM.

Die ersten drei gegen Barzahlung verkauften Wagen gingen in Wiesbaden an ein Kaufhaus,

die Stadtwerke und die Finanzverwaltung. ...<<
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 27. Juni 1948 in seinem Tagebuch über die ersten Wirkungen der Währungsreform (x112/537): >>Die Eisenbahnen sind leer, die Schwarzhändler sind zum Teil verschwunden, die Bauern bringen Obst und Gemüse auf den Markt, die Kaufleute beginnen, wieder höflich zu werden. Es ist ein Wunder geschehen, alles ist in Erwartung dessen, was noch kommen mag.<<

28.06.1948

Berlin: Die britische Royal Air Force beteiligt sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert am 28. Juni 1948 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/190): >>1. Das Kominformbüro verweist darauf, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in letzter Zeit in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik und der Innenpolitik eine falsche Linie verfolgt, welche vom Marxismus-Leninismus abweicht. ...

2. Das Informationsbüro stellt fest, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der UdSSR eine unfreundliche Politik verfolgt.

Es wurde in Jugoslawien eine unwürdige Politik der Verleumdung sowjetischer Militärspezialisten und der Diskreditierung der Sowjetarmee zugelassen. Für die zivilen sowjetischen Spezialisten in Jugoslawien wurde ein besonderes Regime geschaffen, kraft dessen sie der Überwachung durch die Organe der Sicherheitspolizei des jugoslawischen Staates unterstellt und von Agenten verfolgt wurden. ...

Alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen davon, daß die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens eine für Kommunisten unwürdige Haltung bezogen haben ...<<

USA: US-Präsident Truman ordnet am 28. Juni 1948 die Verlegung von Flugzeugen des Typs B-29 nach Deutschland an.

Das Kommando der US-Luftstreitkräfte gibt am 28. Juni 1948 bekannt (x112/537): >>Die Luftbrücke nach Berlin wird bald so weit verstärkt sein, daß genügend Lebensmittel zur Versorgung der gesamten Bevölkerung der Westsektoren transportiert werden können. ...<<

30.06.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 30. Juni 1948 im US-Radiosender "RIAS" zur Berliner Blockade (x112/-539): >>... Die Entschlossenheit, mit der wir, gewitzigt durch die Erfahrungen unter dem Hitler-Regime, uns einer neuen Diktatur entgegenstemmen, diese Entschlossenheit findet ihre Parallele in der Entschlossenheit der Welt draußen, die jetzt gezeigt hat, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen will. ...

Diese Tage sind nicht nur für Berlin entscheidend. Sie sind von der größten Bedeutung für ganz Deutschland.<<

Juni 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Juni 1948 täglich nur 1.542 Kalorien zugeteilt.

01.07.1948

Berlin: Die SMAD erklärt am 1. Juli 1948 in Berlin (x112/541): >>... Die Alliierte Kommandantur hat ihre Tätigkeit faktisch eingestellt, nachdem der amerikanische Kommandant, Oberst Howley, sich auf der Sitzung am 16.6. weigerte, den Sowjetantrag über die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen Berlins zu erörtern. ...

Dieses herausfordernde Verhalten des amerikanischen Kommandanten hat zur Einstellung der Tätigkeit der alliierten Kommandantur Berlins geführt.<<

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x101/197-198): >>WORTLAUT DER VON DEN MILITÄRGOUVERNEUREN DEN ELF MINISTERPRÄSIDENTEN IN FRANKFURT AM MAIN ÜBERGEBENEN DOKUMENTE

a) Dokument Nr. I

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach dem Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden.
Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750.000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.
Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren.
Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

b) Dokument Nr. II

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit anderen Ländern zu groß oder zu klein sind.
Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Aufnahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden.
Bevor die Verfassunggebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder,

deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

c) Dokument Nr. III

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.

Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.

b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilige beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden.

c) Vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie zum Beispiel in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben.

d) Das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten.

e) Die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.

B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand für die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.

C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.

b) Auf den in Absätzen a) und e) zu Paragraph A oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.

c) Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorhergehenden Paragraphen b), treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.

Wenn die Militärgouverneure Ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten

Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

Beilage zu Dokument Nr. III

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-280): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können.

Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rassereinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.

Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.

Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.

Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".

Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.
Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfeiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.
Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein. ...<<

02.07.1948

SBZ: In Mühlhausen/Thüringen erklärt Otto Grotewohl am 2. Juli 1948 während des ersten Parteitages der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (x112/542): >>Die SED tritt für die Sicherung des bäuerlichen Privatbesitzes ein, eine Kollektivierung der Landwirtschaft ist nicht beabsichtigt und kann nicht durchgeführt werden, da die Verhältnisse ganz andere sind als in der Sowjetunion. ...<<

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 2. Juli 1948 in ihrem Tagebuch (x112/542): >>Am Bahnhof Zoo (in Berlin) wird Währung gehandelt.
Man braucht sich nur zwischen die Menschen zu mischen, die vom Stadtbahnbogen zur Gedächtniskirche die Straßen füllen, und seine Ost- und Westscheine sichtbar in der Hand zu halten. Noch keine zwei Minuten – und das Wechselgeschäft ist im Gange.
"Brauchen Sie Ostmark?" ... "Brauchen Sie Westmark?" ...
Jemand streift an einem vorbei, flüstert einem ins Ohr. Ein Blick in die Runde ... ein Griff in die Brieftasche ... wie durch Zauberschlag verwandeln sich die sechs Westmark zwischen den Fingern in fünfzehn Tapetenscheine (der Berliner nennt das Coupongeld damals "Tapetenmark") ...<<

03.07.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl wird am 3. Juli 1948 die "Kasernierte Volkspolizei" aufgestellt.

04.07.1948

SBZ: Der stellvertretende DWK-Vorsitzende Selbmann berichtet am 4. Juli 1948, daß man bereits 9.281 gewerbliche Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet hat (x009/464).

05.07.1948

SBZ: Der SED-Politiker Erich Gniffke (Vorsitzender des Sekretariats des Deutschen Volksrates) dementiert am 5. Juli 1948 Meldungen über die beabsichtigte Bildung einer Ostregierung (x112/545: >>... Die in den letzten Tagen von der westlich lizenzierten Presse verbreitete Nachricht, der Deutsche Volksrat beabsichtige zur Bildung einer Ostregierung überzugehen, ist unrichtig.
Der deutsche Volksrat ist eine gesamtdeutsche Repräsentation und wird infolgedessen Fragen einer Regierungsbildung nur von diesem Standpunkt aus beurteilen.<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen"

(x095/77-78): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...
Ich habe mich zuerst an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewandt, um eine solche gemeinsame Stellung herbeizuführen; falls ein Übereinkommen mit der SPD erzielt worden wäre, sollten Verhandlungen mit den anderen Parteien folgen.
Leider waren die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand, Ollenhauer, Heine, Henßler, nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen. Sie waren zwar in der Beurteilung der "Londoner Empfehlungen" mit mir völlig einig, erklärten aber, es handele sich um eine provisorische Regelung, und weiter, eine gesonderte Erklärung der einzelnen Parteien wäre nach ihrer Auffassung noch wirkungsvoller.
Ich habe sehr bedauert, daß dieser Anfang der Zusammenarbeit der beiden großen deutschen Parteien fehlgeschlagen ist. Es wäre ein Anfang gewesen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...
Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.
Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große Gefühle halten sie nicht für angebracht.
Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<

08.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wird am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Juli 1948 (x095/78-79): >>... Bis jetzt ist die Währungsumstellung und die wirtschaftliche Umstellung ein Erfolg. Es sind nicht so große Reibungen eingetreten, wie wir es befürchtet haben. Allerdings herrscht jetzt noch in weiten Kreisen, nachdem die Kopfquote aufgebraucht ist, große Sorge für die Zukunft.
Das gilt vor allem von alten Leuten und von den Vertriebenen und Ausgebombten, die ihre letzten Sparpfennige durch die Geldentwertung verloren haben.
Auch die Lage der Studenten ist außerordentlich kritisch geworden, weil etwa 80 % von ihnen von zu Hause her keine Unterstützung erwarten dürfen. Es ist in Aussicht genommen, von Staats wegen den Studenten wenigstens in etwa zu helfen, aber ob die Länder dazu in der Lage sein werden, ist noch keineswegs sicher. ...<<

10.07.1948

WBZ: Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.
Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.
Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<
Während einer Konferenz in Koblenz (vom 8. bis zum 10. Juli 1948) beraten die Ministerprä-

sidenten der 3 westlichen Besatzungszonen über die "Frankfurter Dokumente" (x156/58-60):
>>... Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, daß die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten.
Sie begrüßen es daher, daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.
Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, ... daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt, sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt. ...
Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.
Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden.
Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen.
Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen.
Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, daß der Erlaß eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der 3 Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben.
Sie sind weiter der Meinung, daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären. ...
Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel - unbeschadet einer wirksamen Überwachung durch die Besatzungsbehörden - von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. Sie sind übrigens der Meinung, daß über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinaus bald die Möglichkeiten für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden sollte, die von deutschen Stellen zu führen wären, deren Ergebnis jedoch der Ratifikation durch die Besatzungsmächte unterliegen würde. ...
Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeiten und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte.
Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, daß durch einen Beschluß der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge.<<

12.07.1948

Frankreich: Die französische Regierung erklärt am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).

Großbritannien: Großbritannien entläßt zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen

Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befinden sich noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153.744.750 Arbeitstagen. Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf Kriegsgefangenenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1.229.958.000 Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<

14.07.1948

SBZ: Im sowjetischen Internierungslager Mühlberg erfolgt am 14. Juli 1948 eine größere Entlassungsaktion.
Ein sowjetischer Offizier verabschiedet die deutschen Häftlinge am 14. Juli 1948 mit folgenden Worten(x126/193): >>Im Auftrage der sowjetischen Militärregierung soll ich Ihnen mitteilen: Sie werden heute entlassen und sind von nun an frei und können gehen, wohin es beliebt.
Sie kehren zurück in das Deutsche Reich als gleichberechtigter Bürger und können jede Stellung in Verwaltung und Ökonomie annehmen:
"Sie sollen teilnehmen ... am Wiederaufbau Ihres Vaterlandes. Sie sollen sich fernhalten von der Politik Schumachers (westdeutscher SPD-Politiker, erbitterter Gegner Stalins) und arbeiten für den Sozialismus.
Sie sollen gute Freunde der Sowjetunion werden". ...<<
WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) reagiert am 14. Juli 1948 enttäuscht, weil die Ministerpräsidenten der US-Zone die sog. "Frankfurter Dokumente" ablehnen (x112/550): >>... Wenn wir im Westen nicht hier wären, wären Sie längst russisch. ...
Jedenfalls haben sie eine goldene Chance verpaßt.
Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht, und zwar deshalb, weil sie meine Erwartungen nicht erfüllt haben. Ich habe in London wochenlang mit den Franzosen und Engländern um die Anerkennung der deutschen Souveränität im Rahmen eines Weststaates gekämpft. Ich habe immer damit operiert, daß die Deutschen die Verantwortung, die mit der Übergabe neuer Vollmachten verbunden ist, gerne übernehmen würden.
Die Franzosen sagten damals, daß sie sehr daran zweifelten, und daß sich meine Erwartungen nicht erfüllen würden. Sie haben leider Recht behalten.<<

17.07.1948

SBZ: Der 19jährige Konrad W. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Fünfeichen bei Neubrandenburg (x126/160-162): >>Täglich wurden hundert Leute entlassen, und das nach einer genau festgelegten Prozedur, die insgesamt 2 Tage in Anspruch nahm:
Vormittags Abholen der Kandidaten ins Südlager zum Aktenvergleich, Sachenkontrolle und Austausch von Kleidungsstücken, die nicht für die Entlassung taugten.
Dann in die Entlausung zum Duschen, anschließend nach nochmaliger Kontrolle der wenigen Habseligkeiten (damit nicht aus Versehen ein Brief oder Ähnliches hinausgeschmuggelt wurde) in eine der Steinbaracken am Lagereingang. Dort Übernachtung und am nächsten Tag Warten bis zum erneuten Aufruf zum Aktenvergleich (damit kein Falscher entlassen wurde), Aushändigung des Entlassungsscheines und des Reisegeldes mit Quittungsunterschrift (ich bekam 45 Coupon-Mark, die Währungsreform war gerade vorbei). Danach Umzug in die Entlassungsbaracke.

Am nächsten Tag dann Empfang der Marschverpflegung (ich erhielt anderthalb Brote und vielleicht 250 Gramm Zucker). Wer wollte, konnte sich ... die Haare schneiden oder sich rasieren lassen. Um 9 Uhr erfolgte die Entlassung, das heißt, die Leute wurden mit einem Lastwagen zum Bahnhof Neubrandenburg gefahren. Dort war man dann frei!!!
So war für mich am 17. Juli 1948 der lang ersehnte Tag der Freiheit gekommen. Nur wer eine solch harte Zeit der absoluten Isolierung von der Außenwelt unter allen diesen ... Bedingungen durchgestanden hat, kann ermessen, wie uns zumute war. Ein solches Glücksgefühl ist einfach nicht zu beschreiben. Und im nachhinein denke ich an die niedergeschlagene Stimmung derjenigen, die erst nach weiteren 2 Jahren nach Hause durften.
Die Heimfahrt von Neubrandenburg in meinen Heimatort dauerte zu dieser Zeit 2 Tage. Aber was spielt das nach fast 3 Jahren Freiheitsentzug schon für eine Rolle.
Wir waren in Hochstimmung, aber je näher man dem Zuhause kam, desto mehr dachte man auch daran, was einen dort erwarten könnte.
Auf Grund der Tatsache, daß man ja seit 3 Jahren ohne jede Nachricht von Zuhause war, hatte ich eine gewisse Angst davor, es könnte böse Überraschungen geben. Deshalb hatte ich versucht, bei einem längeren Aufenthalt von Cottbus aus irgendeine Verbindung zum Heimatort herzustellen, was mir letztlich auch gelang. Die Folge war, daß es sich wie ein Lauffeuer herumgesprochen hatte, daß ein längst Verschollengeglaubter nach Hause kommen würde.
Ich war der erste Heimkehrer aus einem solchen Lager im Ort. Der Bahnhof war voller Leute. Für mich war das schon wieder ein schlimmer Augenblick, denn die Angst, möglicherweise wieder abgeholt zu werden, um erneut zu verschwinden, war groß.
Zehn Tage später waren die anderen Jungs auch zu Hause. Von 15 oder 16 Jugendlichen meines Heimatortes, die 1945 weggeholt wurden, waren 7 übriggeblieben. ...<<
Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 17. Juli 1948 "Von der Einheit des deutschen Buchhandels" (x112/553): >>... Eine Reihe süddeutscher und westdeutscher Städte entfalten auf buchhändlerischem und buchgewerblichen Gebiet in der letzten Zeit lebhaften Ehrgeiz und neue Kräfte: Stuttgart, München, Hamburg, Hannover oder Bielefeld und nicht zuletzt Frankfurt am Main haben beträchtliche Anstrengungen entwickelt.
Diese Aktivität ist allen Teilen förderlich, wenn sie sich der Tatsache bewußt bleibt, daß jede Bücherproduktion – gleichgültig in welcher deutschen Landschaft sie emporwächst – stets nur unentbehrliches Glied des einen deutschen Buchhandels ist.
Gerade in Leipzig, Buchhandelszentrale von je her durch Tradition und Leistung, lebt die Vorstellung, daß zwischen dem Schicksal des Buches und dem deutschen Schicksal überhaupt enge Verflechtungen bestehen. Wenn beispielsweise in der Deutschen Bücherei in Leipzig, jenem über die Zonenschranken hinweggreifenden Proviantmagazin des deutschen Geistes, Werke aus der sowjetischen, der französischen, der amerikanischen oder der englischen Zone einlaufen, so prägen sich in ihnen nicht vier verschiedene Gesichter.
Im freien Meinungsaustausch bildet sich die einheitliche Physiognomie, die notwendig ist, wenn wir in der Welt draußen als Deutsche erkannt und anerkannt werden wollen. Es muß überall begriffen werden, daß der Geist sich nicht aufteilen, sondern nur mitteilen läßt und daß wir die Welt nicht mit einer Vielheit von Physiognomien anblicken können.
Wir wollen nicht als Bayern, Württemberger oder Sachsen, nicht als West- oder Ostdeutsche, sondern eben als Deutsche in die Völkergemeinschaft zurückkehren.<<

21.07.1948

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete veröffentlicht am 21. Juli 1948 ein Rundschreiben betreffend das ehemals deutsche lebende Inventar (x003/479-480): >>Eine bedeutende Anzahl des ehemals deutschen Inventars wurde, besonders in den ersten Monaten der Ansiedlungsaktion innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete, von den Ansiedlern ohne Kontrolle der staatlichen Behörden übernommen.

Ein Teil dieses Inventars wurde in den Verleihungsentscheiden der Höfe nicht aufgeführt, da die Ansiedler dessen Besitz entweder verheimlichten oder vor den Kommissionen für die Landwirtschaftliche Ansiedlung an Hand von verschiedenen Bescheinigungen den angeblichen Ankauf dieser Gegenstände nachwiesen. Gegenwärtig kommen Fälle vor, daß Ansiedler auf die ihnen verliehenen Wirtschaften verzichten und beim Verlassen der Höfe denjenigen Teil des Inventars mitnehmen, der in den Verleihungsentscheiden nicht aufgeführt ist. ...
Solche Praktiken ... sind unzulässig, da sie den Vorschriften des Verwaltungsverfahrens ... zuwiderlaufen.
Jedoch nicht nur formal-rechtliche Gründe verbieten die Streichung des Inventars in den Verleihungsentscheiden. Es ist offensichtlich, daß die Erklärungen der angeblichen Zeugen völlig unglaubwürdig sind, da sie den eigenen, zur Zeit der Bewerbung um die Verleihung des Inventars freiwillig abgegebenen Erklärungen der Ansiedler widersprechen. ...
Der Verzicht auf die verliehene Landwirtschaft entzieht daher dem Ansiedler jegliches Recht, das genannte Inventar zu benutzen. Der Ansiedler darf beim Verlassen der Wirtschaft nur diejenigen im Verleihungsentscheid nichtaufgezählten Gegenstände oder dasjenige Vieh aus dem Inventar mitnehmen, ... (wenn) er unzweifelhaft nachweisen kann, daß sie sein persönliches Eigentum sind (z.B. Frachtbrief der Eisenbahn oder andere glaubwürdige amtliche Bescheinigungen). ...
Im Zusammenhang damit empfiehlt das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete:
1. jedes ... schädliche Streichen von Inventar des Verleihungsentscheids zu unterlassen;
2. die Beträge für das in den Verleihungsentscheiden ... gestrichene lebende und tote Inventar im Rahmen der Aktion "K" einzuziehen, es sei denn, der Ansiedler legt im Sinne dieses Rundschreibens glaubwürdige Eigentumsnachweise vor;
3. darauf zu achten, daß die zurücktretenden Ansiedler auf der betreffenden Landwirtschaft das gesamte, auch das im Verleihungsentscheid nicht aufgeführte Inventar zurücklassen und nur diejenigen Gegenstände oder dasjenige Vieh mitnehmen, deren Eigentum sie an Hand entsprechender Urkunden nachweisen können.<<

22.07.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 22. Juli 1948 in seiner sog. "Kernstaat-Rede" (x116/233): >>Wir glauben, daß der Kampf, den wir um Berlin führen, ein wichtiger Beitrag zur Eroberung der Souveränität der Deutschen ist ...
Daraus folgert, daß wir eines in Berlin und im Osten nicht ertragen können – das Verbleiben des Westens in seinem bisherigen politisch unentschiedenen Status.
Wir sind der Meinung, daß die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens eine elementare Voraussetzung für die Gesundung auch unserer Verhältnisse und für die Rückkehr des Ostens zum gemeinsamen Mutterland ist. ...<<

WBZ: Während einer Konferenz in Rüdesheim einigen sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.
Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

23.07.1948

Berlin: Der vorbereitende Ausschuß zur Gründung der Freien Universität in Berlin erklärt am 23. Juli 1948 (x112/556): >>... Es geht um die Errichtung einer freien Universität, die der Wahrheit um ihrer selbst willen dient.
Jeder Studierende soll wissen, daß er sich dort im Sinne echter Demokratie frei zur Persönlichkeit entfalten kann und nicht zum Objekt einseitiger Propaganda wird.

Jeder Dozent soll hier frei von Furcht und ohne einseitige Bindung an parteipolitische Doktrin lehren und forschen können.
Aus dem Geiste der Selbstbehauptung heraus, mit der sich unsere Stadt gegen die Blockade erhob, soll diese Universität erstehen und als geistiger Mittelpunkt des freiheitlichen Berlins der Gesundung Deutschlands dienen.<<

25.07.1948

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 25. Juli 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Wirkungen der Währungsreform auf das kulturelle Leben (x112/558): >>... Lange genug sind die Auflagenziffern gestiegen, weil die Kalorienzahlen gesunken sind. Der ursächliche Zusammenhang zwischen beiden Tatsachen ist unleugbar. ... Es ist für ein Volk bedeutend angenehmer, in einer Flut von Salat, Karotten und Tomaten zu ertrinken als in einer Flut von Zeitschriften. ...
Während der hungernde Normalverbraucher noch vor vier Wochen sich statt mit Nahrung und Konsumgütern mit Theaterkarten und Zeitschriften abspeisen lassen mußte, hat er heute die Möglichkeit, für sein gutes Geld zu wählen, welche Artikel ihm wertvoller erscheinen: die, die sein Kaufmann, oder die, die seine Zeitung ihm anbieten.
Der unnatürliche Zustand, daß ein Mann in die Oper geht, weil es keine Hosenträger zu kaufen gibt, ... ist vorüber.<<

26.07.1948

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure einigen sich am 26. Juli 1948 in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente.
Die Militärgouverneure erlauben danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

28.07.1948

SBZ: Der 17jährige Kurt N. berichtet über die Haft im sowjetischen Internierungslager Buchenwald bei Weimar (x126/181): >>... Die letzten Julitage waren sehr warm. 20 Tage nach den ersten Entlassungen schlug auch für mich die ersehnte Stunde, an die ich oft genug nicht mehr zu glauben wagte, wie alle von uns.
Am 28. Juli 1948 hörte ich abends nach dem Appell das letzte Mal meine Nummer 18.383. Sie war unter denen, die morgen aufhören sollte, für Namen Buchenwalder Häftlinge zu stehen. Unvergeßlich bleibt die letzte Nacht, in der ich kein Auge zumachte. Die innere Erregung war groß.
... Nach Appell und Empfang meiner Tagesration an Brot, Zucker und Kaffee wurden Hände gedrückt, und die kleine Gruppe aus meiner Baracke setzte sich durch einen Durchlaß im Stacheldraht, der den Barackenhof begrenzte, in Bewegung. Einer meiner zurückbleibenden gleichaltrigen Kameraden, Günter R. aus der Nähe von Luckau, stand mit tränenden Augen, die Hände am Stacheldraht und blickte mir nach. Für mich unvergeßlich.
Wir gaben unsere Klamotten in die Entlausung und bekamen sie danach wieder, konnten duschen und erhielten neue Kleidung. Alle bekamen einen von den im Lager nicht unbedingt fachgerecht geschneiderten grauen Anzügen aus billigem Stoff mit Fischgrätenmuster, ein bläuliches Stoffhemd, eine Mütze, Socken, Segeltuchschuhe und ein Handtuch. Von der Rückgabe persönlichen Eigentums, etwa Wertsachen, die den älteren Häftlingen nach ihrer Verhaftung abgenommen wurden, konnte keine Rede sein.
In den Mittagsstunden des 29. Juli 1948 verließen wir 200 Mann durch das Tor mit dem von den Nazis geschmiedeten Hohn ("Jedem das Seine") unser Lager. Das große eiserne Tor war noch immer mit ... Grün gestrichenen Brettern vernagelt.
Einzeln nahmen wir in einem niedrigen Gebäude vor dem Tor von einem grünbemützten Offizier unseren Entlassungsschein entgegen.

Genau um 13.50 Uhr hielt ich ihn in der Hand, meine zweite Geburtsurkunde. Jetzt war die Freiheit unumstößliche Wahrheit geworden.<<

USA: US-Präsident Truman berichtet am 28. Juli 1948 über die Berliner Blockade und die Luftbrücke (x243/165): >>... Der Abzug aus Berlin hätte für unsere Pläne in Westdeutschland die katastrophalsten Folgen und würde die Erholung Europas ganz erheblich verzögern. Die Deutschen ... fürchteten ... die Räumung Berlins seitens der Westmächte weit mehr als diese selber. ... Die Berliner seien entschlossen, auch unter den größten Entbehrungen auszuharren. ...

Ich (Truman) fragte Clay, welches Risiko bestehe, falls wir bewaffnete Lastwagenkolonnen nach Berlin schicken. Der General meinte, die Russen würden vermutlich vorerst mit der Errichtung von Straßensperren reagieren, doch sei bestimmt mit Gewaltanwendung zu rechnen, falls unsere Pioniere diese zu beseitigen versuchten. ...

Ich fragte Clay, ob er irgendwelche Anhaltspunkte für eine (kriegerische) Absicht des Kremls ... besitze. Er verneinte, denn ... (sie) hofften ... uns auch ohne Ausweitung des Konflikts zum Verlassen Berlins zwingen zu können.<<

30.07.1948

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 30. Juli 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 23 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie ("I. G. Farben-Prozeß").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "I. G. Farben-Prozeß" (x051/275): >>I. G. Farben-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof IV der USA in Nürnberg gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Carl Krauch, und 22 Vorstandsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 6).

Den Angeklagten wurde im Wesentlichen vorgeworfen, mit Hitler und der militärischen Führung an der Planung und dem Aufbau der Wehrmacht zur Führung eines Angriffskrieges teilgenommen und sich hierzu verschworen, Pläne für die "Aufsaugung" der ehemaligen Industrien in den von Deutschland zu überfallenden Ländern entwickelt, sie nach der Eroberung der Gebiete verwirklicht und Kriegsgefangene, Fremdarbeiter sowie KZ-Häftlinge für ihre Zwekke ausgebeutet zu haben. Drei Angeklagte wurden ferner beschuldigt, Angehörige der SS gewesen zu sein.

Der Prozeß begann im August 47. Am 30.7.48 verurteilte das Gericht 13 Angeklagte zu Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu sechs Jahren. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen. Da die Untersuchungshaft angerechnet wurde, sind zwei Verurteilte sofort entlassen worden. Fünf Verurteilte hatten weniger als ein Jahr zu verbüßen. Die Restlichen wurden wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

31.07.1948

WBZ: Der "Rheinische Merkur" berichtet am 31. Juli 1948 über den "Staat im Werden" (x112/561): >>... Wir halten es für eine notwendige und bleibende Korrektur unserer Geschichte, daß das politische Schwergewicht wieder zum Westen zurückgekehrt ist, wohin es nach der geistigen Tradition unserer Länder, nach ihrer Bevölkerungsdichte, nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand gehört.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.

Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...

Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen

gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...
... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsgenossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.
Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<

Großbritannien: Die "United-Press" berichtet am 31. Juli 1948 über die Urteile im Nürnberger "Krupp-Prozeß" (x043/429): >>Das amerikanische Kriegsverbrecher-Tribunal hat heute die Firma ... Krupp, vertreten durch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, und 11 ihrer leitenden Direktoren, der Mißhandlung von Sklavenarbeitern in ihren Rüstungsbetrieben sowie der Plünderung und Ausraubung der Industrien in den besetzten Ländern für schuldig befunden. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Krupp-Prozeß" (x051/336): >>Krupp-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA 1947/48 in Nürnberg gegen A. Krupp von Bohlen und Halbach und 19 leitende Mitarbeiter der Krupp-Werke wegen Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Fall 10).
Den Angeklagten wurde v.a. vorgeworfen, Angriffskriege geplant und durchgeführt, Eigentum und Hilfsquellen in den besetzten Ländern geplündert sowie Staatsangehörige dieser Gebiete versklavt zu haben.
Im Gegensatz zu den anderen Nürnberger Prozessen war der Krupp-Prozeß mit Spannung geladen: So verließen z.B. alle Verteidiger aus Protest zeitweilig den Verhandlungssaal und wurden wegen Mißachtung des Gerichts zu einer Haftstrafe verurteilt; ein Verteidiger wurde von der weiteren Teilnahme am Prozeß sogar ausgeschlossen. Im Übrigen lehnten es die Angeklagten ab, vor Gericht als Zeugen in eigener Sache auszusagen.
Unter Freisprechung vom Vorwurf, Angriffskriege geplant oder durchgeführt zu haben, und zum Teil auch von anderen Anklagepunkten wurden die Angeklagten am 31.7.48 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren zehn Monaten und zwölf Jahren (Krupp) verurteilt. Bei Krupp wurde zusätzlich die Einziehung des Vermögens angeordnet. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.
Durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy am 31.1.51 wurden alle Verurteilten, die ihre Strafe noch nicht verbüßt hatten, begnadigt und die Vermögenseinziehung Krupps aufgehoben.<<

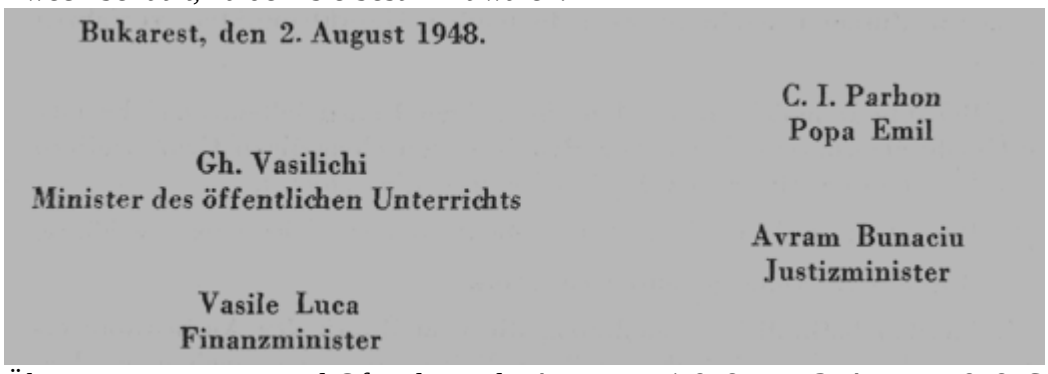
Juli 1948

WBZ: Im Juli 1948 erklärt Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) in einem Rundfunkkommentar, daß die Deutschen eines Tages an ihrer Humanität sterben werden, falls sie neue Brücken nach dem Osten bauen.

02.08.1948

Rumänien: Die Regierung beschließt am 2. August 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienen (x007/-176E-177E): >>**Das Dekret über die Verstaatlichung der Schulvermögen.**
Dekret Nr. 176/1948 über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienten.
Artikel I.

Zum Zwecke guter Einrichtung und Wirksamkeit des öffentlichen staatlichen Unterrichts und zur Verbreiterung und Demokratisierung des Unterrichts werden sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, die Kirchen, Kongregationen, religiösen Gemeinschaften, Privatvereinen, mit und ohne lukrativen Zweck, und - ganz allgemein - natürlichen oder juristischen Privatpersonen gehört haben und dem Betrieb der gemäß Artikel 35 des Gesetzes über den öffentlichen Staatsunterricht abgelösten Unterrichtsschulen dienten, in das Staatseigentum übergeführt und dem Ministerium für Öffentlichen Unterricht unterstellt, das sie für die Bedürfnisse des Unterrichts verwenden wird.
Die unbeweglichen Güter, die unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Absatzes fallen, sind in der beigefügten Liste aufgeführt, die Bestandteil dieses Gesetzes ist.
Die beweglichen Güter jeder Art werden durch vom Ministerium für Öffentlichen Unterricht ernannte Beauftragte im Inventarverfahren übernommen.
Als bewegliche und unbewegliche Güter, die unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallen, sind alle diejenigen Güter anzusehen, die dem Betrieb, dem Unterhalt oder der Unterstützung von Schulen, Internaten, Heimen und Kantinen zum Zeitpunkt des 1. Januar 1948 dienten, wie auch diejenigen, die zu diesem Zweck später erworben wurden.
Artikel II.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen, auch wenn sie in der beigefügten Liste nicht enthalten sind, alle Gebäude mit ihrem gesamten Inventar, die dem Betrieb von Unterrichtsschulen gedient haben, einschließlich derjenigen, die für Wohnungen des Lehrkörpers oder des Verwaltungspersonals benutzt wurden und für Internate, Heime und Kantinen für Schüler oder Studenten aller Schularten bestimmt waren.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen ebenfalls die Beteiligungsanteile der für Unterhalt oder Unterstützung von Unterrichtsschulen bestimmten Fonds und von Farmen oder sonstigen Unternehmen, die dem Unterhalt und dem Betrieb von Schulen, Internaten, Heimen, Kantinen oder dem Lehr- bzw. Verwaltungspersonal gedient haben.
Artikel III.
Die ausschließlich für kultischen Dienst bestimmten Güter werden dem entsprechenden Kultus zurückerstattet.
Artikel IV.
Mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes werden sämtliche Vereine aufgelöst, die, mit oder ohne lukrativen Zweck, Einrichtung und Betrieb von privaten Unterrichtsschulen zum Ziel hatten.
Die Güter dieser Vereine gehen in das Eigentum des Staates über, sie werden aber zu dem Zweck benutzt, zu dem sie bestimmt waren.


Bukarest, den 2. August 1948.

C. I. Parhon
Popa Emil

Gh. Vasilichi
Minister des öffentlichen Unterrichts

Avram Bunaciu
Justizminister

Vasile Luca
Finanzminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I A, Nr. 177/1948 vom 3. August 1948, S. 6.324 f.<<

03.08.1948

WBZ: Konrad Adenauer berichtet am 3. August 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Recklinghausen über die politische Lage (x112/564): >>... Verhandlun-

gen, die jetzt zwischen den Alliierten und Rußland wahrscheinlich in Gang kommen, lassen erkennen, daß sich die Verhandlungen über die Gesamtheit der deutschen Probleme erstrekken, also auch über die Frage der Bildung Westdeutschlands.
Es ist für die Politiker und Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen unangenehm und gibt ein unbehagliches Gefühl, daß, nachdem sie erklärt haben, daß sie bereit seien, die nötigen Schritte – die Ihnen bekannt sind – zu tun, sie nun gleichzeitig wahrnehmen müssen, daß der Russe es durchsetzt, daß über diese Fragen neu verhandelt wird.<<

04.08.1948

WBZ: In der "Stuttgarter Zeitung" schreibt der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) am 4. August 1948 über die Berliner Blockade (x112/565): >>Unverständlich wird den kommenden Generationen auf jeden Fall eines bleiben: Warum konnten sich die maßgeblichen Parteien nicht ein einziges Mal über Gesamtdeutschland hinweg zu gemeinsamen Beratungen zusammenfinden?
Ich bin überzeugt, hätten sie es getan, wir wären heute weiter. Der Wille zur Selbsterkenntnis ist die Voraussetzung für jede aufbauende Politik.
Sagen wir es deshalb ehrlich: Der Einheitswille im Westen war lange Zeit eine recht flaue Angelegenheit. ...<<

06.08.1948

SBZ: Der brandenburgische Innenminister Bernhard Bechler (1911-2002) erklärt am 6. August 1948 während einer Tagung (x112/566): >>Je fortschrittlicher wir uns entwickeln, um so schärfer wird der Klassenkampf ...
Es wird behauptet, wir müssen zurück zu einem Rechtsstaat. Dem muß entgegengetreten werden, denn das würde nichts anderes bedeuten, als daß die alte Ordnung wieder neu aufgerichtet werden sollte ...
Wer heute die Frage der Selbstverwaltung zu stark in den Vordergrund rückt, in dem sehen wir rückschrittliche und reaktionäre Kräfte.<<

11.08.1948

SBZ: Der 18jährige Hubert P. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/104-105): >>... Auf eines ... warteten wir vergeblich: daß uns jemand sagte, warum wir Monat um Monat unter diesen unwürdigen Bedingungen vegetieren mußten und worin unsere Schuld bestand.
Ich hatte mich inzwischen mit meinem Los abgefunden. Von uns besaß nach zwei Jahren kaum noch jemand Hoffnung, entlassen zu werden. Wir lebten wie auf einem anderen Stern, verloren für die übrige Welt.
Völlig überraschend rief man mich am 11. August 1948 zur Lagerkommandantur. Dort mußte ich eine Verpflichtung unterschreiben, keinem Menschen von den Umständen meiner Haft zu erzählen, und bekam 20 Mark Entlassungsgeld.
Offiziell hatte ich mich als "Heimkehrer" zu bezeichnen.<<

17.08.1948

WBZ: Der SPD-Politiker Erwin Schoettle (1899-1976) kritisiert am 17. August 1948 während der Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard (x112/571-572): >>Es ist bekannt, daß wir zu Herrn Prof. Dr. Erhard und seiner Wirtschaftspolitik von Anfang an kein Vertrauen gehabt haben.
Wir haben das oft in diesem Hause erklärt, und in den Debatten über die Leitsätze der Wirtschaftspolitik für die Zeit nach der Währungsreform ... mit aller Schärfe vor dem Tempo gewarnt, das der Herr Direktor der Verwaltung für Wirtschaft mit der Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften und der Preisbindung offenbar einzuschlagen beabsichtigte. ...
Jedenfalls ist es heute so, daß in unseren Zonen große Teile der Bevölkerung ... schon nicht mehr in der Lage sind, besonders die Menschen in den niedrigen Einkommensklassen, sich

die unentbehrlichen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarf zu kaufen.
Ich gebe Ihnen nur ein ganz kleines Beispiel. ... Ein Durchschnittsarbeiter-Einkommen beträgt rund 36,- DM pro Woche. Ein blauer Arbeitsanzug, der im Jahre 1938 zwischen 8,- und 9,- RM und vor der Währungsreform etwa 17,- oder 18,- RM gekostet hat, kostet heute rund 40,- DM! Das ist die wahre Situation! ...
(Erhard antwortet daraufhin:) Ich nehme für mich in Anspruch, nichts anderes zu wollen und nichts anderes zu erstreben, als durch eine soziale Marktwirtschaft ein Maximum an Lebensmöglichkeit und ein Maximum an Lebenssicherung für unser Volk sicherzustellen. Und keine Verleumdung und keine Intrige kann mich in meiner Arbeit davon abhalten, weil ich nicht vergessen habe, streng an dieser Linie festzuhalten. ...<<

21.08.1948

Berlin: Nach Auseinandersetzungen mit sowjetischen Soldaten werden am 21. August 1948 die Sektorengrenzen am Potsdamer Platz durch Stacheldrahtsperren gesichert.

24.08.1948

WBZ: Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreicht am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.
Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...
(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<

26.08.1948

Berlin: Nach einem weiteren Versuch von SED-Demonstranten, eine Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewaltsam zu sprengen, erklärt der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) am 26. August 1948 während einer Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude (x112/576): >>Wir wissen, daß eine grausame, brutale, rücksichtslose, aggressive, imperialistische Macht den Willen hat, uns in die Knie zu zwingen, und ich wiederhole: wir haben nein gesagt, wir werden wieder nein sagen, und wir werden nein sagen, solange ein Atemzug in uns lebendig ist ...
Dieser unser Kampf um Berlin, er ist ein Kampf nicht nur um Berlin, er ist ein Kampf um Europa, und auf uns, auf das Schaufenster der demokratischen Freiheit, schauen die Völker auch im Osten.<<

28.08.1948

WBZ: Auf dem 2. CDU-Parteitag in Recklinghausen hält Konrad Adenauer am 28. August 1948 eine Grundsatzrede zum Thema "Eine Hoffnung für Europa" (x112/577): >>Wir wollen von den geistigen Grundlagen aus, die das abendländische Christentum im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hat, in Deutschland das politische Leben neu gestalten – und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt. Deswegen nennen wir uns Christlich-Demokratische Union, nicht etwa, um damit zu sagen, daß in anderen Parteien keine Christen seien; das liegt uns völlig fern. ...
Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen! Wenn wir uns wenden

gegen die Diktatur als dem Feind der Freiheit, wenn wir dagegen sind, daß das Kapital der Freiheit des einzelnen in der Wirtschaft und damit auch in der Politik erdrückt wird, wenn wir uns dagegen wenden, daß der Staat eine zu große Macht bekommt und damit ein Feind des einzelnen wird, so wenden wir uns und werden uns auch in Zukunft wenden gegen den Kollektivismus in irgendwelcher Form, weil er genauso ein Feind der persönlichen Freiheit ist wie jene.
Dieser wesentliche Satz des abendländischen Christentums vom Wert und der Würde eines jeden einzelnen Menschen, von der Freiheit der Person ist eine der Hauptthesen unserer politischen Arbeit. ...
Nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten. ...
Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die europäische Union, an das vereinigte Europa. ... Ich ... erblicke in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik. ...
Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nur dann den Osten wieder mit dem Westen zu einer Einheit verbinden können und werden, wenn wir wenigstens zunächst den Westen politisch und wirtschaftlich wieder erstarken lassen.
Daß wir den Anspruch auf den Osten Deutschlands niemals aufgeben werden, das können und müssen wir immer und immer wieder mit allem Ernst und allem Nachdruck erklären. So bitte ich namentlich auch die aus dem Osten Vertriebenen, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden. ...<<
Ludwig Erhard erklärt am 28. August 1948 während des 2. CDU-Parteitages in Recklinghausen die Grundsätze seiner Wirtschaftspolitik (x112/577): >>Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan, als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftwirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt ...
Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das freie Spiel der Kräfte der gleichen Phrasen, mit dem man hausieren geht, sondern die sozialverpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung. ...<<
Jakob Kaiser fordert die Delegierten des 2. CDU-Parteitages auf, Berlin weiterhin zu unterstützen (x112/577-578): >>In Berlin spielt sich ein Weltdrama ab! ...
Welche Entscheidungen auch immer in Moskau fallen mögen, es bleibt Deutschland aufgegeben, klare Stellung gegen jeden Sowjetregierungsversuch in unserem Lande zu beziehen. Es bleibt unserem Volke aufgegeben, Berlin und die Ostzone mit aller Kraft, die uns gegeben ist, zu unterstützen, wo immer sich marxistisch-leninistischer Einfluß bemerkbar macht. ...<<

30.08.1948

WBZ: Der Flüchtlingsausschuß des Wirtschaftsrates gibt am 30. August 1948 folgende Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen bekannt (x112/579): >>2,3 Millionen Ostpreußen, 0,6 Millionen Danziger, 3,1 Millionen Niederschlesier, 3,4 Millionen Oberschlesier, 0,9 Millionen Brandenburger, 1,0 Millionen Pommern, 0,3 Millionen Westpreußen, 1,0 Millionen Posener, 1,0 Millionen aus dem Warthegau, 3 Millionen Sudetendeutsche, 1,5 Millionen Deutsche

aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.
Insgesamt werden 18,1 Millionen (Flüchtlinge und) Vertriebene verzeichnet, es sind nach Angaben des Flüchtlingsausschusses 11 Millionen in die drei Westzonen gelangt.<<

31.08.1948

Berlin: In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den angloamerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/-53).

01.09.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 1. September 1948 während seiner Antrittsrede als Präsident des Parlamentarischen Rates (x156/61): >>... Und nun lassen Sie mich einige Worte über Wirken und Aufgabe des Parlamentarischen Rates sagen.
Er ist ins Leben gerufen durch einen Akt der Militär-Gouverneure der 3 Westzonen, durch einen Akt, wie er in dem Dokument niedergelegt ist, das den Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli dieses Jahres übergeben wurde. ...
Der Parlamentarische Rat beginnt seine Tätigkeit – wir haben es heute morgen bei der Feier im Museum König gehört, und wir wissen es ja alle - in einer Zeit der völligen Ungewißheit über Deutschlands Zukunft.
Ja, auch die Zukunft Europas und der Welt ist dunkel und unsicher, und Deutschland selbst ist politisch ohnmächtig. Es ist in zwei Teile geteilt.
Wir Vertreter des Parlamentarischen Rates hier in diesem Saale ... vertreten 46 Millionen Deutsche.
Meine Damen und Herren!
Das Dasein des Parlamentarischen Rates selbst ist, wie ich eingangs sagte, zurückzuführen auf einen Entschluß eines Teiles der Siegermächte.
Für jeden von uns war es eine schwere Entscheidung, ob er sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands, bei der mangelnden Souveränität auch dieses Teiles Deutschlands zur Mitarbeit zur Verfügung stellen dürfe und solle. ...
Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland, der Einheit, die unser Ziel ist und unser Ziel bleibt, zu gelangen.
Welche Ergebnisse unsere Arbeit für ganz Deutschland haben wird, das hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können.
Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist – und es ist in Wahrheit nach diesem Zusammenbruch des Jahres 1945 eine historische Stunde und eine historische Aufgabe -, unter Gottes Schutz und dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt. <<
Ein Sozialdemokrat berichtet damals über Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates (x112/582): >>Den Adenauer haben wir zum Präsidenten gemacht, um diesen unbequemen alten Nörgler auf einem Ehrenplatz kaltzustellen. ...<<
Der SPD-Politiker Carlo Schmid (1896-1979) schreibt später über die Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Alexander-König-Museum in Bonn (x112/582): >>... Wohl kaum hat je ein Staatsakt, der eine neue Phase der Geschichte eines großen Volkes einleiten sollte, in so skurriler Umgebung stattgefunden.
In der Halle dieses in mächtigen Quadern hochgeführten Gebäudes standen wir unter den Länderfahnen – rings umgeben von ausgestopftem Getier aus aller Welt. Unter den Bären, Schimpansen, Gorillas u.a. Exemplaren exotischer Tierwelt kamen wir uns ein wenig verloren vor.
Die bizarre Umgebung ließ trotz der Beethovenschen Musik, mit der die Feier eröffnet und

beschlossen wurde, keine rechte Feierlichkeit aufkommen; gleichgültig jedoch war keinem von uns zumute.<<
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im September 1948 täglich 1.846 Kalorien zugeteilt.

08.09.1948

WBZ: Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärt am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x919/…): >>… Meine Damen und Herren!
Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.
Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.
Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar.
Freilich weiß jeder von uns, daß man Ordnungsgesetze anderer Art auch schon Verfassung genannt hat, zum Beispiel die oktroyierten Verfassungen der Restaurationszeiten, etwa die Charte von 1814. Diese oktroyierten Verfassungen waren zweifellos gelegentlich technisch nicht schlecht, und die Fürsten, die sie gegeben haben, mochten dann und wann durchaus gute Absichten gehabt haben; aber das Volk hat diese Dinge nie als Verfassungen betrachtet, und die Revolutionen von 1830 sind nichts anderes gewesen als der Aufstand der Völker Europas gegen die oktroyierten Verfassungen, die nicht im Wege der Selbstbestimmung der Völker entstanden, sondern auferlegt worden sind.
Es kam in diesen Revolutionen die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Verfassung in einer demokratischen Welt etwas mehr sein muß als ein bloßes Reglement, als ein bloßes Organisationsstatut. Die Ordnung des Behördenaufbaus, die Ordnung der Staatsfunktionen, die Abgrenzung der Rechte der Individuen und der Obrigkeit sind durchaus vorstellbar und das hat es gegeben - im Bereich der organischen Artikel des absolutistischen Obrigkeitsstaates, ja auch im Bereich der Fremdherrschaft.
Man wird aber da nicht von Verfassungen sprechen, wenn Worte ihren Sinn behalten sollen; denn es fehlt diesen Gebilden der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen Selbstbestimmtseins. Es handelt sich dabei um Organisation und nicht um Konstitution.
Ob eine Organisation von den zu Organisierenden selber vorgenommen wird oder ob sie der Ausfluß eines fremden Willens ist, macht keinen prinzipiellen Unterschied; denn bei Organisationen kommt es wesentlich und ausschließlich darauf an, ob sie gut oder schlecht funktionieren. Bei einer Konstitution aber ist das anders. Dort macht es einen Wesensunterschied, ob sie eigenständig geschehen ist oder ob sie der Ausfluß fremden Willens ist; denn eine Konstitution ist nichts anderes als das Ins-Leben-Treten eines Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen.

Dies alles gilt auch von der Schaffung eines Staates. Sicher, Staaten können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. Staat ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für Herrschaftsapparat, so wie etwa die Staatstheoretiker der Frührenaissance von il stato sprachen. Il stato, das ist einfach der Herrschaftsapparat gewesen, der in organisierter Weise Gewalt über ein Gebiet ausgeübt hat.
Aber es ist ja gerade der große Fortschritt auf den Menschen hin gewesen, den die Demokratie getan hat, daß sie im Staat etwas mehr zu sehen begann als einen bloßen Herrschaftsapparat. Staat ist für sie immer gewesen das In-die-eigene-Hand-nehmen des Schicksals eines Volkes, Ausdruck der Entscheidung eines Volkes zu sich selbst.
Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.
Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. Es ist, wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen, so: wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im selben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassene dem Freien.
Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. **Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.**
Wo das nicht der Fall ist, **wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert,** sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.**
Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; **wenn ihm die Möglichkeit genommen ist,** sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, **fehlt ihm, was den Staat ausmacht,** nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt **die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung.** Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.
Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet.
Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist

der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.
Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der debellatio, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.
Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte.
Der Sieger muß also von dem Zustand der debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. **Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren,** seinem Gebiet einstücken. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. **Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten,** der Verknechtung des besiegten Volkes. **Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.**
Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber eben nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit.
Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach.
Wir dürfen nicht vergessen, daß in den ersten Monaten nach der Kapitulation im Sommer 1945, als keinerlei Zentralgewalt zu sehen war, sondern als die Bürgermeister der Gemeinden als kleine Könige regierten - die Landräte auch und die ersten gebildeten Landesverwaltungen erst recht - , alle diese Leute und alle diese Stellen ihre Befugnisse nicht für sich ausübten, nicht für die Gemeinden und für das Land, sondern fast überall für das Deutsche Reich.
Es war eine Art von Treuhänderschaft von unten, die sich dort geltend machte. Ich erinnere mich noch genau, wie es in diesen Monaten war, wie die Landräte die Steuern einzogen, nicht etwa, weil sie geglaubt hätten, sie stünden ihnen zu, sondern sie zogen sie ein, weil jemand dieses Geschäft stellvertretend für das Ganze besorgen mußte. Ähnlich machten es die Bürgermeister und machten es auch die Landesverwaltungen.
Als man z.B. in der französischen Zone die Länder veranlassen wollte, einen Vertrag zu schließen, in dem ihnen zugestanden war, das deutsche Eisenbahnvermögen auf sich selber zu übertragen, da haben diese Länder sich geweigert, dies zu tun, und haben gesagt: Aus technischen Gründen mag der Vertrag nötig sein, wir übernehmen aber das Reichsbahnvermögen nur treuhändlerisch für Deutschland!
Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.

Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben.
Gestatten Sie mir hier ein Wort zum "Staatsvolk". Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist! Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte!
Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen! Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist! Es gibt ein französisches Sprichwort: "Man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres".
Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu organisiert werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich Es ist aber an dieser Stelle noch kurz darauf einzugehen, ob nicht vielleicht durch politische Akte, die nach dem Mai 1945 in Deutschland selbst sich ereignet haben könnten, doch eine Auflösung Deutschlands als eines staatlichen Gebildes erfolgt ist.
Ich glaube aber, daß nichts von dem, was seit drei Jahren geschehen ist, uns berechtigt, anzunehmen, daß das deutsche Volk oder erhebliche Teile des deutschen Volkes sich entschlossen hätten, Deutschland aufzulösen. Wenn wir uns ein Ereignis als Beispiel vorhalten, wo so etwas in der Tat geschehen ist, dann sehen wir am besten, daß es falsch ist, in bezug auf Deutschland von so etwas zu sprechen: Österreich-Ungarn!
Dieses ist nach 1918 nicht "juristisch" zerfallen, sondern durch den Entschluß der Völkerschaften, die es einmal ausmachten, als staatliches Gebilde aufgelöst worden. An seine Stelle sind neue Staaten getreten, die sich nicht als Rechtsnachfolger der alten Doppelmonarchie zu betrachten brauchten. So etwas ist in Deutschland nicht geschehen.
Nun ist die Frage, ob vielleicht da und dort in Deutschland einzelne Teile Deutschlands vom Ganzen abgefallen sind und sich separieren wollten. Kann man ein solches Vorhaben aus gewissen Ereignissen schließen, die sich seit dem Sommer 45 bei uns begeben haben?
Manche mögen dabei auf diese oder jene Bestimmung dieser oder jener Länderverfassung hinweisen, in denen es etwa heißt, daß das Land X/Y bereit ist, "einem neuen deutschen Bundesstaat" oder "einem neuen Deutschland" beizutreten. Ich glaube, man sollte aus solchen Sätzen keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen. Ich jedenfalls glaube nicht, daß die Landtage und die Bevölkerungen der Länder, in deren Verfassung dieser Satz steht, damit erklären wollten, daß sich das Land von Deutschland separieren wollte.
Es handelt sich bei diesen Verfassungsartikeln um die Kodifikation eines Rechtsirrtums, der damals, als die Verfassung beraten wurde, entschuldbar und verständlich gewesen sein mag, aber nicht um mehr. Nun könnte man weiter die Frage aufwerfen, ob hier vielleicht nicht noch eine andere Betrachtung angefügt werden müsste.
Erik Reger, dessen gallige Artikel zu lesen sich auch dann lohnt, wenn man sie nicht für der jeweiligen Situation voll angepaßt hält, hat jüngst geschrieben, daß es sich hier nicht um eine

Rechtsfrage handle, sondern um die Bekundung des politischen Willens, die Zäsur in der politischen Kontinuität deutlich zu markieren.
Nun, ich bin völlig damit einverstanden, daß man eine Zäsur zwischen gestern und heute und noch mehr zwischen gestern und morgen markiert. Aber bedingt denn der Wechsel in einem politischen System notwendig die Vernichtung des Staatswesens?
Haben denn zum Beispiel die Franzosen, als sie 1870 vom zweiten Kaiserreich zur Dritten Republik übergingen, vorher den französischen Staat als staatliches Gebilde aufgelöst? Ein Systemwechsel ist doch gerade dadurch charakterisiert, daß das staatliche Gebilde, in dem der Systemwechsel erfolgt, erhalten bleibt.
Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen.
Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, daß es so ist. daß es dazu kommen konnte, hat seine guten Gründe: man kann verstehen, daß unsere Nachbarn sich nach dem, was im deutschen Namen in der Welt angerichtet worden ist, ihre Sicherheit selber verschaffen wollen! Ob sie sich dabei immer klug angestellt haben oder nicht, soll hier nicht diskutiert werden; das ist eine andere Geschichte.
Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. Völkerrechtlich muß eine interventionistische Maßnahme entweder durch einen vorher geschlossenen Vertrag oder durch eine nachträgliche Vereinbarung legitimiert sein, um dauernde Rechtswirkungen herbeizuführen. Ein vorher geschlossener Vertrag liegt nun nicht vor: die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen.
So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als Recht anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, daß das deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet.
Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor - drücken wir es doch aus, wie es ist -, eine Art von negativem Plebiszit, durch das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es für Zeit auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist.
Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!
Solange das nicht geschieht - und es hat sehr gute Gründe, daß es nicht geschieht -, werden wir die Legalität der interventionistischen Maßnahmen zum mindesten für Zeit anerkennen müssen. Das ist ja gerade die juristische Bedeutung der Résistance in Frankreich gewesen, daß infolge des Sicht-Nicht-Unterwerfens die Maßnahmen der "Zwischenregierung" nicht als legal zu gelten brauchten.
Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar.
Ich glaube, sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise

sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. Sie wurde ursprünglich völlig gesperrt. Dann wurde diese Sperrung stückweise von den Besatzungsmächten zurückgezogen, immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität wurden zur Betätigung freigegeben.
Zuerst die Schicht, aus der heraus die Selbstkonstituierung und Selbstverwaltung der Gemeinden erfolgte, dann die Schicht, aus der heraus die politische und administrative Organisation von Gebietsteilen etwa in der Gestalt unserer Länder erfolgte. Die "regionale" Schicht der deutschen Volkssouveränität wurde hier unter Vorbehalt des Ganzen freigelegt.
Aber geben wir uns keinem Irrtum hin: auch bei diesen konstitutiven Akten handelte es sich nicht um freie Ausübungen der Volkssouveränität. Denn auch da war immer die Entscheidung weithin vorgegeben, am weitestehenden dadurch, daß ja die Besatzungsmächte selber es gewesen sind, die den größten Teil dieser Länder abgezirkelt und damit bestimmt haben.
In der britischen Zone hatten die Länder bis heute noch keine Möglichkeit, sich auch nur formell selbst zu konstituieren. Dort wird am besten deutlich, in welchem Umfang Existenz und Konfiguration unserer Länder im wesentlichen Ausfluß des Willens der Besatzungsmächte sind.
Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.
Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!
Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible - die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist.
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!
Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite.
Mag sein, daß mancher Mann mit diesem Gedanken spielt; es lohnt sich aber vielleicht, diesen Gedanken einmal zu meditieren. Was bedeutet denn Gewalt in diesem Zusammenhang? Entweder die Vertreibung einer Besatzungsmacht, die einer gesamtdeutschen demokratischen Einigung widerstrebt. Könnte daraus etwas anderes werden als eine Katastrophe für die ganze Welt?
Oder aber es bedeutet endgültige Abtrennung einer Zone durch Gewaltanwendung einer Besatzungsmacht mit gleichzeitiger politischer Entmannung des deutschen Volkes in dieser Zone und damit die endgültige Verminderung Deutschlands auf den Teil, der über sich noch in Freiheit bestimmen könnte. Auch das wäre eine Katastrophe; auch eine Weltkatastrophe, nicht

nur eine deutsche. Man sollte daher nichts tun, was dazu beitragen könnte, eine solche Katastrophe wahrscheinlicher zu machen, als sie aus sich selber heraus vielleicht heute schon ist.
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: **Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!**
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. **Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden.** Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern **was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.
Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen.

Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.
Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit.
Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Vollstaat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:
Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können.**
Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.
Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.
Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren.
Schließlich bleibt die Frage, ob nicht die Teile Deutschlands, die außerhalb des Anwendungsgebietes des Grundgesetzes verbleiben müssen, die Möglichkeit sollen erhalten können, an den gesetzgebenden Organen sich zu beteiligen, die das Grundgesetz schaffen wird.
Über das Wie und die Frage, ob sie es allgemein sollen tun können, wird hier noch zu sprechen sein. Aber eine Voraussetzung scheint mir dafür vorliegen zu müssen: Es müssen in diesem Gebiet freie Wahlen möglich sein; es muß die Möglichkeit bestehen, Vertreter hierher zu entsenden. Dies trifft heute schon auf Berlin zu, und deshalb sollte das Grundgesetz die Bestimmung vorsehen, daß Vertreter Berlins in die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen sind.
Ich weiß, man kann sagen, das sei nicht logisch, denn es sei nicht logisch, Vertreter von Gebieten an der Gesetzgebung zu beteiligen, auf die von ihnen mitbeschlossene Gesetze keine Anwendung fänden. Ich gebe zu, daß es in der Tat nicht sehr logisch ist. Aber hier handelt es sich nicht so sehr darum, Logik zu treiben, als politisch zu sein. Ich meine, man könnte das nicht auf wirksamere Weise tun, als durch das Sichtbarmachen der Tatsache, daß nur äußere

Gewalt verhindert, daß hier alle Deutschen vertreten sind!
Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. Da stellt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, das Problem des Aufbaus der Organe, z.B. die Frage: Soll ein Staatsoberhaupt, ein Bundespräsident vorgesehen werden? Braucht man in einem Staatsfragment - in Anbetracht der erforderlichen Dignität einer solchen Funktion - diese Funktion heute schon ins Leben zu rufen?
Ist es nicht besser, statt des Präsidenten ein bescheideneres Organ mit den Aufgaben zu betrauen, die vernünftigerweise sonst ein Präsident zu erledigen hat? Soll das Amt nur ruhen? All das sind Fragen, die sich von dieser grundsätzlichen Betrachtung aus stellen müssen. Aber wenn auch die Ordnung, die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen.
Und darüber hinaus möchte ich noch sagen: Man sollte diese Organisation so stark und vollständig machen, daß sie fähig werden kann, durch ihr Wirken eine solche Ausweitung in Fluß zu bringen und durchzusetzen.
Nun ergeben sich aus dem Wesen des Provisoriums eine Reihe praktischer Fragen für das Grundgesetz. Da ist zunächst das Problem, ob darin der Weimarer Verfassung Erwähnung getan werden soll oder nicht.
Sicher besteht die Weimarer Verfassung - das ist meine persönliche Meinung - als Ganzes nicht mehr. Die Desorganisation Deutschlands durch die Nazi-Herrschaft und durch die Besetzung hat ihr zum mindesten auf weiten Strecken den Garaus gemacht. Auf der anderen Seite ist durch die bisherige Rechtsprechung herausgestellt worden, daß sie, wenigstens zum Teil, noch weiter gilt.
Es besteht also auf diesem Gebiet zum mindesten eine Rechtsunsicherheit. Es ist die Frage, ob man dieser Rechtsunsicherheit nicht dadurch abhelfen sollte, daß das Grundgesetz der Weimarer Verfassung Erwähnung tut, etwa so, daß es ausspricht, daß sie, soweit ihre Bestimmungen in Widerspruch zu diesem Grundgesetz stehen, ruht.
Weiter werden Bestimmungen in das Grundgesetz aufgenommen werden müssen, die die Frage der Weitergeltung von Gesetzen und Verordnungen betreffen, welche vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen wurden, sei es von den Ländern aus Sachgebieten, die künftig nicht mehr den Ländern zustehen sollen, sei es von Zonenorganen, sei es vom Wirtschaftsrat. Schließlich werden wir noch Bestimmungen für die Überleitung gewisser Kompetenzen auf etwa neu zu schaffende Organe vorsehen müssen.
Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren grundsätzlichen Kapitel: Wo liegen die Hoheitsbefugnisse, auf Grund derer wir dieses Grundgesetz beraten und beschließen? Wer wird dabei durch uns tätig? Wird durch uns tätig das deutsche Volk? Oder werden durch uns tätig die Länder als in sich geschlossene Gebietskörperschaften?
Diese Frage zu beantworten ist nicht müßig. Ich glaube vielmehr, daß der Umstand, wie wir sie beantworten, entscheidend für das ganze Werk ist. **Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk.** Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden.
Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern,

Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk. Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk.

Von dieser Auffassung scheinen auch die Besatzungsmächte auszugehen. Die Dokumente Nr. I und II sind in diesem Punkt ganz deutlich. **Nach Dokument Nr. II sollen die deutschen Ministerpräsidenten Vorschläge über die Änderung von Ländergrenzen machen**; wohlgemerkt: alle Ministerpräsidenten für jeden beliebigen Teil des deutschen Staatsgebiets. **Das ist nur möglich, wenn man als Auffassung der Besatzungsmächte annimmt, daß die Ministerpräsidenten treuhänderisch in Wahrung gesamtdeutscher Interessen handeln sollen.**

Denn wie käme sonst etwa der Ministerpräsident von Württemberg-Baden dazu, zu erklären, er sei nicht damit einverstanden, daß die Grenzen zum Beispiel Schleswig-Holsteins so und nicht anders verlaufen. Dazu ermächtigt ihn doch seine Landesverfassung nicht; dazu ist er doch nur ermächtigt, wenn man davon ausgeht, daß eine Möglichkeit besteht, gesamtdeutsche Interessen heute schon unmittelbar zu repräsentieren.

Weiter: Der Parlamentarische Rat ist fraglos ein gesamtdeutsches Organ. Wir hier, meine Damen und Herren, vertreten nicht bestimmte Länder, sondern wir vertreten die Gesamtheit des deutschen Volkes, soweit es sich vertreten lassen kann. Der Umstand, daß das deutsche Volk in der Gliederung in Länder auftritt, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Wahl der Abgeordneten für dieses Hohe Haus durch die Landtage erfolgte, und darin, daß der Beschluß, zu dem wir kommen werden, in den Ländern zu ratifizieren ist. Notabene: Nur zu ratifizieren, und nicht etwa als Gesetz zu beschließen.

Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen. …

Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. … Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll.

Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohen Hause eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist.

Man muß sich da eben entscheiden. Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag und ob ein Name gegeben wird oder nicht: in dem Gebiet, für das das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland.

Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus dem Rechte des gesamten deutschen Volkes! Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen.

Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus, was sein soll, und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.

Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volke eigen sind, oder soll man sich mit Zweck-

symbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten?
Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben Schwarz-Rot-Gold!
Meine Damen und Herren!
Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich "demokratisch" wenn man von Verfassungen spricht? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. …
Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben. Wenn wir das so Erkämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können.
Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt. Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und jedes Verbot eines Gesetzes bedarf und daß dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat, das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß.
Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigkeitsfrage sein, bei der das quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte zum Beispiel muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.
Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Hause beraten und entschieden werden müssen.
Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie mißbrauchen wollen, um sie aufzuheben.
Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.
Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.
Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Or-

gane liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.
Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.
Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.
Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als besonders progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben.
In dem Entwurf für eine deutsche Verfassung, den der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich zum Beispiel eine Reihe von Bestimmungen, die nichts anderes sind als der Ausdruck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll.
Dort ist letzten Endes die gesamte Gewalt im Parlament konzentriert. Das Parlament soll letzten Endes nicht nur Gesetze erlassen und die Regierung politisch kontrollieren können, sondern es soll letzten Endes auch über die Rechtmäßigkeit eines Geschehens entscheiden können.
Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht, und darum sollte man in dem Grundgesetz, das wir zu beschließen haben, klar zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß. Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im allgemeinen die Garantie der Grundrechte.
In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen, der Individuen, gegen die Ansprüche der Staatsraison geschützt wird. Der Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können.
Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist. Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.
Nun wird die Frage sein, wieweit man den Umfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die sogenannten "echten" Grundrechte aufgenommen werden, also die Rechte der Individualperson, oder auch die Rechtsbestimmungen über die sogenannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.?
Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bills of Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist. Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitergehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen.

Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als vorstaatliche Rechte, als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht, und die er lediglich zu gewährleisten und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein?

Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung. Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, eine Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird!

Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Verfassungen der Länder der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null.

Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit zum Beispiel der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grundrecht in seiner Substanz kränken kann.

Und nun das Entscheidende: soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, so daß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen?

Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen. Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber nicht ein so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen, wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln wird fertig werden können.

Vielleicht aber wird man auch zur Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte sollen suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.

Meine Damen und Herren!

Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Bereiche gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder nicht.

Notabene: bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder von den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat sein soll, der die-

ses Wahlgesetz erläßt.
Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen. Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich hier bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch etwas wie ein Stilwandel im politischen Leben auswirken kann.
Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei. Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz politischer Parteien keine Notiz nehmen.
Freilich ist es sicher: die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen Sinn. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt, und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in dieses Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt, Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststandard vorsehen.
Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang. Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel, die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen, und Ähnliches.
Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die, wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich hier zur Erwägung geben möchte.
Meine Damen und Herren!
Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt.
Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift Vom Ewigen Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind, daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet, betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet.
Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.
Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in dieser Zeit gibt es

kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel, dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden.
Freilich sollen die Internationalisierungen, die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht Hypotheken einseitig zu Lasten des deutschen Volkes.
Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint.
Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschießen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird, sondern wo die Sicherheit des Einzelnen garantiert wird durch alle Anderen.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten.
Manche meinen, es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht. Es gibt kein Institut der Neutralisierung, die man einseitig erklärt, es gibt nur Gebiete, die durch eine Reihe internationale Verträge neutralisiert sind.
Und wenn ich einer Reihe von Nachbarstaaten die Pflicht auferlege, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen. Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne korrespondierende Rechte zu übertragen.
Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem in Wirklichkeit Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten.
Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen. Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, das als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht!
Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind.
Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen, und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben. Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch

dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht.
Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren (trennen)!
Also genau den umgekehrten Prozeß, den man im eigenen Lande gewählt hat. Ich glaube, es lohnt sich, darüber einige Worte zu verlieren. Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist.
Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Friede gesicherter gewesen, als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.
Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte. Was heißt denn föderalistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?
Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn irgendwo einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll.
Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskörperschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß: zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizierter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist.
Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft - alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen.
Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen die ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen Sie mich hier nur noch einiges Grundsätzliche andeuten. Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen.
Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalistischen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht deduktiv, sondern induktiv verfahren, d.h. nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.
Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können.

Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikulare Egoismen gefährdet werden.
Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig. Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird.
Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben. wie sie heute ist? Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde -, daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht pure Zufallsgebilde, die großenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken.
Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln. Sie sollen, bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind, die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten?
Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?
Alles das werden Fragen sein, um die man. sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen. Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.
Meine Damen und Herren!
Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben Sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient.
Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.
Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden werden die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rate leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser Möglichkeit dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein,

das wir zu schmieden haben.
Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten? Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens. Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen.
Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unvernichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen. Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rate der Völker hat, **wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund!** (Beifall)<<
11.09.1948
WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1948) berichtet am 11. September 1948 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>**Sportliche Kollektiv-Schuld**
Wir haben Verständnis
In Frankfurt wurden die Plakate, die Indiens Hockeymannschaft ankündigten, wieder abgerissen. In Düsseldorf überklebte man sie mit einem schmalen "Verschoben".
Den Indern war es ernst gewesen. Schon vor ihrer Abreise zum olympischen Turnier nach London hatten sie sich vorgenommen, in Deutschland zu spielen. In ihren Augen sei Deutschland immer ein fairer Gegner gewesen, sagten sie; er rangiere bei ihnen an erster Stelle.
Die Einreiseerlaubnis von der amerikanischen Militärregierung hatte Unannehmlichkeiten gemacht. Mit dem englischen Militärgouverneur waren vorher Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen worden. Es hatte angeblich ein Spiel Indien - Rhine Army zur Bedingung gemacht. Daran hatten die Inder wenig Interesse.
Die India Hockey Federation gehört dem Internationalen Hockeyverband (FIH) an. FIH hatte in der ersten Generalversammlung nach dem Kriege den Ausschluß Deutschlands beschlossen. Ihr holländischer Vorsitzender van Ufford setzte überdies ein ausdrückliches Verbot für alle der FIH angeschlossenen nationalen Verbände durch, mit deutschen Mannschaften zu spielen. Deutschlands Sportler hätten durch ihre verbrecherische Kriegsführung und durch die Einführung der KZ das Recht verwirkt, friedlichen Sport mit den Hockeyspielern des Auslands zu treiben.
"Wir haben Verständnis", schreibt Detmar Wette, Nationalmannschafts-Betreuer früherer Tage, "daß sich die Inder diesem Beschluß untergeordnet haben."
Die Inder hatten nach ihrem Olympiasieg die Europa-Tournee mit Erfolgen über Holland, Belgien, die Schweiz und die Tschechoslowakei mit Siegen in Deutschland beenden wollen wie nach den Olympischen Spielen 32 und 36.
Als 1928 zum ersten Male turbantragende Inder, überwiegendenteils barfuß, auf das olympische Hockeyfeld vor Amsterdam liefen, war es mit der europäischen Vormachtstellung im Landhockey vorbei.
Zum vierten Male holten sie sich in London die goldene Medaille. Wieder ungeschlagen, mit einem Torverhältnis von 25:2. Allerdings habe die Spielstärke etwas nachgelassen, meint der Sekretär des britischen Hockeyverbandes, der in Indien lebt und von den zwei Millionen indischen Hockeyspielern eine Menge weiß. Einmal liege das daran, daß Pakistan nach der Teilung Indiens ein eigenes Hockey-Team gebildet habe, zum anderen seien die Inder wieder einwandfreie Amateure.
Alle Spieler bezahlten nämlich ihre Spesen aus eigener Tasche. Die Fahrtkosten wurden nur zur Hälfte von der indischen Regierung getragen. Daher habe auch Dyan Chand (für Deutsch-

land Symbol der Hockeykunst) an der Expedition nicht teilnehmen können.
Das Durchschnittsalter der olympischen Hockeyelf ist 22 Jahre. Der überragende Halbrechte Singh aus Lakhnau (Nordindien), von seinen Mitspielern Babu genannt, soll nach ihrer aller Meinung noch besser sein als Dyan Chand. Er sei nicht nur ein virtuoser Techniker, sondern auch ein fairer Sportsmann, der auf eine todsichere Torchance verzichte, ehe er einen Mitspieler gefährde.<<

12.09.1948

Berlin: Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 12. September 1948 im Berliner Lustgarten während einer Massenkundgebung zu Ehren der Opfer des Naziregimes (x112/589-590): >>... Die Kraft der Sowjetunion hat die militärische, wirtschaftliche und politische Macht des dritten Reiches zerschmettert.
Sie wird auch jene zerschmettern, die versuchen, ein viertes Reich zu schaffen. In dem Klimpern der Marshall-Pfennige hören wir das unheilverkündende Rattern der Panzerwagen, das Geheul der Minen und das Stöhnen der neuen Kriegsopfer.
Wir wissen: wer nicht das Opfer eines neuen Kriegs werden will, der muß ein treuer und standhafter Kämpfer des demokratischen Weltlagers sein. An der Spitze dieses Lagers aber steht eine gewaltige sozialistische Macht: die Sowjetunion.<<

13.09.1948

Berlin: Wegen Schändung der Sowjetflagge verurteilt ein sowjetisches Militärgericht am 13. September 1948 fünf deutsche Angeklagte (unter ihnen sind vier Jugendliche im Alter von 16-20 Jahren) zu 25 Jahren Zwangsarbeit (x112/590).

14.09.1948

Berlin: "Der Tagesspiegel" berichtet am 14. September 1948 über den SED-Kongreß der Widerstandskämpfer "Tag der Opfer des Faschismus!" (x116/243): >>Es fiel in dieser Kundgebung nicht ein Wort über die Zustände, unter denen die Insassen der Konzentrationslager in der Ostzone leben müssen.
Allein die Tatsache, daß es solche Konzentrationslager ... noch und schon wieder gibt, in denen der Kommunismus mit den gleichen Methoden wie der Nationalsozialismus seine politischen Gegner spurlos verschwinden und zugrunde gehen läßt, diese Tatsache allein genügt, die pathetischen Gedenkworte für die Opfer des NS-Terrors als eine schamlos Heuchelei erkennen zu lassen.
Jene, die ihren Widerstand gegen die Hitlerdiktatur mit dem Leben bezahlten, wollten, daß das Ende des Dritten Reiches auch das Ende des Terrors, der politischen Verfolgung, der Konzentrationslager, der Gewalt sei. Daß dies in den Ländern der "Volksdemokratie", in der Ostzone Deutschlands und im Ostsektor von Berlin nicht der Fall ist, entwertet jedes Wort ...<<

16.09.1948

SBZ: Der SED-Parteivorstand gründet am 16. September 1948 zentrale und dezentrale Parteikontrollkommissionen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteikontrollkommissionen" in der SBZ (x009/320-321): >>... Aufgaben: Kampf gegen "Parteifeinde", Korruptionserscheinungen, Mißbrauch von Funktionen, gegen Karrieristen, "Verleumdung führender Genossen", Untersuchung aller Vergehen von Parteimitgliedern.
Die Parteikontrollkommissionen werden durch das ZK, die Bezirks- oder Kreisleitungen gewählt. Sie können folgende Strafen beschließen: Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Ausschluß aus der Partei.
Die Parteikontrollkommissionen sind auch für die Aufhebung oder Revision von Parteistrafen zuständig. Enge Zusammenarbeit mit dem SSD (Staatssicherheitsdienst). ...<<

22.09.1948

SBZ: Die DWK bildet am 22. September 1948 die "Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollkommissionen" in der SBZ (x009/227): >>"Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK) nach dem Statut vom 16.10.1958 "Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR".

Sie ist 1952 aus der "Zentralen Kontrollkommission" hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der DWK insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden. Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der Justizverwaltung der SBZ vom 22.9.1948).

Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Land, Kreiskontrollbeauftragte und Volkskontrollausschüsse, die befugt waren, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren. 1952 wurde dieser Unterbau aufgelöst. ...

In "volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte für staatliche Kontrollen eingesetzt werden. Die Kontrollkommission hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen "mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus" zu kontrollieren, und zwar in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. ...

Die Bevollmächtigten der Kontrollkommission haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarverfahren oder die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren verpflichtend zu verlangen. Die Kontrollkommission kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern.<<

Jugoslawien: Das Oberste Gericht von Novi Sad/Neusatz verurteilt den deutschen Pfarrer Peter M. am 22. September 1948 zu 3 Jahren Zwangsarbeit.

Die Verurteilung wegen Spionagetätigkeit wird mit beschlagnahmten Aufzeichnungen und Personallisten über die Schicksale der Pfarrgemeinde in den Jahren 1944-48 begründet (x006/633).

Großbritannien: Der britische Außenminister Ernest Bevin (1881-1951) spricht am 22. September 1948 vor dem Unterhaus in London über die sowjetischen Blockademaßnahmen in Berlin (x112/594): >>Wir müssen unsere eigene Stellung stark und unzweideutig machen. Berlin ist jetzt ein Symbol des Widerstandes. ...

Es gilt, entweder in Berlin festzustehen oder einem zweiten München entgegenzugehen.<<

23.09.1948

SBZ: Die DWK erläßt am 23. September 1948 die sog. "Wirtschaftsstrafverordnung" (eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung).

§ 15 der Wirtschaftsstrafverordnung lautet (x112/595): >>... Besteht der dringende Verdacht, daß vom Inhaber oder Leiter eines Betriebes oder in einem Betriebe eine ... strafbare Handlung begangen worden ist, so kann in jeder Lage des Verfahrens die vorläufige Verwaltung des Betriebes durch einen Treuhänder ... (oder) eine Beschlagnahme des ... Vermögens angeordnet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wirtschafts-

strafverordnung" in der SBZ (x009/487): >>Kurzbezeichnung der "Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung" vom 23.9.1948 ...
Die Wirtschaftsstrafverordnung soll die Durchführung der Wirtschaftsplanung und der Versorgung der Bevölkerung schützen; sie ersetzte die noch von dem nationalsozialistischen Gesetzgeber erlassene Verbrauchsregelungsstrafverordnung und Kriegswirtschaftsverordnung sowie die in den Ländern der SBZ nach 1945 ergangenen wirtschaftsstrafrechtlichen Bestimmungen.
Die in § 1 katalogisierten Wirtschaftsverbrechen sind mit Zuchthausstrafe bedroht, neben der auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Die in den §§ 2-10 und 19 festgelegten Wirtschaftsvergehen werden mit Gefängnis bestraft; für schwere Fälle ist Zuchthaus bis zu 10 Jahren vorgesehen, neben dem auf Vermögenseinziehung erkannt werden kann. Außerdem sind in allen Fällen Geldstrafen in unbegrenzter Höhe und wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Berufsverbot, Einsetzung eines Treuhänders, Betriebsschließung u.a.) zulässig. ...<<

25.09.1948

UdSSR: Die sowjetische Regierung erklärt am 25. September 1948 (x112/596): >>... Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht auf die souveräne Verwaltung der Westzonen Deutschlands beschränken, sondern gleichzeitig wünschen, auch an der Verwaltung von Währungs- und Finanzangelegenheiten in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen, und zwar durch die Einführung ihrer separaten Währung in Berlin, das mitten in der Sowjetzone liegt, um dadurch die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands in Unordnung zu bringen und letzten Endes die UdSSR zur Räumung ihrer Zone zu zwingen.<<

26.09.1948

Frankreich: Die drei westlichen Siegermächte beschließen am 26. September 1948 in Paris, das Berlin-Problem vor die UNO zu bringen und informieren die Sowjetunion über diese Maßnahme (x112/596): >>... Um eine weitere Gefährdung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu verhindern, sehen sich die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs gezwungen, die Handlungsweise der sowjetischen Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterbreiten, während sie sich gleichzeitig alle Rechte vorbehalten, die unter diesen Umständen notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Position in Berlin zu treffen.<<

29.09.1948

USA: Die westlichen Siegermächte wenden sich am 29. September 1948 wegen der Berliner Blockade an den Sicherheitsrat der UNO.
In dieser Note an den Sicherheitsrat der UNO heißt es (x112/597-598): >>... Die Sowjetregierung hat durch ihre Handlungen klar gezeigt, daß sie illegale und Zwangsmaßnahmen, in Mißachtung ihrer Verpflichtungen versucht, politische Ziele zu erreichen, zu deren Erleichterung sie nicht berechtigt ist und die sie durch friedliche Mittel nicht erreichen könnte.
Sie ist zu Blockademaßnahmen geschritten; sie hat die Berliner Bevölkerung mit Aushungerung, Krankheit und wirtschaftlichem Ruin bedroht; sie hat Unruhen geduldet und versucht, die rechtmäßig gewählte Stadtverwaltung zu stürzen.
Die Haltung und das Vorgehen der Sowjetregierung lassen klar erkennen, daß sie beabsichtigt, ihre illegale und zwangsweise Blockade und ihre ungesetzlichen Maßnahmen fortzusetzen, um die absolute Autorität über das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Berliner Volkes zu erhalten und der Sowjetzone einzuverleiben ...
Die Lage stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar.<<

September 1948

WBZ: Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtet später über das Flüchtlings- und Vertriebenendurchgangslager Uelzen in Nie-

dersachsen im September 1948 (x039/201-205): >>Ein kleiner, viereckiger Barackenraum. In der Diagonale ein Tisch. Dahinter zwei Angestellte, die anhören, prüfen, entscheiden.
Vor dem Tisch eine Kette von Menschen, die vorüberziehen: Männer, Frauen, Greise, Krüppel, Kinder, Kriegsversehrte, Kriegsvertriebene, Heimatlose. Einer hinter dem andern. Ohne Ende. Sie legen ihre Papiere auf den Tisch, sie erklären, bitten, betteln, warten – dann gehen sie weiter.
Das Zimmer hat zwei Türen. Zu der einen kommen sie herein, zur anderen gehen sie hinaus. Dazwischen liegt die Entscheidung, das Urteil.
Über der Eingangstür, vor der sie warten, durch die sie eintreten, hängt ein schmales weißes Schild: FLÜCHTLINGSLAGER UELZEN AUFNAHME.
Vor dem Tisch eine Frau in einem schwarzen Kleid, eine Tasche aus Papierschnur geflochten, in der Hand, das Gesicht eingefallen, rote Flecken über den spitz hervortretenden Backenknochen, neben ihr die Tochter, 16 Jahre alt, ein kindlich offenes Mädchengesicht, daneben der 13jährige Sohn.
Vor sechs Wochen hat die Tochter eine Arbeitsaufforderung für eine der verstaatlichten Thüringer Fabriken erhalten. Daraufhin sind sie fortgegangen. Zunächst wollten sie nach Hessen, in die amerikanische Zone. Dort ist die älteste Schwester bei einem Pfarrer in Stellung. Bei Eschwege hat man sie festgehalten und zurückgeschickt. Im Wiederholungsfalle würden sie mit sechs Wochen Gefängnis bestraft werden, hat man ihnen gesagt.
So sind sie nach Uelzen gekommen. Hier könnten sie Papiere für die Weiterfahrt bekommen, hat man ihnen unterwegs erzählt, hier erhielten sie auch eine Zuzugsgenehmigung. Die britische Zone nähme noch Flüchtlinge aus der russischen Besatzungszone auf.
Der Beamte schüttelt den Kopf. Die englische Zone ist schlimmer überfüllt als jede der drei anderen. Aller Zuzug ist gesperrt. Er reicht die Papiere zurück.
Das Mädchen hat während der ganzen Zeit kein Wort gesprochen. Jetzt rollen langsam zwei Tränen über ihr Gesicht. Sie hat Angst. Sie will nicht zurück in die Ostzone. Dort gibt es Listen, in die man sich eintragen muß, die Arbeitsverpflichtungen, die Fremden, die plötzlich in den Wohnungen auftauchen, die Menschen, die nicht zurückkehren. Die Mutter hat mit unsicherer Hand eine Schachtel deutscher Zigaretten aus der Tasche gezogen, hält sie zögernd vor sich hin.
Der Beamte wendet sich ab. "Der nächste bitte ..."
Seine Stimme klingt belegt. Sein Gesicht ist plötzlich sehr müde. Langsam, zögernd verlassen die beiden Frauen den Raum. Der Junge blickt sich noch einmal um, sieht den Mann an, fragend, ohne Verständnis. Dann schließt er die Tür hinter sich.
"Der nächste bitte ..."
Ein Bauernsohn aus Mecklenburg, vor zwei Monaten aus englischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, groß, blond, einen verbissenen Zug um den zusammengepreßten Mund. Er legt seinen Personalausweis auf den Tisch, die polizeiliche Abmeldung, daneben die Einberufung zum Uranbergbau.
Der Beamte hebt für einen Augenblick den Kopf. Dann füllt er einen Zettel aus, für die Nebenstelle des Arbeitsamtes, in der gleichen Baracke. Echten politischen Flüchtlingen, auch die zum Uranbergbauverpflichteten gehören dazu, gewährt die britische Zone Asylrecht. Und Landarbeiter werden ohnehin gesucht.
Der Junge, der vor dem Tisch steht, holt tief Atem. Dann packt er seine Papiere zusammen und geht weiter, zum Arbeitsamt.
"Der nächste bitte ..."
Ein 18jähriges Mädchen, offensichtlich schwanger, ein rotes Tuch um den Hals, schmutzig, geschminkt, keine Papiere. Sie sei von den Russen verfolgt, habe flüchten müssen. Sie wolle mit ihrem Verlobten nach Hamburg.

Der Beamte hat bereits nach dem Stempel gegriffen. Sie bekonnt einen Rückfahrschein in die russische Zone.
Mit spöttischem Lachen zerknüllt sie den Zettel, wirft ihn zur Erde. Sie wird hierbleiben, im Westen. Sie wird einen Weg finden.
"Der nächste bitte ..."
Ein alter Mann, Tischlermeister aus Ostpreußen. Drei Jahre hat er in Halle gelebt. Als Hilfsarbeiter in der Werktischlerei einer Maschinenfabrik. Jetzt hat er Nachricht von seiner Frau bekommen. Sie lebt mit der Tochter in Celle, bei Verwandten, in einem kleinen sechs Quadratmeter großen Zimmer. Dort will er hin.
Die beiden Männer hinter dem Tisch sehen sich an. Der Mann vor dem Tisch wartet. Nach Erlaß der Regierung ist die Erteilung einer Zuzugsgenehmigung zum Zwecke der Familienzusammenführung zulässig. Aber maßgeblich ist der Wohnsitz des Mannes, des Ernährers. Und das wäre Halle in der Ostzone.
Der Mann wartet. Zögernd schreibt der Beamte einen Vermerk auf das Papier, Er wird versuchen zu helfen. Er wird versuchen, ihn einzuschieben. Der Mann muß warten, vielleicht Monate. Er hat ja das Warten gelernt. Drei Jahre lang, die Hauptsache ist, daß er nicht zurück braucht.
"Der nächste bitte ..."
Ein Kriegsversehrter seit zehn Monaten unterwegs, eine ehemalige Gutsbesitzerin aus der Mark Brandenburg, zwei Landarbeiterinnen, angeblich direkt aus Ostpreußen kommend, mit gefälschten Papieren, ein ehemaliger Soldat, aus französischer Kriegsgefangenschaft geflüchtet, eine "Volksdeutsche" aus Oberschlesien, ... Bauern aus Siebenbürgen, Handwerker aus Westpreußen, Evakuierte aus Berlin, Flüchtlinge, Verbrecher; ein Straßenmädchen, das aus dem Krankenhaus geflohen ist, ein Pfarrer, den man seines Amtes enthob, ein Schwarzhändler, dem die Polizei auf den Fersen ist, eine ehemalige BDM-Führerin.
Die meisten kommen das erste Mal. Manche stehen zum dritten, zum vierten Mal vor dem Tisch. Ein Arbeitsscheuer zieht seit zwei Jahren durch die Länder der Bizone mit einem alten Entlassungsschein und mit dreifachen Papieren.
28 Baracken umfaßt das Durchgangslager Uelzen. 28 grau gestrichene Holzbaracken auf einem Bauplatz am Rande der vom Kriege verschont gebliebenen, friedlich verschlafenen Heidestadt. Ein Zaun, über den ein Stacheldraht gespannt ist, schließt die Anlage ein. Vor dem Tor ein Schlagbaum, daneben ein Posten, der die Papiere kontrolliert. Zwischen den einzelnen Baracken schmale Durchgänge, breite Straßen, weiße Richtungsschilder: Zum Arzt. Zur Aufnahme. Zum Verpflegungsempfang. Zur Lagerleitung. Zur Transportabteilung. Eine Barakkenstadt.
Das Lager faßt 1.600 Personen und ist durchschnittlich mit über 2.000 belegt. Etwa jeder achte von denen, die kommen, kann bleiben, erhält eine Zuzugsgenehmigung der Regierung Niedersachsens, wird Verwandten zugewiesen, die angewiesen werden, ihn aufzunehmen, wird durch das Arbeitsamt im Lager an einen Betrieb vermittelt, der Fachkräfte sucht. Die keine Zuzugsgenehmigung erhalten, müssen das Lager wieder verlassen. ...
Solange sie im Lager sind, werden sie verpflegt. Einkleiden kann man sie nicht, obwohl manche von denen, die kommen, fast nur Lumpen auf dem Leib tragen und fast barfuß gehen. Aber Zuteilungen an Wäsche, an Kleidern, an Textilien waren nicht zu erhalten. Selbst Dekken werden nicht mehr ausgegeben.
Die deutschen Wirtschaftsämter verfügen angeblich über keine Kontingente. Lediglich das britische Rote Kreuz verteilt täglich 40 bis 50 Kleidungsstücke an völlig zerlumpte Kinder und Frauen.
Ein saurer, dumpfer Geruch hängt in den niederen Hallen der Baracken. Es richt nach Lumpen.

Eine Frau mit einem bäuerlich breiten Gesicht, ein schwarzes Umschlagtuch um die Schultern, hockt auf "ihrem" Platz im Stroh. Es ist ihr Bett, ihr Wohnraum, ihr "Zuhause". Zwischen den Knien hält sie eine Tasche. Sie hat ihre Schuhe ausgezogen. Die Füße sind geschwollen. Sie sucht ein Stück Stoff als Fußlappen.
Sie ist das dritte Mal im Lager. Sie kommt aus Ostpreußen. Mit dem Treck ihres Dorfes ist sie zunächst in den Sudetengau gezogen, dann über Sachsen, Thüringen hierher. Das erste Mal wies die Lagerleitung sie dem Kreis Aurich zu. Aber das Flüchtlingsamt des Kreises schickte sie zurück, da für Flüchtlinge aus dem Sudetengau nicht Niedersachsen, sondern Bayern zuständig sei. Sie wurde nach Hof weitergeleitet. Nach vier Wochen war sie wieder da. Bayern sei nur für Sudetendeutsche, nicht aber für Ostpreußen zuständig.
Nun wartet sie wieder hier. Ihr Gepäck hat sich um zwei Kisten und einen Koffer vermindert. Auch das Geld ist weniger geworden. 300 Mark hat sie noch. Über 20 Monate wartet sie jetzt, fast 2 Jahre. In der nächsten Woche soll sie mit einem Transport endgültig in ihre "neue Heimat" gebracht werden.
Im Schatten der Barackenwand spielen zwei Kinder, ein Junge und ein Mädchen von zehn bis elf Jahren. Sie spielen "Erwachsene". Sie spielen Kofferpacken und Essenholen. Sie spielen Abreisen und Streit und Schlafen. Das Kleid des Mädchens ist voller Flecken und reicht knapp bis zum Knie. Der Junge hat keine Schuhe an den Füßen. Sie sind seit Jahren nicht mehr zur Schule gegangen.
Das Mädchen kommt aus Pommern. Der Vater hat sie mitgebracht. Die Mutter ist dort geblieben, bei einem Polen. Die Mutter des Jungen kommt aus Schlesien. Sie hat keine Papiere. Sie und der Vater des Mädchens haben sich vor der Lagerleitung als Ehepaar ausgegeben. Eigentlich hätten sie Anfang der Woche mit einem Transport nach Hildesheim fahren sollen, als Landarbeiter. Aber am Abend vor der Abreise ist der Mann verschwunden. Bis heute ist er nicht zurückgekehrt. Einstweilen sorgt die Frau für das Mädchen. ... Aber was soll werden, wenn der Mann nicht zurückkommt?
Die Baracke ist halb dunkel. Die Kinder spielen. Sie spielen Grenze und Gefängnis. Später zieht der Junge eine Illustrierte aus der Tasche. Stockend buchstabiert er die Texte unter den Bildern, denn lesen hat er noch gelernt.
Um fünf Uhr nachmittags wird das Tor des Lagers geschlossen. Wer später kommt, muß bis zum anderen Morgen warten. Der Wartesaal des Bahnhofs bleibt die ganze Nacht geöffnet. An den Tischen sitzen schlafende Gestalten. Gelegentlich schlurft ein müder Kellner durch den Raum. In einer Ecke führen ein paar Frauen ein halblautes Gespräch. Zuweilen fährt einer auf aus einem wirren Traum, tastet hastig nach dem Koffer, dem Rucksack, nach dem Geld in seinem Brustbeutel. Es wird so viel gestohlen heutzutage.
Die Nächte sind noch warm. Am Rande des Bahnsteigs, an der Bahndammböschung, hocken ein paar Gestalten im Dunkel. Einmal zündet sich einer eine Zigarette an. Für einen Augenblick beleuchtet die bläuliche Flamme eines Feuerzeugs die Gesichter. Ein Mädchen, drei Männer, einer von ihnen fast noch ein Kind, keiner älter als 30 Jahre. Ein paar Worte tropfen aus dem Dunkel. "... Arbeitsamt ... Arabische Legion ... Argentinien ... Zivilarbeiter für Frankreich ... Bayern ... besser Landwirtschaft als Bergbau ... am besten ins Ausland, in Deutschland ist doch nichts mehr los ..."
Ein Zug fährt auf dem Bahndamm vorbei. Der Schnellzug nach Hamburg. Dunkle, unbeleuchtete Wagen. Nur die Lokomotive wirft einen Feuerschein gegen den Himmel. Die Schienen vibrieren noch eine Weile.
Ein paar Schritte abseits von den anderen sitzt eine Frau. Neben ihr schlafen zwei Kinder, in eine Decke gewickelt. Vor einem Dreivierteljahr war sie im Lager Uelzen, zwei Monate lang, mit ihrem Mann zusammen. Dann wurden sie in den Kreis Verden eingewiesen. Der Mann sollte dort als Facharbeiter in einer Fabrik eingewiesen werden. Statt dessen kam er ins Kran-

kenhaus. Dort ist er vor vier Wochen gestorben, an Tuberkulose, ohne die Arbeit aufgenommen zu haben, und daher ohne Zuzug. Darauf hat man ihr die Zuzugsgenehmigung verweigert und sie einfach in das Flüchtlingslager nach Uelzen zurückgeschickt. Denn dieses sei nun wieder für sie zuständig.
Morgen früh um acht wird sie sich dort melden. Man wird sie aufnehmen, da sie ja Papiere hat. Über anderthalb Jahre war sie bereits in Lagern. Nun wird sie wieder in einem Lager leben, vielleicht ein paar Monate, bis man sie weiterschickt. Vor dreieinhalb Jahren begann ihre Flucht. Vor dreieinhalb Jahren ist sie in die Mühle geraten, in die Mühle der Barackenlager, in die Menschenmühle.
Die die Mühle ausspuckt, machen sich ohne Ziel auf den Weg. Sie warten am Rand der Bahnhöfe auf Güterzüge, die halten müssen, weil das Signal auf Rot steht, klettern rasch auf einen der offenen Kohlewaggons und fahren mit, ohne zu wissen wohin.
Sie kommen in Dörfer, in denen man sie feindselig mustert, als gehörten sie zu einem fremden Volk, mit dem man nichts zu tun haben möchte, weil es arm ist und nichts besitzt. Wenn sie ein amtliches Papier haben, so daß man sie nicht fortschicken kann, weist man ihnen eine Baracke zu, die leer steht, weil die "Fremdarbeiter", die früher darin untergebracht waren, nach Hause gegangen sind, oder man gibt ihnen eine Kammer neben einem Stall, die sich nicht heizen läßt.
Sie landen in den Städten, in deren Straßen noch die Trümmer der zerbombten Häuser liegen. Wer Glück hat, findet einen Keller in den Ruinen, den noch keiner entdeckte, oder ein halbwegs bewohnbares Zimmer in einem eingestürzten Haus. Dann bemühen sie sich, Geld zu verdienen. ...<<

01.10.1948

SBZ: In der sowjetischen Zone und im Sowjetsektor Berlins wird am 1. Oktober 1948 der Deutsche Sportausschuß (DSA) gegründet (x112/601): >>... Nach Bildung der Kreissportausschüsse in allen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone gehen wir nunmehr daran, unverzüglich in Dörfern und Städten, insbesondere aber in den großen volkseigenen Betrieben, demokratische Sportgemeinschaften ins Leben zu rufen. In allen Sportgemeinschaften wird ein breites kulturelles Leben entfaltet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412): >>Nach dem Zusammenbruch war jede sportliche Betätigung verboten.
Die Sportvereine wurden aufgelöst, das Vereinsvermögen wurde beschlagnahmt und durch die Sportdezernenten bei den Volksbildungsämtern der Kreise und Gemeinden verwaltet.
Am 1.10.1948 wurde durch den FDGB und die FDJ der Deutsche Sportausschuß (DSA) gebildet. Die sportliche Betätigung wurde immer mehr auf die neu gegründeten Betriebssportgemeinschaften (BSG) verlagert. ...<<
Palästina: Die Münchener Zeitung "Heute" meldet am 1. Oktober 1948 die Ermordung des UN-Vermittlers Bernadotte (x043/340): >>... Graf Folke Bernadotte, ein Neffe des schwedischen Königs und Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, der seit Mai dieses Jahres als UN-Vermittler im Palästina-Streit zwischen Juden und Arabern tätig war, fand am 17. September in Jerusalem den Tod. ...
Nach dem Kriege hatte er ein großzügiges Hilfswerk für die Notleidenden in Deutschland eingeleitet. Im Oktober 1945 reiste er als Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes nach Deutschland, um Hilfsaktionen einzuleiten. ...
Vor einiger Zeit wurde er in Plakaten der illegalen "Stern-Bande" (jüdische Extremisten) aufgefordert, seine Vermittlerrolle aufzugeben. Es folgten offene Morddrohungen. Aber Bernadotte ließ sich nicht einschüchtern. ... Kurze Zeit später ereilte ihn in Jerusalem die tödliche Salve aus einer Maschinenpistole. ...<<

02.10.1948

WBZ: Thomas Dehler (1897-1967, seit 1946 Landesvorsitzender der bayerischen FDP, 1948-49 Mitglied des Parlamentarischen Rates) fordert am 2. Oktober 1948 (x112/601): >>Wir wollen keine Bestandsaufnahme unserer Ohnmacht machen, sondern die Form schaffen, in der das deutsche Volk wieder Macht über sich selbst gewinnt. ...<<

06.10.1948

Berlin: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

Jugoslawien: Pater Wendelin G., der sich jahrelang um die seelsorgerische Betreuung der internierten Jugoslawien-Deutschen und die Organisation von Hilfsaktionen bemüht, wird am 6. Oktober 1948 wegen "politischer Spionage" zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

07.10.1948

Berlin: Der Parteivorstand der KPD erklärt am 7. Oktober 1948 (x112/603): >>Die demokratische Ordnung in Westdeutschland kann ... nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden. ...

Die Theorie von dem "besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus" ist darum falsch.<<

08.10.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Oktober 1948 (x095/82-83): >>... Wie Sie wissen, tagt in Bonn der Parlamentarische Rat der drei Westzonen. Er hat u.a. die Aufgabe, den Entwurf einer Verfassung für die drei Westzonen fertigzustellen. Er wird sich daher mit der Frage beschäftigen, welche Stadt Sitz des Bundesparlaments und der Bundesregierung sowie evtl. auch des Bundespräsidenten werden soll. Frankfurt bewirbt sich sehr intensiv darum. Auf der anderen Seite wünschen das Land Nordrhein-Westfallen und die Stadt Bonn, daß Bonn Sitz werde.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß, auch vom Standpunkt der Westmächte aus gesehen, Bonn Frankfurt vorzuziehen ist, weil die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn.

Ich bin ferner der Auffassung, daß es für die Arbeit des künftigen Bundesparlaments und der Bundesregierung besser ist, wenn sie in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, wie Bonn es ist, ihren Sitz haben, statt in dem lärmenden Frankfurt.

Die Freunde des Planes, Bonn zum Sitz zu machen, befürchten nun, daß durch Dispositionen der belgischen Besatzungstruppen, von denen man spricht, die aber noch nicht endgültig getroffen sind, größere Bauten in Bonn, die für das Bundesparlament und die Bundesregierung, für Gesandtschaften usw. gebraucht würden, beschlagnahmt würden. ...<<

09.10.1948

WBZ: Das Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 9. Oktober 1948 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/540-541): >>1. Während anfänglich durch die verstärkte Grenzüberwachung eine geringe Abnahme der Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen war, sind diese nunmehr wieder im Ansteigen begriffen.

Durch die schärfere Überwachung der Grenze sowie durch die vermehrten Zurückweisungen sind sowohl die tschechischen Grenzüberwachungsorgane als auch die Volksdeutschen selbst dazu übergegangen, ihre Schwerpunkte für den Grenzübertritt ständig zu wechseln und zum Teil in Grenzabschnitte zu verlegen, die bisher nicht durch illegale Grenzübertritte berührt waren.

2. Der Abschub der Sudetendeutschen aus der CSR wird von den tschechischen Stellen offen-

sichtlich nach wie vor betrieben, und es laufen ständig organisierte Transporte im tschechischen Grenzgebiet, besonders im Raum gegenüber dem GPP (Grenzpolizeiposten) Neuhausen, ein.
Wie festgestellt wurde, werden nicht nur Volksdeutsche aus Lagern, die zur Auflösung gelangen, sondern auch andere, die sich noch in Einzelunterkünften befinden und über Zuzugsgenehmigungen verfügen, zur Aussiedlung erfaßt.
U.a. kamen die Volksdeutschen aus der Gegend von Braunau, Komotau, Elbogen, Neusattel, Chodau usw. Bemerkenswert ist hierbei wieder, daß die Transporte fast ausschließlich von Volksdeutschen selbst organisiert waren.
So hat beispielsweise den Transport aus Braunau eine Sudetendeutsche mit Namen R., wohnhaft in Märzdorf (CSR) geleitet und angeblich als Transportkosten pro Familie einen Betrag von 6.000 Tschechenkronen erhoben.
Den Transport aus Komotau organisierte und leitete ein Sudetendeutscher mit Namen K., der sich 2.000 Tschechenkronen pro Familie zahlen ließ. K. war übrigens schon vor längerer Zeit über den Grenzpolizeiposten Neuhausen ausgesiedelt worden und befindet sich nunmehr wieder in der CSR. Wie die Ausgewiesenen berichten, sind sie angehalten von den organisierten Transporten möglichst nichts zu erzählen, da sie sonst Gefahr laufen, wieder zurückgeschickt zu werden.<<

Großbritannien: Winston Churchill spricht am 9. Oktober 1948 auf dem Parteitag der britischen Konservativen über strategische Fehler der westlichen Alliierten (x112/604): >>... Die Staaten der westlichen Welt hätten mit ihren großen Rückzügen in Deutschland warten sollen, bis die Armeen von West und Ost auf einer Linie quer durch Deutschland zusammengetroffen wären. Es wäre auch klüger und vorsichtiger gewesen, wenn man es den britischen Truppen gestattet hätte, in Berlin einzuziehen, was durchaus möglich gewesen wäre, und wenn die amerikanischen Panzerdivisionen Prag besetzt hätten, zumal dies nur Sache einiger weniger Stunden gewesen wäre.
Ich und meine Kollegen aller Parteien sahen zu jener Zeit voraus, daß die Armeen der Demokratie im Sonnenglanz des Sieges dahinschmelzen würden, während die Streitkräfte des totalitären Despotismus in gewaltigem Ausmaß und für unbestimmte Zeit unter den Waffen gehalten werden konnten.<<

10.10.1948

WBZ: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnet es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

11.10.1948

WBZ: Der Bonner Oberstadtdirektor Johannes Langendörfer (1891-1985) erklärt am 11. Oktober 1948 (x112/605): >>Bundestag und Bundesrat könnten im Gebäude der Pädagogischen Akademie untergebracht werden. Die Lösung bedingt lediglich den Neubau eines Plenarsitzungssaales für den Bundestag. Dieser Saal kann entweder durch Ausbau der bereits vorhandenen großen Turnhalle oder durch Neubau hergestellt werden. In beiden Fällen ist die Erstellung in 6 Monaten möglich. ...<<

Jugoslawien: Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) schreibt am 11. Oktober 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/-237): >>Bei aller angebrachten Skepsis in allzu große Erwartungen hoffe ich doch auf eine Repatriierung für mich im Dezember – sollte es früher sein (ich bin unter den 20 Ältesten und nicht arbeitsfähig, und die sollen berücksichtigt werden!) tant mieux (um so besser) – wird es später, werde ich darüber auch die Ruhe nicht verlieren! Aber je eher desto besser – schon meiner guten Mutter willen, für die jeder Tag Erdenleben ja eine besondere Gnade ist!
Und dann muß ich sagen, daß meine Sehnsucht, endlich nach 10 Jahren wieder ins Kloster zu

kommen, zu Chor und Zelle und brüderlicher Gemeinschaft, immer mehr wächst. ...
Meine Ausgeherlaubnis genieße ich sehr. ... Gestern war ich zum ersten Mal in der großen katholischen Kirche zum Hochamt – die heilige Messe in einer richtigen Kirche gefeiert zu sehen, ist nach über drei Jahren "Notkirche" besonders schön.<<

13.10.1948

SBZ: Der deutsche Bergmann Adolf Hennecke (1905-1975) stellt am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

14.10.1948

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

16.10.1948

SBZ: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 16. Oktober 1948 (x156/49-50):
>>Kumpel Hennecke weit voraus!
In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.
Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.
... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitsprozesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.
Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

17.10.1948

SBZ: Das Zentralkomitee der SED beglückwünscht am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivisten Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):
>>Lieber Genosse Hennecke!
Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!
Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...
Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen

ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...
Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wir Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.
Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!
Mit herzlichem Glückauf! ...<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der KPdSU" zur Grundlage alle Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".
Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnerte mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.
Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.
In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welch nüchterner Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:
"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen habe.
Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?
In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivistenbewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.
... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...

Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.
Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.
Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistenbewegung."
Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:
"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über Adolf "Hennecke" (x009/178-179): >>... 1946 Mitglied der SED, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow (SMAD) auserlesen, der deutsche Stachanow (sowjetischer Bergarbeiter, der im Jahre 1935 die Leistungsnorm um das 14,5fache übertraf) zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte Hennecke am 13.10.1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube "Karl Liebknecht" im Zwickauer Kohlenrevier ... 387 % des bis dahin üblichen Tagessolls ...
Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlaß genommen, die sowjetischen Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeitsnormen zu erhöhen. Hennecke wurde Nationalpreisträger, verdienter Bergmann. 1949 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie. ... Seit April 1954 ist Hennecke Mitglied des ZK der SED.<<

18.10.1948

WBZ: US-Präsident Truman erklärt am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

20.10.1948

WBZ: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

21.10.1948

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) wirbt am 21. Oktober 1948 für die neue Bundeshauptstadt Frankfurt (x112/610): >>... Die geschichtliche Vergangenheit der Stadt Frankfurt ist bekannt. Frankfurt war die Krönungsstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und in Frankfurt trat 1848 die erste zentrale Institution der deutschen Demokratie in Gestalt der Nationalversammlung in der Paulskirche zusammen. Diese historische Tradition macht den Namen Frankfurt zum Symbol der deutschen Einheit und der deutschen Demokratie.
Keine andere Stadt Deutschlands, insbesondere der Westzonen, verkörpert in dieser Weise einen nationalen demokratischen Wert. Schon der Begriff Frankfurt drückt die politische Bedeutung der angestrebten deutschen demokratischen Einheit aus.<<

22.10.1948

SBZ: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demo-

kratien.
Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.
... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

24.10.1948

Berlin: Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.
Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<
Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Ost-Berlin beginnt am 24. Oktober 1948 eine Kulturbund-Woche (x112/612): >>... (Um) 3 Jahre seiner überparteilichen, konsequent antifaschistischen Arbeit an der demokratischen Erneuerung des deutschen Geisteslebens sichtbar werden lassen.<<

25.10.1948

Berlin: Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt am 25. Oktober 1948 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigte Staaten über das total zerstörte Deutschland (x111/-384): >>Der Anblick der ungeheuerlichen Verwüstungen erfüllt mich nur mit einem Wunsch: auf meine Weise dazu beizutragen, daß die Welt endlich Frieden bekommt.<<
CSR: In der CSR wird am 25. Oktober 1948 ein "Arbeitspflicht-Gesetz" bzw. Arbeitszwang für alle Männer bis zu 60 Jahren und Frauen bis zu 45 Jahren erlassen.
Für "bestimmte Klassen", die über ihre Bürgerpflicht belehrt werden müssen, richtet man Zwangsarbeitslager ein, um ihre Arbeitskraft im Interesse der Gemeinschaft zu verwenden.
Im Jahre 1951 gibt es in der Tschechoslowakei bereits 87 Arbeitslager mit 90.000 Häftlingen. 1952 existieren schon 371 Lager mit 200.000 Insassen. Der Anteil der Sudetendeutschen ist jedoch nur noch gering (x004/93).

28.10.1948

WBZ: Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wird in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.
2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.
Das US-Kriegsgericht stellt damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.

Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.
Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernsten Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...
Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...
Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...
Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...
Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<
Der Nürnberger OKW-Prozeß wird in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigt (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.
Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.
Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.
Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang

stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).
Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.
Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.
Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgeneralen (Alliierte Gerichte)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgenerale des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).
Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtgenerale (x078/96-98,111,116):

>>**a) in der Sowjetunion hingerichtet**
Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,
Generalleutnant Karl Burckhardt,
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,
Generalmajor Wolf Ewert,
Generalmajor Adolf Hamann,
Generalmajor Emil Just,
Generalmajor Hans Küpper,
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,
Generalmajor Bonislaw Pawel,
Generalleutnant Rudolf Peschel,
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,
Generalmajor Heinrich Remlinger,
Generalleutnant Johann-Georg Richert,
Generalmajor Ruoff,
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,
Generalmajor Hermann Werther,
Generalleutnant Hermann Winkler

b) in Jugoslawien hingerichtet
General Heinrich Danckelmann,
Generalleutnant Adolf Fischer,
Generalmajor Ludwig Fischer
General Martin Fiebig,

Generalmajor Johann Fortner,
Generalmajor Hans Gravenstein,
Generalleutnant Hans von Hösslin,
Generalleutnant Joseph Kübler,
General Ludwig Kübler,
Generaloberst Alexander Löhr,
Generalmajor Adalbert Lontschar,
General Hartwig von Ludwiger,
Generalleutnant Fritz Neidholdt,
Generalleutnant Neuhaus,
Generalmajor Harald Turner,
Konteradmiral Waue,
Generalmajor Eugen Wurster

c) in Griechenland hingerichtet

General Bruno Bräuer,
General Friedrich Wilhelm Müller

d) in Italien hingerichtet

General Anton Dostler

e) in Nürnberg hingerichtet

Generaloberst Alfred Jodl,
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Eine Grundsatzentscheidung der Alliierten Kriegsgerichte, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, lautet damals wie folgt (x133/484: >>... Der Umstand, daß ein Angeklagter den Befehlen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehorcht, befreit ihn nicht von der Verantwortung, und der wahre Prüfstein ist nicht das Vorhandensein solch eines Befehls, sondern die Frage, ob eine moralische Wahl tatsächlich möglich war.<<

Der spanisch-jüdische Schriftsteller Elias Canetti (1905-1994) schreibt später über "Befehl und Verantwortung" (x105/283): >>Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht.

Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer darüber klar, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt sie von ihr geblieben sind.

Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen.

Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinterläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfänden Ekel davor, irgendwen zu foltern. Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt. ...

Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form, wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinen Stacheln müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung

abzustreifen sind. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.
Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinhegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.
Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.
Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".
Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<
Konrad Adenauer erklärt am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken. Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...
Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken, da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<

30.10.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 30. Oktober 1948 über die zukünftige deutsche Bundeshauptstadt (x112/615): >>Bonn oder Frankfurt als Hauptstadt. Beide Städte kämpfen um den Rang – Berlins Anspruch bleibt anerkannt.<<

31.10.1948

WBZ: In der Präambel der neuen saarländischen Verfassung vom 31. Oktober 1948 heißt es (x112/616): >>... Das Saarland ist ein autonomer Staat, der wirtschaftlich mit Deutschland verbunden und politisch von Deutschland getrennt ist.<<

Oktober 1948

Jugoslawien: In St. Georgen im Banat wird ab Oktober 1948 ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet.
Die pflegebedürftigen Alten und Kranken werden dort im allgemeinen recht human behandelt und genießen ausreichende ärztliche Fürsorge (x006/115E).

01.11.1948

WBZ: Konrad Adenauer bittet den Kölner Kardinal Frings (1887-1978) bzw. die katholische Kirche am 1. November 1948 in einem Brief, die CDU/CSU bei den zukünftigen Wahlen zu unterstützen (x112/616): >>... Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen (zum ersten Deutschen Bundestag, die zu diesem Zeitpunkt für März-April/Mai 1949 vorgesehen sind) eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduldsam eingestellt ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/78-82): >>1. November 1948. Eine graue Nebelschicht liegt über dem Lager, hüllt die Baracken ein, dämpft das Geräusch der in der Nähe vorbeifahrenden Züge. Hier öffnet sich eine Tür, dort werden Schritte auf den Gängen laut. Gestalten sind zu sehen, die mit Seife und Handtuch der Waschbaracke zustreben.

Ein Tag in Friedland hat begonnen.

... In den Baracken erheben sich die müden Schläfer von den Feldbetten. ... Andere bleiben auch liegen. Sie haben nichts zu versäumen. Wer weiß, was dieser Tag bringen wird. Vielleicht einen Freifahrtschein nach dem Lager Aurich. Möglicherweise auch eine Einweisung für irgendein Dorf in Oldenburg. Es kommt alles noch früh genug. Hier hatte man zunächst einmal sein Bett und sein Essen. Mehr braucht der Mensch unseres Jahrzehnts offenbar nicht, um zufrieden zu sein.

In der Lagerleitung ist überall Licht gemacht worden. Die Angestellten nehmen die Arbeit auf. ...

Während alles noch schlief, wurde in der Küchenbaracke bereits tüchtig gearbeitet. Kaffee muß für viele hundert Menschen gekocht werden. Und dann sind Vorbereitungen zu treffen, damit gegen Mittag das Essen ausgegeben werden kann. Gute, schmackhafte Hausmannskost. Frauen sitzen in einer Ecke und schälen Kartoffeln. Die Feuer unter den großen Kesseln werden kräftig geschürt. ...Man muß sich sputen um rechtzeitig fertig zu sein. Essen ist eine sehr wichtige Angelegenheit für Menschen die Hunger haben. Und nicht nur für die. ...

In Baracke VI ist, wie überall, die trostlose Morgenstimmung eingetreten. Diese Morgenstunden sind schlimm. Man ist aufgewacht, hat sich einigermaßen recht und schlecht gewaschen und gekämmt, hat sich warmen Kaffee geholt und eine Kleinigkeit dazu gegessen. Und nun sitzt man da um den großen Tisch und wartet - wartet wieder wie gestern und vorgestern auf das, was da kommen soll. ...

Zwei Kinder spielen wie verloren in einer Nische. Sie haben irgendwo eine Puppe, ein armseliges Holzding, herbekommen und versuchen, alte Flicken in Puppenkleidung umzuwandeln. ...

Die Frauen ... empfinden dieses Warten als besonders bedrückend. Trotzdem fügen sich Frauen besser als Männer in die Regeln und ungeschriebenen Gesetze des Lagers ein. ... Männer begehren schnell auf, werden laut, lassen sich nicht belehren, wollen mit dem Kopf durch die Wand. Sie sind manchmal "ganz unten", müssen wieder aufgerichtet werden, hatten so viel Mut und sind doch so mutlos geworden.

Frauen sind zäher, härter im Nehmen, verlieren nicht so schnell die Beherrschung, haben weiter ihre Sorge um die Familie und müssen nun auch noch auf den Mann aufpassen. Sie versuchen die Kleidung auszubessern, sehen immer wieder den Inhalt der Koffer, Kisten und Rucksäcke nach, versuchen den Baracken ihre tödliche Leere zu nehmen, indem sie dort ein paar Blumen hinstellen, hier zwei Betten versetzen und dadurch einen Hauch von Gemütlichkeit hervorzaubern.

Frauen verstehen durch einige Handgriffe toten Gegenständen Wärme einzuflößen. Diese Eigenschaft wird ihnen mit in die Wiege gelegt. Das haben sie von den Müttern gelernt. Und sie

wenden diese Gaben an. Überall in der Welt. So auch hier. In Friedland. In den armseligen Baracken.
Über den Lautsprecher kommt der Ruf, daß Mittagessen empfangen werden kann. Sogleich gehen die Türen auf, kommen Männer, Frauen, Kinder mit Schüsseln und Töpfen zum Vorschein, eilen zur Lagerküche und stellen sich an. Die Schlange entsteht. Wie jeden Tag um diese Zeit. ...
Der Nachmittag beginnt. Manche liegen auf den Betten und schlafen. Andere ... erkundigen sich nach den Möglichkeiten in Westdeutschland, schreiben Briefe. Es gibt lange Nachmittage, die kein Ende nehmen wollen.
Abends sitzen die Menschen in den Baracken am Ofen, rücken noch etwas näher, weil der Novemberwind kalt und eisig durch die Ritzen zu dringen vermag, erzählen sich etwas von der Heimat. ...
In der Lagerleitung (löscht man) die Lichter aus. Eins nach dem anderen. Es ist spät geworden. Und der Tag war lang. Hier geht noch eine Tür. Es wird still im Lager. ...
Die Betten werden zurecht gemacht, man wickelt sich in die Decken und versucht einzuschlafen. Es gelingt nicht allen. Wenn es dunkel ist, kommen die Gedanken geschlichen und bestürmen die Menschen. Kommt die Erinnerung und ruft in ihnen wach, was sie verloren, was sie durchlitten, was sie erlebten. ...
Ein Tag in Friedland geht zu Ende.<<

03.11.1948

WBZ: Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entscheidet sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

04.11.1948

WBZ: Hamburgs Bürgermeister Max Brauer (1887-1973) erklärt am 4. November 1948 (x112/618): >>... In den westlichen Zonen Deutschlands sind gegenwärtig noch rund 600.000 heimatlose Ausländer, die der deutschen Bevölkerung monatlich l,5 Millionen DM Unterhaltungskosten verursachen.<<

05.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

09.11.1948

WBZ: Im Verlauf der 24. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates erfolgt am 9. November 1948 die erste Lesung des Gesetzes zum Ausgleich von Kriegs- und Kriegsfolgeschäden (Lastenausgleichsgesetz).

Der deutsche Schriftsteller und Schauspieler Werner Finck (1902-1978) schreibt am 9. November 1948 über sein in der Herbig Verlagsbuchhandlung erschienenes Buch "Aus der Schublade" (x112/621): >>... Nach dem vorletzten Kriege (1939–1945) begann die Jagd nach der Schublade: Zum allgemeinen Erstaunen war sie leer. Eine bittere Lehre, die wir daraus ziehen mußten! Teils mag diese symbolische Inhaltslosigkeit an der fortgeschrittenen Praxis der drittreichigen Heim- und Haussuchungen gelegen haben, der auch die Schubladen nicht entgehen konnten, teils an der tatsächlichen Lethargie des pausenlos völkisch beobachteten Geistes.
Meine eigene Schublade machte keine Ausnahme. Ich hatte nur ganz wenig und damit alle hineingelegt, die Gott weiß was darin vermutet hatten. Dieses Wenige ist, weniger, weil es damals verboten war, sondern weil es (wenigstens in gewissen Zonen) schon wieder so aktuell geworden ist, in Druck gekommen.
Im Nichtvordernteil (um eine anstößige Formulierung zu vermeiden) dieses Buches befinden sich viele in der freiesten Zeit Deutschlands entstandene Gedichte aus der "Neuen Herzlichkeit", jenes Büchleins aus der Katakombenzeit, das dem Scheiterhaufen nur dadurch entging,

daß es gänzlich unbekannt war.<<

10.11.1948

WBZ: Bei den Ford-Werken in Köln läuft am 10. November 1948 der erste Ford "Taunus" vom Band.

11.11.1948

SBZ: Am 11. November 1948 beginnt eine Verfolgungswelle gegen LDPD-Mitglieder.

12.11.1948

WBZ: In Landsberg/Lech werden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt.

15.11.1948

SBZ: Die staatliche Handelsorganisation für Einzelhandelsunternehmen (HO) eröffnet am 15. November 1948 die ersten staatlichen "HO-Läden" in der sowjetischen Besatzungszone, in denen alle Waren ohne Bezugsscheine verkauft werden (x112/623).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "HO" in der SBZ (x009/181): >>HO (Abkürzung für Handelsorganisation; staatliches Einzelhandelsunternehmen, das zu überhöhten Preisen Mangelwaren verkauft) wurde durch Verordnung der DWK im November 1948 gegründet.

Als Begründung gab die DWK "Bekämpfung des Schwarzmarktes" an. Hauptzweck der HO-Gründung war, währungsgefährdende "überschüssige Kaufkraft" abzuschöpfen und zur Finanzierung der Staatsausgaben heranzuziehen.

Trotz Verbesserung der Versorgungslage und des Verschwinden des Schwarzmarktes wurde die HO nicht aufgelöst, sondern vor Abschaffung der Lebensmittelkarten sogar noch in den Vertrieb von bewirtschafteten Waren eingeschaltet. Preissenkungen, veranlaßt durch Produktionssteigerung bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern führten bislang nicht zu einer Verminderung der Staatseinnahmen aus der HO, da zum Ausgleich dafür immer mehr HO-Verkaufsstellen, HO-Kaufhäuser, HO-Gaststätten errichtet und immer mehr Warengattungen bevorzugt der HO für den Verkauf zur Verfügung gestellt werden.

30.9.1960 betrieb die HO insgesamt 39.404 Verkaufsstellen und Warenhäuser ...

Ursprünglich war die HO hauptsächlich auf den Verkauf von Lebensmitteln und Industriemangelwaren eingestellt. Sie hatte bis 1959 das Monopol für den Verkauf freier Waren. Inhaber privater Läden wurden durch ungenügende Warenzuteilungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht und veranlaßt, ihre Geschäfte zu Spottpreisen an die HO zu verkaufen. Man gab ihnen dann häufig die Möglichkeit, als HO-Angestellte in ihren eigenen Läden tätig zu werden. Auf diese Weise übernahm die HO seit 1951 u.a. Drogerien, Fleischerläden, Blumenläden, Modesalons, Juwelierläden usw.

Die HO ist somit nicht nur Instrument der staatlichen Währungspolitik, sondern gleichzeitig Werkzeug des Staates zur systematischen Vernichtung des privaten Einzelhandels.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Handel" in der SBZ (x009/171-172): >>Der überwiegende Teil des Groß- und Einzelhandels in der SBZ wird von staatlichen Handelsorganisationen durchgeführt. ...

Am stärksten wurde von den Sozialisierungsmaßnahmen der Großhandel betroffen; nur noch ca. 3 % des gesamten Großhandelsumsatzes entfallen auf Privatfirmen. Die Deutschen Handelszentralen übernahmen 1949/50 schon weitgehend den Großhandel mit Industriewaren, und auch vom Versorgungshandel der Produktion mit Grundstoffen und Produktionsmitteln wurde der private Handel sehr früh ausgeschaltet.

Der private Einzelhandel konnte sich gegenüber HO und Konsumgesellschaften bis 1960 mit einem Umsatzanteil von ca. 20 % behaupten. ...

Der private Einzelhandel wurde hauptsächlich durch unzureichende Belieferung mit Waren und durch Senkung der Handelsspannen benachteiligt, die von der Industrie- und Handels-

kammer festgelegt werden. In den sozialistischen Handelsapparat wurde er dadurch einbezogen, daß man die Einzelhändler zum Abschluß von Agenturverträgen, später von Kommissionsverträgen nötigte. Groß- und Einzelhandel üben kaum noch echte Handelsfunktionen aus. ... Die vielfachen Versorgungsmängel sollen im Bereich des Konsumgüterhandels durch die Organe der staatlichen Handelsorganisation und der Arbeiterkontrolle beseitigt werden.
Zum Einzelhandel zählen in der SBZ auch die Gaststätten und das Beherbergungsgewerbe, die nach den gleichen Bedingungen mit Waren beliefert werden. Die Lage auf dem Baumarkt und die Unterbindung der Privatinitiative ließen Kapazitätserweiterungen im Beherbergungsgewerbe nur in beschränktem Maße zu, so daß auch heute noch empfindlicher Mangel an Übernachtungsmöglichkeiten besteht. Neue oder renovierte Hotels gibt es aus Prestigegründen in Ost-Berlin, in der Messestadt Leipzig und anderen wirtschaftlich bedeutenden Orten.
Privater Gaststätten und Beherbergungsbetriebe werden ebenfalls zwangsweise zu Kommissionsverträgen oder Staatsbeteiligungen veranlaßt. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsbeteiligungen" in der SBZ (x009/417-418): >>Ähnlich wie in China im Jahre 1954 ist man in der SBZ Anfang 1956 dazu übergegangen, gemischte staatlich-private Betriebe zu schaffen, die "auf einem friedlichem Wege in sozialistische Betriebe umzugestalten" sind. ...
Nachdem die funktionale Selbständigkeit der Privatbetriebe schon seit Beginn der langfristigen Planwirtschaft nicht mehr besteht, wird nunmehr auch die noch vorhandene Kapitalbasis überfremdet.
Bisher wurde bei dieser Staatsbeteiligung formell die alte Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) gewählt, wobei der Staat mit seiner Kapitaleinlage als Kommanditist (Gesellschafter mit Teilhaftung) in die neue Gesellschaft eintritt und der ehemalige private Unternehmer Komplementär (Gesellschafter mit Vollhaftung) und Geschäftsführer wird. ...
Wenn auch diese neuen Gesellschaften gegenüber den anderen Privatunternehmen besondere Vorteile genießen, so begeben sie sich doch stark in die Hand des Staates und der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle.
Sie erhalten bestimmte Produktionsaufgaben, Materialkontingente und Lizenzen für Kapazitätserweiterung direkt von den betreffenden Verwaltungsorganen.
Der FDGB ist für die Produktion dieser Betriebe mitverantwortlich. ...
Der Einfluß der SED in diesen Betrieben wird laufend vergrößert. Private Komplementäre werden gezwungen, in die SED einzutreten und politische Schulungskurse zu besuchen. ...<<

17.11.1948

SBZ: Im Verlauf der Aktivistentagung der SED-Lehrer wird am 17. November 1948 gefordert, die Umwandlung der Schule in eine politische Erziehungsstätte der SED und FDJ durchzusetzen (x112/624): >>... Nur derjenige Lehrer ist auf dem besten Wege, nicht nur ein Parteimitglied, nicht nur ein guter Parteifunktionär, ... sondern ein qualifizierter fortschrittlicher Pädagoge zu werden, der sich mit der marxistischen Erziehungswissenschaft, wie sie ... von Lenin und Stalin weiterentwickelt worden ist, ... vertraut macht, sie ... anzuwenden lernt.<<

27.11.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) beklagt sich am 27. November 1948 während einer großen Wahlkundgebung über Adenauers zurückhaltende Berlinpolitik (x112/628): >>Er lebt an seinem schönen Rhein, und ich kann verstehen, daß er an seiner schönen Heimat hängt.
Aber Berlin gehört auch noch zu Deutschland, und hinter Berlin gibt es auch noch allerhand, was zu Deutschland gehört. ...<<

28.11.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 28. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/82): >>28. November 1948. Nach dem Gottesdienst, in einer

Wellblechbaracke, die als Lagerkapelle eingerichtet wurde, blieben ein Mann und eine Frau an der hinteren Wand stehen. Als die Mehrzahl der Gläubigen den Raum verlassen hatte, schritten die beiden weiter nach vorn, setzten sich dort und sahen zu dem Gekreuzigten auf.
... In den stark verarbeiteten Händen hielt der Mann einen schwarzen Hut, wie ihn die Deutschen in Siebenbürgen zu tragen pflegten. ...
Die beiden, offenbar ein Ehepaar, saßen da, losgelöst von der Umwelt, weit weg vom Lager und hielten ohne Scheu lautlose Zwiesprache mit dem, der über den Dingen und Geschehnissen steht. Nach einer Weile standen sie auf, gingen gemessenen Schrittes zum Ausgang und verschwanden dann in einem der Barackengänge.
... Nirgendwo, so scheint mir, ist in diesen Jahren inbrünstiger und heißer gebetet worden, als in dieser unscheinbaren, kleinen, dürftigen Kapelle in Friedland.<<

30.11.1948

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Fünfeichen ("Speziallager Nr. 9") wird am 30. November 1948 aufgelöst. Die restlichen 3.000 Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald oder Sachsenhausen gebracht.
Von Juli 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Fünfeichen etwa 7.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/152).

WBZ: In Frankfurt/Main wird am 30. November 1948 während der 26. Vollversammlung des VWG-Wirtschaftsrates das 1. Lastenausgleichsgesetz ("Soforthilfegesetz" zur Milderung dringender sozialer Notstände) verabschiedet, um die Eingliederung der Vertriebenen zu erleichtern.
Die "Mainpost" stellt am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341):
>>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remilitarisierung Westdeutschlands berichtet.
Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...
Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ...
Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...
Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder sonstwo krepieren." ...<<

November 1948

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Mühlberg ("Speziallager Nr. 1") wird im November 1948 aufgelöst. Etwa 3.500 deutsche Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Buchenwald oder in das Zuchthaus Bautzen gebracht.
Von September 1945 bis November 1948 starben im sowjetischen Internierungslager Mühlberg etwa 8.000 Häftlinge. Etwa 3.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/111).

06.12.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 6. Dezember 1948 vor der Presse (x112/634): >>... Heute rufen wir die Völker der Welt, sich diese traurige Stadt anzusehen.
Wir fragen Sie, wie lange noch wollen Sie es dulden, daß wir unter solchen Umständen leben

sollen.
Zerbrecht die Blockade, dieses grausame Mittel, mit dem man ein freies Volk in die Knie zwingen will.<<

07.12.1948

SBZ: Das Volksgericht Glauchau in Sachsen verurteilt am 7. Dezember 1948 mehrere Angeklagte wegen Wirtschaftssabotage zum Tod.

WBZ: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beschließt am 7. Dezember 1948 einstimmig die Vorfinanzierung des Projektes "Hauptstadt Bonn" (x112/634): >>... Für den Fall, daß der Parlamentarische Rat als Sitz der künftigen deutschen Bundesorgane den Raum Bonn-Godesberg vorsieht, wird die Landesregierung ermächtigt, Haushaltsmittel bis zum Betrage von 10 Millionen, davon 5 Millionen außerplanmäßig, im Rechnungsjahre 1948 bereitzustellen, die zur Vorfinanzierung vorzugsweise von Siedlungen, Umbau von Verwaltungsgebäuden und zum Ankauf von geeigneten Objekten zur Unterbringung von Angehörigen der Bundes- oder der Militärregierung oder für ähnliche Zwecke verwandt werden sollen.<<

09.12.1948

USA: Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,
In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und
In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,
sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:
Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.
Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.
Diese UNO-Konvention enthält zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtet die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert sind, unter Strafe zu stellen (x086/249).
Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wird die UNO-Erklärung der Menschenrechte

damals allgemein gültig.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.
Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.
Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.
1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

13.12.1948

SBZ: Die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (Uniform = weißes Hemd mit blauem Halstuch) wird am 13. Dezember 1948 als Unterorganisation der FDJ für 10- bis 14jährige gegründet (das Aufnahmealter wird in den folgenden Jahren auf 6 Jahre festgesetzt). Die Leitung dieser Organisation übernimmt Margot Feist, die später Erich Honecker heiratet.

WBZ: Ein vertriebener Schlesier berichtet am 13. Dezember 1948 über sein Leben im Westen (x024/251): >>13.12.1948. ... Seit Juli bin ich leider wieder arbeitslos und versuche neben meiner Unterstützung noch etwas dazu zu verdienen. Gehe in den Wald nach Beeren, Pilzen und jetzt nach Kiefern- und Tannenzapfen. So gut es halt geht, halten wir uns über Wasser. ...<<

21.12.1948

Berlin: Die 3 westlichen Besatzungsmächte bilden am 21. Dezember 1948 eine Westberliner Kommandantur.

22.12.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 22. Dezember 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/84-85): >>22. Dezember 1948. ... "Ich kann wieder aufatmen", sagte ... der Lagerarzt. "Der Gesundheitszustand aller Heimkehrer hat sich wesentlich gebessert. Wenn ich daran denke, wie sie früher kamen. Geschwollene Füße, geschwollene Beine, aufgeblasene Leiber, aufgeschwemmte Gesichter - alles nur Wasser als Folge des Hungers.
Es gab kaum einen, der gesund war. Die überwiegende Mehrzahl hatte Herzschäden, Magenbeschwerden, Leberschmerzen, Rheumatismus, Blasenleiden, Erfrierungen I. und II. Grades, Mangelschäden, Ekzeme, Tuberkulose, Muskelschwund oder Skorbut.

Schlimmer waren aber noch die seelischen Erschütterungen, unter denen alle zu leiden hatten. Die Belastung der Nerven war sicher ungeheuerlich. Alle hielt immer nur die Zuversicht aufrecht: einmal muß sich doch das Lagertor (des Kriegsgefangenenlagers) öffnen und dann geht es wieder heim.
... Die Leute hatten das Sprechen verlernt. ... Sie schwiegen. ...<<

23.12.1948

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 23. Dezember 1948 eine Verordnung über den Tätigkeitsbereich und die Organisation der Liquidationsämter (x003/481-483): >>... § 3. Die Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung von Vermögen ... gehören in die ausschließliche Zuständigkeit der Liquidationsämter.
§ 4. Bei der Ausführung ihrer Tätigkeit sind die Organe der Liquidationsämter befugt, bei Tage Flächen und Räumlichkeiten zu betreten, in denen sich verlassenes oder ehemals deutsches Vermögen befinden kann, Bücher und Urkunden einzusehen, Sachverständige zu berufen, Zeugen zu vernehmen sowie andere Handlungen vorzunehmen, die zur Gestellung und Sicherung des Vermögens notwendig sind. Sie sind befugt, von anderen staatlichen oder autonomen Organen im Rahmen ihrer Kompetenzen Hilfeleistungen zu verlangen. ...
§ 5. Bis zur Übertragung der Verwaltung der Vermögen an die ... genannten Behörden, Institutionen oder Personen sind die Liquidationsämter verpflichtet, alles zu unternehmen, was zur Sicherstellung und Erhaltung der Substanz dieser Vermögen sowie zu ihrer Benutzung im Rahmen normaler wirtschaftlicher Erfordernisse notwendig ist.
§ 6. Darüber, ob ein Vermögen als verlassen oder als ehemals deutsch gilt, entscheiden ausschließlich die Liquidationsämter. ...
§ 11. Gegen eine Entscheidung des Bezirks-Liquidationsamtes, durch welche die Wiedereinräumung des Besitzes eines verlassenen Vermögens nach Art. 19 abgelehnt wird, ist kein Rechtsmittel im Verwaltungswege zulässig, der Partei verbleibt jedoch das Recht, ihre Rechte auf dem Rechtsweg geltend zu machen. ...<<

Jugoslawien: Adalbert Graf von Neipperg (1890-1948, Abt des katholischen Benediktiner-Ordens) wird am 23. Dezember 1948 im Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz ermordet (x130/231).

Der deutsche Kriegsgefangene Albert O. berichtet später über die letzten Stunden des katholischen Militärseelsorgers Adalbert Graf von Neipperg (x130/238-239): >>Am Morgen des 23. Dezember gab er seinen Kameraden bekannt, er werde in die Stadt gehen, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Auch mehrere Kameraden gaben ihm Geld, um für sie etwas einzukaufen.
Für die religiösen Feiern des Weihnachtsfestes, besonders für die Christmette, hatte er bereits alles mit seinen Leidensfährten im Lager geprobt und auf den Nachmittag auch noch eine Besprechung mit dem protestantischen Lagerpfarrer verabredet.
Um 12 Uhr, so versicherte er, werde er wieder zurück sein. Als er aber zur angesagten Zeit nicht zurückkehrte, gerieten seine Kameraden in begründete ernste Sorge um ihn. Gegen 17 Uhr meldeten sie sein auffallendes, besorgniserregendes Ausbleiben der deutschen Lagerleitung.
Der Lagerleiter erklärte darauf: "Ich vermute, daß der Abt beim jugoslawischen Stab ist. Ich traf ihn heute Morgen in der Stadt, und er sagte mir, daß er auf der Straße dem Kommissar begegnet sei. Dieser habe ihm im Auftrag des Kommandanten mitgeteilt, er solle zum jugoslawischen Stab kommen. Schickt deshalb das Essen und die Decke des Abtes zum Stab.
Die Lagerleitung fürchtete, Graf Neipperg sei unter irgendeinem Vorwand im Karzer gelandet, um ihn an seinen Weihnachtspredigten zu hindern. Der Bote kam aber mit Essen und Decke zurück und berichtete, man habe ihm beim Stab erklärt, der Abt sei nicht dort. Man habe ihm erklärt, wenn er nicht aufzufinden sei, habe er vermutlich seine Ausgangsfreiheit benutzt, um heimlich zu entfliehen. ...<<

Der Militärseelsorger Adalbert Graf von Neipperg wird einige Tage später mit durchschnittener Kehle unter einem Maisschrothaufen gefunden.

24.12.1948

Berlin: Die Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 24. Dezember 1948, daß mindestens 40.000 ehemalige deutsche Soldaten als französische Fremdenlegionäre in Indochina kämpfen (x112/639).

Der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl erklärt am 24. Dezember 1948, daß sich noch etwa 300.000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden (x112/639).

WBZ: Das bayerische Rote Kreuz berichtet am 24. Dezember 1948, daß noch mindestens 1,5 Millionen deutsche Kriegsgefangene und Vermißte in der Sowjetunion sein müssen (x112/-639).

UdSSR: Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet am 24. Dezember 1948 aus einem Arbeitslager in Karaganda, Kasachstan: >>Eine eigene Stimmung liegt über dem Häuflein von 30 pelzvermummten Gestalten, das sich mühsam durch hohen Schnee den steilen Hang der Abraumhalde hinaufkämpft. - Weihnachten ist heute - Heiliger Abend! ...

Heute, nach dem Essen, vor dem unbarmherzigen Scheppern der rostigen Schiene, die die Brigade zur Nachtschicht rufen wird, war nun wieder seit langer Zeit der Politoffizier in die Baracke gekommen und hatte erklären wollen, warum und wieso die Gefangenen - also auch sie - in diesem Jahr noch nicht alle hätten heimfahren können.

Das Lied kannten sie, die Männer, die stumm und ergeben auf ihren Pritschen hockten. Früher Winter, keine Waggons, auch der Westen habe sich nicht an die Abmachungen gehalten, alles nichts Neues. ... Sinnlos, die Zeit damit totzuschlagen. Eine Stunde Schlaf wäre besser gewesen! - Das also war das Weihnachtsgeschenk ihres Gastlandes! - das und die Heiligabend-Nachtschicht bei minus 35 Grad.

Stumm, frierend warten die Männer, warte auch ich auf den Arbeitsauftrag. Die fahle Wintersonne versinkt am westlichen Horizont, an dem Horizont, an dem auch wir so gern entschwinden möchten - auf Nimmerwiedersehen. - Endlich!

Im Gänsemarsch - (wir sind) schon geübte Schwellenläufer - geht es an die Westspitze der Kohlenhalde.

Geleise rücken! - Die Brechstange, das Universalinstrument des Ostens, klebt schwer und beißend kalt an den dünnen Handschuhen. - "Hau - ruck! Hau - ruck!"

Es will nicht so recht klappen. ... Wo sind wir auch mit unseren Gedanken! Hier in Südsibirien, im Kohlenbecken von Karaganda, in der Kasachischen Steppe bestimmt nicht.

Ob sie daheim wohl ein Bäumchen haben? Ein Bäumchen mit richtigen Lichtern, mit Zukkerwerk und Glockengeläut aus dem Radio? ---

Immer dunkler wird es. Die Filzstiefel sind knochenhart gefroren, und es poltert über die Schwellen, wenn es wieder heißt: "Zehn vor!" oder "Zwanzig zurück!" ... Da glimmt ein Feuerchen auf. ... "Pause!" Na, Gott sei Dank! -

Nur wer schon einmal auf solch zugiger Kante aus Machorka und einem Stück "Prawda" eine Zigarren-Zigarette drehte, weiß, was jetzt kommt. Wenn sich 30 steifgefrorene, vor Vermummung unbeholfene Gestalten um ein Feuer drängen und Bärte, Wimpern und Augenbrauen auftauen. ...

Betretenes Schweigen! ... Ihre Augen werden feucht. - Und dann - zuerst ganz leise, dünn, nur ein paar Stimmen erst, dann alle, laut tönt es zum Sternenhimmel über uns, über uns und der Heimat: "Stille Nacht, heilige Nacht. Alles schläft, einsam wacht ..."

Mächtig loht das Feuer jetzt in die Nacht, prasseln Funken über uns hin, feucht werden da Augen, brechen Stimmen, und mancher wendet sich ab mit zuckenden Lippen, im Herzen bitterstes Weh. - Friede auf Erden! - Wann auch für uns? ...<<

Schweiz: Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes befinden sich am 24. Dezember

1948 in Frankreich und Nordafrika noch 24.140, in Polen noch 40.000 und in Albanien noch etwa 1.000 deutsche Kriegsgefangene (x112/639).

25.12.1948

SBZ: Das Leipziger "Börsenblatt" fordert am 25. Dezember 1948 ein gesamtdeutsches Schrifttum (x112/639): >>... So eingreifend und wirksam Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmächte in allen Fragen der äußeren Lebensgestaltung unseres Volkes sein mögen – solange es deutsche Menschen gibt, die eine deutsche Sprache sprechen, werden sie auch um die geistige Durchdringung und Bewältigung ihrer Erfahrungen und um die Gewinnung fruchtbarer Einsichten ringen. Hierfür können und werden sie auf das gesamtdeutsche Schrifttum nicht verzichten.<<

WBZ: A. Dreppenstedt schreibt später in der Nienburger Zeitung "DIE HARKE" über Weihnachten 1948: >>Drei entbehrungsreiche Hungerjahre nach dem Krieg, die Vertreibung von Millionen Menschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, die bei uns notdürftig eine Bleibe fanden und drei eiskalte Winter waren bei Brennstoffknappheit und Mangel an warmer Bekleidung zu überstehen. ...

Weihnachten, das "Fest der Familie", könnten wir es doch wieder so nennen! Aber da stehen so viele Einsame in der Winternacht, die sich die kalten Hände nicht wärmen können, weil ihnen Holz und Kohle fehlt, um ein warmes Zimmer zu haben. ...

Wir lasen kürzlich, daß noch 2 Millionen Kriegsgefangene und Verschleppte in der Fremde, zum großen Teil hinter Stacheldraht, die Heimkehr ersehnen. ...

Nicht genug, wenn wir der Soldaten und Verschleppten in Gefangenschaft gedenken. Die Einsamkeit steht mitten unter uns, neben dir und mir.

... So waren Weihnachten 1948, wie 3 Jahre zuvor, abermals viele Menschen hoffnungslos und verzweifelt.

Die Einsamen dieser Weihnacht warten nicht auf schöne Worte, sondern auf das, was wir für sie tun. ... Und helfen wir ihnen, so entzünden wir auch im Dunkel ihrer Seele wieder das verloschene Licht der Weihnacht. ...<<

28.12.1948

Großbritannien: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

30.12.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewännen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

31.12.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) berichtet am 31. Dezember 1948 während seiner Silvesteransprache im Rundfunk über die Lage in Berlin (x112/640-641): >>... Dunkel sind die Abende, kalt sind die Wohnungen, und was das Allerschlimmste ist, wir sind abgeschnitten von jeder Berührung mit der Außenwelt ...

Wir hoffen alle, daß ... diese Stadt im Jahre 1949, oder, wenn es noch länger dauern soll, jedenfalls bald danach wieder den Platz in Deutschland einnehmen wird, der ihr zukommt, den Platz, der es ihr ermöglicht, der Mittelpunkt von ganz Deutschland zu werden, vom Deutschland des Westens, der Mitte und von dem Deutschland des Ostens.<<

Nach offiziellen Angaben des Berliner Dreimächtekomitees sind 3.478.600 deutsche Wehrmachtssoldaten noch nicht aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt (x112/-641).

Dezember 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Dezember 1948 täglich 1.883 Kalorien zugeteilt.

1948

Ostdeutschland: In den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, überschreitet die Bevölkerungszahl erstmalig die 5 Millionengrenze. Ca. 1,0 Millionen Personen sind aber ehemalige deutsche Staatsangehörige, die man als Autochthone (Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier) wegen ihres Dialekts oder ihres Namens als Polen reklamiert oder wegen ihrer Unabkömmlichkeit als Spezialarbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen hat (x001/120E).

Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1948 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch immer 24,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

Berlin: Der deutsche Schriftsteller Bertolt Brecht (1896-1956) schreibt im Jahre 1948 über das kommunistische Tabuthema "Sowjetische Befreiungsmission 1945" (x037/33): >>Immer noch nach 3 Jahren zittert unter den Arbeitern, höre ich allgemein, die Panik - verursacht durch die Plünderungen und Vergewaltigungen - nach, die der Eroberung von Berlin folgten.

In den Arbeitervierteln hatte man die Befreier mit verzweifelter Freude erwartet, die Arme waren ausgestreckt, aber die Begegnung wurde zum Überfall, der die siebzigjährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.

Es wird berichtet, daß die russischen Soldaten noch während der Kämpfe von Haus zu Haus, blutend, erschöpft, erbittert ihr Feuer einstellten, damit Frauen Wasser holen konnten, die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleiteten, die unter Trümmern Begrabenen ausgraben halfen.

Aber nach dem Kampf durchzogen betrunkene Horden die Wohnungen, holten die Frauen, schossen die Widerstand leistenden Männer und Frauen nieder, vergewaltigten vor den Augen der Kinder, standen in Schlangen an vor den Häusern. ...<<

SBZ/WBZ: Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig

zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.
Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<
Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führen vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten werden nicht selten mit bösartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", Polacken usw.) begrüßt.
Fast alle "Neubürger" hatten während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz verloren. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten ist überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen ist es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht werden, denn dort gibt es kaum Ausbildungsplätze.
In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung müssen die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern werden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gezwungen, als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit im Ausland zu leisten. Viele Frauen gehen nicht selten barfuß und hungern für ihre Kinder.
Sie müssen nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisten außerdem unentwegt schwerste Aufräumungsarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sieht man überall abgezehrte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigen Schutt, stapeln Klinkersteine aufeinander und sammeln jedes Stück Eisen oder Draht.
Nicht nur ungezählte Wohnungen liegen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer sind oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen sind unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nehmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/-469): >>... Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.
Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".
"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"
So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<
WBZ: Der deutsche Völkerrechtler Dr. Rudolf Laun (1882-1975) schreibt im Jahre 1948 über die "heilende Wirkung der Wahrheit (x309/178-179): >>Wahre Wissenschaft, die ehrlich nach Objektivität strebt, hat etwas Menschheitsversöhnendes. Denn es gibt zwar unabsehbar viel Irrtümer und leider auch bewußt vorgebrachte Unwahrheiten, aber in jeder Frage nur eine

einzige Wahrheit.
Nennen wir nun, ohne uns hier in ethische Studien einlassen zu können, kurz diejenigen Menschen, welche die Wahrheit wollen und bereit sind, die Folgerungen aus der Wahrheit auch gegen sich gelten zu lassen, anständige Menschen, und unanständige jene, welche nur das wahrhaben wollen, was ihnen nützt, aber alles das nicht wahrhaben wollen, was ihnen schaden oder Opfer auferlegen könnte, so dürfen wir sagen:
Im Grunde sind alle anständigen Menschen der Welt Brüder, auch wo sie einander hassen, bekämpfen und verfolgen, denn dann kann die Feindschaft zwischen ihnen nur auf Irrtümern beruhen, die sie, die Anständigen, nicht verschuldet haben.
Es ist eines der schönsten Aufgaben der Wissenschaft, durch Streben nach Wahrheit und Aufklärung Menschen zu versöhnen. ...<<
Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schreibt im Jahre 1948 in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.
"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...
Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<
Der deutsche Autor Ulfilas Meyer schreibt später über das "Trümmerkino" des Jahres 1948 (x115/259-267): >>... Bis Ende des Jahres 1948 wurden in allen vier Zonen 40 Spielfilme fertiggestellt. 14 stammten aus den Ateliers der Deutschen Filmaktiengesellschaft (DEFA) in der Ostzone, den Rest teilten sich 13 westliche Produktionsgesellschaften. 35 Filme befaßten sich in irgendeiner Form mit dem Zeitgeschehen.
Weder zuvor noch danach gab es im deutschen Film eine Epoche, in der die gelebte Realität so massiv Eingang in das Kino fand. Das macht diese sogenannten "Trümmerfilme" bemerkenswert, ungeachtet ihrer Qualitätsmängel, ihrer Auslassungen und ihrer Wirkungen.
Dem heutigen Betrachter präsentieren sie ein widersprüchliches Spektrum aus Eindrücken, die Betroffenheit und Verständnis erwecken, aber auch Unverständnis, Langeweile und Abwehr hervorrufen. Vorherrschend ist Düsternis, zerstörte Umwelt und Elend, beklemmend ist die Abwesenheit von Natur.
Irritierend wirkte der immer wieder fast plakativ vorgetragene Appell zum Aufbau und Eigeninitiative. "Irgendwie geht's immer weiter", spricht Hans Albers, der Prototyp des zupackenden Optimisten, am Schluß von "Und über uns der Himmel" ins Publikum. Und auch die "Zugvögel" wenden sich aus der Handlung heraus direkt an den Zuschauer mit dem Satz: "Und das wollen wir nie vergessen, denn das ist wichtig: Mut haben zum Leben!" An anderer Stelle heißt es: "Wir dürfen uns nicht länger treiben lassen. Wir müssen arbeiten und zupakken".
Die Schilderungen der Schicksale gehen auch heute noch unter die Haut, wenn sie glaubwürdig getroffen sind, wie etwa "Ehe im Schatten". Traditionelle Werte wie Arbeit, Familie und Glaube werden stark betont. Da das heute ganz anders ist, wird man zumindest nachdenklich gestimmt. Diesen Filmen nimmt man auch im Gegensatz zu vielen anderen, diese Positionen ab, ohne sie damit gleich gutheißen zu wollen. ...
Auffällig ist die Wahl der Themen und die Art und Weise wie mit Vergangenheit und Gegen-

wart umgegangen wurde. Nur 5 Filme befassen sich unmittelbar mit der Bewältigung der Vergangenheit: "In jenen Tagen", "Zwischen Gestern und Morgen", Morituri", "Und finden dereinst wir uns wieder" und "Die Mörder sind unter uns". ...
18 der betreffenden 40 Filme behandelt Probleme und Schicksale der Nachkriegszeit. 4 davon transportieren in unterhaltender Form Botschaften zu aktuellen Problemen, wie etwa das der Geschlechtskrankheiten in "Straßenbekanntschaft". 7 Filme, unter ihnen "Zugvögel" und "Die Zeit mit Dir", propagieren eine optimistische Lebenssicht und weitere 7, wie etwa "Vor uns liegt das Leben" oder "Menschen in Gottes Hand", wollen primär inmitten von Chaos und Trümmern unterhalten.
... Lediglich die "Berliner Ballade" fällt durch intelligente Texte und Ideen von Günter Neumann, durch einen dezidierten moralischen Anspruch und einen unmittelbaren, ehrlichen Zeitbezug auf. Die Trümmer wurden mit Humor ertragen, der Finger wurde auf die Wunde gelegt: "Meine Kraft gehört dem Staat. Die Kraft ist da, nur der Staat noch nicht", spricht der wohlgenährte Schieber. Diese Leichtigkeit und Ironie anstelle von Pathos und Larmoyanz wären dem deutschen Film damals häufiger zu wünschen gewesen.
5 Filme schließlich stellen reine Unterhaltung ohne Zeitbezug dar ...
Zur Vervollständigung der thematischen Gliederung sei noch eine Gruppe von Filmen genannt, die sich kritisch mit dem Antisemitismus befaßte und damit der Vergangenheitsbewältigung zuzurechnen ist: "Ehe im Schatten", "Lang ist der Weg" und "Die Affaire Blum". Der letztgenannte Film ist wohl die beeindruckendste und inhaltlich konsequenteste Trümmeranalyse des deutschen Nachkriegsfilms.
5 weitere Filme schließlich sind als Wegbereiter des Sozialismus zu verstehen, zum Beispiel "Wozzek" und "Grube Morgenrot". ...
Mehr oder weniger im Schatten der Trümmer spielend, buhlten die deutschen Nachkriegsfilme mit zahlreichen ausländischen und wiederaufgeführten deutschen Filmen um die Gunst des Publikums. Sie hatten einen schweren Stand. Auf den westdeutschen Kinomarkt kamen bis Ende 1948 sechsundzwanzig Produktionen aus den Westzonen, 8 Austauschfilme aus dem Osten, 84 deutsche Reprisen (Wiederholungen) – die fast keine Kosten verursachten, weil Kopien reichlich vorhanden waren – und 312 Filme aus dem westlichen Ausland.
Der Kinobesuch war fast die einzige erschwingliche und gern genützte Abwechslung; die Filmtheater, von denen nach Kriegsende in den Westzonen noch ein Drittel existierte, waren meist voll. 1948 war ihre Zahl von 1.150 schon wieder auf 2.975 gestiegen. Die Durchschnittpreise lagen 1946 bei 1,10 RM, 1947 bei 1,02 RM und 1948 bei 0,87 RM. ...
Die Ablenkung von der Realität stand damals eindeutig im Vordergrund. Zeitbezogenheit in irgendeiner Form, und wenn es nur der Schwenk über Hausruinen war, wurde vom breiten Publikum abgelehnt. Eine Lesezuschrift aus dem Jahre 1947 verdeutlicht das:
"Uns, die wir ein strenges Leben zu führen haben, sollten die deutschen Filme, die jetzt entstehen, Abstand vor den Kümmernissen ... des Alltags bringen. Sie sollten dafür sorgen, daß die Tür zum Grauen zufällt, daß uns der traurige Anblick der schwerverwundeten Stadt entzogen wird. Weitab rückend von jeder Zeitnähe, sollten sie uns nicht die rauhe Welt der Trümmer vor Augen führen. Den dünnen Schleier des Vergessens, den wir über das Harte und Feindliche der Gegenwart zu breiten suchen, sollte das grelle Licht der Scheinwerfer nicht durchleuchten". ...
Kritiker und Literaten hingegen forderten, "der neue deutsche Film müsse ein Abbild des heutigen Lebens sein. Er könne nur Probleme von Leuten behandeln und Konflikte, welche Konflikte des 'einfachen Mannes aus dem Volke' seien." ...
... Selbst die deutlichsten Wochenschau-Bilder, die dem Grauen gewidmet waren, vermochten die Seele der Zuschauer kaum noch anzurühren. Da ist irgendwo ein Ende. ...
Trotz allen guten Willens und mancher guter Ansätze hatte der deutsche Film der Nachkriegs-

zeit nicht die Kraft, Strukturen auf dem Markt und in den Köpfen zu verändern. ...
Das Ausland hatte wenig Interesse am Import deutscher Filme und damit an einer Stärkung der deutschen Filmwirtschaft. Vielmehr wurde eine sehr große Zahl ausländischer Filme auf den seit Jahren abgeschotteten deutschen Markt geworfen. Zusammen mit den nach und nach freigegebenen UFA-Reprisen bildeten sie eine übergroße Konkurrenz für die wenigen Neuproduktionen. ...
Die Bedingungen für einen starken eigenständigen deutschen Film waren also schlecht. Die Menschen, die diese Filme erarbeiten sollten, waren zum großen Teil dieselben, die in der NS-Zeit bereits Filme hergestellt hatten. Da es die Tradition eines filmischen Widerstands nicht gegeben hatte, existierte auch keine Basis, auf der man hätte aufbauen können. Aber im Grunde genommen war auch das Publikum dasselbe geblieben. Es wollte nach wie vor lieber in derselben Art unterhalten werden, die schon während des Kriegs so gut von der Realität abgelenkt hatte. ...
Die Trümmerfilme waren unter dem Strich Filme, die in Trümmern spielten und dem Zuschauer durch gutgemeinte Ratschläge den "richtigen" Weg weisen wollten. Sie wollten nichts grundlegend verändern, sondern nur Lebenshilfe sein. Die Trümmer- und Ruinenfilme benutzten zwangsweise die zerstörten Städte als dramaturgisches Steigerungsmittel für private Glücksverheißungen.
Ihre Regisseure unterschieden sich darin gar nicht so sehr von einigen aus dem Ausland eingeflogenen Filmteams, denen Berlin oder Frankfurt willkommene Schauplätze für allerdings wesentlich perfektere Unterhaltung ohne Aufbaupathos war.
"Nie hätte ich mir in Hollywood träumen lassen, daß man so herrliche Shots in Berlin machen kann. Es wäre unmöglich gewesen, den Film drüben zu drehen", frohlockte Billy Wilder während der Dreharbeiten zu "A Foreign Affair" ...<<
CSR: Kommunistische Politiker treten im Jahre 1948 in öffentlichen Kundgebungen für die Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein.
Nachdem man Kinder deutscher Volkszugehörigkeit 3 Jahre lang von jedem Schulbesuch ausgeschlossen hat, dürfen sie ab 1948 wieder tschechische Schulen besuchen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und den Ämtern wird ebenfalls erlaubt (x004/133-134).
UdSSR: Im Jahre 1948 dürfen viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter aus Ostdeutschland und Polen (x001/84E-87E): >>… Der überwiegende Teil der zahlreichen Lager mit teils nur wenigen hundert, teils mehreren tausend Deportierten, befand sich in den Industriebezirken am Ural, im Donez- oder Don-Gebiet.
Von den Strapazen des wochenlangen Transportes waren die Deportierten so geschwächt, daß ihnen im allgemeinen nach der Ankunft einige Wochen der Ruhe gewährt werden mußten, sollten sie wieder arbeitsfähig werden. Mit der Ankunft in den russischen Arbeitslagern hörten im großen Ganzen die Quälereien durch die Wachmannschaften auf, von denen die Verschleppten auf dem Weg in die Sammellager in Ostdeutschland und bis zur Abfahrt heimgesucht worden waren. Auch Vergewaltigungen von Frauen scheinen kaum noch vorgekommen zu sein.
Statt dessen begannen besonders im Frühjahr 1945 das Übermaß der zu leistenden Arbeit und die unzureichende Verpflegung in den Lagern katastrophale Folgen hervorzurufen. Allein die Art der zu leistenden Arbeit bedeutete eine Überforderung der Deportierten. Denn in der Regel waren es die körperlich schwersten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten.
In den Waldgebieten Nordrußlands und des Kaukasus mußten Bäume gefällt und zersägt,

daneben auch schwere Erd- und Torfarbeiten geleistet werden. In den Industrierevieren im Ural und am Donez und Don haben Frauen und Männer aus Ostdeutschland in langen Schichten unter Tage Kohle und Erz fördern müssen, und zahlreiche verschleppte Deutsche wurden hier auch zu schweren Verlade- und Transportarbeiten herangezogen und in Fabriken, Steinbrüchen und Ziegeleien oder beim Straßen- und Schienenbau eingesetzt.
Je nach Jahresfrist wechselten die Arbeiten. Im Sommer und Herbst nahm die Kolchoswirtschaft einen großen Teil der Deportierten in Anspruch; im Winter bestand die Zwangsarbeit oft darin, die Schienen- und Straßenwege von den Schneemassen freizuhalten. - Verstärkt wurden die arbeitsmäßige Überbeanspruchung und bewußte Ausnutzung durch Arbeitszeiten von oft 12 und mehr Arbeitsstunden täglich.
In diesem Zusammenhang kam vor allem dem sowjetischen Leistungs- und Normprinzip eine verhängnisvolle Bedeutung zu. Je nach Gesundheitszustand und körperlicher Verfassung in Arbeitsgruppen mit verschieden hoher Norm eingestuft, haben die Deportierten oft versucht, durch Übererfüllung der Leistungsnorm sich zusätzliche Verpflegung zu erarbeiten, da der kärgliche Normalsatz oft völlig unzureichend war.
Solche regelmäßigen Übersoll-Leistungen bedeuteten aber nicht nur eine fortgesetzte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern führten oft auch dazu, daß die Normen erhöht wurden. Im Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die mit solchen Gepflogenheiten der "Leistungssteigerung" schon vertraut waren und sich davon kaum noch antreiben ließen, sind viele Deutsche diesem ausgeklügelten System zum Opfer gefallen.
Da die Verhältnisse in den Lagern außerdem meist völlig unhygienisch waren, nahmen - trotz anerkennenswerter, aber wegen des Mangels an Medikamenten meist fruchtloser Bemühungen russischer Ärzte und Ärztinnen - Krankheiten und Sterbefälle im Jahre 1945 immer stärker zu. Weitaus die meisten Verluste, die unter den deportierten Deutschen entstanden, fielen in die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1945, als in manchen Lagern mehr als die Hälfte der Belegschaft zugrunde ging.
Für diejenigen, die diese Zeit überstanden, begann sich die Lage in der folgenden Zeit etwas zu bessern. Zwar ließ das Übermaß der Arbeit in Kohlengruben, in der Landwirtschaft, beim Holzfällen oder bei der Aufräumung von Städten nicht nach, aber allmählich wurden die Verpflegungssätze erhöht, so daß der Gesundheitszustand der Verschleppten sich besserte. Unterschlagungen von Lebensmitteln durch die Lagerleitung sowie Bestechungen und Übervorteilungen durch die Wachmannschaften, bei denen in manchen Lagern auch Polen mitwirkten, haben jedoch dazu geführt, daß auch später noch teilweise recht schlimme Verhältnisse herrschten.
Da die Lager für Zivilpersonen in Rußland ganz allgemein als Straf- oder Besserungslager galten, waren ihre Insassen im Grundsatz wesentlich schlechter gestellt als die deutschen Kriegsgefangenen. In den Jahren 1947-48 wurden in manchen Lagern die strengen Bestimmungen gelockert und den Verschleppten eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Teilweise gab es zu dieser Zeit auch eine geringfügige Entlohnung für die geleistete Arbeit, so daß die Verschleppten sich Lebensmittel oder Kleidung kaufen konnten. Soweit sich ein Kontakt mit der russischen Zivilbevölkerung ergab, zeigte diese keine Feindschaft gegenüber den Deutschen.
Schon im Sommer und Herbst 1945 waren, z.T. verursacht durch die enorm hohe Sterblichkeit, die ersten Lagerauflösungen und Rücktransporte erfolgt. Damals wurden vor allem Kranke und Nichtarbeitsfähige nach Deutschland entlassen, auch von ihnen starben noch manche unterwegs, obwohl die Verpflegung auf der Rückfahrt im allgemeinen wesentlich besser war als auf der Hinfahrt.
Nach der ersten Entlassungswelle von 1945 zogen sich die Lagerauflösungen und Rücktransporte nach Deutschland in großen Abständen und Unterbrechungen durch die Jahre 1946,

1947 und 1948 hin. Die letzten größeren Rücktransporte fanden im Jahre 1949 statt, nachdem die Verschleppten 4jährige Zwangsarbeit geleistet hatten. Seitdem sind nur noch vereinzelt verschleppte Zivilpersonen zurückgekehrt. Obwohl bekannt ist, daß noch manche von ihnen in der UdSSR leben, muß zweifellos damit gerechnet werden, daß der überwiegende Teil der nicht Zurückgekehrten in Rußland verstorben ist.
Die Höhe der durch die Verschleppungsaktion unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung hervorgerufenen Verluste kann vorläufig nur annähernd erfaßt werden. Nach allen bisher vorliegenden Ermittlungen und den Angaben der Berichterstatter über die Sterblichkeit in den Verschleppungslagern und während der Transporte muß angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Deportierten und dazu noch mehrere Tausende von denen, die zwar festgenommen und in Sammellager eingeliefert, aber nicht mehr deportiert wurden, im Verlauf der Verschleppungsaktion umgekommen sind. Die Gesamtverluste, die infolge der Verschleppung eintraten, beziffern sich sicher auf mindestens 100.000 bis 125.000 Tote.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Ungarn-Deutschen (x008/44E): >>… Schon im Sommer und Herbst 1945 trafen die ersten Züge mit Rückkehrern aus Rußland wieder in der Heimat ein. Es waren ausschließlich Krankentransporte, deren Insassen bis zum Skelett abgemagert waren. Auch die Heimkehrer der folgenden Jahre wurden nur entlassen, weil sie inzwischen arbeitsunfähig geworden waren. Seit 1948 kehrten auch Gesunde zurück, die Transporte gingen zu dieser Zeit schon in vielen Fällen über Frankfurt an der Oder, da inzwischen der größte Teil der Angehörigen der Verschleppten ausgewiesen war und in Deutschland lebte.
Insgesamt sind nach ungarischen Angaben 600.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt worden, darunter etwa 30.000 bis 35.000 volksdeutsche Zivilisten und etwa 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene.
Dies bedeutete, daß etwa 10 % der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren, während deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nach dem amtlichen Volkszählungsergebnis von 1941 nur 5,2 % für Trianon-Ungarn bzw. 4,8 % für das damalige Gesamtungarn betrug.
Die meisten verschleppten Volksdeutschen stammten aus Südwestungarn, also der ungarischen Batschka und der Schwäbischen Türkei. Das Deutschtum um Budapest wurde nur in den ostwärts der Donau gelegenen Orten radikal von der Verschleppung erfaßt. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Jugoslawien-Deutschen (x006/96E-97E): >>… Bis 1947 wurde häufig wochentags in 2 Schichten zu je 12, sonntags zu 9 Stunden gearbeitet, später in 3 Schichten zu je 8 Stunden. Die mangelnde fachliche Qualifikation für die Arbeitsleistungen, allgemeine Erschöpfung und ungenügend geschützte Arbeitsplätze führten häufig zu schweren Unfällen.
Die Ernährung war völlig unzulänglich und stand in keinem Verhältnis zur geforderten Leistung. Wenn sich die Versorgung auch allmählich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse in der Sowjetunion nach dem Kriege hob - insbesondere bedeutet das Jahr 1947 hier einen gewissen Wendepunkt - und die Möglichkeiten eines zusätzlichen Lebensmittelerwerbs, z.B. durch Arbeit auf Kolchosen, zunahm, so forderten Hunger, Unfälle und Unterernährung doch viele Todesopfer. Dazu kamen die mangelhaften hygienischen Verhältnisse, sie riefen in den Lagern zahlreiche Epidemien hervor, die durch die Überfüllung der Massenquartiere, fehlende ärztliche Behandlung und Medikamentenmangel noch gesteigert wurden.
Die ersten Kranken und Arbeitsunfähigen wurden im Sommer 1945 entlassen. Weitere Krankentransporte wurden im Laufe der Jahre 1946, 1947 und 1948 zusammengestellt. Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung dieser Lager im Oktober/November 1949. Die

Transporte wurden im Sommer und Herbst 1945 nach Jugoslawien zurückgeführt, wo man die von den Sowjets entlassenen Heimkehrer sofort in die bestehenden Zwangslager für Volksdeutsche verbrachte. Als im Laufe des Jahres 1946 weitere Volksdeutsche aus Jugoslawien mit Krankentransporten ins rumänische Entlassungslager Focsani kamen und dann in ihre Heimat weitergeleitet werden sollten, verweigerten die jugoslawischen Behörden ihre Aufnahme.
Die Transporte dieser Heimkehrer wurden dann wochenlang im Grenzgebiet zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn hin- und hergeschoben, bis sie sich zerstreuten oder sie schließlich von den ungarischen Behörden nach Österreich abgeschoben wurden.
Die Gesamtzahl der in die Sowjetunion deportierten Jugoslawiendeutschen läßt sich nach der Zahl und Stärke der ermittelten Transporte auf ca. 27.000 bis 30.000 schätzen. Die Verlustquote ist schwerer zu bestimmen, jedoch wird man annehmen dürfen, daß ca. 16 % der Deportierten in der Sowjetunion verstorben sind; die Mehrzahl der Überlebenden wurde durch Krankheiten und Entbehrungen physisch gebrochen. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über das Schicksal der in die Sowjetunion verschleppten Rumänien-Deutschen (x007/80E): >>… Schon im Spätsommer 1945 kehrten die ersten Krankentransporte nach Rumänien zurück. Weitere Transporte mit Arbeitsunfähigen folgten. In den Jahren 1946/47 wurden diese Heimkehrerzüge allerdings fast ausschließlich über Frankfurt/Oder nach Mitteldeutschland geführt; eine Rückkehr nach Rumänien wurde den Angehörigen dieser Transporte, die zum Teil jahrelang in sowjetzonalen Arbeitslagern oder zur Landarbeit eingesetzt wurden, im allgemeinen nicht gestattet. Die Masse der Deportierten wurde in den Jahren 1948/49 nach Rumänien oder Deutschland zurückgeführt; die letzten konnten erst 1950/51 heimkehren.
Nach zuverlässigen Schätzungen muß mit einer Verlustquote von nahezu 15 % gerechnet werden: mehr als 10.000 kehrten nicht zurück. Von den Heimkehrern blieb fast die Hälfte in Deutschland und Österreich.<<
USA: Im Jahre 1948 heben die letzten US-Bundesstaaten (Arizona und New Mexiko) das Wahlverbot für die nordamerikanischen Ureinwohner auf (x180/39).
China: Obwohl die Vereinigten Staaten Chiang Kai-shek mit Kriegsmaterial und militärischen Ausbildern unterstützen, beginnt im Jahre 1948 der unaufhaltsame Siegeszug der kommunistischen Truppen von Nord- nach Südchina.

1949

> Das unfehlbarste Mittel, Autorität über die Menschen zu gewinnen, ist, sich ihnen nützlich zu machen.
> *Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

01.01.1949
SBZ: Im Rahmen der Bodenreform hat man bis zum 1. Januar 1949 in der SBZ bereits 11.390 private Landwirtschaftsbetriebe enteignet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bodenreform" in der SBZ (x009/79): >>Die sog. Bodenreform der SBZ erfolgte auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht.
Ihre Grundlage sind Verordnungen der damaligen 5 Länder- bzw. Provinzverwaltungen (3.9.1945: Provinz Sachsen, 6.9.1945: Provinz Mark Brandenburg, 7.9.1945: Land Mecklenburg-Vorpommern, 11.9.1945: Land Sachsen, 12.9.1945: Land Thüringen).
Die Bodenreform wurde offiziell begründet als "unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit". Entschädigungslos enteignet wurden alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie Betriebe von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten". Mit der Enteignung war die Vertreibung der ehemaligen Besitzer und ihrer Familien verbunden. Die

Gutshäuser wurden zum großen Teil "als Wahrzeichen des Feudalismus" abgerissen.
Bis 1.1.1949 wurden aus Privatbesitz über 100 ha 7.112 Güter mit 2,5 Millionen ha, aus Privatbesitz unter 100 ha 4.278 Betriebe mit 124.000 ha enteignet. Zusammen mit dem Landbesitz des Staates, der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden ergaben sie einen Bodenfonds von rund 3,22 Millionen ha Land- und forstwirtschaftlicher Fläche.
Dieser Bodenfonds wurde verteilt: an 119.530 landlose Bauern und Landarbeiter 924.365 ha; an 89.529 Vertriebene 754.976 ha; an 80.404 landarme Bauern 270.949 ha; an 45.403 Kleinpächter 43.969 ha; an 169.427 Arbeiter und Handwerker 111.203 ha; an 39.786 Altbauern (Waldzulagen) 60.140 ha. Rund 550 Betriebe wurden als Spezialbetriebe für Saatzucht-, Tierzucht- und Forschungszwecke in "Volkseigentum" übergeführt (Volkseigene Güter).
Das den Bodenempfängern durch die Bodenreform zugeteilte Land war von ihnen zu bezahlen; der Preis je ha betrug den Gegenwert von etwa 1.000-1.500 kg Roggen; der Preis für Waldstücke wurde den örtlichen Verhältnissen entsprechend von den Bodenkommissionen festgesetzt.
Die Bezahlung konnte in bar oder natura in Raten bis zu 20 Jahren erfolgen. Bodenreform-Land darf weder ganz noch teilweise verkauft werden, es ist auch nicht teil- oder verpfändbar. Über die Landzuteilung wurde eine Urkunde ausgehändigt. Die neuen Besitzverhältnisse wurden grundbuchamtlich festgelegt, die Grundbuchblätter über die früheren Eigentumsverhältnisse amtlich verbrannt.
Gemäß Befehl 209 der SMAD sollte durch ein Bodenreform-Bauprogramm die Errichtung von Gehöften für rd. 209.000 Neubauern mittels Baumaterial- und Kreditbereitstellung ermöglicht werden. Unüberwindbare Schwierigkeiten der Materialbeschaffung haben die Verwirklichung dieses Programms verhindert ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bauern" in der SBZ (x009/55-56): >>... Die in der SBZ geläufigen Bauern-Begriffe erfahren willkürlich veränderte Ausdeutungen nach kommunistischen Grundsätzen.
Im Sinne des Klassenkampfes auf dem Lande wird differenziert zwischen "werktätigen" Kleinbauern mit "reiner Warenproduktion" ohne jede Kapitalakkumulation und "Ausbeutung" fremder Arbeitskräfte sowie zwischen Mittel- und Großbauern (bis bzw. über 20 ha Nutzfläche), die angeblich "kapitalistische" Merkmale in mehr oder weniger starkem Maße aufweisen und also Zielscheibe des Kampfes sind.
Die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubauern war eine Folge der Bodenreform; nach 1952 wurde zwischen Einzel- und Genossenschaftsbauern unterschieden. Der Kampf gegen die "Großbauern" wurde immer mehr zu einem Kampf gegen die noch privat wirtschaftenden Einzelbauern, unabhängig von der Größe ihrer Betriebe.<<
Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone erklärt am 1. Januar 1949 (x112/647): >>... Das abgelaufene Jahr brachte mit der imperialistischen Zerreißung Deutschlands durch die Remilitarisierung Westdeutschlands und durch die amerikanische Annektion des Ruhrgebietes eine schwere Bedrohung der Sache des Friedens.<<
WBZ: Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisiert am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...
Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**
Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmächtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamts für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets

verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.
Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.
Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.
Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertrugen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.
In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.
Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.
Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.
In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.
Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflußt von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt, wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stillegen?
Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands ein Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern

respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?
Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.
Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."
Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

08.01.1949

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**
Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.
Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.
Treu und Glauben. "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."
Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im "good faith", auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.
"Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht." Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Überlegungen konkurrenzmäßiger Art.
Die Pariser Wirtschaftszeitung "L'Echo de la Finance" bekräftigt das auf gut französisch: "Wir sind vor allem durch das industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art."
Unglauben. Der "Combat" in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar "mit Unglauben" aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate "zusammenhanglos und dehnbar".
Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen

Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia (Auslandsbehörde der westlichen Besatzungsmächte) für den westdeutschen Export.
Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.
Die Erzeugung von fast 7.000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industrierevier soll so verteilt werden, daß "Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen" erhalten. Deutschlands "wesentliche Bedürfnisse" werden dabei berücksichtigt.
Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die "Mindestmengen" für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.
Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edelstahle vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.
Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600.000 Tonnen.
In alle Ewigkeit. Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnend aus der dialektischen Dunkelheit der 6.000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.
Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.
Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbot den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzügel etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den Paragraphen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen.
Hundert Kilo gewalzter Edelstahl für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche Exporteur nicht billiger liefern, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.
Durch das Recht zur Regulierung des deutschen Exports hat die Kontrollbehörde die Möglichkeit, willkürlich den gesamten Handel mit Skandinavien, Spanien, Italien oder Südosteuropa zu unterbinden. In der Außenpolitik der Ruhrstatut-Mächte könnte so der Ruhrexport ein wirksames außenpolitisches Druckmittel werden.
Nach Artikel 15 darf die Behörde Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere wirtschaftliche Maßnahmen deutscher Stellen überprüfen. Sieht die Behörde diese Maßnahmen als schädlich für ihre eigenen Kohle-, Koks- und Stahldispositionen an, so kann sie bestimmen, daß solche Anordnungen abgeändert oder aufgegeben werden.
Das ist der Hiobsparagraph für jeden künftigen deutschen Wirtschaftsminister, der sein eigenes Konzept für irgendeine Wirtschaftspolitik besitzt und durchführen möchte.
Die künftige Preisbildung der Ruhrbehörde für die Grundrohstoffe bestimmt auch mit das in-

ländische Preisspiegelbild Westdeutschlands.
Letzten Endes hängt es von der Preiskalkulation der Westsignatarstaaten ab, welchen Betrag westdeutsche Hausfrauen für ihre Kochtöpfe zahlen müssen und was ihnen in Mark und Pfennig die Gasuhr am Monatsende geschlagen hat.
Auch die letzten Bayern. "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."
"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."
Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte.
Maßnahmen einer deutschen Regierung, die eine Durchführung der Kontrolle behindern, können von der Behörde ausgesetzt werden. Die deutschen Vertreter haben dann eine Einspruchsfrist von fünfzehn Tagen. Danach kann die deutsche Regierung für schuldig erklärt werden. Den Gerichtsstand für beide Teile bestimmen in jedem Falle die Signatarmächte des Londoner Ruhrabkommens.
Offene Fabriktore. Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabriktor offen.
Sie können Untersuchungen, Zeugenvernehmungen und die Durchsicht von Akten und Einrichtungen privater oder öffentlicher Organisationen durchführen. Westdeutschlands Unternehmer bangen wieder um ihre Erfindungen und Produktionsverfahren. Die Arbeiter bangen mit.
"Wir haben alles getan, um die Ruhrarbeiter zu arbeitsamen europäischen Demokraten zu machen, und nun setzt man diesen Arbeitern eine fremde kapitalistische Diktatur vor die Nase", händeringt der Betriebsrat der Zeche "Julia" in Herne.
"Stellen Sie sich folgendes vor: Eine Schnüffelkommission aus französischen Offizieren kommt ins Werk. - Ah, würde der alte Arbeiter sagen: das wird ja 1923 gespielt; die alte Tante Micum (die damalige französische Industriekommission) ist wieder da. Dann aber wird es ernst: Aus dem sumpfigen Boden des französischen Nationalismus, der an der Ruhr vorexerziert wurde, sind die Schlageters aufgestiegen. Auch der Kommunismus wurde groß. Das Ruhrabkommen liefert Moskau auch heute erstklassige Trümpfe."
Westdeutschlands Arbeiterschaft vermutet meist unbesehen in den Kontrollparagraphen die Achillesfersen eines Tausendfüßlers. Sie sucht vergeblich nach den Eigentumsbestimmungen. Ihre Funktionäre prophezeien ein rapides Absinken des Leistungswillens und der Meldungen zum Ruhrbergbau.
Eine große Sache. "Kohle - Brot und Aufbau. Helft mehr Kohle fördern und werdet Bergmann", steht in Deutsch auf dem Plakat im Zimmer 118 des US-Hauptquartiers im Frankfurter I.-G.-Haus.
Neben der drei Meter hohen Deutschland-Wandkarte mit dem rotstift-ummalten Ruhrgebiet (bis zur holländischen Grenze) hängen auf 118 seit ein paar Tagen noch mehr Plakate und Graphiken mit dem deutschen Wort "Kohle".
Davor sitzt ein grauhaariger Amerikaner im schottisch karierten Businessanzug: Mr. F. C.

Wright jr., der Berater für. Wirtschaftsfragen beim Zweimächtekontrollamt.
"Wissen Sie, das mit dem Ruhrstatut scheint eine große Sache zu sein. Ich habe mir das schon am Sonntag überlegt, als ich es in der New York Herald Tribune las." Sonst hat F. C. Wright jr. noch keine feste Meinung über die Ruhrkontrolle. "Geben Sie mir acht Tage Zeit, dann kann ich Ihnen sagen, was ich darüber denke."
Bitte Zeit. Die Franzosen sitzen am anderen Ende des Korridors. Besucher werden in dem spärlich möblierten Raum der französischen Verwalter mit routinierter Höflichkeit empfangen.
Eine Meinung über das Ruhrstatut aber haben die Frankfurter Franzosen nicht. Mit höflich neutralem Lächeln bitten sie sich Zeit aus. "Wir haben ja hier gerade erst angefangen." Ihre Regierung in Paris bezeichnet das Übereinkommen als wichtigen Schritt auf dem Wege zu künftigen Regelungen.
Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen.
Selbst bei der ausnahmsweisen Verteilung von Roheisen müssen es gerade zwölf Stimmen sein, die den Beschluß gültig machen. Falls die westlichen Kontrahenten Roheisen wollen, wird geliefert Auch wenn die deutschen Stimmen protestieren.
Kontrollrats- und UNO-Kenner prophezeien einträgliche Kuhhändel mit den Stimmen. Die Franzosen wären für jede Unterstützung ihres Planes zur Verschiffung der Ruhrkohle nach Lothringen dankbar, um die eigene Stahlproduktion auf die im Monnet-Plan vorgesehene Höhe von 15 Millionen Tonnen jährlich zu bringen.
Für Holland und Belgien ergibt sich die Möglichkeit, gegen ihr Jawort die drei französischen Stimmen für eine mögliche Transportbevorzugung der belgisch-holländischen Häfen einzuhandeln.
"Ich denke da an das Feilschen der einzelnen westeuropäischen Staaten beim O.E.C.C. (Marshallplan-Büro) in Paris über die Verteilung der ERP-Dollar erinnert sich Professor Erhard. "Warum sollten da jetzt ausgerechnet hinter dem Ruhrstatut hehre Ideen stehen?"
Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer durchdrücken.
Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues Westeuropas zurückzustellen.
Eine kleine Garantie. Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt. Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.
Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen".
Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.

An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.
"Das kommt vielleicht später noch", tröstet der Londoner "Observer" und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal "etwas Vertrauen" zu schaffen. Auch der "Nieuve Rotterdamsche Courant" plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner "Times" weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber "nur mit Gedächtnisschwund" zu entschuldigen.
Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.
Nicht über den Weg. Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.
Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.
Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.
Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähne zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.
"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.
Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben.
UNTER DEM RUHRSTATUT
ANTEIL DES RUHRGEBIETS
WEST-DEUTSCHLAND = 100 %
95 % DER STEINKOHLENVORRÄTE
90 % DER KOHLENPRODUKTION
80 % DER EISENSCHAFFENDEN INDUSTRIE
87 % DER ROHSTAHLPRODUKTION

65 % DER GIESSEREIEN

KOHLEN-EXPORT der britischen Zone in Mio. Tonnen

	1947	**1948**
FRANKREICH	1,7	4,6
LUXEMBURG	1,5	2,3
BELGIEN	0,7	1,2
HOLLAND	1,0	1,7
DÄNEMARK	0,8	0,6
NORWEGEN	0,4	0,2
SCHWEDEN	0,1	0,7
ÖSTERREICH	1,4	2,3
ITALIEN	0,9	1,5
SONSTIGE	0,5	0,8<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Jeder Fünfzehnte ...**

Drei Noten gingen am Montag gleichzeitig im Moskauer Außenministerium ein. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich ließen durch ihre diplomatischen Vertreter anfragen, ob Rußland die noch in seiner Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 entlassen habe. Das war zwischen den Außenministern der großen Vier am 23. April 1947 beschlossen worden.

In ihrer Anfrage machten die Westmächte gleich die Gegenrechnung auf. In der englischen Note wurde von den 447.367 Kriegsgefangenen aus Rußland gesprochen, die nachgewiesenermaßen bis Ende 1948 in Deutschland eingetroffen sind. Die Schlußfolgerung: Noch mindestens 200.000 deutsche Kriegsgefangene müssen sich in sowjetischer Hand befinden.

Molotow schwieg, wie er auch die britische Note vom 9. März 1948 "über die gegenseitige Benachrichtigung von Todesfällen kriegsgefangener Soldaten" nicht beantwortet hat. Statt dessen schlug die "TASS" Lärm. "Lügner" und "Verleumder" wurden die westlichen Anfrager gescholten, und nach den west-verfügten PoW's wurde gefragt, die angeblich auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens Kriegsdienste leisten dürfen. Nur für die deutschen Mithörer gab es ein Trostpflästerchen: Der Rest der Kriegsgefangenen wird dem sowjetischen Plan entsprechend im Laufe des Jahres 1949 nach Deutschland zurückgebracht werden.

Wie viele Deutsche es genau sind, die noch ein Jahr russische Kriegsgefangenschaft vor sich haben, weiß niemand. Es gibt in ganz Deutschland keine amtliche Stelle, die nachzuforschen hätte, wieviel Deutsche sich heute noch außer Landes befinden oder in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Karitative Organisationen und politische Parteien haben auf eigene Faust recherchiert.

In Hannover in der Odeonstraße bei der SPD-Reichsleitung macht dies von parteiamtswegen Hans Stephan. Was in den Heimkehrerlagern die Angehörigen verschollener Kriegsgefangener aus privater Herzensnot tun, daß sie nämlich den heimkehrenden Kameraden die Bilder ihrer Vermißten vorhalten, hat Stephan zu einem System erhoben. Er sammelt Einzelnachrichten von Ostheimkehrern und trägt aus vielen tausend Steinchen ein Kriegsgefangenen-Mosaik zusammen.

Ursprünglich war dem einstigen Breslauer SPD-Kassierer, Ostvertriebenen und Ägypten-PoW mehr die propagandistische Seite des Kriegsgefangenenproblems ans Herz gelegt worden. Er sollte Außenminister Molotow Lügen strafen. Der hatte nämlich am 31. März 1947 die Zahl der in der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen mit 890.532 angegeben. Diese Zahl schien

vielen Deutschen, vielen Ausländern - noch in der britischen Note vom Montag wird sie wieder in Zweifel gezogen - und dem SPD-Reichsvorstand viel zu niedrig. Die Odeonstraße startete eine Aktion, um die wirkliche Zahl aller Rußland-Gefangenen herauszubekommen (vgl. Spiegel Nr. 19/47).
Hans Stephan fing an zu sammeln. Stoßweise schüttete die Post einzelne Angaben und Mitteilungen auf seinen und seiner Mitarbeiter Schreibtische. Je länger er sammelte und je intensiver er auswertete, um so mehr begriff er, wie Molotow zu den 890.532 gekommen war.
Hans Stephan rechnet so: Die sowjetamtliche TASS-Agentur hat im April 1945 3,8 Millionen Deutsche in russischer Hand gemeldet. Wenn man den Durchschnittssatz von 20 Prozent Zivilinternierten von den TASS-Zahlen abzieht, so bleiben drei Millionen deutsche Kriegsgefangene, die sich im Mai 1945 in russischer Hand befanden. Seitdem seien, will Stephan errechnet haben, 1,5 Millionen entlassen worden, eine halbe Million amtlich zugegebener stehe noch aus. Die restliche Million deutscher Männer müsse aber wohl abgeschrieben werden.
Von den seit Februar 1948 im Lager Friedland befragten Heimkehrern sind 690.000 Namen von Soldaten genannt worden, die während der Gefangenschaft verstorben sind. Durch Friedland wird bestenfalls nur ein Drittel aller Ostheimkehrer geschleust. Mögen sich die Angaben auch oft überschneiden, sagt Hans Stephan, so ergibt sich doch, daß jeder siebenzigste Deutsche, jeder fünfzehnte deutsche Soldat in der sowjetischen Gefangenschaft erfroren oder verhungert ist.
Lage und Name von über 1.000 Kriegsgefangenenlagern in West-Rußland hat Hans Stephan feststellen und in eine Karte eintragen lassen. Das Material über die Lager jenseits des Ural ist noch zu unvollständig, um veröffentlicht zu werden.
Das aber konnte man in Erfahrung bringen: Die Lager der Nummern 1.000 bis 6.050 sind Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. Die Lager der Nummern 6.300 bis 6.500 unterstehen der Roten Armee und arbeiten für sie. Die Insassen von 7.000 bis 7.961 sind in Bergbau, Straßenbau, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt.
Ergänzt werden Hans Stephans Ermittlungen durch den Kriegsgefangenenausschuß des Stuttgarter Länderrats. Der hat aus Heimkehrermunde von zwölf Schweigelagern in der Sowjetunion erfahren. Deren Insassen dürfen auch heute noch nicht nach Hause schreiben. Die Zahl zwölf wird als Mindestangabe geschätzt. Wahrscheinlich gibt es noch viel mehr Lager, deren Insassen wie in einem lebendigen Sarge gehalten werden.
Die Stuttgarter wissen auch von mindestens 28.000 weiteren Kriegsgefangenen, die Polen noch zurückhält. Von ihnen sollen nur einmal die entlassen werden, die in der Sowjetzone beheimatet sind. So hat es Moskau der Warschauer Regierung befohlen. Warschau selbst gibt eine andere Auskunft. Es will erst dann die West-Beheimateten nach Hause schicken, wenn ein entsprechender Vertrag abgeschlossen ist. Mit wem dieser Vertrag zu schließen sein würde, sagt Polen nicht.
Hans Stephan wird weiter sammeln und auswerten müssen. Nach dem russischen "Vertragsbruch", wie "OMGUS-Berlin" kommentierte, bleibt ihm zumindest noch für 1949 Arbeit genug. Mit ihm warten die Angehörigen in Deutschland. Für sie hatte die sowjetisch lizenzierte "Berliner Zeitung" zu Weihnachten einen wohlgefälligen Trost: "Wer einen Kriegsgefangenen aus dem Osten erwartet, weiß sicher, daß er heimkehren wird. Sie leben friedlicher als wir, formen sich schneller als wir zu neuen zukunftsfrohen Menschen und Friedenskämpfern."<<

10.01.1949

WBZ: Die alliierte Aufsichtsbehörde lehnt am 10. Januar 1949 die Teilnahme von Lehrern an der Schulspeisung weiterhin ab (x117/103): >>... Der Nutzen des Schulspeisungs-Programms ... kann nicht zu niedrig eingestuft werden. Unglücklicherweise haben jedoch die Begrenzungen der verfügbaren Nahrungsmittel und Gelder auch dem Umfang des Programmes Beschränkungen auferlegt.

Infolgedessen sind wir der Meinung, daß – obwohl wir gegen den Grundsatz, daß Lehrer an dem Schulspeisungsprogramm teilnehmen, keinen Einspruch erheben – wir dennoch die Zuteilung zusätzlicher Nahrungsmittel für diesen besonderen Zweck nicht genehmigen können.<<

11.01.1949

Polen: Der Präsident der Republik erläßt am 11. Januar 1949 ein Gesetz über die Eingliederung der Verwaltung der Wiedergewonnenen Gebiete in die allgemeine Staatsverwaltung (x003/488): >>Art. 1. Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete wird aufgelöst.
Art. 2. 1. Die nach den bisherigen Vorschriften der Zuständigkeit des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete unterliegenden Angelegenheiten gehen in den Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Minister über. ...<<
Durch diesen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt werden die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie in den polnischen Staatsverband eingegliedert. Polen gibt damit zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium betrachtet, sondern diese deutschen Provinzen für immer behalten will (x001/122E-123E).

12.01.1949

SBZ: Die Deutsche Verwaltung des Innern ordnet am 12. Januar 1949 die faktische Gleichstellung aller freien kulturellen Vereinigungen in der sowjetischen Zone an (x112/651): >>Der Kampf für die Erfüllung des Zweijahresplanes macht die Entfaltung einer Massenkulturarbeit erforderlich. ... Zur Förderung der Volks- und Laienkunst in künstlerischen und materiellen Fragen sollen deshalb die schon bestehenden Gruppen und Vereine in die demokratischen Massenorganisationen eingegliedert und durch sie weiterentwickelt werden.
In den Betrieben werden die bestehenden Volkskunst und volksbildenden Gruppen aller Art – außer den Jugendgruppen – der Betriebsorganisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes angegliedert. ...
Die demokratischen Massenorganisationen, FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund, Bund Deutscher Volksbühnen, Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, haben im Rahmen ihrer Aufgaben das Recht, lokale (örtliche) Volkskunst und volksbildende Gruppen zu bilden und zu unterhalten.<<

17.01.1949

WBZ: Die westlichen Besatzungsmächte richten am 17. Januar 1949 ein militärisches Sicherheitsamt ein, um die westdeutsche Entmilitarisierung zu überwachen.

19.01.1949

WBZ: Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schreibt am 19. Januar 1949 über die Einsetzung der Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) durch die Siegermächte (x112/640): >>... Ich hätte lieber gesehen, wenn in einer Stellungnahme zum Ruhrstatut darauf hingewiesen worden wäre, was die Situation so unbefriedigt erscheinen läßt, nämlich die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik, wie sie heute betrieben wird, eines sachlich bedingten Programmes entbehrt, auf das sich die entscheidenden deutschen Stellen und die Besatzungsstellen einigen. In dem heutigen Hin und Her kann die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes nicht gefunden werden.
Es muß unsere Aufgabe sein, immer wieder auf diesen wunden Punkt hinzuweisen, und um diesen entscheidenden Punkt muß sich die Diskussion bewegen. Es wird wohl der Westregierung vorbehalten bleiben, an diese Aufgabe heranzugehen. Ich befürchte nur, daß unsere Partei allzusehr geneigt sein wird, ihr Gewicht in die negative Schale zu legen, weil sie sich nicht aufraffen kann, den heutigen völlig veränderten Verhältnissen mit einer neuen Politik zu begegnen.<<
Ein vertriebener Schlesier berichtet am 19. Januar 1949 über sein Leben im Westen (x024/-

251): >>19.01.1949: ... Leider bin ich noch immer arbeitslos. ... Heimisch werden wir hier nie und nimmer werden. ...<<

20.01.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. Januar 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/90-96): >>20. Januar 1949. Der Kopftausch geht weiter. Kopftausch ist der amtliche Ausdruck für den Austausch von vermißten Kindern, die von Ost nach West oder von West nach Ost geleitet werden. Heute kamen 586 Kinder aus dem Osten nach Friedland an und umgekehrt wurden 170 Kinder aus Westdeutschland zu ihren Eltern nach Ostdeutschland geschleust. ...

... Nirgendwo wird die Teilung Deutschlands in zwei Hälften deutlicher sichtbar als hier. Hier, an einer der wenigen Nahtstellen, die es zwischen Osten und Westen noch gibt.

Alle Sanitätswagen, die der Lagerleitung zur Verfügung standen, waren bis zum Schlagbaum beordert worden und hier in Reihe aufgestellt. Auch von "drüben" waren Wagen herangekommen, hielten an der dortigen "Grenze" und dann begannen die Helfer damit, das Gepäck zu übergeben und zu übernehmen.

Das war nicht ganz einfach. Mitten im Niemandsland, genau an der "Grenze", ist ein breiter und tiefer Sperrgraben ausgehoben worden, damit ja niemand auf den Gedanken kommen kann, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu fahren. Dieser Graben soll das verhindern. Um aber ganz sicher zu gehen, wurde außerdem noch von sachkundiger Hand ein regelrechter Stacheldrahtverhau gezogen.

... Dann war auch das letzte Bündel übergeben, das letzte Formular überreicht, die letzte Unterschrift geleistet. In den Sanitätswagen hatten es sich die Kinder bereits bequem gemacht. Andere fuhren in Omnibussen. Das Lager nahm sie auf.

In den Kinderbaracken begann es bald lustig und fröhlich zu werden. Bei all dem schweren, daß diese Mädel und Jungen durchmachen mußten, hat ihnen doch die Kindheit geholfen, sich eine gewisse Unbekümmertheit zu bewahren. ...

Nach einiger Zeit, als sich die Freude und die laute Fröhlichkeit legte, Ruhe und eine lastende Stille eintrat, merkte jeder, daß diese Kinder nicht nur unermeßliches Leid mit ansehen, sondern auch selbst durchstehen mußten. Körperliche Qualen, seelische Schmerzen.

Diese schlimmen Erlebnisse und Leiden haben ihre Zeichen in den Gesichtern hinterlassen. Dort wurde eingraviert, was es heißt, ohne Vater und ohne Mutter, fern der Heimat, voller Erschütterungen ein kleines Leben, angefüllt mit Sehnsucht nach einer liebenden Hand, zu fristen.

Später wurden alle Kinder noch einmal zur Lagerleitung gerufen. Man fragte sie aus, ob nicht doch eines von ihnen Angaben über andere vermißte Kinder machen konnte. Einzeln traten sie herein. Jedes von ihnen hatte eine große Schnur um den Hals mit einem Pappschild, auf dem der Name geschrieben war. Andere waren mit Erkennungsmarken aus Blech versehen, auf denen Name, Geburtsdatum und manchmal auch die Anschrift der Eltern zu lesen stand. ... Viele Kinder wußten damals nicht mehr als ihren Vornamen. ...

Noch immer warten viele tausend Kinder in Ost und West darauf, zu ihren Eltern zurückkehren zu können. ... Deshalb fragen wir die Kinder auch noch einmal aus. Manchmal bringt eine winzige Angabe den Anstoß zur richtigen Spur. ...

Nach unseren Unterlagen befinden sich noch versprengte Kinder in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Belgien, Dänemark – um nur einige Länder zu nennen. Das DRK konnte bereits nach dem Kriege 17.000 Kinder wieder den richtigen Eltern zuführen. Ein hartes, aber schönes und segenbringendes Stück Arbeit. Nach den anderen Tausenden, die noch auf den Vater oder die Mutter warten, müssen wir weitersuchen.

Abends waren bereits über 400 Kinder, von DRK-Schwestern begleitet, mit den Zügen unterwegs zu ihren Eltern irgendwo in Westdeutschland. ...

Manches Kind wird allerdings vergeblich auf die Eltern warten. Der Vater liegt vielleicht auf einem Soldatenfriedhof ... Die Mutter ruht an einer der großen Rückzugsstraßen aus dem Osten. ...<<

USA: US-Präsident Truman fordert am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unser Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigteren Weltgegenden eine Gefahr.

Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.

Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...

Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.

Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.

Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.

Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<

22.01.1949

Berlin: "Der Tagesspiegel" ruft die Berliner am 22. Januar 1949 zum Widerstand auf (x116/-30): >>OSTBERLINER: Passiver Widerstand ist euere Antwort auf den Stadt-Sowjet. ...

Verweigert die Teilnahme an den Versammlungen und Aufmärschen des kommunistisch regierten "Demokratischen Blocks"; die Unterschriften unter Listen der offenen und getarnten kommunistischen Organisationen wie des "Demokratischen Frauenbundes"; die Mitarbeit in den volkseigenen Betrieben; die Auskünfte der Hausobleute, die euch kontrollieren und denunzieren sollen.

Boykottiert die russisch lizenzierten Zeitungen, die samt und sonders deutschfeindlich sind; die Erzeugnisse der "volkseigenen" Betriebe oder "Treuhand-Betriebe"; die Bücher aus den "Staatsverlagen"; die "Staats-Theater" des illegalen Stadt-Sowjet. ...

WESTBERLINER: Fallt euren Mitbürgern nicht in den Rücken. Unterstützt keine der vom Stadt-Sowjet, von der SED oder einer ihrer Gliederungen kontrollierten Einrichtungen. Beobachtet die Lauen und Schwankenden unter euch. Stellt euch hinter die vom Oberbürgermeister Reuter geleitete Regierung Berlins.

Fordert die Westmark als alleiniges Zahlungsmittel, den wirtschaftlichen und den politischen Anschluß an Westdeutschland, freie Verkehrswege zwischen Berlin und dem Westen, kulturelle Souveränität und intensive Pflege künstlerischen Lebens in Westberlin.<<

24.01.1949

SBZ: Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Politbüro" (x009/330-331): >>... Den Weisungen des SED-Politbüros, das die Richtlinien seiner Arbeit vom Präsidium der KPdSU erhält, sind faktisch sowohl die Partei-Apparate der SED als auch sämtliche Massenorganisationen und der Staatsapparat der SBZ unterworfen.

Sitzungen des Politbüros finden in der Regel wöchentlich statt. An wichtigen Sitzungen nimmt der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin teil. Das Politbüro wurde im Januar 1949 im Zuge der Angleichung des SED-Apparates an die Struktur der KPdSU gegründet; es übernahm die Funktion des im Juli 1950 auch offiziell aufgelösten Zentralsekretariats. ...

Alle Mitglieder und Kandidaten werden ständig von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes begleitet ("Schatten") und wohnen in einem von Außenwelt hermetisch abgeschlossenen Reservat in Wandlitz bei Berlin.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Zentralkomitee" (x009/502): >>... Das Zentralkomitee soll mindestens alle 4 Monate tagen.

Gemäß Statut soll das ZK die Vertreter der Partei in den höchsten leitenden Stellen des Staatsapparates und der Wirtschaft bestimmen, die Kandidaten für die Volks- und Länderkammern bestätigen. Es hat das Recht, zwischen den Parteitagen "Parteikonferenzen" einzuberufen.

Die eigentliche Parteiführung und politische Macht liegen jedoch nicht bei diesem, lediglich vorliegende Beschlüsse annehmenden, repräsentativen erweiterten Vorstand, sondern in den Händen des Politbüros, des Sekretariats und der nicht gewählten Abteilungsleiter und Mitarbeiter des ZK. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sekretariat des ZK der SED" (x009/391): >>... Nach dem Modell des Sekretariats der KPdSU hat Ulbricht als 1. Sekretär die Befugnisse des Sekretariats des ZK weit über die statutenmäßig festgelegten Aufgaben erweitert.

Den Mitgliedern des Sekretariats des ZK unterstehen die einzelnen Fachabteilungen des ZK. Über sie sowie über die Büros der SED-Bezirks- und Kreisleitungen lenkt und kontrolliert das Sekretariat des ZK den gesamten Parteiapparat und die Parteiorganisation der SED. Es gibt keinen staatlichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, der nicht vom Sekretariat des ZK beaufsichtigt und angeleitet wird.

Im Gegensatz zur KPdSU ist jedoch die oberste Entscheidungsinstanz der SBZ das Politbüro, dem sämtliche Mitglieder des Sekretariats als Mitglieder oder Kandidaten angehören. ...<<

27.01.1949

Berlin: Walter Ulbricht erklärt am 27. Januar 1949 während der ersten Parteikonferenz der SED (x112/656): >>... Wir betrachten Berlin nicht etwa als eine Stadt oder als ein Land der Ostzone, sondern Berlin heißt die Hauptstadt Deutschlands.

Wir haben deshalb auch nicht die Absicht, Berlin in die Ostzone einzugliedern.<<

SBZ: In Leipzig beginnt am 27. Januar 1949 die sog "Literarische Reform der Leihbüchereien" (x112/656-657): >>... Da der ideologische Klärungsprozeß in unserer Zone gewaltige Fortschritte gemacht hat und mehr und mehr auch zur Stärkung eines neuen kulturellen Bewußtseins führte, ist es an der Zeit, auch im Hinblick auf das vorhandene Unterhaltungsschrifttum neue Maßstäbe anzulegen.

Die Leipziger Leihbuchhändler beschließen deshalb in ihrer heutigen Fachversammlung einstimmig, zunächst sämtliche noch vorhandene Bücher nachfolgender Autoren aus den Buchbeständen zu entfernen und zu vernichten:

Eufemia von Adlersfeld-Ballestrem, Friede Birkner, Walter Bloem, Hedwig Courths- Mahler, Natalie von Eschstruth, Rudolf Herzog, F. Lehne (Helene Butenschön), E. Marlitt (Eugenie

John), Anny von Panhuys, Gert Rothberg (Gertrud Jähne), Friedrich von Schlicht (Wolf Graf von Baudissin), Rudolf Stratz, Anny Wothe (Anny Mahn).
Eine Ausleihe dieser Bücher erfolgt ab sofort nicht mehr.<<

29.01.1949

WBZ: Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) berichtet am 29. Januar 1949 in seinem Tagebuch (x112/658): >>Wenn ich mir die Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands überlege: hier Marshall-Plan, Westeuropa-Union, Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft, Ruhrstatut, Bonner Verfassung, Lastenausgleich, Steuerentwicklung usw. usw., dort Deutsche Wirtschaftskommission, SED-Herrschaft, Russifizierung der Wirtschaft und des Menschen usw., dann komme ich zu dem Ergebnis, daß – jedenfalls zur Zeit – weder die Westmächte noch Rußland im Grunde die Einheit Deutschlands wollen, daß nur beide nicht darüber sprechen. ...
So habe ich die Befürchtung, daß sich der augenblickliche Zustand festigt und verewigt: wir Deutschen sind nur Objekte der Außenpolitik, die Einheit Deutschlands wird sich niemand etwas kosten lassen, wenn man sich mit der Teilung billiger verständigen kann.<<

31.01.1949

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 31. Januar 1949 (x095/86): >>... Was uns am bittersten nottut, das ist eine westdeutsche Regierung. Bei den Zuständen, wie sie in der Ostzone herrschen, völlig Sowjetisierung, schrankenlose Herrschaft der SED und der Russen, Aufstellung einer stark bewaffneten Polizeimacht mit sowjetrussischer und SED-Tendenz, ist an eine Wiedervereinigung aller Zonen einstweilen nicht zu denken.
Eine westdeutsche Bundesregierung ist aber absolut notwendig, damit die 3 Westzonen bei der europäischen Entwicklung sowie beim Ruhrstatut mitsprechen können. Wir stehen im Parlamentarischen Rat kurz vor der Beendigung des Schaffung eines Grundgesetzes, der ersten Voraussetzung für das Inslebenrufen einer westdeutschen Bundesregierung. ...<<
Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 31. Januar 1949 über die Flüchtlingsbewegung bzw. den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern vom 18.12.48 bis 23.1.49 (x005/541-542): >>1. Die illegalen Grenzübertritte durch sudetendeutsche Flüchtlinge aus der CSR im Gebiet Neuhausen - Wildenau haben in der vorgenannten Zeit einen starken Rückgang erfahren.
In der Berichtszeit waren nur 338 illegale Grenzübertritte durch Sudetendeutsche zu verzeichnen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber Vorberichten um 55 %. Der Hauptgrund hierfür dürfte in den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu suchen sein.
Einzelne Transporte wurden wieder wie früher durch deutsche Mittelsmänner an die Grenze gebracht, von tschechischen Finanzbeamten abgefertigt und an verschiedenen Stellen über die Grenze abgeschoben. Es handelte sich hierbei durchwegs um kleinere Transporte.
Am 21.1.49 erschien bei Neuhausen ein Transport von 15 Sudetendeutschen. Dieser wurde von einem Deutschen namens V. organisiert. Die Personen kamen aus dem Aussiedlungslager Eger/CSR, und nach ihren Aussagen sollen in nächster Zeit weitere Transporte aus diesem Lager in Bayern eintreffen. Für die Transportkosten mußten pro Person 300,- Kc entrichtet werden.
In der Berichtszeit überschritten im Stellenbereich Waidhaus wieder 79 sudetendeutsche Flüchtlinge in Gruppen bis zu 12 Personen illegal die grüne Grenze. Hierbei handelte es sich weniger um organisierte Transporte, sondern lediglich um kleine Gruppen, die der langwierigen Aussiedlung über das Aussiedlungslager Domazlice (Taus/CSR) nach Furth im Wald entgehen wollten.
Ein Hauptgrund für diese Personen zur illegalen Überschreitung der Grenze ist immer wieder die Möglichkeit der Mitführung von größeren Gepäckstücken, während bei der legalen Aussiedlung nur Gepäck bis zu einem Gewicht von angeblich 30 kg mitgenommen werden

kann.<<

Januar 1949

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Januar 1949 täglich 1.779 Kalorien zugeteilt (x117/31).

03.02.1949

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates der sowjetischen Zone berichtet am 3. Februar 1949 über die drohende Zerstückelung Deutschlands (x112/660): >>... Wir stehen in unserem Kampfe nicht allein. Die mächtige Sowjetunion, die Völker Ost- und Südosteuropas, die fortschrittlichen Parteien Westeuropas unterstützen unsere Forderungen in Wort und Tat.<<

05.02.1949

Berlin: Walter Ulbricht fordert am 5. Februar 1949 während einer Konferenz der Hennecke-Aktivisten (x112/661): >>... Die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größte Sorgfalt in der Arbeit. ...

Organisation des Wettbewerbs, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zu Massenwettbewerben aller Werktätigen. Organisierung der Produktionsberatungen, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material. ...

Breiteste Anwendung des Leistungslohnes, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei.<<

09.02.1949

SBZ: Die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) ordnet am 9. Februar 1949 die Einführung von Planungs-, Materialversorgungs- und Statistikabteilungen an (x112/663): >>Bei den Räten der kreisfreien Städte und Landkreise sind Abteilungen "Planung, Materialversorgung und Statistik" zu bilden. Der Leiter der Abteilung untersteht dem Oberbürgermeister bzw. Landrat. ...

(Sie haben) die Erstellung und Durchführung der volkswirtschaftlichen Pläne zu gewährleisten, die Verteilung der Kreiskontingente nach den Weisungen der Hauptabteilung Materialversorgung durchzuführen, durch systematische Überwachung der Bedarfsanforderungen eine reale Bedarfsermittlung zu garantieren und unverhältnismäßig hohe Bestände und widerrechtlich beschaffte Materialien im Einvernehmen mit dem zuständigen Kontingentträger umzudisponieren, die volkswirtschaftlichen Pläne abzurechnen.<<

12.02.1949

WBZ: Rund 1.000 Juden, ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, wandern am 12. Februar 1949 nach Israel aus.

13.02.1949

Rumänien: Nach längeren Verhandlungen wird am 13. Februar 1949 das "Deutsche antifaschistische Komitee für Rumänien" oder, wie es später genannt wird, das "Antifaschistische Komitee der deutschen Werktätigen in Rumänien" gegründet (x007/101E).

23.02.1949

WBZ: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 23. Februar 1949 vor der Presse (x112/667): >>1. Die französischen und britischen Besatzungstruppen sollen sofort zurückgezogen werden.

2. Die amerikanischen und russischen Truppen sollen sich umgehend aus Mitteldeutschland zurückziehen. Diese Einheiten sollen an die West- bzw. Ostgrenze Deutschlands verlagert werden.

3. Während der Übergangszeit sollen sowohl die West- als auch die Ostmark ihre Gültigkeit beibehalten.

4. Berlin soll als Viermächte-Stadt verwaltet werden, wobei jede Macht dort geringe Trup-

penbestände belassen soll.
5. Eine deutsche Zentralregierung soll ihre Funktionen in Berlin so bald als möglich aufnehmen.<<

26.02.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 26. Februar 1949 anläßlich des 50. Geburtstages des deutschen Schriftstellers Erich Kästner (x112/668): >>... Er weicht nicht aus und deckt die soziale, politische und menschliche Problematik mit respektloser Offenheit auf. In einem Panoptikum seiner Zeit marschieren die Typen auf: der Bankier und Generaldirektor, die Aktionäre und Hochstapler, die Fememörder und Industrie-Strauchritter, die sadistischen Sergeanten und blutrünstigen Generäle, die Barfräuleins und fetten Genießergestalten, die verlogenen Pauker und die bedauernswerten Primaner in Uniform.
Er wird zu einem literarischen George Grosz und kratzt die ganze kapitalistische Kulturtünche ab, die Heldenmystik, Parlamentarierphrasen und nationalistische Kraftprotzerei.<<

WBZ: Im Verlauf der letzten Sitzung des CDU-Zonenausschusses (in Königswinter) erklärt Konrad Adenauer am 26. Februar 1949 zur bevorstehenden Wahl des ersten Deutschen Bundestages (x112/667): >>Für uns folgt jetzt als erste Forderung – wie wir sie verwirklichen sollen, das ist mir noch nicht klar -, daß wir in irgendeiner Form dafür sorgen, daß die CDU/CSU in den drei Zonen, und wenn Berlin genehmigt wird, einschließlich Berlin als eine Partei erscheinen. ...
Wenn bei der Wahl zum Bundestag eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit infolge des Wahlgesetzes, das gestern mit Hilfe der FDP verabschiedet wurde, kommt, dann trägt die Fraktion der FDP in Bonn volle Schuld daran. Sie allein ist dann schuld. ... Das ist die üble Lage für uns.<<

28.02.1949

SBZ: Auf dem 3. LDPD-Parteitag gibt der Parteivorstand am 28. Februar 1949 seine letzten Selbständigkeitsbestrebungen auf und unterwirft sich der SED.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.
All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion.
Den kommunistischen Parteien Westeuropas blieb auch das letzte nicht erspart. Die Parteiführer wurden Ende Februar 1949 angehalten, öffentlich zu erklären, daß die kommunistischen Parteien im Falle einer militärischen Auseinandersetzung die sowjetischen Truppen unterstützen würden. ... Damit wurde der letzte Anschein einer Unabhängigkeit aufgegeben. Die Partei erklärte sich offen zum Hilfsverband der Sowjetarmee.<<

Berlin: Die Berliner Wechselstuben zahlen am 28. Februar 1949 für 1 DM (West) = 4,10 DM (Ost).

WBZ: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird am 28. Februar 1949 in Köln erstmalig wieder ein Rosenmontagszug veranstaltet.
Die beliebtesten Karnevalsschlager sind damals (x112/669): >>... In Münster: "Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band ...";
in Köln: "Wer soll das bezahlen? ..." von Jupp Schmitz;
in Düsseldorf ist der Schlager der Saison: "Du darfst mich lieben für drei tolle Tage, du mußt

mich küssen, das ist deine Pflicht! Du kannst mir alles, alles Schöne sagen. Nur nach dem Namen frag mich bitte, bitte nicht" von Hans-Ludwig Lonsdorfer. Der Volksmund nennt diesen Schlager damals "Alimentenlied".<<

Februar 1949

SBZ: Der ehemalige Leiter eines Beerdigungskommandos des sowjetischen Internierungslagers Sachsenhausen berichtet im Februar 1949 (x026/97): >>Im Februar 1949 entstand in der Kommandantur erhebliche Aufregung, der Grund dafür sprach sich schnell herum, der Nachrichtendienst im Lager funktionierte stets prompt und schnell: Internierte hatten einige der Pappschilder gefunden, die man den Toten an die Beine band und die beim Transport zum Friedhof verlorengegangen waren.

Es kam der Befehl, die Toten ohne diese Schilder zu beerdigen, um jede Möglichkeit der Zählung zu verschleiern. Nichts fürchtete man damals russischerseits mehr als ein Bekanntwerden der Totenzahl außerhalb des Lagers.

Aber die Zahlen waren bekannt. Es waren inzwischen in Sachsenhausen 19.000 beerdigt worden, besser eingescharrt. Das Lager ist bis 1950 praktisch zweimal ausgestorben! Auf dem Friedhof war es verboten, irgendwelche Blumen zu pflanzen. Auch die Hügel der Toten, die nach Zuschütten der Toten ca. 50 cm hoch waren, durften nicht neu aufgeschüttet werden. Es sollte nach Möglichkeit alles schnell dem Erdboden gleichgemacht werden. ...<<

01.03.1949

SBZ: Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) berichtet am 1. März 1949 in der Zeitschrift "Einheit" über die SED (x112/669): >>... (Die Partei habe) die Verstärkung des Studiums der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... zu einer besonderen Aufgabe unserer Schulungsarbeit gemacht. ...

Unsere Mitglieder haben erkannt, daß eine demokratische Entwicklung Deutschlands nur im engsten Anschluß an die Sowjetunion möglich ist. Im Leninismus erblicken wir den unverfälschten Marxismus ...

Wir haben in der Parteidiskussion die Theorie des "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" zerschlagen, die ... auch antisowjetischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub leistete.<<

15.03.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

31.03.1949

SBZ: Nach offiziellen Angaben der Umsiedlerämter halten sich am 31. März 1949 insgesamt 4.442.318 - davon sind 1.874.736 männliche und 2.567.582 weibliche Vertriebene - in der SBZ auf (x009/131).

Von 1945 bis 1949 sind bereits rund 500.000 bis 600.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in das Gebiet der späteren BRD abgewandert.

März 1949

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1949 täglich 1.843 Kalorien zugeteilt.

04.04.1949

USA: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

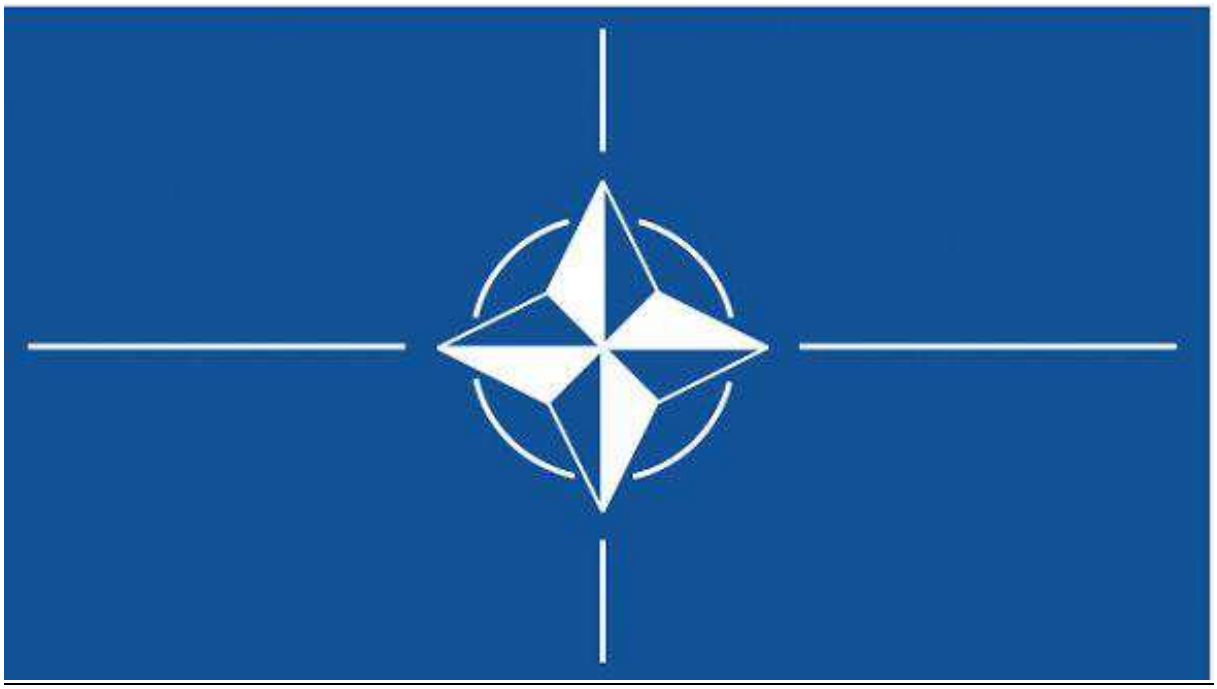


Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) heißt es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 heißt es z.B. (x301/154-155):

>>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesen-

reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht.

Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.
Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".
Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.
Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.
Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

08.04.1949

WBZ: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

USA: Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).
Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:
I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fortdauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.
II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:
a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutsch-

land oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.
III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.
Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.
Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<
>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...
IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<
Das "neue Besatzungsstatut" tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

09.04.1949

WBZ: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".
Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

11.04.1949

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).
Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.
Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklagepunkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.
Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk (x051/532): >>Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf von (Titel 1925 durch Adoption erhalten), geboren in Rathmannsdorf (Anhalt) 22.8.1887, gestorben in Essen 4. März 1977, deutscher Politiker, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, im Ersten Weltkrieg Offizier, 1920 Regierungsrat in der Friedensvertragsabteilung im Reichsfinanzministerium, 1929 als Ministerialdirigent Leiter der Etatabteilung.
Der renommierte Finanzexperte erhielt als Parteiloser am 2.6.32 im "Kabinett der Barone" unter Papen das Finanzressort und behielt es auch unter Schleicher und Hitler bis zum Zusammenbruch 1945, obwohl er nicht der NSDAP beitrat. Politisch profilierte er sich nie, pflegte einerseits Verbindungen zu Widerstandskreisen und protestierte andererseits nicht gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. Ohne seine geschickte Amtsführung wäre auch die Finanzierung der Aufrüstung erheblich schwieriger gewesen.
Bei Kriegsende wurde er in der Regierung Dönitz unter Vermeidung der Bezeichnung Reichskanzler Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung unter Führung der Geschäfte des Reichsaußen- und Reichsfinanzministeriums".
Nach der Verhaftung am 23.5.45 interniert, wurde Schwerin von Krosigk im Wilhelmstraßen-Prozeß am 11.4.49 zu zehn Jahren Haft verurteilt, aber schon im Januar 51 entlassen.
Seine Erinnerungsbücher über die Zeit des Dritten Reiches zeichnen sich durch genaue Porträts der handelnden Personen aus (u.a. "Es geschah in Deutschland", 1951).<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ernst Freiherr von Weizsäcker (x051/630): >>Weizsäcker, Ernst Freiherr von, geboren in Stuttgart 12.5.1882, gestorben in Lindau 4.8.1951, deutscher Diplomat; 1933-36 Geschäftsträger in der Schweiz, 1936 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, 1938 Staatssekretär unter Ribbentrop.
Als Nationalkonservativer stand Weizsäcker einerseits der nationalsozialistischen Politik distanziert gegenüber, als pflichtbewußter Beamter sorgte er andererseits für deren Durchsetzung. Weizsäcker unterhielt Kontakte zum Widerstand und ließ 1938 dem britischen Außenminister Halifax eine Warnung vor dem bevorstehenden Angriff auf die Tschechoslowakei und den geplanten Kriegsbeginn zukommen, in der Hoffnung, Schlimmeres zu verhüten.

Dennoch zeichnete er später offensichtliche "Unrechtsbefehle" ab und nahm den Ehrenrang eines SS-Führers wohl nicht nur aus "dekorativen Gründen" (Weizsäcker) an.
1947 wurde Weizsäcker, der in den letzten beiden Kriegsjahren als Botschafter beim Vatikan diente, von den Alliierten verhaftet und als Hauptangeklagter im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 vorzeitig begnadigt.
In seinen Memoiren ("Erinnerungen", 1950) versuchte er, sein Verhalten im Dritten Reich zu rechtfertigen.<<

12.04.1949

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptieren am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

16.04.1949

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 16. April 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/97-98): >>16. April 1949. Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Rußland treffen wieder ein. Alle Zurückgekommenen freuen sich sehr.
Der Frühling liegt in der Luft, er streift auch Friedland. ...
Für manchen ist es sicherlich nicht das letzte Barackenlager. Die Frau oder die Eltern hausen irgendwo als Flüchtlinge am Rande einer Großstadt, sind vielleicht immer noch in einem der Durchgangslager und warten vergeblich seit Jahren auf eine richtige und ausreichende Wohnung. ...<<

22.04.1949

SBZ: Am 22. April 1949 fordert der SED-Parteivorstand "eine systematische Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufklärung" in der SBZ (x009/43-44): >>Aufklärung: a) Im Parteijargon jede Art von Propaganda, vor allem seitens der SED, der anderen Parteien, der Massenorganisationen und der Nationalen Front. ... Sehr häufig wird die Formel "Aufklärungsarbeit" gebraucht.
b) Erkundungs- und Spionagetätigkeit der Sicherheitsorgane außerhalb ihres Machtbereiches, vornehmlich in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Diese Aufklärung obliegt überwiegend dem Staatssicherheitsdienst; sie ist zentralisiert in der "Hauptverwaltung A" des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben hat die Deutsche Grenzpolizei eine "Abteilung Aufklärung" (Koordinierung, Ministerium für Nationale Verteidigung).<<

WBZ: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.
Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).
In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...
Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

25.04.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

30.04.1949

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 30. April 1949 während eines Rundfunkkommentars über den Freispruch im Veit Harlan-Prozeß (x112/690): >>... Jeder Tag des Dritten Reiches kostete 1.370 Juden das Leben.

Wie müssen die, die übriggeblieben sind, den Satz der Urteilsbegründung aufnehmen, die moralische Beleidigung, die der Film allenfalls darstelle, sei verjährt?
Wie müssen sie über jene Zweihundert denken, die den Freigesprochenen mit Jubel überschütteten und auf den Schultern aus dem Gerichtssaal trugen?
Lange genug sind Recht und Menschlichkeit Vokabeln gewesen, die man im Wörterbuch anderer Nationen nachschlagen mußte.
Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen sollten, wie es Zehntausende von einzelnen Menschen taten, durch ihren Protest gegen das Urteil beweisen, daß Recht und Menschlichkeit wieder deutsche Worte geworden sind.<<
Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/98-100):
>>Ende April 1949 ... traf wieder ein Transport mit Kriegsgefangenen ein, darunter (waren) viele Frauen, die vor allem aus Ostpreußen stammten. ...
Es ist wichtig für die Frauen, daß sie sich so schnell wie möglich an unser Leben hier in den Städten und Dörfern gewöhnen.
Deshalb schicken wir sie an den Nachmittagen nach Göttingen. Dort sehen sie Geschäfte, Autos, gut angezogene Menschen. ...
... Alle wollen wieder schnellstens "Frauen" werden, fühlen sich in den empfangenen Kleidern wie neugeboren, versuchen sich zurecht zu machen und verfallen damit nicht der Grübelei und der Schwermut ...
Man muß beobachtet haben, um zu ermessen, was diesen Frauen in den russischen Steppenlagern fehlte. Wonach sie sich sehnten. Wie (sie sich freuten), ... als man sich vor dem Gang in die Stadt "landfein" machte, die Haare wusch, Kämme in Bewegung setzte, Schuhe putzte, hier ein Kleid veränderte, dort eine Bluse auftrennte, um sie passend zu machen.
Ach, und der Spiegel, dieses wichtige Instrument, eigens für Frauen geschaffen. Er war immer umlagert. Es ist schön zu sehen, wie Menschen wieder zu Menschen werden.
Keiner spricht mit Haß von den schlimmen Dingen, die hinter ihnen liegen. Es ist erstaunlich, wie sie von dem sprechen, was doch unvergeßlich in ihren Seelen eingeprägt ist. Nicht eine von den Frauen redet sich mit heftigen Worten das vom Herzen, was sich da seit Jahren angesammelt hat.
Sie sind wieder daheim. Friedland – das ist für die Frauen bereits die Vorstufe des zu Hause. Sie wollen sich wieder dem Leben zuwenden, sich erholen, der Familie widmen – und vergessen. ...
Denn mit einem zu Stein gewordenen Herzen, mit Augen, die nur immer das Viereck des Stacheldrahts, die Maschinengewehrtürme und die abgezehrten Gesichter vor und in den Baracken sehen; mit Ohren, in denen die sowjetischen Kommandos, die antreibenden Rufe der Vorarbeiter und Aufseher ... am Abend auf den Pritschen widerklingen und Gedanken, die fortwährend um die Appelle auf dem Lagerplatz, den schweren Stunden in Krankheit und Not oder der immer wieder gestellten Frage kreisen: "Warum muß ich das erleiden?", kann man nicht leben.
Ein neues Leben muß angefangen werden. Sofort. Ohne Zögern. ... Männer können sich nicht so schnell umstellen. Es fällt ihnen schwerer.<<

April 1949

China: Im April 1949 dringen die kommunistischen Truppen über den Jangtse vor.
Chiang Kai-shek flieht später nach Formosa (heute Taiwan).

07.05.1949

SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" fordert am 7. Mai 1949 intensivere "politische Öffentlichkeitsmaßnahmen" des Buchhandels (x112/694): >>Das politische Schaufenster, (das wir schon so oft forderten!) ist Verteidigung des Friedens, ist Kampf für den Frieden. Die Anklage gegen die neuen Bücherverbrenner ist Verteidigung des Friedens und Kampf für ihn.

Es genügt nicht, den Frieden zu preisen. ... Es genügt nicht, Bücher zu verkaufen! Die politische Demonstration für den Frieden ist heute – mehr denn je – keine bloß optische Darbietung, sondern ein Kampfmittel – dessen sollten sich alle Buchhändler bewußt sein. ...<<

08.05.1949

Berlin: Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

WBZ: Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmen).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605): >>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

09.05.1949

Berlin: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnet am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an (x112/695).

10.05.1949

WBZ: Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

11.05.1949

WBZ: Die bayerische Landesgrenzpolizeidirektion berichtet am 11. Mai 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/542-543): >>Die Flüchtlingsbewegung der Volksdeutschen aus der CSR ist im Bereich des Grenzpolizeikommissariats Marktredwitz wieder erheblich im Ansteigen begriffen.

Während in den Monaten Februar und März 1949 noch 468 bzw. 590 illegale Grenzübertritte durch volksdeutsche Flüchtlinge erfolgten, erhöhte sich die Zahl im Monat April 1949 bereits wieder auf 839. Alle bisherigen Anzeichen deuten auf eine weitere Zunahme der Grenzübertritte hin.

Nach Aussagen der Volksdeutschen ist in absehbarer Zeit etwa mit 30.000 Flüchtlingen zu rechnen, die illegal in die US-Zone einwandern werden.

Am 22.4.49, als wieder eine Gruppe von 67 sudetendeutschen Flüchtlingen durch die SNB über die Grenze abgeschoben wurde, rief ein tschechischer Beamter dem hinzukommenden bayerischen Grenzpolizeibeamten zu, daß in der nächsten Woche etwa 500 bis 700 Deutsche

kämen und die bayerischen Behörden daher für den nötigen Wohnraum Sorge tragen möchten. Den Schwerpunkt der Flüchtlingsbewegung bilden wieder die Postenbereiche Neuhausen und Wildenau.
Die Flüchtlinge kommen aus den verschiedensten Landstrichen der CSR und werden, in Sammeltransporten zusammengefaßt, wie bisher fast ausschließlich aus dem Ascher Bezirk über die Grenze nach Bayern abgeschoben. Die Transporte sind stets von SNB begleitet. Im Raum Waidhaus werden laufend kleinere Gruppen von volksdeutschen Gruppen in Transporten an die Grenze herangeschafft und über diese abgeschoben. Für die Unternehmer sind diese Transporte nach wie vor ein sehr einträgliches Geschäft, da pro Person von 500-3.000 Kc und pro Familie bis zu 5.000 Kc zu entrichten sind.
Bis auf wenige Ausnahmen sind die Flüchtlinge ohne jegliche Zuzugsgenehmigung. Demnach werden tschechischerseits die getroffenen Abmachungen, wonach die Aussiedlung jeder volksdeutschen Person aus der CSR vorher der Genehmigung des Permit-Officers in Prag durch Erteilung des Entry-Permits bedarf, völlig außer Acht gelassen.
Der Großteil der Flüchtlinge war bisher entweder auf Meierhöfen oder an ihren Wohnsitzen bei den einzelnen Bauern zur landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt. Wegen der angeblich immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen für Volksdeutsche und aus Angst vor der drohenden Verschleppung in das Landesinnere bzw. einer Aussiedlung in die russische Zone haben die Flüchtlinge ihre beschleunigte Auswanderung aus der CSR in die US-Zone betrieben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch Familien, deren Väter langjährige Freiheitsstrafen in der CSR abzubüßen haben.<<

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.
Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):
>>Herrn Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!
1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.
2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.
In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.
3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) erklärt am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schreibt am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümmste war.<<

14.05.1949

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 14. Mai 1949 im "Neuen Vorwärts" (x112/699): >>... Wir wollen die Einheit, aber es gibt keine Einheit ohne Freiheit. Die Einheit kann nur verwirklicht werden, wenn die Freiheit sich in der persönlichen Sicherheit, in der Bewegungsfreiheit der politischen Parteien in der Ostzone und in freien demokratischen Wahlen bereits manifestiert hat.<<

16.05.1949

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Mai 1949 (x095/88-89): >>... Die Blockade Berlins ist zwar aufgehoben, aber es besteht alles andere als freier Verkehr mit Berlin. Der Verkehr mit Berlin ist denselben Schwierigkeiten unterworfen, die im März 1948 bestanden haben. Zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai war ich mit einer Anzahl von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates in Berlin.

Die Freude der Berliner war sehr groß. Aber eine gewisse Enttäuschung zeigte sich doch bei allen Einsichtigen. Sie hatten geglaubt, es würden alle Verkehrsbeschränkungen wegfallen. Der gesundheitliche Zustand der Berliner Bevölkerung ist verhältnismäßig gut. Aber die Leute sehen doch sehr schlecht aus und sind auch sehr schlecht gekleidet. Alles in allem genommen sind die Verhältnisse dort so, wie bei uns vor etwa 2 Jahren waren. Das gleiche gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Wir haben im Hinblick auf die Pariser Konferenz die Arbeiten im Parlamentaischen Rat zum Schluß außerordentlich beschleunigt und das Grundgesetz für die drei Westzonen nach sehr anstrengenden Wochen am 8. Mai verabschiedet, und zwar gegen die Stimmen des Zentrums, einiger Mitglieder der CSU, der Deutschen Partei und der Kommunisten. Es findet nunmehr in den Landtagen die vorgesehene Abstimmung statt. Möglicherweise wird der Bayerische Landtag dagegen stimmen.

Aber da das Grundgesetz für alle 11 Länder der drei Zonen gilt, wenn es in 2/3 der Länder angenommen ist, ist es ohne Zweifel, daß es demnächst geltendes Recht wird. Am 23. Mai, dem Tage des Beginns der Pariser Konferenz wird der Parlamentarische Rat in einer feierlichen Schlußsitzung die Annahme durch die Landtage feststellen und das Grundgesetz verkünden. Dann beginnt die Vorbereitung zu den Bundestagswahlen, die von entscheidendster Bedeutung sein werden.

Wenn irgend möglich, sollten die Wahlen noch im Laufe des Juli abgehalten werden, damit die deutsche Bundesregierung noch im Laufe des Sommers ihre Arbeit aufnehmen kann.

Das Besatzungsstatut ist in der Zwischenzeit auch verkündet worden. Es bedeutet einen sehr wesentlichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.

Bonn ist einstweilen Sitz des Bundes. Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen für Frankfurt. Ich freue mich, daß Bonn Sitz des Bundes wird. ...<<

20.05.1949

WBZ: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101:64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe (x112/701).

23.05.1949

BRD: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.

Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23 Mai 1949.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 hatte man die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden damals auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt am 23. Mai 1949 (x112/-703): >>... Wir sind der festen Überzeugung, daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten.

Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.

Uns alle leitete bei unserer Arbeit der Gedanke und das Ziel, das die Präambel des Grundgesetzes in folgenden Worten zusammenfaßt:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem

vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Möge allezeit der Geist und der Wille, der aus diesen Sätzen spricht, im deutschen Volk lebendig sein.<<
Im Grundgesetz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der 3 westlichen Besatzungszonen für Gesamtdeutschland gehandelt hat (x105/306): >>... (Es hat) auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.
Die Grundrechte werden an den Anfang gestellt. Sie sollen die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wird die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhaupts durch das Volk werden z.B. abgeschafft.
Die ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind:
Der Deutsche Bundestag als Versammlung der vom Volk gewählten Abgeordneten, der Bundesrat als Vertretung der Länderregierungen, der Bundespräsident, die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht.
Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Die Richtlinien der Politik bestimmt und verantwortet der Bundeskanzler.
Die Gemeinde-, Kreis-, Länder- und Bundeswahlen werden im Grundgesetz nicht eindeutig festgelegt, so daß in den folgenden Jahren ständig neue Wahlgesetze beschlossen werden, die naturgemäß den größeren Parteien Vorteile verschaffen. Das Wahlgesetz vom 25. Juni 1953 schaltet später alle kleineren "Splitterparteien" aus, wenn sie bei den Wahlen nicht mindestens 5 % aller abgegebenen Wählerstimmen oder die meisten Wählerstimmen in einem Wahlbezirk erzielen.
Nach den leidvollen Erfahrungen des NS-Terrors wird im deutschen Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 4) ausdrücklich ein Widerstandsrecht verankert. Das Widerstandsrecht besteht danach gegen jeden (auch gegen die öffentliche Gewalt), der die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen versucht. Dieses Widerstandsrecht kann durch keine Verfassungsänderung aufgehoben werden.
Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautet (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel heißt, sondern das

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (einer der "Väter" des deutschen Grundgesetzes) schreibt damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährbarer Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwerfen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<
Der deutsche Historiker Hermann Graml schreibt später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...
Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.
Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise – auch von der Regierung und ihrem Kanzler – als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war".
Das Grundgesetz und die Bundesrepublik sind ein Provisorium. Gemäß Artikel 146 verliert jenes seine Gültigkeit an dem Tage, da eine vom gesamten deutschen Volke frei beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Darin ist der bindende und unabdingbare Auftrag enthalten, sowohl die Freiheit der Entscheidung zu bewahren als auch niemals das Ziel der Wiedervereinigung, gemäß demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten, preiszugeben. ...<<
Die ursprüngliche Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wird, lautet wie folgt (x859/...):
>>**Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**

vom 23. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. - 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.
Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seinen Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.
Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Absatz 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt,
seine nationale Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk
in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-

Hohenzollern,
um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

I. Die Grundrechte

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die

Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Artikel in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Artikel 10

Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden und in denen es zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder um strafbare Handlungen vorzubeugen, erforderlich

ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Artikel und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Artikel und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Absatz 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Ge-

setzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.

II. Der Bund und die Länder

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Artikel 21

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Artikel 22

Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.

Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 24

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.
(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.
(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.

Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Artikel 26

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzu-

bereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.
(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 27

Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte.

Artikel 28

(1) Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen. In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muß das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. In Gemeinden kann an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten.
(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung.
(3) Der Bund gewährleistet, daß die verfassungsmäßige Ordnung der Länder den Grundrechten und den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entspricht.

Artikel 29

(1) Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.
(2) In Gebietsteilen, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, kann binnen eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefordert werden. Das Volksbegehren bedarf der Zustimmung eines Zehntels der zu den Landtagen wahlberechtigten Bevölkerung. Kommt das Volksbegehren zustande, so hat die Bundesregierung in den Gesetzentwurf über die Neugliederung eine Bestimmung über die Landeszugehörigkeit des Gebietsteils aufzunehmen.
(3) Nach Annahme des Gesetzes ist in jedem Gebiete, dessen Landeszugehörigkeit geändert werden soll, der Teil des Gesetzes, der dieses Gebiet betrifft, zum Volksentscheid zu bringen. Ist ein Volksbegehren nach Absatz 2 zustandegekommen, so ist in dem betreffenden Gebiete in jedem Falle ein Volksentscheid durchzuführen.
(4) Soweit dabei das Gesetz mindestens in einem Gebietsteil abgelehnt wird, ist es erneut bei dem Bundestage einzubringen. Nach erneuter Verabschiedung bedarf es insoweit der Annahme durch Volksentscheid im gesamten Bundesgebiete.
(5) Bei einem Volksentscheide entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
(6) Das Verfahren regelt ein Bundesgesetz. Die Neugliederung soll vor Ablauf von drei Jahren nach Verkündigung des Grundgesetzes und, falls sie als Folge des Beitritts eines anderen Teiles Deutschlands notwendig wird, innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt geregelt sein.
(7) Das Verfahren über jede sonstige Änderung des Gebietsbestandes der Länder regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf.
(siehe hierzu auch Punkt 5 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, der den Artikel 29 faktisch für die Zeit während des Besatzungsstatuts außer Kraft gesetzt hat.)

Artikel 30
Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.
Artikel 31
Bundesrecht bricht Landesrecht.
(siehe hierzu auch Punkt 8 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, der die Bestimmungen des Grundgesetzes über die, von den Alliierten bereits gebilligten Verfassungen der Länder stellte.)
Artikel 32
(1) Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes.
(2) Vor dem Abschlusse eines Vertrages, der die besonderen Verhältnisse eines Landes berührt, ist das Land rechtzeitig zu hören.
(3) Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen.
Artikel 33
(1) Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.
(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.
(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.
(4) Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.
(5) Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln.
Artikel 34
Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.
Artikel 35
Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.
Artikel 36
Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden. Die bei den übrigen Bundesbehörden beschäftigten Personen sollen in der Regel aus dem Lande genommen werden, in dem sie tätig sind.
Artikel 37
(1) Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetze oder einem anderen Bundesgesetze obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten.
(2) Zur Durchführung des Bundeszwanges hat die Bundesregierung oder ihr Beauftragter das Weisungsrecht gegenüber allen Ländern und ihren Behörden.
III. Der Bundestag
Artikel 38
(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, frei-

er, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
(2) Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste Lebensjahr, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.
(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

Artikel 39

(1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet vier Jahre nach dem ersten Zusammentritt oder mit seiner Auflösung. Die Neuwahl findet im letzten Vierteljahr der Wahlperiode statt, im Falle einer Auflösung spätestens nach sechzig Tagen.
(2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl, jedoch nicht vor dem Ende der Wahlperiode des letzten Bundestages zusammen.
(3) Der Bundestag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident des Bundestages kann ihn früher einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen.

Artikel 40

(1) Der Bundestag wählt seinen Präsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.
(2) Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Gebäude des Bundestages aus. Ohne seine Genehmigung darf in den Räumen des Bundestages keine Durchsuchung oder Beschlagnahme stattfinden.

Artikel 41

(1) Die Wahlprüfung ist Sache des Bundestages. Er entscheidet auch, ob ein Abgeordneter des Bundestages die Mitgliedschaft verloren hat.
(2) Gegen die Entscheidung des Bundestages ist die Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig.
(3) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 42

(1) Der Bundestag verhandelt öffentlich. Auf Antrag eines Zehntels seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.
(2) Zu einem Beschlusse des Bundestages ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt. Für die vom Bundestage vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen.
(3) Wahrheitsgetreue Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Artikel 43

(1) Der Bundestag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Bundesregierung verlangen.
(2) Die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten haben zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt. Sie müssen jederzeit gehört werden.

Artikel 44

(1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.
(2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.
(3) Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.
(4) Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen.

In der Würdigung und Beurteilung des der Untersuchung zugrunde liegenden Sachverhaltes sind die Gerichte frei.

Artikel 45

(1) Der Bundestag bestellt einen ständigen Ausschuß, der die Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden zu wahren hat. Der ständige Ausschuß hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses.

(2) Weitergehende Befugnisse, insbesondere das Recht der Gesetzgebung, der Wahl des Bundeskanzlers und der Anklage des Bundespräsidenten stehen dem ständigen Ausschuß nicht zu.

Artikel 46

(1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen einer Äußerung, die er im Bundestage oder in einem seiner Ausschüsse getan hat, gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundestages zur Verantwortung gezogen werden. Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird.

(3) Die Genehmigung des Bundestages ist ferner bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten oder zur Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten gemäß Artikel 18 erforderlich.

(4) Jedes Strafverfahren und jedes Verfahren gemäß Artikel 18 gegen einen Abgeordneten, jede Haft und jede sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Bundestages auszusetzen.

Artikel 47

Die Abgeordneten sind berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder denen sie in dieser Eigenschaft Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Soweit dieses Zeugnisverweigerungsrecht reicht, ist die Beschlagnahme von Schriftstücken unzulässig.

Artikel 48

(1) Wer sich um einen Sitz im Bundestage bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub.

(2) Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen und auszuüben. Eine Kündigung oder Entlassung aus diesem Grunde ist unzulässig.

(3) Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Sie haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 49

Für die Mitglieder des Präsidiums und des ständigen Ausschusses sowie für deren erste Stellvertreter gelten die Artikel 46, 47 und die Absätze 2 und 3 des Artikels 48 auch für die Zeit zwischen den Wahlperioden.

IV. Der Bundesrat

Artikel 50

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.

Artikel 51

(1) Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen. Sie können durch andere Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden.

(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf Stimmen.

(3) Jedes Land kann so viele Mitglieder entsenden, wie es Stimmen hat. Die Stimmen eines

Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden.

Artikel 52

(1) Der Bundesrat wählt seinen Präsidenten auf ein Jahr.

(2) Der Präsident beruft den Bundesrat ein. Er hat ihn einzuberufen, wenn die Vertreter von mindestens zwei Ländern oder die Bundesregierung es verlangen.

(3) Der Bundesrat faßt seine Beschlüsse mit mindestens der Mehrheit seiner Stimmen. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Er verhandelt öffentlich. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.

(4) Den Ausschüssen des Bundesrates können andere Mitglieder oder Beauftragte der Regierungen der Länder angehören.

Artikel 53

Die Mitglieder der Bundesregierung haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht, an den Verhandlungen des Bundesrates und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Sie müssen jederzeit gehört werden. Der Bundesrat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem laufenden zu halten.

V. Der Bundespräsident

Artikel 54

(1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

(4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.

(5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.

(6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 55

(1) Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.

(2) Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrate eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.

Artikel 56

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid: "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe." Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Artikel 57
Die Befugnisse des Bundespräsidenten werden im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitiger Erledigung des Amtes durch den Präsidenten des Bundesrates wahrgenommen.
Artikel 58. Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler oder durch den zuständigen Bundesminister. Dies gilt nicht für die Ernennung und Entlassung des Bundeskanzlers, die Auflösung des Bundestages gemäß Artikel 63 und das Ersuchen gemäß Artikel 69 Abs. 3.
Artikel 59
(1) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten.
(2) Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes. Für Verwaltungsabkommen gelten die Vorschriften über die Bundesverwaltung entsprechend.
Artikel 60
(1) Der Bundespräsident ernennt und entläßt die Bundesrichter und die Bundesbeamten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
(2) Er übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus.
(3) Er kann diese Befugnisse auf andere Behörden übertragen.
(4) Die Absätze 2 bis 4 des Artikels 46 finden auf den Bundespräsidenten entsprechende Anwendung.
Artikel 61
(1) Der Bundestag oder der Bundesrat können den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht anklagen. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages oder einem Viertel der Stimmen des Bundesrates gestellt werden. Der Beschluß auf Erhebung der Anklage bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages oder von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates es. Die Anklage wird von einem Beauftragten der anklagenden Körperschaft vertreten.
(2) Stellt das Bundesverfassungsgericht fest, daß der Bundespräsident einer vorsätzlichen Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes schuldig ist, so kann es ihn des Amtes für verlustig erklären. Durch einstweilige Anordnung kann es nach der Erhebung der Anklage bestimmen, daß er an der Ausübung seines Amtes verhindert ist.
VI. Die Bundesregierung
Artikel 62
Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.
Artikel 63
(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt.
(2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.
(3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen.
(4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muß der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den

Bundestag aufzulösen.

Artikel 64

(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Artikel 65

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

Artikel 66

Der Bundeskanzler und die Bundesminister dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch ohne Zustimmung des Bundestages dem Aufsichtsrate eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.

Artikel 67

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen.

(2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Artikel 68

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

Artikel 69

(1) Der Bundeskanzler ernennt einen Bundesminister zu seinem Stellvertreter.

(2) Das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers endigt in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages, das Amt eines Bundesministers auch mit jeder anderen Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers.

(3) Auf Ersuchen des Bundespräsidenten ist der Bundeskanzler, auf Ersuchen des Bundeskanzlers oder des Bundespräsidenten ein Bundesminister verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen.

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

Artikel 70

(1) Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.

(2) Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern bemißt sich nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes über die ausschließliche und die konkurrierende Gesetzgebung.

Artikel 71

Im Bereiche der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur, wenn und soweit sie hierzu in einem Bundesgesetze ausdrücklich ermächtigt werden.

Artikel 72

(1) Im Bereiche der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht.

(2) Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht, weil:

1. eine Angelegenheit durch die Gesetzgebung einzelner Länder nicht wirksam geregelt werden kann oder
2. die Regelung einer Angelegenheit durch ein Landesgesetz die Interessen anderer Länder oder die Gesamtheit beeinträchtigen könnte oder
3. die Herstellung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet über das Gebiet eines Landes hinaus sie erfordert.

(siehe zu Abs. 2 Ziffer 3 auch Punkt 7 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher die Ausübung der Rechte des Bundes nach Artikel 72 Abs. 2 Ziffer 3 unter den Vorbehalt stellte, daß diese Rechte nur ausgeführt werden dürfen, wenn "die Aufrechterhaltung gesetzlicher oder wirtschaftlicher Einheit dies verlangt, um die wirtschaftlichen Interessen des Bundes zu fördern, oder um eine vernünftige Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten für alle Menschen sicherzustellen".)

Artikel 73

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die auswärtigen Angelegenheiten;
2. die Staatsangehörigkeit im Bunde;
3. die Freizügigkeit, das Paßwesen, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung;
4. das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Masse und Gewichte sowie die Zeitbestimmung;
5. die Einheit des Zoll- und Handelsgebietes, die Handels- und Schiffahrtsverträge, die Freizügigkeit des Warenverkehrs und den Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Auslande einschließlich des Zoll- und Grenzschutzes;
6. die Bundeseisenbahnen und den Luftverkehr;
7. das Post- und Fernmeldewesen;
8. die Rechtsverhältnisse der im Dienste des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen;
9. den gewerblichen Rechtsschutz, das Urheberrecht und das Verlagsrecht;
10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in der Kriminalpolizei und in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes sowie die internationale Verbrechensbekämpfung;
11. die Statistik für Bundeszwecke.

Artikel 74

Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. das bürgerliche Recht, das Strafrecht und den Strafvollzug, die Gerichtsverfassung, das gerichtliche Verfahren, die Rechtsanwaltschaft, das Notariat und die Rechtsberatung;
2. das Personenstandswesen;
3. das Vereins- und Versammlungsrecht;
4. das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer;
5. den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland;
6. die Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen;
7. die öffentliche Fürsorge;
8. die Staatsangehörigkeit in den Ländern;
9. die Kriegsschäden und die Wiedergutmachung;

10. die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Fürsorge für die ehemaligen Kriegsgefangenen und die Sorge für die Kriegsgräber;
11. das Recht der Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Handel, Bank- und Börsenwesen, privatrechtliches Versicherungswesen);
12. das Arbeitsrecht einschließlich der Betriebsverfassung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsvermittlung sowie die Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung;
13. die Förderung der wissenschaftlichen Forschung;
14. das Recht der Enteignung, soweit sie auf den Sachgebieten der Artikel 73 und 74 in Betracht kommt;
15. die Überführung von Grund und Boden, von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft;
16. die Verhütung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung;
17. die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung, die Sicherung der Ernährung, die Ein- und Ausfuhr land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Hochsee- und Küstenfischerei und den Küstenschutz;
18. den Grundstücksverkehr, das Bodenrecht und das landwirtschaftliche Pachtwesen, das Wohnungswesen, das Siedlungs- und Heimstättenwesen;
19. die Maßnahmen gegen gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten bei Menschen und Tieren, die Zulassung zu ärztlichen und anderen Heilberufen und zum Heilgewerbe, den Verkehr mit Arzneien, Heil- und Betäubungsmitteln und Giften;
20. den Schutz beim Verkehr mit Lebens- und Genußmitteln sowie Bedarfsgegenständen, mit Futtermitteln, mit land- und forstwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut und den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;
21. die Hochsee- und Küstenschiffahrt sowie die Seezeichen, die Binnenschiffahrt, den Wetterdienst, die Seewasserstraßen und die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen;
22. den Straßenverkehr, das Kraftfahrwesen, den Bau und die Unterhaltung von Landstraßen des Fernverkehrs;
23. die Schienenbahnen, die nicht Bundeseisenbahn sind, mit Ausnahme der Bergbahnen.

Artikel 75

Der Bund hat das Recht, unter den Voraussetzungen des Artikels 72 Rahmenvorschriften zu erlassen über:
1. die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienste der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen;
2. die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse;
3. das Jagdwesen, den Naturschutz und die Landschaftspflege;
4. die Bodenverteilung, die Raumordnung und den Wasserhaushalt;
5. das Melde- und Ausweiswesen.

Artikel 76

(1) Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat eingebracht.
(2) Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrat zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von drei Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen.
(3) Vorlagen des Bundesrates sind dem Bundestage durch die Bundesregierung zuzuleiten. Sie hat hierbei ihre Auffassung darzulegen.

Artikel 77

(1) Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen. Sie sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate zuzuleiten.
(2) Der Bundesrat kann binnen zwei Wochen nach Eingang des Gesetzesbeschlusses verlan-

gen, daß ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuß einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in diesen Ausschuß entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden. Ist zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so können auch der Bundestag und die Bundesregierung die Einberufung verlangen. Schlägt der Ausschuß eine Änderung des Gesetzesbeschlusses vor, so hat der Bundestag erneut Beschluß zu fassen.
(3) Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann der Bundesrat, wenn das Verfahren nach Absatz 2 beendigt ist, gegen ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz binnen einer Woche Einspruch einlegen. Die Einspruchsfrist beginnt im Falle des Absatzes 2 letzter Satz mit dem Eingange des vom Bundestage erneut gefaßten Beschlusses, in allen anderen Fällen mit dem Abschlusse des Verfahrens vor dem in Absatz 2 vorgesehenen Ausschusse.
(4) Wird der Einspruch mit der Mehrheit der Stimmen des Bundesrates beschlossen, so kann er durch Beschluß der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zurückgewiesen werden. Hat der Bundesrat den Einspruch mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen, so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Artikel 78

Ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz kommt zustande, wenn der Bundesrat zustimmt, den Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 nicht stellt, innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 3 keinen Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt oder wenn der Einspruch vom Bundestage überstimmt wird.

Artikel 79

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.
(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.
(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

Artikel 80

(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden.
Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.
(2) Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, vorbehaltlich anderweitiger bundesgesetzlicher Regelung, Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers über Grundsätze und Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens, über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen, sowie Rechtsverordnungen auf Grund von Bundesgesetzen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen oder die von den Ländern im Auftrage des Bundes oder als eigene Angelegenheit ausgeführt werden.

Artikel 81

(1) Wird im Falle des Artikels 68 der Bundestag nicht aufgelöst, so kann der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates für eine Gesetzesvorlage den Gesetzgebungsnotstand erklären, wenn der Bundestag sie ablehnt, obwohl die Bundesre-

gierung sie als dringlich bezeichnet hat. Das gleiche gilt, wenn eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden ist, obwohl der Bundeskanzler mit ihr den Antrag des Artikels 68 verbunden hatte.
(2) Lehnt der Bundestag die Gesetzesvorlage nach Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes erneut ab oder nimmt er sie in einer für die Bundesregierung als unannehmbar bezeichneten Fassung an, so gilt das Gesetz als zustande gekommen, soweit der Bundesrat ihm zustimmt. Das gleiche gilt, wenn die Vorlage vom Bundestage nicht innerhalb von vier Wochen nach der erneuten Einbringung verabschiedet wird.
(3) Während der Amtszeit eines Bundeskanzlers kann auch jede andere vom Bundestage abgelehnte Gesetzesvorlage innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der ersten Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes gemäß Absatz 1 und 2 verabschiedet werden. Nach Ablauf der Frist ist während der Amtszeit des gleichen Bundeskanzlers eine weitere Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes unzulässig.
(4) Das Grundgesetz darf durch ein Gesetz, das nach Absatz 2 zustande kommt, weder geändert, noch ganz oder teilweise außer Kraft oder außer Anwendung gesetzt werden.

Artikel 82

(1) Die nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze werden vom Bundespräsidenten nach Gegenzeichnung ausgefertigt und im Bundesgesetzblatte verkündet. Rechtsverordnungen werden von der Stelle, die sie erläßt, ausgefertigt und vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung im Bundesgesetzblatte verkündet.
(2) Jedes Gesetz und jede Rechtsverordnung soll den Tag des Inkrafttretens bestimmen. Fehlt eine solche Bestimmung, so treten sie mit dem vierzehnten Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Bundesgesetzblatt ausgegeben worden ist.

VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Artikel 83

Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.

Artikel 84

(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.
(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.
(3) Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Rechte gemäß ausführen.
Die Bundesregierung kann zu diesem Zwecke Beauftragte zu den obersten Landesbehörden entsenden, mit deren Zustimmung und, falls diese Zustimmung versagt wird, mit Zustimmung des Bundesrates auch zu den nachgeordneten Behörden.
(4) Werden Mängel, die die Bundesregierung bei der Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern festgestellt hat, nicht beseitigt, so beschließt auf Antrag der Bundesregierung oder des Landes der Bundesrat, ob das Land das Recht verletzt hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden.
(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.
(siehe zu Abs. 5 auch Punkt 6 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher die Alliierte Hohe Kommission beauftragte, hinsichtlich der weitgehenden Vollmacht des Artikels 84 Abs. 5 keine zu starke Machtkonzentration zuzulassen.)

Artikel 85
(1) Führen die Länder die Bundesgesetze im Auftrage des Bundes aus, so bleibt die Einrichtung der Behörden Angelegenheit der Länder, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.
(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen. Sie kann die einheitliche Ausbildung der Beamten und Angestellten regeln. Die Leiter der Mittelbehörden sind mit ihrem Einvernehmen zu bestellen.
(3) Die Landesbehörden unterstehen den Weisungen der zuständigen obersten Bundesbehörden. Die Weisungen sind, außer wenn die Bundesregierung es für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten. Der Vollzug der Weisung ist durch die obersten Landesbehörden sicherzustellen.
(4) Die Bundesaufsicht erstreckt sich auf Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Ausführung. Die Bundesregierung kann zu diesem Zwecke Bericht und Vorlage der Akten verlangen und Beauftragte zu allen Behörden entsenden.
Artikel 86
Führt der Bund die Gesetze durch bundeseigene Verwaltung oder durch bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechtes aus, so erläßt die Bundesregierung, soweit nicht das Gesetz Besonderes vorschreibt, die allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Sie regelt, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, die Einrichtung der Behörden.
Artikel 87
(1) In bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau werden geführt der Auswärtige Dienst, die Bundesfinanzverwaltung, die Bundeseisenbahnen, die Bundespost und nach Maßgabe des Artikels 89 die Verwaltung der Bundeswasserstraßen und der Schiffahrt. Durch Bundesgesetz können Bundesgrenzschutzbehörden, Zentralstellen für das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen, zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und für die Kriminalpolizei eingerichtet werden.
(2) Als bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechtes werden diejenigen sozialen Versicherungsträger geführt, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt.
(3) Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bunde die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden. Erwachsen dem Bunde auf Gebieten, für die ihm die Gesetzgebung zusteht, neue Aufgaben, so können bei dringendem Bedarf bundeseigene Mittel- und Unterbehörden mit Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages errichtet werden.
(siehe zu Abs. 3 auch Punkt 6 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher die Alliierte Hohe Kommission beauftragte, hinsichtlich der weitgehenden Vollmacht des Artikels 87 Abs. 3 keine zu starke Machtkonzentration zuzulassen.)
Artikel 88
Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.
Artikel 89
(1) Der Bund ist Eigentümer der bisherigen Reichswasserstraßen.
(2) Der Bund verwaltet die Bundeswasserstraßen durch eigene Behörden. Er nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben der Binnenschiffahrt und die Aufgaben der Seeschiffahrt wahr, die ihm durch Gesetz übertragen werden.
Er kann die Verwaltung von Bundeswasserstraßen, soweit sie im Gebiete eines Landes liegen, diesem Lande auf Antrag als Auftragsverwaltung übertragen. Berührt eine Wasserstraße das Gebiet mehrerer Länder, so kann der Bund das Land beauftragen, für das die beteiligten Länder es beantragen.

(3) Bei der Verwaltung, dem Ausbau und dem Neubau von Wasserstraßen sind die Bedürfnisse der Landeskultur und der Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit den Ländern zu wahren.

Artikel 90

(1) Der Bund ist Eigentümer der bisherigen Reichsautobahnen und Reichsstraßen.

(2) Die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwalten die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes.

(3) Auf Antrag eines Landes kann der Bund Bundesautobahnen und sonstige Bundesstraßen des Fernverkehrs, soweit sie im Gebiet dieses Landes liegen, in bundeseigene Verwaltung übernehmen.

Artikel 91

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder anfordern.

(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben.

(siehe zu Abs. 2 auch Punkt 3 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher die Befugnisse der Bundesregierung nach Artikel 91 Abs. 2 nur im Rahmen des Schreibens der Militärgouverneure vom 14. April 1949 zuließ.)

IX. Die Rechtsprechung

Artikel 92

Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch das Oberste Bundesgericht, durch die in diesem Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

Artikel 93.

(1) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:

1. über die Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlaß von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind;
2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetze oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrechte auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Bundestages;
3. bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder, insbesondere bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder und bei der Ausübung der Bundesaufsicht;
4. in anderen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen dem Bunde und den Ländern, zwischen verschiedenen Ländern oder innerhalb eines Landes, soweit nicht ein anderer Rechtsweg gegeben ist;
5. in den übrigen in diesem Grundgesetze vorgesehenen Fällen.

(2) Das Bundesverfassungsgericht wird ferner in den ihm sonst durch Bundesgesetz zugewiesenen Fällen tätig.

Artikel 94

(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregie-

rung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.
(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben.

Artikel 95

(1) Zur Wahrung der Einheit des Bundesrechts wird ein Oberstes Bundesgericht errichtet.
(2) Das Oberste Bundesgericht entscheidet in Fällen, deren Entscheidung für die Einheitlichkeit der Rechtsprechung der oberen Bundesgerichte von grundsätzlicher Bedeutung sind.
(3) Über die Berufung der Richter des Obersten Bundesgerichts entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden.
(4) Im übrigen werden die Verfassung des Obersten Bundesgerichts und sein Verfahren durch Bundesgesetz geregelt.

Artikel 96

(1) Für das Gebiet der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind obere Bundesgerichte zu errichten.
(2) Auf die Richter der oberen Bundesgerichte findet Artikel 95 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Bundesjustizministers und der Landesjustizminister die für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister treten. Ihre Dienstverhältnisse sind durch besonderes Bundesgesetz zu regeln.
(3) Der Bund kann für Dienststrafen gegen Bundesbeamte und Bundesrichter Bundesdienststrafgerichte errichten.

Artikel 97

(1) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.
(2) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.

Artikel 98

(1) Die Rechtsstellung der Bundesrichter ist durch besonderes Bundesgesetz zu regeln.
(2) Wenn ein Bundesrichter im Amte oder außerhalb des Amtes gegen die Grundsätze des Grundgesetzes oder gegen die verfassungsmäßige Ordnung eines Landes verstößt, so kann das Bundesverfassungsgericht mit Zweidrittelmehrheit auf Antrag des Bundestages anordnen, daß der Richter in ein anderes Amt oder in den Ruhestand zu versetzen ist. Im Falle eines vorsätzlichen Verstoßes kann auf Entlassung erkannt werden.
(3) Die Rechtsstellung der Richter in den Ländern ist durch besondere Landesgesetze zu regeln. Der Bund kann Rahmenvorschriften erlassen.
(4) Die Länder können bestimmen, daß über die Anstellung der Richter in den Ländern der Landesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß entscheidet.
(5) Die Länder können für Landesrichter eine Absatz 2 entsprechende Regelung treffen. Geltendes Landesverfassungsrecht bleibt unberührt. Die Entscheidung über eine Richteranklage steht dem Bundesverfassungsgericht zu.

Artikel 99

Dem Bundesverfassungsgerichte kann durch Landesgesetz die Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes, den oberen Bundesgerichten für den letzten Rechtszug die Entscheidung in solchen Sachen zugewiesen werden, bei denen es sich um die

Anwendung von Landesrecht handelt.

Artikel 100

(1) Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, wenn es sich um die Verletzung der Verfassung eines Landes handelt, die Entscheidung des für Verfassungsstreitigkeiten zuständigen Gerichtes des Landes, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. Dies gilt auch, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes durch Landesrecht oder um die Unvereinbarkeit eines Landesgesetzes mit einem Bundesgesetze handelt.

(2) Ist in einem Rechtsstreite zweifelhaft, ob eine Regel des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes ist und ob sie unmittelbar Rechte und Pflichten für den Einzelnen erzeugt (Artikel 25), so hat das Gericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.

(3) Will das Verfassungsgericht eines Landes bei der Auslegung des Grundgesetzes von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder des Verfassungsgerichtes eines anderen Landes abweichen, so hat das Verfassungsgericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen; will es bei der Auslegung von sonstigem Bundesrechte von der Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes oder eines oberen Bundesgerichtes abweichen, so hat es die Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes einzuholen.

Artikel 101

(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.

Artikel 102

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Artikel 103

(1) Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör.

(2) Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

(3) Niemand darf wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden.

Artikel 104

(1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden.

(2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln.

(3) Jeder wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihm die Gründe der Festnahme mitzuteilen, ihn zu vernehmen und ihm Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen.

(4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.

X. Das Finanzwesen

Artikel 105

(1) Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Zölle und Finanzmonopole.
(2) Der Bund hat die konkurrierende Gesetzgebung über
1. die Verbrauchs- und Verkehrssteuern mit Ausnahme der Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis, insbesondere der Grunderwerbsteuer, der Wertzuwachssteuer und der Feuerschutzsteuer,
2. die Steuern vom Einkommen, Vermögen, von Erbschaften und Schenkungen,
3. die Realsteuern mit Ausnahme der Festsetzung der Hebesätze,
wenn er die Steuern ganz oder zum Teil zur Deckung der Bundesausgaben in Anspruch nimmt oder die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 2 vorliegen.
(3) Bundesgesetze über Steuern, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates.

Artikel 106

(1) Die Zölle, der Ertrag der Monopole, die Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Biersteuer, die Beförderungssteuer, die Umsatzsteuer und einmaligen Zwecken dienenden Vermögensabgaben fließen dem Bunde zu.
(2) Die Biersteuer, die Verkehrssteuern mit Ausnahme der Beförderungssteuer und der Umsatzsteuer, die Einkommen- und Körperschaftssteuer, die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis fließen den Ländern und nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu.
(3) Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, einen Teil der Einkommens- und Körperschaftssteuer zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben, insbesondere zur Deckung von Zuschüssen, welche Länder durch Deckung von Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gesundheitswesens und des Wohlfahrtswesens zu gewähren sind, in Anspruch nehmen.
(4) Um die Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, kann der Bund Zuschüsse gewähren und die Mittel hierfür bestimmten, den Ländern zufließenden Steuern entnehmen. Durch Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird bestimmt, welche Steuern hierbei herangezogen werden und mit welchen Beträgen und nach welchem Schlüssel die Zuschüsse an die ausgleichsberechtigten Länder verteilt werden; die Zuschüsse sind den Ländern unmittelbar zu überweisen.

Artikel 107

Die endgültige Verteilung der der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder soll spätestens bis zum 31. Dezember 1952 erfolgen, und zwar durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Dies gilt nicht für die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis. Hierbei ist jedem Teil ein gesetzlicher Anspruch auf bestimmte Steuern oder Steueranteile entsprechend seinen Aufgaben einzuräumen.

Artikel 108

(1) Zölle, Finanzmonopole, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterworfenen Verbrauchsteuern, die Beförderungssteuer, die Umsatzsteuer und die einmaligen Vermögensabgaben werden durch Bundesfinanzbehörden verwaltet. Der Aufbau dieser Behörden und das von ihnen anzuwendende Verfahren wird durch Bundesgesetz geregelt. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Benehmen mit den Landesregierungen zu bestellen. Der Bund kann die Verwaltung der einmaligen Vermögensabgaben den Landesfinanzbehörden als Auftragsverwaltung übertragen.
(2) Nimmt der Bund einen Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer für sich in Anspruch, so steht ihm insoweit die Verwaltung zu; er kann sie aber den Landesfinanzbehörden als Auf-

tragsverwaltung übertragen.
(3) Die übrigen Steuern werden durch Landesfinanzbehörden verwaltet. Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Aufbau dieser Behörden und das von ihnen anzuwendende Verfahren und die einheitliche Ausbildung der Beamten regeln. Die Leiter der Mittelbehörden sind im Einvernehmen mit der Bundesregierung zu bestellen. Die Verwaltung der den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zufließenden Steuern kann durch die Länder ganz oder zum Teil den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen werden.
(4) Soweit die Steuern dem Bunde zufließen, werden die Landesfinanzbehörden im Auftrage des Bundes tätig. Die Länder haften mit ihren Einkünften für eine ordnungsgemäße Verwaltung dieser Steuern; der Bundesfinanzminister kann die ordnungsgemäße Verwaltung durch Bundesbevollmächtigte überwachen, welche gegenüber den Mittel- und Unterbehörden ein Weisungsrecht haben.
(5) Die Finanzgerichtsbarkeit wird durch Bundesgesetz einheitlich geregelt.
(6) Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden durch die Bundesregierung erlassen, und zwar mit Zustimmung des Bundesrates, soweit die Verwaltung den Landesfinanzbehörden obliegt.

Artikel 109

Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.

Artikel 110

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt werden.
(2) Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt. Er ist in Einnahme und Ausgabe auszugleichen. Die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt; sie können in besonderen Fällen auch für einen längeren Zeitraum bewilligt werden. Im übrigen dürfen in das Bundeshaushaltsgesetz keine Vorschriften aufgenommen werden, die über das Rechnungsjahr hinausgehen oder sich nicht auf die Einnahmen und Ausgaben des Bundes oder seiner Verwaltung beziehen.
(3) Das Vermögen und die Schulden sind in einer Anlage des Haushaltsplanes nachzuweisen.
(4) Bei kaufmännisch eingerichteten Betrieben des Bundes brauchen nicht die einzelnen Einnahmen und Ausgaben, sondern nur das Endergebnis in den Haushaltsplan eingestellt zu werden.

Artikel 111

(1) Ist bis zum Schluß eines Rechnungsjahres der Haushaltsplan für das folgende Jahr nicht durch Gesetz festgestellt, so ist bis zu seinem Inkrafttreten die Bundesregierung ermächtigt, alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind,
a) um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen,
b) um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen,
c) um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.
(2) Soweit nicht auf besonderem Gesetze beruhende Einnahmen aus Steuern, Abgaben und sonstigen Quellen oder die Betriebsmittelrücklage die Ausgaben unter Absatz 1 decken, darf die Bundesregierung die zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsführung erforderlichen Mittel bis zur Höhe eines Viertels der Endsumme des abgelaufenen Haushaltsplanes im Wege des Kredits flüssig machen.

Artikel 112

Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweis-

baren Bedürfnisses erteilt werden.

Artikel 113

Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung.

Artikel 114

(1) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden jährlich Rechnung zu legen.

(2) Die Rechnung wird durch einen Rechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit besitzen, geprüft. Die allgemeine Rechnung und eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden sind dem Bundestage und dem Bundesrate im Laufe des nächsten Rechnungsjahres mit den Bemerkungen des Rechnungshofes zur Entlastung der Bundesregierung vorzulegen. Die Rechnungsprüfung wird durch Bundesgesetz geregelt.

Artikel 115

In Wege des Kredites dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken und nur auf Grund eines Bundesgesetzes beschafft werden. Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen zu Lasten des Bundes, deren Wirkung über ein Rechnungsjahr hinausgeht, dürfen nur auf Grund eines Bundesgesetzes erfolgen. In dem Gesetze muß die Höhe des Kredits oder der Umfang der Verpflichtung, für die der Bund die Haftung übernimmt, bestimmt sein.

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Artikel 117

(1) Das dem Artikel 3 Abs. 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953.

(2) Gesetze, die das Recht der Freizügigkeit mit Rücksicht auf die gegenwärtige Raumnot einschränken, bleiben bis zu ihrer Aufhebung durch Bundesgesetz in Kraft.

Artikel 118

Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.

(siehe hierzu auch Punkt 5 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, der den Artikel 29 faktisch für die Zeit während des Besatzungsstatuts außer Kraft gesetzt hat, jedoch die Neugliederung nach Artikel 118 für zulässig erklärte.)

Artikel 119

In Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen, insbesondere zu ihrer Verteilung auf die Länder, kann bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung die Bundesregierung mit Zustim-

mung des Bundesrates Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Für besondere Fälle kann dabei die Bundesregierung ermächtigt werden, Einzelweisungen zu erteilen. Die Weisungen sind außer bei Gefahr im Verzuge an die obersten Landesbehörden zu richten.

Artikel 120

(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen und die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.

(2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.

Artikel 121

Mehrheit der Mitglieder des Bundestages und der Bundesversammlung im Sinne dieses Grundgesetzes ist die Mehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl.

Artikel 122

(1) Vom Zusammentritt des Bundestages an werden die Gesetze ausschließlich von den in diesem Grundgesetze anerkannten gesetzgebenden Gewalten beschlossen.

(2) Gesetzgebende und bei der Gesetzgebung beratend mitwirkende Körperschaften, deren Zuständigkeit nach Absatz 1 endet, sind mit diesem Zeitpunkt aufgelöst.

Artikel 123

(1) Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetze nicht widerspricht.

(2) Die vom Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge, die sich auf Gegenstände beziehen, für die nach diesem Grundgesetze die Landesgesetzgebung zuständig ist, bleiben, wenn sie nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen gültig sind und fortgelten, unter Vorbehalt aller Rechte und Einwendungen der Beteiligten in Kraft, bis neue Staatsverträge durch die nach diesem Grundgesetze zuständigen Stellen abgeschlossen werden oder ihre Beendigung auf Grund der in ihnen enthaltenen Bestimmungen anderweitig erfolgt.

Artikel 124

Recht, das Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes betrifft, wird innerhalb seines Geltungsbereiches Bundesrecht.

Artikel 125

Recht, das Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, wird innerhalb seines Geltungsbereiches Bundesrecht,

1. soweit es innerhalb einer oder mehrerer Besatzungszonen einheitlich gilt,
2. soweit es sich um Recht handelt, durch das nach dem 8. Mai 1945 früheres Reichsrecht abgeändert worden ist.

Artikel 126

Meinungsverschiedenheiten über das Fortgelten von Recht als Bundesrecht entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Artikel 127

Die Bundesregierung kann mit Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, soweit es nach Artikel 124 oder 125 als Bundesrecht fortgilt, innerhalb eines Jahres nach Verkündung dieses Grundgesetzes in den Ländern Baden, Groß-Berlin, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern in Kraft setzen.

Artikel 128

Soweit fortgeltendes Recht Weisungsrechte im Sinne des Artikels 84 Abs. 5 vorsieht, bleiben sie bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung bestehen.

Artikel 129
(1) Soweit in Rechtsvorschriften, die als Bundesrecht fortgelten, eine Ermächtigung zum Erlasse von Rechtsverordnungen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie zur Vornahme von Verwaltungsakten enthalten ist, geht sie auf die nunmehr sachlich zuständigen Stellen über. In Zweifelsfällen entscheidet die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundesrate; die Entscheidung ist zu veröffentlichen.
(2) Soweit in Rechtsvorschriften, die als Landesrecht fortgelten, eine solche Ermächtigung enthalten ist, wird sie von den nach Landesrecht zuständigen Stellen ausgeübt.
(3) Soweit Rechtsvorschriften im Sinne der Absätze 1 und 2 zu ihrer Änderung oder Ergänzung oder zum Erlaß von Rechtsvorschriften an Stelle von Gesetzen ermächtigen, sind diese Ermächtigungen erloschen.
(4) Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit in Rechtsvorschriften auf nicht mehr geltende Vorschriften oder nicht mehr bestehende Einrichtungen verwiesen ist.
Artikel 130
(1) Verwaltungsorgane und sonstige der öffentlichen Verwaltung oder Rechtspflege dienende Einrichtungen, die nicht auf Landesrecht oder Staatsverträgen zwischen Ländern beruhen, sowie die Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen und der Verwaltungsrat für das Post- und Fernmeldewesen für das französische Besatzungsgebiet unterstehen der Bundesregierung. Diese regelt mit Zustimmung des Bundesrates die Überführung, Auflösung oder Abwicklung.
(2) Oberster Disziplinarvorgesetzter der Angehörigen dieser Verwaltungen und Einrichtungen ist der zuständige Bundesminister.
(3) Nicht landesunmittelbare und nicht auf Staatsverträgen zwischen den Ländern beruhende Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes unterstehen der Aufsicht der zuständigen obersten Bundesbehörde.
Artikel 131
Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten. Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes können vorbehaltlich anderweitiger landesrechtlicher Regelung Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden.
Artikel 132
(1) Beamte und Richter, die im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Grundgesetzes auf Lebenszeit angestellt sind, können binnen sechs Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages in den Ruhestand oder Wartestand oder in ein Amt mit niedrigerem Diensteinkommen versetzt werden, wenn ihnen die persönliche oder fachliche Eignung für ihr Amt fehlt. Auf Angestellte, die in einem unkündbaren Dienstverhältnis stehen, findet diese Vorschrift entsprechende Anwendung. Bei Angestellten, deren Dienstverhältnis kündbar ist, können über die tarifmäßige Regelung hinausgehende Kündigungsfristen innerhalb der gleichen Frist aufgehoben werden.
(2) Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Angehörige des öffentlichen Dienstes, die von den Vorschriften über die "Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" nicht betroffen oder die anerkannte Verfolgte des Nationalsozialismus sind, sofern nicht ein wichtiger Grund in ihrer Person vorliegt.
(3) Den Betroffenen steht der Rechtsweg gemäß Artikel 19 Abs. 4 offen.
(4) Das Nähere bestimmt eine Verordnung der Bundesregierung, die der Zustimmung des

Bundesrates bedarf.

Artikel 133

Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Artikel 134

(1) Das Vermögen des Reiches wird grundsätzlich Bundesvermögen.

(2) Soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war, die nach diesem Grundgesetze nicht Verwaltungsaufgaben des Bundes sind, ist es unentgeltlich auf die nunmehr zuständigen Aufgabenträger und, soweit es nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung Verwaltungsaufgaben dient, die nach diesem Grundgesetze nunmehr von den Ländern zu erfüllen sind, auf die Länder zu übertragen. Der Bund kann auch sonstiges Vermögen den Ländern übertragen.

(3) Vermögen, das dem Reich von den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, wird wiederum Vermögen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände), soweit es nicht der Bund für eigene Verwaltungsaufgaben benötigt.

(4) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Artikel 135

(1) Hat sich nach dem 8. Mai 1945 bis zum Inkrafttreten dieses Grundgesetzes die Landeszugehörigkeit eines Gebietes geändert, so steht in diesem Gebiete das Vermögen des Landes, dem das Gebiet angehört hat, dem Lande zu, dem es jetzt angehört.

(2) Das Vermögen nicht mehr bestehender Länder und nicht mehr bestehender anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes geht, soweit es nach seiner ursprünglichen Zweckbestimmung überwiegend für Verwaltungsaufgaben bestimmt war, oder nach seiner gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung überwiegend Verwaltungsaufgaben dient, auf das Land oder die Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechtes über, die nunmehr diese Aufgaben erfüllen.

(3) Grundvermögen nicht mehr bestehender Länder geht einschließlich des Zubehörs, soweit es nicht bereits zu Vermögen im Sinne des Absatzes 1 gehört, auf das Land über, in dessen Gebiet es belegen ist.

(4) Sofern ein überwiegendes Interesse des Bundes oder das besondere Interesse eines Gebietes es erfordert, kann durch Bundesgesetz eine von den Absätzen 1 bis 3 abweichende Regelung getroffen werden.

(5) Im übrigen wird die Rechtsnachfolge und die Auseinandersetzung, soweit sie nicht bis zum 1. Januar 1952 durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern oder Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechtes erfolgt, durch Bundesgesetz geregelt, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

(6) Beteiligungen des ehemaligen Landes Preußen an Unternehmen des privaten Rechtes gehen auf den Bund über. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das auch Abweichendes bestimmen kann.

(7) Soweit über Vermögen, das einem Lande oder einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechtes nach den Absätzen 1 bis 3 zufallen würde, von dem danach Berechtigten durch ein Landesgesetz, auf Grund eines Landesgesetzes oder in anderer Weise bei Inkrafttreten des Grundgesetzes verfügt worden war, gilt der Vermögensübergang als vor der Verfügung erfolgt.

Artikel 136

(1) Der Bundesrat tritt erstmalig am Tage des ersten Zusammentrittes des Bundestages zusammen.

(2) Bis zur Wahl des ersten Bundespräsidenten werden dessen Befugnisse von dem Präsidenten des Bundesrates ausgeübt. Das Recht der Auflösung des Bundestages steht ihm nicht zu.

Artikel 137
(1) Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes und Richtern im Bunde, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.
(2) Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.
(3) Die dem Bundesverfassungsgerichte gemäß Artikel 41 Abs. 2 zustehende Befugnis wird bis zu seiner Errichtung von dem Deutschen Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet wahrgenommen, das nach Maßgabe seiner Verfahrensordnung entscheidet.
Artikel 138
Änderungen der Einrichtungen des jetzt bestehenden Notariats in den Ländern Baden, Bayern, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern bedürfen der Zustimmung der Regierungen dieser Länder.
Artikel 139
Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.
Artikel 140
Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.
Artikel 141
Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.
Artikel 142
Ungeachtet der Vorschrift des Artikels 31 bleiben Bestimmungen der Landesverfassungen auch insoweit in Kraft, als sie in Übereinstimmung mit den Artikeln 1 bis 18 dieses Grundgesetzes Grundrechte gewährleisten.
Artikel 143. (1) Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes oder eines Landes ändert, den Bundespräsidenten der ihm nach diesem Grundgesetze zustehenden Befugnisse beraubt oder mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung nötigt oder hindert, sie überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, oder ein zum Bunde oder einem Lande gehöriges Gebiet losreißt, wird mit lebenslangem Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.
(2) Wer zu einer Handlung im Sinne des Absatzes 1 öffentlich auffordert oder sie mit einem anderen verabredet oder in anderer Weise vorbereitet, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.
(3) In minder schweren Fällen kann in den Fällen des Absatzes 1 auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren, in den Fällen des Absatzes 2 auf Gefängnis nicht unter einem Jahr erkannt werden.
(4) Wer aus freien Stücken seine Tätigkeit aufgibt oder der Beteiligung mehrerer die verabredete Handlung verhindert, kann nicht nach den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 bestraft werden.
(5) Für die Aburteilung ist, sofern die Handlung sich ausschließlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung eines Landes richtet, mangels anderweitiger landesrechtlicher Regelung das für Strafsachen zuständige oberste Gericht des Landes zuständig. Im übrigen ist das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk die erste Bundesregierung ihren Sitz hat.
(6) Die vorstehenden Vorschriften gelten bis zu einer anderweitigen Regelung durch Bundesgesetz.
Artikel 144
(1) Dieses Grundgesetz bedarf der Annahme durch die Volksvertretungen in zwei Dritteln der

deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll.
(2) Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.
(siehe zu Abs. 2 auch Punkt 4 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher die Gültigkeit des Grundgesetzes in Groß-Berlin faktisch vollständig ausschloß und nur die Vertretung in Bundestag und Bundesrat durch beratende Mitglieder in diesem Gremien nach Artikel 144 Abs. 2 des Grundgesetzes erlaubte.)
Artikel 145
(1) Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung unter Mitwirkung der Abgeordneten Groß-Berlins die Annahme dieses Grundgesetzes fest, fertigt es aus und verkündet es.
(2) Dieses Grundgesetz tritt mit Ablauf des Tages der Verkündung in Kraft.
(3) Es ist im Bundesgesetzblatte zu veröffentlichen.
(siehe zu Abs. 2 auch Punkt 2 des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949, welcher das Grundgesetz nur unter dem Vorbehalt der Gültigkeit des Besatzungsstatuts genehmigte; das Grundgesetz wurde nicht kraft Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Kraft gesetzt, wie es in der Verkündungsformel hieß, sondern formalrechtlich aufgrund eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte als oberste Befehlshaber und gemäß den vierseitigen Verträgen von 1944/45 damit Inhaber der obersten Gewalt in ihren Zonen.)
Artikel 146. Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.
Bonn am Rhein, am 23. Mai 1949.

Dr. Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates

Schönfelder
1. Vizepräsident

Dr. Schäfer
2. Vizepräsident<<
28.05.1949
SBZ: Das "Leipziger Börsenblatt" berichtet am 28. Mai 1949 (x112/706): >>... Als sich im Herbst vorigen Jahres durch den Erlaß des amerikanischen Einfuhrverbots sowjetisch lizenzierter Druckerzeugnisse in die Westzonen auch für den Buchhandel die Blockade endgültig auswirkte, da war mehr zerstört als nur die wirtschaftliche Einheit eines gesamtdeutschen Produktionszweiges: das Buch als Repräsentant deutschen Geistes war in weiten Absatzgebieten entwurzelt, das freie deutsche Wort im Westen Deutschlands verboten.<<
30.05.1949
SBZ: In Ostberlin verkündet der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten soll (x105/306): >>Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.<<
BRD: Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärt am 30. Mai 1949 in Köln (x112/707): >>... Die zwischenstaatliche Wirtschaft muß genauso von den Verkrustungen der Zwangswirtschaft, der staatlichen Reglementierung befreit werden, wie die einzelnen

Nationalwirtschaften.
Dies ist besonders im Interesse der Wirksamkeit der Marshall-Hilfe notwendig, denn hier zeigt sich, daß es den beteiligten Ländern oft mehr auf einen möglichst großen Anteil an den Lieferungen als auf einen aufrichtigen Geist der europäischen Zusammenarbeit ankommt. Die Verteilung der Marshall-Plankredite an die einzelnen Länder birgt die Gefahr in sich, daß eine Entwicklung eingeleitet wird, an deren Ende eine großangelegte europäische Planwirtschaft steht. Hier gilt es zu warnen und Fehlinvestitionen zu vermeiden.<<

Mai 1949

BRD: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.
Im Mai 1949 wird der ehemalige ostpreußische Gauleiter Koch, der sich damals als "Landarbeiter Berger" in der Nähe von Hamburg aufhält, von britischen Sicherheitskräften festgenommen.

01.06.1949

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Marktredwitz berichtet am 1. Juni 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/543-544): >>1. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung aus der CSR haben im Monat Mai 1949 1.145 volksdeutsche Personen die Grenze illegal überschritten.
Die Volksdeutschen treffen aus allen Teilen der CSR zunächst in einem Sammellager in Eger ein und werden dort in Einzeltransporten, deren Stärke sich zwischen 30 und 100 Personen beläuft, in der Regel wöchentlich zwischen Dienstag und Freitag, an die Landesgrenze gebracht und über diese vornehmlich im Bereich der Grenzpolizeiposten Neuhausen und Wildenau abgeschoben.
Die Flüchtlinge sind nach wie vor mit wenigen Ausnahmen ohne Zuzugsgenehmigung. Ein Flüchtling mit Namen M., der am 29.4.49 illegal die Grenze überschritt, hatte ... eine Zuzugsbescheinigung bei sich, die er angeblich im April 1948 ... in Asch/CSR von einer ihm unbekannten Person für 500 Kronen käuflich erwarb.
Der Besitz des Entry-Permits neben der Zuzugsgenehmigung wurde bisher nur in einigen Fällen bei den mit der Eisenbahn über Schirnding einreisenden Volksdeutschen festgestellt.
2. Bekanntlich sträuben sich die Flüchtlinge verständlicherweise mit allen Mitteln gegen eine Zurückweisung, und die Situationen, die sich hierbei ergeben, sind alles andere als erfreulich. Außerdem dürfen keine Zweifel darüber bestehen, daß alle zurückgewiesenen Flüchtlinge über kurz oder lang an anderen Stellen die Grenze überschreiten. Es handelt sich hier um ein schon oft dargelegtes Problem, das nicht von der Grenzpolizei gelöst werden kann, sondern mit dem sich das Land Bayern und die damit befaßte Flüchtlingsverwaltung zurechtfinden muß. ...<<

06.06.1949

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius kritisiert am 6. Juni 1949 die linksradikale Politik in der sowjetischen Besatzungszone (x112/710): >>... Ernste Sorge mache die Entheiligung des Sonntags, die Behinderung des Religionsunterrichts, die Beeinflussung der Schule "im antichristlichen Sinne".<<

07.06.1949

BRD: Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Erik Nölting (1892-1953, SPD-Politiker) erklärt am 7. Juni 1949 im Landtag (x112/710): >>Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk. ...<<

12.06.1949

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heinemann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völ-

lig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.
2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.
3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa gegenüber Asien nicht zu halten.
4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.
5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.
Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.
Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

20.06.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Frankreich: Der Außenministerrat der Siegermächte beschließt während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

22.06.1949

SBZ: Sämtliche Apotheken werden durch eine DWK-Verordnung vom 22. Juni 1949 verstaatlicht.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Apotheken" in der SBZ (x009/24): >>Alle Apotheken wurden durch Verordnung der DWK vom 22.6.1949 enteignet, alle Realrechte für erloschen erklärt. ...
Das Apothekenwesen wurde 1958 gesetzlich geregelt. Es soll nur noch "staatliche Apotheken" geben, die als öffentliche Apotheken von den Kreisen geführt werden (daneben Krankenhausapotheken, tierärztliche Apotheken und nichtöffentliche Apotheken für besonderen Bedarf staatlicher Einrichtungen, insbesondere der Nationalen Volksarmee). ...<<

29.06.1949

SBZ: Die SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl schreiben am 29. Juni 1949 in einem offenen Brief an die Mitglieder der SED (x112/717): >>Ein Teil unserer Funktionäre

und Mitglieder verkennen die Rolle der FDJ als der fortschrittlichsten Jugendorganisation und als Verbündete im Kampf unserer Partei.
Andere glauben unter Mißachtung der politisch notwendigen Unabhängigkeit der FDJ, sich unmittelbar kommandierend einschalten zu können. ...
(Vielmehr sei) Gewinnung und ... kühne Einbeziehung junger Menschen in die aktive und verantwortungsvolle Arbeit unserer Parteiorganisation eine Notwendigkeit.<<

30.06.1949

BRD: Die Alliierten bestätigen am 30. Juni 1949 nochmals, daß Bonn die vorläufige Hauptstadt werden soll (x115/68): >>... Es ist vorgesehen, daß die deutsche Regierung sich in Bonn niederlassen wird. Bonn wird künftig nicht mehr zur britischen Besatzungszone gehören.<<

02.07.1949

BRD: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erläutert am 2. Juli 1949 während einer Rundfunkansprache die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag (x112/722): >>Die Mehrheit der bayerischen Volksvertretung folgte unserem Rate zum Nein, das wir für notwendig hielten, damit Bayern im kommenden Bunde die Sache des Föderalismus mit freien Händen vertreten kann. ... (Ehard fügt hinzu,) daß wir trotz dieses Nein uns zugehörig zu dem Ganzen betrachten.<<

15.07.1949

BRD: Die CDU veröffentlicht am 15. Juli 1949 ihr Wahl- und Regierungsprogramm ("Düsseldorfer Leitsätze").
In diesem Programm wirbt die CDU vor allem für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft (x112/728): >>Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt ...
Es sind nicht nur wirtschaftliche und soziale Überlegungen, sondern auch politische und kulturelle Gründe, die uns veranlassen, die "soziale Marktwirtschaft" zu fördern. Wir sehen in ihr eine Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt.<<

21.07.1949

BRD: Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß macht Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutschlands verantwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<
Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.
So geht es nun wirklich nicht!<<

USA: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtet am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**
Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dorniges Telegramm auf seinem Schreibtisch:
"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Protest ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer auf."
Absender die Wählervereinigung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.

Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik sprechen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da sparen die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.
Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählervereinigung der Deutschamerikaner an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken haben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedanken, daß er im Weißen Hause sitze.
Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Einweihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Telegramm und mit freundlichen Versprechungen.
Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.
Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein. Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimilationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.
Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flugblattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.
Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deutschen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum erstenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die Treue zur Heimat.
Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangvereinen. In ungezählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nichtdeutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu schätzen.
Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".
Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Möchtegern-Amerikaner.
In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.
Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".
"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.
Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen

"die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.
Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.
Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.
So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler heraus. Darin heißt es:
"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."
Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:
"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche. Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."
Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.
Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<

24.07.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede vom 21. Juli 1949 (x112/734):
>>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<

31.07.1949

BRD: Adenauer verspricht am 31. Juli 1949 bei seinen Wahlkampfreden, ein Ministerium für die Vertriebenenprobleme zu bilden.

08.08.1949

BRD: Das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände ("Soforthilfegesetz") tritt am 8. August 1949 in Kraft.
Es wird danach eine monatliche Unterhaltshilfe von 70 DM gezahlt (x024/239).

13.08.1949

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 13. August 1949 über die bevorstehende erste Bundestagswahl (x112/746): >>Es dürfte heute wohl nur noch wenige Einzelgänger geben, die sich der Bedeutung der morgigen Wahlen nicht bewußt sind. ... Der Anfang des eigenstaatlichen Lebens nach der Kapitulation und der Zwischenzeit des Länderaufbaus beginnt jetzt.<<

14.08.1949

BRD: In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

15.08.1949

BRD: Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) berichtet am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

16.08.1949

SBZ: Ein SED-Politbeschluß vom 16. August 1949 fordert die Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und der "Massenorganisationen" (x009/280): >>... Im Apparat der Massenorganisationen zentral, bei den Landesvorständen und Kreisleitungen sind die Parteimitglieder zu Parteigruppen zusammenzufassen. ...

Der Apparat der Parteigruppen muß ein operatives Instrument der Parteileitung sein. ... In den Parteigruppen ist jeder Genosse, gleich welche Funktion er im Apparat hat, zuerst Mitglied der Partei ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteigruppe" in der SBZ (x009/319-320): >>Nach dem Vorbild der KPdSU werden seit 1953 in verstärktem Maße die Betriebsparteiorganisationen der SED in den Großbetrieben, staatlichen Institutionen sowie den Apparaten der SED und der Massenorganisationen in Parteigruppen untergliedert.

Der Parteigruppe gehören alle SED-Mitglieder an, die an einem gemeinsamen Arbeitsplatz, z.B. in einer Unterabteilung oder Brigade, tätig sind. In der Regel soll die Parteigruppe nicht mehr als 8 bis 10 SED-Angehörige umfassen.

Unter Anleitung eines Parteiorganisators, der die Verbindung zur SED-Betriebsgruppe her-

stellt, haben sie die Aufgabe, sich an ihrem speziellen Arbeitsplatz gegenseitig zu überwachen, die Arbeit sowie das Privatleben ihrer unmittelbaren Kollegen zu kontrollieren und die Durchführung sämtlicher Parteibeschlüsse auf unterster Ebene zu gewährleisten.
Die Parteigruppe soll "die führende Rolle der SED auf allen Gebieten" auf unterster Ebene verwirklichen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Von der SED gesteuerte Organisationen.
Die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" die Bevölkerung für die Verwirklichung der SED-Politik aktivieren. Mitgliedschaft in einer der Massenorganisationen gilt als Mindestmaß "gesellschaftlicher Aktivität".
Trotz teilweise vorgegebener parteipolitischer Neutralität oder parteimäßig nicht gebundener Vorsitzender werden sämtliche Massenorganisationen durch die SED, vor allem durch die hauptamtlichen Funktionäre, die überwiegend SED-Mitglieder sind, geleitet. ...<<

22.08.1949

BRD: Die "Neue Zeitung" berichtet am 22. August 1949 (x112/755): >>... Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP.<<
Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtet am 22. August 1949 über die damaligen Koalitionsverhandlungen (x112/755): >>Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen ...
Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler Adenauer und einen Wirtschaftsminister Erhard eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauers Koalitionsverhandlungen nach der ersten Bundestagswahl: >>... Unbestreitbar ist, daß Adenauer während seiner Regierungszeit einen großen Teil seiner Energie, vor allem seines taktischen Raffinements, darauf verwendet hat, die föderalistischen Tendenzen der "Bundesländer" niederzukämpfen - nicht zuletzt jener Länder, die von CDU- oder CSU-Landesfürsten regiert werden.
Die Zähmung
- der bayrischen CSU unter der anfänglichen Führung des Adenauer-Gegners Dr. Josef Müller (Ochsensepp) und neuerdings unter dem ehrgeizigen Franz-Josef Strauß,
- der württembergischen CDU unter Gebhard Müller (heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts),
- der hannoverschen CDU unter dem Neutralisten Dr. Wilhelm Gereke (heute in der Sowjetzone) und
- der nordrhein-westfälischen CDU unter dem christlichen Sozialisten Karl Arnold (inzwischen verstorben) war nicht leicht - und ist bis in die Gegenwart hinein ein ständig gefährdetes Balance-Kunststück geblieben.
Die Art und Weise, wie Adenauer von vornherein diese zentrifugalen Kräfte beaufsichtigte und wie er sie mit taktischen Winkelzügen ausmanövrierte, hat die erste Regierungsbildung Adenauers beispielhaft demonstriert.
Am 14. August 1949 hatten die ersten Bundestagswahlen stattgefunden. Die CDU/CSU hatte einen knappen Sieg errungen. Ihre Fraktion zählte 139 Abgeordnete, die der SPD 131. Der Rest verteilte sich auf eine Reihe kleinerer Parteien, unter denen die FDP mit 52 Sitzen die stärkste war.
Als größte Fraktion hatte die CDU/CSU das Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen. Ihr

Kandidat hieß unbestritten Konrad Adenauer.
Die offene Frage war, ob die CDU/CSU
- entweder eine große Koalition mit der SPD suchen (mit einer starken und aktionsfähigen Regierungsmehrheit)
- oder eine bürgerliche, kleine Koalition mit einer voraussichtlich kleinen Mehrheit anstreben sollte. (Tatsächlich wurde Adenauer schließlich von einer winzigen Mehrheit, nämlich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen - gewählt.)
Gegen eine Koalition mit der SPD sprachen vor allem ideologische Gründe. Die CDU hatte den Wahlkampf mit der Erhardschen Parole von der "sozialen Marktwirtschaft" geführt. Hätte die CDU nach dem Wahlsieg mit der SPD koaliert, so hätte sie sich in ihrer Regierungspraxis zu Kompromissen bereit finden müssen, die mit ihrem Programm nicht übereinstimmten, und vorauszusehen war, daß bei der nächsten Wahl die bürgerlichen Wähler - von der CDU aus gesehen - nach rechts ausgewichen wären.
Neben diesen parteilichen Gründen für eine Ablehnung der großen Koalition hatte Adenauer aber auch noch persönliche Gründe - und zwar Gründe, die dem Problemfeld "Zentralismus oder Föderalismus" entstammten.
In einer ganzen Reihe von Bundesländern - so in Hessen, Nordrhein -Westfalen und Rheinland-Pfalz - gab es Länderregierungen, die sich aus CDU und SPD rekrutierten. Das Interesse der in diesen Regierungen sitzenden CDU-Politiker ging nun 1949 dahin, nach Möglichkeit zu unterbinden, daß sich innerhalb der Bundesrepublik ein Kampfzustand zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten herausbildete, der zwangsläufig früher oder später die Koalitionen und damit auch ihre Ministersessel gefährden mußte.
Unter diesem Gesichtspunkt ging es also bei der Frage, ob das erste Bundeskabinett eine CDU/SPD- oder eine bürgerliche Koalition sein solle, auch darum, ob im Rahmen der CDU entweder die Bedürfnisse der CDU-Landesverbände oder die Interessen der Bonner CDU-Zentrale den Vorrang haben sollten. Mithin: Die notwendig gewordene Entscheidung über große oder kleine Bonner Koalition war ihren Konsequenzen nach zugleich eine Entscheidung über die Alternative zwischen "Bonner Zentralismus" und dem Föderalismus der CDU-Landesverbände - und kein CDU-Politiker sah diesen Sachverhalt deutlicher als Adenauer.
Adenauer fingerte die Entscheidung in einer höchst formlosen Weise. Eigentlich hätte man erwarten müssen, daß Adenauer die Beschlußfassung über ein immerhin so folgenreiches Problem irgendeinem Parteigremium überlassen hätte. In Frage kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder die von ihm - Adenauer - selbst eingerichtete Konferenz der CDU-Landesverbandsführer oder eine Versammlung, die aus beiden Gremien zusammengesetzt war.
Anstelle dieser institutionell entscheidungsbefugten Gremien berief Adenauer aber eine willkürlich zusammengewürfelte Versammlung in seine Rhöndorfer Villa. Eingeladen waren unter anderen:
- der Berliner CDU-Führer Jakob Kaiser, der, obwohl zum linken Flügel der CDU gehörend, aus persönlichen und politischen Gründen mit Schumacher verfeindet war und schon deswegen eine Koalition mit der SPD ablehnte,
- der Kanzler-Freund und Bankier Robert Pferdmenges, der damals noch nicht einmal Bundestagsabgeordneter war und in der CDU keine große Rolle spielte,
- der Oberdirektor des trizonalen Wirtschaftsrates, Pünder, und andere Funktionäre derselben Behörde, die schon aus Gründen ihres Amtes zentralistisch eingestellt waren.
Nicht in das Bild dieser vorwiegend zentralistischen, mithin zu einer kleinen Koalition geneigten Versammlung paßte der rheinpfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier. Der Koblenzer Christdemokrat, Chef einer CDU/SPD-Koalition, war entschiedener Anhänger einer großen Bonner Koalition - also eines Bundeskabinetts, das genauso zusammengesetzt sein sollte wie seine Koblenzer Landesregierung.

Aber gerade die Einladung Altmeiers war ganz offenbar ein fuchsig berechneter Schachzug Adenauers. Einerseits nämlich entlastete die Anwesenheit Altmeiers ihn, Adenauer, von dem Vorwurf, er habe bei seiner Rhöndorfer Einladung nur "Zentralisten" und Gegner der großen Koalition berücksichtigt - andererseits jedoch war der nicht eben pfiffige Altmeier von vornherein als ein sehr schlechter Anwalt der föderalistischen Interessen erkennbar. Sonderlich beweiskräftiger Widerstand war von dem Koblenzer kaum zu erwarten. Altmeier war recht geeignet, als die etwas bedauernswerte Leitfigur einer Opposition zu dienen, die Adenauer lächerlich zu machen bestrebt war.
Daß Adenauer bei der Auswahl seiner Gäste sehr wohl daran gedacht hatte, dem hantierbaren Koblenzer Landesfürsten die Funktion des Oppositionsführers zuzuschieben, wird noch durch einen weiteren Umstand wahrscheinlich gemacht. Obwohl der linke CDU-Führer Karl Arnold als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen einer der stärksten CDU-Führer auf Länderebene war, hatte Adenauer vermieden, ihn zu der Rhöndorfer Sitzung einzuladen. Offenkundig hatte Adenauer von ihm allzu entschiedenen und allzu gewichtigen Widerstand erwartet.
Die Entscheidung kam schließlich beim Kaffee zustande. Zwar plädierte Altmeier tapfer für eine CDU/SPD-Koalition auf Bonner Ebene, aber seine Freunde kamen - wie Dr. Pferdmenges in einem Interview mit dem Adenauer-Biographen Weymar bezeugte - nicht zu Worte oder wurden von Adenauer beiseitegezogen und überzeugt. Auf jeden Fall, am Ende war man sich im Sinne Adenauers einig: Die kleine Koalition war beschlossene Sache.
Die Sonntags-Kaffeetafel zu Rhöndorf hatte gleichsam als regierungs-bildende Versammlung - und wenn man die Tragweite der dabei beschlossenen Lösung bedenkt: geradezu als eine Art "Konstituierende Versammlung" - fungiert. Adenauer hatte die föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit einem Trick überspielt.
Die an diesem Beispiel eklatant sichtbare institutionelle Schwäche des Adenauer-Regimes ist bis in die Gegenwart hinein ein Makel der Bundesrepublik geblieben. Allzuoft wurde durch faule Praktiken, taktische Winkelzüge und unfaire Kniffe das ersetzt, was das Grundgesetz an zentraler Autorität nicht hergibt. Das Grundgesetz selbst geriet dabei ins Zwielicht.
Auf dem Höhepunkt des Finanzausgleichs-Streits im Parlamentarischen Rat murrte Adenauer: "Besser ein schlechtes Grundgesetz als gar kein Grundgesetz!" Bei dieser Äußerung schimmerte durch, daß Adenauer von vornherein entschlossen war, die Paragraphen des künftigen Grundgesetzes auf jeden Fall nicht tödlich ernst zu nehmen; er traute sich zu, mit seinem Repertoire an taktischen Kunstgriffen auch noch das unhandlichste Verfassungsinstrument nützlich verwenden zu können. Sein Desinteresse am Grundgesetz ging oft bis zur glatten Unkenntnis. Die Entscheidung, 1959 Bundespräsident werden zu wollen, traf er in offenbarer Nichtkenntnis der einschlägigen Grundgesetzartikel.
Zweifellos hat die institutionelle Unsicherheit der westdeutschen Demokratie Gründe, die in der Person Adenauers liegen: in seiner Fähigkeit und mithin auch in seiner Tendenz, verfassungsrechtliche Grundsatzprobleme mittels eines Systems von Intrigen, klotzigen Vergröberungen und manchmal auch persönlichen Infamien zu lösen.
Die Intriganz Adenauers hat sicher viel dazu beigetragen, die politische und sogar die verfassungsrechtliche Stabilität der westdeutschen Demokratie zu gefährden. Indes, die Gründe für die Bedenkenlosigkeit, mit der Adenauer die politischen und rechtlichen Streitobjekte der Bundesrepublik hantierte, sind keineswegs nur in seiner persönlichen intriganten Veranlagung, sondern auch in seinen politischen Grundansichten zu suchen.
Deutschland mit dem Westen zu versöhnen, ist seit spätestens 1919 eine fixe Idee Adenauers gewesen. Unter diesem Leitgesichtspunkt betrieb er nach dem Ersten Weltkrieg die Föderalisierung des Reiches und nahm er nach 1945 die Teilung Deutschlands hin. Eine föderale Gestaltung des westdeutschen Teilstaates schien ihm, nachdem diese Teilung als Faktum sichtbar wurde, auf jeden Fall nicht mehr unbedingt notwendig.

Gleichwohl wird gelegentlich erkennbar, daß es in seiner politischen Gedankenwelt noch föderalistische Vorstellungen gibt. Diese Vorstellungen beziehen sich aber nicht so sehr auf die innere Gestaltung der Bundesrepublik als vielmehr auf die Ordnung des mitteleuropäischen Raumes. ...<<

24.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenennt. Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

25.08.1949

SBZ: Der 4. Pädagogische Kongreß beschließt am 25. August 1949 "Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule" (x112/758-759): >>... Für die Festigung und den Ausbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die entschiedene Weiterführung der demokratischen Schulreform von wesentlicher Bedeutung. ... (Die SED fordert) Erziehung der Jugend zu einem demokratischen Nationalbewußtsein ... zu einer neuen Sittlichkeit und Arbeitsdisziplin als Voraussetzung für eine bewußte Einordnung in die neue Gesellschaft. ...

Als Glied der demokratischen Einheitsschule hat der Kindergarten heute zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen.

1. Als organische Vorstufe der Schulerziehung führt er die Kinder zur Schulreife. ...
2. Die verstärkte Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ist eine wesentliche Voraussetzung zu ihrer Gleichberechtigung.

Der Kindergarten fördert durch die Entlastung der arbeitenden Frauen diese Entwicklung.<<

BRD: Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet am 25. August 1949 über den Abschub von Sudetendeutschen nach Bayern (x005/544): >>Das bayerische Landesgrenzpolizeikommissariat Hof berichtet, daß im Bereich der Grenzpolizeistelle Rehau am 22.8.1949 gegen 17 Uhr von den Tschechen 38 sudetendeutsche Flüchtlinge und etwa 15 Kinder bei Mähring über die Grenze nach Bayern abgeschoben worden sind.

Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche aus dem Bezirk Freiwaldau/CSR, die in der Mehrzahl noch bis unmittelbar vor ihrer Ausweisung in ihren ursprünglichen Wohnungen lebten. Unter den Flüchtlingen befanden sich auch alte, gebrechliche Leute und Säuglinge. Die Personen wurden von Freiwaldau mit der Eisenbahn bis Eger und anschließend mittels LKW bis an die bayerische Grenze gebracht; sämtliches noch im Besitz befindliche Geld wurde ihnen an der Grenze durch die Tschechen abgenommen.

Die früheren Transporte wurden in der Regel entweder am tschechischen Zollhaus oder am alten Wasserwerk bei Neuhausen durchgeführt, während die eingangs erwähnte "Aussiedlung" erstmals bei Mähring erfolgte. Es wird deshalb angenommen, daß sich die tschechischen Grenzbehörden an die früheren Vereinbarungen nicht mehr halten.

Dem Bericht des BLGP-Kommissariats Hof zufolge versuchen nunmehr die tschechischen Behörden die ... Abmachungen, wonach nur bei Wildenau und Neuhausen wöchentlich höchstens 80 Flüchtlinge über die Grenze gebracht werden und diese Zahl auf keinen Fall vergrößert würde, dadurch zu umgehen, daß sie auch an anderen Grenzstellen mit dem Abschieben von Sudetendeutschen beginnen.<<

28.08.1949

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schreibt am 28. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... Es ist nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die uns im Wahlergebnis so sehr geschadet hat, als vielmehr die kämpfende Kirche, die nicht sehen will, daß hier ein deutsches Staatswesen neu entstehen soll, sondern die die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat.<<

30.08.1949

BRD: Der "Sozialdemokratische Pressedienst" veröffentlicht am 30. August 1949 die Dürkheimer Erklärung.

In dieser Mitteilung des SPD-Parteivorstandes vom 30. August 1949 heißt es (x112/763): >>... Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.<<

August 1949

SBZ: Im August 1949 werden in der gesamten sowjetischen Zone verstärkt Arbeiterfamilien für den Uranbergbau in den Erzgebirgskreis Aue zwangsweise umgesiedelt.

Es handelt sich bei diesen "Umgesiedelten" vor allem um reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene.

Jugoslawien: Im berüchtigten Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz werden im August 1949 wieder mehrere deutsche Offiziere zu Tode gefoltert, weil sie keine Kriegsverbrechen gestehen wollen, die sie nicht begangen haben (x130/229).

Gefangene Wehrmachtsoffiziere berichten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die Folterungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/217,227-229): >>Eines Nachts hörte ich die ersten Schreie. Ich habe in meinem Leben viele Menschen vor Schmerzen schreien hören. Aber dieses Schreien in dunkler Nacht, das in Wimmern überging, um dann plötzlich wieder zu einem langgezogenen Ton anzuschwellen, hatte ich bisher noch nicht gehört.

Das war systematisches Quälen und Foltern von Menschen, wie es in den Folterkammern der Inquisition, vielleicht auch in Hitlers Konzentrationslagern geschah. ...<<

>>... Stundenlang hörten wir die Geräusche der Prügelei, oft höhnisches Gelächter der Vernehmenden, lautes, immer stärker werdendes Stöhnen, Röcheln, und dann wieder lautes Schreien der unter fürchterlichen Schmerzen gequälten Kameraden. ...

(General Gerhard Henke:) Ich wurde scharf nach rückwärts gefesselt und im barbarischen Ton aufgefordert, mich mit dem Bauch auf den Tisch zu legen. Einer der Vernehmer riß mich am Oberarm über den Tisch. Mein rechtes Knie schlug schwer gegen die Tischkante. Man band meine beiden Fußgelenke mit einem Strick zusammen, zog die Füße nach rückwärts hoch und knotete sie scharf an die auf dem Rücken gefesselten Hände.

Der Strick wurde dann weiter um den Hals geführt und auf dem Rücken wieder irgendwo zusammengebunden. Sie warfen mich nun wie ein lebendiges Paket vom Tisch auf die Erde hinunter. Ich schlug mit dem Brustkorb, den Knien und dem Kinn schwer auf.

Halb betäubt hörte ich, wie meine Peiniger auf Serbisch etwas besprachen. Ich erwartete die ersten Schläge. Aber sie hatten sich noch eine andere Gemeinheit ausgedacht. Sie stülpten einen Schemel um und legten mich mit Brust und Bauch auf die vier Schemelfüße. Mein Kopf hing vorn herunter. Dann schlugen zwei mit Knüppeln ununterbrochen mit voller Wucht auf Rücken und Füße. Ein schneidender Schmerz vom linken Fuß ausgehend zog durch den ganzen Körper. Auch bohrten sich die Schemelbeine mit jedem Schlag in die Lenden.

Ob ich gebrüllt oder gestöhnt habe, weiß ich nicht. Die weiteren Schläge fühlten sich immer

dumpfer an. Dann verlor ich das Bewußtsein. ...
(Oberleutnant Dr. Martin Speer:) Dieser hatte aus seiner christlichen Einstellung heraus abgelehnt, immer weiter erfundene Greueltaten anzugeben. Dafür wurde er, wie Augen- und Ohrenzeugen erzählten, so lange geschlagen und an den Händen aufgehängt, bis er gestorben ist. ... (Hauptmann) Föhner betete und rief zu Gott, sein Anblick war furchtbar. Die rechte Gesichtshälfte war fast gänzlich verkrustet mit Blut. In seinem Blick saß Angst, Verzweiflung, Entsetzen. ...
Er rief in seiner Not wieder Gott an. Zwei der Jugoslawen packten F., dessen Hände gefesselt waren und spannten ihn über das Bett. Die zusammengebundenen Arme legte man über die oberen Pfosten und die Füße band man mit Draht an den unteren Pfosten fest. Die vordere Körperseite war dem Erdboden zugewandt.
Einer nach dem anderen sprang ihm nun auf den Rücken. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die extremen Mißhandlungen im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager 233 in Werschetz (x130/219,240): >>Lassen sich die Übergriffe in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende notfalls noch aus dem Siegestaumel heraus erklären, wenn auch damit keineswegs entschuldigen, so kann das in keinem Falle für die methodische Handlungsweise jugoslawischer Organe in Werschetz 1949, insbesondere für die dort begangenen schweren Folterungen und die dadurch verursachten Todesfälle, gelten.
Das kann um so weniger für die Werschetzer Vorgänge gelten, als es der jugoslawischen Gewahrsamsmacht vier Jahre nach Kriegsende hätte möglich sein müssen, bei allen für die Kriegsgefangenen zuständigen Stellen auf die Beachtung der Artikel 60 bis 67 des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 hinzuwirken. ...
Schon die Umstände, unter denen bereits vor Beginn der Werschetzer Prozesse drei profilierte Persönlichkeiten unter den Gefangenen gewaltsam ums Leben kamen, deuten auf eine Verschärfung der Situation hin, deren Ursprünge nicht zuletzt in der Haltung der jugoslawischen Regierung der Kriegsgefangenenfrage zu suchen sind. ...<<
>>... Wie viele Kriegsgefangene den Folterungen unmittelbar oder an deren Folgen während der Strafverbüßung erlegen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die von Heimkehrern am häufigsten genannten Zahlen bewegen sich zwischen 50 und 60 Todesfällen. Diese Ungewißheit resultiert einmal aus der Tatsache, daß die Umstände, unter denen sich die Ereignisse abspielten, den Gefangenen keinen Einblick in das Gesamtgeschehen erlaubten; zum anderen daraus, daß der Werschetzer Lagerarzt, der frühere Oberfeldarzt und Neurologe Dr. Joachim Rost, der die mißhandelten Gefangenen versorgt hat und die einzelnen Todesfälle hätte registrieren können, nach seinen eigenen Angaben gegenüber Mitgefangenen gezwungen war, die wahre Todesursache im Einzelfall zu verschleiern. ...
In einer Reihe von Fällen ist es indessen durchaus möglich zu beweisen, daß der Tod von Kriegsgefangenen eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen gewesen ist.<<

04.09.1949

BRD: Die Katholische Kirche kritisiert am 4. September 1949 zum Abschluß des Katholikentages die damalige ungerechte Eigentumsverteilung (x112/766): >>Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt. ...
Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden.<<

07.09.1949

SBZ: Die SED gründet am 7. Oktober 1949 die Nationale Front.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gründung der "Nationalen Front" (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem

Volkskongreß.
Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ... Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...
Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...
Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der Nationalen Front, "Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages", ist zugunsten innenpolitischer Aufgaben seit 1955 mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit 1958 ist die Nationale Front allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des Politbüros und des ZK der SED. ...
Für "Verdienste um den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland" wird vom Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front die "Ernst-Moritz-Arndt-Medaille" verliehen.<<

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 7. September 1949 im US-Radiosender "RIAS" zur Konstituierung des Bundestages (x112/768): >>... Es fehlen noch die 5 Fahnen und Wappen der Länder der ostdeutschen Zone, und es fehlt vielleicht auch noch die volle wirklich klare Erkenntnis, daß die Rückgewinnung des Ostens und Berlins, die Wiedergewinnung eines einheitlichen Deutschlands nicht ein Geschenk vom Himmel ist, sondern daß die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands von uns erkämpft, erobert und erstritten werden muß.<<

12.09.1949

BRD: Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.
Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker und wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.
Bundespräsident Theodor Heuss, der sich wesentlich an der Formulierung des Grundgesetzes beteiligt hat, erklärt während seiner Antrittsrede vor dem deutschen Bundesrat und Bundestag am 12. September 1949 (x105/307-308): >>Niemand wird, so hoffe ich, mißdeuten, und mancher wird verstehen, wenn ich in dieser mich sehr bewegenden Stunde, die mein Leben verwandelt, zunächst sehr persönliche Dinge anspreche und zweier Männer gedenke:
Mein früh verstorbener Vater hat in die Seelen seiner jungen Söhne die Legenden des Jahres 1848 gegossen, die mit der Familiengeschichte verbunden sind, und uns einen Begriff davon gegeben, daß die Demokratie und Freiheit nicht bloße Worte, sondern lebensgestaltende Werte sind.
Ich darf weiter an Friedrich Naumann denken, ... ohne den ich nicht das wäre, was ich bin, dem ich zumal das Wissen verdanke, das als Erbe in mir geblieben ist, daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen ihres Volkes getragen wird, und von dem ich gelernt habe, daß die soziale Sicherung mit die Voraussetzung der politischen Sicherung ist. ...
Gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen

allerhand seltsame Dinge von mir lesen können, nette Sachen. Aber es wurde darin auch gesagt, mir fehle die Ellenbogenkraft, die zum Politiker gehöre.
Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens, im öffentlichen Leben tätig zu sein, daß ich die Worte so gebrauche, daß ich auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaft und Vertrauensleute besaß, heute besitze und es wird so bleiben.
Mir scheint, daß dieses Amt, in das ich gestellt bin, keine Ellenbogen vertragen kann, sondern daß es den Sinn hat, über den Kämpfen, die kommen, die notwendig sind, die ein Stück des politischen Lebens darstellen, als ausgleichende Kraft vorhanden zu sein.
Wir sind eine Bundesrepublik. ... Wir wollen in Deutschland keinen Zentralismus haben. Wir haben die Lehre der Nationalsozialisten hinter uns, die gezeigt haben, wohin es führt, wenn der deutsche Mensch genormt werden soll. Wir wollen nicht den genormten Deutschen. Wir wollen diese Aussprache. Die Länder sollen ihr Eigenleben führen, aber nicht ihr Sonderleben, sondern im Verband des Gemeinen. ...
Ich habe selber zum Grundgesetz, als wir es berieten, den Antrag gestellt, daß wir uns als stellvertretend empfinden für die deutschen Brüder (im Osten), die an dieser Aufgabe nicht mitwirken konnten. Wir wissen gut genug, daß das Herausarbeiten aus unserer Situation, in der wir stecken, nicht bloß von uns geleistet wird, sondern daß hier eine Weltproblematik vorliegt, die mit dem Mächteschicksal der Anderen verbunden ist.
Deutschland braucht Europa, aber Europa braucht auch Deutschland. Wir wissen, daß wir im Geistigen ärmer geworden sind in der Hitlerzeit, als uns die Macht des Staates von dem Leben der Völker absperrte.
Aber wir wissen auch dieses: Die Anderen würden ärmer auch ohne das, was Deutschland bedeutet.
Wir stehen vor großen Aufgaben, ein neues Nationalgefühl zu bilden. Es ist eine sehr schwere erzieherische und erlebnismäßige Aufgabe, daß wir nicht in den Ressentiments versinken und stecken bleiben, in die das Unglück des Staates uns gestürzt hat.
Wir werden der hochfahrenden Hybris (dem frevelhaften Übermut) ausweichen müssen, die oft genug bei den Deutschen zutage getreten ist. Es ist ein seltsames deutsches Volk, das voll der größten Spannungen ist, wo das Subalterne neben dem Genial-Spekulativen und der großen Romantik steht.
Wir haben die Aufgabe, uns im politischen Raum zum Maß und zum Gemäßen zurückzufinden und unsere Würde neu zu bilden, die wir nie im Innern der Seele verloren. ...<<
Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Theodor Heuss (x051/251): >>Heuss, Theodor, geboren in Brackenheim 31.1.1884, gestorben in Stuttgart 12.12.1963, deutscher Politiker und Publizist; 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1912-18 Chefredakteur der "Neckar-Zeitung" in Heilbronn, 1920-33 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin; 1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und 1924-33 Mitglied des Reichstages.
Heuss engagierte sich als Journalist und zeitweise 2. Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller für Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, setzte sich als Autor ("Hitlers Weg", 1932) wie als Politiker kritisch mit "Kümmerlichkeit", Prinzipienlosigkeit und Irrationalismus des Nationalsozialismus auseinander.
Doch trotz grundsätzlicher Vorbehalte stimmte er im März 33 aus Fraktionsräson dem Ermächtigungsgesetz zu.
Noch 1933 verlor Heuss seine Dozentenstelle und sein Reichstagsmandat, bei der Bücherverbrennung flogen auch seine Schriften ins Feuer, dennoch konnte er lange Zeit weiter für deutsche Zeitungen schreiben (z.T. unter dem Pseudonym Thomas Brackheim); in den Kriegsjahren beschäftigte er sich besonders mit biographischen Arbeiten.
Gleich nach Kriegsende ging der als Antifaschist von den amerikanischen Besatzungsbehör-

den unterstützte Heuss wieder aktiv in die Politik, wurde 1945 Kultusminister von Württemberg-Baden und bemühte sich als Mitbegründer und 1. Vorsitzender der FDP erfolgreich um den Zusammenschluß der liberalen Parteien in den Westzonen.
Am 12.9.49 wurde Heuss zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik gewählt, für die er als volkstümlicher Landesvater ("Papa Heuss") im Innern und als hochgebildeter Weltmann im Ausland Sympathien erwarb.<<

13.09.1949

SBZ: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/97): >>Bis September 1949 wurde in der 2. Zone des Lagers immer noch die beim Russen so populäre Glatze geschnitten. Nur prominente Persönlichkeiten wie Barackenälteste, Blockälteste, Läufer, Ärzte und Sanitätspersonal durften lange Haare tragen. Damit wurde der Haß des einfachen Häftlings gegen diese Leute immer wieder entflammt. Oft gab es schwere Debatten über das Haareschneiden mit dem Kommandanten. Endlich, im September 1949, kam dann der Befehl, daß sämtliches Glatzeschneiden zu unterbleiben hätte. ...
Am 13. September 1949 wurde ich dann geröntgt. Bis zu dieser Zeit gab es nämlich so etwas nicht. Bei mir stellte man eine schwache Verschattung der Lunge fest und ich wurde ... ins Revier eingeliefert. ... Dadurch konnte ich mein Gewicht von 46 auf 59 Kilo erhöhen.
Beim ersten Serienröntgen wurde ein trauriges Ergebnis erzielt. Von 10 Mann hatten in der ersten Zeit mindestens 8 oder 9 Mann Tuberkulose. ...<<

15.09.1949

BRD: Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.
Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.
Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.
Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<
Der irische Journalist Terence Prittie (1913-1988) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer und den ersten Deutschen Bundestag (x073/245): >>... Bei dieser Regierung und im Parlament machte Adenauer seine Autorität geltend, eine Mischung aus väterlicher Fürsorge, schulmeisterlicher Strenge und klugem Menschenverstand, die ihm ohne offensichtliche Anstrengung gelang.
Unterbrechungen tat er mit lässiger Ironie ab. Seine Reden waren knapp und stets sachlich. Nahezu unveränderlich bewahrte er Gemütsruhe, auch wenn er ungewohnterweise von Zorn überwältigt wurde. Er konnte böse werden oder bissig oder giftig; ein "falscher" Ton schien sich dann in seine Stimme zu schleichen. Er besaß die Gabe, seinem Zorn Luft zu machen, während er äußerlich ruhig blieb.
Er war das genaue Gegenteil von einem Demagogen und gab so ein Beispiel, das dieses erste Parlament nach der Nazizeit ganz dringend brauchte.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Konrad Adenauer (x051/14):

>>Adenauer, Konrad, geboren in Köln 5.1.1876, gestorben in Rhöndorf 19.4.1967, deutscher Politiker; trat 1906 der Zentrumspartei bei und wurde Beigeordneter im Kölner Stadtparlament.
1917-33 war Adenauer Oberbürgermeister seiner Heimatstadt und gewann als Mitglied des Preußischen Staatsrates (1920-33 dessen Präsident) in der Weimarer Republik großen politischen Einfluß, lehnte aber 1926 die Reichskanzlerschaft in der Nachfolge Luthers ab.
Als Katholik stand er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber und wurde am 12.3.33 im Zuge der Gleichschaltung seines Amtes enthoben. Man warf ihm Mißwirtschaft vor und beschuldigte ihn des Separatismus, weil er im Ruhrkampf einen von Preußen (nicht vom Reich) gelösten rheinischen Freistaat angeregt hatte. 1934 vorübergehend in Haft, zog sich Adenauer ins Privatleben zurück, wurde aber 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom Zwanzigsten Juli 44 erneut inhaftiert, doch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.
Nach dem Zusammenbruch baute er - kurzfristig wieder Kölner Oberbürgermeister - die CDU mit auf und wurde als Präsident des Parlamentarischen Rates einer der Väter des Grundgesetzes.
Als 1. Bundeskanzler (15.9.49-16.10.63) stellte er sich dem schweren Erbe der NS-Zeit: u.a. Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel, Verhandlungen in Moskau zur Freilassung der Kriegsgefangenen, Aussöhnung mit Frankreich, zog sich aber auch Kritik wegen zu großer Nachsicht mit Belasteten wie etwa Globke oder Oberländer zu.
Adenauer führte die Bundesrepublik ins westliche Bündnis, seine Ära begründete, nicht zuletzt dank wachsenden Wohlstands, eine stabile freiheitliche politische Kultur im Westteil Deutschlands.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x073/243): >>... Das Gewicht des ungewöhnlich hohen Alters, das die Brücke nicht nur zur Weimarer Republik, sondern bis zur wilhelminischen Epoche schlug, half dem ersten Bundeskanzler, seinen Stil und seine Autorität in den Augen der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und durchzusetzen.
Einige wenige klare Grundgedanken, an denen er stark und starr festhielt, machten die charakteristische Sicherheit aus, mit der Adenauer die politischen Möglichkeiten seines Amtes ergriff und festhielt. ...
Es war die klare Frontstellung des "Kalten Krieges". Aber nicht ein berüchtigter preußischer Militarist vom Schlage Wilhelms II. oder Hindenburgs repräsentierte sie, sondern ein bürgerlich-katholischer Zivilist, dessen Stärke im taktischen Geschick und in der Ausdauer lag, mit der er die Grundposition des Staates von 1949 gegenüber allen anderen Möglichkeiten behauptete und ausbaute: außenpolitisch die volle Westorientierung gegen Neutralismus und Wiedervereinigungsexperimente, innenpolitisch die Restaurierung des bürgerlichen Rechtsstaates gegenüber radikaldemokratischen und sozialistischen Ordnungsvorstellungen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.
Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:
Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".
Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."
Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die

NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."
Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Nazipartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.
Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er müßte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.
Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".
"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...
Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...
Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.
Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.
Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrte Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

20.09.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer sagt während seiner Regierungserklärung am 20. September

1949 (x058/399-400): >>... Auf Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat wartet eine außerordentlich große und umfangreiche Arbeit. Die Koalitionspartner sind sich völlig einig darin, daß sie sich immer von dem Bestreben leiten lassen werden, so sozial im wahrsten Sinne des Wortes zu handeln, wir irgend möglich.
Die Vertriebenen werden gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Länder verteilt werden müssen. Wir wollen ferner mit allen Mitteln den Wohnungsbau in der energischsten Weise fördern, nicht, indem der Bund selbst baut, sondern indem er Mittel zur Verfügung stellt und darauf dringt, daß von den Ländern alle Möglichkeiten auf diesem Gebiete des Wohnungsbaues erschöpft werden. ...
Die deutsche Wirtschaft ist in der Vergangenheit groß und stark geworden durch ihre Facharbeiter und nicht zuletzt durch angewandte Wissenschaft. ... Die Bundesregierung wird, soweit ihre finanziellen Kräfte es erlauben, dafür eintreten, daß die wissenschaftliche Forschung in Deutschland gefördert wird. Und sie wird dann auch die deutsche Wirtschaft veranlassen, das gleiche zu tun. Nur wenn es gelingt, uns durch Leistungen auf dem Weltmarkt auszuzeichnen, wird es möglich sein, auf ihm zu bestehen. ...
Die Förderung der Kapitalbildung, und zwar sowohl der Bildung von Sparkapital wie von Betriebskapital, wird unser vordringlichstes Ziel sein. Nur dann können wir erwarten, daß durch Freigabe von Gegenwertfonds und auf andere Weise das dringend benötigte ausländische Kapital zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung steht.
Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft aber ist die vornehmste, ja einzige Grundlage für jede Sozialpolitik und für die Eingliederung der Vertriebenen. Nur eine blühende Wirtschaft kann die Belastungen aus dem Lastenausgleich auf die Dauer tragen.
Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig. Es scheint mir aber auch eine der wesentlichsten Grundbedingungen einer verständigen Sozialpolitik zu sein, den Fleißigen und Tüchtigen jede Aufstiegsmöglichkeit zu geben. Auf die Betonung dieser Aufstiegsmöglichkeiten legen wir den größten Wert. ...
Und nun lassen Sie uns übergehen zu Fragen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.
Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der 3 Regierungen, das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. ...
Wenn ich aber vom Frieden spreche, dann muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Ich fürchte, daß in Europa keine Ruhe eintreten wird, wenn sie nicht verschwindet. Sie ist durch die Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.
Lassen Sie mich in dieser Stunde mit besonderem Dank der Vereinigten Staaten von Nordamerika gedenken. Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Lande in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und noch tun. ...
Das deutsche Volk wird das dem amerikanischen Volk niemals vergessen dürfen und es wird es auch nicht vergessen.<<

21.09.1949

BRD: Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkt die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wird schließlich durch die Pariser Verträge (1955) aufgehoben (Deutschlandvertrag).

In der BRD wird am 21. September 1949 die Lizenzpflicht für Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben. Jeder Westdeutsche kann jetzt Presseerzeugnisse ohne Zustimmung der Besatzungsmächte herausgeben.

28.09.1949

BRD: Die Presse berichtet am 28. September 1949 über den Umfang und die Möglichkeiten der Werbung im Rundfunk (x112/778): >>... Sie liegen nicht nur in dem Widerstand der Hörerkreise gegen ein Werbeprogramm in der Hauptsendezeit, sondern sie liegen vielmehr auch in den akustischen Ermüdungserscheinungen, die nach den Beobachtungen deutscher Sendestationen sogar bei der Durchgabe von aktuellen Nachrichten, die über eine gewisse Sendezeit hinausgehen, unvermeidlich eintreten.<<

29.09.1949

BRD: Der parteilose Abgeordnete Franz Ott (1910-1998, katholischer Geistlicher und Vertriebenpolitiker) stellt am 29. September 1949 im Deutschen Bundestag folgenden Antrag (x112/778): >>Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung des "Deutschlandliedes" in seiner ursprünglichen, unveränderten Form als Bundeshymne für die Bundesrepublik Deutschland vorzulegen.<<

30.09.1949

BRD: Der Deutsche Bundestag billigt am 30. September 1949 mit großer Mehrheit den Antrag der SPD, die Alliierten um Zustimmung zum Anschluß Berlins (West) an die Bundesrepublik Deutschland zu bitten (x112/778): >>... Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands.

Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll.<<

September 1949

UdSSR: In den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern beginnen im September 1949 nochmals großangelegte Vernehmungen und Prozesse, um die letzten vermeintlichen deutschen Kriegsverbrecher zu verurteilen (x130/356).

Der deutsche Wehrmachtsarzt Dr. Kuno W. berichtet später über die unerwartete "Zurückhaltung von gefangenen Offizieren" (x130/354-355): >>... Und dann sehen wir etwas, das selbst unsere hart gewordenen Herzen fast stillstehen läßt.

Draußen werden unter strenger Bewachung durch Posten mit Maschinenpistolen im Arm und Hunden etwa hundert Offiziere abgeführt.

Man hat sie hier an der letzten Linie des sowjetischen Machtbereichs aus dem Heimkehrertransport herausgeholt. Viele der Männer, die da abgeführt werden, schämen sich ihrer Tränen nicht, und das will etwas heißen bei diesen Gefangenen, die in der Esse der Gefangenschaft zu steinharten Männern gebrannt wurden.

Einer ruft noch herüber: "Kameraden, vergeßt uns nicht!" ...<<

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die "Umwandlung von deutschen Kriegsgefangenen zu Kriegsverbrechern" (x130/355): >>... Die hundert Offiziere ... gehörten zu jenen Deutschen in russischer Hand, die unter der Unbarmherzigkeit des Siegers länger leiden sollten, als alle anderen gefangenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs.

Im Jahre 1949 waren in nahezu allen Gefangenenlagern der Sowjetunion schlagartig Offiziere der Geheimpolizei des Innenministers Berija erschienen. In langen Verhören hatten sie die Gefangenen danach ausgefragt, was sie während des Krieges in der Sowjetunion möglicher-

weise Böses – im Sinne des Siegers - getan hatten: Kartoffeln oder Getreide von Kolchosgütern requiriert, Zivilisten aus ihren Häusern ausquartiert, an Partisanenbekämpfung teilgenommen usw.
Die Vernehmungen begannen am frühen Morgen und endeten spät in der Nacht. Mancher Gefangene durfte nach drei Stunden scharfer Fragen wieder gehen, mancher mußte mehrere Tage hintereinander auf dem harten Stuhl vor dem Tisch des Vernehmungsoffiziers zubringen.
Der Russe fragte nach Lebenslauf und Dienstrang, nach Schulbesuch und politischer Einstellung. Dann kam sehr oft die Frage: "Haben sie Greueltaten begangen oder Greuelbefehle ausgeführt? Hatten Sie Kenntnis von Greuelbefehlen? Wer war daran beteiligt? Nennen Sie die Namen!" ...
Natürlich stritten die meisten der verhörten deutschen Soldaten ab, an solchen Taten beteiligt gewesen zu sein. Sie hatten einen langen erbitterten Krieg gekämpft, sie hatten in schweren Schlachten gestanden, sie waren Soldaten.
So weigerten sie sich, Geständnisse abzulegen und Protokolle zu unterschreiben. Die Russen brachten sie gleichwohl dazu. ...<<
Deutsche Kriegsgefangene berichten später über die sowjetischen "Verhörmethoden" (x130/-355-356,281): >>... Wir müssen mit Schrecken erleben, wie mit List und Gewalt versucht wird, auch die harmlosesten Kameraden zu Kriegsverbrechern zu stempeln. ...
Gegen September begann im Lager eine umfassende Vernehmungswelle, wobei eine große Zahl von Offizieren und Soldaten bedroht, erpreßt und schwer geschlagen wurde. ...
Wollen die Russen jemand zu irgendeinem Geständnis zwingen, so wird er in den Stehbunker gesperrt, ein schmales Verlies, in dem man weder sitzen noch liegen kann, und aus dem die Eingesperrten wie Holzstücke herausfallen, wenn nachgesehen wird. ...
Aus unserer Baracke wird ein Kamerad zum Verhör geholt, der bereits eingekleidet ist für den Heimtransport. Wir sehen ihn nicht wieder. ...
Die Atmosphäre in unserer Baracke ist drückend wie unter einer schweren Gewitterwolke. Die lauten Stimmen sind verstummt. Wir wundern uns, daß nicht schon längst der eine oder andere von uns Schreikrämpfe bekommen hat.
Zum Glück werden diejenigen, die zum Verhör bestellt werden, vom Kompanieführer benachrichtigt. Der Betroffene geht dann schweigend in sein Verhängnis mit einem letzten Händedruck an seine nächste Umgebung, wie auf dem Schlachtfeld im Angesicht des Todes. ...<<
>>... Die Spitzel erhielten bessere Verpflegung und Bekleidung. Viele der Spitzel handelten aus politischen Gründen. Sie waren Mitglieder der antifaschistischen Ausschüsse. Von diesen Spitzeln stammt ein Großteils des Materials, das sowjetischen Gerichten 1949 dazu diente, Gefangene wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrecherprozesse 1949/50 (x130/356-357): >>Die letzten Monate und Wochen zum Jahreswechsel 1949 stellten für die deutschen Kriegsgefangenen eine Zeit ungeheurer seelischer Belastung dar. Es ging ja um die Frage: Heimtransport oder Verurteilung?
Den Hauptschock erlitten die Gefangenen in dem Augenblick, als sie im Rahmen der Verurteilungsaktion zum Verhör gerufen und isoliert wurden: Dies war der Punkt, von dem an es fast immer kein Zurück gab. ...
... Das Gericht tagte in einem Raum des Lagers.
Drei sowjetische Offiziere saßen an nackten Holztischen, etwas abseits eine Dolmetscherin. Der Gerichtsvorsitzende fragte ... nach Name und Dienstrang. Dann wurde dem Deutschen die Anklage vorgelesen. Der Vorgang dauerte nicht einmal fünf Minuten. Dann verschwand das Gericht durch eine Tür, offenbar um den Anschein zu erwecken, es berate ernsthaft über das Strafmaß.

Nach fünf Minuten waren die Russen wieder da und verkündeten das Urteil: Tod durch Erschießen. ... Das Ritual wiederholte sich mit maschinenhafter Präzision, die Deutschen wurden allesamt verurteilt.
Nahezu 50.000 deutsche Soldaten wurden 1949 und 1950 durch die russische Verurteilungsmaschinerie gedreht. Die meisten wurden zum Tode verurteilt, die Urteile jedoch oft noch während der Gerichtsverhandlung, sonst einige Tage später, in 25 Jahre Arbeitslager abgemildert.
Mancher deutsche Offizier wurde verurteilt, weil er gegen Partisanen gekämpft und geschossen hatte. Mancher wurde verurteilt, weil er gestanden hatte, ein russisches Huhn requiriert und aufgegessen zu haben. Er hatte sich, so die Sowjets, des Diebstahls an sowjetischem Eigentum schuldig gemacht.
Ein Schuhmachermeister wurde verurteilt, weil er, so die sowjetischen Richter, die "Marschfähigkeit der deutschen Truppe begünstigte", ein Musiklehrer deshalb, weil er mit gelegentlichen Darbietungen seiner Kunst die Stimmung der faschistischen Armee gehoben hatte.
Ein deutscher Gefangener wurde von einem Gericht in Stalino deshalb verurteilt, weil er bei der Feldpost Dienst getan hatte. Die Begründung der Russen für das Urteil auf 25 Jahre Arbeitslager: "Sie haben von deutschen Soldaten geraubtes Gut nach Deutschland befördert". ...<<

01.10.1949

China: Am 1. Oktober 1949 ruft Mao Tse-tung (1893-1976) in Peking die "Chinesische Volksrepublik" aus.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung der Chinesischen Volksrepublik (x192/462): >>... Das Riesenreich China, mit mehr als einer Milliarde Menschen das bei weitem bevölkerungsreichste Land der Welt, wurde 1949 nach einem langandauernden Bürgerkrieg kommunistisch.
Der "große Steuermann" Mao Tse-tung bestimmte bis 1976 die chinesische Politik, die sich anfänglich am Beispiel der stalinistischen UdSSR orientierte. ...<<

02.10.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Oktober 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/104-105): >>2. Oktober 1949. Am Sonntag kam der 300.000 Rußlandheimkehrer in Friedland an. ... Der Ostpreuße Albert Zybek wurde am 9. Mai 1945 auf der Halbinsel Hela gefangengenommen. ...<<

07.10.1949

DDR: Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.
Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).
Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt spä

Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

ter über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...

Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtet später über die

"Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.
Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen Ostdeutsche (bzw. Mitteldeutsche) wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschworen und "umerzogen".
Am Anfang bemühte sich die (von den Sowjets kontrollierte) Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünfjahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...
Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter (Autos, technische Geräte, Telefone), und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.
... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.
Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge (im Hochleistungssport etwa) versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.
Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.
Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... (84.) Bürger war ein Spitzel!
Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt, Mord, Einschüchterung und Erpressung waren an der Tagesordnung. Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann Erich Honecker (ab 1976) leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.
Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.
Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man. ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran (Ende 1943) vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin die Spaltung Deutschlands. In Jalta (Februar 1945) war dies ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen,

denn er befürchtete,
1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.
Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung (§ III, A 9), jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete zum "10. Jahrestag der Gründung der DDR! (7.10.1959), es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt.
Wie aber geschah Deutschlands Spaltung?
Bereits am 25.7.1945 errichtete die SMAD 11 deutsche Zentralverwaltungen, die von Anfang an gewisse Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen hatten und sich bald - natürlich als Instrument der SMAD - zu zentralen Regierungsstellen über die gesamte SBZ erhoben. Der im August 1946 eingesetzten "Deutschen Verwaltung des Innern" wurden die Polizeien der 5 Länder untergeordnet. So begründete die SMAD die verwaltungsmäßige Spaltung Deutschlands schon im Herbst 1946. ...
Noch schwerer wiegt die wirtschaftliche, soziale und allgemein politische Spaltung, die die Sowjets schon früh vollzogen: Sie zwangen der SBZ schon 1945/46 einen kommunistischen Gesellschaftszustand auf, der jenem der Westzonen entgegengesetzt war (Bodenreform, Enteignung). Zögernd und spät, gegen den Willen Frankreichs, vereinigten die USA und England erst am 1.1.1947 ihre Zonen, und auch nur wirtschaftlich. ...
Die SMAD gab am 14.6.1947 der Zentralverwaltung der SBZ die Bezeichnung DWK und die Vollmachten einer wirklichen Zentralregierung. Dieser DWK gehörten in Wirklichkeit auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie amtlich selbständig waren. –
Im April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands, Reparationen aus laufender Produktion noch Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen konnten. ...
Der nächste Schritt der Sowjetunion zur Spaltung war die Stärkung der DWK am 9.3.1948. Dies beantworteten die Westmächte mit Besprechungen über die Vorbereitung eines Dreizonen-Notstaates (23.2. bis 3.6.1948). Diese Abwehrhandlung nahm die Sowjetunion als Vorwand, um den Kontrollrat zu verlassen (20.3.1948).
Weiter weigerte sie sich, die schon allzu lange verzögerte Währungsunion mitzumachen (24.7.1948), richtete die Blockade gegen West-Berlin, daß die Westmark erhalten hatte, und organisierte die Spaltung Berlins (30.11.1948).
Die Errichtung der Bundesrepublik am 8.5.1949 war eine Notwehrmaßnahme, die am 14.8.1949 von 48 Millionen (d.h. von fast ¾ des deutschen Volkes) gebilligt wurde. Doch die auf Scheinwahlen beruhende Einsetzung eines Parlamentes der SBZ (des am 15. und 16.5.1949 "gewählten" 3. Volkskongresses) war ein Schritt der Sowjetunion und der SED, der zur weiteren Spaltung Deutschlands beitrug.
Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.
Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung.
Die Bundesregierung, Deutschlands einzige, aus freien Wahlen hervorgegangene und rechtsstaatlich handelnde Regierung, beansprucht, für ganz Deutschland zu sprechen. Sie sieht freie gesamtdeutsche Wahlen als unabdingbare Voraussetzung der Wiedervereinigung an. Sie kann

jedoch die Sowjetunion und die Westmächte von der Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Spaltung nicht entlasten. ...
Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung. Sie verleumdeten die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ... So forderte auch das ZK der SED am 27.10.1955 ganz bewußt "Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung".
... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."
Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontakte" zur Bundesrepublik (x009/226): >>Mit Kontakte werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die Demarkationslinie hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, "natürlichen" (z.B. auch sportlichen) zwischenmenschlichen Beziehungen wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes 1958 der Nationalen Front) der kommunistischen Agitation und Infiltration in der Bundesrepublik dienen, wie schließlich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als "technische Kontakte" bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der bolschewistischen Parteilichkeit immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z.B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge gänzlich lahmgelegt wird.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7. Oktober 1949) gesprochen werden. ...
Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...
Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

Der völkerrechtliche Status der BRD und der DDR

Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich

völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines Staates**:** Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Weder die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten oder souveräne Staaten.
In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.
Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.** Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. …<<
11.10.1949
DDR: Wilhelm Pieck wird am 11. Oktober 1949 erster Präsident der Deutschen Demokratischen Republik.
Wilhelm Pieck betont am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer (x009/405): >>Von den westlichen Besatzungsmächten ... wurde Deutschland gespalten", doch niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der DDR anerkannt werden ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wilhelm Pieck (x051/444): >>Pieck, Wilhelm, geboren in Guben 3.1.1876, gestorben in Berlin 7.9.1960, deutscher Politiker.
Vor dem Ersten Weltkrieg war Pieck hauptamtlicher Sekretär der SPD, gehörte dann dem Spartakusbund an und 1919 zu den Mitbegründern der KPD. Als einer der wichtigsten kommunistischen Politiker der Weimarer Republik (1928-33 MdR, Leiter der "Roten Hilfe", Mitglied im ZK der KPD) mußte Pieck 1933 ins Exil fliehen und übernahm nach der Verhaftung Thälmanns die Exilführung der KPD.
1935 konnte Pieck zusammen mit Ulbricht einen politischen Kurswechsel durchsetzen, nachdem er selbstkritisch festgestellt hatte, daß die KPD ihren "Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit" richtete, in der sie diesen "gegen die faschistische Bewegung hätte richten müssen". Während des Krieges in Moskau gehörte Pieck 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees "Freies Deutschland".
1946 kehrte er mit der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, übernahm 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl den Vorsitz der SED und war von 1949-60 erster Staatspräsident der DDR.<<
12.10.1949
DDR: Nach der Gründung der DDR werden die Aufgaben der DWK durch das "Gesetz zur Überleitung der Verwaltung" vom 12. Oktober 1949 an die Ministerien, der "Provisorischen Regierung der DDR" übertragen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl (seit dem 7.10.1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatsrates der DDR) sagt während seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 (x058/400-401): >>Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. ...

Unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands.

Bereits im Dezember 1946 wurden von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, daß den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. ...

Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächteverwaltung Deutschlands sollten die Grundlagen des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk im demokratischen Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen.

Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächteverwaltung nach Erfüllung ihres Hautzweckes, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abzulösen ist.

Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann. ...

Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. ...

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressen Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann. ...

Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen.

Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern. ...<<

15.10.1949

UdSSR: Die Sowjetunion erkennt am 15. Oktober 1949 die DDR an und nimmt diplomatische Beziehungen auf.

Ungarn: Am 15. Oktober 1949 wird der westlich orientierte "Heimatkommunist" Lazlo Rajk nach einem Schauprozeß hingerichtet.

Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi läßt danach alle politischen Konkurrenten systematisch durch die allgegenwärtige Geheimpolizei beseitigen.

21.10.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärt am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag (x058/401): >>... Ich stelle folgendes fest. In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert.

Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Hieraus ergeben sich innenpolitisch und außenpolitisch Folgerungen, die ich im einzelnen wiederzugeben mir heute versagen muß.

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.<<

26.10.1949

BRD: Die deutsche Bundesregierung beantragt am 26. Oktober 1949 bei der Alliierten Hohen Kommission im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR nach Westdeutschland.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Schicksal der in der CSR verbliebenen Sudeten- und Karpatendeutschen (x004/126-136): >>... Noch immer befanden sich ... Zehntausende von Angehörigen der nach Westdeutschland ausgewiesenen Familien in der CSR. Am 26. Oktober 1949 beantragte daher die Regierung der Bundesrepublik bei der Alliierten Hohen Kommission die Überführung von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR zu ihren Familien nach Westdeutschland.

Nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatte, erzielte das amerikanische Permit Office in Prag in Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Innenministerium, an denen auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes teilnahmen, ein Übereinkommen, in dem das Verfahren und die technischen Einzelheiten dieser Aktion festgelegt wurden.

Die Transporte wurden in den Sammellagern Reichenberg und Eger zusammengestellt und setzten sich durchschnittlich aus 350 Personen zusammen. Der Abtransport ging ausschließlich in Personenzügen vor sich. Außer Devisen, echtem Schmuck und neuwertigen Textilien durften die Aussiedler ihre ganze bewegliche Habe, die in Güterwagen noch vor dem Verlassen der CSR oder auch danach über die Grenze gebracht wurde, mitnehmen.

Diese letzte Aussiedlungsaktion, die am 17. März 1950 begann, wurde von der tschechoslowakischen Regierung am 28. April 1951 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 49 Transporten 16.832 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gekommen. Darunter befanden sich ein Sondertransport mit 232 Klosterschwestern und ein Transport mit Geisteskranken.

In den folgenden Jahren wurde nur einer beschränkten Zahl von Deutschen die Ausreise aus der CSR gestattet. Es waren fast ausschließlich solche Personen, die die langjährige Haft, zu der sie auf Grund des Retributionsgesetzes verurteilt worden waren, verbüßt hatten und nun zu ihren Familien nach Westdeutschland ausreisten. ...

Nach den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner der Tschechoslowakischen Republik und

nach dem Wortlaut der Gesetze sollten die "loyalen" Deutschen, die der Republik die Treue gehalten und gegen Hitler und Henlein Widerstand geleistet hatten, von jeder Verfolgung und damit auch vom "Abschub" verschont bleiben. ...
Während etwa 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten die CSR nicht mehr verlassen konnten und jahrelang - oft auch vergeblich - auf eine Ausreisegenehmigung warten mußten, glückte es den aussiedlungswilligen sudetendeutschen Kommunisten, vollzählig die CSR zu verlassen und in die Sowjetzone zu gehen. ...
Entgegen ihren Erklärungen galt aber das eigentliche Interesse der tschechoslowakischen Regierung weniger dem Problem der Antifaschisten, als der Erhaltung eines genügenden Stammes von Facharbeitern für die im Sudetenland gelegenen Industriebetriebe. Von den Wirschaftsbehörden der nationalisierten Industrien war die schärfste Kritik am "Odsun" der Facharbeiter gekommen, und hinter den Kulissen der offiziellen Politik spielte offenbar eine lebhafte Auseinandersetzung um die Zahl der zurückbehaltenen Spezialisten, die das Regime dringend für die Ausführung seiner Wirtschaftspläne benötigte. ...
Die Lage der nach Abschluß der großen Vertreibungsaktion in der CSR zurückgebliebenen Deutschen, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzten, war zunächst sehr ungünstig. Soweit sie nicht als unentbehrliche Facharbeiter in den Industriebetrieben des Grenzgebietes benötigt wurden, deportierte man sie zu Zwangsarbeiten in das innertschechische Gebiet, wo sie unter kümmerlichsten Bedingungen, die in vielem den Verhältnissen von 1945/46 nicht nachstanden, dahinvegetierten.
Von diesen Deportationen wurde jetzt auch ein großer Teil der zurückgebliebenen Antifaschisten betroffen. In vielen Fällen verloren sie jetzt noch das gerettete Eigentum, das sie meist, wenn es sich um unbeweglichen Besitz handelte, erst nach langwierigen Bemühungen wieder zurückerhalten konnten.
Erst im Laufe des Jahres 1949 begann sich die tschechische Haltung den zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen gegenüber zu ändern. Jetzt, wo in der relativ kleinen Restgruppe der Deutschen für den tschechische Staat keine politische Gefahr mehr gesehen werden konnte, machte sich das Interesse an den deutschen Facharbeitern offen bemerkbar, und ihre Lebensbedingungen wurden allmählich erleichtert. ...
Vor allem vereinfachte die Verordnung vom 29. November 1949 "über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität" das Antragsverfahren für Personen deutscher Volkszugehörigkeit, "die ihre Treuverpflichtung als tschechoslowakische Staatsbürger nicht verletzt und sich insbesondere nicht feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung verhalten haben".
Am Ende wurde sogar das Antragsverfahren überhaupt abgeschafft und durch Gesetz vom 24. April 1953 allen Personen deutscher Nationalität, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit noch nicht erworben hatten, diese automatisch zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und die alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, wurde mit den Prinzipien der sozialistischen Nationalitätenpolitik: Gleichberechtigung und Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet.
Das deutsch-kommunistische Organ "Aufbau und Frieden" stellte diese Lösung gegen die "wüste chauvinistische Hetze", die in den Jahren 1945 bis 1948 "die Reaktionäre und Verräter von Benes bis Slansky" gegen alle Deutschen getrieben hätten und deren Losung "ein Deutscher ist wie der andere" Gottwald schon 1945 und 1947 die Parole "kein Deutscher ist wie der andere" entgegengestellt habe.
Auch sonst traten kommunistische Politiker in öffentlichen Kundgebungen für eine Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein. Nachdem 3 Jahre lang Kinder deutscher Volkszugehörigkeit von jedem Schulbesuch ausgeschlossen waren, wurde seit 1948 erlaubt,

tschechische Schulen zu besuchen, später wurde sogar in einigen Schulen Deutschunterricht eingerichtet, dessen Besuch nur Schülern gestattet ist, die in Tschechisch und Russisch den Durchschnitt des Klassenziels erreicht haben.
Auch der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auf den Ämtern, sogar in Bezirken mit geringen deutschen Minderheiten, wurde wieder zugelassen, und seit November 1951 von dem tschechischen Gewerkschaftsverlag "Prace" die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" herausgegeben. Durch Gastspiele sowjetzonaler Theater- und Kulturgruppen durch literarische Vortragsabende und Sprachkurse werden die Deutschen in der CSR im Geiste kommunistischer Nationalitätenpolitik kulturell betreut, doch haben sie noch keineswegs den Stand der ukrainischen und sogar madjarischen Minderheit erreicht. ...
Durch die Austreibung der Deutschen haben diese Länder völlig ihr Gesicht verändert, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. In keinem der Vertreibungsstaaten Ostmitteleuropas ist die Entrechtung, Entdeutschung und Vertreibung der Deutschen so eindeutig Schrittmacherin des Kommunismus gewesen wie in der Tschechoslowakei. Die nichtkommunistischen Kräfte des tschechischen Volkes, die sich an dieser Politik beteiligt haben, sind längst zwischen die Mühlsteine des kommunistischen Regimes geraten.
Die utopische Hoffnung des Präsidenten Benes, die Tschechoslowakei zu einem Ausgleichs- und Vermittlungszentrum zwischen dem westlichen und östlichen System zu machen, ist ebenso zerronnen wie die Machtträume Hitlers, der das tschechische Volk germanisieren wollte und was trotz des erlittenen Unrechts kein Deutscher vergessen sollte, mit seiner Politik die späteren Verhängnisse erst ausgelöst hat.
Böhmen ist vielmehr, was schon der große tschechische Historiker Palacky im 19. Jahrhundert befürchtet hatte, in den Bereich der russischen Macht gefallen, und das tschechische Volk von jeher stolz auf seine europäische Tradition und Gesinnung, hat seine Freiheit erneut eingebüßt. Die Austreibung der mit durch Jahrhunderte in Glück und Unglück verbundenen Deutschen ist ihm nicht zum Segen geworden: der "Abschub" war die Einleitung zum Abschied vom Westen. ...<<

Oktober 1949

Ungarn: Der stalinistisch ausgerichtete KP-Parteisekretär Matyas Rakosi erläßt im Oktober 1949 eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen (x008/69E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Schicksal der in Ungarn verbliebenen Deutschen (x008/69E-71E): >>... Mit dem schrittweisen Hervortreten der Kommunisten als der bestimmenden politischen Macht - 1950 stellten sie zum erstenmal mit ihrem Führer Rakosi den Ministerpräsidenten - lief die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft parallel.
Das Bodenreformgesetz verlor mehr und mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftspotentials nicht verzichtet werden. Diese Entwicklung schlug sich in weiteren Gesetzen und Erlassen nieder, die zu einer Gleichstellung von Deutschen und Madjaren im Sinne der kommunistischen Doktrin hinführten. Rakosi verlangte schon 1948 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP die Wiedereingliederung der "Schwaben" in den Staat.
Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, wenn sie sich innerhalb von 14 Tagen bei ihren Gemeinden als Volksdeutsche meldeten. Ein halbes Jahr später, im März 1950 wurde die Einstellung der Aussiedlung offiziell angeordnet und alle Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt.
Sogar ausgesiedelte Personen konnten "in berücksichtigungswürdigen Fällen" die Staatsbürgerschaft wiedererwerben und zurückkehren. Auf Grund dieses Erlasses versuchten Evakuier-

te und Ausgesiedelte, die in Österreich und Westdeutschland lebten, wieder in die Heimat zu gelangen. Eine allgemeine Rücksiedlung wurde aber von den ungarischen Behörden unterbunden, da nur ausgesuchten Facharbeitern der Weg zu den alten Arbeitsplätzen offengehalten werden sollte.
Um die Tragödie zu vollenden, wirkte sich diese endliche Gleichstellung noch einmal als Unheil aus, jedenfalls für alle diejenigen, die das ungarische Staatsgebiet verlassen wollten und auf Grund ihrer Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung erhielten.
Ein großer Teil der ehemaligen SS-Leute hatte nach der Entlassung aus der Gefangenschaft gar nicht erst versucht, in die Heimat zurückzukehren, sondern sich in Westdeutschland eine Existenz aufgebaut. Ihre Angehörigen wohnten noch in Ungarn. Da jetzt weder eine Ausnoch Einreise möglich war, gab und gibt es im Augenblick keinen Weg, um die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenzuführen.
Ebenso schwer wurden die 1950 aus der Sowjetunion nach Ungarn einreisenden Spätheimkehrer von der Ausreisesperre betroffen. Da sie nach ihrer Gefangennahme ungarisch als ihre Staatsangehörigkeit angegeben hatten, wurden sie ohne Rücksicht auf persönliche Wünsche nach Ungarn transportiert und im Auffanglager Debrecen gesammelt. Wer in Ungarn bleiben wollte, wurde entlassen, alle übrigen strengen Verhören unterzogen, in denen man ihnen ihre ungarische Staatsangehörigkeit nachzuweisen versuchte. Ein Teil konnte nach 3jähriger Zwangsarbeit in die sowjetische Zone ausreisen.
Obwohl das ungarländische Deutschtum bei Kriegsende und in den Nachkriegsjahren nicht in dem Maße brutalen Verfolgungen und Ausschreitungen ausgesetzt war wie das Deutschtum in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, so ist das Ergebnis der vom ungarischen Staat getroffenen Maßnahmen im ganzen nicht weniger einschneidend: das Deutschtum in Ungarn ist als selbständige Volksgruppe und geschlossener Bestandteil der ungarischen Bevölkerung in seiner sozialen und nationalen Existenz aufs allerschwerste getroffen.
... Im Jahre 1950 lebten in der Bundesrepublik etwa 170.000 Ungarndeutsche, in Österreich (nach dem Stand vom 1. Oktober 1951) etwa 15.000. In diesen Zahlen sind die Flüchtlinge, die Evakuierten und die Ausgewiesenen enthalten.
In der sowjetischen Zone Deutschlands werden sich ungefähr 54.000 Volksdeutsche aus Ungarn aufhalten. ...<<

Schweiz: Im Oktober 1949 schließt der Schweizerische Bundesrat mit der polnischen Regierung einen Vertrag mit Geheimprotokoll, um die geforderten Entschädigungen für enteignete schweizerische Güter, Handelshäuser und Betriebe in Polen zu erhalten.
Aufgrund dieses Abkommens werden Kontenguthaben, die verschollenen polnischen Juden gehören, nach Polen transferiert. Mit diesen Devisen gleicht der polnische Staat anschließend die Entschädigungsforderungen der Schweizer aus (x136/280).

02.11.1949

DDR: Pieck und Grotewohl bezeichnen die Oder-Neiße-Linie am 2. November 1949 als Friedensgrenze.

03.11.1949

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entscheidet sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.
Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848

die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen.
Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.
Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.
Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.
Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebliche Städtchen am Rhein.
Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

06.11.1949

BRD: Die Landsmannschaft Ostpreußen kritisiert am 6. November 1949 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x155/20): >>Die Regierung der "Deutschen Demokratischen Republik" hat in ihrer Erklärung die Oder-Neiße-Linie als Grenze des deutschen Gebietes anerkannt.
Wir stellen fest, daß die Regierung der "DDR" damit auf etwas verzichtet, was ihr nicht gehört und nie gehört hat. Träger der Ansprüche auf die zur Zeit abgetrennten deutschen Gebiete sind die Heimatvertriebenen, deren Vertreter ihre landsmannschaftlichen Organisationen sind. ...<<

07.11.1949

DDR: Während der Feiern zum 32. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution wird am 7. November 1949 in Ostberlin erstmals die Nationalhymne der DDR "Auferstanden aus Ruinen ..." gespielt (x175/458).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Nationalhymne der DDR (x009/306, x296/207 L): >>Die Nationalhymne der Sowjetzonen-Republik wurde 1949 verfaßt von Johannes R. Becher (1891-1958) und vertont von Hanns Eisler (1898-1962):
>>1. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.
Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint,
denn es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint.

2. Glück und Friede sei beschieden, Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen, daß nie eine Mutter mehr
ihren Sohn beweint, ihren Sohn beweint.

3. Laßt uns pflügen, laßt uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor,
und der eigenen Kraft vertrauend, steig ein frei' Geschlecht empor.

Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint,
wirst du Deutschland neues Leben, und die Sonne schön wie nie
über Deutschland scheint, über Deutschland scheint.<<

09.11.1949

BRD: Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 9. November 1949 über die "Illegalen" Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (x043/033): >>Sie haben keinen Interzonenpaß und keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie kommen bei Nacht und Nebel über die Grenze. Sie wissen oft keinen Verwandten und keinen Freund in Westdeutschland anzugeben. Sie wissen nur eines: daß sie nicht mehr zurück wollen, nicht mehr in die Ostzone.

Es ist ein nicht abreißender Strom, eine gespenstische Wanderung durch das Niemandsland zwischen den Zonengrenzen. Rund tausend Menschen strömen täglich aus der Ostzone in Westdeutschland ein.

Sie werden durch die beiden Auffanglager Uelzen oder Gießen geschleust, wo jeder Fall überprüft wird, um zu verhindern, daß Unrechte sich einschleichen; dort fällt die Entscheidung, wer bleiben darf und wer zurück muß. ... Jeder 3. Einwohner in Schleswig-Holstein, jeder 4. in Niedersachsen, jeder 5. in Bayern ist Flüchtling. Diese Länder gleichen einem vollgesogenen Schwamm. ...

Die Bestimmungen, nach denen die Beamten in den Durchgangslagern verfahren, gewähren das Asylrecht nur solchen Flüchtlingen, denen aus politischen Gründen in der Ostzone nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Alle anderen werden zurückgewiesen.

Unter ihnen mögen viele sein, die aus Abenteuerlust kamen oder von dem "besseren Leben" angezogen worden sind; die meisten sind Menschen, die das Leben in der Ostzone mit der ständigen Unterdrückung, mit der ewigen Angst vor Verschleppung und Zwangsverpflichtung einfach nicht mehr ertragen konnten.

Sie gehen nicht zurück. Sie graben sich Höhlenwohnungen oder hausen im Walde in primitiven Hütten. Sie sickern auf tausend Wegen in die schon überfüllten Städte ein. Sie klammern sich an jede noch so schwache Hoffnung, hier doch noch Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden - und endlich nicht mehr "illegal" zu sein. ...

Man trifft in Westdeutschland täglich auf beschämende Beispiele von Gedankenlosigkeit, von Härte und mangelndem Verständnis gegenüber denen, die ihre Heimat verlassen mußten. Das sichere Leben diesseits des Eisernen Vorhangs läßt viele von uns leicht vergessen, wie es "jenseits" aussieht - und das auch die Flüchtlinge Menschen sind, die die gleiche Sprache sprechen.

Die begreifliche und manchmal unvermeidliche Härte gesetzlicher Bestimmungen ist keine Entschuldigung für die Trägheit des Herzens.<<

11.11.1949

DDR: Die SMAD wird am 11. November 1949 durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) ersetzt.

Ein Gesetz der Provisorischen Volkskammer der DDR vom 11. November 1949 soll ehemalige Nazis für die SED, NDP und die Nationale Front gewinnen.

Dieses Gesetz erstattet den verurteilten Nazis zwar keinerlei Vermögen, aber alle ehemaligen Nazis erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen außerdem ihre Berufe wieder ausüben (außer Tätigkeiten in der inneren Verwaltung und der Justiz). Hiervon sind jedoch alle NS-Täter ausgenommen, die "sich der Strafvollstreckung entzogen haben" oder mehr als ein Jahr Haft absitzen müssen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Neben den Enteignungen war die gesonderte Währungsreform das wichtigste Hilfsmittel der Besatzungspolitik zur Umgestaltung.

Nach Bildung der "DDR" wurde die SMAD am 11.11.1949 aufgelöst, ihre Aufgaben wurden

formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen.
An Stelle der SMAD wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst gebildet. Ihre Aufgabe bestand in der "Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland". Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Besatzungsmächten vor, auch behielt sie alle anderen wesentlichen Kontrollen. ...<<

18.11.1949

WBZ: Ein unbekannter deutscher Kriegsgefangener berichtet am 18. November 1949 über seine Ankunft im Grenzdurchgangslager Friedland: >>Wie oft geisterte der Name dieses kleinen Ortes an der Leine durch die Gedanken und Gespräche der Gefangenen seit jenem Tage, da er ein erstes Mal als Entlassungsort und Durchgangslager genannt wurde. An diesen Namen hingen sich die Fieberträume der Sterbenden, er gab Kraft, wenn die Arbeit einmal gar zu schwer wurde.
Friedland wurde zum Mekka der Rußland-Gefangenen. Und diesen Ort sollen wir nun in 2 Stunden erreichen. Vorläufig stehen wir vor dem Schlagbaum hinter Arenshausen. Fünferkolonne, sauber ausgerichtet, den Entlassungsschein aus Frankfurt im Mund, am Fuß das kleine Bündel der letzten Habe und 2 Laibe Brot aus der letzten Marschverpflegung.
Wieder und wieder hetzen Rotarmisten an der Kolonne entlang und zählen, zählen, zählen. Und wir machen es ihnen schon so leicht! - Stehen ruhig, in geöffneter Ordnung, keiner spricht! Was sollte man auch jetzt sagen?! Jetzt, da alles in Erfüllung geht! Das Herz leer ist, ja richtig leer! Wir sind da!! und nichts anderes vermag das Hirn jetzt zu denken! -
Dann beginnt das Sehen, das gierige Aufsaugen all dessen, was zum "Drüben" gehört. Hier, also noch bei den Sowjets, viele Menschen, viele Uniformen und ebensoviel Gewehre und MPs. Fahnen, Transparente, Stalin, Pieck, Grotewohl. Zweimal Stacheldraht, zwei Schlagbäume und dann – eigentlich wenig!
Ein Mann und eine Frau im Trenchcoat, ein englischer Major und eine Dolmetscherin, 2 Polizisten, auf der Straße einige Zivilisten, halblinks Nissenhütten und am Schlagbaum Schwarz-Rot-Gold und der Union Jack. - Hm! - Endlich! Das letzte "Schagga - marsch!" -
Ich sehe keine Menschen mehr, spüre nicht mehr das Pflaster der Landstraße. Der Schritt wird schneller, sehe nur noch vorn 2 Schlagbäume, die sich langsam fast feierlich heben! Nur nicht mehr umsehen! Wir sind drüben!
Verschwommen vernehme ich, daß die Dolmetscherin fortwährend "Guten Morgen! Willkommen!" ruft - dann sind die Zivilisten unter uns. Ordensschwestern, Geistliche, Amtspersonen, wer weiß, wer sonst noch alles! Händeschütteln, Umarmungen, freundliche Worte, Lachen - ganz dumm wird mir im Kopf! Kein Wort kommt über die Lippen!
Stumm werden wir alle vor soviel Herzlichkeit! Das ist überwältigend! Das erwartet keiner. Dich, junger Diakon, sehe ich heute noch vor mir! Wie du lachend auf mich zukamst, mir die Hand schüttelst und ausriefst: "Willkommen in der Heimat! Heut' ist euer Auferstehungstag! Vergeßt und seit daheim!"
Ja, so war es! und ich weiß wie heute, daß es mich durchzuckte: Hat das ein Posten gehört?! – Ach, es gibt ja keine Posten mehr! Kein englischer Soldat weit und breit! - Notdürftig in Marschordnung (geht es) in die Nissenhütten. Zählen! Hinten wieder heraus und dann stehen vor uns lachende Frauen, Schwestern, Heilsarmee, reichen uns Kakao und Wurstbrote! Weißbrot! - Wohin so schnell damit?!
(Von) hinten drängen sie nach, das Bündel hindert, ... bis mir eine Schwester freundlich lächelnd die Brote abnimmt. "Laß die hier, Kamerad! Die brauchst du nicht mehr!" "Ja, aber die daheim?! Ich will die doch mitbringen! Die haben doch auch nichts!" "Ach was, das sagte man euch drüben!" -- Komisch! -- So nun schnell! -- Aber wohin?
Was, in die Reiseautobusse da? Mit Lederpolstern, Chromleisten und Radiomusik? Sind die

denn für uns? - Ja! - Da endlich kommt Leben in den Pulk der "Heimkehrer", so heißen wir nun ja wohl! Ein Lachen und gegenseitiges Zeigen beginnt. "Mensch, sieh mal hier!" "Und hier!" Keine Menschenseele kümmert sich weiter um uns. Keiner zählt, keiner schreit, flucht und stößt! Nur schnell in die Busse und nach Friedland.
Und dann hämmert es in den Herzen, singt es im Blut, rollt es im Rhythmus des Motors, im Strahlen der jungen winterlichen Morgensonne:
Daheim! Daheim! ---
Und dann sind wir da! - Endlose Reihen von Nissenhütten. ... Raus aus dem Wagen, und dann wollen wir antreten, gezählt werden. 5 Jahre kannten wir ja nichts anderes! Haben da die Leute gelacht, die uns in Empfang nahmen! - Ja, und dann haben wir auch gelacht. Ein befreiendes, herzhaftes Lachen! Und ich weiß nicht, schwand es aus unseren Zügen an jenem 18. November 1949? Ich glaube kaum! - Alles ging dann sehr schnell und doch uns allen viel zu langsam! Es begann das große Abschiednehmen ohne Wehmut, ohne Trauer. -
Und als wir dann - schon in der Nacht - doch noch einmal antraten, unsere Papiere geprüft wurden und wir an den Zug rückten, - ach es war so schön! - konnten wir uns noch einmal eines lauten Lachens nicht erwehren!
Waren wir in Frankfurt unter den Klängen der "Internationale" ins Lager gerückt, so verließen wir dieses, das letzte und damit endgültig das Soldatenleben mit "Preußens Gloria".
Ich weiß noch heute nicht, war es ein Scherz, war es eine Reverenz, sollte es so sein? -- Und als wir im Zuge saßen - da wurde es still in und um uns. Jeder sah stumm vor sich hin. Das neue Leben war unhörbar eingetreten, hatte sich mit in den Heimkehrerzug geschwungen und fuhr mit uns heim.
Nun war die Sorge im Herzen! - Die Sorge um die daheim, die Sorge um Beruf, Wohnung, Essen und all die vielen Dinge, die nun anders waren als damals, als wir sie verließen.
Doch wer uns sehen konnte, wer in unseren Herzen las, der mußte fühlen, daß da Menschen heimkommen, die sich etwas vorgenommen haben, die ein Ziel haben und die den Kampf aufnehmen gegen alles, was für sie da kommen mag. - Rußland-Spätheimkehrer! ---<<

21.11.1949

USA: General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

22.11.1949

BRD: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).
Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...
Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.
2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...
8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Pro-

gramms zugestimmt.
Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:
a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
b) Stahlwerke: ...
Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

25.11.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –
("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.
Zuruf von links: "Unerhört so was!"
Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –
Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)
Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.
(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –
das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?
Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.
(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...
Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. –
Glocke des Präsidenten.
Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –
Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –
Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...
(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

26.11.1949

Schweiz: Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.
Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...
Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

29.11.1949

BRD: Aufgrund der Umsiedlungsverordnung vom 29. November 1949 sollen 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-

Holstein in die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg umgesiedelt werden (x182/217).

CSR: Die tschechische Regierung beschließt am 29. November 1949 eine Verordnung über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität (x004/312-313): >>§ 1 Den Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach § 1 des Dekretes Slg. Nr. 33/1945 verloren haben, kann der Kreisnationalausschuß auf Vorschlag des Bezirksnationalausschusses die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiederverleihen, wenn sie ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik und die Pflichten eines tschechoslowakischen Staatsbürgers nicht verletzt, insbesondere sich dem volksdemokratischen System gegenüber nicht feindlich verhalten haben. ...

§ 3 (1) Ehegatten können um die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft in einem gemeinsamen Gesuch ansuchen; das Gesuch eines jeden Ehegatten wird selbständig beurteilt. Kinder unter 15 Jahren, welche ein Elternteil in sein Gesuch aufgenommen hat, erwerben die Staatsbürgerschaft zusammen mit ihm.

(2) Die Wiederverleihung der Staatsbürgerschaft wird bei Personen über 15 Jahren erst mit der Ablegung eines Gelöbnisses mit folgendem Wortlaut wirksam:

"Ich gelobe auf Ehre und Gewissen, daß ich der Tschechoslowakischen Republik und ihrem volksdemokratischen System immer treu und ergeben sein werde und daß ich alle Pflichten ihrer Bürger (ihrer Bürgerinnen) ordentlich erfüllen werde."

Nur in außergewöhnlichen Fällen kann die Ablegung des staatsbürgerlichen Gelöbnisses vom Ministerium des Innern erlassen werden. ...<<

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert am 29. November 1949 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/191): >>... Die "Kommunistische Partei Jugoslawiens" ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen, und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito - Kardelj - Rankovic - Djilas ausführt.

Das Informationsbüro der kommunistischen ... Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique - diese gedungenen Spione und Mörder - die internationale Pflicht aller kommunistischen ... Arbeiterparteien ist. ...<<

30.11.1949

BRD: Sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler veröffentlichen am 30. November 1949 die "Eichstätter Advents-Deklaration" (x155/20-21): >>... Die Entwicklung seit 1945 hat die These widerlegt, daß eine mit Gewalt erzwungene nationale Einheitlichkeit der mitteleuropäischen Staaten eine dauernde Sicherung des Weltfriedens verbürge.

Die Austreibung hat im Gegenteil die Selbständigkeit der Austreiberstaaten vernichtet und der östlichen Totalität den Weg nach Westen geebnet. Zu wenig wird heute noch anerkannt, daß mit dem ideologischen Vordringen des Bolschewismus der panslawistisch-imperalistische Drang nach dem Westen Hand in Hand geht.

Diese schwerste Störung des europäischen Gleichgewichts seit der Völkerwanderung bedroht den gesamten europäischen Westen mit einem östlich-asiatischen Übergewicht. Ohne das aktive Eingreifen Amerikas hätte sich die Katastrophe Westeuropas bereits vollendet.

... Die Völker hinter dem eisernen Vorhang sollen wissen, daß die Wiederherstellung ihrer eigenen Rechte und Freiheiten unlösbar mit der Anerkennung und Wiederherstellung des Heimatrechtes aller Vertriebenen verbunden ist.

Wir wünschen nicht, daß der Vormarsch dieser Einsicht durch Kollektivbeschuldigungen gegen das tschechische oder polnische Volk gehemmt wird. Wir Sudetendeutschen wollen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit. So sehr das elementare Rechtsempfinden eine gerichtliche

Bestrafung krimineller Handlungen verlangt, so wenig wollen wir dazu beitragen, daß durch Angst dieser Völker vor Kollektivrache ihre Loslösung von den kommunistischen Diktaturen aufgehalten werde.
Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprachgrenzen von 1937. ... Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westslawischen Nachbarn. ... Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemonialstellung irgendeiner Großmacht ausschließt. ...<<

02.12.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>2. Dezember 1949. Friedland hat eine Glocke erhalten. Sie wurde dem Evangelischen Hilfswerk von einer Glockengießerei in Bockenem zur Verfügung gestellt und nun feierlich eingeweiht.
Die Lagerglocke soll in Zukunft auch immer läuten, wenn wieder Heimkehrertransporte ankommen. Der eherne Klang der großen Glocke wird davon künden, daß deutsche Menschen wieder heimfanden. "Sie erklingt vor allem aber zur Ehre dessen, der unser Schicksal in Händen hat", sagte der evangelische Lagerpfarrer Lippert.<<

USA: Die Zeitung "U.S. News" berichtet am 2. Dezember 1949 über die geplante Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/301): >>US-Generäle können es nicht öffentlich aussprechen, aber geben es in privaten Gesprächen zu, daß der Wiederaufbau einer deutschen Armee bereits 'in the cards' ist. ...
Die Generäle sehen keine Möglichkeit, im Westen 40 Divisionen gehen Rußland aufzustellen, ohne heftig auf das verfügbare Menschenmaterial und die militärischen Erfahrungen Deutschlands zurückzugreifen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Unterstützung der Westdeutschen (x068/301-302): >>... Verhandlungen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik begannen, bereits zwei Jahre vor deren Gründung, in Washington, im Winter 1948/49 mit deutschen Generälen. Glaubte das Pentagon doch, daß in Westeuropa allein Deutschland eine wirklich schlagkräftige Landarmee aufzustellen vermöge. ...
Die deutschen Generäle stimmten im Winter 1948/49 in Washington den dortigen Wiederaufrüstungswünschen zu. Und von nun an kommandierten die Amerikaner die Militarisierung und setzten die Deutschen nachweislich unter Druck. Beispielsweise drohte man bei Nichterfüllung mit Einstellung der Marshallplan-Hilfe. Doch verkettete man überall finanzielle Hilfeleistungen mit militärischen Forderungen. Es war Prinzip, vor allem ein Prinzip der Dulles-Politik.
"Kein Land der Welt erhielt auch nur eine halbe Million Dollar", betont L. L. Matthias, "wenn es sich nicht verpflichtete, dafür gewisse militärische Zugeständnisse zu machen, sei es durch Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten, durch pachtweise Überlassung eines Flugzeugstützpunktes, durch Abtretung eines Geländes für Abschußrampen atomarer Geschosse oder für die Stationierung amerikanischer Truppen. Amerikanische Kredite oder Anleihen mußten bezahlt werden. Man begnügte sich nicht, wie in vergangenen Zeiten, mit Garantien und Zinsen. Man ließ sich die finanzielle Hilfe doppelt und dreifach bezahlen".
Mit offenen Armen nahmen die Yankees Generäle auf, die noch wenige Jahre zuvor Hunderttausende deutscher Soldaten Hitler ans Messer geliefert und sie selbst blutig bekämpft hatten. Andererseits lieferten auch die deutschen Offiziere ihre "Osterfahrungen" gern dem US-Generalstab aus, der einfach alles brauchen konnte: von Reinhard Gehlen, Chef der Abteilung "Fremde Heere Ost", der nun (Jahre bevor er Präsident des Bundesnachrichtendienstes wurde) mit seiner ganzen Einheit zum bisherigen Feind übertrat und mit dessen Spionagedienst ein

Abkommen schloß (worin es wörtlich heißt, daß man "nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt"), bis zur Gestapo-Hyäne von Lyon, Klaus Barbie, der jetzt so "vorzüglich" für die USA gearbeitet hat, daß sie den vielbewährten Kriegsverbrecher im März 1951 über Genua nach Bolivien in Sicherheit brachten. (Noch ungezählten anderen, selbstverständlich, wurde derart zur Flucht verholfen, auch durch weitere Menschenfreunde, vor allem durch den Vatikan.)
Geradezu gierig stellten die Staaten Hitlers Mörder in ihren Dienst, und das "verfügbare Menschenmaterial ... Deutschlands", das sie benötigten, lieferte ihnen mit schöner Beflissenheit der "Kanzler der Alliierten" (Adenauer). ...<<

03.12.1949

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schlägt am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

08.12.1949

DDR: Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft werden am 8. Dezember 1949 gegründet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/353): >>Das Recht gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus zum sog. Überbau.
Es habe Klassencharakter, sei seiner Natur nach parteilich, weshalb auch die Rechtsanwendung nur parteilich sein könne. "Das sozialistische Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Macht ausübt.
Die Grundlage des sozialistischen Rechts ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. ... Der Hauptzweck des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Errungenschaften" ...
Die politische Aufgabe der Rechtsprechung kommt auch im Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Ausdruck: "Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden ...
Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. ...
Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten Parteilichkeit der Rechtsprechung: "Einhaltung der Gesetzlichkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit. Als höchste Gerichtsinstanz besteht seit Dezember 1949 das Oberste Gericht der DDR. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" in der SBZ (x009/416): >>Nach Errichtung der DDR wurde durch Gesetz vom 8.12.1949 außer dem Obersten Gericht auch eine Oberste Staatsanwaltschaft geschaffen, deren durch die Volkskammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. ...<<

15.12.1949

DDR: Die Provisorische Regierung klärt am 15. Dezember 1949 das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten "Volkseigenen Betriebe" (VEB) und die "Volkseigenen Güter" (VEG).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigenen Güter" (VEG) in der SBZ (x009/464): >>1949 wurden die bei der Bodenreform "verstaatlichten" landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter, Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. ...
Die Volkseigenen Güter sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderauf-

gaben des Großbetriebes (Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung) betraut und sollen gleichzeitig "kulturelle Stützpunkte auf dem Lande" sein.
Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. ...<<

19.12.1949

BRD: Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wird am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich von Manstein (x051/-373): >>Manstein, Erich von (ursprünglich Erich von Lewinski), geboren in Berlin 24.11.1887, gestorben in Irschenhausen (Isartal) 9.6.1973, deutscher Generalfeldmarschall (1.7.42); 1906 Offizier, im Ersten Weltkrieg Generalstabsverwendung, Reichswehrkarriere (1.10.36 Generalmajor).
Manstein war bei Kriegsausbruch Chef des Stabes der Heeresgruppe Süd und entwickelte nach dem Sieg über Polen den Operationsplan für den Frankreichfeldzug: "Sichelschnitt" durch die Ardennen und Belgien mit schnellen Panzerverbänden zur Kanalküste. Der vom OKH sehr skeptisch beurteilte Plan fand Hitlers Billigung und brachte nach dem Erfolg die Beförderung Mansteins zum General der Infanterie (19.7.40).
Im Rußlandfeldzug war Manstein u.a. mit der 11. Armee Eroberer der Krim und wurde während der Stalingradkrise Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don (später Süd). Zwar konnte er den sowjetischen Kessel um die deutsche 6. Armee nicht mehr sprengen, doch gelang ihm mit einer genialen "Strategie der Aushilfen" die Rettung der Südfront in Rußland (u.a. Rückeroberung Charkows 16.3.43). Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, der nun "nur noch Steher" haben wollte, wurde mit Manstein am 30.3.44 der wohl fähigste deutsche Stratege abgelöst und nicht wieder verwendet.
Von den Briten gefangen genommen, wurde er am 19.12.49 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt, u.a. weil er den Kommissarbefehl weitergegeben und die Morde der Einsatzgruppen als "harte Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors" gebilligt hatte.
Aus Gesundheitsgründen im Mai 53 freigelassen, schrieb Manstein seine Memoiren "Verlorene Siege" (1955) und beriet die Bundesregierung in Fragen der Wiederbewaffnung.<<

24.12.1949

Jugoslawien: Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schreibt damals über den Heiligen Abend 1949 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>In einer Atmosphäre des nahenden Todes durch Hunger oder Maschinenpistole begingen wir das Weihnachtsfest. Es ließ das Flämmchen der Zuversicht, das trotz allem nicht erloschen war, heller aufflackern.
Der (mitgefangene) Ludwig Wolf hatte aus dem Reisig eines groben Besens ein Bäumchen gemacht, aus grünem Papier die Tannennadeln und aus irgendwelchem Wachs und Stoff die Weihnachtskerzen.
Kurz zuvor waren aus der Heimat einige Pakete eingetroffen. Kameraden aus unserer Zelle stellten in echter Hilfsbereitschaft die Hälfte des eßbaren Inhalts trotz des eigenen Hungers zur Verfügung.
Das Weihnachtsbäumchen wurde so aufgestellt, daß der Schein der Kerzen nicht durch das Gitterfenster nach außen dringen konnte.
Ich hielt die Weihnachtsansprache.
Ich sagte, daß wir das Weihnachtsfest nun zum sechsten Mal in der Gefangenschaft, fern und ohne Nachricht von unseren Lieben in der Heimat feierten.
Wir begingen es in der Nacht tiefster Erniedrigung, die ein unschuldig verurteilter Mensch durchwandern könne. Unser kleines Bäumchen mit seinen brennenden Lichtern sei ein Sym-

bol unserer Hoffnung und Zuversicht. Wir sollten und brauchten uns nicht allein und verlassen hinter den Mauern dieser Todeszelle zu fühlen.
Danach sangen wir Weihnachtslieder und hörten, wie sie auch aus den anderen Zellen erklangen. ...<<

25.12.1949

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 25. Dezember 1949 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/105): >>25. Dezember 1949. ... Zu Weihnachten kamen Gefangene zurück.
Mit großer Rührung, unendlicher Freude und Dankbarkeit, nahmen sie von guten Helferinnen in Friedland später nach einer kleinen Feier Gabenpäckchen und bunte Tüten entgegen. Das Lagerpersonal und auch die englischen Soldaten in der Entlassungsstelle ließen ... nicht früher von ihrer Arbeit ab, bis auch der letzte Heimkehrer seine Papiere und Fahrscheine besaß, um einen Zug in die Heimat erreichen zu können. ...<<

26.12.1949

UdSSR: Richard Noethlichs berichtet in seinem Buch "Namenlos" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>Am 26. Dezember 1949. Morgens. Die ersten russischen Lastwagen rollen ohne schützende und verbergende Plane mit ihrer Last aus dem Hof des höchsten Gebäudes Moskaus in die frühe Kälte. Heimkehrer saßen eng gepfercht in ihren wulstigen Klamotten auf den Bänken.
Die Sonne kroch langsam höher, quälte sich aus dem Dunst des dünnen grauen Nebels hervor und schaute über die Dächer der Stadt. ... Wir standen im Hof zitternd vor Erregung und Kälte. Wußten wir denn, ob wir noch wie gestern auf der Liste der Glücklichen stünden, die heimfahren durften? 360 Mann waren im Lager, 304 Namen nannte die Liste der Heimkehrer. Niemand zweifelte, daß sie noch geändert würde. Alle waren eingekleidet worden, und gerade das hatte uns stutzig gemacht.
Eisiges Schweigen lag über den Gruppen der Männer, die etwa 20 m von den Lastwagen entfernt standen und den monotonen Ruf des Unterleutnants lauschten, der aus der Liste die russisch geschriebenen deutschen Namen buchstabierte.
Es war nicht ganz leicht, den eigenen Namen zu verstehen, aber wir waren dies ja gewohnt und kannten die verschiedenen Auslegungen. Die Wintermützen über die Ohren gestülpt, den Rucksack auf der neuen blauen Steppjacke, den Holzkoffer griffbereit, horchten wir gespannt auf den Vorlesenden. Einer nach dem anderen der Aufgerufenen rief Vornamen, Geburtstag und den Namen des Vaters als Bestätigung für die Richtigkeit seiner Personalien und schritt oder wankte schwerfällig zu dem einen der beiden Lastwagen, stieg dann hastig auf, als wolle er damit jedem die Möglichkeit nehmen, ihn zurückzuhalten.
Manch einen mußten die anderen darauf aufmerksam machen, daß er aufgerufen sei, manch einem mußten Vornamen und Geburtsdatum erst vorgesagt werden. Die Männer konnten sich nicht fassen, konnten es nicht glauben, daß sie aufgerufen waren, aufgerufen nach vielen, vielen endlos langen schweren Jahren, um in die Heimat zu fahren. Einige blieben stehen, sie wurden zum Lastwagen hingeschoben. Andere lachten wie kleine Kinder, die vor einem unverhofften, überraschenden Geschenk stehen und nichts damit anzufangen wissen.
Oder lachten sie etwa wie Irre, die nichts mehr vom Glück oder Unglück wissen? Oder lachten sie, weil ihnen das Herz weh tat und so voll war, daß sie nicht weinen konnten? Oder lachten sie, weil es ihnen lächerlich vorkam, nun in jenes Land als Bettler zurückgebracht zu werden, aus dem sie einst als waffentragende Männer ausgezogen waren?
Die Beine versagten ihren Dienst. Die Füße waren schwer wie Blei, und es bedurfte aller Kraft, um die Schritte bis zu den Lastwagen zu gehen. Die meisten mußten geschoben und auf die LKW gehoben werden. Es war der erste Schritt in die Freiheit, der getan werden sollte.
Das ist ein Schritt, der schwerer ist als der in die Sklaverei. Er bringt Gedanken mit, die fast

erdrücken. Wer in die Sklaverei geht, weiß, daß er nichts mehr zu hoffen hat. Wer aber vor dem Tor der Freiheit steht, erwartet das goldene Licht hinter dem noch verschlossenen Tor - wir haben es alle erwartet. Wer fand es? ...
Manch einer, der gestern am ersten Weihnachtstag auf der Heimkehrerliste stand, ... fragte ... die Umherstehenden, ob sie etwa seinen Namen gehört hätten, er sei doch gestern eingekleidet und verlesen worden.
Er fragte es mit Schweiß auf der Stirn und großen bittenden Augen. Er fragte es, obwohl er wußte, daß er nicht aufgerufen worden war. ... Er fragte in das Schweigen hinein und wußte, daß er keine Antwort bekommen würde. Er konnte es nicht fassen, daß er nun unter denen sein würde, die sehen würden, wie der letzte Lastwagen um die Ecke bog. ...
Einer war unter ihnen, der mir besonders nahe stand. Ein Landsmann aus meiner engeren Heimat, ein harmloser kleiner Kerl. Betroffen starrte er zu uns hinauf, die wir auf dem LKW saßen. Erschüttert und fassungslos stammelte er, daß er nicht mitfahren werde. ...
Dann wurde der Motor angeworfen. ... Sie haben nicht hinter uns hergeschaut. ...
Die Sonne Moskaus strahlte auf unseren Weg. Wir fuhren in den eisigen Morgen hinein, in das Sammellager, wo wir noch einmal genau untersucht und abgetastet wurden, marschierten von dort gegen Nachmittag zum Güterbahnhof, wurden einwaggoniert. 750 Mann.
Später kamen kleine Trupps dazu, sie erzählten alle, sie seien die letzten ihrer Lager. Es wurden neue Waggons angehängt und nachts – wie immer – zog plötzlich die Lokomotive den rumpelnden Zug an. Krachend prallten die Wagen aufeinander, irgendwo schrie es: "Einsteigen, einsteigen!"
Der glühende Ofen wackelte hin und her, und einer sagte erlöst in das Schweigen, sagte es befreiend: "Wir fahren!" Das war am 27. Dezember 1949 um 0.30 Uhr die Abfahrt des letzten offiziellen Heimkehrertransportes.
Durch das Fenster, dieses Mal nicht verdrahtet und vergittert, huschte der Schein der Tiefstrahler des Güterbahnhofs. Draußen lag Schnee auf den Böschungen zwischen den Geleisen. Schlagend und stoßend rollte der Zug quer über die Schienen hinüber nach dem Ausfallgleis. Dann wurde die Fahrt ruhiger, stetiger.
In den Waggons hörte man plötzlich befreites Lachen, tiefes Aufatmen und Sprechen. Das war nun ein weiterer Schritt in die Freiheit. Jetzt wird noch der Übergang über den Bug kommen, hinter Brest-Litowsk, dann die Entlassung in Frankfurt an der Oder und dann – dann --- ? Aber das war noch weit, denn wer wußte denn, ob er nicht noch an diesen beiden Punkten scheiterte und wieder zurück mußte. ...
Der 50-Tonnen-Waggon faßte 80 Mann. Einige standen immer an den kleinen schmalen Gucklöchern und starrten hinaus in die eintönige Landschaft. – So war es auch bei den trostlosen Fahrten der Gefangenen durch Rußland gewesen: Stumm starrten matte Augen hinaus, und der Rhythmus der klopfenden, klirrenden Räder erfüllte das Denken.
Damals waren keine Pritschen in den Waggons, gab es keine brennenden Öfen, keine Strohsäcke. Damals waren in denselben Waggons 120 und mehr Männer zusammengepfercht. Aber damals stierten diese fernverlorenen Männeraugen durch das kleine vergitterte Fenster, trostlos, hoffnungslos und leer.
Jetzt schimmerte Hoffnung in diesen Augen, aber auch Traurigkeit. Und vielleicht auch Angst vor der Zukunft, in der man selbst zu bestimmen haben würde, in der man nicht mehr mit "Dawai, Dawai" zur Arbeit getrieben würde und zu irgendeinem Tun, das nicht dem eigenen Willen entsprang ...
Es ist schwer in die ungewisse Fremde zu fahren, viel schwerer aber in die ungewisse Heimat, die man in allen Traumbildern so gesehen hatte, wie sie einst war, wie würde sie wohl jetzt aussehen? Der Gedanke daran verursacht Herzklopfen. ...
Der Zug rollt, rollt schnell, so schnell, als ob er die Menschenlast möglichst rasch ans Ziel

bringen wolle. Wir fahren im letzten Zug.
"Hier stand meine Batterie", sagt einer, "dort lagen die frierenden Infanteristen, die nicht einmal Sommermäntel hatten. Der Frost war grausam, 52 Grad Celsius unter Null und keine Ruhe, kein Haus. Der Iwan griff mit sibirischen Truppen an. Prima ausgerüstet. Sie konnten im Schnee in ihrer Wattekleidung mit den Filzstiefeln und den Pelzmänteln schlafen. Wir hatten keinen Sprit, keine Munition!"
"Heute noch stehen unsere abgeschossenen und unbeschädigt verlassenen Panzer hier", sagte ein anderer. Die alten, kurzstummeligen 7,5-cm-Rohre schauen aus dem Turm in den Himmel hinauf, trostlos, trostlos. –
Wir blicken in die Ferne, hinüber nach dem Wald, wo Gräber unserer Toten vergessen und verschollen liegen mögen, vergessen wie so viele Gräber des letzten Krieges überall auf der Erde.
Ich denke an die sieben Gräber am Waldrand von Kommunarka, Nummern waren auf den Kreuzen. So lange wir in dem Lager dort droben waren, wußten wir, wer unter den Hügeln lag, die wir pflegten. Die Birkenkreuze werden verwittern, die Nummern verbleichen, verschwinden, und kein Mensch (wird) mehr wissen, daß dort am Waldesrand sieben namenlose brave deutsche Menschen ihren langen Schlaf schlafen. ...
Jetzt sind wir im rollenden, schlagenden Zug, wir Lebenden, wir Nochlebenden, schauen in das Kampfgelände, stunden- und tagelang und denken unsere neuen, immer sich wiederholenden Gedanken von dem was war, was ist, was sein wird und werden soll.
Die Herzen sind schwer, selten lacht einer, die meisten schweigen und starren hinaus übers Land, sie schauen und sehen wohl nichts. Alles fliegt an den Augen vorüber.
Nur wenn einer sagt: "Schau, dort an dem Dorfrand fiel mein bester Kamerad", dann blickt man hinüber, dorthin, wo die schwarze Erde aufgesprungen sein mag im Feuer der russischen Geschütze, dorthin, wo die Stalinorgeln Verderben streuten und frierende Männer sich in die frostkalte Erde krallten.
Der lange Zug rollt und rollt, und unsere Gedanken werden still und trüb. Alles, was wir uns in der ersten Freude vorgenommen (haben), ist vergessen. Wir wollten singen, Karten spielen, uns frohe Dinge erzählen. Alles ist vergessen.
Steinern und grau sind unsere Gedanken. Die Schwere einer ungewissen Zukunft erfüllt uns mit Unruhe. Was würde werden, was sein? Was würde die Frau tun, wie würde sie aussehen, wie die Kinder? Wie würde die Heimat, das Haus, die fremde Umgebung uns empfangen? Würden wir wieder Sklaven sein?
Dann kam Brest mit der berüchtigten Durchsuchung, von der wir so viel hatten sagen hören. Es war nicht so schlimm. Vielleicht war es für Menschen, die so etwas noch nicht erlebt hatten unerhört und würdelos. Wir konnten nur darüber lächeln und die Durchsuchenden mit Dingen bestechen, die uns nichts, ihnen aber viel galten.
"Arme Kerle!" dachten wir.
Wieder war es Nacht, als wir in den Zug gewiesen wurden. Diesmal ohne Überwachung von Männern und Frauen in russischen Uniformen. Kein Dawai-Ruf, kein "bistraij, bistraij!!" – "schnell, schnell!"
Die Waggons waren kleiner als die bisherigen, standen auf deutscher Spurweite, waren tadellos sauber. Wir lasen, daß es sich um Wagen der "Reichsbahn" handelte. An den Öfen fehlten zum größten Teil Rohre, aber die waren rasch aus unserem bisherigen Transportzug besorgt, und bald hatten wir uns eingerichtet.
Wir lagen, 40 Mann in einem 15-Tonnen-Waggon auf 19 Quadratmeter Fläche, drei Pritschen übereinander. Sie reichten nicht ganz aus, aber man hatte wohl damit gerechnet, daß sechs, acht Mann immer um den Ofen herumsitzen würden. Viel lag hinter uns, aber auch viel vor uns. Das eine wußte man, das andere machte bange.

Männer waren unter uns, die als Kinder in die Fronzeit gingen, Männer, die mit hungrigen Augen zuhörten, wenn die anderen von ihren Liebsten erzählten, von Dingen, die ihre Phantasie erregten. Sie ahnten nur die Seligkeit, die aus den groben, ungeschliffenen oder scheuen Worten der anderen klang.
Wir wußten, daß manche Frau daheim ihren Weg vergessen hatte, und doch dachten wir an die andere, die wartete, nur wartete, sich erhielt und aufopferte, um dann an dem einen Tag die Arme auszubreiten und sagen zu können:
"Es ist alles gut! Du bist da!" -<<

Dezember 1949

DDR: Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Ende 1949 bekamen wir die Möglichkeit, eine Karte mit 12 Zeilen nach Hause zu schicken.
Die Antworten von zu Hause brachten in den meisten Fällen weder Freude noch Erleichterung, denn in den vergangenen Jahren des Schweigens waren im Leben draußen so viel tragische Umwälzungen erfolgt – Todesfälle, Scheidungen und so weiter -, daß viele Mithäftlinge jetzt erst seelisch zusammenbrachen. ...<<

UdSSR: Otto Tauber berichtet später in seinem Buch "Die Männer um Röder" über das Schicksal von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>... Monate gingen über das Land, reihten sich eintönig aneinander und wurden zu Jahren.
An einem regnerischen Dezembertag des Jahres 1949 saßen drei Männer um den aus Ziegelsteinen gebauten Ofen im rückseitigen Teil einer Baracke.
Pfarrer S. sah immer wieder die beiden Menschen an, die in ihren neuen Steppanzügen ihm gegenüber auf der Bank hockten.
W. und B. fuhren nach Haus. Sie wollten sich verabschieden.
"Ich habe heute morgen in einer stillen Stunde einmal versucht, die Bilanz aus den letzten 10 Jahren zu ziehen", sagte W. "Es ist nichts dabei herausgekommen – nichts Positives."
Aus den zum Trocknen aufgehängten Kleidungsstücken fielen Wassertropfen auf die Ofenplatte und verdampften zischend.
"Nichts".
"Etwas haben die Jahre doch gebracht – die Heimkehr", meinte der Pfarrer.
W. nickte nachdenklich.
"Wie ist von diesem Tag gesprochen worden in den langen Jahren! Man hat ihn herbeigesehnt, hat davon geträumt im Wachen und Schlafen. Ich habe versucht mir klarzumachen, was es bedeutet, nach Hause zu fahren. Ich wollte mich freuen. Es geht einfach nicht. Sind wir abgestumpft?
Vielleicht können wir uns gar nicht mehr freuen, wie ein Mensch, der jahrelang in einem dunklen Kerker eingesperrt war, von dem Tageslicht geblendet nichts mehr sehen kann, wenn man ihm plötzlich die Freiheit wieder gibt."
"Er wird aber wieder sehen können, nach einer Zeit. Wenn er sich an das Tageslicht gewöhnt hat, so wird er bald die vertrauten Dinge wieder wahrnehmen wie früher", antwortete Pfarrer S.
"So werdet Ihr Euch auch wieder freuen können."
"Mußten wir ein Jahrzehnt an Gräbern vorbeigehen, nur um endlich heimkehren zu können?", fragte W.
"Liegt der Sinn des Lebens darin, daß man auf Schritt und Tritt dem Tod begegnet, einem nackten, widerlichen Tod? Ist das nicht alles unsinnig?"
"Alles hat einen Sinn im Leben", sagte der Pfarrer.
Er schob ein Stück Holz in die Feuerung, blickte für einen Augenblick den Funken nach, die langsam zu Boden fielen und verloschen.

"Mag sein, daß wir den Sinn nicht sofort erkennen. Wenn man ganz dicht vor einem Mosaik steht, so sieht man nur einzelne bunte Steinchen – scheinbar planlos angeordnet. Treten wir aber einige Schritte zurück, nehmen wir Abstand, so sehen wir, wie ein Stein sich auf den anderen fügt. Aus dem scheinbar Planlosen wird ein wohldurchdachtes Kunstwerk. Genauso ist es im Leben."
Im Ofen knisterte das Holz. Aus dem schadhaften Barackendach tropfte gleichmäßig der Regen. Es hörte sich an wie das Ticken einer Standuhr.
B. drehte seine Pelzmütze in den Händen. Er druckste, rutschte auf der Bank hin und her, räusperte sich verlegen und sah den Pfarrer an:
"Ich wollte mal fragen, ob es stimmt, daß Sie auf der Heimkehrerliste standen und freiwillig zurückgetreten sind?"
"Ja, Hannes, das stimmt", antwortete Pfarrer S.
"Sieh mal, wenn wir alle fahren würden, wäre ich auch dabei. Aber Du weißt doch, daß noch einige Hunderte hierbleiben müssen, die verurteilt wurden, oder gegen die noch ein Verfahren schwebt. Was sollen die denn denken, wenn ich sie jetzt im Stich lasse!"
Er stand auf und schloß die Tür, die bei einem Windstoß aufgesprungen war. Setzte sich wieder.
"Uns sind im Leben Aufgaben gestellt. Deine ist, jetzt in der Heimat für die Familie zu sorgen. Meine ist, hier zu helfen so gut ich es kann."
"Wird es hier nicht sehr einsam sein?", fragte W. mit gepreßter Stimme.
"Einsam ist es auch für die Menschen, die hierbleiben müssen", sagte der Pfarrer.
"Vergeßt sie nicht. Sie müssen wissen, daß sie wohl einsam aber nicht verlassen sind. Grüßt die Heimat von denen, die hier draußen an unzähligen Gräbern Totenwacht halten. An Gräbern, von denen jedes ein Menschenschicksal birgt. Sprecht von diesen Schicksalen, sprecht davon, woran die Menschen zerbrachen. Sagt, daß es viele ... gegeben hat, die immer wieder fragten: Warum?
Und nicht jeder von ihnen fand angesichts des Todes eine Antwort. Sie fragen auch heute noch – mahnend und anklagend – eine Welt, die keine Antworten geben kann."
Der Pfarrer hatte sich erhoben. Er blickte den beiden Männern nach, bis sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte.
In der Stille tropfte wieder der Regen von der Decke ... gleichförmig und eintönig ... Sekundenschläge einer endlosen Zeit. ...<<
Jugoslawien: Die deutschen Generale Bleyer, Henke und Hülfing sowie mehrere österreichische Offiziere werden Anfang Dezember 1949 vom Militärgericht in Werschetz zum Tod verurteilt.
Ehemalige deutsche Todeskandidaten berichten später über die damaligen Mißhandlungen und Haftbedingungen im jugoslawischen Zuchthaus Sremska Mitrovica (x130/242-243):
>>Wir mußten in einem langen Keller Exerzierübungen machen, erlitten dabei Stockschläge und Fußtritte. Besonders schlimm erging es mir, als ich auf Befehl der Wachmannschaft einem Kameraden Schläge ins Gesicht geben und ihn anspucken sollte.
Meine Weigerung wurde mit furchtbaren Schlägen der Wächter quittiert, und zwar für uns beide. ...
Als Kälteschutz gab es eine kurze gefütterte Jacke oder einen alten Mantel. Decken mußte man selbst haben. Tag und Nacht mußten sämtliche Fenster geöffnet bleiben. ...
Kamerad Steidle, gleich uns allen sehr schwach, bat um Aufnahme in die Krankenstube; man erwiderte ihm, daß er eben bei dieser schlechten Kost eingehen würde – mehr zu essen könne man ihm nicht geben. ... (Ferdinand Steidle starb im Februar 1951 im Zuchthaus)
Tagsüber durfte man sich mit den Decken nicht zudecken und sich außerdem nur auf die vordere Kante der Strohsäcke hinsetzen. Es durfte zunächst nicht einmal laut gesprochen werden.

Wer irgendwie auffiel, mußte stundenlang das Parkett glänzend reiben oder ein paar Stunden stillstehen. ...
Beim Kaffe- und Essenholen mußte man einen Pappdeckel unter das Eßgeschirr halten, damit ja kein Tropfen aufs Parkett fiel. Wehe, wenn dies einmal der Fall war. 7 Tage Bunker gab es dafür. ...
Wir lagen wie die Ölsardinen in ihrer Büchse. Mit dem Kopf immer neben den Füßen des Nachbarn. Der Zementboden war mit Strohsäcken bedeckt, die von Flöhen wimmelten. Die Kameraden sahen erschreckend grau und abgemagert aus.
Einer der Kommandierenden des Zuchthauses, ein stiernackiger roher Kerl, hielt es darüber hinaus für angebracht, uns jeden Abend, wenn er zum Abfragen von Zelle zu Zelle ging, zu schlagen oder zu treten.
Es war die Zeit unserer allertiefsten Erniedrigung. Wir waren vogelfreie Menschen, für die es keine Rechte mehr gab, sondern als Erlösung voraussichtlich nur den Tod. ...<<

1949

DDR: Im Jahre 1949 fliehen 125.245 Sowjetzonenflüchtlinge in den Westen.

Berlin: Bertolt Brecht (1898-1956, Schriftsteller, emigriert 1933 in die USA) schreibt nach seiner Rückkehr im Jahre 1949 das Gedicht "Als ich kam in die Heimat" (x115/321):

>>Als ich kam in die Heimat
Und sah den Rest so stehn
Da bekam ich einen Schrecken
Und wollte schneller gehen.
Doch wär ich auch schneller gegangen
So schnell wie nie, uns bangt:
Aus solcher Trümmerstätte
Wär ich nicht hinausgelangt.<<

BRD: Der deutsche CDU-Politiker Konrad Adenauer (von 1949-1963 Bundeskanzler) berichtet im Jahre 1949 (x373/8): >>"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." …<<
In den Jahren 1945-49 müssen die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).
Im gleichen Zeitraum sind in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).
Die ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964) schildert im Jahre 1949 in dem Gedicht "Es war ein Land" ihre persönliche Trauer über den Verlust der Heimat (x035/175-176): >>**Es war ein Land**

O kalt weht der Wind über leeres Land,
O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!

Es war ein Land, - wo bliebst Du, Zeit?
Da wogte der Roggen wie See so weit,
Da klang aus den Erlen der Sprosser Singen
Wenn Herde und Fohlen zur Tränke gingen,
Hof auf, Hof ab, wie ein Herz so sacht,
Klang das Klopfen der Sensen in heller Nacht,
Und Heukahn an Heukahn lag still auf dem Strom

Und geborgen schlief Stadt und Ordensdom, -
In der hellen Nacht, -
der Johannisnacht!

Es war ein Land, - im Abendbrand
Garbe an Garbe im Felde stand.
Hügel auf, Hügel ab, bis zum Hünengrab
Standen die Hocken, brotduftend und hoch,
Und drüber der Storch seine Kreise zog.
So blau war die See, so weiß der Strand
Und mohnrot der Mond am Waldesrand
In der warmen Nacht, -
der Erntenacht!

Es war ein Land, - der Nebel zog
wie Spinnweb, das um den Wacholder flog,
Die Birken leuchteten weiß und golden,
und korallen die schweren Quitschendolden,
Die Eicheln knirschten bei Deinem Gehn
In den harten Furchen der Alleen.
Ein Stern mir blinkte, fern und allein,
Und Du hörtest im Forst die Hirsche schrein
In der kalten Nacht, -
der Septembernacht!

Es war ein Land, - der Ostwind pfiff,
Da lag es still wie im Eis das Schiff,
Wie Daunen deckte der Schnee die Saat
Und deckte des Elchs verschwiegenen Pfad.
Grau fror die See an vereister Buhne
Und im Haff kam Fischer und Fisch zur Wuhne.
Unter warmem Dach aus Stroh und Ried
Klappte der Webstuhl zu altem Lied:
"Wi beid', wi sönn noch jong on stark,
Nähr'n ons möt eigne Hände, -"
Es war ein Land, - wir liebten dies Land, -
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.
Verweht wie im Bruch des Elches Spur
Ist die Fährte von Mensch und Kreatur, -

Sie erstarrten im Schnee, sie verglühten im Brand,
Sie verdarben im Elend in Feindesland,
Sie liegen tief auf der Ostsee Grund,
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund,
Sie schlafen in Jütlands sandigem Schoß, -
Und wir letzten treiben heimatlos,
Tang nach dem Sturm, Herbstlaub im Wind, -
Vater, Du weißt, wie einsam wir sind!

Nie zu klagen war unsre Art,
Du gabst und Du nahmst, - doch Dein Joch drückt hart!
Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,
Nicht vergißt, was zu sehr es geliebt.

O kalt weht der Wind über leeres Land,
O leichter weht Asche als Staub und Sand!
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,
Aber höher die Distel am Ackerrand!<<

USA: Der US-Schriftsteller Archibald McLeish (1892-1982) schreibt im Jahre 1949 in seinem Aufsatz "The Conquest of America" (x165/20-21): >>Niemals in der Geschichte der Welt wurde ein Volk von einem anderen intellektuell und moralisch so vollständig beherrscht wie das Volk der Vereinigten Staaten vom russischen Volk in den Jahren zwischen 1946 und 1949. Die amerikanische Außenpolitik war ein Spiegelbild der russischen Außenpolitik: Was immer die Russen taten, taten wir im umgekehrten Sinn. Die amerikanische Innenpolitik vollzog sich unter einer Art von umgekehrtem Russenveto:
Niemand konnte in ein öffentliches Amt gewählt werden, wenn nicht aktenkundig war, daß er die Russen verabscheute, und kein Vorschlag, ging es nun um einen Friedensplan oder im Gegensatz dazu um einen Militäretat, war durchführbar, wenn sich nicht darlegen ließ, daß er den Russen nicht gefallen würde. Die politische Auseinandersetzung in Amerika, war eine Auseinandersetzung nach russischer Melodie, linke Bewegungen attackierten rechte Bewegungen nicht wegen amerikanischer Streifragen, sondern wegen russischer Streitfragen und rechte Bewegungen antworteten mit den gleichen Argumenten, nur umgekehrt. ...
All das ... begab sich nicht etwa in einer Zeit der nationalen Schwäche oder des Verfalls, sondern ausgerechnet in dem Augenblick, da die Vereinigten Staaten soeben einen unglaublichen Triumph errungen und einen glänzenden Sieg im größten aller Kriege erkämpft hatten und nun auf dem höchsten Punkt der Weltmacht angelangt waren, den je ein einzelner Staat erklommen hatte. ...<<

1950

> In einem DDR-Gefängnis sind die Häftlinge zum Appell angetreten. "Morgen kommt unser Staatspräsident Wilhelm Pieck", verkündet der Aufseher. Ein Gefangener ruft: "Das wurde aber auch höchste Zeit."
> *Flüsterwitz in der DDR*

08.01.1950

BRD: Waldemar Kraft (1898-1977), Theodor Oberländer (1905-1998) und weitere Anhänger der deutschen Vertriebenenorganisationen gründen am 8. Januar 1950 in Kiel die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), um vor allem die Interessen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten.
Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über Theodor Oberländer (x051/426): >>Oberländer, Theodor, geboren in Meiningen 1.5.1905, deutscher Politiker; Studium der Agrarwissenschaften und Volkswirtschaft, Professor in Danzig, Königsberg, Greifswald und Prag, Hauptforschungsgebiet: osteuropäische Wirtschaft.
Seit 1933 in der NSDAP, war Oberländer 1939-45 Reichsführer des Bundes Deutscher Osten. Nach dem Krieg war er Mitbegründer und Bundesvorsitzender des Gesamtdeutschen Blocks/BHE, trat aber 1956 zur CDU über.
Als Bundesvertriebenenminister trat er 1960 zurück wegen des Vorwurfs, er habe als Offizier der deutsch-ukrainischen Einheit "Nachtigall" im Herbst 41 in der Sowjetunion an Erschießungen von Juden und Polen teilgenommen. Das diesbezügliche strafrechtliche Ermittlungs-

verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Bonn allerdings eingestellt. In der DDR wurde Oberländer vom Obersten Gerichtshof in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Der "Fall Oberländer" führte seinerzeit in der Öffentlichkeit zu heftigen Kontroversen, die erneut aufflammten, als Oberländer 1963 wieder für den Bundestag kandidierte.<<

17.01.1950

DDR: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilt dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195): >>Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß laut Beschluß der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland standen - Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen - liquidiert werden. ...

Aus den Lagern werden 15.038 Personen entlassen, einschließlich der 5.504 Personen, die früher von Militärtribunalen zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden. Dem Ministerium des Innern (der DDR) werden 3.432 Internierte übergeben zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik. Ebenso werden dem Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik 10.513 Verhaftete zur Verbüßung ihrer Strafen übergeben, die für von ihnen begangene Verbrechen von Militärtribunalen ausgesprochen worden sind.

In den Händen der sowjetischen Behörden bleiben 649 Verbrecher, die besonders große, gegen die Sowjetunion begangene Verbrechen begangen haben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1950 wurden einige Konzentrationslager (Bautzen, Torgau) aufgelöst und gingen als Strafanstalten an die Strafvollzugsbehörden über.

Gegen 3.500 an Zonenbehörden übergebene KZ-Häftlinge wurden in Waldheim Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt. ...<<

Der 28jährige Helmut K. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/167): >>... Ich habe im Bad und in der Entlausungsstation gearbeitet und mußte jeden Tag 2 Stunden Holz hacken, um die Desinfektionsöfen zu beheizen.

Im Lager tat man buchstäblich alles, um am Leben zu bleiben. Wer arbeiten durfte, empfand das als große Gnade. Es gelang mir sogar, ein wenig Tabak zu pflanzen und damit Handel zu treiben. Solcher Art Tauscherei gehörte in Sachsenhausen zum Alltag.

Überleben war wirklich Glückssache, denn der Hunger wuchs oft bedrohlich an. Ich erinnere mich vor allem an das immer wieder verabreichte Sauerkraut. Wer magenkrank war ist entweder gestorben oder wieder gesund geworden. Daß ich diese Torturen überlebt habe, ist vielen Zufällen zu verdanken.

Wer aus dem Lager entlassen werden sollte, ging zuvor meist in eine abgesonderte Baracke. Dort wurden neue Kleider verteilt, und die Häftlinge erhielten Sonderrationen, damit sie dann in einigermaßen passablem Zustand entlassen werden konnten. Für mich kam dieser Tag am 17. Januar 1950.

Nach 4 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, Gefängnis und Lager winkte endlich die Freiheit. Man gab mir 20 Mark und einen Entlassungsschein.

Warum ich so lange hinter Gittern und Stacheldraht verbringen mußte, hat mir bis heute niemand gesagt.

Meine Partei (LDP) stellte mich sofort wieder ein. ...<<

20.01.1950

DDR: Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtet am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Ta-

gesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ...
(Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<

24.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Als dann im Januar 1950 die ersten Meldungen von der Auflösung der Lager Sachsenhausen und Buchenwald durch unsere Lautsprecher kamen, wollte kein Mensch so richtig daran glauben, aber dann ging es tatsächlich los. ...
Am 24. Januar mittags um 2 Uhr erklang auch mein Name. Doch wußte keiner von uns, geht es jetzt heim oder zur deutschen Justiz, denn wir hatten ja erfahren, daß viele von uns den DDR-Behörden zur "Strafverbüßung" übergeben werden sollten.
Ich war noch am selben Abend im Zellenbau und erhielt dort meine Laufkarte. Erst jetzt wurde uns klar, daß es nach Hause ging. Im Zellenbau war die Stimmung ganz groß. Die darauffolgende Nacht konnte keiner von uns schlafen. ...<<

25.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>... Am nächsten Tag gab es jedoch einen Zwischenfall. Alle, die sich schon ausgerechnet hatten, wann sie zu Hause wären, wurden enttäuscht, denn am 25. Januar erschien kein Offizier.
Erst am Mittag erfuhren wir, daß 1.000 Kameraden mit LKW von der Volkspolizei abgeholt und nach Bautzen ins Gefängnis geschafft wurden. Unsere Entlassung zögerte sich um einen Tag hinaus. Nun, wir hatten 4 Jahre ausgehalten, so hielten wir auch diesen Tag noch aus.<<

26.01.1950

DDR: Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Der 26. Januar 1950 war dann aber tatsächlich der Tag unserer Entlassung ...
Vormittags um 10 Uhr ging es dann, nachdem wir nochmals gefilzt worden waren, durch den großen Uhrturm, den eigentlichen Haupteingang.
Am 7. November 1946, abends 6 Uhr, hatte ich ihn das erste Mal passiert, am 26. Januar 1950, vormittags 10 Uhr, durchschritt ich ihn das zweite Mal und verließ damit das Todeslager Sachsenhausen für immer.<<

27.01.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer erinnert am 27. Januar 1950 im Deutschen Bundestag an das deutsche Kriegsgefangenen-Problem und berichtet ausführlich über die in Jugoslawien zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilten deutschen Offiziere (x026/90): >>... Besonders erschütternd sind die neuesten Nachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen, die in Jugoslawien unter dem Vorwand von Untersuchungen über Kriegsverbrechen zurückgehalten worden sind. Diese Gefangenen sind bis zum Dezember 1949 in einem besonderen Lager interniert gewesen.
Wie aus einwandfreien Berichten hervorgeht, erfolgten Voruntersuchungen und Verhandlungen gegen diese Deutschen ohne Beachtung auch nur der elementarsten Rechtsgrundsätze. Es fanden Verhöre unter verschärften Bedingungen, verbunden mit Schlägen, Folterungen, Einzelhaft und Nahrungsentzug statt. Von Gewährung irgendeines Rechtsschutzes kann keine Rede sein.
Nach den neuesten, der Bundesregierung vorliegenden Nachrichten wurde die große Mehrheit der Gefangenen im Dezember vorigen Jahres in das Staatsgefängnis Mitrowitz übergeführt. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß fast alle deutschen Gefangenen inzwischen im

Schnellverfahren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wenn nicht in vielen Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen ist. ...
Als Sofortmaßnahme wurde die Alliierte Hohe Kommission gebeten, die Aufschiebung der Vollstreckung etwa ergangener Todesurteile und die Aushändigung einer Namensliste sämtlicher Verurteilter mit den erkannten Strafen und der Untersuchungsgefangenen mit Angabe der Anklagepunkte zu erwirken.
Auf die besondere Eilbedürftigkeit der erbetenen Schritte ist die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich hingewiesen worden. Im übrigen ist der jugoslawischen Regierung auch auf anderem Wege das dringende Verlangen der Bundesregierung nach Freilassung dieser Kriegsgefangenen unterbreitet worden.
Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß diese Vorgänge uns nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Jugoslawien ermutigen.
Lassen Sie mich ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten: Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß die gesamte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt sich dagegen empören muß.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die politischen Maßnahmen Jugoslawiens, deutsche Kriegsgefangene gegen wirtschaftliche Vorteile zu entlassen (x130/244): >>Vielleicht erklärt sich hieraus, daß die Todesurteile an den Österreichern (1949/50) vollstreckt wurden, während man die deutschen Todeskandidaten zu Freiheitsstrafen begnadigte und schließlich (nach mehr als 3 Jahren, sobald man den Handelsvertrag abgeschlossen hatte) repatriierte. ...
... Die Offiziere von Werschetz sind amnestiert worden, sobald die Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, ... so daß der Foltertod der Werschetzer um so sinnloser gewesen ist.<<

31.01.1950

CSR: Tschechoslowakisch-nordamerikanisches Übereinkommen vom 31. Januar 1950 über die Zusammenführung von 20.000 Deutschen mit ihren Familienangehörigen in Westdeutschland (x004/356-357): >>... Am 26. Oktober 1949 bat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission der Überführung von 45.000 Deutschen und Volksdeutschen aus der CSR, Polen und den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung zuzustimmen.
Sie schätzte, daß 20.000 Personen aus der CSR und 25.000 Personen aus Polen und den besetzten deutschen Ostgebieten kommen würden. Zweck der Umsiedlung war, die betreffenden Personen mit ihren bereits in Westdeutschland durch die Aussiedlung im Jahre 1945 und 1946 ansässig gewordenen Angehörigen zusammenzuführen.
Der Rat der Alliierten Hohen Kommission stimmte diesem Ansuchen am 25.11.1949 zu und beschloß in der vierten Sitzung des Komitees für Flüchtlinge und Displaced Persons am 14.12.1949, den Briten die Führung der Verhandlungen mit den polnischen Behörden und den Amerikanern die Führung der Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Behörden zu übertragen.
Am 31.1.1950 erzielten das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission in Prag und ein Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen der "Hohen US-Kommission" mit der tschechoslowakischen Regierung ein Übereinkommen über die technischen Einzelheiten bei der Umsiedlung der 20.000 in der CSR befindlichen Personen. Den Unterhandlungen wohnten auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bei.
Dies ist der Text des Übereinkommens:
"Im Zusammenhang mit der Auswanderung aus der CSR im Zuge der Familienzusammenführung der bereits in Deutschland ansässig gewordenen Deutschen von 20.000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit werden zwischen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission einerseits und dem tschechoslowakischen Innenministerium andererseits folgende Ver-

fahren und technische Einzelheiten festgelegt:
Allgemeines:
A. Daß die Auswanderung seitens der Betreffenden freiwillig ist und sich gemäß der tschechoslowakischen Auswanderungsbestimmungen vollzieht.
B. Daß hinsichtlich der Eigentums- und Vermögenswerte der Betreffenden die bestehenden Zollbestimmungen für Auswanderung aus der CSR angewandt werden.
2. Durchführungsbestimmungen:
A. Das Innenministerium wird dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission nach und nach Listen der betreffenden Personen (insgesamt 20.000) liefern.
B. Nach der Genehmigung werden diese Listen vom Permit Office der Alliierten Hohen Kommission dem Innenministerium zurückgegeben. Auf Grund dieser genehmigten Listen wird das Innenministerium wenigstens einen, ungefähr 400 Personen umfassenden Transport wöchentlich abfertigen, der über Furth im Wald nach Deutschland geleitet wird. Der erste Transport wird Mitte März 1950 stattfinden.
C. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird für jeden Transport 6 Exemplare einer Liste anfordern, auf der Name, Geburtsdaten, Geburtsort und deutsche Bestimmungsadresse jeder angeführten Person verzeichnet sind. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird ebenso 2 ausgefüllte Zuzugsansuchen und 3 Paßbilder für jede in den Listen aufgeführte Person anfordern, außer für Kinder unter 16 Jahren, die in Begleitung ihrer Eltern reisen. Wo Kinder unter 16 Jahren allein reisen, sind für sie ebenfalls die notwendigen Unterlagen auszustellen.
D. Sowohl die Listen als auch die Gesuche sollen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wenigstens 4 Arbeitstage vor der vorgesehenen Abreise des Transportes vorliegen.
E. Nach Erhalt der Liste und der Gesuche wird der Permit Office der Alliierten Hohen Kommission provisorische Ausweise für jede aufgeführte Person ausstellen und wird die Liste für die Einreise des Transportes nach Deutschland bestätigen.
F. Wenigstens 24 Stunden vor planmäßiger Abreise des Transportes werden die vollständigen Unterlagen für jeden Transport dem Innenministerium zu übergeben sein. Unmittelbar nach dem Ausladen werden die tschechischen Züge nach der CSR zurückgehen.
G. Das Internationale Rote Kreuz wird den Aussiedelnden bei der Anfertigung der erforderlichen Unterlagen behilflich sein.
H. Technische Abänderungen dieser Bestimmungen können erst 14 Tage nach Übereinkunft in Kraft treten.
3. Hinsichtlich der Überführung von 25.000 Deutschen aus Polen und aus den polnisch besetzten Gebieten haben die Briten noch keinen endgültigen Bericht vorgelegt, obwohl inoffiziell bekanntgegeben wurde, daß mit den Transporten am 1.3.1950 begonnen werden wird. Sowie weitere Unterlagen vorliegen, werden sie bekanntgegeben.<<

02.02.1950

DDR: Die SED-Zeitschrift "Neue Berliner Illustrierte" berichtet am 2. Februar 1950 über die Entlassung von Häftlingen aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/-194): >>Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. ... Die Rationen entsprachen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember 1949 ausgegebenen (Lebensmittel-Karte 2) ...<<

08.02.1950

DDR: Am 8. Februar 1950 beschließt das ZK der SED ein "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung", um die Verstaatlichung des Sports zu beschleunigen (x009/412).

Am 8. Februar 1950 wird das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatssicherheitsdienst" (SSD bzw. STASI) in der SBZ (x009/420-421): >>Politische Geheimpolizei der SBZ. Schon Ende 1945 begann der Aufbau eines geheimen Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes, indem bei den Landes- und Kreisbehörden der Volkspolizei Kommissariate 5", kurz "K 5" genannt, gebildet wurden.
Ende 1946 wurde bei der Deutschen Verwaltung des Innern auch auf zentraler Ebene ein Referat "K 5" innerhalb der Kriminalpolizei errichtet, das politische Delikte als "Auftragsangelegenheiten der Besatzungsmacht" bearbeitete.
Parallel dazu entstand durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission vom 12.5.1948 ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums", dem die "administrative Kontrolle des gesamten Volkseigentums" übertragen wurde.
Beide Stellen wurden nach Gründung der "DDR" am 7.10.1949 zunächst zu der "Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft" im Ministerium der Innern (MdI) zusammengefaßt, danach durch Gesetz vom 8.2.1950 zu einem Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt (MfS) verselbständigt. ...
Nach dem "Juni-Aufstand" in "Staatssekretariat für Staatssicherheit" umgewandelt und erneut dem MdI unterstellt. Seit November 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: Erich Mielke als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Ernst Wollweber. Im Februar 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei ... an das MdI abgegeben.
Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im Sowjetsektor Berlins; Kreisdienststellen in den Kreisen; Beauftragte in Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instrukteure des sowjetischen MGB zugeteilt.
Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- sowie Vernehmungsmethoden nach Vorbild des KGB; stützt sich in erster Linie auf Berichte seiner Geheimen Informanten (Spitzelwesen)
Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und antikommunistische Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland.
Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt. Fiese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt).
1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken;
2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ.
Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer ... Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. Er verletzt sie häufig, wenn auch die bis 1954 festgestellten Vernehmungsmethoden (Licht-, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Mißhandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre.
Der Hauptabteilung V des MfS obliegen in der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung VIII Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen (Menschenraub).
SSD-Angehörige führen Militärdienstgrade und haben neben SSD-Ausweis auch Kripo-Ausweis und getarnte Papiere.
Stärke: etwa 13.000 Zivilkleidung tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschließlich der 1.450 Angehörigen des MfS ohne das 3.000 Mann starke Wachregiment des MfS.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ministerium für Staatssicherheit" - MfS – (x009/295): >>Zentralbehörde des Staatssicherheitsdienstes.
Der Minister (Generaloberst Erich Mielke) hat 3 Stellvertreter: die Generalmajore Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf (sämtlich SED). - Der Hauptteil des Ministeriums für Staatssicherheit ist in Berlin-Lichtenberg.
8 Hauptabteilungen haben operative Aufgaben bei "Sicherung" der SBZ gegen alle freiheitlichen und nichtkommunistischen Bewegungen und Einflüsse.
I. Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen);
II: Spionage-Abwehr;
III: Sicherung der allgemeinen Wirtschaft; ...
V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen;
VI: Sicherung der Schwerindustrie und Forschung;
VII: Sicherung der Volkspolizei;
VIII: Verkehrssicherung, Schutz leitender Staats- und Parteifunktionäre. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetische Geheimpolizei "KGB" (x009/213): >>... Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur "Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage" (Gesetz vom 5.9. und 2.11.1918) gegründet.
Am 6.2.1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem NKWD auf (10.7.1934).
Am 3.2.1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit).
Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MGB = Ministerium für Staatssicherheit, wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt; MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten. (Dies, zuletzt auf uniformierte Polizei und Paßwesen beschränkt, wurde als zentrale Behörde im Januar 1960 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen an die Innenministerien der Gliedstaaten der Sowjetunion über).
Die Bedeutung des KGB hat sei Mitte 1960 wieder zugenommen. Nach Stalin ist die Geheimpolizei eine "Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats".
In der SBZ hat das KGB 3 Aufgaben:
Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die Sowjetischen Militärtribunale an sich ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung.
Dazu dient ein Netz von Agenten und Spitzeln. (Das Verhältnis zum praktisch untergeordneten Staatssicherheitsdienst der SBZ ist teils durch Zusammenarbeit, teils durch Überwachung bestimmt). Die sowjetischen Mitarbeiter des KGB sind ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden ist bekannt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das polizeiliche "Meldewesen" (x009/283-284): >>... Das polizeiliche Meldewesen wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt.
Die Möglichkeit, sich an 2 Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muß binnen 3 Tagen gemeldet und im Personalausweis eingetragen werden.
Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im Hausbuch notwendig. Dies gilt auch für vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausvertrauensleute" in der SBZ (x009/177): >>Durch die sowjetischen Militärbehörden unmittelbar nach

der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften.
Sie waren für die vollständige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumungsarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittel und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus.
Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt. Heute sind sie verpflichtet, alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren und unter Umständen dem SSD (Staatssicherheitsdienst) Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen.
Von einer generellen Verpflichtung aller Hausvertrauensleute zur Spitzeltätigkeit für den SSD kann jedoch keine Rede sein.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sogenannte "Hausbuch" in der SBZ (x009/176): >>An- und Abmeldung für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder Hausverwalter zu führen ist.
Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen Überwachung aller Reisenden und Umziehenden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Postzensur" in der SBZ (x009/333): >>Das im Art. 8 der Verfassung garantierte Postgeheimnis wird ständig gebrochen.
Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des SSD koordiniert. Mindestens 50 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher "Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr", heute "Dienststelle 12" genannt, bestehen, die vor allem die aus dem Westen kommende und nach dort gerichtete Post kontrollieren.
Der Telefon- und Telegrafenverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht. Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.
Die Paketkontrolle wird durch das Am für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs durchgeführt. ...<<
BRD: Konrad Adenauer schreibt am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):
>>Lieber Herr McCloy!
Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:
"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."
Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.
Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.
Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.
Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

09.02.1950

DDR: Nach einer Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. Februar 1950 wird die Parteipresse zum "operativen Organ der Parteileitung".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteipresse" der SED (x009/322): >>Umfaßt das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis.

Zur Parteipresse der SED sind auch die Tageszeitungen "Tribüne" des FDGB und "Junge Welt" der FDJ zu zählen.

Nach Lenins Worten "die schärfste Waffe unserer Partei" ... Als "Presse neuen Typus" lehnt sie den "verfluchten Nur-Journalismus" (d.h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr "die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewußtsein heben, sowie zum revolutionären Handeln führen".

Form und Inhalt der Parteipresse der SED sind ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet. Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigen Ressorts sind Parteileben (d.h. Anleitung der Parteimitglieder) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch-leninistischen "Wissenschaft").

Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan "Neues Deutschland" und den Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Jede Veröffentlichung in der Parteipresse der SED, gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. ...

Der Bezug der Parteipresse der SED ist für Parteimitglieder Pflicht; sie muß jedoch als amtliches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. ... Den Klagen über die Eintönigkeit der Parteipresse der SED wird mit dem Hinweis begegnet:

"Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik" (Hermann Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950).

Das Vorbild der Parteipresse der SED ist die sowjetische Presse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Presse" in der SBZ (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilung der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor Berlins. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. ... Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, daß ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und daß der Abonnentenkreis der "bürgerlichen" Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird. ...

Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.
Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.
Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

14.02.1950

BRD: Die Briten liefern am 14. Februar 1950 den ehemaligen ostpreußischen Gauleiter Koch an Polen aus.
Erich Koch (1896 in Elberfeld/Wuppertal geboren) wird erst im März 1959 zum Tod verurteilt. Diese Todesstrafe (wegen Massenmord an polnischen Zivilisten) wandelt man jedoch später in lebenslängliche Haft um, da Koch nachweislich geisteskrank ist und deshalb nach polnischem Strafrecht nicht hingerichtet werden darf. Koch stirbt wahrscheinlich im Jahre 1986 (x030/207).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Erich Koch (x051/317-318): >>Koch, Erich, geboren in Elberfeld (heute Wuppertal-Elberfeld) 19. 6.1896, deutscher Politiker; Bahnbeamter, Kriegsfreiwilliger, aktiv im Ruhrkampf, 1922 NSDAP-Beitritt, 1926 wegen republikfeindlicher Aktivitäten amtsenthoben, 1928 Gauleiter und 1933 Oberpräsident von Ostpreußen, 1930 MdR.
Koch galt selbst in Parteikreisen als äußerst unbeherrscht und brutal. Als er nach Kriegsausbruch Reichsverteidigungskommissar und 1942 Reichskommissar Ukraine wurde, entfaltete Koch ein Terrorregiment, das zuweilen sogar bei der SS auf Widerstand stieß und in der zunächst deutschlandfreundlichen Bevölkerung eine lawinenartig wachsende Partisanenbewegung provozierte. Koch betrieb eine Politik massiver Eindeutschung, ließ die Schulen schließen, da Bildung für Russen nicht erforderlich sei, ließ Zigtausende zur Zwangsarbeit ins Reich deportieren und war verantwortlich für zahllose Transporte von Juden in die Vernichtungslager.
1944 kehrte Koch nach Königsberg zurück, organisierte den Volkssturm gegen die Rote Armee, sorgte für den Abtransport des Bernstein-Zimmers und tauchte bei Kriegsende unter.
Erst Ende Mai 49 wurde er von britischer Militärpolizei ergriffen, am 14.2.50 an Polen ausgeliefert und dort 1959 wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 400.000 Polen (die Verbrechen in der Ukraine blieben unberücksichtigt) zum Tod verurteilt, aber wegen Unzurechnungsfähigkeit nicht hingerichtet. Er soll heute in einem Gefängnis in Bartchero (Polen) leben.<<

15.02.1950

DDR: Am 15. Februar 1950 treffen 2.200 deutsche Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Buchenwald in der sächsischen Strafanstalt Waldheim ein.
Ein Häftling berichtet später über die Ankunft im Zuchthaus Waldheim (x126/211): >>In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo (Volkspolizei), die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein.
Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fußtritten in die Zellen. ...<<

Februar 1950

DDR: Das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) wird im Februar 1950 von der Volkspolizei übernommen.
Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 ka-

men hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar wird im Februar 1950 aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge werden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert.
Im sowjetische Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge).
Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<
Eva F. wird schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).
BRD: Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft werden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

04.03.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...
Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.
... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...
Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...
Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...
Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und

dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...
Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...
Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...
Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.
Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.
Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...
... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...
Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".
Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

10.03.1950

DDR: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.
Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).
Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

22.03.1950

DDR: Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 22. März 1950 in einem Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".
Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/197-202):
>>Liebe Freunde!
Nachdem alle Protestschritte der Insassen des Lagers Bautzen keine Besserung der Verhältnisse bewirkt haben, richten wir diesen Notschrei und Hilferuf an die Weltöffentlichkeit.
Wir, das sind mehr als 6.000 Häftlinge, davon 1.000 Tbc-Kranke wenden uns an Euch und bitten, unseren Brief der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese 6.000 Menschen vegetieren

unter unmenschlichen Verhältnissen und warten auf den Tod.
... Bei Übergabe des Straflagers von der sowjetischen an die deutsche Verwaltung betrug die Belegschaftsstärke der acht Säle ... durchschnittlich 400 Mann. Diese Überbelegung der Säle, wobei jedem Insassen eine Schulterbreite von ca. 34 cm als Schlaffläche auf den Holzpritschen zugebilligt wurde, hat infolge der immer schlechter werdenden Ernährung zu einer Erhöhung der Tbc-Krankenziffer um 15 % geführt.
Der schon ohnehin geschwächte Körper ist, nachdem die Verpflegung unter deutscher Regie noch einmal wesentlich schlechter wurde, dem Verfall völlig preisgegeben. ... Der Häftling hat in den hiesigen Massenunterkünften bei diesen Hungersätzen keine Aussicht auf Erhaltung der Gesundheit und des Lebens. Die Tbc-Krankenziffern steigen täglich. ... Die Ansteckungsgefahr ist gewaltig. Die morgendliche und abendliche Zählung wird in Kehrtstellung, mit dem Rücken zum Zählenden vorgenommen, denn selbst die Aufsichten fürchten sich vor Ansteckung. Selbst die geringe Tbc-Zusatzverpflegung, die die Sowjets in den Konzentrationslagern in Einzelfällen gewährten, wurde hier gestrichen. ...
In der Landesstrafanstalt Bautzen, in der normalerweise ca. 1.200 Häftlinge untergebracht waren, sind zur Zeit über 6.000 Menschen zusammengepfercht, die unschuldig unter Vorgabe unsinniger Gründe und Verdächtigungen durch sowjetische Militärtribunale zu durchschnittlich 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.
Alle wurden verhaftet oder entführt und sind, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren, von einem Tribunal ohne Verteidiger, Staatsanwalt und ohne Zeugen, unter Hinzuziehung eines Dolmetschers, der kaum deutsch sprach, entgegen jeder Rechtsauffassung verurteilt worden.
Wir sind heute noch zu 350 und 400 Häftlingen in Sälen von 33 x 12 Metern untergebracht, deren vergitterte Fenster bis oben hin mit Blechblenden verschlossen sind. Als Waschschüsseln dienen alte Brotkästen. Seife gab es seit 3 Monaten keine. Die Fingernägel müssen wir abbeißen oder an zersprungenen Fensterscheiben abschleifen. Für die Zehennägel steht (für alle) eine alte Kneifzange zur Verfügung. 3 Toiletten, die oft ohne Wasserzuführung sind, kein Toilettenpapier, keine Zahnbürste, kein Fieberthermometer im Saal. Wenig, fast gar keine Medikamente in einer offenen Pappschachtel. Bei greller Beleuchtung harren wir von Tag zu Tag auf eine Erlösung.
Die Kleidung zerfällt am Leibe. Nadeln, Faden, Flicklappen und Stopfzeug sind verboten. Die Ergänzung der unbrauchbaren Wäsche ist völlig ungenügend. Selbst die Zustellung von Ostzonenzeitungen, die zur politischen Umerziehung der Häftlinge geliefert wurden, ist seit dem 1. März 1950 unterblieben, von Papier, Bleistift oder Büchern ganz zu schweigen.
Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und geistig und moralisch verkommen. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt.
Die Verbindung mit den Angehörigen ist nicht mehr möglich. Am 12. Dezember 1949 ging die letzte Post von hier ab, nachdem seit Mai 1949 ein paar Briefe an die Angehörigen geschrieben werden durften.
Die Wachtürme – neben der ca. 5 Meter hohen Mauer und dem vierfachen Stacheldraht, der elektrisch geladen ist, sind jetzt mit deutschen Volkspolizisten besetzt, die mit den Karabinern Anschlagübungen auf die Häftlinge vornehmen. Der tägliche Spaziergang von 30 Minuten muß in völligem Schweigen durchgeführt werden, zu je 8 Mann eingehakt, in genau angemessenen Entfernungen. Ein großer Teil der Insassen besitzt nur noch Reste von Schuhen und kann deshalb den Raum überhaupt nicht mehr verlassen.
Das Essen muß mit uralten, z.T. durchlöcherten, übelriechenden Holzbottichen aus der Küche geholt werden und wird aus den verschiedenen Schüsseln mit rohen Holzlöffeln eingenom-

men. Das Brot wird mit Holzmessern zerkleinert.
Als Liegestätten gibt es Reihenholzpritschen in unzureichender Anzahl. Die uralten dreckigen Strohsäcke sind nur noch mit Strohmehl gefüllt. Die Pritschen sind mit Ungeziefer, Wanzen und Flöhen verseucht. Eine Ungezieferbekämpfung gibt es nur dem Namen nach.
... Das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen, die das Streben nach Menschlichkeit als ihr oberstes Ziel ansehen, sollen Zutritt zu diesem Elendslager fordern. ...
In unserer heutige Zeit, die mindestens dieselbe ist, wie sie seit 5 Jahren in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone bestand, wenden wir uns an die westdeutsche Öffentlichkeit und das Weltgewissen.
Wir bitten alle Zeitungen und Rundfunkstationen, die Öffentlichkeit auszuklären und uns in die Erinnerung aller freien Menschen zurückzurufen. Wir richten diesen Appell an die Menschlichkeit all derer, die sich dem unmenschlichen Regime, das hier am Tode und der Verzweiflung Tausender schuldig ist, nicht beugen wollen. Wir rufen die Menschen des Westens auf, denen zu helfen, die unschuldig in die Maschen der kommunistischen Terrorjustiz geraten sind.
WIR RUFEN DEN WESTEN! ...
DRINGENDE HILFE TUT NOT! Wenn nicht schnellstens geholfen wird, gehen wir alle zugrunde. 16.000-18.000 hat diese gelbe Elendslager bis heute an Todesopfern gekostet. Täglich kommen neue Opfer hinzu.
Wir rufen das Internationale Rote Kreuz und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen!
Wir rufen alle Vereinigungen, Verbände, Gruppen, Parteien!
Wir rufen die kirchlichen und karitativen Verbände!
Wir wenden uns an alle freien und hilfsbereiten Menschen!
Helft uns!
Noch sind Tausende von unschuldigen Menschen zu retten.
Wir hoffen auf Euch! ...<<

25.03.1950

Ungarn: Der Ministerrat der Volksrepublik Ungarn beschließt am 25. März 1950 eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen (x008/-105E-106E): >>**Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung der in Ungarn verbliebenen Volksdeutschen.**
Verordnung Nr. 84/1950 (III. 25.) M. T. des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn, betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen.
(Verwaltungsordnungsnummer: 5.122., 5.530. und 8120.)
§ l
1) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung finden die im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsverfügungen keine Anwendung mehr.
2) Die im Sinne der im Absatz (1) erwähnten Verfügungen, bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung durchgeführten behördlichen Maßnahmen bleiben in Kraft, und aus ihnen können weder Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche hergeleitet werden.
3) Strafrechtliche oder Verwaltungsverfahren, die wegen eines Verstoßes gegen die in Absatz (1) erwähnten Verfügungen vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleitet wurden, sind ebenso wie die in ihrem Verlauf bereits ergangenen Beschlüsse oder getroffenen Maßnahmen nicht länger durchführbar.
§ 2
Der betroffenen Person ist gemäß § l Absatz (1) ein sich in ihrem tatsächlichen Besitz befind-

liches Grundstück, das nicht größer als zehn Katastraljoch ist, zu belassen.
§ 3
1) Alle Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen, ohne umgesiedelt worden zu sein, ebenso wie diejenigen, die zwar umgesiedelt worden sind, die sich aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in Ungarn aufhalten und gemäß der einschlägigen Verfügungen ihrer Meldepflicht entsprochen haben, sind ungarische Staatsangehörige und mit den übrigen in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der ungarischen Volksrepublik.
2) Denjenigen Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsverfügungen fallen, ohne daß auf sie die in Absatz (1) festgelegten Voraussetzungen zutreffen, kann der Innenminister in schutzwürdigen Fällen die ungarische Staatsangehörigkeit verleihen, wenn sie sich als hierfür würdig erweisen. Entsprechende Anträge sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den ersten Beamten eines kommunalen Selbstverwaltungsverbandes bzw. über eine ungarische Auslandsvertretung einzureichen.
Doby István m. p., der Vorsitzende des Ministerrates.
Übersetzt aus "Magyar Közlöny" Nr. 52 vom 25. März 1950, S. 402 ff.<<
Die Aussiedlung der Volksdeutschen wird damit offiziell eingestellt, denn sie werden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diese Gleichstellung wirkt sich für die Deutschen jedoch verhängnisvoll aus, weil sie als ungarische Staatsangehörige keine Ausreisegenehmigung erhalten. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich ist, gibt es zunächst keinen Weg mehr, um auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen (x008/69E-70E).

31.03.1950

DDR: Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestieren am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<<
Nach Abbruch der Protestaktion stürmen DDR-Polizeieinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

März 1950

Polen, Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E).
Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen auswiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der zurückgebliebenen Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/154E-157E): >>... Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.
Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sog. "Aktion Link" in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen. Im Rahmen dieser Aktion, die von März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutsch-

land getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.
Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. ...
Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse, unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrunde gegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.
Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisung in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.
Noch im Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treueerklärung" geleistet hatten.
Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können glaubten. –
Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht.
Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren. Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben ist gegenwärtig kaum feststellbar.
Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entrinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren. Vom Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben.
Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft

zu bewegen.
Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.
Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war. Sie brachte unsägliches Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbarem Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.
Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu sein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen westlichen Welt gefährdet. ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/103): >>... Nach 1951 handelte es sich um noch kleinere Gruppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland ausreisten; die Umsiedlung wurde jetzt von dem staatlichen Touristikunternehmen "Orbis" durchgeführt. Die Ausreise über die im Stalinismus dicht geschlossene Grenze war zu einem Privileg geworden und sollte es im Wesentlichen bis in die späten achtziger Jahre hinein bleiben. ...<<

02.04.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. April 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110): >>2. April 1950. Die Transporte aus den polnisch besetzten Gebieten rollen. Menschen, Menschen kommen in Friedland an. ...
Aber wo sollen sie wohnen? Wer vermag sie zu kleiden? Wie werden sie ihren Unterhalt verdienen?
Und die vielen alten Leute ... Wer wird für sie sorgen?
Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen sind bereits in den Westzonen aufgenommen worden.
Und immer weiter fließt der große Strom von Ost nach West.<<

06.04.1950

DDR: Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 6. April 1950 in einem weiteren Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".
Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/203-210):
>>Bautzen, den 6. April 1950
Deutsche Männer und Frauen!
Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!
Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermeßlichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizei mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden. Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen.
Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindrangen - in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen - und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehrlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.
Selbst die diensthabenden Gefängnisärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der 'Mut' der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.
Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet "Laßt die Hunde verrecken!"
Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen.
Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivilisierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren, freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Öffentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.
Nachdem in den ersten Tagen des Februar dieses Jahres die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begann sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen.
Die Verpflegung bestand nun: Frühmorgens aus heißem Wasser mit vereinzelten Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden.
Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde.
Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu übernehmen, und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.
Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis vor Augen?
Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle ist verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.
So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.
Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen

Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin.
In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.
Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.
Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission.
Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst, sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere - vor allem der traurig berüchtigte Polizeirat Schulz - das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahnbürsten, Kämme, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen.
Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulz: "Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder."
Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter; denn wir glaubten – sogar nach all den Jahren der Gemeinheiten und der Quälereien - an das Wort eines deutschen Beamten.
Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch, als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmen, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.
Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.
Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer nachsuchten. Nichts geschah.
Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!
Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen in der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen - weil zum Tode von tausenden Unschuldiger führenden - Zustände;

baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.
Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.
Am 31. März dieses Jahres schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich ... Tausende gegen den immer näher rückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.
Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit 'durfte' jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben:
"Liebe(r) ... !
Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuchs- und Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! ..."
Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vorgängen des 31. März.
Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum schrien 6.000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!
Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreßter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußtlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.
Die Repräsentanten dieser Schandrepublik der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppeln in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf ihren Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: "Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"
Freie Menschen in Deutschlands Westen!
Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hättet werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrachen, als sie von 18- bis 20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingeprügelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.
Genossen und Parteifreunde!
Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen! In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!
Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für

Wiedervereinigung!
Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenrechte!
Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt:
Hört unseren Schrei!
Hört den Schrei der 6.000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.
Hört uns und helft uns!
Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20.000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!
Hört uns, Genossen der SPD!
Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.
Hört uns, Freunde der CDU, LDPD!
Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!
Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!
In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch!
Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben!
Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Willkürakte an!
Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf gegen dieses Untermenschentum!
Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!
Genossen! Freunde! Menschen!
6.000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!
Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregimes!
Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüppelt und finsteres Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!
Erhört unseren Notschrei!
Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid!
Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk!
Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingemordet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!
Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt!
Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!
Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!
Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!
Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!
Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!

Erhört uns, Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!
Helft uns!<<
Herbert Wehner (1906-1990, von 1949-1983 SPD-Abgeordneter des Bundestages) liest diesen zweiten Brief aus Bautzen im Mai 1950 während des SPD-Parteitages in Hamburg vor.

16.04.1950

BRD: Die Zeitschrift "Stern" fordert am 16. April 1950 (x043/128): >>... **Schluß mit den Bomben auf Helgoland**

Helgoland, einst das Juwel unter den Nordseeinseln, gleicht heute einer Mondlandschaft. Menschenhand hatte dem roten Felsen Glanz verliehen; Menschenhand vernichtete ihn.
Schon 1945 mußten die Einwohner unter Zurücklassung aller privaten Habe die Insel räumen. 1947 wurden die Befestigungsanlagen in die Luft gejagt; ein Rauchpilz wuchs in die Wolken, der seinesgleichen nur bei Atomexplosionen hatte.
Und was damals noch übrigblieb, dessen nahmen sich dann die Bomben an, Bomben in tiefstem Frieden. Helgoland wurde zur Zielscheibe der Royal Air Force.
Jetzt nach 3 Jahren, hat die britische Regierung zum ersten Mal eine zeitweilige Unterbrechung des Bombardements angeordnet.
Dieser Beschluß erfolgte, nachdem Helgoländer Fischer gegen die Bombardierung ihres Friedhofes protestiert hatten, und dieser Protest von dem konservativen Abgeordneten Professor Savory im Unterhaus vorgetragen wurde. ...
Mit der dauernden Einstellung des Bombardements und der Erlaubnis zur Wiederbesiedlung der Insel würde eine jener sinnlosen Hypotheken aufgekündigt, die das deutsch-englische Verhältnis fast unerträglich belasten, und deren Zinsen nur von radikalen Kräften eingestrichen werden.
Noch ist es nicht zu spät. Doch die Zeit drängt. Denn die Insel Helgoland wird zwar nie wieder ein "Gibraltar des Nordens" sein. Aber sie könnte leicht zum "Stalingrad für die britische Besatzungspolitik" werden.<<

19.04.1950

Rumänien: Die rumänische Regierung beschließt am 19. April 1950 ein Dekret über die Verstaatlichung bestimmter Immobilien (x007/178E-179E): >>**Das Immobilien-Enteignungs-Dekret.**

Dekret Nr. 92/1950 über die Verstaatlichung bestimmter Immobilien.
Art. I. Zur Festigung und Entwicklung des sozialistischen Sektors in der Wirtschaft der Rumänischen Volksrepublik;
zur Sicherung einer besseren Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes, der entwertet wird durch die Sabotage der Großbourgeoisie und der Ausbeuter, die eine große Anzahl von Immobilien besitzen;
um den Ausbeutern ein wichtiges Mittel der Ausbeutung aus der Hand zu nehmen;
werden diejenigen Immobilien verstaatlicht, die in den beigefügten, in der Kanzlei des Ministerrats unter Nr. 543 vom 14. April 1950 registrierten Listen aufgeführt sind, die ein Bestandteil dieses Dekrets darstellen und bei deren Zusammenstellung nach folgenden Gesichtspunkten verfahren wurde:
1. Bebaute Immobilien, die den ehemaligen Industriellen, den ehemaligen Gutsbesitzern, den ehemaligen Bankiers, den ehemaligen Großhändlern und allen anderen Elementen der Großbourgeoisie gehören.
2. Bebaute Immobilien, die den Ausbeutern des Wohnraumes gehören.
3. Hotels mit ihrem gesamten Inventar.
4. Im Bau befindliche Immobilien, die zum Zweck der Ausbeutung errichtet werden sollten, jedoch von ihren Eigentümern aufgegeben wurden, wie auch das zum Weiterbau bestimmte Baumaterial, gleich wo es gelagert ist.

5. Durch Einwirkung von Erdbeben oder den Krieg beschädigte oder zerstörte Immobilien, die zum Zwecke der Ausbeutung gebaut, jedoch von ihren Eigentümern nicht instand gesetzt bzw. wieder aufgebaut wurden.
Art. II. Von den Bestimmungen dieses Dekrets werden nicht berührt und somit nicht verstaatlicht diejenigen Immobilien, die Arbeitern, Beamten, Kleinhandwerkern, intellektuellen Professionisten und Rentnern gehören.
Art. III. Die verstaatlichten Immobilien gehen als Besitz des gesamten Volkes in das Eigentum des Staates über, ohne jegliche Entschädigung und frei von Lasten oder realen Rechten jeder Art.
Art. IV. Unter Immobilien sind im Sinne dieses Dekrets sowohl der Boden mit den Aufbauten als auch die darin enthaltenen Einrichtungen mit samt dem vorhandenen für den Unterhalt des Baues erforderlichen Werkzeug zu verstehen.
Art. V. Immobilien, die dem Ehemann, der Ehefrau oder den minderjährigen Kindern gehören, sind, soweit es sich um die Anwendung dieses Dekrets handelt, als nur einem Eigentümer gehörend anzusehen.
Art. VI. Mit Wirkung dieses Dekrets tritt der Staat in alle Rechte der ehemaligen Eigentümer ein.
Die Mieter der verstaatlichten Immobilien, einschließlich der ehemaligen Inhaber, die in diesen Immobilien wohnen, werden vom Zeitpunkt der Verstaatlichung an Mieter des Staates.
Art. VII. Die mit Wirkung dieses Dekrets verstaatlichten Immobilien gehen in die Verwaltung des Provisorischen Ausschusses des Volksrats der Gemeinden über, auf deren Gebiet sie sich befinden.
Art. VIII. Wer die einer Verstaatlichung unterworfenen Güter oder Einrichtungen beschädigt, zerstört oder veräußert, wie auch derjenige, der die in diesem Dekret vorgesehene Verstaatlichung hintertreibt oder zu hintertreiben versucht, wird mit 5-10 Jahren Zwangsarbeit und Beschlagnahme seines Vermögens bestraft.
Art. IX. Die Vergehen gegen dieses Dekret werden gemäß Dekret Nr. 183 vom 30. April 1949 über die Ahndung der Wirtschaftsvergehen festgestellt, verfolgt und gerichtet.
Art. X. Die Provisorischen Ausschüsse der Volksräte sorgen dafür, daß die aus diesem Dekret entstandenen Rechte des Staates in der gesetzlich vorgeschriebenen Form eingetragen werden.
Art. XI. Mit der Ausführung dieses Dekrets wird die Staatliche Kommission für die Anwendung des Volksrätegesetzes betraut.
Art. XII. Dieses Dekret tritt mit dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung in Kraft.

Bukarest, den 19. April 1950.

C. I. Parhon
Marin Florea Ionescu

Dr. Petru Groza
Vorsitzender des Ministerrates

Stelian Niţulescu
Justizminister

Übersetzt aus "Buletinul Oficial", Nr. 36/1950 vom 20. April 1950, S. 465 ff.<<

DDR: Das SED-Regime verkündet am 19. April 1950 das "Gesetz der Arbeit" (Veröffentlichung des Arbeitsgesetzbuches).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Arbeitsgesetzbuch" der SBZ (x009/30): >>... Als Grundlage der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses werden die Arbeiter- und Bauernmacht, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft bezeichnet.
Das Recht auf Arbeit wird in die Pflicht zur Arbeit umgedeutet. Der FDGB wird Schule des Sozialismus (Marxismus-Leninismus) und allseitiger Vertreter der Interessen der Werktätigen

genannt, wobei die Interessen der Arbeitnehmer mit den Interessen des staatlichen Arbeitgebers und der SED identifiziert werden. ...
Das Lohnsystem wird auf das Leistungsprinzip gegründet. Erhöhung des Arbeitslohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit wird von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität abhängig gemacht.
Weitere Kapitel enthalten Bestimmungen über die Arbeitsdisziplin und die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten durch Konfliktkommissionen und Arbeitsgerichte.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konfliktkommissionen" in der SBZ (x009/223-224): >>Seit 1953 bestehen in den Betrieben und Verwaltung Konfliktkommissionen.
Sie hatten ursprünglich nur die Aufgabe, Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb zu entscheiden. Sie setzten sich aus 4 Mitgliedern zusammen, von denen je zwei von der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) bestellt wurden. Ihre Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Kam ein Beschluß nicht zustande, konnte das Arbeitsgericht angerufen werden. ...
Auf dem 4. Plenum des ZK der SED forderte Ulbricht, den Konfliktkommissionen größere Verantwortung und größere Rechte zu übertragen. Ohne gesetzliche Grundlage wurden daraufhin in vielen Betrieben erweiterte Konfliktkommissionen gebildet, die sich mit Verstößen gegen die sozialistische Arbeitsmoral, gegen die Arbeitsdisziplin und mit kleineren kriminellen Delikten, die mit dem Betrieb im Zusammenhang standen, befaßten. ...
In die Zuständigkeit der Konfliktkommission fällt nunmehr die Entscheidung über Verstöße gegen die sozialistische Moral und die Arbeitsdisziplin. Sie behandelt ferner Einsprüche gegen Disziplinarmaßnahmen der Betriebsleitung, Streitfälle mit der Sozialversicherung über kurzfristige Barleistungen und mit der Kasse der gegenseitigen Hilfe. Wie bisher, entscheidet sie über Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb.
Ferner hat die Konfliktkommission über strafbare Handlungen zu entscheiden, soweit diese wegen ihres geringen Grades der Gesellschaftsgefährlichkeit nicht vor den Strafgerichten zu verhandeln sind (geringfügige Fälle von Diebstahl, Betrug, Unterschlagung zum Nachteil gesellschaftlichen Eigentums, Sachbeschädigung, leichte Körperverletzung, Beleidigung), unter Voraussetzung, daß sie sich im Betrieb abspielten.
Die Konfliktkommission kann nur Erziehungsmaßnahmen auferlegen, jedoch keine fristlosen Entlassungen anordnen oder Geld- oder Freiheitsstrafen verhängen. Sie können u.a. eine gesellschaftliche Mißbilligung aussprechen, einen Beschuldigten verpflichten, sich beim Geschädigten oder vor dem gesamten Kollektiv zu entschuldigen, und ihn verpflichten, einen Schaden durch eigene Arbeit zu beheben.
Die Konfliktkommissionen werden von der Belegschaft gewählt. ... Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre und soll mit den Gewerkschaftswahlen koordiniert werden. Die Konfliktkommissionen bestehen aus 6 Mitgliedern mit 3 bis 6 Vertretern.
Die Beratungen der Konfliktkommissionen sind öffentlich und sollen im großen Kreis stattfinden. Auf jeden Fall sollen die Angehörigen des Kollektivs teilnehmen, die mit dem betroffenen Werktätigen zusammenarbeiten. Jeder Betriebsangehörige ist berechtigt, vor der Konfliktkommission seine Auffassung darzulegen. Im übrigen wird die Verhandlung völlig formlos geführt. Sie findet außerhalb der Arbeitszeit statt.
Für die Entscheidung genügt jetzt eine Zweidrittelmehrheit. Beschlüsse in Arbeitsstreitigkeiten können weiter beim Kreisarbeitsgericht angefochten werden. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitspolitik" in der SBZ (x009/34-36): >>Die kommunistische Arbeitspolitik geht von der Vorstellung aus, daß durch die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum die natürlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben seien und die Interessen des "Staates", der als Ei-

gentümer der Produktionsmittel gleichzeitig Arbeitgeber ist und nach den Anweisungen der SED die gesamte Volkswirtschaft wie ein Unternehmen plant und leitet, mit denen der Arbeitnehmer identisch seien.
Die Arbeitspolitik ist zur Funktion der Wirtschaftspolitik geworden. Ihr Hauptziel ist wirtschaftlicher Natur. Die Produktion soll mit allen Mitteln erhöht werden.
Der Fürsorgegedanke, im Parteijargon "die Sorge um den Menschen", ist zwar nicht ganz ausgeschaltet und wird je nach der politischen Situation und vor allem je nach Stimmung der Arbeiterschaft mehr oder weniger betont, aber der arbeitende Mensch wird auch dort, wo ihm Fürsorge zuteil werden soll, nur als Objekt der Arbeitspolitik behandelt.
Um Störungen dieser Arbeitspolitik auszuschalten, sind die arbeitenden Menschen ihrer Interessenvertretung beraubt. Die Betriebsräte wurden im Jahre 1948 abgeschafft und an ihre Stelle die Betriebsgewerkschaftsleitungen, die unteren Organe des FDGB gesetzt. ...
Obwohl Art. 14 Abs. 2 der Verfassung das Streikrecht der Gewerkschaften gewährleistet, wird es mit der Behauptung verweigert, die Werktätigen könnten nicht gegen sich selbst streiken. ...
Da der FDGB indessen die Führung der SED vorbehaltlos anerkennt, damit also dem Willen des "staatlichen Arbeitgebers" untergeordnet ist, kann er bei Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, sondern muß die "staatlichen" Interessen voranstellen.
In einem System ohne echte Interessenvertretung der Arbeitnehmer hat ein autonomes kollektives Arbeitsrecht keinen Platz. ...
Dem hervorragenden Ziel der Arbeitspolitik, der Erhöhung der Produktion, dienen:
a) die Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte,
b) ihr zweckmäßiger Einsatz und
c) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.
a) Zur Vermehrung der Arbeitskräfte sollen alle Arbeitsreserven erschlossen werden. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ist daher ungewöhnlich hoch. Dieses Reservoir ist aber ziemlich erschöpft, obwohl weitere Anstrengungen gemacht werden, Frauen für die Produktion zu gewinnen. Erwerbsfähige Witwen erhalten keine Rente oder Sozialfürsorgeunterstützung. ... Auch Altersrentner sollen nach Möglichkeit noch weiter tätig sein. ...
c) Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird als das geeignetste Mittel angesehen, die Produktion zu steigern, weil sie keine Vermehrung der Arbeitskräfte verlangt und gleichzeitig die Gestehungskosten vermindert. ...
Der Arbeitslohn soll darauf gerichtet sein, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die materielle Interessiertheit wird ausgenutzt, indem der Lohn von der Leistung abhängig gemacht wird (Leistungslohn, Stücklohn, Prämienzeitlohn, Prämienstücklohn, Objektlohn). Die Löhne werden ergänzt durch Prämien für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne und besondere Leistungen. Bei Stücklohn soll die Erhöhung der Arbeitsnormen zu größeren Leistungen zwingen, da dann nur die Wahl zwischen geringerem Lohn oder Mehrleistung bleibt. Aktivisten und Neuerer sollen die Normen in die Höhe treiben. Ihre Leistungen werden für die anderen Arbeitnehmer als vorbildlich hingestellt. ...
... Die Arbeitspolitik geht darauf aus, die körperlichen und geistigen Kräfte der schaffenden Menschen immer mehr zu beanspruchen. ... Auch die menschliche Eitelkeit wird in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Auszeichnungen sollen zu besonderen Leistungen anspornen.
Mit dem sozialistischen Wettbewerb wird die Neigung, Kräfte und Können zu messen, in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Eine strenge Arbeitsdisziplin soll dafür sorgen, daß die Ziele der Arbeitspolitik erreicht werden. Meister und Brigadiere haben die Aufgabe, ihre Kollegen zu hohen Leistungen anzutreiben. Durch Produktionspropaganda sollen die Arbeiter beeinflußt werden, ihre Arbeitskraft und ihre Intelligenz in den Dienst des Regimes zu stellen.

Das wird "schöpferische Mitwirkung der Werktätigen bei der Erfüllung der Aufgaben und bei der Leitung der Betriebe" genannt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lohnpolitik" in der SBZ (x009/266-267): >>Nach marxistischer Definition ist im Kapitalismus der Lohn "der Preis der Ware Arbeitskraft", den der Unternehmer nach Einbehaltung des vom Arbeiter erzeugten "Mehr an Wert" (Mehrwert) an den Arbeiter auszahlt; die Lohnarbeit gilt als ein Kennzeichen der Ausbeutung, als "Lohnsklaverei".

In der SBZ arbeiten die Arbeiter und Angestellten zwar auch gegen Lohn bzw. Gehalt, aber der Lohn soll hier - so wird von der SED-Propaganda behauptet - eine ganz andere Bedeutung als in westlichen Ländern haben. ... Solche und ähnliche Erklärungen ändern nichts an der Tatsache, daß auch in der SBZ der Lohn das Maß für geleistete Arbeit ist und im Mittelpunkt aller Arbeitspolitik steht. Die wichtigsten Grundsätze der Lohnpolitik der SED sind:

1. Der Arbeitslohn ist ein wichtiger Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (die SED fordert daher Anwendung von Lohnformen, die die Arbeiter praktisch zu einer ständigen Erhöhung ihrer Arbeitsleistung zwingen).
2. Die Lohnbemessung soll "der Verwirklichung des ökonomischen Gesetzes der Verteilung nach der Arbeitsleistung" dienen.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze ihrer Lohnpolitik hat die SED folgendes System der Lohnformen eingeführt:

... Einfacher Zeitlohn (der Lohn wird nach dem Zeitgrundlohn und der Anwesenheitszeit bemessen).

Prämienzeitlohn (Verbindung des Zeitlohnes mit einem Prämiensystem).

Proportionaler Leistungsstücklohn (lohnbestimmend sind der Leistungsgrundlohn und der Erfüllungsgrad der Arbeitsnormen).

Progressiver Leistungslohn (die Entlohnung steigt bei Übererfüllung nicht linear, sondern progressiv).

Prämienstücklohn (Verbindung des Leistungsstücklohnes mit einem Prämiensystem). ...

Dieses ausgeklügelte System von Lohnformen, das in Verbindung mit den Sozialistischen Wettbewerben ausschließlich dazu dient, durch die Intensivierung der Leistungen jedes einzelnen Arbeitnehmers ständig zu steigern, hatte eine unaufhörliche Senkung der Lohnrate, d.h. ein Zurückbleiben der Durchschnittslöhne hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zur Folge.

Während die Produktivität in der Industrie bis 1960 im Vergleich zu 1955 um 55 % anstieg, erhöhte sich der Durchschnittslohn in der gleichen Zeit nur um 25 %. ... Praktisch führte die Lohnpolitik der SED dazu, daß die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten ebenfalls hinter der Entwicklung in der Bundesrepublik, und zwar in den letzten Jahren zunehmend, zurückblieben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "FDGB" in der SBZ (x009/123-124): >>Abkürzung für Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, eine pseudogewerkschaftliche Einheitsorganisation, die sich in voller Abhängigkeit von der SED und vom Regime als dem weitaus wichtigsten Arbeitgeber befindet und so außerstande ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. ...

Nach § 4 des Arbeitsgesetzbuches fördern die Gewerkschaften "den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die Aneignung allseitiger Kenntnisse und eine hohe sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie mobilisieren die ganze Arbeiterklasse und die Intelligenz zur allseitigen Erfüllung der Wirtschaftspläne mit dem Ziele der ständigen Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveaus."

Damit ist der FDGB der wichtigste Gehilfe des staatlichen Arbeitgebers. Beim Juni-Aufstand

1953 stellte sich die FDGB-Führung gegen die freiheitlichen Arbeiter.
... Die Wahlen zu den Organen des FDGB stehen völlig unter dem Einfluß der SED, da kein Kandidat gegen deren Willen aufgestellt werden kann. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Kollektiv" in der SBZ (x009/219): >>Im Parteijargon eine Gruppe, die durch ein gemeinsames, sozialistisches Bewußtsein geeint ist und gemeinsam arbeitet und handelt.
Eine wesentliche Aufgabe des Kollektivs ist die gesellschaftliche Erziehung, die Erziehung im Kollektiv durch das Kollektiv, um das gemeinsame Bewußtsein immer mehr anwachsen zu lassen unter Auslöschung jeder individuellen Regung. ...
Auch Betriebsbelegschaften sind Kollektive, weiter rechnen Brigaden, Zirkel u.a. dazu. Anlern-Kollektive und Lern-Kollektive werden zur gemeinsamen Lösung von Schulaufgaben in wachsendem Umfang gebildet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Brigade" in der SBZ (x009/82): >>Parteijargon für ein aus mehreren Arbeitern bestehendes Kollektiv, das nach produktionstechnischen Gesichtspunkten zusammengefaßt ist.
Meist fällt die Brigade mit der Gewerkschaftsgruppe zusammen. Der Begriff stammt aus der Sowjetunion.
Leiter der Brigade ist der Brigadier. Seine Funktion ist, die Brigade zu möglichst hohen Arbeitsleistungen anzutreiben. Um ihm dazu einen besonderen Anreiz zu geben, bezieht er prozentuale Aufschläge zu seinem Lohn.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsdisziplin" in der SBZ (x009/28-29): >>Das Wirtschaftssystem und die Arbeitspolitik der SBZ verlangen die bedingungslose Unterwerfung von Arbeitern und Angestellten unter die Befehle der Wirtschaftsfunktionäre.
Schon 1947 wurde deshalb durch den Befehl Nr. 234 für die Betriebe eine Musterdisziplinordnung geschaffen, die der Werkleitung eine autonome Disziplinargewalt übertrug.
Nach §§ 106-111 des Arbeitsgesetzbuches liegt die Disziplinargewalt in den VEB beim Betriebsleiter der Konfliktkommission und wird gemäß den betrieblichen Arbeitsordnungen ausgeübt. Auch in der Verwaltung wird eine strenge Arbeitsdisziplin verlangt.
Die Disziplinarmaßnahmen des Arbeitsgesetzbuches sind: Verweis, strenger Verweis, fristlose Entlassung. Die besonderen Disziplinarordnungen kennen außerdem: Versetzung in eine minderbezahlte Stellung. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Arbeitsmoral" in der SBZ (x009/32): >>Die SED fordert eine "neue Einstellung zur Arbeit", die sich angeblich von der unter dem Kapitalismus herrschenden dadurch unterscheidet, daß jeder freiwillig seine Arbeit so gut, in so großer Menge und so pünktlich wie möglich leistet, weil dies im eigenen Interesse liege. ...
Die sozialistische Arbeitsmoral soll das Kernstück des sozialistischen Lebens sein, das die Menschen mit sozialistischem Bewußtsein führen. Die Einheit von Arbeit, Leben und Lernen auf dieser Grundlage soll durch die Brigaden der sozialistischen Arbeit verwirklicht werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Leistungsprinzip" in der SBZ (x009/260): >>Nach dem Leistungsprinzip soll die Entlohnung ausschließlich nach der Leistung erfolgen.
§ 39 des Arbeitsgesetzbuches bestimmt: "Für die Arbeit und den Lohn der Werktätigen gilt das sozialistische Grundprinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Der Arbeitslohn wird nach dem ökonomischen Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung festgesetzt."
Das Leistungsprinzip ist damit der wichtigste Grundsatz der Arbeitspolitik zur Erhöhung der

Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Ihm entspricht vor allem das Lohnsystem.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktivistenbewegung" in der SBZ (x009/19-20): >>Die angeblich freiwilligen, in Wahrheit von SED und FDGB gelenkten gemeinsamen Bemühungen von Aktivisten (Arbeiter, dessen Leistungen für andere vorbildlich sind) zur Erzielung bestimmter wirtschaftlicher Erfolge, vor allem zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten und zur Verbesserung der Qualität der Produktion.

Die Mittel hierzu sind vor allem angeblich neue Arbeitsmethoden. Eine Aktivistenbewegung wird jeweils eingeleitet durch die besondere Leistung eines einzelnen, eines sog. Neuerers, selten einer Gruppe. Für diese Leistung werden vorher besonders günstige Bedingungen geschaffen. Diese meist einmalige Leistung wird stets einer neuen Arbeitsmethode zugeschrieben und mit großem Propagandaaufwand zum Vorbild gemacht, dem nachzueifern innerhalb von sozialistischen Wettbewerben oder im Rahmen von Selbstverpflichtungen die Pflicht aller ist.

Die Aktivistenbewegung nahm in der Sowjetunion ihren Ausgang mit der Leistung des Bergarbeiters Stachanow, in der SBZ mit der von Hennecke. Ihm folgten zahlreiche andere nach. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den sozialistischen "Wettbewerb" in der SBZ (x009/483-484): >>§ 15 des Arbeitsgesetzbuches bezeichnet den Sozialistischen Wettbewerb als die umfassendste Form der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Teilnahme am Sozialistischen Wettbewerb sei für jeden Werktätigen "Ehrensache". Der Sozialistische Wettbewerb ist sowjetischen Ursprungs. ... In der SBZ wurden 1950 nach Erlaß des Gesetzes der Arbeit die ersten sozialistischen Wettbewerbe durchgeführt.

"Ziele des Sozialistischen Wettbewerbs sind die Beschleunigung des Tempos der sozialistischen Produktion, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne. Er organisiert die Werktätigen zum Kampf um die Einführung fortgeschrittener Arbeitsnormen in der Produktion und für die Erfüllung neuer fortgeschrittener Arbeitsnormen".

Der Sozialistische Wettbewerb wird durchgeführt von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Abteilung zu Abteilung. Wettbewerbe von Betrieben gleicher Produktion und von Verwaltungen werden zu Leistungsvergleichen ausgestaltet, bei denen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe insgesamt oder von Dienststellen verglichen wird.

Die Träger des Wettbewerbs sind die Aktivisten und Neuerer. Hieraus ergibt sich ein enger Zusammenhang mit der Aktivistenbewegung.

Am Sozialistischen Wettbewerb sollen sich alle Betriebsangehörigen beteiligen. Er wird vom FDGB organisiert.

Die Verpflichtung zum Sozialistischen Wettbewerb wird meist in Gestalt der Selbstverpflichtung eingegangen.

Den Siegern im Sozialistischen Wettbewerb winken materielle Vorteile und Auszeichnungen.

Die Folge von Sozialistischen Wettbewerben ist sehr oft die Erhöhung der Arbeitsnormen.

Die Sozialistischen Wettbewerbe führen zu einer ständigen Überbeanspruchung der Arbeiterschaft. Wettbewerbe werden auch in der Verwaltung und der Justiz durchgeführt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auszeichnungen" in der SBZ (x009/49): >>Zur Würdigung besonderer Verdienste im Sinne der SED wurden zahlreiche Auszeichnungen geschaffen.

Es gibt folgende Gruppen von staatlichen Auszeichnungen: Orden, Preise, Medaillen, Ehrentitel und Wanderfahnen. Die Stiftung ist Sache des Staatsrats und des Ministerrates. Jedoch

können die örtlichen Organe der Staatsmacht für ihren Bereich Preise und Wanderfahnen stiften. Auch die Massenorganisationen verleihen Auszeichnungen, so der FDGB die Fritz-Heckert-Medaille, die FDJ die Arthur-Becker-Medaille ...
Auszeichnungen können verliehen werden an Einzelpersonen und Kollektive ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit sowie an Betriebe, Institutionen und gesellschaftliche Organisationen und Teile dieser Einrichtungen, wenn sie eine organisatorische Einheit bilden. Einzelheiten und Verleihung regeln Ordnungen über die Verleihung. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Held der Arbeit" in der SBZ (x009/178): >>Ehrentitel, der alljährlich am 13.10. an Werktätige verliehen wird, "die durch Beharrlichkeit und Mut hervorragende Einzelleistungen erreichen, die für die Gesamtheit von Bedeutung sind, eine wesentliche Hebung der Arbeitsproduktivität bewirken und für die Allgemeinheit Vorbild und Zielsetzung sind".<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Produktionspropaganda" in der SBZ (x009/340-341): >>... Produktionspropaganda gilt als eine der vielfältigsten und wichtigsten Aufgaben der kulturellen Massenarbeit und schließt Wandzeitungsarbeit, Betriebsfunk, Sichtagitation, Veranstaltungen mit Lichtbildern und Lehrfilmen sowie Vorträge zu Problemen der Produktion, zu wissenschaftlichen Fragen und allgemeinbildenden Themen mit ein.
Vor allem soll Produktionspropaganda die Erfolge der Wissenschaft im kommunistischen Lager und die Leistungen der Sowjetwissenschaft in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen darstellen, um zu verhindern, daß die technische Entwicklung im kapitalistischen Lager überschätzt wird.
Zweck der Produktionspropaganda ist, "Menschen zu Arbeitstaten für den Sozialismus zu beflügeln und ihnen damit das Grundrecht der Menschheit zu geben, nämlich die Freiheit zur fortschrittlichen Veränderung der Gesellschaft" (Horst Sindermann im "Neuen Deutschland" vom 7.2.1961).
Die Produktionspropaganda hat vielfältige Formen angenommen, besonders seit Verkündung des Siebenjahrplanes 1959. "Siebenmeilenstiefel-, Stafetten- und Kompaßbewegung" sowie "Siebenstufenraketen" sind die verbreitetsten, die zur Übererfüllung des jährlichen Planes und des Siebenjahrplanes antreiben sollen. ...<<

21.04.1950

DDR: Durch das Gesetz vom 21. April 1950 werden der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

26.04.1950

DDR: In Waldheim beginnen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse".
Bis Juli 1950 werden 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilt man zum Tod. 146 Personen erhalten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte müssen für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte werden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhalten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte spricht man frei (x126/218).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben (Generalprävention).
"Die Verhandlungen vor breitester Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden" (Max Fechner in: "Neue Justiz" ...). ...
Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.
An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem

Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.
Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochenschau-Berichte hergestellt. ...<<
Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtet später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er – ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre – die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.
Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.
Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.
Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.
Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.
Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögenseinziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...
Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop (der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand), wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18 Jahren Zuchthaus gefällt werden.
Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übergesiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären – bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...
Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.
Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann ha-

ben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<

27.04.1950

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 27. April 1950 (x095/103-104): >>... Unter Brüning, der gegenüber dem Ausland immer sehr "brav" war, hat man Deutschland nichts gegeben.

Dem Verbrecher Hitler hat man in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft fast alles gegeben, was er wollte.

Diese Erfahrung ist natürlich auch nicht dazu angetan, gegenüber den Alliierten zu vorsichtig zu sein.

Als die Saarfrage unlängst hier so viel Erregung hervorgerufen hat, ist von manchen Leuten gesagt worden, Frankreich habe Hitler 1935 die Saar zurückgegeben, dem demokratischen Deutschland nimmt es sie ab. ...<<

April 1950

USA: S. K. Hornbeck (Leiter der Fern-Ost-Unterabteilung im State Department) berichtet im April 1950 über die US-Verpflichtungen gegenüber Formosa - heute Taiwan - (x128/342): >>Wir haben vor 22 Jahren die nationalchinesische Regierung ... anerkannt; diese Regierung existiert noch heute, und wir erkennen sie auch noch an. Diese Regierung hat genau wie wir der totalitären Aggression Japans Widerstand entgegengesetzt ... (und) leistet wie wir der kommunistischen totalitären Aggression Widerstand.

In dem Konflikt zwischen Demokratie und Totalitarismus, in dem wir uns unausweichlich gegen unseren Willen befinden, kann es uns nichts nützen, wenn diese Regierung verschwinden würde.<<

01.05.1950

BRD: Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

03.05.1950

Frankreich: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) schlägt am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wird (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit (der) deutschen (Industrie) ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

04.05.1950

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

05.05.1950

UdSSR: Die Sowjetunion kündigt am 5. Mai 1950 die Entlassung von 17.538 deutschen Kriegsgefangenen an.

Mehr als 13.000 deutsche Gefangene bleiben weiterhin in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert (x126/240).

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Kreml-Mitteilung vom 5. Mai

1950 (x130/354): >>... Am 5. Mai 1950 veröffentlicht der Kreml eine Mitteilung, in der es hieß, daß die letzte Gruppe der Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeführt worden sei: "Damit ist die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland abgeschlossen".
Aber auch nach diesem Datum, dem Mai 1950, hielt die Sowjetunion noch ein halbes Hunderttausend deutscher Soldaten zurück – nur daß sie diese Männer nun nicht mehr als Kriegsgefangene bezeichnete, sondern als Kriegsverbrecher. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über das Schicksal der letzten deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/358): >>Man schrieb Revisionsgesuche und Begnadigungsgesuche an sämtliche in Frage kommenden Minister und Spitzen des Staates. Es kam sogar vor, daß von beispielsweise zehn Anklagepunkten fünf aufgehoben wurden; an der Strafe änderte sich nichts.
Um so größer waren Erstaunen und Verwirrung, als nur wenige Monate nach der Verurteilungsaktion ungefähr ein Drittel der eben Verurteilten im Frühjahr 1950 repatriiert wurde, während der Rest in der Hauptsache zu etwa gleichen Teilen im Herbst 1953 und um die Jahreswende 1955/56 folgte. ...<<

07.05.1950

BRD: Bundeskanzler Adenauer schreibt am 7. Mai 1950 in einer Denkschrift über den geplanten Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat (x243/177): >>... (Die Bundesrepublik kann dem Europarat nur als "assoziiertes Mitglied" beitreten, da) sie noch nicht die souveränen Befugnisse besitzt. ...
Daß der Kriegszustand ... noch nicht aufgehoben wurde und daß die Besatzungsmächte ... der Bundesrepublik die ihr zustehenden Rechte nur stückweise zurück ... geben, ist bedauerlich.
Nach Ansicht der Besatzungsmächte ist aber gerade der Eintritt in den Europarat ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Befreiung der Bundesrepublik von ihren Bindungen. ...<<

08.05.1950

DDR: Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über dieses Ereignis (x009/67): >>Der Geburtshelfer und Hüter des kommunistischen Regimes in der SBZ waren und sind die sowjetischen Besatzungstruppen - viel mehr als in Polen, Ungarn und anderen Satellitenstaaten.
Die SED gibt die Abhängigkeit ihrer Herrschaft von den sowjetischen Besatzungstruppen offen zu; denn sie begeht seit 1950 den 8. Mai unter dem Titel "Tag der Befreiung" als staatlichen Feiertag.<<

09.05.1950

Frankreich: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) stellt am 9. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...
Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.
Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.
Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwi-

schen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.<<

17.05.1950

DDR: Die Volljährigkeit der DDR-Bürger wird am 17. Mai 1950 per Gesetz auf 18 Jahre herabgesetzt, damit die jungen Leute "gleichberechtigt am Aufbau der DDR teilnehmen können".

06.06.1950

Polen: Im sog. Görlitzer Abkommen erklären Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtet später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen (Diskontinuitätstheorie oder Zwei-Staaten-Theorie). Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

09.06.1950

BRD: Die Bundesregierung erklärt am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht besitzt, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt.

Die Bundesrepublik hat aber ebenso eindeutig jede Revision der deutsch-polnischen Grenze durch Gewalt für indiskutabel erklärt. Die polnische Regierung reagiert auf jede Diskussion der Grenzfrage äußerst empfindlich; die Frage der deutschen Ostgrenze ist zu einer Kernfrage einer Friedensregelung mit Deutschland geworden.<<

13.06.1950

BRD: Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärt am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes

zu treiben.
Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

16.06.1950

DDR: Das Informationsamt der SED-Regierung berichtet am 16. Juni 1950 über die "Waldheim-Prozesse" des Landgerichts Chemnitz gegen 3.324 ehemals in sowjetischen Lagern internierte deutsche Kriegsverbrecher (x126/214): >>In den Verhandlungen entrollt sich vor den Zuhörern ein Bild unsäglicher Grausamkeit, Folterungen und bestialischer Mordtaten, die von den Angeklagten an deutschen Antifaschisten, an Juden und an der Bevölkerung in den von den deutschen Faschisten zeitweise besetzten Gebieten Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Frankreichs usw. begangen wurden. ...
Indem die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik diese Verbrecher, die den Namen Deutschlands in der ganzen Welt geschändet und namenloses Unglück über unser Volk gebracht haben, den harten und gerechten Strafen zuführen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands und zur Festigung des Friedens. ...<<

23.06.1950

DDR: Im Vertrag vom 23. Juni 1950 behaupten die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei, "daß es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und keine offenen Fragen gibt" (x009/50).
Die DDR und die Tschechoslowakei verzichten damals gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklären die Vertreibung der Sudetendeutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig (x009/511).

25.06.1950

BRD: Bei Bad Harzburg, in unmittelbarer Nähe der DDR-Grenze, wird am 25. Juni 1950 vor 20.000 Vertriebenen das "Kreuz des deutschen Ostens" eingeweiht.

Korea: Das kommunistisch geführte Nordkorea überfällt am 25. Juni 1950 den südlichen Nachbarstaat Südkorea.
Nordkorea erhält zunächst Waffenhilfe (sog. "Freiwillige") aus China.
Südkorea wird später durch die USA und UN-Streitkräfte unterstützt. Der später von US-General MacArthur geforderte Einsatz von Atombomben (gegen Nordkorea) wird von Präsident Truman abgelehnt. Dieser 3jährige Krieg wird allein in Südkorea etwa 1,0 Millionen Tote und Verwundete fordern (x073/237).
Während des Korea-Krieges ereignen sich wegen des Aufnahmeantrags Chinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heftige Debatten im Weltsicherheitsrat.
General MacArthur schreibt später, wie er damals einen totalen Sieg in Korea erringen wollte (x299/161): >>... Die Mandschurei "sollte mit einem Gürtel von 30-50 Atombomben belegt werden. ... Nach der Ausschaltung der feindlichen Luftstreitkräfte wollte ich 500.000 nationalchinesische Soldaten Tschiang Kai-scheks einsetzen. ..."
Frage: Wodurch sollte verhindert werden, daß weitere chinesische Truppen in Korea eindrangen?
Antwort: "... Ein Strahlungsgürtel, der sich vom Japanischen Meer erstrecken und von unseren südwärts ziehenden Marineinfanterieeinheiten mit radioaktivem Kobalt angelegt werden sollte, ... hätte für mindestens 60 Jahre Korea von einer von Norden her auf dem Landwege erfolgenden Invasion sicher gemacht."<<

06.07.1950

DDR: Das SED-Regime schließt am 6. Juli 1950 ein Abkommen mit Polen.
Es handelt sich um einen Vertrag über technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie um ein Grenzabkommen (Oder-Neiße-Linie). Die Oder wird zur "Friedens- und

Freundschaftsgrenze" erklärt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x009/314): >>... Im Abkommen der DDR mit der Republik Polen vom 6.7.1950 wird die Oder-Neiße-Linie als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" bezeichnet und damit der Versuch unternommen, die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich festzulegen.
Jede kritische Äußerung von Bewohnern der SBZ über die Oder-Neiße-Linie wird als Kriegshetze strafrechtlich verfolgt.<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Oder-Neiße-Linie" (x051/427): >>Oder-Neiße-Linie, im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 (Kapitel IX) festgelegte Demarkationslinie zwischen den abgetrennten deutschen Ostgebieten und dem restlichen Deutschland, die bis zur endgültigen völkerrechtlichen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland die Westgrenze Polens bilden sollte.
Die Oder-Neiße-Linie wurde von Stalin mit der unzutreffenden Behauptung durchgesetzt, das Gebiet östlich der Oder sei bereits von allen Deutschen geräumt; die gleichzeitig getroffene Vereinbarung, daß die Überführung noch in Polen verbliebener deutscher Bevölkerungsteile "in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll" (Kapitel XIII), wurde bei der Vertreibung von rund 5,6 Millionen Deutschen 1945/46 vielfach gröblich verletzt.
Die Oder-Neiße-Linie verläuft "von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (d.h. Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze".
Die Regierung der DDR hat die Oder-Neiße-Linie am 6.7.50 durch das Görlitzer Abkommen ohne Friedensvorbehalt als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" anerkannt.
Formell hielten die Bundesregierung und die Regierung der drei Westmächte bis in die späten 60er Jahre an ihrer Ablehnung fest, der endgültigen Grenzregelung bei einem Friedensvertrag vorzugreifen, obgleich führende westliche Staatsmänner kaum einen Zweifel an der völkerrechtlichen Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie ließen.
Schließlich hat die Bundesregierung im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12.8.70 (Artikel 3), deutsch-polnischen Vertrag vom 7.12.70 (Artikel I) und in der Schlußakte von Helsinki 1975 die Unverletzlichkeit der bestehenden polnischen Westgrenze bekräftigte, ohne damit freilich ihren Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung durch eine gesamtdeutsche Regierung aufgegeben zu haben.<<

09.07.1950

BRD: Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhält die neue Partei "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) am 9. Juli 1950 auf Anhieb 23,4 % der Stimmen.
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den Wahlerfolg der neuen Vertriebenenpartei "BHE" (x024/230): >>...
Der große Erfolg des "Bundes der Heimatlosen und Entrechteten" (BHE), der neuen Flüchtlingspartei, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte wie ein Schock gewirkt. Man befürchtete eine radikale parteipolitische Entwicklung der Vertriebenen.
So schrieb die "Neuer Zürcher Zeitung": "Die Verzweiflung der Vertriebenen ist nicht zu beschreiben."
Sie habe sich nur deshalb noch nie in Verzweiflungsakten geäußert, weil sie gepaart sei mit Apathie, die aus Hoffnungslosigkeit geboren sei. Ruhe und Ordnung seien jedoch nur unter einer dünnen Decke gewahrt, die jederzeit brechen könne.
Ein Teil der Vertriebenen war in der Tat dabei, die Geduld zu verlieren und aus Enttäuschung über die Haltung der bisherigen Parteien die eigene Sache im BHE voranzutreiben – nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die überwiegende Zahl der Vertriebenen noch immer in Notunterkünften und Lagern hauste, über ein Drittel der Arbeitsfähigen ohne Arbeit war,

ein Drittel berufsfremd oder als Hilfsarbeiter unter der gewohnten sozialen Stellung arbeitete. ...<<

14.07.1950

BRD: Der Deutsche Bundestag (mit Ausnahme der KPD-Fraktion) stellt am 14. Juli 1950 die Nichtigkeit des Prager Abkommens zwischen der DDR und der Tschechoslowakei fest und erhebt Einspruch (x155/127): >>... gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei.<<

20.07.1950

Polen: Der Regierungspräsident der Republik beschließt am 20. Juli 1950 ein Gesetz über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber Staatsbürgern, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklären (x003/494): >>Mit Rücksicht auf den Arbeitsanteil der Mehrheit der Staatsbürger, die unter dem Druck der hitleristischen Okkupanten ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklärt hatten, am Wiederaufbau des Landes, und im Hinblick auf die Stärkung und Festigung der Volksmacht sowie auf ihre Erfolge auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, ist der Gesetzgebende Sejm zum 6. Jahrestag der Wiedergeburt Polens überzeugt, daß die Voraussetzungen zur Aufhebung der gegenüber diesen Staatsbürgern bisher bestehenden Sanktionen und Beschränkungen in der Ausübung der vollen Bürgerrechte erfüllt sind.

Aus diesem Grunde wir folgendes verordnet:

Art. 1. 1. Gegenüber den polnischen Staatsbürgern, die während des Krieges zwischen dem 1. September 1939 und dem 9. Mai 1949 ihre Zugehörigkeit zur deutschen bzw. einer anderen vom Okkupanten bevorzugten Nationalität oder ihre Deutschstämmigkeit erklärt hatten, wird kein Verfahren eröffnet und ein bereits eröffnetes Verfahren niedergeschlagen.

2. Strafen, die für die in Absatz 1 bezeichneten Handlungen ausgesprochen wurden und im ganzen oder teilweise noch nicht verbüßt sind, sowie der vom Gericht ausgesprochene Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte werden erlassen.

Art. 2. Die Vorschriften des Art. 1 werden nicht auf Personen angewandt, die eines der im Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind sowie für Verräter des polnischen Volkes genannten Delikte begangen haben. ...<<

Die nationale Ausschließungspolitik des polnischen Staates, die schon längst einen rein kommunistischen Tenor besitzt, wird mit dem Gesetz vom 20.07.1950 formell abgeschlossen (x001/129E).

Dieses Gesetz zieht außerdem einen Schlußstrich unter die bisherigen Strafgesetze über "Volksverrat" und annulliert noch bestehende Rechtsbeschränkungen oder noch nicht abgebüßte Strafen (x003/VII).

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber "deutschen Staatsbürgern" in den schlesischen Gebieten (x294/98-99): >>... 1950 wurden dann einerseits die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Überreste der sozialen und arbeitsrechtlichen Diskriminierung abgeschafft. Andererseits wurde jenem Rest der Bewohner, der sich noch immer gegen die Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit sträubte, der Personalausweis aufgezwungen. Etwa 80.000 Oberschlesier bestanden trotz Einschüchterung und drohender Benachteiligung darauf, in ihren Ausweis die Nationalität mit "deutsch" einzutragen.

... Einen bestimmten Makel, der in einem Polizeisystem stets den Eintrag in die Personalakte zur Folge hat, wurden sie freilich nicht los: Sie hatten überdurchschnittlich viele Verwandte im westlichen Ausland, genauer genommen in dem feindlichen "Westdeutschland" und standen damit unter einer Art Generalverdacht, weniger verläßlich als andere volkspolnische Bür-

ger zu sein.<<

26.07.1950

Polen: Der Ministerrat beschließt am 26. Juli 1950 eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber Staatsbürgern, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklärt hatten (x003/495-496): >>... § 6. 1. Die Urteile über die Vermögenseinziehung, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen wurden, bleiben in Kraft.

2. Die Aufhebung der Beschlagnahme, der Überwachung oder Zwangsverwaltung eines Vermögens kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß das Vermögen zu Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes sich noch im Besitz des Eigentümers befand.

§ 7. 1. Die Kosten des niedergeschlagenen Verfahrens trägt der Staat.

2. Gleichzeitig mit dem Erlaß der Freiheitsstrafen und der Aufhebung des Verlustes der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte werden die bisher nicht beigetriebenen Verfahrenskosten niedergeschlagen. ...<<

Juli 1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet im Juli 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110-113): >>... Wer behauptet, daß in unseren Breiten im "fortschrittlichen" 20. Jahrhundert der Handel mit Menschen verboten sei, muß sich irren. Denn ich habe heute mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen verschachert wurden. Allerdings nicht gegen bares Geld, das von einer schmutzigen Hand in die andere wandert, sondern ich erlebte die wertmäßige Abschätzung der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und doch zunächst die manchmal überhohe Barriere der sog. Ländervertreter überspringen müssen. ...

Männer, vor allem junge Männer, die arbeiten können oder noch im Besitz ihrer Kräfte sind, haben kaum Schwierigkeiten, von einem Land die "Einreisegenehmigung" zu erhalten. Aber wenn es dann bereits um Familien geht, die ja mehr Wohnraum beanspruchen, oder wenn kein verdienendes Familienmitglied mehr vorhanden ist, sondern es sich vielleicht um alte Leute oder um Schwache oder Kranke handelt - um Arbeitsunfähige also - dann geht das Feilschen und Handeln los.

Dann beginnt der Krieg gegen die Menschen, die vor den Barrieren der Vertreter stehen. Dann fängt der Kampf mit den Behörden an. Denn jedes Land möchte sich vor diesem Flüchtlingsansturm schützen, so wenig wie möglich Leute aufnehmen und die öffentlichen Kassen in Form von Unterstützungen mancherlei Art nicht noch mehr belasten.

Und dann stehen in dieser jämmerlichen Wellblechbaracke die eingeschüchterten, seelisch und körperlich mitgenommenen, unsicheren, bangenden, hoffenden, oft genug aber verzweifelten Menschen, die aus dem Osten unseres Vaterlandes oder aus anderen Gebieten Europas und auch aus Übersee hierher getrieben wurden ...

Männer, auch mit Familien, die Berufe haben wie Schlosser, Klempner oder andere Handwerker, sind besser dran. Aber zum Beispiel die Geistesarbeiter – für die ist es viel schwerer, irgendwo unterzukommen.

Und wenn man sich dann wieder einmal über ein Häuflein Menschen, die zu einer Familie gehören, die nicht auseinander möchte, nicht einigen konnte, und der "Fall" zurückgestellt wurde, dann kommen die armen geplagten, gequälten und geprüften Leute zu mir, und ich soll ihnen helfen. Obwohl ich es nicht kann.

Aber ich spreche dann doch mit diesem und jenem, und dann gelingt es auch meistens, die Familie irgendwie auf eine Liste zu schmuggeln.

Ist es nicht scheußlich, in unserer Zeit einen offiziell nicht nur gestatteten, sondern sogar eingesetzten "Handelsbetrieb mit Menschen" täglich beobachten zu müssen und auch Hilfsdienste dafür zu leisten?

Als ich in der Baracke war, wurde gerade der Fall der Witwe S. mit ihren 2 Kindern, Flücht-

linge aus dem Osten, behandelt. Sie befand sich bereits über 3 Wochen im Lager, hatte alles in Bewegung gesetzt, um mit einem der Züge in die neue, immer noch so ferne und doch so nahe Heimat zu kommen und stand nun vor denen, die über ihr ferneres Schicksal entscheiden sollten.
Die Gesichter der Beamten ... verrieten nicht mit einer Miene, was sie dachten.
Niemand sagte ein Wort. Nicht Nordrhein-Westfalen. Nicht Hessen. Nicht Niedersachsen - keiner wollte die Frau und ihre 2 Kinder.
Mag es daran gelegen haben, daß die Mutter wie verzweifelt von einem zum anderen sah und ihr Blick durch Zufall auf dem niedersächsischen Vertreter hängen blieb. ...
Jedenfalls, nach einer eisigen, unheimlichen Stille, die jedermann als unwirklich empfand, sagte der Behördenvertreter Niedersachsens: "Ich übernehme Sie."
Den dankbaren Blick dieser Frau kann man nicht vergessen. Sie nahm ihre beiden Kinder wieder an die Hand, ging zur Barackentür, drehte sich noch einmal um und sagte dann: "Danke."
"Danke" - wofür eigentlich? ...
Es trafen 200 Heimkehrer aus albanischer Gefangenschaft ein. Über 500 ehemalige deutsche Soldaten sollen sich dort noch in Arbeitslagern befinden.
Wo noch in aller Welt mögen 5 Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten Deutsche hinter Stacheldraht festgehalten werden? ...<<

05.08.1950

BRD: Zur Erinnerung an das verhängnisvolle "Potsdamer Abkommen" veranstalten die deutschen Vertriebenen am 5. August 1950 zum ersten Mal im gesamten Bundesgebiet den "Tag der Heimat".
Während dieser ersten gemeinsamen Großkundgebung der Vertriebenenorganisationen verkündet man in Stuttgart vor etwa 150.000 Vertriebenen die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x161/15): >>Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgaben aller europäischen Völker haben wir, die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen, nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.
1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrhundert über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.
Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Welt. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.
Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.
Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:
1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.
Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.
Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.
Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.
Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x024/205): >>... Daß die Vertriebenen gegen alle ... Diskriminierungen nicht revoltierten, sondern Ruhe und Würde bewahrten, ist aus heutiger Sicht vielleicht damit zu erklären, daß sie durch ihr schlimmes Los so eingeschüchtert waren, daß sie nicht zu protestieren wagten.
Auch das Bewußtsein, daß die Deutschen den Krieg und seine Folgen selbst verantwortet hatten, mag zu der Einsicht verholfen haben – zumal auch keinerlei Machtmittel zur Verfügung standen -, auf Revanche für das an ihnen begangene Unrecht zu verzichten. Rache und Vergeltung waren nicht die Mittel, auf die die deutschen Vertriebenen zurückgreifen wollten.
Auch wenn diese Haltung erst 1950 offiziell in der "Charta der Heimatvertriebenen" verkündet wurde, war sie so doch schon lange vorher von den deutschen Vertriebenen praktiziert worden.<<

09.08.1950

DDR: Das SED-Regime erläßt am 9. August 1950 das "Gesetz zur Förderung des Handwerks", um drastische "Sozialisierungsmaßnahmen" durchzuführen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Handwerk" in der SBZ (x009/173-174): >>In der SBZ gelten als Handwerksbetriebe nur Betriebe bis zu 10 Beschäftigten, die handwerkliche Produktions-, Reparatur- und Dienstleistungen verrichten ...
Alle anderen Handwerksbetriebe wurden als Kleingewerbebetriebe in die Gewerberolle und damit in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer übergeführt und einer steuerlichen Mehrbelastung unterworfen.
Bis zum Erlaß des "Gesetzes zur Förderung des Handwerks" vom 9.8.1950 war das Handwerk noch nicht den umfassenden Sozialisierungsmaßnahmen ausgesetzt, da die SBZ nach der Enteignungswelle im industriellen Sektor auf die Initiative und das Leistungspotential des Handwerks zur Wiederbelebung der Konsumgüterversorgung angewiesen war.
Das Handwerk wurde aber durch Einbeziehung in das Vertragssystem an die VEW (Volkseigene Wirtschaft) gebunden und in seinen freien Dispositionen stark eingeengt. Gleichzeitig wurden Verordnungen über die Preisbildung im Handwerk erlassen. Die Bildung von Einkaufs- und Liefergenossenschaften zur wirksamen Kontrolle wurden gefördert. Die Genossenschaften erhalten staatliche Vergünstigungen und vorteilhaftere Kreditbedingungen. Fast sämtliche Handwerksbetriebe mußten sich den Genossenschaften anschließen, um Aufträge und Material zu erhalten.

Vor dem Krieg gab es auf dem Gebiet der SBZ 322.000 Handwerksbetriebe mit rund 980.000 Beschäftigten. ...
Für Mitte 1961 wurden 170.000 Handwerksbetriebe mit rund. 400.000 Beschäftigten angegeben.
Bereits vor dem "Neuen Kurs" wurde 1952 zur Gründung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) aufgerufen. Nach dem Juni-Aufstand sollte die Verordnung vom 18.8.1955 die Bildung von PGH durch Vergünstigungen fördern. In dem Musterstatut wurde betont, daß die Handwerker durch die gemeinschaftliche Nutzung von Maschinen und Werkzeugen rentabler arbeiten und sich durch den Abschuß langfristiger Verträge mit den VEB (Volkseigenen Betrieben) stetige Aufträge sichern könnten. ...
Die völlig unzureichende Versorgung mit lebensnotwendigsten Artikeln des täglichen Bedarfs sowie Reparaturen zwang das Regime, das Tempo der Sozialisierung des Handwerks zu bremsen. Man mißt dem Prinzip der "Freiwilligkeit" im Augenblick formal mehr Bedeutung bei.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Industrie- und Handelskammern" in der SBZ (x009/187-188): >>Schon seit 1946 nicht mehr Interessenvertretung der privaten Wirtschaft, sondern staatliches Organ zur Kontrolle der privaten Wirtschaft. ...
Die Industrie- und Handelskammer hat jetzt nur noch die Aufgabe, "die Inhaber der ihr angeschlossenen Betriebe für eine bewußte Minderheit beim Aufbau des Sozialismus zu gewinnen", insbesondere aber bei der Sozialisierung der Privatwirtschaft mitzuwirken. ...
Die Industrie- und Handelskammer wurde daneben beauftragt, neue Formen zur Überführung in den sozialistischen Sektor zu entwickeln. Weiterhin hat die Industrie- und Handelskammer die örtlichen Staatsorgane bei der Organisierung enger Kooperationsbeziehungen zwischen sozialistischen und Privatbetrieben zu unterstützen, für die Einhaltung von Planaufgaben zu sorgen, bei der Erfassung und Ausnutzung der inneren und örtlichen Reserven mitzuarbeiten und ... vorhandene Verbindungen zu verstärken und neue Verbindungen zu den Handelskammern und anderen wirtschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik herzustellen. Delegationen zu Auslandsmessen und zu Ausstellungen in die Bundesrepublik zur Pflege des Außenhandels und des Interzonenhandels zu entsenden.<<

10.08.1950

DDR: Das Ministerium der Justiz beschließt am 10. August 1950 die Rundverfügung Nr. 105/50.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Rundverfügung (x009/371): >>... Mit der Rundverfügung Nr. 105/50 des Ministeriums der Justiz vom 10.8.1950 wurde verlangt, daß die Richter mehr als bisher in ihren Entscheidungen den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechen.
In wichtigen Strafprozessen wird den Richtern seitens der SED, der Justizverwaltung, der Polizei oder des SSD vor der Verhandlung mitgeteilt, welche Strafe verhängt werden muß.<<

11.08.1950

Frankreich: Winston Churchill begründet vor dem Europarat in Straßburg am 11. August 1950 die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/78-80): >>... Ich bitte die Versammlung, unseren deutschen Freunden zu versichern, daß wir ihre Sicherheit und Freiheit ebenso heilig wie unsere eigene halten werden. ...
Es steht außer Zweifel, daß wir uns alle in großer Gefahr befinden. Die Freiheit der Zivilisation Westeuropas liegt im Schatten einer russisch-kommunistischen Aggression, hinter der enorme Rüstungen stehen.
Die sowjetischen Streitkräfte in Europa sind denen der westlichen Union, gemessen an stehenden Divisionen, Flugzeugen und Panzerfahrzeugen, mindestens sechs- oder siebenfach

überlegen. Dies sind furchtbare Tatsachen. ...
Die Gefahr ist selbstverständlich nicht neu. Sie lag in der Tatsache begründet, daß die freien Demokratien des Westens nach dem Kriege ihre Streitkräfte entwaffneten und auflösten, während die Diktatur im Kreml riesige Armeen aufrechterhielt und sich auf jede Weise anstrengte, diese neu auszurüsten.
Vor 2 Jahren wurde der Westunion-Pakt unterzeichnet und eine Reihe von Ausschüssen errichtet, die, wie M. Renaud und andere sich ausdrücken, ununterbrochen geredet haben. ...
In Wirklichkeit jedoch ist, abgesehen von der Errichtung eines amerikanischen Bomberstützpunktes in England, nichts getan worden, um unsere Völker wirksam davor zu schützen, von den russischen kommunistischen Armeen mit ihren Massen von Panzern und Flugzeugen unterjocht oder zerstört zu werden.
Ich selbst und andere habe jede nur mögliche Warnung ausgesprochen. Aber, wie in der Vergangenheit, sind sie auf taube Ohren gefallen oder wurden dazu benutzt, die falsche Anschuldigung der Kriegshetzerei zu stützen.
Nunmehr haben jedoch plötzlich der Blitzschlag in Korea und der auf ihn folgende umsichgreifende Brand die gesamte freie Welt zu einer durchdringenden und aufrüttelnden Erkenntnis der Gefahr gebracht, in welcher sie schwebt.
Viele Maßnahmen werden jetzt vorgeschlagen, die, wenn sie vor 2 Jahren getroffen worden wären, bis heute mindestens einige Früchte getragen haben würden. Was heute vorgeschlagen wird und vor 2 Jahren hätte getan werden sollen, könnte gut halbwegs unseren Bedürfnissen entsprechen.
Ich zweifle nicht daran, daß die tiefere Erkenntnis der tödlichen Gefahr, in der wir uns befinden, in uns jenen Trieb der Selbsterhaltung wachrufen wird, der die Grundlage menschlichen Daseins ist. ...
M. André Philip erklärte am Dienstag, daß "Frankreich nicht den Wunsch hätte, noch einmal befreit zu werden". Nach einer Zeit russisch-kommunistischer Besetzung würde es, wie M. Renaud betont hat, nicht viel zu befreien geben. Die systematische Liquidierung aller kommunistenfeindlichen Elemente würde wenig übriglassen, was von den Rettern oder Überlebenden wiedererkannt werden könnte.
Wir in dieser Versammlung besitzen keine Verantwortung und keine Exekutivgewalt. Aber wir sind verpflichtet, zu warnen und zu raten. In der kürzestmöglichen Zeit muß eine echte Verteidigungsfront in Europa geschaffen werden. Großbritannien und die Vereinigten Staaten müssen starke Verbände nach dem Kontinent entsenden.
Frankreich muß seine berühmte Armee wiedererstehen lassen, unsere italienischen Kameraden willkommen heißen. Alle – Griechenland, die Türkei, Holland, Belgien und Skandinavien - müssen ihren Anteil tragen. Mut und Einigkeit müssen uns beschwingen und die mächtigen Energien, die unseren Regierungen zur Verfügung stehen, auf solide und angemessene Verteidigungsmaßnahmen richten.
... Wir stehen noch unter dem Schutzschild der Atombombe, die allein die Vereinigten Staaten in achtunggebietender Menge besitzen. ...
Es gibt einen weiteren Grund, weshalb der allgemeine bewaffnete Ansturm des Kommunismus auf die westlichen Demokratien sich verzögern mag. Der sowjetische Diktator hat keinen Anlaß, mit der Art und Weise unzufrieden zu sein, wie sich die Dinge entwickelt haben. Seit Ende des Weltkrieges im Jahre 1945 haben sie die Kontrolle über halb Europa und ganz China gewonnen, ohne einen einzigen russischen Soldaten zu verlieren. Sie haben auf diese Weise ihrer eigenen ungeheuren Bevölkerung nahezu 500 Millionen Menschen hinzugefügt.
... Durch ein Schließen der Lücken in der Verteidigung der Westmächte in Europa werden wir die sichersten Mittel dafür finden, nicht nur unser Leben und unsere Freiheiten zu retten, sondern auch einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Wenn wir in der Lage sind, im Verlauf von ungefähr 2 Jahren ein verläßliches Verteidigungssystem gegen eine kommunistische Invasion zu schaffen, so werden wir zumindest die greifbarste Versuchung für jene beseitigt haben, die danach trachten, den freien Demokratien ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. ...<<

17.08.1950

DDR: In den Volkseigenen Betrieben (VEB) wird am 17. August 1950 eine zusätzliche Altersversorgung für die "Intelligenz" eingeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Altersversorgung" in der SBZ (x009/21): >>... Für die Angehörigen der technischen Intelligenz in den VEB ist durch Verordnung vom 17.8.1950 eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt worden, die durch eine Versorgungsversicherung bei der Deutschen Versicherungsanstalt gewährleistet wird.

Die Beiträge für diese Versicherung sind von den VEB aufzubringen. Zum Kreise der Versorgungsberechtigten gehören Ingenieure, Konstrukteure, Architekten sowie Personen, die auf Grund eines Einzelvertrages Anspruch auf die Altersversorgung haben. ...

Durch die Schaffung der zusätzlichen Altersversorgung für die Intelligenz will das Sowjetzonenregime die Abwanderung von Kräften verhindern, die ihm entweder für die Steigerung der Produktion oder für die Wahrung eines gewissen Kulturniveaus wichtig erscheinen. Außerdem hat das Regime es in der Hand, mit der zusätzlichen Altersversorgung verdiente Funktionäre zu belohnen. Das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht wird so gefördert.<<

BRD: Bundeskanzler Adenauer erklärt am 17. August 1950 in einem Presseinterview (x243/-178): >>... Die Ereignisse in Korea (lassen befürchten), daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ...

Wir müssen die Notwenigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen. ... (Diese) muß stark genug sein, um jede mögliche, den Vorgängen in Korea ähnelnde Aggression der Sowjetzonen-Volkspolizei abzuwehren. ...<<

Die Alliierte Hohe Kommission löst am 17. August 1950 die I. G. Farbenindustrie AG in Frankfurt/Main auf.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "I. G. Farbenindustrie AG" (x051/275): >>I. G. Farbenindustrie AG (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main), am 9.12.25 durch Fusion der größten deutschen Chemieunternehmen (BASF, Bayer, Hoechst, Agfa u.a.) gegründeter Chemiekonzern.

Bis Ende 32 Ziel heftiger Angriffe seitens der NSDAP wegen hoher jüdischer Beteiligung (sechs Direktoren waren Juden), entwickelte sich die I. G. Farben vom Vorkämpfer des freien Welthandels zum Anwalt deutscher Autarkie.

Die mit finanzieller Unterstützung des Staates ("Benzin-Vertrag" vom 14.12.33) eingeleitete Entwicklung großtechnischer Verfahren zur Kohleverflüssigung sowie die synthetische Kautschukherstellung sicherten die Führungsrolle der I. G. Farben bei den industriellen Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans und führten zur personellen Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Staat (u.a. war I. G.-Direktor Krauch zugleich "Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung"). Mit Hilfe der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bürokratie plünderte der Konzern im Krieg die Chemieindustrien der besetzten Länder.

Den Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit zwischen der I. G. Farben, deren Tochterfirma DEGESCH das Giftgas Zyklon B herstellte, und den Nationalsozialisten mit dem Bau einer gigantischen Anlage zur Produktion von synthetischem Gummi und Öl in Auschwitz; dabei kamen 25.000 Zwangsarbeiter ums Leben.

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozeß wurden 13 leitende Angestellte am 29./30.7.48 u.a. wegen "Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen" zu Haft-

strafen zwischen 18 Monaten und sechs Jahren verurteilt.
Durch Gesetz Nr. 35 verfügte die Alliierte Hohe Kommission (17.8.50) die Entflechtung des I. G.-Vermögens in der Bundesrepublik; die bekanntesten Nachfolgeunternehmen sind: BASF, Bayer und Hoechst.<<

18.08.1950

DDR: Otto Nuschke (1883-1957, 1945 Mitbegründer der CDU/Ost, 1949-1957 stellvertretender Ministerpräsident) kritisiert am 18. August 1950 in einem vertraulichen Schreiben an Otto Grotewohl und Justizminister Fechner die rücksichtlose Prozeßführung und die überwiegend willkürlichen Urteile während der Waldheimer Prozesse (x126/220-221): >>... Nach der Aufhebung der Interniertenlager durch die SKK wurden ca. 3.900 Internierte den deutschen Behörden zur weiteren Behandlung überantwortet.
Es war klar, daß eine Aburteilung in diesen Massen durch deutsche Gerichte in kürzester Zeit ordnungsgemäß nicht durchzuführen war. Ich hatte darum seinerzeit im Ministerrat angeregt, diese Häftlinge zu überprüfen und nach Absprache mit der Besatzungsmacht alle diejenigen zu entlassen, auf die etwa der gleiche Tatbestand zutraf, wie bei den von der Besatzungsmacht entlassenen 15.000 Häftlingen. ...
... Die Urteile erwecken in ihrem Strafmaß einen uniformen Eindruck und stehen in der Höhe des Strafmaßes zu gleichgelagerten Fällen, die früher auf Grund des (SMAD)-Befehls 201 vor Gerichten der DDR zur Aburteilung gelangten. Es ist selbstverständlich, daß ich nicht etwa gegen die Urteile Stellung nehme, in denen Kriegs- und Naziverbrecher in Waldheim ihre gerechte Strafe erhalten haben. ....
... Es besteht die Gefahr, daß durch die in Waldheim von Volksrichtern gefällten Urteile, das Ansehen der Institution des Volksrichters schwer beeinträchtigt wird. ...
Vielleicht hat die Erwägung bei den Gerichten vorgewaltet, daß die Tribunale der Besatzungsmacht gleichfalls harte Urteile gefällt haben, und daß man befürchtete, daß ein geringeres Strafmaß als Kritik jener Urteile empfunden werden könne. ...
Es erscheint nötig, besonders auch im Hinblick auf die Volkswahlen vom 15. Oktober, den Komplex Waldheim einer Überprüfung zu unterziehen.
Ich schlage deshalb vor, daß der Ministerrat einen Prüfungsausschuß einsetzt, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter und sonstige Personen vernimmt und bestimmte Richtlinien erarbeitet, die geeignet sind, die erregte Öffentlichkeit zu beruhigen.<<

22.08.1950

BRD: Das Bundesnotaufnahmegesetz tritt am 22. August 1950 in Kraft.
Flüchtlinge, die die SBZ wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen verlassen, erhalten danach in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.

29.08.1950

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. August 1950 ein Sicherheitsmemorandum für den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy.
Konrad Adenauer berichtet später über dieses Sicherheitsmemorandum (x156/87): >>... Ich wies in dem Memorandum darauf hin, daß die Entwicklung im Fernen Osten innerhalb der deutschen Bevölkerung Unruhe und Unsicherheit ausgelöst habe. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, sei in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwanken begriffen und habe zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.
Der ganze Ernst der Situation ergebe sich aus der Betrachtung der in der Sowjetzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort in beschleunigtem Aufbau befindlichen Volkspolizei.

Als Gegenkräfte stünden in Westdeutschland den sehr starken Truppeneinheiten in Ostdeutschland, die ich im einzelnen aufführte, je 2 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber.
Die Bundesrepublik besitze, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absehe, keine Abwehreinheiten. In der britischen Zone gebe es eine Polizei, die auf kommunaler Basis organisiert, jedoch weder einheitlich ausgebildet noch einheitlich ausgerüstet sei und auch nicht über angemessene Waffen verfüge.
Für einen Einsatz gegen einen Angriff der Volkspolizei der Sowjetzone seien die Polizeikräfte der Bundesrepublik völlig unzureichend, da sie, zahlenmäßig schwach, weder über eine entsprechende Waffenausbildung noch über eine Ausbildung in geschlossenem Einsatz verfügten. Sie seien auch nicht in der Lage, einen wirksamen Schutz an der Sowjetzonengrenze zu bilden, die in ihrer außenordentlichen Länge besondere Anforderungen stelle.
Die Verteidigung des Bundes nach außen liege in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Ich hätte wiederholt um Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuere diese Bitten hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa allein könne der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte demonstrieren, daß Westdeutschland im Ernstfall auch wirklich verteidigt werde.
Ich habe in dem Memorandum ferner unsere Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingentes zu leisten. ...<<

02.09.1950

BRD: Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erläutert am 2. September 1950 im "Rheinischen Merkur" die Lage der Vertriebenen (x155/25-27): >>... Das deutsche Volk ist durch die Invasion der Flüchtlingsmassen vor eine Aufgabe gestellt worden, die seine Leistungsfähigkeit übersteigt, und wir wissen um die Leistung, die es vollbracht hat und müssen dankbar dafür sein.
Und wenn ich im Anschluß an diese Worte zum Ausdruck gebracht habe, daß allerdings sehr viel mehr hätte getan werden müssen, und daß Besatzungsmächte, Regierungen, Parlamente und Parteien sich die Verantwortung für diese Unterlassung teilen, so glaube ich damit etwas gesagt zu haben, dessen Richtigkeit von niemandem bestritten wird.
... Ich habe das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein als bedeutsamen politischen Vorgang registriert, als ein Zeichen für die große Unzufriedenheit der Vertriebenen mit der bisherigen Behandlung des Problems ... (Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Jahre 1950 hatte der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - als neue Partei auf Anhieb 23,4 % der Stimmen erhalten). ...
... Ich habe damit als Vorsitzender eines nach Millionen zählenden Verbandes erneut, wie schon oft, in Wort und Schrift davor gewarnt, daß die Vertriebenen sich politisch absondern, wenn nicht mehr für sie getan wird. Die Absonderung ist gekommen, aber doch nicht, weil ich davor gewarnt habe, sondern weil nicht genug getan wurde. ...
Es ist etwas anderes, ob man 5 Jahre lang in unerträglichen Verhältnissen vergeblich auf sein Recht oder wenigstens auf soziale Gerechtigkeit wartet oder auch nur 5 Jahre lang mit aller Kraft darauf hinarbeitet, die Dinge zu bessern, und zwar ohne nennenswerten Erfolg, oder ob man die Situation mit den Augen eines Beobachters betrachtet. ... Dann sieht man die Dinge anders als die Vertriebenen, die Jahr um Jahr jede Unterlassung, jede Zurücksetzung und jedes Unrecht am eigenen Leibe gespürt und registriert haben. Die ganze Zeit haben sie schöne Worte und Versprechungen in Fülle zu hören bekommen, und deshalb sind sie heute damit nicht mehr zufriedenzustellen.
... Wir haben bewußt davon abgesehen, die gespannte und gefährliche Situation mit "neuem Zündstoff" anzureichern. Diese Haltung schließt allerdings nicht die Absicht oder auch nur die

Möglichkeit ein, offenbares Unrecht und offensichtliche Mißstände totzuschweigen.
Ich glaube auch nicht, daß wir der Gefahr erlegen sind, die Lage allzu einseitig zu sehen und zu beurteilen. Die Arbeit für die Vertriebenen besteht in dem Kampf gegen Unrecht und Not. Außer der wiederholt gestreiften Beamtenfrage nenne ich das Problem der Ostkonten und Sparguthaben, den übergroßen Anteil an der Arbeitslosigkeit, die unzulängliche wohnungsmäßige Unterbringung, den erschreckend geringen Anteil unserer Jugend an dem Besuch der Universitäten und höheren Schulen, die Not unserer Bauern und Landwirte, den Mangel an Krediten bei den Gewerbetreibenden und die verzweifelte Situation der Alten und Erwerbsunfähigen, die bisher vergeblich auf eine Entschädigung ihrer Vermögensverluste warten.
Dem gegenüber steht die Wirtschaftslage des gesamten deutschen Volkes, in dem die Vertriebenen, wie wir sehr wohl wissen, kein Monopol auf Not und Elend haben.
Es kann also bei unserer Arbeit wirklich nur um das gehen, was im "Rahmen des Möglichen" liegt. Aber diese Möglichkeiten müssen auch bis zum letzten ausgeschöpft werden, wenn wir zu einer wahren inneren Befriedigung kommen wollen. Damit ist schon gesagt, daß jeder Einsatz für das Vertriebenenproblem Arbeit zum Wohle des ganzen Volkes ist. ...
Man sollte unsere Stimme nicht weiter überhören, man sollte unseren Organisationen nicht mit Mißtrauen begegnen, sie nicht bekämpfen, sondern sie mit aller Kraft stützen und fördern. ...<<

07.09.1950

Rumänien: Das neue rumänische Wahlgesetz vom 7. September 1950 schließt die ehemaligen Volksgruppenmitglieder nicht mehr vom Wahlrecht aus.
Ehemalige Großgrundbesitzer, ehemalige Bankherren, ehemalige Großkaufleute und enteignete Groß- und Mittelbauern dürfen jedoch weiterhin nicht wählen (x007/102E-103E).

12.09.1950

BRD: Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, werden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.

13.09.1950

BRD: Während der Volkszählung vom 13. September 1950 registriert man 3.004.400 vertriebene Sudetendeutsche (x004/135): Bundesrepublik Deutschland (1.912.000), West-Berlin (5.800), Saargebiet (600), Sowjetische Besatzungszone (914.000), Ost-Berlin (2.000), Österreich (140.000) und in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern (30.000).

20.09.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/113): >>20. September 1950. Friedland besteht heute 5 Jahre. 1.759.875 Menschen "durchliefen" das Lager.
119.000 Kriegsgefangene gingen von Westen nach Osten. Aus dem Osten kamen 412.000 Heimkehrer, Frauen und Männer. 41.000 illegale Grenzgänger wurden registriert. 874 Jugendliche, die kein Elternhaus mehr hatten, wurden in Jugendheime eingewiesen. Mit der "Operation Link" kamen bisher 16.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten ostwärts der Oder/Neiße. ...<<

23.09.1950

BRD: Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) referiert am 23. September 1950 über die geplanten Wahlen in der DDR (x155/-27-28): >>Der Deutsche Bundestag hat am 14.9.1950 nach einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers die ostzonalen "Wahlen" vom 15. Oktober für nichtig erklärt. ...
In der Erklärung, die vom gesamten Hause, die KPD ausgenommen, gebilligt wurde, heißt es u.a.: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unterschiedlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener und Verschleppter, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland

und gegen die Menschlichkeit.
Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln." ...
Die Heimatvertriebenen sind vor allen anderen deutschen Volksgruppen gefeit gegen die Gefahr der Ansteckung mit dem doktrinären Gift scheinsozialer, volksdemokratisch frisierter Moskauer Heilslehren.
Sie haben die "Segnungen" dieser Lehren und die Gesinnung ihrer Bekenner in der Zeit der Austreibung, die sie vorwiegend den Moskauer Initiatoren zu verdanken haben, gründlich kennengelernt. Sie wissen, was sie diesen "Heilsaposteln" und ihren ostzonalen Statthaltern, die es jetzt zu bestätigen gilt, zu danken haben: den Verlust der Heimat, des Eigentums und des Lebens von Millionen teurer Angehöriger!
... Die westdeutschen Heimatvertriebenen denken im Hinblick auf die am 15. Oktober geplante geistige Vergewaltigung mit tiefem Mitgefühl besonders an die Millionen heimatvertriebenen Mitbrüder in der Ostzone. Sie wissen aus Schilderungen der Ostzonenflüchtlinge, daß deren Lage unvergleichlich schlimmer ist als die ihre. Sie wissen, daß die Lage der Heimatvertriebenen in der Ostzone trostlos ist, weil diese nicht wie sie selbst im Westen die Möglichkeit haben, eine Änderung oder Verbesserung ihres Schicksals mit demokratischen Mitteln zu erstreben und zu erwirken. ...<<

04.10.1950

DDR: Angehörige der Sekte "Zeugen Jehovas" werden am 4. Oktober 1950 durch das Oberste Gericht wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zeugen Jehovas" in der SBZ (x009/499-500): >>Sekte, die in der SBZ im August 1950 durch den Minister des Innern, Dr. Steinhoff, verboten wurde.
Zur Begründung führte Steinhoff an, daß die Sekte "illegales Schriftenmaterial" verbreite, "systematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel einer religiösen Veranstaltung" treibe und dem Spionagedienst einer imperialistischen Macht dienstbar sei.
Einen Tag vor Erlaß des Verbotes waren bereits die ersten Verhaftungen von Angehörigen der Sekte erfolgt. Diese wurden am 4.10.1950 durch das Oberste Gericht verurteilt, das 2mal 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Zuchthaus verhängte. Seitdem wurden 2.175 Mitglieder der Sekte wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Boykott-, Kriegs- und Mordhetze" in der SBZ (x009/80): >>Begriffe des Parteijargons aus Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."
Obwohl dieser Verfassungsartikel keinen Strafrahmen enthält, ist er vom Obersten Gericht zum unmittelbar anwendbaren Strafgesetz erklärt worden: Die in dem Artikel "selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen sind ... dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen. Dieses droht für Verbrechen als Strafe an: Todesstrafe, lebenslängliche Zuchthausstrafe und zeitliche Zuchthausstrafe. Alle diese Strafen finden für Verstöße gegen den Artikel 6 der Verfassung je nach Schwere der Tat Anwendung." (Urteil des Obersten Gerichts gegen leitende Persönlichkeiten der Sekte "Zeugen Jehovas" vom 4.10.1950. ... Mit dieser Begründung wurden aus Artikel 6 ständig schwerste Strafen bis zur Todesstrafe verhängt.

Die Grenze zwischen Vorbereitungshandlung, Versuch und Vollendung wurde immer mehr aufgehoben; Unterlassungen wurden dem aktiven Handeln gleichgesetzt.
Nach üblicher Gesetzesauslegung stellte z.B. das Verbringen einiger Exemplare einer West-Berliner Zeitung in die SBZ "Kriegs- und Mordhetze" dar, weil diese Tageszeitungen "in jeder ihrer Ausgaben zum Kriege und zum Mord an demokratischen Politikern hetzt" (Urteil des Landgerichts Potsdam gegen den 17jährigen Graef: 2 Jahre Zuchthaus).
Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung wurden auch die als Spionage bezeichneten Handlungen bestraft. Um die weite Fassung des Art. 6 aufzulösen und in einzelne Tatbestände zu konkretisieren, wurde von der Volkskammer am 11.12.57 das Strafergänzungsgesetz erlassen, das nunmehr die Tatbestände für die Staatsverbrechen formuliert. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Spionage" in der SBZ (x009/410): >>Eine Strafbestimmung, durch die Spionage für strafbar erklärt wird, gab es in der SBZ bis zum 1.2.1958 nicht.
Dennoch erfolgten viele Verurteilungen sogenannter "Spione und Agenten" auf Grundlage des Art 6 der Verfassung wegen Boykotthetze. Unter Spionage verstand das Oberste Gerichte die Übermittlung jeder wahren oder falschen Nachricht aus "allen Gebieten des öffentlichen Lebens, allen Einrichtungen nicht nur des Staates, sondern auch der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen und der in ihnen tätigen Menschen", auch über "die persönlichen Verhältnisse der Staatsbürger, die Produktion, den Transport und das Kulturleben" ("Neue Justiz" 1952, S.276).
Mit § 14 StEG wurde ein selbständiger Spionagetatbestand geschaffen: "Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der DDR geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter und Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden." In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus erkannt werden.
Weitere Tatbestände des StEG stellen das "Sammeln von Nachrichten" und die Verbindung zu verbrecherischen Organisationen und Dienststellen" unter Gefängnis und Zuchthausstrafe. Nach Meinung des Obersten Gerichts wird durch Angaben des Flüchtlings "über die Stimmung der Belegschaft, das Verhältnis zwischen Arbeitern und leitenden Funktionären, den Besuch von Versammlungen usw." der Straftatbestand der "Sammlung von Nachrichten" im Sinne von § 15 StEG erfüllt (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 176).<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Terrorismus" in der SBZ (x009/437): >>Parteijargon, als "staatsgefährdende Gewaltakte" in § 17 StEG und als "Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht" in § 18 StEG 2 Tatbestände der Staatsverbrechen.
Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten wird bestraft, "wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern", und "wer es unternimmt, mit Gewalt die gesetzmäßige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern".<<

08.10.1950

Frankreich: Der französische Hochkommissar Francois-Poncet (1887-1978) erklärt am 8. Oktober 1950 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>Ein deutsches Kontingent, selbst wenn es einer zehnmal stärkeren Europa-Armee eingegliedert ist, ist eine schwer zu schluckende Tatsache für diejenigen, für die die Zerschlagung einer deutschen Militärmacht

oberstes Ziel war, für das Millionen ihr Leben opferten. ...<<

15.10.1950

DDR: Die versprochenen freien Volkskammer-Wahlen finden am 15. Oktober 1950 nicht statt.

Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernimmt später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist ("höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung).

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar.

... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

BRD: Der Deutsche Bundestag schlägt am 15. Oktober 1950 die Beendigung der allgemeinen Entnazifizierung in Westdeutschland vor.

21.10.1950

DDR: Ein SED-Mitarbeiter beantwortet im Namen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 21. Oktober 1950 schriftlich ein kritisches Schreiben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke vom 18. August 1950 (x126/223): >>... Mit der Durchführung der Gerichtsverhandlungen (in Waldheim) waren Volksrichter beauftragt, die bereits in mehrjähriger praktischer Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt unter Beweis gestellt haben, daß sie die demokratische Gesetzlichkeit richtig anzuwenden verstehen. ...

Der Vorschlag, einen Prüfungsausschuß durch den Ministerrat einzusetzen, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter sowie die geschäftsführenden Angestellten vernehmen soll, muß als verfassungswidrig abgelehnt werden. Bekanntlich heißt es im Artikel 127 der Verfassung: "Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen." ...

Gegen die Verfassung oder gegen die Gesetze ist vom Landgericht Chemnitz oder von einem Richter nicht verstoßen worden, so daß eine Nachprüfung der erfolgten Rechtsprechung in der vorgeschlagenen Form unmöglich ist.<<

26.10.1950

DDR: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 26. Oktober 1950 (x009/320): >>Aufgabe der "Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED" in Ost-Berlin ist es: "Parteiarbeiter des neuen, des bolschewistischen Typs" herauszubilden. ...<<.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteihochschulen" in der SBZ (x009/320): >>... Teilnehmer werden durch die Bezirksleitungen ausgewählt und theoretisch und personell durch Sonderkommissionen des ZK und der Partei überprüft.

Die Zulassung jedes Funktionärs ist vom Beschluß des Sekretariats des ZK abhängig, das auch die letzte Entscheidung über den Einsatz der Hochschüler hat. Wichtigste Gesichtspunkte der Auswahl sind: proletarische Herkunft, Anerkennung der "führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU", Bewährung in der praktischen Parteiarbeit, Besuch einer Kreis- und Landes- bzw. Bezirksparteischule mit gutem Erfolg. ...<<

27.10.1950

DDR: Das ZK der SED beschließt am 27. Oktober 1950 im Rahmen von sog. "Säuberungen" die Überprüfung aller Parteimitglieder und den "Umtausch der Parteidokumente".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>Seit Lenin 1921 erstmals für die KPdSU eine generelle Überprüfung der Mitglieder auf soziale und politische Herkunft, parteimäßiges Verhalten und Qualitäten anordnete, sind Säuberungen bzw. die sog. Parteiüberprüfungen Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Parteilinie gegen alle oppositionellen Mitglieder und Gruppen, zur hektischen Aktivierung der gesamten Mitgliedschaft und, durch die Bestrafung von "Sündenböcken", Mittel, um den Unfehlbarkeitsanspruch der bolschewistischen Partei krampfhaft aufrechtzuerhalten.
Gleichzeitig benutzen die Parteiführer Säuberungen, um sich persönlicher Widersacher zu entledigen.
Eine besonders terroristische Variante erfuhren die Säuberungen in der Sowjetunion nach der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow am 1.12.1934. Von diesem Ereignis führte eine direkte Linie zu den Schauprozessen gegen ehemalige Partei-, Staats- und Armeeführer in der Sowjetunion.
Demgegenüber sind die Säuberungen in der SBZ - von wenigen Ausnahmen abgesehen - unblutig verlaufen. Kriterien der Säuberungen in der SED waren vor allem die Einstellung der Parteimitglieder und Funktionäre zur Sowjetunion und zum Titoismus, die Einstellung zu Walter Ulbricht und seinem Kurs sowie zu den Normen der "Partei neuen Typus". Dies schließt die Ablehnung aller demokratischen Gedanken, des sog. Sozialdemokratismus, des Revisionismus, des Nationalkommunismus wie auch aller nichtkommunistischen Wiedervereinigungskonzeptionen ein.
Die erste Säuberung in der SED wurde 1948/49 mit dem Ziel veranstaltet, "klassenfeindliche Elemente" und "antibolschewistische Gruppierungen" aus der Partei zu entfernen. Die erste große Säuberung in der Parteiführung erfolge im August 1950 mit dem Ausschluß der Funktionäre Merker, Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Ende und weiterer. ... Zwei Monate später beschloß das ZK eine Überprüfung aller Mitglieder in der Zeit vom 15.1 bis 30.6.1951. Nach offiziellen Angaben sind im Verlauf dieser Säuberungen 150.696 Personen aus der SED ausgeschlossen worden.
Im Laufe der nächsten 2 Jahre wurden u.a. folgende Funktionäre in speziellen und kollektiven Säuberungen abgesetzt, gerügt bzw. ausgeschlossen: Dahlem, Lohagen, Uschner, Lauter, Lena Fischer, Wilhelm Koenen.
Nach dem Juni-Aufstand wurden, zum Teil unter der Beschuldigung der "Fraktionsmacherei", Opfer von Säuberungen: Zaisser, Herrnstadt, Fechner, Jendretzky, Elli Schmidt, Weinberger und andere.
Eine neue Säuberungswelle richtete sich nach dem Ungarn-Aufstand gegen Anhänger des Revisionismus (Harich, Block); im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde im Oktober 1957 Paul Wandel seiner Funktionen enthoben. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kritik und Selbstkritik" in der SBZ (x009/238): >>... Kritik und Selbstkritik sind im Parteijargon zu wesentlichen Elementen der Parteikontrolle über den einzelnen und der revolutionären Wachsamkeit in den eigenen Reihen geworden.
Maßstab für Kritik und Selbstkritik ist demgemäß nicht die Vernunft, sondern das Parteidogma und die jeweils geltende Generallinie. Demzufolge darf Kritik immer nur an Auswüchsen des Systems, nie aber am System selbst geübt werden. Außerdem ist die Kritik "eingeplant".
Nicht planmäßige Kritik wird unterbunden und hat für den Kritisierenden gefährliche Folgen. Jede Kritik findet ihren Sinn erst durch die dazugehörende Selbstkritik.
Diese hat in einer möglichst schonungslosen und selbstentwürdigenden Bloßstellung zu erfolgen. Die Selbstkritik erfolgt meist öffentlich: in Versammlungen aufgrund von gesteuerten Angriffen aus der Zuhörerschaft, auf Parteischulen und auf Parteilehrgängen, wobei jeder Teilnehmer jede Phase auch seiner privaten Entwicklung darstellen und zur Diskussion stellen

muß.
Bei prominenten Personen wird die Kritik und Selbstkritik mit Vorliebe in der Presse geführt, mit dem Zweck, nicht nur den Betroffenen öffentlich zu diffamieren, sondern auch unter den anderen Funktionären eine permanente Angst- und Schreckenspsychose zu erzeugen.
Eine weitere Funktion der Kritik und Selbstkritik ist, für offensichtliche Mißerfolge einzelne Personen verantwortlich zu machen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime auf diese abzulenken.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Geständniserpressung" in der SBZ (x009/156): >>Die von seiten der Justiz der SBZ erstrebte generalpräventive und erzieherische Wirkung eines Strafverfahrens, insbesondere natürlich der politischen Strafsachen, erfordert ein Geständnis und nach Möglichkeit ein "Reuebekenntnis".
Mit allen Mitteln wird daher seitens des Staatssicherheitsdienstes versucht, den Beschuldigten zur Abgabe eines Geständnisses zu bringen. Bis etwa zum Jahre 1953 wurden durch die Untersuchungsorgane vielfach Foltermethoden angewendet, obwohl § 343 StGB für Aussage- und Geständniserpressung Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren androht.
Seitdem führt der SSD die erwünschten Geständnisse entweder durch ein "Dauerverhör" herbei oder dadurch, daß dem Beschuldigten Versprechungen für eine vorzeitige Haftentlassung gemacht werden. Häufig wurde auch beobachtet, daß das Versprechen, von Repressalien gegen Familienangehörige absehen zu wollen, genügte, um ein Geständnis zu erzielen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Dritten Weg" in der SBZ (x009/103): >>Mit dem Begriff Dritter Weg verbindet die sozialistische Opposition im Ostblock das Bekenntnis zum "demokratischen" oder auch "menschlichen Sozialismus".
Sozialistische Wirtschaftsformen sollen ihre Ergänzung finden durch echte Demokratie in Staat und Gesellschaft.
Diese Auffassung schließt sowohl die Ablehnung des Stalinismus und des nachstalinistischen Totalitarismus im Ostblock ein als auch die Ablehnung der kapitalistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen durch den Privatbesitz an Produktionsmitteln in sozialistischer Sicht weiterbesteht.
Der Dritte Weg wird als Alternative gegenüber dem Kapitalismus und dem entarteten Sozialismus verstanden. Seine Anhänger in der SBZ vertreten den Standpunkt, daß die Theorie des Dritten Weges die einzig mögliche programmatische Plattform für ein wiedervereinigtes Deutschland ist, das eine Synthese zwischen "sozialistischer Diktatur" und "kapitalistischer Demokratie" sein soll.
Die SED-Führung bekämpft sowohl die Anhänger der SPD in der Bundesrepublik und in der SBZ als auch die Anhänger des Revanchismus als Verfechter des Dritten Weges: "Die Politik der SPD, die Theorien vom Dritten Weg und vom demokratischen Sozialismus sind im Grunde genommen nichts anderes als eine mehr oder weniger getarnte Unterstützung des Imperialismus und Militarismus" (Thesen des SED-Politbüros zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, Einheit, 9/1959, S. 1.262). ...<<

04.11.1950

DDR: In der Nacht zum 4. November 1950 werden die in Waldheim zum Tod Verurteilten hingerichtet. 24 Verurteilte sterben durch den Strang oder die Guillotine (x126/219).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kriegsverbrecherprozesse" in der SBZ (x009/236-237): >>Mit der Auflösung der sowjetischen Konzentrationslager in der SBZ wurde ein Teil der Internierten auf freien Fuß gesetzt, ein großer Teil in die Sowjetunion deportiert, etwa 3.500 Personen wurden der Zonen-Justiz zur Aburteilung übergeben.
Die Aburteilungen angeblicher Kriegs- und Naziverbrecher fanden in den Monaten April bis Juli 1950 in Waldheim/Sachsen durch 12 Große und 8 Kleine Strafkammern statt. Als Richter

amtierten besonders ausgewählte und linientreue SED-Volksrichter. Ebenso ausgesucht waren Staatsanwälte und sonstiges Personal.
Grundlage zur Verurteilung bildete in der Regel die Übersetzung eines in russischer Sprache abgefaßten Protokolls, das meist nicht ganz eine Seite füllte, und die angeblich von dem Beschuldigten begangenen Straftaten erwähnte. Im Ermittlungsverfahren wurden die Beschuldigten durch besonders geschulte Polizeikräfte noch einmal vernommen und mußten einen Lebenslauf und eine Vermögenserklärung abgeben. Auf diese Unterlagen stützte sich die Anklage der Staatsanwaltschaft.
Die Anklageschrift durfte von den Angeklagten durchgelesen, mußte dann wieder abgegeben werden. Verteidiger wurden nicht zugelassen, desgleichen keine Zeugen.
Am Schluß der gesamten Aktion, die unter Leitung von Dr. Hildegard Heinze und 4 anderen SED-Funktionären stand, wurden etwa 10 öffentliche Prozesse gegen Angeklagte durchgeführt, denen wirklich Straftaten vorgeworfen werden konnten. In allen anderen Verfahren in Waldheim war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.
Von 38 Todesurteilen wurden in der Nacht zum 4.11.1950 24 vollstreckt. Im übrigen wurden Strafen zwischen 6 Jahren Gefängnis und lebenslänglichem Zuchthaus verhängt.
Nach der Verurteilung erhielten die Angehörigen der Verurteilten nach teilweise über 5 Jahren das erste Lebenszeichen von den Inhaftierten.
Seitdem wurde es den Verurteilten gestattet, monatlich einen Brief von 15 Zeilen zu schreiben und zu empfangen sowie in längeren unregelmäßigen Abständen ein Lebensmittelpaket mit genau vorgeschriebenem Inhalt zu erhalten.
Im Herbst 1952 wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung der freien Welt, ein Teil der Verurteilten vor Ablauf der Strafzeit entlassen. Weitere vorzeitige Haftentlassungen erfolgten im Juli 1954 und 1956, so daß jetzt fast alle Waldheim-Verurteilten die Freiheit zurückerlangt haben.
Das West-Berliner Kammergericht hat in einem nach § 15 des "Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" durchgeführten Überprüfungsverfahren erkannt, daß die Waldheim-Urteile wegen der im Verfahren und bei der Urteilsfindung festzustellenden Rechtsverletzungen schlechthin als nichtig, also als Nicht-Urteile angesehen werden müssen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volksrichter" in der SBZ (x009/468): >>Begriff des Parteijargons.
Die Forderung nach einer umfassenden "Demokratisierung der Justiz" führte 1945 zu den ersten Volksrichter-Lehrgängen. Der Mangel der fehlenden akademisch-wissenschaftlichen Ausbildung sollte durch "große Lebenserfahrung" dieser neuen Richter ausgeglichen werden. Das Mindestalter betrug 23 Jahre. Das notwendige juristische Grundwissen sollte den Schülern während des Lehrganges beigebracht werden. Der erste Lehrgang dauerte 6 Monate, der zweite 8 Monate, die nächsten drei dann jeweils ein Jahr. ...
Seit 1956 wird auf eine gute fachliche Qualifizierung der Studenten an der Akademie und der früheren Absolventen der Volksrichter-Lehrgänge geachtet. Bis Ende 1960 mußten alle Volksrichter das Staatsexamen nachholen. Der Vorbereitung auf dieses Examen diente das Fernstudium.<<

08.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 8. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>8. November 1950. 105 Holländer, ehemalige freiwillige Soldaten der Waffen SS, kamen aus Rußland an. Sie wurden von holländischen Offizieren und einem holländischen Konsul in Empfang genommen. Einige weigern sich, in die Niederlande zurückzukehren. Sie fürchten Bestrafungen. ...<<

12.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 12. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>12. November 1950. Aus Italien trafen 21 Frauen, 15 Kinder und 11 Männer ein, die bisher in einem großen Internierungslager bei Rom festgehalten wurden. Die Deutschen beklagen sich über schlechte Behandlung und minderwertiges Essen. Dafür durften sie als Elendsstatisten in einem Film mitwirken, den der italienische Regisseur Rosselini drehte. ... Der Filmstar Ingrid Bergmann verschenkte Schokolade an die Kinder.

Auch Deutsche aus Spanien kamen zurück. Außerdem aus vielen Ländern des ganzen Erdballs.

Friedland nimmt sie alle auf.<<

15.11.1950

DDR: Grotewohl bestreitet am 15. November 1950 erneut, daß eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft geplant wird.

Berlin: Bundeskanzler Adenauer spricht am 15. November 1950 mit den 3 Hohen Kommissaren der westlichen Alliierten über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick schreibt später an das Foreign Office nach London (x020/87-88): >>Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen: Sämtliche Gespräche, die jemals mit den Deutschen, auf welcher Ebene auch immer, in dieser Frage geführt worden seien, erlaubten einfach keine gegenteilige Interpretation. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Josef Foschepoth schreibt später über die Haltung des Bundeskanzlers (x020/88-89): >>Der Kanzler zeigte sich von der Haltung der Besatzungsmächte äußerst überrascht und versuchte während des gesamten Gesprächs eine betont harte Haltung einzunehmen. Daß es hierbei jedoch auch wieder weniger um die Ostgebiete als um die Westverträge ging, wurde deutlich, als er betonte, daß ein Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße einen "außerordentlich ungünstigen Effekt auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde und jede Chance einer Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag zunichte machen würde". ...

Im weiteren Verlauf der Unterredung versuchte Adenauer erneut einen Zusammenhang zwischen dem geplanten westdeutschen Wehrbeitrag und dem Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete herzustellen. Unter Hinweis auf das soeben bei den EVG-Verhandlungen in Paris genannte Kontingent von 400.000 deutschen Soldaten im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft meinte der Kanzler, Deutschland würde nicht bereit sein, "diese zur Verfügung zu stellen, wenn die Alliierten zu verstehen gäben, daß sie sich für die Zukunft hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie völlige Handlungsfreiheit vorbehielten".

Dies war nun dem französischen Hochkommissar, Francois-Poncet, endgültig zu viel. Sollte das, was der Kanzler gerade gesagt hatte, in Frankreich publik werden, "dann würde die französische öffentliche Meinung mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es bei einem Beitrag zur europäischen Verteidigung das Ziel des Kanzlers sei, einen Revanche-Krieg zu führen, um die deutschen Ostgebiete zurückzuerobern.

Dies sei ganz und gar nicht unsere Idee" ... Vielmehr solle sich der Kanzler darüber im klaren sein, daß er eingeladen sei, nicht einen Beitrag zur Ostexpansion Europas, sondern zu seiner Verteidigung gegen unmittelbare russische Gefahr zu leisten".

Das Gespräch endete ohne konkretes Ergebnis.

Eine Woche später trafen sich jedoch die Außenminister der 3 Westmächte erneut mit Adenauer – diesmal auch in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik – in Paris

zu gemeinsamen Beratungen. Es war das erste Mal, daß die westdeutsche Seite als gleichberechtigter Partner auf dieser Ebene vertreten war.
In westlichen Delegationskreisen war man darauf gefaßt, mit einer harten Haltung Adenauers in der Oder-Neiße-Frage konfrontiert zu werden. Nichts dergleichen geschah.
Das, was vor einer Woche noch ein Herzensanliegen des deutschen Kanzlers gewesen zu sein schien, war nicht einmal wert, ausführlich auf der Außenministerkonferenz diskutiert zu werden, die sich immerhin ausschließlich mit der künftigen Rolle Deutschlands in Europa beschäftigte. ...<<
BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 15. November 1950 (x095/114-119):
>>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.
Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.
Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.
Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.
Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.
Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein.
Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirklich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.
Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...
Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...
... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.
Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Be-

satzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-15): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von Jürgen Elsässer

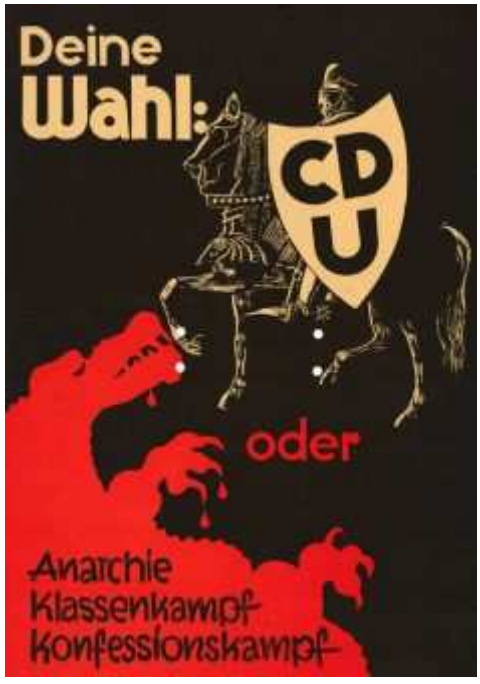
Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" tituliert, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt.

Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche

kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zo-

nengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.

Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deut-

schen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.
Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.
Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA.
Ausländer rein!
Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat.
Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."
1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie.
Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren", faßt ein Artikel in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Dezember 2006 zusammen.
Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.
Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern - die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: "Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken." Wieder intervenierten die Großkonzerne. "Damals", so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, "haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war". …<<
16.11.1950
DDR: Durch Verordnung vom 16. November 1950 geht der Strafvollzug auf das Ministerium des Innern über.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Damit trat der bisher im Strafvollzug vertretene Erziehungsgedanke völlig in den Hintergrund. Durch die Übertragung des Strafvollzugs auf die Polizei wurde angestrebt, die Arbeitskraft der Gefangenen in möglichst großem Umfange auszubeuten, so vor allem in

Haftarbeitslagern.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haftarbeitslager" in der SBZ (x009/169-170): >>Die Mehrzahl der Häftlinge, auch der politischen Gefangenen, ist in die Produktion der volkseigenen Wirtschaft eingegliedert.
Soweit diese Häftlinge nicht in volkseigenen Betrieben arbeiten, die in den Strafvollzugsanstalten Zweigbetriebe unterhalten, müssen sie in den zur Zeit 25 Haftarbeitslagern schwerste körperliche Arbeit verrichten.
Einige dieser Haftarbeitslager wurden für die Dauer großer Bauvorhaben errichtet. z.B. das Haftarbeitslager "Schwarze Pumpe" und das Haftarbeitslager "Klotzsche", das nach Fertigstellung der neuen Rollbahnen des Flugplatzes wieder aufgelöst wurde. Ständige Haftarbeitslager bestehen für die im Bergbau eingesetzten Häftlinge in den Steinkohlenrevieren Oelsnitz und Zwickau, in den Kalibergwerken Rossleben und Sollstedt sowie im Kupferbergwerk Volkstedt. In den Stahlwerken Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) und Unterwellenborn arbeiten die Häftlinge aus den gleichnamigen Haftarbeitslagern. 5 große Ziegeleien werden hauptsächlich von Häftlingen betrieben. ...
Bis 1957 konnten sich die Häftlinge durch hohe Arbeitsleistungen die Strafzeit bis auf ein Drittel verkürzen. Für sog. "Kurzstrafer", d.h. Häftlinge, die eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verbüßen, ist diese Vergünstigung seit dem Sommer 1958 völlig entfallen. Die anderen Gefangenen können seitdem trotz härtester Arbeit nur noch in besonders günstigen Ausnahmebedingungen einen wesentlichen Teil der Strafzeit "einarbeiten", weil die mehrmals erhöhten Arbeitsnormen kaum noch zu erfüllen sind. ...
Die - wenn auch geringe - Hoffnung, die Strafzeit zu verkürzen, sowie Strafen wegen Arbeitsverweigerung bei Nichterfüllung der Norm treiben die Häftlinge weiterhin zu äußerster Kraftanstrengung an. 75 % der Arbeitsvergütung werden für Unterkunft und die meist unzureichende Verpflegung einbehalten.
Der in Art. 137 der Verfassung niedergelegte Grundgedanke des Strafvollzugs, "Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit", ist in den Haftarbeitslagern längst durch die Ausbeutung der Häftlinge zugunsten der volkseigenen Wirtschaft ersetzt worden.
In den Haftarbeitslagern wird die gegen "arbeitsscheue Personen" ausgesprochene "Arbeitserziehung" vollstreckt.<<

17.11.1950

BRD: "Bild-Extra" berichtet am 17. November 1950 über den Prozeß gegen Rudolf Pleil (x305/11): >>**Der Massenmörder von der Zonengrenze**
"Erst hab' ich sie mit dem Hammer umgehauen, dann habe ich sie bearbeitet."
Lächelnd gesteht Rudolf Pleil im sogenannten "Braunschweiger Prozeß" zahlreiche Morde. Der Mann, der sich selbst als "Totmacher" bezeichnet, hat 1946/47 im Grenzgebiet zwischen Ost- und Westdeutschland mindestens 11 Flüchtlinge (meist) Frauen erschlagen und anschließend ausgeraubt.
Pleil selbst prahlt von 40 Morden, ist beleidigt als Ärzte und Richter ihm dies nicht glauben wollen. Zum Beweis, daß er "gut und schnell totmachen kann", nennt er Orte, an denen man weibliche Leichen findet. Pleil wird zu lebenslanger Haft verurteilt. ...<<
Der Massenmörder Pleil erhängt sich schließlich am 17. Februar 1958 in seiner Zelle.

26.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 26. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114-117): >>26. November 1950. Es gibt viele Kinder in Friedland, Kinder, die bisher das Leben nur in der Sicht irgendeines Lagers kennen. Kinder, die nicht deutsch sprechen. Kinder, die weder schreiben noch lesen können.
... Deshalb gründete Friedland einen Kindergarten und auch eine Lagerschule. ...
Für die größeren ist die Lagerschule eingerichtet worden. Der Lehrer hat es nicht leicht, denn

die da vor ihm sitzen, Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahr, haben die unterschiedlichste Schulbildung hinter sich, können oft kaum schreiben, noch schlechter lesen, manchmal auch überhaupt nicht deutsch. ...
Hier heißt es, ganz von vorn anfangen. Mit dem Nachsprechen von Worten der einfachen Umgangssprache beginnt es, dann kommen die Buchstaben an die Reihe ... und alle soll so ein 12jähriger, der noch nie eine deutsche Schule sah, nicht nur auswendig lernen, sondern auch schreiben können. Aber sie sind alle dabei, Bruno, Fritz und Günther, sie wollen deutsch lernen, denn, das haben ihnen die Eltern gesagt: Deutschland ist ihre Heimat. ...<<

22.12.1950

Frankreich: Die kommunistische Abgeordnete Marie-Claude Vaillant-Courtier (1912-1996, als Mitglied der französischen Widerstandsbewegung im Gefängnis und in deutschen Konzentrationslagern interniert) erklärt am 22. Dezember 1950 während einer Gerichtsverhandlung (x075/189): >>Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt.
Ich glaube, die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem alle Verurteilten, ganz gleich, ob aus strafrechtlichen oder politischen Gründen Verurteilte, ein Gehalt bekommen, das dem entspricht, was sie draußen bekämen, sie können kaufen, was sie draußen kaufen würden, ausgenommen alkoholische Getränke, was natürlich für diejenigen, die gerne trinken, unangenehm ist, und sie können sich von ihrem Gehalt ein Einzelzimmer mieten, wenn sie es wünschen, und sie haben die Möglichkeit, zu schreiben, Filme zu sehen und Musik zu machen. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Sympathisanten der kommunistischen bzw. stalinistischen Sowjetunion (x075/187): >>... Die Blindheit hat nichts spezifisch Französisches an sich. Auf der Liste der Besucher der Sowjetunion standen bedeutende Vertreter der englischen und amerikanischen Intelligenz, die begeistert zurückkehrten und Zeugnis ablegten von der Menschlichkeit des Regimes, und von seinen großen Erfolgen dank der revolutionären Begeisterung und des revolutionären Scharfblicks.
Bertrand Russell, Julian Huxley – der zukünftige erste Generalsekretär der UNESCO -, Owen Lattimore und sogar der amerikanische Vizepräsident Henry Wallace: Wie lächerlich und unehrenhaft wirken doch im nachhinein ihre Äußerungen! ...<<

24.12.1950

Jugoslawien: Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schreibt damals über den Heiligen Abend 1950 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>... Wir stellten Kerzen auf Tannenzweige oder kleine Bäumchen vor uns auf, die in Paketen geschickt worden waren. ...
Ich kam in Gedanken am Bahnhof in Eschwege an und ging den Weg vom Bahnhof zu unserem Haus. An all den Gebäuden, Plätzen und Bäumen vorbei, die mir seit meiner früher Jugend vertraut waren. ...<<

31.12.1950

Deutsches Reich: Größe in qkm (Stand: 1950), Bevölkerung (Stand: 1950)

Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile	Fläche in qkm Stand: 1950	Deutsche Bevölkerung Stand: 1950	Einwohner je qkm Stand: 1950
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	107.173	17.600.000	164
	355.897	**69.463.200**	**195**
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	101.448	.	.
	470.545	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

BRD: "Bild-Extra" berichtet am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>**13 Millionen suchen eine Heimat** ...

Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.

Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.

In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtsbunkern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.

Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" (rund 45 Mark). Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung leben am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117): >>31. Dezember 1950. Über 400 Deutsche aus China trafen überraschend zum Jahresende in Friedland ein. Es sind in der Mehrzahl Kaufleute, die seit vielen Jahren mit ihren Familien in China lebten und nun ausgewiesen wurden.

Sie haben alles verloren, besitzen nichts als den Anzug auf dem Leibe, das Kleid, den Mantel. Und doch habe ich kaum jemand gefunden, der mutlos war. Man wird sehen. Man wird von

vorn anfangen. Irgendwo in Deutschland. ... Keiner ließ sich gehen. So, als gehöre sich das nicht.<<

Polen: Die polnische Regierung annulliert am 31. Dezember 1950 das Dekret über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft vom 13. September 1946, das vorher den Rechtstitel für die Ausweisung der Volksdeutschen im alten polnischen Staatsgebiet (Grenze vor 1937) bildete (x003/VII).

1950

DDR: Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung beträgt im Jahre 1950 rund 25 % (Vergleich: BRD am 1.4.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rund 16,1 %).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Louis Fürnberg (1909-1957) verfaßt im Jahre 1950 das "Lied der Partei" (x846/...):

>>Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben,
Was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
Fror auch die Welt, uns war warm.
Uns schützt die Mutter der Massen,
Uns trägt ihr mächtiger Arm.

Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht …
Und Genossen es bleibe dabei,
Wer da kämpft für das Recht,
Der hat immer recht
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht,
Wer die Menschen verteidigt,
Hat immer recht.
So aus Lenin'schem Geist
Wird von Stalin geschweißt
Die Partei, die Partei, die Partei.

Sie hat uns niemals geschmeichelt.
Sank uns im Kampfe auch manchmal der Mut,
Hat sie uns leis nur gestreichelt:
"Zagt nicht!" und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
Wenn uns das Gute gelingt,
Wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden erzwingt?
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht …

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Sie sprach: "Meistert das Leben,

Vorwärts Genossen, packt an."
Hetzen Hyänen zum Kriege,
Bricht euer Bau ihre Macht.
Zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht!
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht …<<

BRD: Bundeskanzler Adenauer teilt den Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Jahre 1950 mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt werden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek (1885-1960, 1949-53 Minister für Vertriebene) beauftragt im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehren im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründen mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägt später vor allem die 68er Bewegung.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>**Die Psychoanalyse wird politisiert**

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.

Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903), Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand.

Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.

Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt.

Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autorität und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei Emigranten noch immer), daß das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschaftsideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den "faschistoiden" Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, daß auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlaß mehr sei. "Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis", formulierte Max Horkheimer.

"Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit" wäre nicht durch die Befreiung des Proletariats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, zu erreichen. In einem gewaltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehendes politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und großbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen.

Er habe die Kräfte des Unbewußten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten.

Was dem roten Frankfurt recht war, war dem roten Wien billig. Auch hier scheiterten die revolutionären Entwürfe, die in der Rathausmehrheit der einzigen sozialistischen Millionenstadt, deren Gemeindebauten, Schulreformen, Sportanlagen und Volksbildungseinrichtungen "eine Teilverwirklichung des Sozialismus im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft" gesehen hatten. Von der Wiener "Karl Marx Hof Mystik" legen die Gedichte Stephen Spenders ein lyrisches Zeugnis ab. Der Oberschicht suchte man mit einer "Hauspersonalabgabe" das Leben zu verdrießen, die mit einer progressiven Abgabeberechnung bei dem meistbetroffenen Haushalt die Summe von 316.555 Schilling pro Jahr erreichte.

Einer der heute führenden amerikanischen Soziologen, Paul F. Lazarsfeld, berichtete über seinen Wiener Werdegang: "Am Anfang der Zwanziger Jahre waren wir überzeugt, daß die Reformen der Gemeinde Wien auf sozial- und schulpolitischem Gebiet den Beginn einer neuen Zeit bedeuteten. Doch am Ende dieses Jahrzehnts war es schon klar, daß die Entwicklung eine

ganz andere und von unserem Standpunkt aus bedenkliche Richtung genommen hatte." Da hätte man begonnen, sich für alles zu interessieren, "was die Enttäuschung unserer Hoffnungen erklären konnte". Damals sei das Wort umgegangen, daß die heraufziehende Revolution Nationalökonomen gebraucht habe, daß die siegreiche Revolution sich auf Ingenieure stütze und die gescheiterte Revolution Sozialpsychologen hervorbringe.

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaares Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897) war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis "Marsch auf Rom" auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: "Nein, man sollte fleischfarben sein."

In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. Reich berief sich auf einen Artikel von Willi(am) Schlamm, der nach dem Saarplebiszit von 1935 geschrieben hatte:

"In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen."

Schlamms Standpunkt sei zwar steril, da er weder die Herkunft der Situation noch deren Änderung einbeziehe, aber Reich selbst habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß "die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, daß die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind." Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: "Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen." - "Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, daß es gegen seine Interessen handelt."

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entsprängen, die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Sadismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien.

Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur."

In diesem charakterologischen Sinn ist "Faschismus" die grundlegende emotionelle Haltung des Menschen in der autoritären Gesellschaft, die die Gesellschaft der Gegenwart überhaupt sei. Es sei daher widersinnig, den Faschismus aus dem deutschen oder japanischen Volkscharakter abzuleiten. Seine charakter-analytischen Erfahrungen hätten Reich gezeigt, "daß es heute nicht ein einziges Individuum gibt, das nicht Elemente faschistischen Fühlens und Wollens in sich trägt".

"Der Faschismus als politische Bewegung unterscheidet sich von anderen reaktionären Parteien dadurch, daß er von den Massen des Volkes unterstützt wird."

"Faschismus ist auf einer Religiosität aufgebaut, die aus einer sexuellen Perversion stammt; er ändert den masochistischen Charakter der alten patriarchalischen Religionen in eine sadistische Religion." ...
Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuums durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature."
Daher seien "metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien".
Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massen Hygiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<
Polen, Ostdeutschland: Bei der Volkszählung im Jahre 1950 werden 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35).
UdSSR: Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet im Jahre 1950 über einen "Pakettag" in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Stalingrad I (x130/361): >>Für die Gefangenen bedeuteten die Pakete die Rettung, das Überleben. Die Pakete wurden immer nur in Gegenwart eines Russen geöffnet, ausgepackt und auf verbotene Dinge – Waffen, Kompaß und Kassiber (schriftliche Nachrichten) – untersucht.
Zahnpasta-Tuben und Rasierklingen wurden uns nicht ausgehändigt.
Walnüsse wurden vom sowjetischen Offizier mit dem Hammer aufgeschlagen und nach Kassibern untersucht. So stand ich vor dem Tisch mit dem Paketinhalt, der Russe knackte Nüsse, ich schob mir den Nußkern in den Mund und wartete auf die nächste Nuß. Einmal wurde sich der russische Offizier plötzlich bewußt, wie seltsam und komisch die Szene war. Er nahm eine Handvoll Nüsse und warf sie mir lachend an den Kopf.
Leere Keksdosen verschenkten wir an Kinder, die wir auf dem Weg zur Arbeitsstelle trafen. Doch dies wurde uns verboten: Jeglicher Kontakt zur Zivilbevölkerung war streng untersagt. In den nächsten Tagen standen die Kinder wieder an unserem Weg. Sie bettelten: "Onkel Kriegsverbrecher, schenk uns eine Dose". …<<
Großbritannien: Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) ist im Jahre 1950 davon überzeugt, daß die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nicht mehr in ihre alte Heimat im Osten zurückkehren will (x020/90): >>Haß gegenüber Rußland und der Kommunismus ist unter diesen unglücklichen Menschen eine weitaus stärkere gefühlsmäßige Kraft als das Heimweh. ...<<
USA: Der republikanische Senator Joseph Raymond McCarthy (1908-1957) leitet ab 1950 die Untersuchung gegen "unamerikanische Umtriebe", die sich unter seiner Führung in den folgenden Jahren zu einer regelrechten Hetzjagd auf "kommunistische Staatsfeinde" entwickelt.
McCarthy berichtet später über seine "Untersuchungstätigkeit" (x149/127): >>Bei meinem Wort, ich habe keine Freude an dieser Aufgabe. Es ist eine schmutzige, unangenehme Arbeit, doch die Arbeit muß getan werden.
Als ich noch ein Junge war, und auf der Farm lebte, hielt meine Mutter Hühner. Der größte Feind der Hühner ist das Stinktier. Um die Hühner meiner Mutter zu schützen, mußten meine

drei Brüder und ich Stinktiere ausgraben und vernichten.
Es war eine schmutzige, schlechte, unerfreuliche und stinkende Arbeit. Und manchmal, wenn wir sie getan hatten, wollten die Leute in der Kirche nicht neben uns sitzen. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Heinar Kipphardt (1922-1982) schreibt später über die "Kommunistenjagd in Nordamerika" (x081/203): >>In den Jahren 1950 bis 1954 versetzte ein einziger Mann, der Senator Joseph McCarthy aus Wisconsin, die Vereinigten Staaten von Amerika in einen Zustand von Verfolgungswahn. Er benutzte seine Stellung im Senat, um die Behauptung zu verbreiten, die wichtigsten amerikanischen Behörden seien von Kommunisten unterwandert. Dabei ging er wie alle Demagogen von der Erfahrung aus, daß Lügen um so eher Glauben finden, je dicker sie aufgetragen werden.
So erklärte er zum Beispiel, er besitze eine Liste von 205 Kommunisten im amerikanischen Außenministerium. Später mußte er das dementieren, aber bis dahin hatte er genug Aufsehen erregt und Schrecken hervorgerufen.
Er war ein Meister des Falschspiels. Dem Senat gegenüber behauptete er einmal, er wolle jetzt etwas aus der Korrespondenz zwischen zwei führenden Beamten vorlesen. Als man verlangte, daß der Brief mit zum Protokoll gegeben würde, stellte sich heraus, daß es einen solchen Brief gar nicht gab, sondern daß der Senator diesen Brief frei erfunden und den Inhalt aus der Luft gegriffen hatte.
Alles in allem dauerte der Spuk, der als McCarthyismus in die amerikanische Geschichte einging, etwa 4 Jahre. Dann befaßte sich ein Senatsausschuß mit der Frage, ob das Verhalten des Senators McCarthy nicht zu tadeln sei, und dieser Tadelsantrag wurde von einer Mehrheit von 67 Senatoren angenommen; von da an war der Bann gebrochen und McCarthy ein erledigter Mann, der nicht mehr in der Lage war, irgend jemanden in Panik zu hetzen. ...<<
China: Mao Zedong (1893-1976, Präsident des Zentralrats der Volksregierung) läßt 1950/51 Tibet besetzen und leitet ab 1950 eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ein (Maoismus).

1951

> Die DDR soll ein neues Symbol in ihrer Staatsflagge bekommen: Eine Ziege und einen Stuhl. Wer meckert, muß sitzen.
> *Flüsterwitz in der DDR*

08.01.1951

Polen: Der Staatspräsident erläßt am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft (x003/497-500): >>... Kapitel I.
Polnische Staatsbürger.
Art. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann nicht gleichzeitig Bürger eines anderen Staates sein.
Art. 2. Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes sind polnische Staatsbürger Personen, welche:
1. die polnische Staatsbürgerschaft auf Grund der bisherigen Vorschriften besitzen,
2. als Repatrianten nach Volkspolen gekommen sind,
3. die Bestätigung ihrer polnischen Nationalität auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1946 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die in den Wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft sind, des Dekrets vom 22. Oktober 1947 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die im Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig wohnhaft sind, sowie anderer hierhergehörender bisher geltender Vorschriften erlangt haben.
Art. 3. Die zuständige Behörde kann als polnische Staatsbürger Personen anerkennen, die zwar die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels nicht erfüllen, jedoch mindestens seit dem 9. Mai 1945 in Polen wohnen, es sei denn, daß sie als Ausländer einer bestimmten

Staatsangehörigkeit nach Polen gekommen und in Polen als Ausländer behandelt worden sind.
Art. 4. Polnischer Staatsbürger ist nicht, wer zwar am 31. August 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besaß, jedoch ständig im Ausland wohnt und:
1. im Zusammenhang mit den Änderungen der polnischen Staatsgrenzen auf Grund eines internationalen Vertrags die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates erworben hat oder
2. russischer, weißrussischer, ukrainischer, litauischer, lettischer oder estnischer Nationalität ist oder
3. deutscher Nationalität ist, es sei denn, daß der Ehegatte dieser Person die polnische Staatsbürgerschaft besitzt und in Polen wohnt.
Art. 5. 1. Die Eheschließung eines polnischen Staatsbürgers mit einer Person, welche die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzt, hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft der Ehegatten zur Folge.
2. Die Änderung der Staatsbürgerschaft des einen Ehegatten hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft des anderen Ehegatten zur Folge.
Kapitel II.
Der Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft.
Art. 6. Ein Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn:
1. beide Eltern polnische Staatsbürger sind oder
2. der eine Elternteil polnischer Staatsbürger ist und der andere unbekannt oder seine Staatsangehörigkeit unbekannt oder unbestimmt ist.
Art. 7. Ein Kind, das in Polen geboren oder aufgefunden wurde, erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn beide Eltern unbekannt sind oder ihre Staatsbürgerschaft unbekannt und unbestimmt ist.
Art. 8. 1. Ein in Polen geborenes Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil polnischer Staatsbürger und der andere Angehöriger eines anderen Staates ist, es sei denn, daß beide Elternteile durch übereinstimmende Erklärung vor der zuständigen Behörde innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an für das Kind die Staatsangehörigkeit des fremden Staates wählen, dem der zweite Elternteil angehört, sofern nach dem Recht dieses Staates ein Erwerb der Staatsangehörigkeit auf diese Weise möglich ist.
2. Falls eine Einigung beider Elternteile nicht zustande kommt, kann jeder von ihnen innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an das Gericht um Entscheidung anrufen.
3. Ein Kind, das eine fremde Staatsangehörigkeit auf die in Abs. 1 und 2 vorgesehene Weise erworben hat, kann nach Vollendung des dreizehnten Lebensjahres durch eine entsprechende Erklärung vor der zuständigen Behörde die polnische Staatsbürgerschaft wählen. ...
Art. 10. 1. Einem Ausländer kann auf Ansuchen die polnische Staatsbürgerschaft verliehen werden.
2. Die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft kann davon abhängig gemacht werden, daß die Entlassung aus der fremden Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird.
3. Personen, die als Repatrianten auf die von zuständigen Behörden vorgeschriebene Weise nach Polen kommen, erwerben kraft Gesetzes die polnische Staatsbürgerschaft.
Kapitel III.
Der Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft.
Art. 11. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann eine fremde Staatsangehörigkeit nur erwerben, wenn ihm die polnischen Behörden die Genehmigung zur Änderung der Staatsbürgerschaft erteilt haben. ...
Art. 12. 1. Einem polnischen Staatsbürger, der sich im Ausland aufhält, kann die polnische Staatsbürgerschaft entzogen werden, wenn er:
1) die Treuepflicht gegenüber dem polnischen Staate verletzt hat,
2) den Lebensinteressen Volkspolens Schaden zugefügt hat,

3) das polnische Staatsgebiet nach dem 9. Mai 1945 illegal verlassen hat,
4) auf die Aufforderung der zuständigen Behörden hin die Rückkehr nach Polen ablehnt,
5) sich der Erfüllung der Militärdienstpflicht entzieht,
6) im Ausland für ein Kapitalverbrechen verurteilt wurde, oder wenn er ein rückfälliger Verbrecher ist.
2. Die Entziehung der polnischen Staatsangehörigkeit kann auf die im Ausland wohnhaften Kinder des Ausgestoßenen erstreckt werden, wenn sie das dreizehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
Kapitel IV.
Das Verfahren.
Art. 13. 1. Über die Verleihung und den Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft entscheidet der Staatsrat. ...
Kapitel V.
Übergangs- und Schlußbestimmungen.
Art. 16. Die Vorschriften dieses Gesetzes werden auch auf die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Polen geborenen oder aufgefundenen Kinder angewandt.
Art. 17. 1. Außer Kraft treten die bisherigen Vorschriften in den von diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten. ...<<
Das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz soll angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete aufheben (x003/VII).
Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige.
Insbesondere widersprach dies zur Zeit der Sammeleinbürgerung der Haager Landkriegsordnung, der Hager Konvention über die Fragen betreffend die Kollisionen der Staatsangehörigkeitsgesetze vom 12. April 1930 usw.<<

15.01.1951

BRD: Ilse Koch (1906-1967, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald) wird am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.
"Bild-Extra" berichtet am 15. Januar 1951 über den Prozeß gegen Ilse Koch (x305/16): >>**Ilse Koch: Die "Hexe von Buchenwald" verurteilt** ...
Offiziell war sie nur die Ehefrau von Karl Koch, dem Lagerkommandanten des KZ Buchenwald. Doch Ilse Koch, von den Häftlingen "Kommandeuse" oder "Hexe von Buchenwald" genannt, verbreitete selbst Angst und Schrecken.
Die drei Hauptanklagepunkte (von 105) beim Prozeß: Bestrafung von willkürlich ausgewählten Häftlingen durch brutale Prügel, Baumhängen, Bunkerhaft, Züchtigung von Häftlingen mit der Reitpeitsche; Anfertigung von Lampenschirmen aus tätowierter Menschenhaut.
Das Schwurgericht kann Ilse Koch nur einen Teil ihrer Taten nachweisen. Urteil: Lebenslänglich.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ilse Koch (x051/318): >>Koch, Ilse, geborene Köhler, geboren in Dresden 22.9.1906, gestorben im Gefängnis Aichach 2.9.1967 (Selbstmord), deutsche KZ-Bewacherin; Sekretärin, 1932 NSDAP-Beitritt.
Koch heiratete 1936 den Lagerführer des KZ Sachsenhausen Karl Otto Koch (geboren in Darmstadt 2.8.1897, gestorben in Buchenwald im April 1945), der 1937 den Auftrag zum Aufbau des KZ Buchenwald erhielt.
Koch war im Lager wegen ihrer Brutalitäten gefürchtet ("Hexe von Buchenwald"), ihr Mann

wegen seiner über Leichen gehenden Habgier: Er errichtete mit Häftlingsgut ein regelrechtes "Warenhaus".
1942 wurde er mit seiner Familie ins KZ Maidanek strafversetzt, wo er seine zwielichtigen Geschäfte und sie ihre Affären mit SS-Männern fortsetzte. Während Zigtausende in den Gaskammern starben, wurden Koch und ihr Mann 1943 auf Veranlassung des SS-Richters Waldeck-Pyrmont verhaftet, sie wegen angeblicher Unterschlagung von rund 710.000 RM, er wegen Mordes an drei Häftlingen, die zuviel gewußt hatten. Ilse Koch wurde mangels Beweisen freigesprochen, ihr Mann im April 45 erschossen.
Die Amerikaner verurteilten Ilse Koch 1947 zu lebenslänglicher Haft, begnadigten sie aber 1949.
Unmittelbar danach wurde sie von einem deutschen Gericht der Anstiftung zum Mord in 135 Fällen angeklagt und am 15.1.51 wegen Anstiftung zum versuchten Mord in fünf Fällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die Befragung von 2.000 Zeugen hatte keine Beweise für Tötungshandlungen ergeben.
Vergeblich blieb der Revisionsversuch der Verteidigung, die das Verfahren unter dem Druck der öffentlichen Vorverurteilung in den Medien für rechtswidrig hielt.<<

22.01.1951

BRD: Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 22. Januar 1951 während einer Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewaltherrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...
Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

25.01.1951

DDR: Nach der "Verordnung über die Rückgabe deutscher Personalausweise bei Übersiedlung nach Westdeutschland oder West-Berlin" vom 25. Januar 1951 muß jeder Bewohner der SBZ, der nach Westdeutschland oder West-Berlin übersiedelt, seinen Personalausweis an die Volkspolizei zurückgeben.
Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht (x009/368).

27.01.1951

BRD: Am 27. Januar 1951 wird der Bundesgrenzschutz aufgestellt.
Die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wird am 27. Januar 1951 auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entsteht.

31.01.1951

DDR: Die Kasernierte Volkspolizei verfügt bereits Ende Januar 1951 über rd. 65.000 Mann.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/287): >>Das Potsdamer Abkommen sah auch für die SBZ eine völlige und dauernde Entwaffnung vor.
Doch die Sowjetunion und später in ihrem Auftrag die SED betrieben eine sehr wirksame Militärpolitik, indem sie militärische und militärähnliche (paramilitärische) Verbände aufstellten und weite Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens in den Dienst der Wiederbewaffnung stellten.
... 1. Sie gab (seit August 1946 im Gegensatz zu den Polizeien der westlichen Besatzungszonen ...) die nichtmilitärische Volkspolizei schon sehr früh in die Hand der SED, um zuverlässige Kräfte für die künftige Zonenarmee zu sammeln;

2. sie baute seit dem 1.12.1946 eine militärähnliche kasernierte Grenzpolizei auf, die bis Mitte 1948 auf 9.100 Mann anwuchs, während in den westlichen Besatzungszonen an derartiges überhaupt noch nicht zu denken war;
3. sie sammelte unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion Kräfte für die geplante Zonenarmee.
Seit dem 3.7.1948 ließ die Sowjetunion militärische Einheiten (Kasernierte Volkspolizei) aufbauen. Sie sollten angeblich nur polizeiliche Bereitschaftsverbände sein, wuchsen aber schon bis Anfang 1951 zu einer einsatzfähigen Armee von rd. 65.000 Mann an ...<<

Januar 1951

Ostdeutschland: Eine deutscher Internierter schreibt im Januar 1951 aus Goleniow bei Stettin: >>Verzeih mir, liebe Mutti, daß ich solange nicht geschrieben habe, aber ich hatte leider kein Briefpapier.
Wie Du schreibst, bist Du neugierig, was für ein großer Junge ich geworden bin.
Ich bin so groß wie mein Vater, 1,75 m, aber sehr mager, wiege nur 70 Pfund. Das Schlimmste ist, ich bin sehr schwer krank.
Ich bitte Dich, liebe Mutti, wenn es Dir möglich ist, einen warmen Pullover zu schicken, ich friere immer, und ich glaube nicht, daß ich noch einen Winter überlebe. ...<<

08.02.1951

BRD: Dr. Kather erklärt am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages (x155/29-31): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...
Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser Gefahr.
Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.
Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist.
Wenn man sich das Wesen der totalitären Systeme vor Augen hält, dann weiß man, daß sie sich nicht beschränken und daß sie nicht aufhören können, daß sie sich niemals mit dem kleinen Finger begnügen, sondern immer die ganze Hand haben wollen. Deshalb kann es für uns Vertriebene nicht zweifelhaft sein, daß diese Gefahr besteht und daß es eine geradezu tödliche Gefahr ist. ...
Wir wissen, daß die Haltung der Vertriebenen zu dieser Frage im Ausland Besorgnis auslöst, ganz besonders in Frankreich, wo man sagt: Unsere Soldaten wollen nicht für Königsberg sterben.
Die Vertriebenen sagen: Wir wollen nicht für Potsdam oder Jalta sterben, und ich glaube, der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Vertriebenen sicher zu sein, wenn ich sage, für diese Frage soll überhaupt niemand sterben.
Die Vertriebenen wünschen keinen Krieg, auch nicht um den Preis der Wiedergewinnung ihrer Heimat. ... Wir verzichten auf Rache und Vergeltung, und dieser Verzicht, der gleichzeitig die Wiedereroberung unserer Heimat mit Waffen ablehnt, ist endgültig.
Aber ebenso endgültig ist, daß wir unser Recht auf die Heimat nicht preisgeben wollen und nicht aufhören werden, dieses Recht mit friedlichen Mitteln zu erstreben.

Wir sind uns seit langem darüber einig geworden, daß der Weg zur friedlichen Wiedergewinnung der Heimat über Europa führt.
... Die Beteiligung an diesem Gemeinschaftsbeitrag zur Verteidigung Europas ist für uns alle tragbar und annehmbar nur unter dem Gesichtspunkt, daß wir auf diese Weise - und nur auf diese Weise! - den äußeren Frieden erhalten können.
Aber die weitere Voraussetzung ist, daß wir uns durch soziale Leistungen den inneren Frieden bewahren und erhalten!<<

08.03.1951

Polen: Entscheid des Präsidiums des Nationalen Bezirksrats Lodz, Stadt Mitte, vom 8. März 1951 über die Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft und die Einziehung des Vermögens von Alfred K. aus Aleksandrowo, Kreis Lodz, auf Grund seiner deutschen Volkszugehörigkeit (x002/645-647): >>... Auf Grund von Artikel 1 und 7 des Dekretes vom 13.09.1946 über den Ausschluß von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der polnischen Gesellschaft, ... entziehe ich dem Alfred K., ... derzeit im Gefängnis zu Fordon, ... die polnische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig entziehe ich die Staatsangehörigkeit der Ehefrau des Obenerwähnten ... sowie dessen Kinder ...
Gleichzeitig erkenne ich auf Einziehung des ganzen Vermögens, das der Obenerwähnte besessen hat, zugunsten des Staates.
Begründung:
Auf Grund der Ergebnisse der durchgeführten Ermittlungen wurde folgender Tatbestand festgestellt:
Die genannten Personen sind deutscher Volkszugehörigkeit, im täglichen Umgang bedienten sie sich der deutschen Sprache, sie gehörten der deutschen Organisation ... an und waren der polnischen Gesellschaft gegenüber feindlich eingestellt.
In Würdigung des oben festgestellten Tatbestandes gemäß Art. 1 des erwähnten Dekretes vom 13.09.1946 und gemäß § 2 der Durchführungsverordnung zu diesem Dekret vom 10.09.1947 (Gesetzblatt der Republik, Nr. 34, Pos. 163) war als gegeben anzusehen, daß der Obenerwähnte durch sein Verhalten seine deutsche nationale Eigenart tatsächlich an den Tag gelegt hat und deshalb der Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit unterliegt.
Gegen diesen Entscheid steht dem Betroffenen das Recht zu, zu verlangen, daß die Angelegenheit an das Kreisgericht für den Bezirk Lodz, Stadt Mitte, verwiesen wird, was bei dem Vorsitzenden des Präsidiums des Nationalen Bezirksrates Lodz, Stadt Mitte, innerhalb einer Frist von 7 Tagen, vom Tage der Zustellung dieses Entscheides ab gerechnet, zu beantragen ist.<<

März 1951

BRD: Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkennt, erhält sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

08.04.1951

BRD: Am 8. April 1951 wird der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO) gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigt man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

11.04.1951

USA: US-Präsident Truman setzt am 11. April 1951 den Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea, Douglas MacArthur (1880-1964) ab, weil Truman eine Ausdehnung des Krieges auf China vermeiden will.
Neuer Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea wird US-General Matthew B. Ridgway (1895-1993).

13.04.1951

Rumänien: Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" loben am 13. April 1951 ausdrücklich die Arbeitsleistung der deutschen Landarbeiter (x007/109E): >>In den MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) und Staatswirtschaften sind viele deutsche Landarbeiter tätig, die vielfach zu den besten Arbeitskräften zählen. ...<<

18.04.1951

Frankreich: In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73): >>Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Belgien, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande,

in der Erwägung, daß der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, in der Überzeugung, daß der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehung unerläßlich ist,

in dem Bewußtsein, daß Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann,

in dem Bemühen, durch die Ausweitung ihrer Grundproduktion zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beizutragen,

entschlossen, an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können,

haben beschlossen, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. ...

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft seit 23.07.1952) soll der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen werden. Die Hohe Behörde der Montanunion wird 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellt die Montanunion

schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gehen danach auf die EG über.

26.04.1951

DDR: Die SED-Regierung überträgt dem FDGB am 26. April 1951 die Leitung und Kontrolle über die 5 Sozialversicherungsanstalten der Länder.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sozialversicherungs- und Versorgungswesen" in der SBZ (x009/401-404): >>Der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfällen des Lebens sowie der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung und dem Schutze der Mutterschaft soll nach Art. 16, 3 der Verfassung ein einheitliches umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten dienen.

Obwohl stets die Sorge um den Menschen betont wird, bestimmt nicht sie die Gestaltung und die Grenzen dieser Vorsorge, vielmehr tun dies die Aufgaben, die die Sozialversicherung innerhalb der Planwirtschaft hat.

Organisation und Leistungen der Sozialversicherung sind darauf gerichtet, die Bevölkerung möglichst ausnahmslos zur Arbeit zu zwingen, damit die Produktion ein Höchstmaß erreicht. Mittel dazu sind: Möglichst kleine Alters- und Invalidenrenten, strengster Maßstab bei ärztlichen Untersuchungen auf Erwerbsminderung oder wegen zeitweiliger Arbeitsbefreiung infolge Krankheit, keine Versorgung für arbeitsfähige Witwen bis zu 60 Jahren. ...

Durch die Verordnung über die Sozialversicherung vom 26.4.1951 wurde die Verantwortung für die Leitung und Kontrolle dem FDGB übergeben. ...

In den volkseigenen Betrieben (VEB) und Verwaltungen bestehen Räte, in den Privatbetrieben Kommissionen der Sozialversicherung. Die Räte in den VEB und in den Verwaltungen haben die Bevollmächtigten für Sozialversicherung anzuleiten und zu kontrollieren. Die Bevollmächtigten für Sozialversicherung in den VEB und Verwaltungen sowie auch in den Privatbetrieben müssen nach den Richtlinien u.a. Kranke innerhalb von 3 Tagen in der Wohnung besuchen. ...

Die Übertragung der Sozialversicherung auf den FDGB und das System der Räte und der Bevollmächtigten sollen angeblich die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten verwirklichen, in Wahrheit bedeutet es jedoch, daß die Versicherten keinerlei Einfluß haben. Die FDGB-Vorstände sind nicht die Vertreter aller Versicherten, sondern bestenfalls der FDGB-Mitglieder, wobei schon diese bei der Fragwürdigkeit der Wahlen zu den Vorständen bezweifelt werden muß. ...

Die kurzfristigen Barleistungen (Krankengeld, Hausgeld, Schwangerschafts- und Wochenhilfe, Sterbegeld) werden meist in den Betrieben ausgezahlt. Die Räte in den VEB und Verwaltungen sind befugt, über Leistungen zu entscheiden. ...

Der Sozialversicherungspflicht unterliegen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens alle Arbeiter und Angestellten (auch die Angestellten der Verwaltung, die in der SBZ an die Stelle der Beamten getreten sind) ...

Der Betriebsleiter, die betriebliche Gewerkschaftsleitung (BGL) und der Rat für Sozialversicherung haben das Recht, bei Vermutung einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Leistung der Sozialversicherung bei den zuständigen Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens die sofortige Überprüfung des Gesundheitszustandes des Werktätigen zu beantragen. Bei Verstößen gegen die Krankenordnung können die Betriebsleiter, die BGL oder die Verwaltung der Sozialversicherung anweisen, daß der Lohnausgleich und die Leistungen der Sozialversicherung ganz oder teilweise nicht gewährt werden (§ 105 des Arbeitsgesetzbuches).

... Die Renten sind im allgemeinen so niedrig, daß sie nur eine äußerst bescheidene Lebensweise erlauben. Eine seit langem versprochene Rentenreform ist ausgeblieben. ... Ausgeschie-

dene können sich eine bessere Versorgung verdienen, wenn sie die Arbeit für ein Jahr wieder aufnehmen.
Für die technische Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben ist eine zusätzliche Altersversorgung geschaffen worden. Eine entsprechende Regelung gilt für die Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen.
Die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten versorgt auch die Verfolgten des Naziregimes, selbst wenn diese keine Versicherungszeiten nachweisen können.
Die Pflichtversicherungsbeiträge betragen für Arbeiter und Angestellte 20 % - im Bergbau 30 % - des lohnsteuerpflichtigen Arbeitsverdienstes von bis zu 600 Deutsche Mark Ost monatlich. Die Beiträge sind je zur Hälfte von den versicherten und den Betrieben zu tragen, im Bergbau tragen die Betriebe 2 Drittel. ...
Trotz der großen Zahl der Anspruchsberechtigten kann die Sozialfürsorge aus öffentlichen Mitteln nicht entbehrt werden.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Altersversorgung" in der SBZ (x009/21): >>Wegen der großen Ausdehnung der Versicherungspflicht wird im Alter der größte Teil der Bevölkerung durch die Sozialversicherung versorgt.
Die Altersrenten liegen im Durchschnitt unter denen des Bundesgebietes. Durch Mindestrenten wird zwar in jedem Fall ein Festbetrag gewährt, der indessen die Existenz nur ungenügend sichert. Eine bessere Altersversorgung wird der Intelligenz gewährt, die dem System nützlich erscheint. Eine bessere Altersversorgung erhalten ferner Bergleute sowie Eisenbahner und Angestellte der Post. Eine Staffelung der Arbeiter und Angestellten nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Industriezweige ist geplant. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Renten" in der SBZ (x009/365-366): >>Jeder Sozialversicherte hat Anspruch auf Rente bei Invalidität, im Alter, für die Folgen von Arbeitsunfällen oder von anerkannten Berufskrankheiten.
Anspruch auf Rente haben außerdem die Hinterbliebenen eines Sozialversicherten.
Invalidenrente wird gezahlt, wenn der versicherte zu 66,66 % erwerbsgemindert ist, nach einer Versicherungszeit von mindestens 60 Monaten.
Altersrente wird gezahlt für Männer nach Vollendung des 65. Lebensjahres, für Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres nach einer Versicherungszeit von mindestens 180 Monaten. ...
Hinterbliebenenrente erhalten arbeitsunfähige Familienangehörige eines verstorbenen Versicherten, wenn dieser Anspruch auf Rente hatte. Dabei gelten als arbeitsunfähige Familienangehörige nur Witwen, die selbst Invaliden sind oder das 60. Lebensjahr vollendet haben oder ein Kind bis zu 3 Jahren oder 2 Kinder bis zu 8 Jahren erziehen. Waisen galten bis 31.10.1959 als arbeitsunfähige Familienangehörige grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres, bis zum 18. Lebensjahr, solange sie infolge Schulbesuchs kein eigenes Einkommen haben. ...
Die Voraussetzungen für die Rentenzahlungen sind somit viel enger als in der Bundesrepublik. Man will so in der SBZ einen möglichst großen Teil der Versicherten zur Arbeit zwingen, um die Produktion auch auf diese Weise zu steigern. ...
Unfallrente wird gezahlt, wenn ein Arbeitsunfall oder eine anerkannte Berufskrankheit eine Erwerbsminderung von wenigstens 20 % zur Folge hatte. ...<<

28.04.1951

CSR: Die letzte Aussiedlungsaktion von Sudetendeutschen wird am 28. April 1951 eingestellt.
Vom 17.03.1950 bis zum 28.04.1951 kommen 16.832 Deutsche mit 49 Transporten nach Westdeutschland (x004/127).

29.04.1951

DDR: Das "Neue Deutschland" meldet am 29. April 1951, daß der Verlust des Parteimitgliedsbuches zu Parteistrafen oder sogar zum Parteiausschluß führen kann (x009/319): >>Das Parteimitgliedsbuch ist für jedes Mitglied und jeden Kandidaten unserer Partei das höchste und wichtigste Dokument, das er in seinem Leben erhalten kann ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteidisziplin" in der SBZ (x009/319): >>(Die Parteidisziplin ist das) Grundprinzip der bolschewistischen "Partei neuen Typus".

Verlangt widerspruchslose Unterordnung unter die Beschlüsse der vorgesetzten Parteileitungen und Funktionäre. Beschlüsse müssen auch von denen eingehalten werden, die mit ihnen nicht einverstanden sind und vor der Beschlußfassung widersprochen haben.

Bei Verletzung der Parteidisziplin verhängt man strenge Parteistrafen bis zum Ausschluß. "Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei der Proletarier ... schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat (Lenin: "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" ...).<<

30.04.1951

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. April 1951 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117-118): >>Während sich in einigen Teilen Deutschlands ein etwas stürmischer Wirtschaftsaufschwung bemerkbar macht, während viele Menschen sich ganz der unaufhörlichen Jagd nach der D-Mark ergeben haben, während eine Sucht nach dem Amüsement ausgebrochen ist und eine vordergründige Scheinwohlhabenheit vorgetäuscht wird - während das Leben wieder so einigermaßen normal zu werden scheint, ist in Friedland die Zeit stehengeblieben. Hier, in der Barackenstadt, hat sich nichts verändert. ...

Jeder Tag schwemmte Menschen nach Friedland. ... Die "Operation Link" führte bis zum April 43.879 Menschen nach Friedland. Dazu kamen 10.147 Deutsche aus dem Ausland. Gestern trafen 33 Kinder aus Jugoslawien ein. Kinder, die ihre Eltern oder nächsten Verwandten in Westdeutschland haben. Alle sprachen perfekt serbisch, die überwiegende Zahl jedoch nicht ein Wort ihrer Muttersprache. Viele konnten auch kyrillische Schriftzeichen malen. Jedem, der es mochte, führten sie ihre Schreibkenntnisse mit kindlichem Stolz vor.

Mit dem Gesundheitszustand dieser deutschen Kinder aus Jugoslawien ist der Lagerarzt sehr zufrieden. Alle waren in staatlichen Kinderheimen untergebracht, offenbar an Ordnung gewohnt, gut erzogen und auch einigermaßen in Kleidung. In Friedland waren sie wohlgemut und fröhlich.

Das große Problem hat jedes dieser Kinder noch vor sich. Es ist das Problem des Zurechtfindens in den neuen Verhältnissen. Was haben sie alles nachzuholen, Sprechen, Lesen, Schreibenlernen, sich in eine Familie einfügen und auch bereits auf einen Beruf vorbereiten. Denn es gibt 14jährige darunter, deren Eltern sich bald um eine Lehrstelle kümmern müssen. Aber welcher Meister nimmt einen Jungen, der nicht diese elementarsten Voraussetzungen mitbringt? ...<<

02.05.1951

BRD: Die Bundesrepublik wird am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

05.05.1951

BRD: Bundeskanzler Adenauer schreibt am 5. Mai 1951 im Vorwort einer regierungsamtlichen Broschüre, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht aufgehört hat, ein Staat zu sein (x020/87).

11.05.1951

BRD: Der Bundestag verabschiedet am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes).

Bund, Länder und Gemeinden werden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausge-

schiedenen wieder einzustellen (x129/149).

22.05.1951

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

07.06.1951

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. Juni 1951 an den US-Politiker McCloy - von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/126-129): >>... Sie kennen, sehr verehrter Herr Mccloy, meine Ansichten über einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Voraussetzung ist die Herstellung einer politischen Lage, die dem deutschen Volke so einleuchtend ist, daß es sieht, worum es kämpft, d.h. Deutschland muß die Wiederherstellung seiner Souveränität bekommen. ...

Ich glaube, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und die Mehrheit des Bundestages, wenn die politischen Voraussetzungen gegeben sind, der Leistung eines Verteidigungsbeitrages zustimmen werden.

Ich bin aber der Auffassung, daß die Mächteverlagerung, die in Europa seit 1918 eingetreten ist, noch auf viele Jahrzehnte hindurch große Gefahren mit sich bringen wird. Diese Mächteverlagerungen lassen Sie mich stichwortweise in folgendem wiedergeben:

Wegfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, dadurch Zersplitterung des ganzen Balkans und Osteuropas,

Wegfall Deutschlands als Militärmacht,

Absteigen Englands in seiner Stellung als Weltmacht und, damit Hand in Hand gehend, die starke Verringerung seiner Kraft zur See,

die Krankheitserscheinungen in Frankreich, die sich seit 1918 ununterbrochen zeigen,

das Vordringen Sowjetrußlands, einschließlich seiner Satellitenstaaten bis in das Herz Europas,

der gegenwärtige Zustand der Bundesrepublik.

Dem steht gegenüber eine außerordentlich große Steigerung des sowjetrussischen Machtbereiches und seines großen Einflusses.

Bei Beurteilung der sowjetrussischen Politik muß man meines Erachtens davon ausgehen, daß Rußland seit Hunderten von Jahren eine imperialistische Eroberungspolitik getrieben und den Panslawismus auf jede Art gefördert hat, daß die sowjetrussische Außenpolitik herkommensgemäß nach dem Westen geht, daß dieser Drang nach dem Westen im gesamten russischen Volke besteht und daß totalitäre Regierungen notgedrungen außenpolitische Erfolge möglichst großen Ausmaßes ihrer unterjochten Bevölkerung vorzeigen müssen, um durch Aufpeitschung nationalistischer Instinkte von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Wir haben das ja alles in Deutschland unter Hitler selbst erlebt.

... Das Ziel der amerikanisch-europäischen Politik muß also sein, Europa, und insbesondere dabei Deutschland, durch wirtschaftliche Hilfe und durch Lieferung von Rüstungsmaterial in den Stand zu setzen, einen starken Damm gegen das vorwärtsdringende Sowjetrußland zu geben. ...

... Zu der Frage des Verteidigungsbeitrages gehört auch der Komplex der Maßnahmen, die in der Bundesrepublik getroffen werden müssen, um dem deutschen Volk innere Festigkeit zu geben. Ich darf hier darauf hinweisen, daß das deutsche Volk, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, soziale Verpflichtungen hat wie kein anderes Land der Welt.

Ob es sich diese Verpflichtungen durch eigene Schuld aufgebürdet hat oder nicht, spielt hierbei keine Rolle.

Ich nenne hier die Sorge für die Vertriebenen und Ausgebombten, die Wohnungsfrage, alle

die Fragen, die mit der Abtrennung der agrarischen Gebiete Deutschlands von den übervölkerten westlichen Teilen Deutschlands zusammenhängen. ...<<

08.06.1951

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet.

Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermair und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Die Zeitschrift "Stern" berichtet später über die letzten Hinrichtungen in Landsberg (x043/-216): >>Die Todesurteile an den 7 Landsberger Häftlingen wurden in der Nacht zum ... 7. Juni ... durch Erhängen vollstreckt. ...

In der Mitteilung des Hohen Kommissars McCloy wurde darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen erfolgt seien. ...

Als erster wurde der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel zum Galgen im Keller des Landsberger Gefängnisses geführt. Ihm folgten in Abständen von je 20 Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallermair und der frühere Adjutant im KZ Buchenwald, Hans Schmidt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Landsberg am Lech" (x051/-342): >>Landsberg am Lech, oberbayerische Stadt mit rund 8.200 Einwohnern (1933).

Im ehemaligen Schloß (Festung) von Landsberg am Lech, das zur Strafanstalt umgebaut worden war, verbüßten Hitler und andere im Hitler-Prozeß am 1.4.24 verurteilte Nationalsozialisten ihre Strafen. Hitlers Zelle im sogenannten "Feldherrnflügel", die er bis zur vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 bewohnte, wurde im Dritten Reich Erinnerungsstätte und u.a. Ziel des Adolf-Hitler-Marsches der deutschen Jugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten hier die Amerikaner wegen Kriegsverbrechen angeklagte oder verurteilte Deutsche in Haft; auch Todesurteile wurden hier vollstreckt.<<

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung werden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtet. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndet man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zieht niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden Jahren ermittelt die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilt über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

26.06.1951

BRD: Die "Jugendorganisation" FDJ wird am 26. Juni 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

29.06.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

Juni 1951

Rumänien: Um die kommunistischen Wirtschaftspläne zu verwirklichen, läßt die rumänische Regierung im Juni 1951 rücksichtslose Zwangsumsiedlungen durchführen, bei denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Diese Umsiedlungsaktionen sind sorgfältig vorbereitet. Securitate- und Milizeinheiten sperren

die einzelnen Ortschaften kurzfristig ab und benachrichtigten alle betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit haben, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen.
Vielerorts fahren die Transportzüge noch am Tag der Aushebung nach Osten. Diese Zwangsumsiedlungen erfassen die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze. Die Mehrzahl der Deportierten wird in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe transportiert (x007/110E-112E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zwangsumsiedlung von Rumänien-Deutschen (x007/110E-114E): >>Eine mittelbare Folge der rücksichtslos verwirklichten kommunistischen Wirtschaftspläne waren letztlich auch die rumänischen Zwangsumsiedlungen der Jahre 1951/52, von denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.
Dem versöhnlicheren Charakter, der die Politik des volksdemokratischen Rumänien gegenüber den Volksdeutschen seit 1948/49 bestimmt, widersprachen diese Aktionen freilich nur scheinbar, da sie in ihrem Ansatz nicht national, sondern wirtschaftlich-sozial bestimmt waren.
Die seit 1949 ständig verschärfte Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft, die auch andernorts in Rumänien auf Widerstand gestoßen war, hatte im Banat im Winter 1950/51 zu regelrechten Unruhen geführt.
Angesichts der außenpolitischen Lage kurz nach dem Höhepunkt der Tito-Krise mögen in der Sperrzone des jugoslawischen Grenzgebietes auch militärische Erwägungen für eine Ausschaltung derartiger Unsicherheitsfaktoren geltend gemacht worden sein. Die im Juni 1951 fast schlagartig einsetzenden Evakuierungen erfaßten die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze, wobei die Städte Temeschburg und Arad ausgespart wurden.
Die Aktion war sorgfältig vorbereitet und folgte im wesentlichen dem Schema der Deportationen von 1945. Die örtlichen Volksräte hatten Listen aufgestellt, in die vor allem enteignete Groß- und Mittelbauern, daneben aber auch sonstige Einwohner, die als politisch unzuverlässig galten, aufgenommen wurden.
Kurzfristig eingerückte Securitate- und Milizeinheiten sperrten die einzelnen Ortschaften einige Zeit vor Anlaufen der Aktion ab; Kommandos benachrichtigten die betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit hatten, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen. – Die "Securitate" (Sicherheitspolizei) entsprach der sowjetischen NKWD (MWD); die im Januar 1949 geschaffene "Miliz" war an Stelle des alten Gendarmerie- und Polizeikorps getreten. –
Die Mitnahme des noch vorhandenen Eigentums war allerdings in fast unbegrenztem Umfang erlaubt; selbst Vieh konnte vielfach mitgeführt werden, wobei für die zurückgelassenen Besitztümer nach Inventarisierung eine Pauschalabfindung gezahlt wurde. Gelegentliche Übergriffe und Ungenauigkeiten müssen wohl den örtlichen Behörden zur Last gelegt werden. Im allgemeinen konnten sich die Transportzüge, in denen ein Waggon pro Familie zur Verfügung stand, noch am Tage der Aushebung nach Osten in Bewegung setzen.
In den vordem fast rein deutschen Bauerndörfern der schwäbischen Heide östlich von Temeschburg war der Anteil der Schwaben unter den Deportierten besonders hoch. Aus Hatzfeld allein sollen etwa 1.000 Familien verschickt worden sein, für das gesamte Banat wird die Zahl der im Juni 1951 umgesiedelten Schwaben auf 30.000 bis 40.000 angesetzt. ...
Wie die Schwabendörfer wurden auch das bulgarische Altbeschenowa und besonders die zahlreichen serbischen Gemeinden der Grenzzone von den Evakuierungen erfaßt. Madjaren und einzelne Tschechen wurden ebenso wie eine große Anzahl rumänischer Kulaken, ja sogar ein Teil der neuangesiedelten Flüchtlinge aus Bessarabien und der Bukowina von den Um-

siedlungen betroffen, die entlang der Grenze nach Turnu Severin hin, auch in fast nur rumänisch besiedeltes Gebiet übergriffen.
... Die Mehrzahl der Deportierten wurde in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschickt, auf deren riesigen Weizen- und Baumwollfarmen neue Kollektivdörfer entstehen sollten. Nur Teile fanden weiter nördlich in den landschaftlich ähnlichen Bezirken des Judet Braila Unterkunft.
Von Unterkunft konnte freilich zunächst kaum eine Rede sein. Die Umsiedler erhielten grob vermessene Landflächen zugewiesen, auf denen sie sich zunächst provisorische Behausungen, zumeist nur notdürftig überdachte Erdhöhlen bauen mußten. Schwierigkeiten bereitete, auch in der Folgezeit, vor allem die Wasserversorgung.
Zumeist schon nach wenigen Tagen oder Wochen wurde jedoch mit primitiven Hilfsmitteln die Errichtung der geplanten Neusiedlungen begonnen, deren Häuser, von den Deportierten selbst in behelfsmäßig organisierter Zusammenarbeit erbaut, einschließlich Schule, staatlicher Verkaufsstelle und Milizstation, im allgemeinen noch vor Einbruch des Winters unter Dach waren.
Die Arbeitsfähigen wurden zumeist zur Arbeit auf den Staatsgütern verpflichtet. Im Laufe der Zeit kehrten nach den geradezu katastrophalen Anfängen in den meisten Neugemeinden einigermaßen geordnete Verhältnisse ein, wobei sich auch ein erträgliches Zusammenleben der völlig wahllos durcheinandergewürfelten Deutschen, Rumänen, Serben und Madjaren einstellte.
In ihrem Umfang geringer waren die Evakuierungen, die durch ein am 9. Februar 1952 erlassenes Dekret verfügt wurden, um eine Entlastung der städtischen Zentren herbeizuführen.
Die rasch fortschreitende Industrialisierung im Rahmen der kommunistischen Planwirtschaft hatte besonders in Bukarest wie in den Städten Siebenbürgens zu einer Überfüllung der Städte geführt, die durch die Aussiedlung der aus dem Wirtschaftsleben ausgeschalteten Angehörigen der "Bourgeoisie" bis zu einem gewissen Grade abgeholfen werden sollte.
Zur Evakuierung vorgesehen wurden die Familien der "Kriegsverbrecher" und politischen Häftlinge, sowie die Angehörigen der ins Ausland Geflohenen, weiterhin entlassene Beamte und Offiziere, enteignete Kaufleute, Industrielle und Großbauern, vorbestrafte Saboteure und Arbeitslose unter 70 Jahren.
Im Gegensatz zu der ersten Kategorie, die bei Mitnahme von nur 50 kg ihren neuen Wohnsitz zugewiesen erhielten, konnten die zuletzt Genannten mit ihrer gesamten Habe an einen frei zu wählenden Ort umziehen, der allerdings mehr als 50 km vom alten Wohnort entfernt sein mußte.
Die Durchführung der Evakuierungen begann unmittelbar nach der Verkündung des Dekrets und noch vor seiner Veröffentlichung in Bukarest.
Für den Anteil der Deutschen an den in der Hauptstadt von der Evakuierung Betroffenen, die zumeist in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal und an der Bicaz-Talsperre sowie ebenfalls in die Baragan-Steppe verbracht wurden, liegen Anhaltspunkte nicht vor.
Nur wenige Tage später wurden jedoch auch die siebenbürgischen Städte von der Evakuierungswelle erfaßt. Besonders aus Kronstadt und den Burzenländer Bauerndörfern der unmittelbaren Umgebung wurden schätzungsweise 2.000 Sachsen evakuiert, die in ihrer Mehrzahl in Elisabethstadt, zum Teil in Mediasch, Schäßburg und kleineren Orten, sämtlich aber innerhalb Siebenbürgens, Unterkunft fanden.
In kleinerem Ausmaß fanden auch in Mühlbach, Broos und anderen Städten Evakuierungen statt, während Hermannstadt überraschenderweise fast völlig ausgenommen blieb, obwohl es 1953 wie schon vorher Kronstadt, das neue "Stalinstadt", zur Arbeiterstadt erhoben wurde.
Das Los der Evakuierten war nicht leicht, wenn auch besser als das der Baragan-Verschleppten. Wohnraum war auch in den Aufnahmeorten knapp, geeignete Arbeit nur schwer zu be-

schaffen, so daß die Mehrzahl in der Landwirtschaft der umliegenden Dörfer Arbeit suchen mußte. Erst im Laufe der Jahre kam es auch hier zu einer Normalisierung. Die anfänglich strenge Beschränkung fiel, und manche fanden befriedigende Wohnungen und Anstellungen, so daß sie nur zum Teil von der Rückkehrerlaubnis, die ihnen ebenso wie den Banatern im Baragan 1955 erteilt wurde, Gebrauch machten. ...<<

01.07.1951

BRD: Der deutsche Jurist Herbert von Bismarck (1884-1955, seit 1948 Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft) erklärt am 1. Juli 1951 während des ersten Bundeskongresses der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften - VOL - in der Frankfurter Paulskirche (x155/32-33): >>... Zunächst eine kurze Feststellung. Die VOL sind die Vertretungen vertriebener Deutscher sowohl aus geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten als auch - und das gilt besonders für den Südosten - für größere oder kleinere deutsche Sprachinseln, für Deutsche also aus Gebieten, die unter deutscher Staatshoheit standen und rechtlich auch heute noch stehen, als auch für solche, die einer Staatshoheit anderer Nationalität unterstanden.

Gemeinsam ist uns allen, daß wir oder unsere Vorfahren meist vor vielen hundert Jahren im Osten als Vertreter und Träger der "abendländischen Kultur" aufgetreten sind. ...

Die politischen Grenzen im Osten Deutschlands haben in der Geschichte oft gewechselt. Sie waren vielfach weder stammlich noch sprachlich eindeutig begründet. Die Deutschen aus dem Südosten haben zum Teil jahrhundertealte Erfahrungen im Zusammenleben mit Angehörigen anderer Sprachen oder Nationalitäten.

Aus diesen Erfahrungen leiten wir eine besondere Verantwortung her, vor Deutschland, vor Europa und vor der ganzen Welt! ...<<

04.07.1951

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1951) berichtet am 4. Juli 1951 über die internierten deutschen Kriegsverbrecher in Werl: >>**Der Makel bleibt**

Die Mehrzahl von 217 "Werl-Kriegsverbrechern" wünscht keine Gnade. Sie fordert ... die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die nach ihrer Überzeugung unter dem Aspekt der Rache durchgepaukt wurden. Das ist das Echo in Werl auf die in der vorigen Woche avisierte Gnaden-Pauschale des britischen Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick.

Werl ist das Landsberg der britischen Zone. Ein Westfalen-Städtchen, über das kaum jemand spräche, wenn nicht Manstein und Kesselring in seinem Zuchthaus eingesperrt wären.

Aber Werl ist nicht nur das Werl der Manstein und Kesselring, ebensowenig wie Landsberg das Landsberg der Pohl und Ohlendorf war. Neben der Kriegsverbrecher-Prominenz existiert die halb vergessene anonyme Masse der kleinen Befehlsempfänger, die seit Jahren für ihren Gehorsam büßen müssen.

Insgesamt sind acht ehemalige deutsche Heerführer in Werl eingebuchtet: die Generalfeldmarschälle von Manstein und Kesselring sowie die Generale von Falkenhorst, von Mackensen, Mältzer, Salenkamp, Wolf und Simon. Wenn ausländischer Besuch ins Zuchthaus kommt, wird er gleich in den Generalsflügel geführt.

Die Generale sind von dem übrigen Zuchthausbetrieb isoliert. Kesselring schreibt an seinen Erinnerungen. Mältzer hat eine alte Neigung zum Schlosserhandwerk ausgegraben und Manstein gärtnert. Seine Neigung zum Gartenbau teilt er mit Mackensen und Falkenhorst. Ein Korrespondent des "Manchester Guardian" ertappte die beiden, wie sie gerade ihre in Reih und Glied ausgerichteten Tomatenstöcke inspizierten. "Der Garten ist mit soldatischem Ordnungssinn angelegt", vermerkte der Korrespondent.

Am begehrtesten unter der Werl-Generalität sind Kesselring und von Manstein. Der britische Militärschriftsteller Liddell Hart schreibt ihnen. Gelegentlich bekommen sie auch Auslandsbesuch, der ihre Meinung zur Lage und speziell zur deutschen Remilitarisierung kennenzulernen wünscht.

Der Block III dagegen hat nie solchen Besuch. Auf Block III liegen die kleinen, unbeachteten Schicksale von Werl. Der britische Werl-Kommandant Oberstleutnant Vickers hat sie mit gemeinen Zuchthäuslern zusammengesteckt. Sie kleben Tüten und flechten Strohmatten.
Im Block III liegen zum Beispiel die neun Trandum-Verurteilten. Es sind die ehemaligen Polizisten Bahlinger, Baldauf, Bölck, Engel, Möller, Penning, Peuker, Rönnfeld und Schneider. Jeder hat 14 Jahre Gefängnis.
Mitten in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1943 waren sie in ihrer Dienststelle in Oslo geweckt worden. "Los, auf, ihr müßt ein paar Leute erschießen!" Sie ziehen sich an und wetzen zum Hauptquartier des SD. Unter ihnen sind der Hausmeister der Dienststelle, der Registraturbeamte und der Photograph. "Es sind sechs Zivilisten", heißt es. "Durch Führerbefehl zum Tode verurteilt."
Das Erschießungskommando fährt in mehreren Lastwagen zum Gefängnis nach Grini. Dort werden die sechs Todeskandidaten aufgeladen. Es ist stockfinster. Bei Sonnenaufgang steht das Kommando im Wald von Trandum. Die Gräber sind schon ausgehoben. Ein Teil der Leute wird zur Absperrung des Platzes, ein anderer zum Erschießungs-Peleton eingeteilt.
Im Frühnebel stehen die sechs Opfer vor den Läufen, eng aneinander gefesselt. Sie tragen blaue Hosen und blaue Norweger-Pullover. Als sich der Pulverdampf verzogen hat, werden sie an Ort und Stelle bestattet.
Es waren aber gar keine Zivilisten, sondern Angehörige von zwei britischen Kommandotrupps. Fünf davon waren in einem Lastensegler von England nach Norwegen geschleppt worden mit dem Auftrag, das Schwerwasserwerk Rjukan zu zerstören. Das Flugzeug war beim Landen zerschellt, die fünf wurden gefangen.
Der sechste hatte zusammen mit einem anderen einen Anschlag auf das deutsche Schlachtschiff "Tirpitz" versucht. Nach dem Mißlingen des Anschlags war er auf der Flucht geschnappt worden.
Bei ihrer Gefangennahme trugen die fünf, die aus dem zerschellten Segler geborgen wurden, britische Uniformen. Sie hatten nur keine Zeit gehabt, die Uniformen auszuziehen, denn ihren Auftrag sollten sie in Zivil ausführen, weshalb sie unter ihren Uniformen vollständige Zivilanzüge trugen. Der sechste war in Zivil gefangengenommen worden. Das bei Nacht aus dem Schlaf geholte Erschießungskommando hatte nur Zivilisten gesehen.
Der im September 1946 gegen die Trandum-Leute tagende britische Kriegsverbrecher-Gerichtshof legte das Hauptgewicht auf den Umstand, daß das Todesurteil nicht vor der Exekution auf dem Hinrichtungsplatz verlesen worden war. "Es war üblich", wandte ein als Zeuge auftretender ehemaliger SD-Führer ein, "das Urteil, soweit eines ergangen war, vorher in den Gefängniszellen zu verlesen." Trotzdem entschied das Gericht: Die Exekution war Mord an wehrlosen Gefangenen.
Der Fall Trandum ist der erste und bisher einzige Fall, in dem ein Hinrichtungskommando, soweit man seiner habhaft werden konnte, geschlossen verurteilt wurde. Dabei wurden auch die Leute verurteilt, die gar nicht geschossen, sondern nur abgesperrt hatten.
Die Trandum-Leute bemühen sich seit langem vergeblich um eine Wiederaufnahme ihrer Verfahren. Sie wollen von einem ordentlichen Gericht (möglicherweise auch einem deutschen) rehabilitiert werden, da sie doch in keiner Weise gegen die Kriegsgesetze verstoßen zu haben glauben. Mit einem Gnadenerlaß ist ihnen nur halb gedient, "denn der Makel, ein Mörder zu sein, bleibt".
Daß die britischen Kriegsverbrecher-Gerichte (war crimes courts) keine ordentlichen Gerichte waren, haben die deutschen Verteidiger der Werl-Häftlinge längst festgestellt. Sie waren gegründet worden auf Grund eines Royal Warrant, eines besonderen königlichen Erlasses.
- Sie waren von Offizieren, also von Laien besetzt. Nur bei den größeren Fällen trat ein Judge Advocate (juristischer Berater) zu dem Gericht.

- Die Gerichte konnten nach freiem Ermessen sogenannte "Hörensagen-Beweise" zulassen. Das heißt, daß Klatsch und Verleumdung Beweiskraft erlangten.
- Der deutsche Verteidiger hatte, nach angelsächsischer Art, vor dem britischen Prosecutor (Staatsanwalt) zu plädieren, wodurch dieser in der Lage war, jenem die wesentlichen Argumente aus der Hand zu schlagen.
- Keines der Gerichte gab eine Urteilsbegründung. Das bedeutete, daß jede Berufungsbegründung von vornherein vermauert war. Eine zweite oder dritte Rechtsinstanz zwecks Revision oder Wiederaufnahme des Verfahrens (retrial) gibt es ohnehin nicht. Bleibt nur die Petition of Review, ein Gesuch um Überprüfung der Strafhöhe, das im bürokratischen Verfahren erledigt wird.

Zu der jetzigen Gnadenaktion von Sir Ivone Kirkpatrick mußten sämtliche Werl-Verteidiger summarisch Gnadengesuche ihrer Mandanten einreichen. Eine Anzahl Häftlinge verweigerte ihre Zustimmung, da sie Recht und nicht Gnade wünscht.<<

09.07.1951

Großbritannien: Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

12.07.1951

DDR: Durch Verordnung vom 12. Juli 1951 wird für die Intelligenz der wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt.

BRD: Bundeskanzler Adenauer erläutert am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Gesetz, das Ihnen zur Beratung und zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ist sehr kurz; aber seine Bedeutung ist im Hinblick auf die ihm beigefügte Anlage außerordentlich groß.

Ich glaube, ich kann ohne zu übertreiben sagen, daß sich der Bundestag bisher noch mit keinem Gesetzentwurf hat beschäftigen können, der an Bedeutung diesen Gesetzentwurf übertrifft. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

(Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?)

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebsschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Sosehr ich auch die wirtschaftliche Bedeutung bejahe, sosehr ich es als gut empfinde, daß für Kohle, Eisen und Stahl in einem Gebiete, das von 167 Millionen Menschen bewohnt wird, ein freier Markt geschaffen wird, sosehr ich es begrüße, daß auf dem Gebiete, das die Montanunion in sich schließt, die Zollschranken fallen, sosehr ich der Auffassung bin, daß dadurch ein wirtschaftlicher Impuls allerersten Ranges und von größter Kraft ausgehen wird – über alles dies scheint mir die politische Bedeutung noch unendlich viel größer zu sein.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schuman diesen Vorschlag machte,

(Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!)

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde.

Es handelt sich auch darum, psychologisch zu wirken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß

französische Bevölkerungskreise vielfach noch immer in dem Gedanken leben, daß Deutschland ein eventueller zukünftiger Gegner sein würde.
Die psychologische Bedeutung, die Frage der Beruhigung solcher Befürchtungen im eigenen Lande und die Erweckung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und Frankreich waren die politischen Gründe, die Herrn Schuman damals geleitet haben.
Aber wie bei wirklich konstruktiven Gedanken hat sich im Laufe der Entwicklung gezeigt, daß in diesem Vorschlag eine solch lebendige Kraft lag, daß man über den ursprünglichen Zweck jetzt schon weit hinausgekommen ist.
Man hat seit dem Mai 1950 erkannt, daß die Integration Europas für alle europäischen Länder eine absolute Notwendigkeit ist, wenn sie überhaupt am Leben bleiben wollen.
(Beifall bei den Regierungsparteien)
Man hat weiter erkannt, daß man die Integration Europas nicht mit Reden, mit Erklärungen herbeiführen kann, sondern daß man sie nur herbeiführen kann
(Zuruf von der KPD: Durch Panzerdivisionen!)
durch gemeinsame Interessen und durch gemeinsames Handeln.
(Zustimmung bei den Regierungsparteien)
Darin liegt die ganz große Bedeutung dieses Vertrages. Dieser Vertrag nötigt die europäischen Länder, die ihm angehören, zusammen zu handeln.
Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,
(Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!)
um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.
(Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!)
Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.
(Beifall bei den Regierungsparteien) ...<<

13.07.1951

Frankreich: Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

28.07.1951

Jugoslawien: Das Bezirksgericht in Sombor verwirft am 28. Juli 1951 den Antrag des Bezirksanwalts auf Konfiskation (Einziehung) des unbeweglichen Vermögens eines Volksdeutschen aus Apatin mit der Begründung (x006/630): >>... daß gemäß Art. 31 und Art. 32 des Gesetzes über die Konfiskation und ihre Durchführung die einstigen Konfiskationen beendet und keine neuen Konfiskationen durchgeführt werden und daß im konkreten Fall eine Konfiskation unstatthaft war, da es sich um Personen deutscher Volkszugehörigkeit handle, die auf dem Gebiet der FNRJ leben.
Auf Grund dieser Entscheidung haben zu dieser Zeit in Apatin viele auch vormals interniert gewesene Deutsche, deren Häuser noch nicht eingezogen und an Kolonisten übergeben waren, ihr Eigentum wieder zurückerhalten.<<

Juli 1951

UdSSR: Die Sowjetunion schlägt Waffenstillstandsverhandlungen für Korea vor, die zwar im Juli 1951 beginnen, aber erst 1953 erfolgreich sein werden.

16.08.1951

DDR: Der Ministerrat errichtet am 16. August 1951 das "Amt für Literatur und Verlagswesen".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Verlagswesen"

in der SBZ (x009/453,456-457): >>Wie jeder andere Wirtschaftszweig unterliegt auch das Verlagswesen der zentralen Wirtschaftsplanung. ...
Angeleitet und kontrolliert wird das Verlagswesen von der Abteilung "Literatur und Buchwesen" im Ministerium für Kultur, die für die Buchproduktion im allgemeinen und für die "sozialistische Gestaltung" der Verlagsprogramme im besonderen verantwortlich ist. Die graphische Industrie untersteht sei 1958 dagegen der Staatlichen Plankommission; Zensur und Papierzuteilung sind also der Kompetenz nach getrennt.
Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" leitet die Verlage an, indem sie ihre allgemeine Planung, ihre Jahresthemen- und "thematischen Perspektivpläne" prüft. ...
Die Begutachtung der Verlagsprogramme zielt u.a. auf deren klare Abgrenzung durch Zuweisung thematischer Zuständigkeiten ab; auch werden "Schwerpunkttitel" festgelegt, deren Produktion unter Hintanstellung aller sonstigen Vorhaben besonders zu fördern ist.
Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" prüft jedoch auch einzelne Manuskripte; um das System der Steuerung zu vervollständigen, werden Autorenverpflichtungen im Sinne des Vertragsgesetzes angestrebt. Die schöngeistigen Verlage werden angehalten, die "Bewegung der schreibenden Arbeiter" zu unterstützen. ...
Die Buchproduktion der Verlage in der SBZ wuchs bis 1958 von Jahr zu Jahr an (1951: 2.142, ... 1958: 6.205 Titel) und holte auch in der technischen Qualität auf, befriedigt aber auch heute noch weder die Leserwünsche noch die dirigierenden Stellen von Partei und Staat.
Westliche Literatur in Lizenzausgaben und Übersetzungen wird nur in engen Grenzen zugelassen; Unterhaltungsliteratur jeden Niveaus ohne politischen Einschlag ist daher meist schnell vergriffen.
Titel, die dem sozialistischen Aufbau und der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen, genießen in der Produktion ohne Rücksicht auf Leserwünsche den Vorzug. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Literatur" in der SBZ (x009/263-265): >>Als wichtiges Instrument der Bewußtseinsbildung, der Agitation und Propaganda ist die gesamte Literatur der SBZ den Direktiven, Apparaturen und Mechanismen der Kulturpolitik unterworfen. ...
Zur Lenkung und Kontrolle der Literatur bedient sich die SED mannigfacher Methoden, die Autor, Verlag, Manuskript, Verbreitung und Publikum betreffen.
Die Schriftsteller sind im Deutschen Schriftstellerverband organisiert. Die Mitgliedschaft ist kein Zwang, aber praktisch unumgänglich zur Wahrnehmung der beruflichen Möglichkeiten und sozialen Rechte.
Das Verlagswesen wird politisch, wirtschaftlich und personell von Staat und Partei kontrolliert. Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" des Ministeriums für Kultur beaufsichtigt die Verlagsplanungen und erteilt Druckgenehmigungen. ... Alle öffentlichen Bibliotheken sind dem Ministerium für Kultur unterstellt ... In den privaten Leihbüchereien veranstaltet die Deutsche Volkspolizei in unregelmäßigen Abständen Razzien. ... Schließlich werden die gesamte Literatur und der mit ihr verbundene Apparat von den Parteiorganen kontrolliert, d.h. in diesem Falle von der Kulturkommission beim Politbüro und der Abteilung Kunst, Literatur und Kulturelle Massenarbeit des ZK der SED. ...
Dieses komplizierte und vielschichtige System der Zensur funktioniert so gut, daß nur in Ausnahmefällen bereits publizierte Bücher eingestampft zu werden brauchen.
Die Verwandlung der Literatur in ein Instrument der Staats- und Parteipolitik hat eine wichtige, propagandistisch gern hervorgekehrte Sonnenseite, die großzügige Förderung genehmer Bücher und willfähriger Autoren. ...
Die Literatur der SBZ konnte internationales Ansehen gewinnen, weil sich nach 1945 eine Reihe bedeutender deutscher Schriftsteller - ehemalige Emigranten oder "Innere Emigranten" - in Mitteldeutschland niederließen und mit dem kommunistischen Regime solidarisierten ...

Keiner von ihnen hat nach der Niederlassung in der SBZ noch ein Werk geschaffen, das seinen früheren ebenbürtig gewesen wäre. Einige wie Brecht und Hermelin verstummten ganz, andere wie Becher und Seghers fielen auf das Niveau primitiver Agitationsliteratur, wieder andere wie Zweig und Renn zogen sich auf historische und exotische Themen zurück. ...
In der Stalin-Zeit konnte sich kein Talent entfalten. Die Literatur hatte lediglich SED-Beschlüsse zu illustrieren. ...
Das literarische Leben in der SBZ ist dem politischen Druck gemäß außerordentlich einförmig. Es gibt keine unpolitische Literatur, also auch keine Unterhaltungs-, Abenteuer- und Kriminalromane ohne Tendenz. ...
Zahlreiche Schriftsteller haben sich der Reglementierung durch Republikflucht oder Übersiedlung nach dem Westen entzogen ...<<

01.09.1951

DDR: Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer müssen ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

05.09.1951

DDR: Das SED-Justizministerium untersagt ab 5. September 1951 die Bezeichnung "politische Häftlinge".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewesenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt. Neben den in die Konzentrationslager verschleppten und zum großen Teil verstorbenen Menschen werden als politische Häftlinge diejenigen bezeichnet, die ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen durch ein sowjetisches Militärtribunal oder ein Gericht der SBZ wegen Boykotthetze, Friedensgefährdung oder eines anderen Staatsverbrechens verurteilt worden sind. Auch die in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie.
Die größten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ politische Häftlinge befinden, sind die in Bautzen, Berlin-Rummelsburg, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg, Sudenburg, Hoheneck bei Stollberg, Torgau, Untermaßfeld, Waldheim und Zwickau.
Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20.000 politische Häftlinge im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der Verfassung eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüßen sollten, gab es nach offizieller Version keine politischen Häftlinge in der SBZ.
"Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt" (... Justizministerium der SBZ vom 5.9.1951).
Die Zahl der politischen Häftlinge verringerte sich infolge von einigen seit 1954 durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. ...<<

08.09.1951

USA: Die Alliierten schließen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

09.09.1951

BRD: Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtet über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmati-

schen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.
Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...
Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.
Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.
... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen (so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!): Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?
Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden" (New York Times).
Warum sprach man z.B. einen Col. Stevens von der Anklage brutalster Gefangenenmißhandlung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe (während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm), und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?
Warum sprach man die Untergebenen des vorgenannten Col. Stevens, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...
Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?
Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<

18.09.1951

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Au-

ßenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.
Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Diese Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...
Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Pleven-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.
Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:
"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."
Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.
Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angebetet, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ... Das Kernsstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen.
Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.
Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...
Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.
Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und die Regierung kontrollierend sein.
Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüben auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.
...
Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Sy-

stems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

27.09.1951

DDR: Die SED erläßt am 27. September 1951 eine "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/416): >>... Durch die "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz" vom 27.9.1951 wurde die Staatsanwaltschaft unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der DDR "ein in seiner Organisation und Tätigkeit selbständiges Organ der Justiz" (§ 1).<<

September 1951

China: Ein französischer Beamter berichtet über die Durchführung eines kommunistischen "Volksgerichtes" gegen ehemalige chinesische Großgrundbesitzer in Shanghai im September 1951 (x297/207): >>Die Gefangene hatten wie Hunde Stricke um den Hals. Man schleppte sie auf Lastwagen zum großen Stadion in Shanghai, wo früher die Hunderennen waren.

Niemand konnte sich den Eindrücken der Massengerichte entziehen. Der Rundfunk übertrug das Verfahren vom Morgen bis in die Nacht. Aus mächtigen Lautsprechern brüllte aus jeder Straßenecke das Jauchzen der Massen und das Jammern der Opfer, von denen manche zu Tode gesteinigt oder geprügelt wurden.

Die Rufe: 'Tötet! Tötet!' erdröhnten den ganzen Tag hindurch. ...<<

06.10.1951

Berlin: Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) erklärt am 6. Oktober 1951 während einer Kundgebung am Berliner Funkturm (x020/87): >>... Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland. ...<<

17.10.1951

BRD: Der Deutsche Bundestag protestiert am 17. Oktober 1951 gegen die Deportation von ca. 40.000 Banater Schwaben, die man "unter Bedingungen, die den Gesetzen der Menschlichkeit und der Menschenwürde Hohn sprechen", gewaltsam in die ostrumänische Baragan-Steppe verschleppt hatte (x025/68).

19.10.1951

USA: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

24.10.1951

USA: US-Präsident Truman erläutert am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

09.11.1951

BRD: Ein ehemaliger deutscher Häftling schreibt nach seiner Rückkehr am 9. November 1951 einen Brief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Wenn man fern der Heimat zu leben gezwungen ist, kann sich die Sehnsucht nach ihr zu Höhen steigern, welche eben nur der in ihrer ganzen Schwere nachempfinden kann, der ein gleiches Schicksal schon durchlitten hat.

Die Zerrissenheit Deutschlands, das Leid der vielen Millionen, die Sorge um seine Zukunft, das alles bedrückte uns. Die Ungewißheit des eigenen Schicksals, die Sorge um unsere Lieben daheim rissen uns beständig an den Nerven.

In diesen Stunden tiefer Depression wurde uns die Gewißheit zum Halt, in der Welt Freunde zu besitzen, die unserer nicht nur nicht vergaßen, sondern sich zu uns bekannten. Ich durfte erleben, daß sich in Deutschland und im Ausland deutsche Menschen zusammenfanden, um nicht nur uns das Los zu erleichtern, sondern auch unseren Familien zu helfen.
Sie haben uns mit den regelmäßigen Paketen mehr gegeben, als sich jemals mit Worten ausdrücken ließe. Für uns, die wir in der bedrückenden Enge des Zuchthauses lebten, ging doch eine Sonne auf, wenn wir an den Ausgabetisch gerufen wurden. Nicht nur die Herrlichkeiten des Paketinhalts erschütterten uns, es war die Heimat, welche doch zu uns gefunden hatte. ...<<

10.11.1951

Ostdeutschland: Eine deutsche Internierte schreibt am 10. November 1951 aus Grudziadz (Graudenz) an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als ich ihr Päckchen erhielt, weinte ich. Aber es waren Tränen der Freude.
Meine Dankbarkeit, daß sich doch noch ein guter Engel gefunden hat, der mich Waise, die auf der ganzen Welt niemanden mehr besitzt, getröstet hat, ist grenzenlos.
Ich schreibe diesen Brief und kann die Tränen nicht halten. Sie rinnen an meinen eingefallenen Wangen herab. Es ist mir, als ob ich an meine Lieben schreiben würde und nicht an Fremde, und mein Herz wird leichter.
Vielleicht habe ich aber doch noch das Glück, irgendeinen Angehörigen zu finden. Denn wenn man überhaupt niemanden mehr hat, ist es sehr schwer, zu leben. Doch ich bin jetzt nicht mehr verlassen. Sie denken an mich und ich werde geduldig warten, bis sie wieder schreiben.
Und Gott der Allmächtige, Sohn und Vater, ist mit mir und wird es nicht zulassen, daß ich hier zuschanden gehe. Mein Glaube ist in mir, und er wird mich halten in den Stunden der Verzweiflung. ...<<

13.11.1951

Niederlande: Ein deutscher Gefangener schreibt am 13. November 1951 aus Den Haag an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß. Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe ist noch nicht getroffen. ...
Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

18.11.1951

BRD: In Hannover gründen 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" am 18. November 1951 den "Bund vertriebener Deutscher".

27.11.1951

DDR: Das Politbüro der SED ruft am 27. November 1951 alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsproduktivität" in der SBZ (x009/33): >>Die Arbeitsproduktivität (Marx verwandte den Ausdruck "Produktivität der Arbeit") ist "der Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum" ...
Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die Arbeitsproduktivität als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der Arbeitspolitik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, da nur so die Werte geschaffen werden könnten, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität notwendig seien.

Die Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind vor allem die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die ständige Erhöhung der Arbeitsnormen, die Differenzierung der Löhne und die Qualifizierung der Arbeitskräfte.
Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu einer dauernden Ausbeutung der Arbeiterschaft.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ausbeutung" in der SBZ (x009/44): >>Als "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" gilt in der marxistischen Theorie das Mißverhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsleistung, die zu geringe Entlohnung des Proletariats durch den Kapitalisten, der sich den "Mehrwert" ausbeuterisch aneignet; Ausbeutung wird von Marx allein auf das "Privateigentum an den Produktionsmitteln" zurückgeführt.
Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die das Proletariat automatisch von der Ausbeutung befreien und eine gerechte Entlohnung ermöglichen soll, ist eine der Kernforderungen des Marxismus und in der Sowjetunion seit 1917 theoretisch verwirklicht.
Dabei hat sich ergeben, daß der Staat als einziger Kapitalist oder Unternehmer ein neues System der Ausbeutung durch den sozialistischen Wettbewerb und weitere Zwangsmaßnahmen entwickelt hat.
An Stelle der Einzelunternehmen verfügen im Bolschewismus die vom Staat eingesetzten Funktionäre über Machtvollkommenheiten, die kein Privatunternehmer in einem hochindustriellen Land besitzt. Ihnen obliegt es, die Erfüllung bzw. Übererfüllung der staatlich festgesetzten Leistungsnormen bei jedem Arbeitnehmer zu erzwingen, möglichst (um einen) sogenannten Planvorsprung zu erzielen und damit ein neues System der Ausbeutung des Menschen durch den Staat zu verwirklichen.<<

November 1951

CSR: Der tschechische Gewerkschaftsverlag "Práce" gibt ab November 1951 die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende, Zeitung "Aufbau und Frieden" heraus (x004/-134).

04.12.1951

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. Dezember 1951 ein Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit.
Danach ist Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, Spielhallen etc. nicht gestattet.

06.12.1951

DDR: Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" kritisiert am 6. Dezember 1951 die Arbeit der Gewerkschaften in der DDR (x128/240): >>Die Hauptsache dieser schlechten ideologischen Arbeit in den Gewerkschaften ist der Sozialdemokratismus. Es gibt bei uns starke Überreste des Sozialdemokratismus, die auf vielen Gebieten unsere Arbeit hemmen. Natürlich kann der Sozialdemokratismus in den Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik nicht in jener offenen Form auftreten wie in Westdeutschland, abgesehen von direkten Agenten, die von den Arbeitern entlarvt und unschädlich gemacht werden müssen.
Das Wesen des Sozialdemokratismus kommt in den Gewerkschaften vor allem zum Ausdruck in der Unfähigkeit, alle Aufgaben vom grundsätzlich–prinzipiellen Standpunkt der Verwirklichung der Ziele der Arbeiterklasse aus zu betrachten.
Die Überreste des Sozialdemokratismus zeigen sich vor allem darin, daß es viele Gewerkschaftsfunktionäre nicht verstehen, ihre Aufgaben vom Standpunkt der allgemeinen Vorwärtsentwicklung, vom Standpunkt unserer grundsätzlichen Ziele und unseres prinzipiellen Weges zu betrachten, daß sie nicht sehen, wohin der Weg gehen muß, daß sie nicht in der Lage sind, die einzelnen Teilfragen unserer Arbeit in Verbindung mit unseren großen allgemeinen Zielen zu bringen.<<

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!
Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem narzißtischem Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.
Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.
Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.
Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

07.12.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

08.12.1951

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen am 8. Dezember 1951 diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

12.12.1951

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1951) berichtet am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**
Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.
Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. Nach ihm soll die Stahlproduktion Frankreichs bis 1953 auf eine Jahresleistung von 15 Millionen Tonnen gebracht werden, gegen nur 6,2 Millionen Tonnen 1936.
Der gewaltige Ausbau der französischen Stahlkapazität wurde zum Teil aus Marshallplanmitteln, darüber hinaus aus Steuermitteln vollzogen. Dieser aufgeblähten Kapazität steht aber nur ein Inlandsbedarf von höchstens 7 bis 8 Millionen Tonnen gegenüber. Schon der Monnet-Plan rechnete deshalb mit einer Ausfuhr von Stahl, Eisen und Halbzeug nach Deutschland von 3 Millionen Tonnen jährlich.
Andererseits sind die Franzosen für ihre Erzverhüttung auf die Zufuhr von Ruhrkoks angewiesen. Ebenso führt Frankreich in großem Umfange Steinkohlen aus Deutschland ein. Das Interesse der französischen Montanindustrie ist also: möglichst billig Kohle und Koks aus Deutschland einzuführen und andererseits Stahl und Walzwerkerzeugnisse in steigendem Umfange nach Deutschland auszuführen.

Dies sind die wirtschaftlichen Interessen, die Frankreich bewogen haben, im Schumanplan eine Montanunion vorzuschlagen. Der Leiter der französischen Delegation bei den Pariser Verhandlungen war denn auch niemand anders als Herr Monnet selbst. Und Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen.

Übersehen ist aber auch, daß mit der Preisgabe wesentlicher und berechtigter deutscher Interessen die Gefahr besteht, daß bei solchen Teilunionen in den benachteiligten Wirtschaftskreisen und in ihrer Arbeiterschaft sehr unerwünschte nationalistische oder radikale Reaktionen auftreten können. Und wenn der Herr Bundeskanzler meinte, der politische Zweck sei unendlich viel größer als der wirtschaftliche Zweck, so muß die Frage gestellt werden, welche wirtschaftlichen Opfer gebracht werden und ob gerade diese Opfer erforderlich und in ihrer Bedeutung überhaupt voll erkannt sind.

Im Schumanplan sollen Tatsachen und Fragen internationalen Güteraustausches und internationaler Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Völkern neu geregelt werden. Diese Handelsbeziehungen wurden bisher von Handelsverträgen mit mäßigen Zollsätzen bestimmt. Das hinderte nicht eine intensive Arbeitsteilung, und einen umfangreichen Güteraustausch. Rohstoffe wie Kohle und Erz gingen immer zollfrei über die Grenzen und niemand hindert Frankreich, Kohle und Koks zollfrei in sein Land zu lassen oder Deutschland, französische Minette-Erze. Nur mäßige Zölle auf Eisen, Halbzeug und Stahl boten einen bescheidenen Schutz des einheimischen Marktes.

Eine völlige Verschmelzung der Wirtschaften verschiedener Länder würde eine Zollunion bedeuten. In ihr gleichen sich bestenfalls die Gewinne und Verluste aus den notwendig werdenden Umstellungen aus. Die Zollunionspläne, die nach dem Kriege in Frankreich gegenüber Italien und kurze Zeit auch für eine Verbindung mit Deutschland erwogen wurden, sind aber schnell wieder als undurchführbar aufgegeben worden. Bei dem neuen Wege der Teilunionen, wie er erstmals im Entwurf des Schumanplanes beschritten wird, hat Frankreich aber nur Zweige ins Auge gefaßt, in denen die französische Wirtschaft Überkapazitäten aufzuweisen und sich einen Vorsprung verschafft hat.

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen.

Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen. Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar.

Sehen wir uns kurz die überkommene Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich in

der Montanwirtschaft an. Es betrug die deutsche Brennstoffausfuhr nach Frankreich im Jahre

	an Koks	an Steinkohle
1928	3,7 Mill. t,	4,5 Mill. t
1937	2,3 " "	8,0 " "
1949	3,24 " "	4,8 " "

Anderseits betrug die französische Erzausfuhr nach Deutschland im Jahre

1928	3,6 Mill. t
1937	5,7 " "
1949	0,12 " "

Die Arbeitsvereinigung von Ruhrkohle und Koks mit lothringischen Minetteerzen hatte sich seit den 1880er Jahren entfaltet, als Lothringen noch zum deutschen Reich gehörte. Die Erze wurden teils in Lothringen, Luxemburg und an der Saar mit Ruhrkoks oder auch dem weniger guten Saarkoks verhüttet, teils aber wurde das Erz zu den Hüttenwerken am Niederrhein gefahren und dort mit Ruhrkoks geschmolzen, der von den nahen Zechen und Kokereien kam. Dieser Zusammenhang wurde auch nach 1918 aufrechterhalten.

Mit den entgegengesetzten Transporten von Kohle und Koks nach Lothringen und von Erzen ins Ruhrgebiet wurde zugleich der Transportraum in beiden Richtungen ausgenutzt. Diese Arbeitsteilung, gesichert durch die Handelsverträge, hatte die Stahlerzeugung in beiden Ländern im Verhältnis zu ihrem Bedarf entwickelt.

Wie die Zahlen zeigen, ist seit dem zweiten Weltkriege die Einfuhr lothringischer Minette-Erze nach dem Ruhrgebiet fast bedeutungslos geworden. Die auf die Erzeugung von Thomasstahl eingestellten Hochofenwerke am Niederrhein verwenden heute Salzgitter-Erze, obwohl die lothringischen Erze günstiger liegen.

Frankreichs Ausfuhr an Minetteerzen ist entsprechend der Steigerung der eigenen Verhüttung zurückgegangen. Von deutscher Seite wird über eine Zurückhaltung des Ausbaus der lothringischen Erzgruben geklagt. Auf die Dauer gesehen wird aber die deutsche Stahlerzeugung in steigendem Maße angewiesen sein auf lothringische Minette-Erze und auf hochwertige Erze aus Nordwestfrankreich, denn in diesen beiden Gebieten liegen die größten europäischen Erzreserven.

Der Schumanplan bietet nun keine Handhabe, den Abbau der lothringischen Erze über den Bedarf der französischen Hüttenwerke hinaus zu fordern. Aber wahrscheinlich wird der Marktmechanismus des Schumanplanes ohnehin die Verhüttung der Minette-Erze im Ruhrgebiet unrentabel machen. Und ebenso ist es zweifelhaft, ob es nach dem Verbot von Frachtdifferenzierungen wirtschaftlich möglich sein wird, Salzgitter-Erze an den Niederrhein zu fahren. Es besteht die Gefahr, daß die Erzeugung von Thomasstahl im Ruhrgebiet zum Erliegen kommen wird.

Ebenso steht durch das Verbot der Frachtvergünstigungen zu befürchten, daß die Verhüttung von schwedischen, spanischen, nordafrikanischen und später amerikanischen hochwertigen Erzen im Siemens-Martin-Verfahren aus dem Ruhrgebiet abgezogen wird an die großen Hafenplätze wie Rouen, Rotterdam, Ymuiden, wo die Erze direkt vom Seeschiff in die Hochöfen gelangen, während die Kohle und der Koks billig auf dem Rhein herankommt. So droht der Wirtschaft des Ruhrgebietes ein Abbröckeln auch in den weiterverarbeitenden schweren und mittleren Industrien gerade derjenigen Zweige, die für den Export arbeiten.

Aber wie ist es denkbar, daß der Schumanplan, der sich auf dem Papier so elegant und einleuchtend liest, zu solch tiefgreifenden Veränderungen führen kann. Nun, er schlägt dem Staate alle Mittel der wirtschaftspolitischen Beeinflussung und Stützung aus der Hand, die in der öffentlichen Meinung und selbst in den Wirtschaftskreisen durch die billige Agitation der neoliberalen Doktrinäre entwertet sind, die Mittel der handelsvertraglichen Sicherung von Rohstoffbezügen, die geringen Zollsätze, die Schleusen einbauen in das wirtschaftliche Gefälle,

und vor allem die Mittel der Tarifpolitik der Staatsbahnen, die nun einmal in hohem Maße den heutigen Standortaufbau bestimmen und die Ungunst der Lage der einzelnen Gebiete ausgleichen.
Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. Bezeichnenderweise erscheinen die Verbotsbestimmungen des Artikels 4 als das Kernstück des Vertrages. Danach werden aufgehoben und untersagt:
a) Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie mengenmäßige Beschränkung des Warenverkehrs,
b) Maßnahmen oder Praktiken der Differenzierung der Preis- und Lieferbedingungen und der Beförderungstarife,
c) von den Staaten bewilligte Subventionen oder Beihilfen,
d) einschränkende Praktiken, die auf eine Aufteilung oder Ausbeutung der Märkte abzielen.
Nach Artikel 5 hat indes die Hohe Behörde das Recht zu begrenzten Eingriffen. Sie holt Auskünfte ein, sie berät und sie stellt allgemeine Ziele auf. Nach Artikel 46 hat die Hohe Behörde die Marktentwicklung und die Preistendenzen laufend zu verfolgen, Programme aufzustellen für Erzeugung, Verbrauch, Ausfuhr und Einfuhr, die als Hinweise dienen.
Die Hohe Behörde wird nun vorwiegend in Anpassung an die Marktlage handeln. Dafür kennzeichnend sind die Artikel 58 und 59. Nach ihnen kann die Hohe Behörde in einer offensichtlichen Krise Erzeugungsquoten festsetzen, in einer Mangellage Verwendungsprioritäten erlassen. Beide Bestimmungen können sich für die deutsche Stahlindustrie und den deutschen Kohlenbergbau ungünstig auswirken.
In einer Absatzkrise wird die deutsche Produktion Einschränkungen hinnehmen müssen, die auf die übertriebenen Kapazitätsausweitungen in den westlichen Ländern zurückgehen, wenn der inländische Bedarf noch die volle Beschäftigung der einheimischen Produktion erlauben würde. In einer Mangellage wird man auf die Ziffern des künstlich gedrosselten deutschen Bedarfs zurückgreifen.
Artikel 54 gibt der Hohen Behörde ihr wirtschaftlich wichtigstes Mittel in die Hand. Sie kann den Unternehmungen selbst Kredite gewähren und andererseits von den Firmen Auskünfte einfordern über ihre Ausbauprogramme. Enthalten diese Subventionen, Beihilfen oder diskriminierende Praktiken, so werden die Programme verboten, sofern sie nicht auf der Verwendung eigener Mittel beruhen.
Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?
Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. Neben ihr steht ein "Beratender Ausschuß", der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher und der Arbeitnehmer gebildet wird. Als das Parlament der Union soll eine "Gemeinsame Versammlung" gebildet werden, deren Mitglieder jährlich von den Parlamenten gewählt werden.
Neben der Hohen Behörde steht als gleichsam föderatives Organ der "Besondere Ministerrat", in den jeder Mitgliedstaat einen Minister entsendet. In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.
Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen

Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.
Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.
Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprachen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht!
Welche politischen Ziele aber wollen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein mit dem Schumanplan erreichen, die so turmhoch über den Opfern stehen, die uns dieser Plan zumutet. Glauben sie wirklich, daß der Schumanplan der deutsch-französischen Verständigung und Verbrüderung dienen kann, wenn er erst einmal wirksam wird und wenn der deutsche Arbeiter und die deutsche Stahlwirtschaft den Druck dieser Fesseln verspüren werden?
Artikel 69 stellt den Arbeitern der Montanunion die Freizügigkeit in den Ländern der Gemeinschaft in Aussicht.
Was bedeutet das? Es besagt, daß mit Verpflanzungen der Arbeiter von Land zu Land gerechnet wird. Und was man in den Westen abziehen möchte, das sind unsere hochqualifizierten Hochofentechniker, Werkmeister und Facharbeiter. Schon einmal wanderten im Dreißigjährigen Kriege deutsche Hochofenmeister nach England und Schweden aus und brachten dort die Hochofentechnik hin!
Unter dem Druck der öffentlichen Kritik ist nunmehr auch die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 12. Juli und anscheinend vor allem der Herr Bundespräsident zur Ratifizierung nur bereit, wenn entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 27. Juni 1951 verbindliche Zusagen aller beteiligten Mächte darüber vorliegen, daß aufgehoben werden: die Ruhrbehörde, die alliierten Kohle- und Stahlkontrollgruppe, die Eingriffsrechte der alliierten Sicherheitsbehörde in die Kohle- und Stahlwirtschaft und die Beschränkungen der Stahlkapazität und der Stahlproduktion.
Aber selbst wenn diese Bedingungen voll erfüllt werden und damit eine formelle Gleichheit erreicht wird, so bleiben entscheidend wichtige Vorbelastungen materieller Art bestehen, die für die deutsche Wirtschaft während der ganzen Dauer des Paktes erhalten bleiben sollen, und die zum Teil bewußt geschaffen wurden, um Deutschland mit einem schweren Handicap in die Montanunion eintreten zu lassen.
Diese materiellen Ungleichheiten beruhen in den folgenden Punkten:
1. Die deutsche Stahlindustrie und der deutsche Bergbau haben einen sehr großen Nachholbedarf, der durchweg auf einen Betrag von mehreren Milliarden DM geschätzt wird. Die deutsche Montanwirtschaft konnte nur die gröbsten Kriegsschäden ausbessern, sie wurde weiter durch die Demontagen in wichtigen Bezirken aufs schwerste geschwächt. Veraltet sind vor allem die Walzwerke, die Schmieden und die Pressen.
Die Demontagen von Walzwerken und Breitbandstraßen haben in den Aufbau der Stahlverarbeitung schwere Lücken gerissen. Die deutsche Feinblechkapazität ist um die Hälfte gesenkt worden. In diese Lücken suchen die westlichen Konkurrenten mit ihrer forciert ausgeweiteten

Kapazität einzuspringen. Diese Kapazitätsausweitungen sind mit großen Subventionen aus Marshallplanmitteln und aus Steuermitteln vollzogen worden. Künftig aber sind alle Subventionen nach dem Schumanplan untersagt. Im Vertragsentwurf hat die deutsche Delegation nicht einmal sichergestellt, daß Entschädigungsleistungen für Demontagen nicht etwa als Subventionen von der Hohen Behörde verboten werden.

2. Durch das Gesetz Nr. 27 zur Dekonzentration und Dekartellisierung der Kohle- und Stahlindustrie Westdeutschlands vom Mai 1950 werden nicht nur die Kartelle sondern auch die Konzerne zerschlagen. Dabei wird eine große Zahl selbständiger Gesellschaften gegründet, die für die Stahlwerke nur eine Kapazität bis zu 1,2 Mill. t zulassen.

Auf einer Arbeitstagung über den Schumanplan mit den Vertretern der westlichen Länder, die Ende Juni in Frankfurt stattfand, aber sagte der Franzose Francois Gérard, die günstigste Betriebsgröße für ein Hüttenwerk liege etwa bei 2,4 Mill. Tonnen Kapazität. Deutlich ist also die Absicht, die deutsche Stahlindustrie unter so ungünstige und ökonomisch widersinnige Bedingungen zu stellen, daß sie unter dem Schumanplan nicht mehr konkurrenzfähig ist, während das System der Zwangskonkurrenz jeden erneuten Zusammenschluß verbietet.

3. Mit der Entflechtung verbunden ist die Auflösung der Verbundwirtschaft zwischen Kohlenzechen und Hüttenwerken an der Ruhr. Unangefochten aber bleibt die Eigentumsverbindung von Erzgrube und Hüttenwerk, die in Lothringen für fast alle Hüttenwerke gilt. Dabei ist die Verbindung von Erzhütte, Kohlenzeche und Kokerei gerade für die Kosten bei der Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl von entscheidender Wichtigkeit.

4. Ferner hat die deutsche Regierung unter starkem politischem Druck der Besatzungsmächte in den Pariser Verhandlungen den gemeinsamen deutschen Kohlenverkauf preisgegeben. Westdeutschlands Kohlenbergbau soll also uneingeschränkt dem System der Zwangskonkurrenz unterstellt werden, im Interesse der billigsten Kohlenversorgung der westlichen Schumanplanländer. Freie Konkurrenz ist hier aber untragbar. Sie führt zum Raubbau, zu unwirtschaftlichen Transporten, zum Vorgriff auf die besseren Sorten und schlechthin zu ruinöser Konkurrenz.

Gerade Frankreich hat unbeirrbar an dieser Forderung der Aufhebung des gemeinsamen Kohlenverkaufs festgehalten. Und wohlgemerkt: Frankreich selbst, ebenso wie England und Polen haben für ihren sozialisierten Kohlenbergbau selbstverständlich einen gemeinsamen Kohlenverkauf. Gleichzeitig aber soll nun der deutsche Kohlenbergbau mit einer Ausgleichsumlage zugunsten der unrentabel arbeitenden belgischen Kohlenzechen belegt werden. Man rechnet mit einer Belastung von 50 bis 80 Millionen DM im ersten Jahre, die später jährlich um ein Fünftel sinken soll.

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokses sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt.

Mit dem Schumanplan begeben sich die Staaten der Möglichkeit, eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und des gleichmäßigen Ausbaues der Grundstoffindustrien zu betreiben. Artikel 83 läßt zwar die Frage der Eigentumsordnung offen. Sollte aber in den kommenden 50 Jahren eine deutsche Regierung den Kohlenbergbau und die Stahlindustrie sozialisieren, wie es in England geschehen ist, so würden sich Konflikte mit den liberalen Bestimmungen des Vertrages ergeben.
Vielleicht wird es gerade die Wirkung des Schumanplanes sein, diese Entwicklung zu beschleunigen. Und es erscheint als zweifelhaft, ob die jetzige westdeutsche Regierung befugt ist, derart weitgehende Bindungen einzugehen für einen Zeitraum, der die übliche Lebensdauer einer Koalitionsregierung um ein Vielfaches übersteigt.
Noch rechtzeitig für die Ratifizierungsdebatte des Schumanplans in der Pariser Nationalversammlung gab Finanzminister René Mayer die Sonderhilfe der USA an Frankreich bekannt, durch die das vorbereitete französische Sparprogramm überflüssig wird. Sie beträgt 600 Millionen Dollar, zusätzlich zu den 290 Millionen regulärer ECA-Hilfe Frankreichs im laufenden Jahr (gegen 175 Millionen regulärer ECA-Hilfe für Westdeutschland).
Der Schumanplan soll jetzt auch in Bonn, möglichst noch vor Weihnachten, in zweiter und dritter Lesung behandelt werden. In seinem Artikel "Der Schumanplan: Die neue Ruhrbehörde" umreißt Professor Dr. Hans Ritschl, der während des Sommers im Auftrage des Hamburger Senats ein ausführliches Gutachten über die Montanunion ausarbeitete, noch einmal die Bedeutung und die Auswirkungen des Schumanplanes.
Der Autor ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundes-Finanzministeriums und wirkt seit 1946 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Universität Hamburg. Professor Ritschl umreißt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedenken, denen auf französischer Seite, wie die Debatte in der französischen Kammer zeigte, parallele Bedenken entsprechen.
Unberücksichtigt läßt Prof. Ritschl den rein politischen Aspekt, inwieweit eine Ratifizierung zum Zeitpunkt der UNO-Verhandlungen über Deutschland die immerhin noch zur Debatte stehende Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, wenn nicht gar verhindern könnte.<<

20.12.1951

BRD: Das Landgericht Hannover berichtet im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51):
>>... Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.
An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...
Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...
Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig

aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.
... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<

1951

DDR: Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

UdSSR: Gefangene Wehrmachtssoldaten berichten im Jahre 1951 über einen "Pakettag" in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Swerdlowsk und Schachty (x130/360): >>Bei uns gab es eine Paket-Ausgleichskommission. Kameraden, die viele Pakete erhielten, teilten mit Kameraden, die selten oder nie Pakete empfingen.
Der Gesundheitszustand und vor allem auch die moralische Widerstandkraft wurden durch die Pakete gehoben. Der Pakettag war immer ein Freudentag. …<<
>>... Dann kamen die Pakete, Die Pakete waren natürlich eine maßlose Beglückung. Sie machten uns ganz schnell unabhängig von der russischen Versorgung. In kurzer Zeit blühten die Männer wieder auf und kamen rein körperlich zu Kräften. …<<
>>... Wir standen vor der Tür wie die kleinen Kinder, ehe sie in die Stube zum Weihnachtsbaum kommen dürfen.
Endlich war es so weit, ich war dran. Das erste Mal seit neun Jahren wieder etwas von zu Hause, wieder etwas aus Deutschland. …<<
>>... Die Konservendosen müssen extra abgeholt werden. Die Ausgabe erfolgt völlig unregelmäßig. Die Gefangenen müssen oft eine Stunde und mehr anstehen, um zu einer Büchse zu kommen. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Kameradschaft der zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilten deutschen "Kriegsverbrecher" in der Sowjetunion (x130/359): >>Der Zusammenhalt war wesentlich besser als vorher. Biedere Landsturmmänner waren genauso verurteilt wie Offiziere, Aktivisten der Antifa und Spitzel.
Mit einem Schlag hatte das alles Denken beherrschende Warten auf den Tag der Heimkehr ein Ende, mit 25 Jahren Zwangsarbeit schien die Situation klar. Man mußte sich jetzt einrichten so gut es ging, und sehen, wie man am besten über die Runden kam.
Jetzt entstand erst wirklich das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals, bis dahin hatte man doch mehr oder weniger überlegt, wie man sich dem gemeinsamen Schicksal entziehen könnte. …<<

Anstatt eines Schlußwortes

Eine kränkende Wahrheit ist mehr wert als eine reizende Schmeichelei.
Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827, schweizerischer Pädagoge)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso wurde die deutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihren Siedlungsgebieten in Ost-Mitteleuropa vertrieben?

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/1-2,5-6): >>Die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa 1945-1947 war die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte. Die Einwohnerzahl der Vertreibungsgebiete entsprach mit über 20 Millionen derjenigen der Republiken Finnland, Island und Irland und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Noch nie in der Geschichte wurde eine so große Volksgruppe mit einem Federstrich aus den Geschichtsbüchern und Atlanten getilgt und zu Menschen ohne Menschenrechte gemacht. Man wird vergeblich nach Vergleichbarem suchen. In Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasripal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößeren Gruppen dürften die je 7,5 Millionen indischen und pakistanischen Flüchtlinge der Jahre 1947-1949 sein.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat in den 50er Jahren die alteingesessene Bevölkerung der deutschen Vertreibungsgebiete außerhalb der Sowjetunion mit 16,5 Millionen ermittelt. In dieser Ziffer nicht enthalten sind außer den 1,5 Millionen Rußlanddeutschen (sie wurden überwiegend von Westen nach Osten vertrieben) noch fast 2,5 Millionen West- und Mitteldeutsche. Insgesamt lebten also bei Kriegsende über 20 Millionen Deutsche in den ostdeutschen und osteuropäischen Vertreibungsgebieten. Davon entfielen etwa 50 % auf Ostdeutschland in seinen Grenzen von 1937, der Rest auf das Sudetenland und die deutschen Sprachinseln zwischen Donau und Wolga.

Flächenmäßig umfaßten die Ostgebiete des Deutschen Reiches ein Viertel des deutschen Staatsgebietes, wenn man die Grenzen von 1937 zugrunde legt, und einen noch größeren Anteil, wenn man Sudetenland, Memelland und die freie Stadt Danzig, kurzum das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Osten einbezieht.

Nicht alle Ostdeutschen und nicht alle Volksdeutschen wurden nach West- und Mitteldeutschland vertrieben. Im Jahr 1950 zählte man ca. 830.000 Rußlanddeutsche, die die Verschleppung in den asiatischen Teil der Sowjetunion überlebt hatten, und über 3,3 Millionen Deutsche in den anderen Vertreibungsgebieten, die in ihrer alten Heimat meist unter unwürdigen Umständen wohnen durften bzw. mußten.

In der Bundesrepublik lebten 1950 rd. 8,1 Millionen Vertriebene.

Bei der Vertreibung zu Tode gekommen sind zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen. Davon entfallen über 600.000 auf Rußlanddeutsche und 2,2 Millionen auf die alteingesessene Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete und der anderen Vertreibungsgebiete. Die Gesamtzahl der Vertreibungstoten entspricht ziemlich genau der seinerzeitigen Einwohnerzahl der Republik Irland. ...<<

>>... So absurd es auch klingen mag, die Vertreibung in den Westen erschien nun fast als Hoffnung, als letzte Chance, wenigstens das nackte Leben zu retten. Zwar sind auf den Vertreibungstransporten noch Tausende an Hunger, Kälte und Erschöpfung gestorben, aber immerhin hatte man eine Chance.

In den Jahren zwischen 1945 und 1947 waren die Vorgänge in den Vertreibungsgebieten

überwiegend von Gewalt und Grausamkeit geprägt, und spätestens 1950 war die Vertreibung praktisch abgeschlossen. Aber auch in den folgenden Jahren blieben die daheimgebliebenen Deutschen de facto und in einigen Ländern sogar de jure diskriminiert – Bürger minderen Rechts.
Der Weg in die Bundesrepublik erschien Millionen von Menschen als Lösung bzw. Erlösung. Daß zwischen 1950 und 1987 im Jahresdurchschnitt nur zwischen 15.000 und 50.000 Ostdeutsche (das Jahr 1958 mit über 132.000 bildete die Ausnahme) zu uns kamen, lag ausschließlich an der restriktiven Ausreisepolitik der osteuropäischen Regierungen.
Schnell änderte sich die Lage, als Gorbatschows Reformpolitik zu greifen begann. Mit über 202.000 Aussiedlern erreichte die Statistik schon 1988 einen unerwarteten Anstieg. 1988 kamen 377.000, 1990 über 400.000. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1990 rund 2,4 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland und Osteuropa in die Bundesrepublik. 3,2 Millionen wohnen immer noch in den Vertreibungs- und Deportationsgebieten. ...
Zusammenfassend läßt sich feststellen: Was auf den ersten Blick als "die Vertreibung" erscheint, war in Wirklichkeit ein makabres Panoptikum aus Massaker und Flucht, aus Deportation zur Zwangsarbeit und Internierung in Lagern. Die eigentliche Vertreibung und die sog. Spätaussiedlung waren nur das Finale, die Spitze des Eisbergs. Zudem bestanden gewaltige regionale Unterschiede beim Ablauf des Vertreibungsgeschehens.
Naturgemäß ist es nicht einfach, einen derart vielschichtigen Tatbestand rechtlich einzuordnen. Kein Geringerer als Prof. Felix Ermacora, der UNO-Sonderbeauftragte für Afghanistan, sieht den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der UNO-Resolution vom 9.12.1948 erfüllt. ... Die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte stellt zugleich den größten Verbrechenskomplex der Nachkriegsgeschichte dar.<<

2. Weshalb verhungerten nach dem Zweiten Weltkrieg ungezählte deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten?

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228):
>>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.
Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.
Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.
Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.
Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad

absurdum führen sollen.
Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens $ 3.468.000.000 beliefen, oder sogar auf $ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.
In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, $ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von $ 25.000.000.000. ...<<
>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.
Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.
Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.
Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.
Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greueltaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greueltaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

3. Warum ließen die Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg in den deutschen Besatzungszonen systematische Demontagen durchführen?

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.
Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.
In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.
1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.
Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

4. Wieso scheiterte in den Nachkriegsjahren zunächst die Umerziehung der Deutschen?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...
Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.
Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung.
Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.
In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittle"!
Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner, von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher " nie gehört zu haben. ...<<

5. Weshalb wurden die deutschen Vertriebenen von ihren Landsleuten meistens nicht mit "offenen Armen" empfangen?

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/464-466): >>... Im Winter 1945 auf 1946 streifte die Not schon die Unerträglichkeit. Als im Laufe des Jahres 1946 die großen Massenvertreibungen aus den Ostgebieten Woche für Woche Zehntausende von Menschen in die Besatzungszonen der Westmächte hineinzwangen, sorgten die Sieger nicht etwa für den Bau von Wohnungen oder ihre Wiederherstellung. Sie teilten noch einmal auf, was die Verlierer des Krieges noch besaßen.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 18 setzte den Wohnraum, der jedem Deutschen zustand, auf 4 Quadratmeter fest. Das hieß: eine fünfköpfige Familie mußte mit einem einzigen Zimmer auskommen. Und später im Jahr geschah, was kaum vorstellbar schien: Die Lage verschärfte sich so sehr, daß auch dieses Minimum an Wohnraum, das den Deutschen geblieben war, noch beschnitten wurde. ...

Doch an vielen Orten in den Beatzungszonen der Westmächte war schnell der Punkt erreicht, an dem auch der Einsatz von Soldaten zur Unterbringung von Flüchtlingen nichts mehr fruchtete – einfach deshalb, weil die Wohnungen schon so vollgestopft waren, daß niemand zusätzlich mehr in diese aufgenommen werden konnte. Die Menschen, die ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Höfe im Osten verlassen mußten, hausten jetzt in Gartenlauben, in Bunkern, in Fabrikhallen, in Kegelbahnen, in Rindvieh- und Schweineställen. In Wirtshäusern wurden Tanzsäle geräumt, Vertriebene schlugen dort ihre Lager auf. Sie gruben Höhlen in Hänge und schachteten Erdbunker aus, die sie mit Ästen und Stroh abdeckten. ...

Hunderttausende auch lebten in Baracken, die zuvor den Reichsarbeitsdienst oder Kriegsgefangene oder auch Fremdarbeiter beherbergt hatten. In diesen Baracken verfügten die Menschen oft nicht einmal über jene vier Quadratmeter Raum, die jedem Deutschen von den Alliierten zugebilligt worden waren. Sie schliefen auf Stroh in doppelstöckigen Pritschen, die aus rohen Brettern zusammengezimmert waren.

Diese Pritschen waren einen Meter breit und nicht einmal zwei Meter lang – dies war der private Winkel, der ihnen zustand. Sie setzten sich auf die Kanten ihrer Betten, um ihre kärgliche Mahlzeit aus blechernem Geschirr zu löffeln. Und alles, was sie taten, geschah unter den Blicken vieler anderer, fremder Menschen. Was sie sagten, hörten Ohren, für die das Gesagte nicht bestimmt war, und sie wurden Zeugen von Gespräch und Streit, obwohl sie es nicht wollten. Kinder lernten flüstern und verlernten das Spielen.

Schließlich spannten die Menschen in den Baracken Wäscheleinen, Draht- oder Bindfäden von Wand zu Wand, hängten Decken darüber, schufen auf diese Weise Sichtblenden, die sie den Blicken der anderen entzogen, und stellten so auf 5 oder 6 Quadratmetern so etwas wie privaten Raum für die ganze Familie her.

An den primitiven rußgeschwärzten Herden, deren Abzugsrohre durch die Fenster geführt wurden, aber trafen sie sich wieder – 4 oder 5 Familien, oft auch noch mehr Familien, mußten sich die Kochgelegenheit teilen. Es blieb nicht aus, daß sie sich gegenseitig in die Töpfe guckten – Quelle von Neid und Hader, wenn in einer der Suppen manchmal eine Handvoll Bohnen mehr als üblich oder gar ein Stück Speck schwamm. ...<<

6. Warum wurden die Nachkriegsjahre 1945 bis 1948 auch die "Schwarzmarktzeit" genannt?

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgie-

big mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.
Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.
Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.
Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...
Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.
Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?
Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<
>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.
Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.
Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.
Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."
Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.
Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schreckli-

chen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!
Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.
Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.
Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.
Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingenistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...
Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

7. Wieso förderte der Marshall-Plan ab 1947 die europäische Wirtschaftsentwicklung?

US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellte am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor (x058/379): >>Die Wahrheit ... ist, daß Europas Bedarf an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten aus dem Ausland - vor allem aus Amerika - in den nächsten 3 oder 4 Jahren so viel größer ist als seine augenblickliche Zahlungsfähigkeit, daß es substantielle, zusätzliche Hilfe braucht oder sich einer sehr ernsten wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenübersieht. ...
Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was in ihren Kräften steht, und die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Gesundheit in der Welt zu unterstützen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.
Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Ideologie, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.
Ihr Ziel soll die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft sein, um die Rückkehr politischer und sozialer Bedingungen zu erlauben, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß solche Hilfe nicht stückweise erfolgen kann, je nach Verlauf verschiedener Krisen. Jede Hilfe, die unsere Regierung in der Zukunft gewähren mag, sollte mehr eine Heilungskur als ein Linderungsmittel darstellen.
Jede Regierung, die die Aufgabe des Wiederaufbaus bereitwillig unterstützt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit bereit finden.
Keine Regierung kann Hilfe von uns erwarten, die durch Manöver den Wiederaufbau anderer Länder zu blockieren versucht. ...<<

8. Weshalb wurde die sog. "Währungsreform" des Jahres 1948 besonders von den "kleinen Sparern" heftig kritisiert?

Der deutsche Journalist Kurt Pritzkoleit (1904-1965) berichtete später über die Folgen der westdeutschen Währungsreform (x156/42): >>... Natürlich war die Behandlung der kleinen Leute, die die Masse der Geldsparer stellten – ob sie nun ihre Reichsmark im Strickstrumpf

verborgen oder sie bei Banken, Sparkassen oder Genossenschaften angelegt hatten -, so ungerecht wie nur möglich.
Sie hatten eine harte Währungsreform gemacht, um die alte Ordnung der Dinge, die freie Marktwirtschaft, die der Vorstellungswelt der westlichen Welt entsprechende kapitalistische Wirtschaft wiederherzustellen. Deshalb waren die Sachwertbesitzer, die Produzenten industrieller und landwirtschaftlicher Güter im Besitz ihres Sachkapitals geblieben – der Lastenausgleich sollte Sache der Deutschen bleiben -, der ganzen Fülle der produktiven Besitztümer, die durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden viel weniger gelitten hatten, als man damals noch ahnte; sie würden es bald erleben, daß der Wert ihrer Fabriken und Horte wesentlich anstieg; sie waren von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit wurden – und das alles, weil sie als die Garanten der Zukunft galten.
Erst später würde man übersehen können, mit welchen Gewinnen die Herren und Hüter der Sachwertwelt aus der Währungsreform hervorgegangen waren, und gleichzeitig feststellen, daß die Sparer, die es einfach nicht lassen können, aufs neue begonnen hatten, Groschen für Groschen auf die hohe Kante zu legen.
Das war genau der gewollte Effekt der alliierten Maßnahmen: harte Reform für die Sparer, Erleichterung jeder Art für die Produzenten.<<

9. Warum erfolgte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ohne direkte Beteiligung des deutschen Volkes?

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Das "vorläufige" Grundgesetz des westdeutschen Teilstaates wurde ohne direktes Mandat des deutschen Volkes im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte erarbeitet und am 23. Mai 1949 im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn in einem feierlichen Staatsakt verkündet. ...
Der erstmals gebrauchte Staatsname im Titel soll auf die gesamtdeutsche Verpflichtung hinweisen. Unter Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und dem Nationalsozialismus entstand der rechts- und sozialstaatliche sowie das föderalistische und demokratische Prinzip. Der Grundrechtskatalog knüpft an die Vorarbeit der Paulskirchenverfassung von 1849 an. ...
Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.
Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

10. Wieso brach im Jahre 1950 der dreijährige Koreakrieg aus?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Koreakrieg (x068/288-290): >>Korea, seit langem ein bevorzugtes Objekt amerikanischer Außenpolitik, war durch die vernichtende Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1895 "unabhängig", nach Japans neuerlichem Sieg 1905 auch über Rußland vier Jahrzehnte vom Sieger besetzt, schließlich 1945 durch die Konferenz von Potsdam abermals "unabhängig" geworden. Im August und September okkupierte die Sowjetunion den Norden, die USA den Süden des Landes.
Die rußlandfeindliche US-Politik führte aber auch hier zum Zerwürfnis. 1948 bricht das Land in zwei feindliche Teilstaaten diesseits und jenseits des 38. Breitengrades auseinander, im Süden am 15. August 1948 in die Republik von Korea, im Norden am 9. September in die Demokratische Volksrepublik Korea. Es kommt, durch beide Seiten, zumal aber durch das diktatorische Regime Südkoreas unter Syngman Rhee, zu ständigen Grenzprovokationen, und nach fortgesetzten militärischen Konflikten an der Demarkationslinie fallen am 25. Juni 1950 nord-

koreanische Truppen in Südkorea ein und überrennen es weithin in zwei Monaten.
Präsident Truman reagiert rasch. Schon am 27. Juni 1950 befiehlt er den Einsatz von See- und Luftstreitkräften, am 30. Juni den Einsatz auch von Bodentruppen. Ein kleines, mehr symbolisches Kontingent der Vereinten Nationen unterstellt sich kurz darauf dem US-Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur. Gleichwohl bestreitet Truman, daß die USA im Kriegszustand seien, und erklärt, es handle sich um eine Polizeioperation im Auftrag der UNO. Und am 30. November droht er mit dem Einsatz der Atombombe; schließlich hatte er als einziger Staatsmann der Welt praktische Erfahrung damit.
Mindestens zweimal erwog damals der Präsident, nach seinem eigenen Tagebuch, einen Atomkrieg gegen Sowjetrußland und Rot-China. Man müsse, notierte er, ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum stellen und bei Ablehnung "sämtliche Häfen und Städte ausradieren".
"Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müsse". Und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea schrieb Truman am 18. März 1952 ins Tagebuch: "Ihr akzeptiert entweder unsere fairen Vorschläge, oder ihr werdet vollständig zerstört".
Inzwischen wogte die Polizeioperation (u.a. mit 424.000 Marineinfanteristen) auf der einen, der Krieg auf der anderen Seite furchtbar hin und her. Die Nordkoreaner sollen schauerliche Massaker verbrochen, die USA Bakterien eingesetzt haben. Bei einer Gegenoffensive überschreitet MacArthur - unter Mißachtung der bisher gewahrten Containment-Politik - den 38. Breitengrad, erobert fast ganz Nordkorea und dringt im Oktober/November bis zum Yalu an der Grenze von China vor.
Der amerikanische Oberbefehlshaber glaubt sogar, den Fluß ohne wesentlichen Widerstand überschreiten zu können, wird aber im Januar 1951, unter Beteiligung von Hunderttausenden mehr oder weniger freiwilliger Rotchinesen, in einen überaus verlustreichen, teilweise in jämmerliche Flucht ausartenden Winterkrieg verwickelt und bis auf den 38. Breitengrad zurückgeworfen.
Der ehrgeizige General schlägt Truman nun eine Verschärfung und Ausweitung des Kampfes vor. Der Präsident, der doch keine Neigung hat, die "Polizeiaktion" zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen, widerstrebt. Der General, nicht unbekannt durch seine Renitenz, versteift sich, geht in die Öffentlichkeit, und Truman enthebt ihn am 11. April 1951 seines Postens.
Dies ruft in den USA, besonders im Asia First-Kreis, eine derartige Erregung hervor, daß man davon spricht, Truman vor ein Gericht zu stellen und MacArthur zum Präsidenten zu machen. 78.000 Telegramme sollen ins Weiße Haus geflattert sein, angeblich 20 zu 1 für MacArthur. Doch nach einiger Zeit klugen Abwartens kümmert man sich kaum noch um ihn.
In Südkorea treibt indes Präsident Syngman Rhee weiter zu einem totalen Krieg. Auch er möchte die Chinesen nebst Anhang wieder über den Yalu zurückgeworfen sehen, notfalls durch den Einsatz von Atomwaffen.
Das amerikanische Volk aber hatte den Koreakrieg bald satt, mutete er doch fast wie ein Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an. Nahezu zehntausend Meilen war das Schlachtfeld entfernt. Das Transportwesen hatte sich als unzulänglich erwiesen. Die amerikanischen Jagdflugzeuge waren der russischen MIG-15 nicht gewachsen. Keine einzige dieser Maschinen wurde abgeschossen, vielmehr bekannten US-Piloten öffentlich, es sei Selbstmord, den Kampf damit aufzunehmen. (100.000 Dollar Belohnung winkten jedem Koreaner, der eine MIG 15 "hinter den amerikanischen Linien landete".) Die Panzer made in USA freilich operierten zunächst gut - aber nur solange es nicht regnete. Dann versanken sie.
Die USA konnten den Koreakrieg nicht, wie üblich, mit der Kapitulation oder der völligen Niederlage des Feindes beenden. Nach einer Feuerpause begannen im Juli 1951 langwierige

Friedensverhandlungen, die endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags führten, der den Frontverlauf als Defacto-Staatsgrenze bestätigte. ...<<

Wenn wir bedenken, daß wir alle verrückt sind, ist das Leben erklärt.
Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der Chronik, Band 7 (30 PDF-Dateien): **01.11.2016-01.12.2016**
Einstellungstermin der 1. erweiterten Chronik, Band 7 (30 PDF-Dateien) : **01.07.2020**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 7 (30 PDF-Dateien): **01.06.2023**
Einstellungstermin der 3. erweiterten Chronik, Band 7/1 – Band 7/2 (2 PDF-Dateien): **01.12.2024**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x142/79) = Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.

x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.

x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x071	Hartmann, Johannes: Das Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Frankfurt/Main 1962.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andreae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x078	Folttmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: Opfergang der Generale. Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x081	Frevert, Hans (Hg.): Verachtet – Gehetzt - Verstoßen. Die Verfolgung des Menschen aus rassischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.

x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x097	DAS BERTELSMANN LEXIKON in vier Bänden: C. Bertelsmann Verlag (Hg.).Gütersloh 1953-56.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: Als das Gestern heute war. Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: Die Ruinenkinder. Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: Überleben und Neubeginn. Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und

	französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x135	Kaemmerer, M.: Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße. 3. erweiterte Auflage. Leer 1988.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x157	Müller-Enbergs, Wielgohs und Hoffmann (Hg.): WER WAR WER in der DDR. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000/2001.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x165	Terkel, Studs: Der Gute Krieg. Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: Indianer heute. Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stutt-

	gart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.
x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.
x228	Chronik Verlag (Hg.): Die 500 wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Gütersloh/München 2007.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): 50 Jahre Deutschland. Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. Mün-

	chen 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: Historischer Atlas Deutschland. Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.
x368	Elsässer, Jürgen (Hg.): Polens verschwiegene Schuld. Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022.
x373	Elsässer, Jürgen (Hg.): USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg. COMPACT-Spezial Nr. 36. Werder (Havel) 2022.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x919	http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u - April 2019
x920	https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/ - April 2019
x941	https://horst-koch.de/nachkriegsschuld-r-keeling/ – Juli 2019
x1.003	https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Gesellschaft/Frankfurter_Hefte#Frankfurter_Hefte_(1946%E2%80%931984) - März 2021
x1.037	https://dg-pflegewissenschaft.de/wp-content/uploads/2017/05/NuernbergKodex.pdf – Januar 2022
x1.349	www.preussenweb.de/ - Januar 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.